

Friso Wielenga, Carla van Baalen und Markus Wilp (Hrsg.)

EINE ZERSPLITTERTE LANDSCHAFT

BEITRÄGE ZUR GESCHICHTE
UND GEGENWART

**NIEDERLÄNDISCHER
POLITISCHER PARTEIEN**

A
U
P



Eine zersplitterte Landschaft

Eine zersplitterte Landschaft

*Beiträge zur Geschichte und Gegenwart niederländischer
politischer Parteien*

Friso Wielenga, Carla van Baalen und Markus Wilp (Hrsg.)

Amsterdam University Press

Originalausgabe: *Een versplinterd landschap. Bijdragen over geschiedenis en actualiteit van de Nederlandse politieke partijen*, Amsterdam University Press, 2018 [ISBN 978 94 6298 848 4]

© 2018 Friso Wielenga, Carla van Baalen, Markus Wilp (red.)

Übersetzung: Annegret Klinzmann, Kathrin Lange und Frederike Zindler

Umschlagabbildung: ANP

Umschlaggestaltung: Suzan Beijer

Satz: Crius Group, Hulshout

ISBN 978 94 6298 849 1

e-ISBN 978 90 4854 064 8

DOI 10.5117/9789462988491

NUR 754 | 697



Creative Commons License CC BY NC ND

(<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0>)

© F. Wielenga, C. van Baalen, M. Wilp (Red.) / Amsterdam University Press B.V., Amsterdam
2018

Some rights reserved. Without limiting the rights under copyright reserved above, any part of this book may be reproduced, stored in or introduced into a retrieval system, or transmitted, in any form or by any means (electronic, mechanical, photocopying, recording or otherwise).

Inhalt

Einleitung	7
<i>Friso Wielenga, Carla van Baalen und Markus Wilp</i>	
1. Die Christdemokratie in den Niederlanden	13
Lavieren zwischen Werten und Verantwortung	
<i>Rien Fraanje</i>	
2. Die <i>ChristenUnie</i> : pluralistisch aus Prinzip	39
<i>Rob Nijhoff</i>	
3. Zwischen Rebellion und Regierung	59
Die D66 als Faktor in der niederländischen Politik	
<i>Joost Sneller und Daniël Boomsma</i>	
4. Grüner als die Summe ihrer Teile?	85
Entstehung und Entwicklung der Partei <i>GroenLinks</i>	
<i>Jasper Blom</i>	
5. „Gegen die unmoralische Härte der Wirtschaft“	107
Eine kurze Geschichte der <i>Partij van de Arbeid</i>	
<i>Frans Becker</i>	
6. Die Schwächsten gegen das Recht des Stärkeren verteidigen	137
Die Bedeutung der <i>Partij voor de Dieren</i>	
<i>Niko Koffeman</i>	
7. Die Stimme der Unzufriedenheit: die <i>Partij voor de Vrijheid</i>	157
<i>André Krause und Markus Wilp</i>	
8. Die SGP: eine charakteristische Eiche in einer holländischen Weidelandschaft	181
Protestantisch, konservativ und stabil	
<i>Jan Schippers</i>	
9. Der lange Marsch der SP	211
<i>Tiny Kox</i>	

10. Das „Geheimnis“ der niederländischen Liberalen	237
Wie die vvd sich zu einem zentralen Machtfaktor entwickelt hat	
<i>Patrick van Schie</i>	
11. Ein Paradies für Parteien	263
Die Niederlande und ihre kleinen politischen Parteien	
<i>Koen Vossen</i>	
Endnoten	279
Anlagen: Ergebnisse der Wahlen zur Zweiten Kammer, zu den Provinzparlamenten und zum Europäischen Parlament	323
Verzeichnis der Parteiabkürzungen und -namen	331
Abbildungsverzeichnis	333
Personenregister	335
Autorenverzeichnis	339

Einleitung

Friso Wielenga, Carla van Baalen und Markus Wilp

Vergleicht man das Parteienspektrum der Niederlande mit dem anderer europäischer Länder, dann fallen sowohl Übereinstimmungen als auch Unterschiede auf. Fast überall sieht man die traditionellen Strömungen der Liberalen, Sozial- und Christdemokraten, hinzu kamen in den vergangenen Jahrzehnten die grünen Parteien und in jüngster Zeit populistische Gruppierungen verschiedener Couleur. Ebenso wie in anderen Ländern treten auch in den Niederlanden seit einiger Zeit bei Wahlen erhebliche Verschiebungen auf, und die Vorhersagbarkeit, mit der bis zum Ende des zwanzigsten Jahrhunderts Regierungskombinationen zwischen den traditionellen Parteien zustande kamen, gehört inzwischen in vielen Ländern der Vergangenheit an. Während die oben genannten Strömungen lange Zeit unangreifbar die politische Bühne beherrschten, hat diese Selbstverständlichkeit inzwischen ein Ende gefunden.

Mit Blick auf die Niederlande wird in diesem Kontext häufig das Jahr 2002 genannt, als es zu gewaltigen politischen Umbrüchen kam: Die zuvor (1994-2002) an der Regierung beteiligten Parteien, die sozialdemokratische *Partij van de Arbeid* (PVDa), die konservativ-liberale *Volkspartij voor Vrijheid en Democratie* (VVD) und die sozialliberale *Democraten66* (D66) mussten bei der Wahl im Mai herbe Stimmenverluste hinnehmen und die erst wenige Monate vor der Wahl gegründete *Lijst Pim Fortuyn* (LPF) wurde mit 17 Prozent zur zweitstärksten Fraktion in der Zweiten Kammer. Auch wenn der Schock im Jahr 2002 groß war, und auch wenn danach bei Wahlen immer wieder große Verschiebungen auftraten, ist festzuhalten, dass eine hohe Volatilität in den Niederlanden bereits bei den Parlamentswahlen des Jahres 1994 zu erkennen war. 1989 hatten die Christ- und Sozialdemokraten mit 35,3 (*Christen-Democratisch Appèl*, CDA) beziehungsweise 31,9 Prozent (PVDa) gemeinsam noch eine komfortable Mehrheit erzielt, bei den Wahlen des Jahres 1994 erhielten sie zum ersten Mal in der parlamentarischen Geschichte der Niederlande zusammen weniger als 50 Prozent der Stimmen (CDA: 22,2 Prozent, PVDa: 24 Prozent). Bezieht man auch Gemeinderatswahlen mit ein, dann fällt auf, dass es bereits 1990 zu einer großen Wählerwanderung gekommen war. So betrachtet ist in den Niederlanden bereits seit drei Jahrzehnten eine erhebliche elektorale Instabilität zu beobachten. Das immense Ausmaß der Verschiebungen wird unter anderem durch eine vor einigen Jahren vom Politikwissenschaftler

Peter Mair durchgeführte Analyse von Wahlergebnissen aus verschiedenen europäischen Ländern deutlich. Die Berechnungen führten zu dem Ergebnis, dass die Volatilität in den Niederlanden bei den Wahlen 1994, 2002 und 2006 sowohl in historischer als auch in komparativer Perspektive sehr groß war.¹ Auf dieser Grundlage formulierte Mair im Jahr 2008 eine Einschätzung, deren Gültigkeit sich auch bei den Wahlen 2017 bestätigt hat: „Das einzig Berechenbare an der niederländischen Wählerschaft ist ihre Unberechenbarkeit. Ihr einziges stabiles Merkmal ist ihre Instabilität.“² Daraus den Schluss zu ziehen, der niederländische Wähler tue nicht viel mehr, als sich vollkommen orientierungslos durch die Abstimmungsdemokratie zu „zappen“, ist jedoch zu einfach. So volatil das Wahlverhalten vieler Wähler auch geworden ist, sie bewegen sich dabei doch innerhalb bestimmter politischer Cluster und gehen dabei auch rationaler vor als oftmals unterstellt wird.³

Neben den im Vergleich größeren Verschiebungen zwischen den Parteien sind im niederländischen Parlament auch traditionell mehr Fraktionen vertreten als in vielen anderen europäischen Ländern – eine Folge des niederländischen Wahlsystems, das es kleinen Parteien leicht macht, ins Parlament zu gelangen. Während es in der Zweiten Kammer des niederländischen Parlaments nach den Wahlen vom März 2017 dreizehn Fraktionen gibt, liegt die Zahl der Fraktionen in den meisten anderen EU-Ländern deutlich darunter. In der Vergangenheit fiel diese große Anzahl an Parteien in den Niederlanden weniger auf, weil das politische Hauptfeld von den dominierenden christdemokratischen, sozialdemokratischen und liberalen Parteien bespielt wurde, während andere Parteien für die Koalitionsbildung nicht oder kaum notwendig waren. In den späten siebziger und den achtziger Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts erzielten die Christ- und Sozialdemokraten zumeist (deutlich) mehr als 30 Prozent, während die VVD in jenen Jahren durchschnittlich etwa 18 Prozent erreichte. Gemeinsam erhielten diese drei Parteien demnach in dieser Periode rund 80 Prozent der Stimmen. Eine solche Kräfteverteilung im Parteienspektrum gehört inzwischen der Vergangenheit an. In der heutigen Zweiten Kammer (2017) ist die VVD mit 21,3 Prozent die mit Abstand größte Partei, worauf ein breites Feld von fünf mittelgroßen Parteien folgt, die zwischen 13,1 und 9,1 Prozent liegen (die *Partij voor de Vrijheid* (PVV), der CDA, die D66, *GroenLinks* (GL) und die *Socialistische Partij* (SP)). Wie sehr die alte Kräfteverteilung inzwischen Geschichte geworden ist, zeigt nicht nur der Absturz der PVDA (von 24,7 Prozent im Jahr 2012 auf 5,7 Prozent im Jahr 2017), sondern auch die heutige Position des CDA. In den 1980er Jahren legten die Christdemokraten mit Sätzen wie „We run this country“

ein immenses Selbstvertrauen und Machtgefühl an den Tag, das unter anderem auf den oben genannten Wahlergebnissen und ihrer zentralen Rolle bei Regierungsbildungen beruhte. Dass der CDA-Spitzenkandidat Sybrand Buma im März 2017 äußerst glücklich über die erzielten 12,1 Prozent der Stimmen (8,3 Prozent im Jahr 2012) war, zeigt, wie sehr sich die Zeiten geändert haben.⁴

Die raschen Veränderungen in der Parteienlandschaft sorgen für eine Überbewertung der Unterschiede zwischen „damals“ und „heute“. Bei oberflächlicher Betrachtung steht dann der heutigen Instabilität die erstarrte Unbeweglichkeit der Vergangenheit gegenüber. Ein solches historisches Bild ist eine Simplifizierung, denn auch in früheren Jahren war diese Stabilität nicht selbstverständlich, und die politischen Emotionen konnten zwischen und in den Parteien hochkochen. Die Darstellung der politischen Geschichte der Niederlande geht häufig einher mit Begriffen wie Konsens, Pazifikation oder „Polder“, aber dabei wird übersehen, dass auch in den Zeiten parteipolitischer Stabilität die ideologischen und weltanschaulichen Gegensätze oftmals nicht inhaltlich, sondern höchstens pragmatisch überbrückt wurden. Bei aller Diskontinuität, die die parteipolitische Landschaft seit den 1990er Jahren aufweist, gibt es dann auch mehr Kontinuitätslinien, als auf den ersten Blick erkennbar sind. Damit beide Aspekte gleichzeitig betrachtet werden können, ist es sinnvoll, die Geschichte aller im Jahr 2017 in der Zweiten Kammer des niederländischen Parlaments vertretenen Parteien in kompakter Form darzustellen.

Dies ist das primäre Ziel dieses Bandes, der gleichzeitig in niederländischer und in deutscher Sprache erscheint. Das Interesse an den politischen Entwicklungen in den Niederlanden ist – so lässt sich vielfach feststellen – in Deutschland groß, wobei das Aufkommen des Populismus und die in diesem Zuge gewachsene Intoleranz stets mit der Frage einhergehen, wie sich diese Entwicklungen in das in Deutschland vorherrschende Bild der niederländischen Progressivität und Toleranz einfügen lassen. Auch ist es von Deutschland aus betrachtet, wo es die 5-Prozenthürde gibt, immer wieder bemerkenswert, wie viele Parteien im niederländischen Parlament vertreten sind. So ist das zweite Anliegen des vorliegenden Bandes, ein deutsches Publikum mit dieser in vielerlei Hinsicht so anderen politischen Landschaft näher bekannt zu machen.

Wenn man in einem einzigen Band eine Übersicht über alle nach den Wahlen des Jahres 2017 in der Zweiten Kammer vertretenen Parteien anbietet, dann bedeutet dies selbstverständlich, dass hier keine umfassenden Parteigeschichten zu erwarten sind. Vielmehr ist es die Absicht der Herausgeber, pro Partei einen verdichteten Überblick über deren

Gründungsgeschichte, die programmatische Entwicklung, die Bedeutung der richtungweisenden Personen, das Selbstbild der Partei, elektorale Entwicklungen, die Rolle in der Regierung und/oder in der Opposition und die aktuelle Positionierung zu bieten.⁵ Dieser Plan entstand auf der Grundlage einer Vortragsreihe am Zentrum für Niederlande-Studien (ZNS) der Universität Münster, die zum Ziel hatte, einem deutschen Publikum eine Innenansicht der politischen Parteien der Niederlande zu bieten, dabei aber zugleich die gebotene wissenschaftliche Distanz zu wahren. Zu diesem Zweck waren die (stellvertretenden) Direktoren der wissenschaftlichen Büros der politischen Parteien gebeten worden, einen historischen Überblick über ihre eigene Partei zu präsentieren. Die Folge war eine Mischung aus Nähe und Distanz, die auch für den größten Teil der Beiträge zu diesem Band charakteristisch ist. Gerade durch diese Mischung entsteht ein Einblick, der in anderen Darstellungen der Parteigeschichten oftmals fehlt: eine Einfühlung in die eigenen Traditionen, das eigene Vokabular und die eigene Positionierung auf der einen und kritische und wissenschaftliche Reflexion auf der anderen Seite.

Bei den meisten Beiträgen ist der Plan gelungen, sowohl von „innen heraus“ als auch mit wissenschaftlicher Distanz zu schreiben. Die Überblicke über den CDA (Rien Fraanje), die *ChristenUnie* (CU, Rob Nijhoff), die D66 (Joost Sneller/Daniël Boomsma), *GroenLinks* (Jasper Blom), die PVDA (Frans Becker), die *Staatkundig Gereformeerde Partij* (SGP, Jan Schippers) und die VVD (Patrick van Schie) sind alle von den (stellvertretenden) Direktoren der wissenschaftlichen Büros der jeweiligen Parteien verfasst worden.⁶ Die SP und die *Partij voor de Dieren* (PVDD) stellen insofern eine Ausnahme dar, als die Anfrage der Redaktion an die wissenschaftlichen Büros jeweils an ein Mitglied der Ersten Kammer weitergeleitet wurde (Tiny Kox bzw. Niko Koffeman). Während bei den beiden letztgenannten Parteien die doppelte Perspektive sowohl von innen heraus als auch von außen aufrechterhalten werden konnte, verhält sich dies bei den Beiträgen über die PVV, das *Forum voor Democratie* (FVD), 50PLUS und DENK anders. Im Falle der PVV bestand das Problem darin, dass unsere wiederholten Anfragen unbeantwortet blieben. Der Artikel über die PVV ist daher von zwei Kennern des niederländischen Populismus geschrieben worden (André Krause und Markus Wilp). Bei den Parteien FVD, 50PLUS und DENK hat sich die Redaktion bewusst für einen anderen Ansatz entschieden, weil es sich hier um Parteien mit einer noch sehr kurzen Geschichte handelt, weshalb es hier nahe lag, keine längeren Beiträge in den Band aufzunehmen. Vor diesem Hintergrund hat Koen Vossen als Experte für die Geschichte der kleinen Parteien einen Text über diese drei Gruppierungen geschrieben.

Erläutert werden muss auch die Reihenfolge, in der die Beiträge in diesen Band aufgenommen worden sind. In einer Zeit parteipolitischer Stabilität wäre es naheliegend gewesen, die Artikel in der Reihenfolge der Parteigröße aufzunehmen oder sie nach Strömungen zu rubrizieren. Da heutzutage die Größe der Parteien bei den Wahlen so stark schwankt und die alten ideologischen Strömungen stark an Kontur eingebüßt haben, drängten sich diese Optionen weniger auf. Die Herausgeber haben sich daher für eine Aufnahme der Beiträge nach der alphabetischen Reihenfolge der Parteinamen entschieden.

An dieser Stelle möchten wir uns bei denjenigen bedanken, die das Zustandekommen dieses Bandes ermöglicht haben. Unser Dank gilt natürlich in erster Linie den Verfassern der Beiträge. Für die Übersetzungen ins Deutsche geht unser Dank an Annegret Klinzmann, Kathrin Lange und Frederike Zindler und für die Übersetzungen für die niederländische Ausgabe an Jan Bert Kanon. Um das Register, die Grafiken und die Formatierung der Beiträge kümmerten sich Daniel Hendrikse und Franziska Seufert (Praktikanten am ZNS) sowie Annika Baumgartner, Marie Poppen, Henrike Post und Dominik Sapp (studentische Hilfskräfte am ZNS). Für die gute Zusammenarbeit danken wir schließlich May Meurs, die den Text für die Amsterdam University Press druckfertig machte.

Münster und Nimwegen, Oktober 2017

Friso Wielenga, Carla van Baalen und Markus Wilp

Aus dem Niederländischen übersetzt von Annegret Klinzmann

1. Die Christdemokratie in den Niederlanden

Lavieren zwischen Werten und Verantwortung¹

Rien Fraanje

Die Geschichte einer politischen Partei ist zugleich auch die Geschichte einer politischen Philosophie, die Biografie von Politikern und die Darstellung eines Zeitbildes. Vier Dimensionen greifen also ineinander. In Momenten, in denen die Probleme der jeweiligen Zeit, das Gedankengut, die konkrete Umsetzung dessen und die politischen Führer, die diese gestalten, ein konsistentes Ganzes bilden, erlebten der *Christen Democratisch Appèl* (CDA) und seine Vorläufer ihre größten Wahlerfolge. Die Parteien, die Ideen, die Personen und die Zeit griffen ineinander und wurden eins. Es ist nicht leicht, dieses Synergiestadium zu erreichen. Die Geschichte zeigt, dass das christdemokratische Gedankengut ein Spannungsfeld impliziert, das sich wie ein roter Faden durch die Geschichte der christdemokratischen Parteien zieht. Hundertfünfzig Jahre niederländische christdemokratische Politik erwiesen sich einerseits als eine ständige Suche nach einer Balance zwischen einerseits tief verwurzelten Werten und Prinzipien und andererseits der praktischen Umsetzung eines dieser Werte: der Berufung, Verantwortung zu tragen.

Viele Kommentatoren finden, dass beim CDA und seinen Vorläufern das machiavellistische Streben nach Macht über die Prinzipien siegt. Sie haben in Titeln von Büchern oder Artikeln mit diesem Spannungsfeld gespielt, wie *Geloven in macht*² (*Glaube an Macht*) oder *Een machtspartij met idealen*³ (*Eine Machtpartei mit Idealen*). Dieses Urteil verleugnet, dass die tief empfundene Pflicht, Verantwortung zu übernehmen, ein unabdingbarer Teil der christdemokratischen Ideologie ist. Das Tragen von Verantwortung ist einer der Werte, auf denen die Christdemokratie gründet. Doch dieser kann mit anderen Prinzipien in Konflikt geraten. Niederländische Christdemokraten haben die schwierige Balance im Laufe der Geschichte einige Male aus den Augen verloren.

Abraham Kuyper und die Anti-Revolutionaire Partij

Die Christdemokratie in den Niederlanden bekommt 1879 ein Gesicht. In diesem Jahr gründet Abraham Kuyper mit der *Anti-Revolutionaire Partij* (ARP) die erste politische Partei der Niederlande. Der unmittelbare Anlass für die Gründung der ARP ist die Volkspetition gegen das Schulgesetz des liberalen Ministers Kappeyne van de Coppello. Das Gesetz zielt in erster Instanz auf eine Qualitätsverbesserung im Unterrichtswesen ab. Bis dahin finanzieren Gemeinden die öffentlichen Schulen. Kappeyne van de Coppello will, dass der Staat einen großen Teil mitbezahlt, doch damit verbindet er höhere Anforderungen an die Qualität der Bildung. Der Unmut bei den Initiatoren der Volkspetition entsteht vor allem aus der prinzipiellen Weigerung van de Coppellos, den konfessionellen Unterricht vom Staat finanzieren zu lassen. Im August 1878 setzen mehr als dreihunderttausend Protestanten und mehr als hundertsechzigtausend Katholiken ihre Unterschrift unter einen Aufruf an König Willem III., der lautet: „Eure Majestät, setzten Sie Ihre königliche Unterschrift niemals unter ein solches Vorhaben!“ Der König ignoriert den Aufruf und unterschreibt das Gesetz. Es wäre ein Irrtum, würde man die Petition darum als missglückt bezeichnen. Die Mobilisierung einer halben Million Menschen (bei einer Gesamtbevölkerung von vier Millionen), von denen der Großteil nicht stimmberechtigt ist, erzeugt beim religiösen Teil der Bevölkerung ein starkes politisches Bewusstsein. Die Verfassungsänderung von 1848 hat der Demokratie in den Niederlanden erste vorsichtige Konturen verliehen, doch die meisten Niederländer verfügen wegen des Zensuswahlrechts noch nicht über die Möglichkeit an Wahlen mitzuwirken. Das Parlament besteht also vor allem aus Männern aus der sozialen Oberschicht der niederländischen Gesellschaft. Die hauptsächlich konfessionelle Bevölkerung identifiziert sich nicht mit der Zusammensetzung des Parlaments.

Der schlummernde Unmut über eine elitäre und liberale Regierung, die keinen Blick für die Belange der „*kleine luyden*“ (kleinen Leute) hat, fördert die Bildung eigener politischer Organisationen. Dabei spielen charismatische Anführer, die den benachteiligten Bevölkerungsgruppen vorausgehen, eine wichtige Rolle. Für den protestantischen Teil der Nation erfüllt Abraham Kuyper diese Rolle voller Elan. Kuyper ist zunächst Theologe und Pfarrer der *Nederlands Hervormde Kerk* (Niederländische Reformierte Kirche). Er ist 33 Jahre alt, als er 1870 von einer reformierten Gemeinde in Amsterdam berufen wird. Von einem liberal-protestantischen hat er sich da schon zu einem strenggläubigen Pfarrer entwickelt, der die *Nederlands Hervormde Kerk* wegen ihrer Freisinnigkeit kritisiert. 1872 gründet er das Tagesblatt *De Standaard*, dessen Chefredakteur er bis zu seinem Tod im Jahr 1920 bleibt.

1874 wird er erstmals in das Parlament gewählt, 1879 gründet er mit der ARP die erste politische Partei der Niederlande.

Kuyper bezeichnet sich selbst als antirevolutionär. Er betont damit seine Aversion gegen die Aufklärung und insbesondere die Französische Revolution, die vom Aufklärungsdenken inspiriert war. Von der Bibel ausgehend entwickelt er ein Menschen- und Gesellschaftsbild, das der Idee des Menschen als autonomes Individuum und dem Volk als Souverän widerspricht. Er erkennt in der Gesellschaft eine Vielzahl an gesellschaftlichen Einrichtungen und Sektoren, die alle ihre eigene Verantwortung und Aufgabe haben. Die einzelnen Kreise, wie die Familie, die Kirche, Vereinigungen, Schulen und Unternehmen, verfügen alle über eine eigene Souveränität.⁴

In der „sozialen Frage“ sieht Kuyper auch eine Aufgabe des Staats. In den Niederlanden beginnt die Industrialisierung im Vergleich zu den umliegenden Ländern sehr spät. Der antirevolutionäre Anführer erkennt früh die prekäre Position der Arbeiter. Er betont dabei scharf den Unterschied zwischen seinem von biblischen Ausgangspunkten inspirierten Denken und der liberalen und sozialistischen Auffassung. Die säkularen Strömungen sehen nicht ein, dass der Mensch nach dem Bild Gottes geschaffen ist. Wie nun mit Menschen umgegangen wird, ließ ihn an der „Tauglichkeit des gesellschaftlichen Gebildes, in dem wir wohnen“⁵, zweifeln.

Kuyper entwickelt den Begriff der sogenannten „Antithese“: Er sieht einen scharfen Gegensatz zwischen einer Politik, die sich von menschlicher Einsicht leiten lässt, und einer Politik, die von göttlicher Gewalt ausgeht. Er schafft damit gleichzeitig ein Selbst- und ein Feindbild. Dabei sind die Aufklärung und die Französische Revolution, oder der „Modernismus“ und damit jeder, dessen politisches Handeln nicht auf der Bibel basiert, der große Widersacher. Der Amsterdamer Historiker Piet de Rooy schreibt in seiner *Republiek der rivaliteiten*, dass die Einführung dieser Antithese die politische Landschaft in den Niederlanden mehr als ein Jahrhundert lang bestimmt hat. Gerade weil Kuyper seine Kampagne startete, bevor die Probleme der Industrialisierung in vollem Umfang spürbar waren, vermied er – so de Rooy –, dass der in anderen Ländern dominante sozialwirtschaftliche Gegensatz die niederländische Politik in der Folgezeit dominiert.⁶

Herman Schaepman und die Subsidiarität

Ungefähr gleichzeitig mit dem Aufkommen des politischen und gesellschaftlichen Bewusstseins des protestantischen Teils der Nation bekamen auch die Katholiken in der Person des Dichters, Priesters und Theologen

Herman Schaepman ihren eigenen charismatischen Anführer. 1880, also ein Jahr nach der Gründung der ARP, kommt der 36-jährige Schaepman in die Zweite Kammer und verleiht auch den Katholiken eine politische Stimme. Dies hat für die Katholiken vielleicht eine sogar noch größere Bedeutung als die Gründung der ARP für die Protestanten. Obwohl in den Niederlanden seit der Verfassung von 1848 völlige Religionsfreiheit besteht, wurden die Katholiken gesellschaftlich betrachtet noch lange Zeit benachteiligt.

Obwohl in der Gesellschaft eine große Animosität zwischen Protestanten und Katholiken herrscht, liegen sie inhaltlich und politisch nah beieinander. So sind sie sich über die schwierige Situation der Arbeiter einig. Schaepman lässt sich in seinem Wirken stark von der päpstlichen Enzyklika *Rerum Novarum* inspirieren, die Papst Leo XIII im Mai 1891 veröffentlicht. *Rerum Novarum* kritisiert die Arbeits- und Lebensbedingungen von Arbeitern und plädiert darum für gerechten Lohn und das Recht auf Vermögensbildung. Die Enzyklika stellt den Staat ganz klar vor die Aufgabe, die Position der Arbeiter zu verbessern, indem er Arbeitszeiten reguliert, gerechte Löhne garantiert und die Sonntagsruhe fördert.

Des Weiteren war Schaepman – von der benachteiligten Position der Katholiken ausgehend – genau wie Kuyper ein Befürworter der Trennung zwischen Kirche und Staat. Der Staat sollte nicht der Lehre *einer* Kirche folgen. Dabei sah er in der Sicherung der gleichwertigen Position von Kirchen eine wichtige Aufgabe für den Staat. Nach seinem Einzug ins Parlament unternahm Schaepman 1883 einen vergeblichen Versuch, alle katholischen Parlamentsmitglieder auf der Grundlage eines von ihm selbst verfassten Programms, dem er den Titel *Een katholieke partij. Proeve van een program* (*Eine katholische Partei. Basis eines Programms*) gab, zu vereinigen. Auch darin erklärte er, dass sich die Mitglieder in einer katholischen Partei zwar von der Lehre der Kirche leiten lassen, die kirchliche Gewalt aber keinesfalls das Sagen in der Partei haben sollte.

Schaepman beruft sich in seinem Versuch eines Programms wohlgermerkt auf die Souveränität im eigenen Kreis, um die eigenständige Position des Staats zu kennzeichnen und festzustellen, dass dieser von einer Einmischung in Familien, Kirchen und Vereinigungen absehen muss. Diese Sichtweise passt, grob gesagt, zu der katholischen Subsidiaritätsidee, die Papst Pius XI fast dreißig Jahre nach Schaepmans Tod in der Enzyklika *Quadragesimo Anno* (1931) näher beschrieben hat. Hierin heißt es, dass der Mensch in der katholischen Lehre ein soziales Wesen ist, das geschaffen wurde, um mit anderen Menschen zusammen zu leben. Menschen und ihre Verbindungen müssen darum Raum bekommen, um Initiativen entwickeln zu können.

Der Professor für politische Philosophie an der *Vrije Universiteit Amsterdam*, ehemalige CDA-Senator und inzwischen wichtige Kritiker des CDA, Henk Woldring, fasst in seinem Übersichtswerk über die politische Philosophie der Christdemokratie zusammen, welche Aufgabe der Staat dabei im Kern hat:

Der Staat muss primär die Aufgaben ausüben, zu denen er allein befähigt ist, nämlich die Förderung des Gemeinwohls. Im Hinblick darauf muss er führen, beaufsichtigen, stimulieren oder einschränkend auftreten. Wenn kleine Gemeinschaften von Bürgern nicht zur Ausübung ihrer Aufgaben in der Lage sind und auch größere Gemeinschaften dies nicht können, und wenn es dabei um das Gemeinwohl geht, kann der Staat diese Aufgaben übernehmen. In diesen Fall tritt der Staat subsidiär auf: helfend oder an ihre Stelle tretend.⁷

Ihr gemeinsamer Einsatz im Kampf um die Gleichstellung von Schulen verschiedener Konfessionen und ihre Übereinstimmungen im Denken können nicht verhindern, dass der gesellschaftliche Abstand zwischen Katholiken und Protestanten groß bleibt. Sie leben praktisch voneinander getrennt und es ist die sogenannte Versäulung, die verhindert, dass sie eine weitere Annäherung suchen. Eine politische Zusammenarbeit ihrer Anführer ist in diesem Moment das Maximum, das erreicht werden kann.

Wegen seines frühen Todes im Jahr 1903 hat Schaepman die politische Vereinigung der Katholiken selbst nicht mehr miterlebt. Nach dem Scheitern seines eigenen Versuchs von 1883 wird erst 1904 ein *Algemene Bond van Rooms-Katholieke Kiesverenigingen* (Allgemeiner Verbund Römisch-Katholischer Wahlvereinigungen) gegründet, der von da an gemeinsam an den Wahlen teilnimmt. Es dauert dann noch bis 1926, bis die *Rooms-Katholieke Staatspartij* (RKSP) gegründet wird.

Die Befriedung

Es gibt noch ein weiteres wichtiges Thema, bei dem Protestanten und Katholiken übereinstimmen, und das ist ihre kritische Haltung gegenüber der liberalen Sicht auf die Demokratie. Ausgehend von ihrer beider Aversion gegen alles, wofür die Aufklärung und die Französische Revolution stehen, kritisieren Kuyper und Schaepman das liberale Streben nach Volkssouveränität. Als also der liberale Minister Tak van Poortvliet 1892 einen Gesetzesentwurf einbringt, demzufolge das bestehende Wahlrecht

ausgeweitet werden soll, sind sich Protestanten und Katholiken anfangs in ihrer Kritik einig. Sie haben eine Reihe an Einwänden, von denen die meisten prinzipieller Natur sind, aber einige auch opportunistischer. Am fundamentalsten ist ihr Widerstand gegen die Idee der Volkssouveränität, da diese der Souveränität Gottes widerspricht. Der Staat ist in ihren Augen prinzipiell eine Einrichtung Gottes und nicht des Volkes. Eine Ausweitung des Wahlrechts, die auch dem einfachen Mann das Recht zu wählen gibt, bringt den Staat in die Hände des Volkes und nährt die Angst vor einer Diktatur der Mehrheit über Minderheiten. Dabei denken sie konkret und angsterfüllt an das Aufkommen des Sozialismus.

Innerhalb der protestantischen Fraktion sorgt der Gesetzesentwurf von Tak van Poortvliet ebenfalls für Uneinigkeit. Der liberale Minister will das bestehende Zensuswahlrecht, das nur Männern das Stimmrecht gibt, die einen bestimmten Steuerbetrag zahlen, in ein Wahlrecht für Männer, die lesen und schreiben und selbst für ihren Lebensunterhalt sorgen können, überführen. Kuypers erkennt, dass sich sein Wählerpotential mit der Ausweitung des Wahlrechts zunächst deutlich vergrößern könnte. Die Antirevolutionären präsentieren ihre eigene Variante, nämlich das Hausmannwahlrecht, das Männern als Oberhäuptern von Familien das Stimmrecht zuspricht. Kuypers vermutet, dass diese Alternative keine Mehrheit erreicht, und sagt außerhalb der offiziellen Parteistrukturen seine Unterstützung für den Gesetzesentwurf von Tak van Poortvliet zu. Das sorgt bei einem Teil seiner antirevolutionären Fraktion für böses Blut, auch bei seinem guten Freund Alexander de Savornin Lohman, der den Gesetzesentwurf als einen Schritt hin zu einer revolutionären Form von Volkssouveränität beurteilt.

Tak van Poortvliet zieht seinen Entwurf schließlich zurück. Doch die Angelegenheit führt bei den Protestanten zu einem definitiven Bruch. Nach den Wahlen 1894 sitzen zwei antirevolutionäre Fraktionen im Parlament. Die abgesplitterte Gruppe unter Leitung von de Savornin Lohman nennt sich selbst *Vrije Antirevolutionairen* (Freie Antirevolutionäre). Die politische Trennung steht in Verbindung mit einer Kirchenspaltung einige Jahre zuvor, bei der Abraham Kuypers sich 1886 von der *Nederlands Hervormde Kerk* löst und die *Gereformeerde Kerk* gründet. Die Abtrennung ist als *Doleantie* bekannt und hat zur Folge, dass hunderttausende Menschen Abraham Kuypers folgen und aus der *Nederlands Hervormde Kerk* austreten. Die freien Antirevolutionären gründen 1908 die *Christelijk-Historische Unie* (CHU, Christlich-Historische Union), in der schließlich vor allem die Mitglieder der *Nederlands Hervormde Kerk* ein politisches Heim finden. Im Vergleich zur streng organisierten ARP hat die CHU einen viel lockereren

Parteirahmen mit einer weniger eindeutigen Philosophie. Im Laufe der folgenden Jahrzehnte entwickelt die CHU sich zu einer konservativen Bewegung, während die ARP sich hauptsächlich von der christlich-sozialen Lehre inspirieren lässt.

Die Debatte über das Wahlrecht stellt 1917 den Schlüssel zur Lösung des oben bereits angesprochenen Schulstreits dar. Der 1913 angetretene liberale Ministerpräsident Cort van der Linden will die beiden seit langem bestehenden Streitpunkte durch einen Kompromiss auflösen. Er bittet die Liberalen einer gleichen Finanzierung von öffentlichen und konfessionellen Schulen zuzustimmen, die Konfessionellen sollen im Gegenzug ihren Widerstand gegen eine Ausweitung des Wahlrechts einstellen. Es ist kein Zufall, dass diese sogenannte *pacificatie* (Befriedung) während des Ersten Weltkriegs stattfindet. Die anhaltende Bedrohung, mit in den Krieg hineingezogen zu werden, wirkt in einem geteilten Land verbindend.

Zwischenkriegszeit: im Zentrum der Macht

Die katholischen und protestantischen Parteien betonten vor den Wahlen im Jahr 1918, dass zwar das zentrale Ziel nun erreicht ist, das einige Jahrzehnte zuvor Grund für ihre politische Mobilisierung gewesen war, aber dass die Antithese unvermindert besteht. Damit bieten sie einen Gegenentwurf zu Versuchen liberaler und konservativer Politiker, die die Notwendigkeit einer Fortsetzung konfessioneller Politik in Zweifel zu ziehen. Ihre Botschaft findet Anklang: Die christdemokratischen Parteien können bei den Wahlen Zugewinne verbuchen, wobei vor allem der Wahlerfolg der Katholiken auffällig ist. Diese waren lange fast zweitklassige Bürger am Rande des gesellschaftlichen und politischen Lebens der niederländischen Gesellschaft, ab 1918 stellen sie die stärkste politische Partei – und diese Position geben sie mehr als ein halbes Jahrhundert lang nicht wieder ab.

Die politische Emanzipation der christlichen Politik ist mit der Befriedung von 1917 mehr oder weniger abgeschlossen und für die Christdemokraten in den Niederlanden bricht eine neue Phase an. Es muss kein politischer Einfluss einer liberalen und konservativen Elite mehr bekämpft werden – die Anführer der Katholiken, Antirevolutionären und Christlich-Historischen bilden nun selbst die politische Elite, die oft miteinander und manchmal auch unter Einbeziehung anderer politischer Gruppierungen ein Kabinettt bildet. 1918 bekommen die Katholiken mit Charles Ruijs de Beerenbrouck ihren ersten Ministerpräsidenten.

In den dreißiger Jahren kämpfen die Christdemokraten mit der Frage, wie die Grundsatzpolitik der früheren Jahrzehnte mit einer Wirtschaftspolitik kombiniert werden kann, die die Folgen der weltweiten Wirtschaftskrise sowie die damit einhergehende Massenarbeitslosigkeit und Armut unter der Bevölkerung beherrschbar hält. Ab 1933 wird Ministerpräsident Hendrikus Colijn (1869-1944) aus der ARP mit seinem zweiten Kabinett das Gesicht einer strengen und sparsamen Politik, die obendrein am teuren niederländischen Gulden festhält. Im Nachhinein wird seine rigide Haltung kritisiert, da Colijn mit seinem Vorgehen die Wirtschaftskrise für die Niederlande nur verschlimmert habe. Je heftiger die Kritik von außerhalb der reformierten Säule ausfällt, desto populärer wird er allerdings innerhalb der Säule. Unter den Antirevolutionären nimmt sein Status in den dreißiger Jahren sogar fast mythische Ausmaße an.

Das letzte Vorkriegskabinett wurde 1939 gebildet und stand unter der Führung des christlich-historischen Premiers Dirk de Geer, unter dem neben katholischen und christlich-historischen Ministern auch erstmals Sozialdemokraten in ein Kabinett einzogen. Einige Tage nach dem deutschen Überfall vom 10. Mai 1940 floh die Regierung nach London, um dort den Kampf gegen Nazideutschland fortsetzen zu können.

Nach dem Zweiten Weltkrieg: Mitgestaltung des Sozialstaats

Die niederländische Politik von vor dem Zweiten Weltkrieg zeichnete sich durch eine Kombination von Versäulung und Befriedung aus. Die politische Landschaft zeigte scharfe Trennlinien zwischen liberalen, sozialdemokratischen, katholischen und protestantischen Politikern. Die politischen Strömungen repräsentierten die verschiedenen Säulen, in die die Gesellschaft eingeteilt war. Die verschiedenen Bevölkerungsgruppen lebten voneinander getrennt: Sie hatten ihre eigenen Schulen, Gewerkschaften und Arbeitgeberorganisationen; sie lasen ihre eigenen Zeitungen und waren Mitglied ihrer eigenen Rundfunkorganisationen. Die scharfen gesellschaftlichen Unterschiede wurden in der politischen Arena dadurch befriedet, dass die Eliten der Säulen sehr wohl zusammenarbeiteten.⁸

Das Ende der deutschen Besatzung bildet für einige politische Anführer den Anlass, einen Versuch zur Überwindung dieser versäulten Gesellschaftsstruktur zu unternehmen. Sie streben nach einem sogenannten Durchbruch: Konfessionelle Trennlinien dürfen bei der Parteienbildung keine Rolle mehr spielen. Doch die christdemokratischen Parteien von vor dem Krieg gehen nach 1945 weiter ihre getrennten Wege in der

niederländischen Politik. Die RKSP erhält einen neuen Namen (*Katholieke Volkspartij*, KVP), ARP und CHU treten 1946 hingegen unter gleichem Namen bei den ersten Wahlen seit 1937 an. Dabei wird die KVP die stärkste Partei und der Stimmanteil der „Durchbruchpartei“ *Partij van de Arbeid* (PvDA) ist um zwei Prozent niedriger als der ihrer Vorkriegsvorläufer – *Sociaal Democratische Arbeiderspartij* (SDAP), *Vrijzinnig-Democratische Bond* (VDB) und *Christelijk-Democratische Unie* (CDU) – bei der letzten Wahl vor der Besatzungszeit.

Die Wahlen von 1946 sind der Startschuss für eine langfristige Zusammenarbeit zwischen der KVP und der PvDA. Sie bilden zwölf Jahre lang das Herz von fünf Kabinetten, die den Wiederaufbau der in vielerlei Hinsicht schwer angeschlagenen Niederlande in die Hand nehmen. Dies geschieht zunächst noch unter Leitung des katholischen Premierministers Louis Beel, doch dieser wird nach den Wahlen 1948 von dem sozialdemokratischen Sozialminister aus seinem Kabinett, Willem Drees, abgelöst. Dieser wird zwischen 1948 und 1958 vier Kabinette leiten, von denen auch die CHU Teil ist und an denen sich zeitweise die liberale *Volkspartij voor Vrijheid en Democratie* (VVD) und dann wieder die ARP beteiligt.

Es ist die Erinnerung an die große Krise der dreißiger Jahre, die nach dem Zweiten Weltkrieg der Erinnerung an die christlich-sozialen Prinzipien von Kuypers und *Rerum Novarum* schweres Gewicht verleihen. Durch ihre Zusammenarbeit legen Christ- und Sozialdemokraten gemeinsam, in Form des *Werkloosheidswet* (Gesetz über die Arbeitslosenversicherung) und des *Algemene Ouderdomswet* (Gesetz über die allgemeine Alterssicherung), die Fundamente für den Sozialstaat. Die christdemokratischen Anführer zu diesem Zeitpunkt erkennen damit implizit nicht den Schutz der Souveränität und Subsidiarität, sondern die Bekämpfung der Armut und das Schaffen von Chancengleichheit als ihre Priorität an.

Einheit schaffen in Zeiten der Polarisierung

Die Gestaltung des Sozialstaats trägt entscheidend zur Emanzipation des Individuums bei. Die neue, kurz nach dem Krieg geborene Generation der sogenannten „Babyboomer“ rüttelt Mitte der sechziger Jahre an der politischen Tür. Sie ist weniger als ihre Eltern an alte Kirchenstrukturen und die damit verbundenen Säulen gebunden. Nicht die Gemeinschaft der Säule soll bestimmen, wie jemand sein oder ihr Leben führt, sondern das autonome Individuum. Die jungen Newcomer wollen die Macht der Gewohnheit durchbrechen, sie fordern Einfluss und mehr

Demokratisierung. In diesem Kontext des Widerstands gegen den Status quo und des Verlangens nach Veränderung verwundert es nicht, dass die christdemokratischen Parteien bei den Wahlen von 1967 erstmals seit 1918 keine absolute Mehrheit im Parlament mehr erreichen können. Die Wahlverluste vergrößern die Dringlichkeit der Sondierungsgespräche, die die Chefs von KVP, ARP und CHU über mehr christdemokratische Zusammenarbeit führen.

Die Annäherung erfolgt im Kontext zunehmender Polarisierung und offener Versuche von sozialdemokratischer Seite, die Christdemokratie von der politischen Bühne der Niederlande verschwinden zu lassen. Neue Politiker in der PVDA streben nach einer politischen Landschaft, die aus einem rechts-konservativen und einem sozial-progressiven Block rund um die PVDA besteht und in der für die konfessionellen Parteien der Mitte kein Platz mehr ist. Die sozialdemokratischen Politikwissenschaftler van den Berg und Molleman beschreiben den Versuch einer christdemokratischen Fusion im Jahr 1974 als „ein Sterben in den Armen des Anderen“ und als ein „Rückzugsgefecht“⁴⁹, wobei zu diesem Zeitpunkt der Wunsch der Vater des Gedankens zu sein scheint. Die kulturellen Unterschiede zwischen den drei Parteien erweisen sich während des Fusionsprozesses als groß. Die Antirevolutionären fühlen sich eng mit dem biblischen Evangelium verbunden, das für viele reformierte Politiker eine direkte Inspirationsquelle für ihre politische Tätigkeit ist und das einen Rahmen für innerparteiliche Debatten bildet. Bei den Katholiken ist die Bindung lockerer; die Bibel ist für sie eher eine persönliche Inspirationsquelle und weniger dazu da, um sich im öffentlichen Raum darauf zu berufen. Die Grundsätze sind den Antirevolutionären sehr wichtig, während für die Katholiken der biblische Auftrag, Verantwortung zu übernehmen, eine Richtschnur ist. Die CHU nimmt diesbezüglich eine weniger deutliche Position ein.

Der Prozess, der zu mehr Zusammenarbeit und vielleicht sogar zu einer Fusion der drei Parteien führen soll, könnte nicht besser angeleitet werden als von einem KVP'er, der seine religiösen Überzeugungen wie ein Antirevolutionär vertritt und sein Bibelwissen einsetzt, um Politik zu machen. Dieser Katholik ist der Professor für Sozialrecht Piet Steenkamp. 1968 gibt er mit einer berühmten Rede auf dem Parteikongress der KVP den offiziellen Startschuss für den mühseligen und langwierigen Versuch, die konfessionellen Parteien ARP, CHU und KVP zur Zusammenarbeit und schließlich zur Fusion zu bewegen. „Es gibt ein Bibelzitat, das mir besonders lieb ist“, erläutert er seinen Parteigenossen, „und das lautet: ‚Ihr sollt mein Zeuge sein‘. Nun denn, meine Damen und Herren, ich glaube, dass dieser überzeugende Aufruf und diese Aufgabe nicht auf das persönliche Leben

beschränkt werden können. Davon kann keine Rede sein! Ich finde, dass ich in diesem Land, heute und in der heutigen Situation diese Aufgabe am besten umsetzen kann, indem ich einen Beitrag zu einer modernen evangelischen Volkspartei leiste.“¹⁰

Als sich die Gespräche zwischen den drei Parteien 1972 aufgrund der Uneinigkeit über Basis und Art der neu zu bildenden Partei festzufahren drohen, ist es Steenkamp, der den Stift ergreift und den Bericht *Naar een verantwoordelijke samenleving* (*Auf zu einer verantwortungsvollen Gesellschaft*) schreibt. In Anlehnung an die Vollversammlung des Ökumenischen Rats der Kirchen von 1948 kommt er zum Konzept der verantwortungsvollen Gesellschaft, in dem wie seit jeher deutlich gemacht wird, dass die Gesellschaft vor dem Staat an erster Stelle steht. Der Staat hat vor allem eine dienende Rolle zu erfüllen und muss sich daher „für den Sieg des Rechts in nationalen und internationalen Beziehungen [einsetzen], und zwar so, dass die Menschen in ihren Familien, auf der Arbeit und in all ihren sozialen Beziehungen ihre Verantwortung – für den Anderen – ausüben können.“¹¹

Steenkamp erfindet die sogenannte Antwortphilosophie. Er schreibt: „Das Evangelium ist eine Herausforderung, eine Aufgabe und eine Gabe zugleich. Es ist unsere Aufgabe, den Aufruf des Evangeliums zu beantworten, in der Hoffnung, dass viele in unserem Volk mit ihrer eigenen Überzeugung die Antwort, die wir geben müssen, mitbestimmen wollen.“ Steenkamp zufolge darf die neue Partei gerade keine kirchliche oder exklusiv christliche Vereinigung werden. Das Evangelium ist keine Landkarte, sondern ein Kompass, der eine Richtung anzeigt. In seinem oben genannten Bericht heißt es: „Das Evangelium ist [...] einzigartig, doch es ist nicht exklusiv, d.h. es ist nicht unser Besitz, wir dürfen es nicht monopolisieren. Das verbindende Element und der Wiedererkennungswert sind unsere politische Strategie, unser Aktionsprogramm und unsere Politik so wie wir dieser als Antwort auf den evangelischen Aufruf eine bleibende Form geben wollen.“¹² Kurzum, nicht der christliche Glaube muss die drei Parteien und ihre Mitglieder verbinden, sondern eine gemeinsame politische Überzeugung. Und diese kann auch Menschen ansprechen, die der Kirche inzwischen Lebewohl gesagt haben.

Steenkamps Bericht wurde von den Vertretern der drei Parteien mit offenen Armen empfangen. In den Jahren nach 1972 sollten die Besprechungen noch so manches Mal festfahren und manchmal sogar in eine Sackgasse geraten, doch er bot immer einen Halt und einen erneuten Ausgangspunkt, um die Gespräche wieder zum Laufen zu kriegen.

Souveränität + Subsidiarität = geteilte Verantwortung

Die wissenschaftlichen Büros der drei Parteien spielen eine wichtige Rolle bei der Annäherung. Passend zur reformierten Tradition von Exegese, Bibelstudium und Debatte, ergreift die Expertengruppe der Antirevolutionären die Initiative. Arie Oostlander, der Vorsitzende der sogenannten *Kuyperstichting* (Kuyperstiftung) überlegt sich, dass eine neue politische Partei keine Partei der Christen sein soll, die sich rund um einen gemeinsamen Glauben vereinigen. Er kehrt den Gedanken um: Man teilt eine politische Überzeugung, die sich am christlichen Glauben orientiert. Die Mitglieder der Partei müssen sich auf ihre politische und nicht auf ihre religiöse Überzeugung berufen können.¹³

Oostlander vertieft sich in die katholische Soziallehre mit dem Ziel, Unterschiede zu verstehen und Übereinstimmungen zu suchen. Die KVP bietet ihm keine Erkenntnisse und keine Inspiration, weil diese „ihre eigene Philosophie verloren [hatte]“¹⁴. Der antirevolutionäre Denker sucht und findet den Reichtum der katholischen Soziallehre in den Enzykliken. Er sieht viele Übereinstimmungen mit der protestantischen Tradition, doch er läuft auch nicht vor den Unterschieden davon. So ähneln sich auf den ersten Blick die protestantische Lehre von der „Souveränität im eigenen Kreis“ und das katholische Subsidiaritätsprinzip stark, doch beiden Begriffen liegt eine fundamental andere Gesellschaftsauffassung zugrunde. Als er den Souveränitätsbegriff prägte, ging Abraham Kuyper von horizontalen Verhältnissen in der Gesellschaft aus. Der Staat steht ihm zufolge hierarchisch nicht über anderen Kreisen, wie der Familie, der Kirche, der Schule, dem Unternehmen oder der Vereinigung. Jeder Kreis hat seine eigene Aufgabe und Verantwortung und darf nicht in einem anderen Kreis intervenieren. Auch der Staat muss Kuyper zufolge die Souveränität der gesellschaftlichen Kreise anerkennen. Das katholische Subsidiaritätsprinzip geht hingegen von einer vertikal aufgebauten Gesellschaft aus, wobei jedoch der Grundsatz gilt, dass Aufgaben und Befugnisse so nah wie möglich bei den Menschen selbst angeordnet werden müssen.

Der Ausgangspunkt ist also anders, doch in seiner politischen Umsetzung muss das keine Konsequenzen haben, so Woldring in seiner Studie über die politische Philosophie der Christdemokratie. „Subsidiarität setzt voraus, dass individuelle Personen für ihre Handlungen primär verantwortlich sind, dass Gesellschaftsverbände ihre eigenen Angelegenheiten regeln müssen und dass der Staat anschließend eventuell unterstützend auftreten kann“¹⁵, so Woldring. Dabei ist „Verantwortung“ der Kernbegriff. Die Expertengruppen der drei Parteien führen mit „geteilter

Verantwortung“ einen neuen Ausdruck ein, der eine Brücke zwischen Souveränität und Subsidiarität schlägt und der sich schnell als der zentrale Begriff der Partei erweist. Die Idee der Souveränität im eigenen Kreis und das Subsidiaritätsprinzip gründen in der Überzeugung, dass Menschen voll zu ihrem Recht kommen, wenn sie Verantwortung für ihr Leben und die Gemeinschaften, deren Teil sie sind, übernehmen.¹⁶ In der jüngsten Aktualisierung des Grundsatzprogramms wird geteilte Verantwortung wie folgt umschrieben: „Für den CDA beginnt Politik mit der Anerkennung gesellschaftlicher Initiative.“¹⁷

Es zeigt sich, dass der politische Grundsatz der „geteilten Verantwortung“ auch im eigenen Annäherungsprozess Anklang findet. Als Piet Steenkamp nach einer enttäuschenden Zusammenkunft über die von ihm so herbeigesehnte Fusion zwischen ARP, CHU und KVP nach Hause fährt, wird ihm bewusst, dass er das Ruder herumreißen muss. Er muss den Schlüssel zur neuen Partei nicht in den Den Haager Hinterzimmern der Parteispitzen suchen, sondern an der Basis der Mitglieder der drei Parteien im Land. Er zieht durch die Niederlande, um seine Idee von einer neuen christdemokratischen Partei zu vermitteln. Seine Frau hat notiert, dass er in all den Jahren 1980 Reden hielt. In den Sälen lokaler Kirchen, Kneipen und Veranstaltungszentren entdeckt er, dass die Basis schon viel weiter ist als ihre Anführer in Den Haag. In vielen Abteilungen gibt es schon lange eine enge Zusammenarbeit zwischen der KVP, ARP und CHU. In zahlreichen Gemeinden und Provinzen nehmen sie 1974 schon mit einer gemeinsamen Liste und in einigen Fällen sogar unter dem Namen CDA an den Wahlen zu den Provinzparlamenten und zu den Gemeinderäten teil. Steenkamp nutzt diesen Druck von unten, um die Zweifler am Verhandlungstisch in Bewegung zu versetzen.

Nach einer neuen Sackgasse starten die Vorsitzenden der Abteilungen in Hoofddorp 1975 aus Ärger über den stagnierenden Fusionsprozess die Initiative *Wij horen bij elkaar* (*Wir gehören zusammen*), mit der sie die Parteien dazu anspornen, bei der kommenden Parlamentswahl gemeinsam aufzutreten. In kurzer Zeit unterzeichnen ca. achtzigtausend Mitglieder das zugehörige Manifest.¹⁸ Piet Steenkamp hört von der Initiative im Radio und ruft spontan einen der drei Initiatoren an: „Ich kenne dich nicht, aber ich bin dir unglaublich dankbar.“¹⁹

Diese Bewegung von unten war von entscheidender Bedeutung für das Zustandekommen der neuen Partei. Schlussendlich haben nicht die Parteiführer und Parteichefs an der Spitze ihre skeptische Basis ins Schlepptau genommen und ihr die richtige Richtung gezeigt, es waren die Mitglieder, die schwächelnde Unterhändler an der Spitze anspornten, über ihre Schatten zu springen und durchzugreifen.

Mehr als nur Wirtschaft

Die bereits angesprochene polarisierende Haltung der Sozialdemokraten, deren Ziel es war, die konfessionellen Parteien an den Rand des politischen Spielfelds zu treiben, erzielt einen gegenteiligen Effekt. Die PVDA entwickelt sich langsam zum gemeinsamen Feind, der die drei christdemokratischen Parteien einander in die Arme treibt. 1977 nehmen die Parteien erstmals unter dem gemeinsamen Namen *Christen-Democratisch Appèl* an den Wahlen zur Zweiten Kammer teil. Das Konzept für das Wahlprogramm ist bereits im Frühling 1976 fertig und trägt nicht umsonst den biblisch anmutenden Titel *Niet bij brood alleen* (*Nicht vom Brot allein*). Pieter Gerrit Kroeger und Jaap Stam schreiben in ihrer Chronik über das Zustandekommen des CDA: „Der CDA wollte mehr politische Perspektive bieten als das Regeln materieller Fragen. Er sollte sich mit Dingen profilieren, die nicht in Geld oder materiellen Werten auszudrücken sind.“²⁰

Der katholische Justizminister Dries van Agt wird der erste Spitzenkandidat der neuen Parteienkombination. 1973 war van Agt noch von der PVDA und der *Democraten*66 (D66) gebeten worden, als junger und als progressiv eingeschätzter Professor aus Nimwegen Justizminister zu werden. Doch van Agt entpuppt sich in dieser Position immer mehr als konservativer Minister, der seinen wachsenden Ärger über die polarisierende Haltung seiner Koalitionsgenossen gegenüber den christdemokratischen Parteien nicht verstecken kann. Er legt außerdem einigen Widerwillen gegenüber dem politischen Geschäft an den Tag und entwickelt einen eigenen Politikstil, der in der zusammenwachsenden Partei gut ankommt. Seine relativierende Haltung passt gut zu dem führenden Grundsatz der geteilten Verantwortung, der auch den Einfluss der Politik nuanciert. Botschaft und Bote kommen zusammen.

Dries van Agt ruft – genau wie vorher schon Abraham Kuyper und Hendrikus Colijn – sehr kontroverse Reaktionen hervor: Man liebt oder man hasst ihn, ein Dazwischen scheint nicht möglich zu sein. Hinzu kommt, dass er sich als politischer Neuling einen Namen in einem höchst polarisierenden Politikbereich gemacht hat: Justiz. Während eine neue Generation jede Form von Macht und Autorität infrage stellt, steht van Agt vor der Aufgabe, bei einigen heiklen Themen die Macht der Behörde zu garantieren, die für die Handhabung des Rechts zuständig ist. Es erweist sich als eine unmögliche Aufgabe, keine Kontroverse zu erzeugen, als es um die Freilassung der sogenannten „Drei von Breda“ – die letzten deutschen Kriegsverbrecher in niederländischer Haft – geht oder um die Handhabung des damals noch bestehenden Abtreibungsverbots. Bei der heftige

Emotionen hervorrufenden Debatte über die frühzeitige Unterbrechung von Schwangerschaften plädiert er für eine ethische Neuorientierung (das sog. *ethisch reveil*).²¹ Dieser Begriff zeigt sich auch in anderen Bereichen wirksam: So macht Van Agt den Unterschied zu den säkularen Parteien deutlich und positioniert den neuen CDA als eine Partei, die für eine Politik steht, die von einer Moral getragen wird.

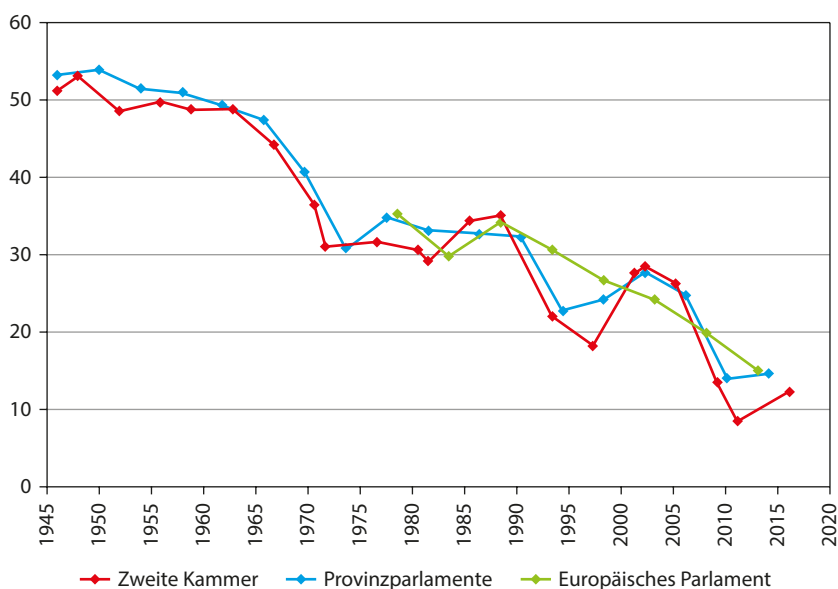
Es hilft der Popularität van Agts auf der linken Seite des politischen Spektrums nicht, dass er 1977 nach monatelangen schwierigen Verhandlungen mit dem PVDA-Chef Joop den Uyl schlussendlich binnen zwei Wochen eine Koalition mit der VVD bildet. Damit ist die PVDA als Wahlsieger und stärkste Partei raus aus der Regierungsverantwortung und das wird in diesem Moment vor allem van Agt zur Last gelegt. Erst später wird diese Sichtweise von der Geschichtsschreibung verändert, indem festgestellt wird, dass die Sozialdemokraten das Schicksal auch herausgefordert haben, indem sie gegenüber dem CDA immer neue Forderungen erhoben haben. Als am 11. Oktober 1980 die Bildung des *Christen Democratisch Appèl* bei einem großen Kongress formal besiegelt wird, besetzt der CDA mit Premier van Agt wieder die zentrale Machtposition in der niederländischen Politik.

Von „*ethisch reveil*“ zu *no-nonsense* und wieder zurück

Dem guten Ergebnis bei der Wahl von 1977 (31,9 Prozent der Stimmen, von 48 Mandaten für die drei Vorläufer hin zu 49 für den CDA) folgt 1981 eine Enttäuschung. Der CDA verliert leicht (30,8 Prozent), bleibt aber stärkste Partei, weil die PVDA deutlich größere Einbußen hinnehmen muss. Weil sich auch der Stimmenanteil der VVD verringert, ist eine Fortsetzung der Koalition mit der VVD nicht möglich und daher muss van Agt sich mit der PVDA und dem Wahlsieger, der D66 von Jan Terlouw, einlassen. Diese Koalition ist alles andere als ein Erfolg: Schon nach acht Monaten muss van Agt der Königin vom Ende seines zweiten Kabinetts berichten. Bei den Neuwahlen 1982 bekommen der CDA und van Agt die Rechnung für ihren Misserfolg präsentiert: anderthalb Prozent Verlust (von 30,8 auf 29,3 Prozent), zudem ist der CDA mit diesem Ergebnis nicht mehr stärkste Partei.

Kurz nach den Wahlen 1982 wirft van Agt unerwartet das Handtuch. Der ziemlich junge und aus einem katholischen Milieu stammende Unternehmer Ruud Lubbers folgt ihm als Parteichef und Premier. Im Kabinetts unter den Uyl war er noch das *dark horse*, das aus dem Nichts heraus

Abbildung 1.1: Wahlergebnisse des CDA (bzw. der Vorgängerparteien ARP, CHU und KVP) 1946-2017 (in Prozent)



Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage der Angaben auf der Internetseite www.verkiezingsuitslagen.nl

Wirtschaftsminister wurde. Während der Kabinette unter van Agt hatte er als Fraktionsvorsitzender in der Zweiten Kammer die undankbare Aufgabe, seine Fraktion zur Unterstützung der Kabinettspolitik zu bewegen. Dabei stellte er bereits sein großes Talent für die Modifikation von Vorschlägen, genauso lange bis jeder damit leben konnte, zur Schau.

Lubbers bildet mit der VVD von Ed Nijpels ein Kabinett, das sich vor immense (finanzielle) Aufgaben gestellt sieht. Seit 1973 (vor allem in den Jahren 1977-1982) sind die Staatsausgaben enorm gewachsen. Außerdem droht die Arbeitslosigkeit ein Nachkriegsrekordhoch zu erreichen. Die Politik des Premiers und seines christdemokratischen Finanzministers Onno Ruding muss die Staatsfinanzen wieder in Ordnung bringen. Das Kabinett spart in den Bereichen Bildung, Arbeitslosenversicherung und bei den Beamtengehältern stark und trotz dabei dem Massenprotest von Beamten, die unter anderem tagelang ihre Arbeit niederlegen. Lubbers' Popularität leidet nicht unter seiner harten Sparpolitik. Seine unerschütterliche *no nonsense*-Herangehensweise und sein charismatisches Auftreten ziehen auch viele nicht-kirchliche Wähler an, die seinen Pragmatismus schätzen.

1986 ist er der große Sieger der Parlamentswahlen; dem CDA gelingt es, mehr als ein Drittel des Elektorats (34,6 Prozent) von sich zu überzeugen. Wiederum bildet der CDA eine Koalition mit der VVD: das zweite Kabinett unter Lubbers.

Nach den Wahlen von 1989, die nach dem vorzeitigen Scheitern dieses Kabinetts erforderlich geworden waren, lässt sich der CDA mit der PVDA ein. Die Christdemokraten können bei der Wahl erneut hinzugewinnen (35,3 Prozent), doch sie müssen mit ansehen, wie ihr Koalitionspartner VVD den Preis für den Bruch zahlt, auf den ihr Fraktionsvorsitzender Joris Voorhoeve im Frühling 1989 hingesteuert hat. Da den Uyls Nachfolger Wim Kok die Sozialdemokraten inzwischen auf einen gemäßigten Kurs gebracht hat, verläuft die Zusammenarbeit zwischen Christ- und Sozialdemokraten ohne größere Probleme. Es fällt allerdings schon auf, mit welcher Leichtigkeit der CDA seinen Kurs je nach Koalitionspartner anpasst. In den ersten zwei Kabinetten unter Lubbers plädierte er genau so leicht für das Senken der Staatsausgaben wie im dritten Kabinett für die Verteidigung der Sozialausgaben. Es entsteht das ungute Gefühl, dass die Berufung, Verantwortung zu tragen, verblasst ist und zwar zugunsten des Drangs, die Macht zu behalten. Als der CDA 1994 bei den Wahlen in einem bisher ungekannten Maße abgestraft wird (von 35,3 auf 22,2 Prozent), führt eine Parteikommission unter Leitung der ehemaligen Ministerin Til Gardeniers den umfangreichen Verlust auf eben diesen Pragmatismus zurück. Ihr Abschlussbericht spricht von einer selbstgefälligen Regierungspartei, die das Erreichbare über das Wünschenswerte stellt und die Pragmatik über die Prinzipien. Die Grundsätze seien aus dem Blickfeld verschwunden.²²

Ein Jahr nach den Wahlen gelangt Lubbers auf einem vom *Wetenschapelijk Instituut* (Wissenschaftlichen Institut) des CDA großangelegten Abschiedssymposium zu Ehren des am längsten im Amt gebliebenen Ministerpräsidenten der niederländischen Geschichte zu einer vergleichbaren Schlussfolgerung. Der ehemalige Ministerpräsident erhält nach zwei Tagen das letzte Wort und es zeigt sich, dass seine Reflektion über das, was schiefgegangen ist, bereits weit fortgeschritten ist. Seine Politik habe zu einseitig auf einer wirtschaftlichen Agenda basiert und eine *no nonsense*-Politik war nicht genug. Starke Niederlande fordern auch ein Wertebewusstsein und einen Einsatz für Ideale, so Lubbers. Der ehemalige christdemokratische Anführer gibt damit die Richtung für einen Prozess an, der später als „*herbronnen*“ („Rückbesinnung“) bezeichnet werden soll. Es herrscht die allgemeine Auffassung, dass der CDA zu weit von seinen Grundsätzen und seiner Überzeugung abgetrieben war und zu viel Wert auf den Erhalt seiner Macht gelegt hatte. Die Partei muss erneut herausfinden, wofür sie eintritt

und in welchem Verhältnis ihr Gedankengut zu der modernen Zeit steht. Dabei spielt das *Wetenschappelijk Instituut* – unter Leitung von Ab Klink mit einem jungen Jan Peter Balkenende in seinen Reihen – eine führende Rolle. Der Grundsatz der geteilten Verantwortung und das Bewusstsein, dass Politik auf Werten und Grundsätzen gründen muss, erweisen sich als die führenden Prinzipien dieser Rückbesinnung.

Schuften in der Opposition

Der CDA muss als Oppositionspartei ein Spiel spielen, dessen Regeln er nach vielen Jahrzehnten Regierungsverantwortung nicht kennt. Das fällt der Partei sichtlich schwer. Wenn sie eine wenig kritische Position bezieht, wird der Partei vorgeworfen, unsichtbar zu sein. Wenn sie das Kabinett Kok (bestehend aus PVDA, VVD und D66) scharf kritisiert, kommt diese Kritik wie ein Bumerang zurück: Warum hat der CDA es denn in den letzten achtzig Jahren nicht besser gemacht?²³ Den ersten kleinen Erfolg verzeichnet der neue Fraktionsvorsitzende Enneüs Heerma bei den Haushaltsberatungen 1995. Er plädiert für eine klarere Familienpolitik und schlägt vor, einen Minister für Familienangelegenheiten einzustellen. Aus der Regierungsecke erklingt nur höhnisches Lachen, doch der CDA sieht hier ein erstes eigenes Thema für eine neue programmatische Profilierung. Neben diesem Thema versucht der CDA auch wieder auf etwas zurückzugreifen, was bereits früher in der Geschichte der Christdemokratie Halt geboten hat: Raum für die Gemeinschaft und eine werteorientierte Politik. Das Wahlprogramm zu den Parlamentswahlen von 1998 (*Samenleven doe je niet alleen/Zusammenleben geht nicht alleine*) drückt schon deutlich die Rückkehr zu diesen inhaltlichen Pfeilern aus.

Die Position in der Opposition ist für den CDA besonders schwierig, weil die Partei 1994 nicht mit einem Verlust gerechnet hatte, ganz zu schweigen von einer Rolle in der Opposition. Die Spitze der Kandidatenliste bestand aus Ministern und Staatssekretären, der erste Newcomer stand auf Platz 34 – keine Truppe, die sich auf Oppositionstätigkeiten eingestellt ist. Mit einem deutlich veränderten Team – mit unter anderem Joop Wijn, Gerda Verburg, Theo Rietkerk, Camiel Eurlings und Clemence Ross – will der CDA vor den Parlamentswahlen 1998 sein christdemokratisches Profil schärfer herausbilden. Dabei wird Jaap de Hoop Scheffer als Spitzenkandidat ausgewiesen. Er ist 1997 Nachfolger von Heerma geworden, weil dieser nach Auffassung vieler in der Fraktion nur unzureichend dazu in der Lage war, in Debatten dem selbstsicheren Kabinetteam Widerworte zu bieten. De

Hoop Scheffer ist als außenpolitischen Fraktionssprecher gerade als scharfer und cleverer Redner aufgefallen.

Das Wahlergebnis erweist sich jedoch erneut als Enttäuschung: Der CDA muss wiederum Verluste hinnehmen (von 22,2 auf 18,4 Prozent). Zunächst wird das nicht dem Spitzenkandidaten Jaap de Hoop Scheffer zu Lasten gelegt. Als sich die Umfrageergebnisse nach einer gewissen Zeit jedoch nicht verbessern, entsteht in der Partei eine Diskussion – weniger über den inhaltlichen Kurs der Fraktion, als vielmehr über die Oppositionsstrategie. Der Parteivorsitzende Marnix van Rij möchte, dass die Fraktion eine aktivistischere Haltung einnimmt. De Hoop Scheffer erwartet, dass ein gemäßigterer Kurs 2002 zu einer erneuten Beteiligung an einem Kabinett führen könnte. Er glaubt, dass es für den CDA einfacher ist, Wähler als Regierungspartei zurückzugewinnen. Diese Meinungsverschiedenheit kulminiert in einem großen Konflikt, an dessen Ende sowohl der Parteivorsitzender als auch der Fraktionsvorsitzende und designierte Spitzenkandidat gehen müssen.²⁴

Jan Peter Balkenende tritt im richtigen Moment nach vorne und wird zu Herbstbeginn 2001 zum neuen Spitzenkandidaten des CDA gewählt. Der Wissenschaftler und Parteiideologe ist eines der vielen unverbrauchten Gesichter, die mit der Erneuerungswelle von 1998 in die Zweite Kammer kamen. Er arbeitete zuvor fast fünfzehn Jahre für das *Wetenschappelijk Instituut*, wo er die letzten Jahre (zusammen mit unter anderem Ab Klink) stark an der Aktualisierung des christdemokratischen Gedankenguts beteiligt war.

Werte, Normen und Reformen

Die niederländische Politik bekommt zu dieser Zeit mit Pim Fortuyn, einem ehemaligen Professor und populären Kolumnisten des konservativen Wochenblatts *Elsevier*, einen farbenprächtigen Politiker hinzu. Er kündigt an, seine eigene Partei gründen zu wollen, und kritisiert mit scharfen Worten die von den zwei lila Kabinetten unter Wim Kok geführte Politik.²⁵ Außerdem passen seine kritischen Standpunkte über Immigration und Integration neuer Niederländer nach dem 11. September 2001 gut zur Unruhe eines Teils der Wählerschaft. Während die gesamte Aufmerksamkeit sich auf den Konflikt zwischen PVDA und VVD auf der einen und Fortuyn auf der anderen Seite richtet, nutzen der CDA und Balkenende den Windschatten, um ganz langsam in den Umfragen zuzulegen.

Während die Sozialdemokraten und Liberalen jeweils mit großer Empörung ihre Missbilligung bei jeder Provokation Fortuyns in Richtung

marokkanischer Niederländer und Islam zur Schau tragen, reagiert Balkenende einfach nicht auf Fortuyn. Im Nachhinein stellt sich heraus, dass die zwei einen Nichtangriffspakt geschlossen haben. Balkenende spürt, dass die Ideen Fortuyns bei einem Teil der niederländischen Bevölkerung gut ankommen und greift sie in gemäßigter Form auf. Er sagt beispielsweise, dass eine multikulturelle Gesellschaft nicht erstrebenswert sei, zudem lässt er sich kritisch über die mangelhafte Integration von Neuankömmlingen in der niederländischen Gesellschaft aus.²⁶

Als Pim Fortuyn neun Tage vor der Wahl von einem Tierschutzaktivisten ermordet wird, erweist sich die relative Unbekanntheit Balkenendes als Vorteil. Die Anführer der anderen etablierten Parteien stehen plötzlich in der Kritik, da sie Fortuyn verbal hart angegangen hatten. Für diejenigen, die weder für Fortuyn noch für die PVDA oder VVD stimmen wollen, ist der CDA von Jan Peter Balkenende eine vertretbare Alternative. Am 15. Mai 2002 wird der CDA mit einem Stimmenanteil von 27,9 Prozent die mit Abstand stärkste Partei.

Balkenende ist ein Mann mit einer Mission: Alles, was er sich in den vergangenen Jahren überlegt und aufgeschrieben hat, kann er nun als Premier in der Praxis angehen. Er setzt als erstes das Thema „Werte und Normen“ auf die Tagesordnung. Er spricht über die Verrohung der Umgangsformen und fasst seinen Standpunkt unter dem Motto „Fatsoen moet je doen“ („Wir brauchen mehr Anstand“) zusammen. Mit seinen Plädoyers zum Thema findet er auf viel Anklang, er lässt diesen jedoch wenig konkrete Maßnahmen folgen. Außerdem ist der Sozialstaat ihm zufolge zu weit ausgebaut worden: Der Staat hat sich zu viele Aufgaben aufgebürdet und damit individuelle Initiativen aus der Gesellschaft verdrängt. Vor allem sein zweites Kabinett mit den liberalen Parteien VVD und D66 beschließt tiefgreifende Reformen der sozialen Gesetzgebung. Das *Bijstandswet* (Sozialhilfegesetz) wird ersetzt durch das *Wet Werk en Bijstand* (Gesetz über Arbeit und Sozialhilfe), demzufolge die Aufgabe der Unterstützung von Arbeitslosen bei den Gemeinden liegt. Das *Wet Arbeidsongeschiktheid* (Erwerbsunfähigkeitsgesetz) wird zum *Wet Werk en Inkomen naar Arbeidsvermogen* (Gesetz über Arbeit und Einkommen nach Erwerbsfähigkeit), demzufolge die Schwelle für eine Berufsunfähigkeitsrente höher liegt. Außerdem kommt ein neues *Zorgverzekeringswet* (Krankenversicherungsgesetz), das mehr Marktwirtschaft in das Gesundheitswesen bringt.

Als der CDA auch nach den Wahlen von 2006 die stärkste Partei bleibt, seine Koalitionspartner VVD und D66 jedoch deutlich verlieren, lässt sich eine Regierung mit der PVDA von Wouter Bos nicht mehr vermeiden. Balkenende und Bos verstehen sich nicht gut und der Wahlkampf hat das ganz gewiss nicht verbessert, da der CDA den PVDA-Führer persönlich hart angegriffen

hatte. Die politische Situation erfordert es jedoch, dass die beiden Kandidaten über ihren Widerwillen hinwegsehen und zusammenarbeiten. Die *ChristenUnie* (CU) von André Rouvoet darf als dritte Partei zwischen den Streithähnen Platz nehmen.

Das vierte Kabinett Balkenende wird nach anderthalb Jahren mit einer weltweiten Finanzkrise konfrontiert. Vor allem Finanzminister Bos erhält viel Wertschätzung für die Art und Weise, auf die er ABN Amro und später auch andere Finanzeinrichtungen, wie ING und AEGON, vor dem Untergang rettet. Die sich verschlechternde Wirtschaftslage erfordert kontroverse Maßnahmen. Die Koalitionsparteien streiten über eine Begrenzung der steuerlichen Absetzbarkeit von Hypothekenzinsen, eine Lockerung des Kündigungsrechts und eine Erhöhung des Renteneintrittsalters. Das gegenseitige Misstrauen zwischen den Parteien steht einer Einigung über notwendige Eingriffe im Weg. Uneinigkeit über die Frage, ob eine militärische Mission im afghanischen Uruzgan verlängert werden sollte, ist Mitte Februar 2010 nur der Anlass und nicht der Grund für den Zerfall des Kabinetts.

Balkenende geht selbst davon aus, dass er nicht erneut als Spitzenkandidat antreten wird, doch der ins Auge gefasste Nachfolger Camiel Eurlings weist diese Funktion zurück. Ein anderer möglicher Kandidat, Maxime Verhagen, glaubt, dass die Streitereien rund um den Militäreinsatz in Uruzgan ihm als Außenminister zu viel Schaden zugefügt haben, als dass er die Position des Parteiführers unangefochten übernehmen könnte. Als in der Nacht nach dem Bruch dringend an Balkenende appelliert wird, doch wieder als Spitzenkandidat zu fungieren, fühlt er sich verpflichtet, „Ja“ zu sagen.

Am 9. Juni 2010 muss Jan Peter Balkenende erstmals nach einer dramatischen Niederlage zu seiner Basis sprechen. Es ist zugleich auch seine letzte Rede als Parteiführer, denn er kündigt seinen Rücktritt und den Rückzug aus der Politik an. Die christdemokratische Wählerschaft wird beinahe halbiert (von 26,5 Prozent im Jahr 2006 auf 13,6 Prozent) und der CDA muss als viertstärkste Partei die VVD (20,5 Prozent), die PVDA (19,6 Prozent) und sogar die *Partij voor de Vrijheid* (PVV, 15,5 Prozent) vor sich akzeptieren. Der erfahrene Maxime Verhagen übernimmt vorläufig das Amt des Fraktionsvorsitzenden.

Entgleisung

Verhagen verbreitet zu Beginn der Verhandlungen zur Bildung eines neuen Kabinetts, dass der CDA bescheiden sein sollte und dass er nicht auf die Beteiligung an einem Kabinett aus ist. Daraufhin wird zunächst vergeblich versucht, eine violette Koalition mit Beteiligung von *GroenLinks* zu bilden.

Als das nicht funktioniert, wird doch wieder beim CDA an die Tür geklopft. Als die PVDA die Bildung einer breiten Koalition mit CDA und VVD blockiert, taucht die PVV als möglicher Koalitionspartner auf.

Innerhalb der Fraktion und der Partei denkt man sehr unterschiedlich über eine politische Zusammenarbeit mit der populistischen Anti-Islam-Partei von Geert Wilders. Eine kleine Gruppe will sehr bewusst und gerne, dass die PVV Regierungsverantwortung trägt. Die Partei hat immerhin hinzugewonnen und die Sorgen ihrer Wähler müssen nun einen Platz in der Politik finden. Außerdem hat der CDA vor allem im katholischen Süden viele Wähler verloren und es entsteht der (unberechtigte²⁷) Eindruck, dass die Wähler vor allem zu Wilders abgewandert sind. Man hofft, dass die Stimmen zurückerobert werden können, wenn die PVV einen Platz im Zentrum der Macht erhält. Schlussendlich begründen diese Fürsprecher einer Zusammenarbeit mit der PVV ihre Position damit, dass diese politische Bewegung am besten neutralisiert werden kann, indem man sie in das System integriert.

Ein anderer Flügel ist strikt gegen eine Beteiligung des CDA an einem Kabinett, das von der PVV unterstützt wird. Die Vertreter dieses Flügels sagen, dass der CDA als christdemokratische Partei niemals mit einer Partei zusammenarbeiten will und darf, die den Islam als politische Ideologie bezeichnet, die verboten werden muss, und die marokkanische Niederländer beständig als Bürger zweiter Klasse abtut. Das, wofür diese Partei stehe, widerspräche wichtigen Kernwerten der Christdemokratie, von denen die Religionsfreiheit der wichtigste sei. Die Kritiker finden es unmöglich, dass der CDA, der in seiner Geschichte konsequent die Bedeutung von Religion verbreitet hat, nun mit einer Partei zusammenarbeiten soll, die eine Religion und ihre Anhänger kontinuierlich schlecht behandelt.

Zwischen den beiden Extremen stehen viele Zweifler. Sie können beide Standpunkte nachvollziehen und wollen ihr definitives Urteil von dem Ergebnis eventueller Gespräche abhängig machen. Außerdem spüren sie die Schwere ihrer Verantwortung: Wenn der CDA ablehnt, wird das Land womöglich unregierbar.²⁸ Maxime Verhagen erhält das Mandat, Verhandlungen über ein VVD-CDA-Kabinett zu führen, bei dem die PVV durch eine Duldung bei einigen Themen eine Unterstützung bieten, aber keine eigenen Minister oder Staatssekretäre stellen würde.

Das dazugehörige Spannungsfeld zwischen den christdemokratischen Werten und dem einen Grundsatz, demzufolge Menschen dazu aufgerufen sind, Verantwortung zu übernehmen, kumuliert schließlich während des massenhaft besuchten und vom Fernsehen übertragenen Parteikongresses. An diesem Samstag, den 2. Oktober 2010, wird in Arnheim der innere Kampf zwischen einerseits der prinzipiellen Überzeugung und andererseits der

empfundenen Pflicht, das Land zu regieren, sichtbar. Jedes Mitglied, das will, bekommt die Gelegenheit, das Wort zu ergreifen, und demzufolge kommen alle Argumente für und wider noch einmal auf den Tisch. Unter den Sprechern sind auch die ehemaligen Premierminister Piet de Jong und Dries van Agt. Auffällig ist, dass auch Ruud Lubbers sich zum Gegner eines Bündnisses erklärt – schließlich hatte er es als Informateur zugelassen, dass Rutte, Verhagen und Wilders ohne ihn Sondierungsgespräche über eine politische Zusammenarbeit führten. Demgegenüber stehen emotionale Plädoyers von unter anderem Verhagen, der sagt, dass er in den vergangenen Wochen während der Verhandlungen für christdemokratische Grundsätze eingestanden habe. Zwei Drittel der Mitglieder stimmen letztendlich für die Zusammenarbeit und folglich darf er die Bildung des VVD-CDA-Minderheitenkabinetts zu einem Abschluss führen.

Die Uneinigkeit über die Teilnahme an einem Kabinett, das auf einer Unterstützung durch Duldung der rechtspopulistischen PVV basiert, hat eine zerstörerische Wirkung auf den CDA. Kathleen Ferrier und Ad Koppejan, die sich diesem Kabinett von Anfang an widersetzt haben, sperren sich im Parlament bei jeder kontroversen Frage rund um die Themen Asyl und Integration. Vor allem der eigene CDA-Minister für Immigration, Integration und Asyl, Gerd Leers, befindet sich in einer misslichen Lage. Geert Wilders scheint wie ein Schatten mitzuregieren. Die Male, die Leers Raum für eine empathischere Haltung gegenüber Flüchtlingen und Asylsuchenden schaffen will, wird er öffentlich von Wilders korrigiert. Dieser beschließt außerdem im Frühling 2012 dem Kabinett seine Unterstützung zu entziehen, als aufgrund der in Europa und den Niederlanden anhaltenden Wirtschaftskrise zusätzliche Sparmaßnahmen notwendig sind.

Die für September 2012 geplanten Neuwahlen kommen zu früh für den CDA. Die Partei versucht nach der Abstrafung bei den Wahlen von 2010 einen ähnlichen Reflektions- und Rückbesinnungsprozess wie nach der Wahlniederlage von 1994 einsetzen zu lassen. Eine evaluierende Kommission unter Leitung des ehemaligen Parlamentsmitglieds Léon Frissen verkündet im November 2010 bittere Einsichten, da der CDA ihr zufolge „seine Inhalte und sein Profil zu lange verwahrlost und damit die Verbindung zu seinen Wählern, ihren Sorgen und ihrer Zukunftsperspektive verloren [hatte].“⁴²⁹ Der kritische Bericht weist viele Übereinstimmungen mit dem Evaluationsbericht der Gardeniers-Kommission nach dem dramatischen Stimmenverlust im Jahr 1994 auf. Die Worte sind anders, doch die Schlussfolgerung über eine Partei, die zu stark mit dem Erhalt der Macht beschäftigt war, ist dieselbe.

Außerdem hat die im April 2011 neu angetretene Parteivorsitzende Ruth Peetoom, einem in den neunziger Jahren erprobten Rezept folgend, eine

sogenannte Strategische Beratung einberufen, deren Aufgabe darin besteht, einen neuen Kurs für die Partei zu entwickeln. Mit ihrem Bericht *Kiezen en verbinden* (*Wählen und verbinden*) hält die Beratung getreu dem Untertitel *Politieke visie vanuit het radicale midden* (*Politische Vision aus der radikalen Mitte*) ein Plädoyer für den CDA als Partei der Mitte und als Verbindung „zwischen Jung und Alt, neuen und hier geborenen Niederländern, Stadt und Land (...).“⁴³⁰

Der Preis für die Teilnahme an einem Kabinett, das mit auf die Unterstützung der PVV baut, und die daraus resultierende tiefe Spaltung in der Partei ist hoch. Der CDA verliert im September 2012 noch einmal deutlich und landet an einem neuen Tiefpunkt (8,5 Prozent). Keiner kreidet den Verlust dem erst kurz vor der Wahl gewählten Spitzenkandidaten Sybrand van Haersma Buma an. Für ihn selbst ist auch vollkommen klar, dass die Restauration des CDA nun erst beginnt – nicht in der Regierung, sondern selbstverständlich in der Opposition.

Wiederaufbau?

Van Haersma Buma war Referent der CDA-Fraktion, als diese in den Jahren zwischen 1994 und 2002 auf der Suche nach dem richtigen Oppositionskurs war. Es inspiriert ihn, an der eigenen Überzeugung festzuhalten, selbst als das zweite Kabinett Rutte (bestehend aus VVD und PVDA, 2013-2017) die Unterstützung der Oppositionsparteien für große Reformen auf dem Wohnungsmarkt und bei den Renten sucht, weil der Koalition eine Mehrheit im Senat fehlt. Die Regierungsparteien appellieren – mit einem Verweis auf die lange Regierungstradition der Christdemokraten in den Niederlanden – nachdrücklich an das Verantwortungsgefühl des CDA. Doch als die Koalition in den Augen Bumas dem CDA gegenüber zu wenige Zugeständnisse macht, brechen die Christdemokraten ohne Skrupel die Verhandlungen über die Teilabkommen ab. Der Partei wird daraufhin vorgeworfen, dass er auf „Verantwortungsurlaub“ sei. Das Vorgehen basiert jedoch auf einer bewussten Strategie. Buma will weg vom Image des CDA als Regierungspartei – die Leute sollen den CDA als eine Partei sehen, die auf Grundlage einer klaren Überzeugung Politik macht.

Der CDA erhofft sich damit außerdem, enttäuschte Wähler von der VVD von Premier Mark Rutte wegzulocken. Er will sich zudem für diejenigen, die überlegen, die PVV zu wählen, als vernünftige Alternative positionieren. Da es bei den Wahlen 2017 schlussendlich mehr um die Identitätsfrage „Was macht die Niederlande zu den Niederlanden?“ als um sozialwirtschaftliche

Fragen geht, profiliert sich der CDA von Buma in der Kampagne als Partei, die Wert auf die Eigenheit der Niederlande legt. Im Zentrum steht die von Buma stets explizit hervorgehobene jüdisch-christliche Identität, die vor verwerflichen Einflüssen von außen bewahrt werden muss. Kritikern zufolge machte Buma damit aus dem CDA eine rechte Partei mit unverkennbar nationalistischen Zügen, obwohl er selbst darauf besteht, dass der CDA eine unverfälschte Partei der Mitte ist. Die Analyse von Marcel ten Hooven, der zufolge der calvinistisch orientierte Buma mit seinem Kurs (bewusst oder unbewusst) der Tradition der alten CHU folgt, die in der Vergangenheit auch bereits die Bedeutung von Gott, Oranje und dem Vaterland betonte, anstatt der der ARP, die immer für Raum für eine pluriforme Gesellschaft plädierte, scheint präziser und adäquater zu sein.³¹

Der eingeschlagene Kurs verschafft dem CDA bei den Parlamentswahlen im März 2017 nicht den erhofften großen Sieg, aber mit dem Ergebnis von 12,4 Prozent gelingt es der Partei im Vergleich zu den 8,5 Prozent von 2012 doch deutlich zuzulegen. Zudem ist sie nach der VVD und PVV nun die drittstärkste Partei. Dies verleitet Parteichef Buma am Wahlabend sogar zu dem erfreuten Ausruf, dass keiner es gewagt habe, von so einer Erholung träumen zu dürfen. Doch mit seiner Euphorie verschleiert der Parteichef, dass dieses Ergebnis nach dem Wahlergebnis von 2012 das zweitschlechteste Resultat in der Geschichte der Christdemokraten ist. Wie es um die Zukunft der Christdemokratie im Allgemeinen und den CDA im Besonderen steht, bleibt damit vorläufig noch ungewiss.

Aus dem Niederländischen übersetzt von Frederike Zindler

2. Die *ChristenUnie*: pluralistisch aus Prinzip

Rob Nijhoff

Die Niederlande sind um 1600 aus einem Freiheitskampf heraus geboren worden. In diesem Kampf spielte der religiöse Unterschied zwischen dem römisch-katholischen Habsburgerreich und den protestantischen Christen eine große Rolle. Seit Luther wurden die Protestanten in diesem Reich immer zahlreicher. Wilhelm von Oranien, Graf von Nassau-Dillenburg, unterstützte den Aufstand ideologisch und mit militärischen Mitteln. Drei seiner Brüder fielen im Kampf. Persönlich nahm er als Christ vorsichtig eine protestantische Färbung an, politisch betonte er Gewissensfreiheit und Toleranz. Diese Haltung stand im Gegensatz zur Inquisition und zu den Scheiterhaufen, auf denen die „Ketzer“ verbrannt wurden. Sie stand aber auch im Gegensatz zum schlechten Benehmen seiner „Guerilla-Kämpfer“, den „Geuzen“, die vielerorts die Klöster plünderten und katholische Mönche erhängten. Die Toleranz Wilhelm von Oraniens belegt, dass die Akzeptanz von religiösem oder weiter gefasst weltanschaulichem Pluralismus in den Niederlanden eine lange Tradition hat. Der Franzose Descartes und der Engländer Locke hielten sich dann auch nicht zufällig für einen Teil ihres Lebens in Holland auf. Dennoch mussten sich die Katholiken in der Praxis noch zwei oder drei Jahrhunderte lang mit sogenannten *schuilkerken* („Versteck-Kirchen“) behelfen: Kirchen, die zur Straßenseite hin wie Wohnhäuser aussahen oder hinter Häusern versteckt standen. Aber bedroht wurden sie nicht, wie beispielsweise in Frankreich, wo zunächst die protestantischen Hugenotten und zur Zeit der Französischen Revolution Mitglieder des katholischen Klerus verfolgt und ermordet wurden.

Die im Jahr 2000 gegründete *ChristenUnie* (CU) ist, auch wenn der Name der Partei eventuell bei einem weniger informierten Betrachter zunächst einen anderen Eindruck vermittelt, eine klare Befürworterin des weltanschaulichen Pluralismus. Sie vereint Christen und andere mit ihr sympathisierende Wähler, dabei nimmt sie ihren Anspruch als politische Partei ernst. Politik kann man als Diskussion über öffentliche Belange und öffentliche Mittel beziehungsweise über die Verteilung dieser Mittel auffassen. In dieser Diskussion spielen Werte eine große Rolle, und diese Werte sind, mehr oder weniger explizit, in unterschiedliche Weltanschauungen eingebettet. Das bedeutet, dass Politik nicht um weltanschauliche

Betrachtungsweisen herunkommt, und dass sie dies auch nicht wollen sollte. Eine parlamentarische Parteiendemokratie ist eine sinnvolle Ausgestaltung dieser wertegeladenen Verteilungsdebatte.

Im Folgenden wird das politische Profil der *ChristenUnie* skizziert werden. Anhand der niederländischen Geschichte wurde einer ihrer zentralen politischen Werte, der weltanschauliche Pluralismus, bereits vorgestellt. Die wichtigsten weiteren politischen Prinzipien oder Werte der CU werden in diesem Beitrag im Kontext der Geschichte der christlichen Politik in den Niederlanden präsentiert. Ausgangspunkt ist hierbei das 19. Jahrhundert – das Jahrhundert, in dem die politischen Parteien entstanden. Anschließend folgt die Erörterung dreier Kernwerte bzw. Schwerpunkte, auf die sich die *ChristenUnie* nach Auffassung ihres Wissenschaftlichen Instituts in den kommenden Jahren wird konzentrieren müssen. Diese Kernwerte bzw. Schwerpunkte schlagen sich in den Themen nieder, für die die Partei sich gegenwärtig stark einsetzt. Nach der Darstellung dieser Themen findet abschließend eine Auseinandersetzung mit der Frage statt, wieviel Freiheit es in stark säkularisierten nordatlantischen Kulturen gibt, auf der Grundlage explizit religiöser Überzeugungen heraus politisch aktiv zu sein. Macht nicht gerade Politik so etwas wie einen neutralen Diskurs notwendig, oder existiert dieser nicht?

Von der heutigen Situation zurück zum Anfang

Teilt man das niederländische Parlament in drei ungefähr gleich große Teile, dann befinden sich zwischen dem ökonomisch rechten und dem linken Tortenstück einige Parteien in der Mitte. Unter diesen befinden sich drei christliche oder konfessionelle Parteien. Der *Christen-Democratisch Appèl* (CDA) ist die größte und am breitesten aufgestellte dieser christlichen Parteien: auch Muslime, Humanisten oder andere Nicht-Christen können Mitglied in dieser Partei werden, ihre wirtschaftliche Positionierung fällt häufig liberal aus. Der CDA hat in den letzten Jahren massiv an Bedeutung verloren, bei der Wahl 2012 erhielt er nur noch 8,5 Prozent und bei der Wahl 2017 12,4 Prozent der Stimmen. Die *Staatkundig Gereformeerde Partij* (SGP) ist mit einem Stimmenanteil von 2,1 Prozent die kleinste der drei christlichen Parteien. Hinsichtlich ihrer Spiritualität ist sie pietistisch ausgerichtet, ihre Anhängerschaft besteht hauptsächlich aus Christen, die eher auf ihre eigene Glaubensentwicklung und die eigene Gruppe ausgerichtet sind als auf die sie umgebende Kultur. Wirtschaftlich vertritt die Partei, wie der CDA, oftmals liberale Positionen.

Die *ChristenUnie*, die bei der Wahl 2012 3,1 Prozent und bei der Wahl 2017 3,4 Prozent der Stimmen erhielt, ist aus Christen entstanden, die für kulturelle Entwicklungen offen sind, dabei aber großen Wert auf die Entwicklung einer eigenen politischen Anschauung legen, die nicht von vornherein liberal oder sozialdemokratisch gefärbt ist. Dieses eigene Profil bildet die Schnittstelle der politischen Realität und der eingebrachten christlichen Werte und Lebenseinstellungen der Mitglieder. Die Mitglieder sind Christen, die unterschiedlicher und kulturbewusster als die Anhängerschaft der SGP sind, gleichzeitig sind sie kirchlich aktiver als dies bei den Anhängern des CDA der Fall ist. Seit 2015 können auch römisch-katholische Christen leichter Mitglied der *ChristenUnie* werden. Grundlage hierfür ist, dass das auf dem Ersten Konzil von Nicäa formulierte Glaubensbekenntnis, auf das sich beinahe alle Christen einigen können, als gemeinsame Basis gewählt wurde. Über hinderliche Verweise auf protestantische Bekenntnisse aus dem 16. Jahrhundert muss ein Katholik damit heutzutage nicht mehr stolpern.

Woher stammt diese Kombination aus einem ernsthaften Christentum und einem kulturbewussten gesellschaftlichen Engagement in der politischen Landschaft der Niederlande? Unzweifelhaft liegt ihre Wurzel in der Person von Abraham Kuyper (1837-1920). Kuyper führte orthodox-protestantische Wahlvereinigungen im Jahr 1879 zur *Anti-Revolutionaire Partij* (ARP) zusammen, der ersten landesweiten politischen Partei der Niederlande.¹ Aus der ARP sind sowohl der CDA als auch die CU hervorgegangen. Andere politische oder weltanschauliche Strömungen in den Niederlanden folgten damals Kuypers Vorbild und formierten nationale Parteien, beispielsweise die *Liberale Unie* (LU, gegründet 1885), die *Sociaal-Democratische Arbeiderspartij* (SDAP, gegründet 1894) und die bereits genannte SGP (gegründet 1918). Im Ergebnis entstand in den Niederlanden ein Mehrparteiensystem.

Von der ARP zur ChristenUnie

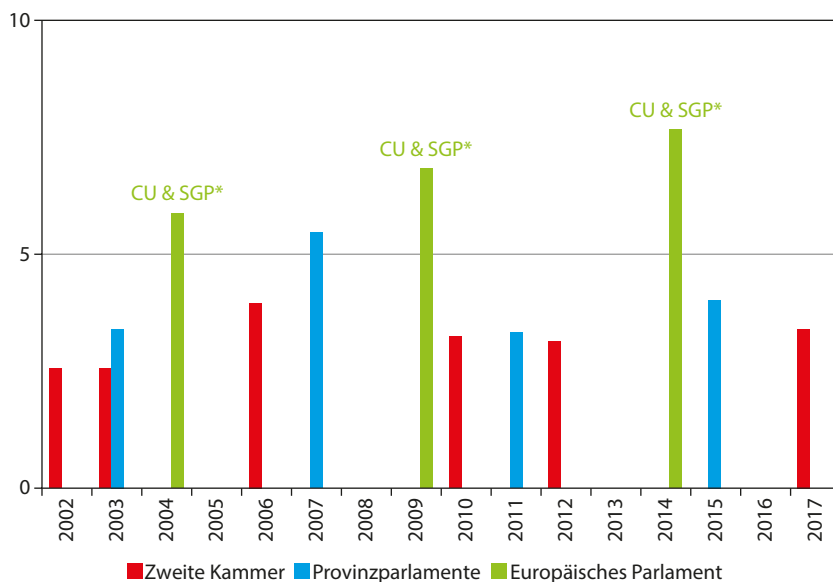
In der Zweiten Kammer verfügte die ARP bei ihrer Gründung über etwa 14 Prozent der Mandate, dieser Anteilswert erhöhte sich bis Kuyper 1901 durch eine Zusammenarbeit mit den Katholiken ein eigenes Kabinett bilden konnte auf 24 Prozent. Danach bewegten sich die Wahlergebnisse bis 1937 zwischen 11 und 23 Prozent, von 1946 bis 1974 dann zwischen 9 und 13 Prozent.² Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurde über die Kooperation zwischen Vertretern unterschiedlicher christlicher Gruppen

diskutiert. War für den Wiederaufbau nicht die Zusammenarbeit über die politischen Grenzen hinweg geboten? Kann ein gemeinsames politisches Ideal nicht genauso gut verbinden wie ein gemeinsamer Glaube? Ein Beispiel für die Überwindung politischer Grenzen bildete die neugegründete *Partij van de Arbeid* (PvDA), die Nachfolgerin der SDAP. An ihrer Gründung waren nicht nur säkulare Sozialdemokraten und Sozialliberale, sondern auch „christlich-soziale“ Pfarrer und Politiker beteiligt.

Trotz der Bestrebungen zur Zusammenarbeit entstand 1948 eine neue christliche Partei, eine Absplitterung der ARP. Auf die *Gereformeerde Kerken* – selbst eine Absplitterung der *Nederlandse Hervormde Kerk* – hatte Kuypers als Theologe einen starken Einfluss ausgeübt. Nach seinem Tod versuchte die Kirchenleitung jedoch, Kritiker bestimmter Auffassungen mundtot zu machen. Sogar während des Krieges wurden Theologen und Pfarrer suspendiert. Dies führte nicht nur zu einer Kirchenspaltung innerhalb der *Gereformeerde Kerken*, sondern wirkte sich auch auf die ARP aus. Kuypers politisches Denken rief Kritik hervor und im Jahr 1948 kam es zur Gründung des *Gereformeerde Politiek Verbond* (GPV). Die ARP bestand zunächst fort und fusionierte im Jahr 1980 dann mit zwei anderen Parteien, darunter die *Katholieke Volkspartij* (KVP), zum CDA.

Der GPV erlangte bei der Wahl im Jahr 1963 erstmals ein Mandat in der Zweiten Kammer.³ In der folgenden Zeit war er stets mit einem oder mit zwei Abgeordneten im Parlament vertreten. Im Jahr 2000 fusionierte er mit der *Reformatische Politieke Federatie* (RPF). Woher kam diese zweite Partei? Es gab in den Niederlanden rasch nach dem Einzug des GPV in die Zweite Kammer Christen, die mit der Partei sympathisierten. Diese konnten den GPV zwar wählen, sie konnten ihm aber nicht als Mitglied beitreten, da die Parteimitgliedschaft strikt an die Mitgliedschaft in den *Gereformeerde Kerken Vrijgemaakt* gebunden war. Anfänglich, im Jahr 1966, hatten diese Sympathisanten eine „Unterstützungsorganisation“ gegründet – in der Hoffnung, dass die Vorgaben für die Parteimitgliedschaft auf die Dauer gelockert werden würden. Als diese Entwicklung ausblieb und die ARP zudem in den CDA aufging, wurde 1975 die RPF errichtet, neben dem CDA, der SGP und dem GPV die vierte explizit christliche Partei in den Niederlanden. Die RPF erwischte einen schlechten Start, bei den Wahlen 1977 erhielt sie kein einziges Mandat.⁴ Vier Jahre später gelang ihr der Einzug in das Parlament und in den 1990er Jahren erreichte sie dann sogar einen Stimmenanteil von circa zwei Prozent, damit war sie zu dieser Zeit erfolgreicher als der GPV.

Politisch-inhaltlich waren RPF und GPV so eng miteinander verbunden, dass die Gründung der *ChristenUnie* den meisten Mitwirkenden und

Abbildung 2.1: Wahlergebnisse der CU 2002-2017 (in Prozent)

* Die SGP und die CU (bzw. ihre Vorgängerparteien) treten seit 1984 bei Wahlen zum Europäischen Parlament gemeinsam an. Die Wahlergebnisse der Vorgängerparteien der CU (GPV und RPF) sind in den Übersichten am Ende dieses Sammelbandes zu finden.

Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage der Angaben auf der Internetseite www.verkiezingsuitslagen.nl

Kommentatoren zufolge eine Selbstverständlichkeit war, die eher ein Vierteljahrhundert zu spät als zu früh realisiert wurde. Auffallend an der neuen Partei war der „linke“ Nachdruck auf Umweltschutz und – wo nötig – Marktregulierung, in Kombination mit der „rechten“ Forderung nach Möglichkeiten zur unternehmerischen Entfaltung und dem Respekt vor dem Leben (beispielsweise wenn es um Unterstützung für junge Mütter geht, damit diese eine Alternative zur Abtreibung sehen). Durch die Verbindung solch unterschiedlicher Standpunkte fällt es schwer, die *ChristenUnie* mit einem Etikett (rechts, links, konservativ, progressiv usw.) zu versehen. Die neue Partei erzielte zunächst enttäuschende Ergebnisse (2002: 2,5 Prozent, 2003: 2,1 Prozent). Untersuchungen haben gezeigt, dass der Mord an Pim Fortuyn im Mai 2002 – kurz vor den Wahlen – der *ChristenUnie* einen deutlichen Strich durch die Rechnung gemacht hatte: Viele ihrer potenziellen Wähler wichen zum CDA aus, um zu verhindern, dass die populistische *Lijst Pim Fortuyn* (LPF) die größte Partei der Niederlande würde.⁵ Die *ChristenUnie* konnte ihren Stimmenanteil 2006 dann allerdings auf vier Prozent erhöhen, unter anderem weil es ihrem Spitzenkandidaten, André Rouvoet, gelang,

sich als scharfer und sachkundiger Diskussionsteilnehmer zu profilieren. Auf der Basis dieses Wahlergebnisses fungierte die *ChristenUnie* bis 2010 als Koalitionspartnerin des CDA und der PVDA, die drei Parteien bildeten das vierte Kabinett unter der Leitung des Christdemokraten Jan Peter Balkenende.

Die *ChristenUnie* als Koalitionspartnerin

Von 2006 bis 2010 gehörte die *ChristenUnie* erstmals einer Regierung an. Die Bedeutung dieser Regierungsperiode liegt für die Partei zum Teil in den zwar bescheidenen, aber durchaus erkennbaren Ergebnissen, die unter anderem in den Bereichen Familienpolitik und Religionsfreiheit erzielt wurden. Für die Partei selbst war darüber hinaus die Regierungsbeteiligung selbst sehr wichtig. Sie war die Anerkennung dafür, dass sich zwei kleine Parteien durch ihre Fusion zu einem relevanten politischen Akteur entwickelt haben. Dies führte zugleich zu einer Art Erwachsenwerden. In Parteiverlautbarungen klang stärker als früher die gemeinsam mit anderen Parteien getragene Verantwortung für eine sinnvolle Regierungspolitik durch und weniger ein „wir“ gegen „sie“. Auch wenn die *ChristenUnie* ab 2010 wieder in der Opposition landete, entschied sie sich als Partei oftmals dafür, nachfolgende Koalitionen zu unterstützen und eine „konstruktive Oppositionsarbeit“ zu leisten.

Hinsichtlich der konkreten Resultate der Regierungsbeteiligung ist zunächst zu erwähnen, dass das Kabinett Balkenende IV das bisher einzige mit einem Minister für Jugend und Familie war. Der Minister, cu-Spitzenkandidat André Rouvoet, beriet sich regelmäßig mit seinem deutschen Pendant, der Familienministerin. Er setzte sich für die Stärkung der sozialen, pluralen Struktur ein. Seit seiner Amtszeit gibt es in niederländischen Städten „Zentren für Jugend und Familie“. Die *ChristenUnie* engagierte sich auch für die Ernennung eines Militärimsams – schließlich gibt es ja auch Militärpfarrer. Das ist ein Beleg für das Bekenntnis der Partei zur weltanschaulichen Pluralität. Der CDA und die in der Opposition befindliche *Volkspartij voor Vrijheid en Democratie* (VVD) widersetzten sich der Ernennung. Beide Parteien zeigten sich anfällig für die Ressentiments gegenüber dem Islam, die von populistischen Wortführern wie Fortuyn (und später Geert Wilders) verbalisiert, benutzt oder sogar angefacht wurden und werden. Der CDA und die VVD wollten diesem Populismus den Wind aus den Segeln nehmen, indem sie sich ihm ein Stück weit anpassten. Dass diese Parteien der Anti-Islam-Allergie (oder sogar der Allergie gegen religiöse

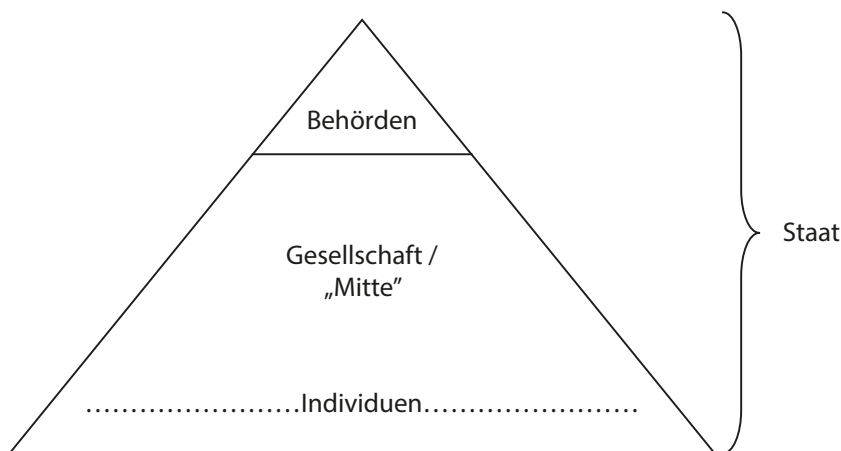
Selbstorganisationen im Allgemeinen) beipflichten können, lässt sich durch die (mehr oder weniger starken) liberalen Wurzeln dieser Parteien erklären – so widersprüchlich dies auch klingt wenn man bedenkt, dass gerade der Liberale die Freiheit als Kernwert verteidigen will.

Souveränität: ein Pyramidenmodell?

Wie ist es möglich, dass die *ChristenUnie* die weltanschauliche Vielfalt stärker verteidigt als stärker liberal geprägte Parteien? Welche Personen haben in der Vergangenheit wichtigen Einfluss auf die Programmatik der *ChristenUnie* ausgeübt? Die Antwort auf beide Fragen sollte bei Abraham Kuyper und seinem Vorgänger aus dem 19. Jahrhundert, Guillaume Groen van Prinsterer (1801-1876), beginnen. Groen van Prinsterer wohnte und arbeitete in Den Haag, in der Nähe des Regierungszentrums der Niederlande. Beinahe sein ganzes Leben lang ist er dort Archivar des Königlichen Hausarchivs der Oranier gewesen. Im Jahr 1854 veröffentlichte er die Broschüre *De Anti-Revolutionaire en Confessionele Partij in de Nederlands Hervormde Kerk*.⁶ In der *Hervormde Kerk*, der damaligen Staatskirche in den Niederlanden, setzten viele Menschen – im Fahrwasser der Französischen Revolution – viel Vertrauen in die „universale Vernunft“. Durch diesen „revolutionären“ Appell an die universale Vernunft ließen sie die tieferen Ebenen des menschlichen Lebens, auch die spirituellen oder religiösen, unberücksichtigt, so die Meinung Groen van Prinsterers, die noch immer in der *ChristenUnie* fortwirkt.⁷ Sie betrachteten diese spirituelle oder religiöse Ebene als Schwärmerei. Religion könne die Menschen höchstens in abgeschwächter Form zu einem braven Bürgertum motivieren – ein Bürgertum, das domestiziert und nicht unbequem aufrührerisch sein sollte.

Groen van Prinsterer wollte keinen Revolutionsgeist propagieren, vielmehr sah er diesen „französischen“ Revolutionsgeist gerade in der gebiets- und monolithischen Staatsautorität der damaligen liberalen Elite am Werk. Diese Macht legitimierte sich, indem sie sich auf die „universale Vernunft“ berief, und sie bot seiner nach Ansicht religiös inspirierten, von der Basis kommenden Initiativen – beispielsweise Eltern, die christlichen Unterricht an Schulen (entweder innerhalb der öffentlichen Schulen oder durch die Gründung eigener, christlicher Schulen) fördern wollten – zu wenig Raum. Um verständlich zu machen, wie tief greifend die von Groen van Prinsterers geübte Kritik an einer scheinbar selbstverständlichen Staatsauffassung ist, folgt hier zunächst das von ihm abgelehnte Pyramidenmodell (siehe Abb. 2.2). Dieses Pyramidenmodell illustriert, wie sich

Abbildung 2.2: Pyramidenmodell: Der Staat als ein hierarchisch organisiertes Gemeinwesen



Quelle: D. Petri/F. Visscher, *Revisiting Sphere Sovereignty to Interpret Restrictions on Religious Freedom*, in: *Philosophia Reformata* 80 (2015), S. 102-103.

die meisten Menschen weltweit einen Staatsaufbau vorstellen. In der Regel denkt man dann an ein einziges großes Gemeinwesen. Das, was in Ägypten der Pharaos war, wurde im Römischen Reich der Kaiser und, wenn man kritische Protestanten innerhalb der *ChristenUnie* fragt, in der katholischen Kirche der Papst. Länder, in denen der Staat von diesem Pyramidenmodell aus denkt, können sich dennoch bezüglich der Dominanz der staatlichen Instanzen voneinander unterscheiden. Es ist klar, dass in eher sozialistisch oder kommunistisch orientierten Ländern die Regierung die Entwicklung von Land und Volk stark prägt. Das kann bis zur in China betriebenen ein-Kind-Politik reichen. Die Priorität des umfassenden Kollektivs lädt zu einem *top-down*-Regime ein.

Der Liberalismus dreht dieses Modell dem Anschein nach um. Dennoch kann das so genannte Freiheitsdenken verborgene Zwangsideologien verschleiern, auch wenn man in liberalen Anschauungen für das Individuum eintritt. In diesen Anschauungen sind ja Individuen die primären Akteure, die verschiedene gemeinsame Aktivitäten unternehmen, Beziehungen eingehen und Zusammenschlüsse bilden. Aber auch in dieser Pyramide aus vernünftigen Individuen erhält der Staat eine umfassende Aufgabe mit vielen *top-down*-Befugnissen – in erster Linie als Hüter der Freiheit dieser Individuen. Viele Maßnahmen, die auf ihre Sicherheit abzielen, erweisen sich allerdings inzwischen als Gefahr für ihre Privatsphäre. Auch

das katholische Subsidiaritätsprinzip durchbricht das Pyramiden-Denken nur scheinbar. Verantwortlichkeiten sollen dadurch so niedrig wie möglich angesiedelt werden, und höhere Instanzen sollen nur eingeschaltet werden, wenn dies notwendig ist, und auch dann nur unterstützend, eben subsidiär. Auch bei der Anwendung dieses Prinzips bleibt jedoch der Staat der Verwalter des umfassenden Ganzen. Auch eine kleine Spitze bleibt eine Spitze.

In all diesen Modellen kommt der Regierung eine hohe Machtfülle zu. Mit seiner Kritik an dieser monolithischen Staatsauffassung hat Groen van Prinsterer in den Niederlanden eine bedeutsame Wende vorbereitet – eine Wende, die weltweit einmalig ist. Im 19. Jahrhundert führte ein Revival des Calvinismus in den Niederlanden zu einem politischen Erdbeben. Während im Europa des 16. Jahrhunderts Luther und Calvin die wichtigsten Quellen für protestantisches Leben und Denken waren, gilt Abraham Kuyper als Vater dieser niederländischen Revival-Bewegung, dem Neocalvinismus.

Abraham Kuyper (1837-1920): Souveränität im eigenen Kreis

Während Groen van Prinsterer vor allem ein Visionär war, sah er in dem Pfarrer und Journalisten Abraham Kuyper zu Recht einen Organisator. Kuyper übernahm von ihm die Aufgabe, die „einfachen Leute“ zu mobilisieren, „das Volk hinter den Wählern“. Damit suggerierte er, dass viele Bürger aufgrund des Zensuswahlrechts im politischen Den Haag lediglich eine kleine Zahl an Repräsentanten hatten. Das Ergebnis war, wie oben bereits angesprochen, die ARP. Bildungsfreiheit auf akademischer Ebene bedeutete für ihn: Die Freiheit zu haben, auf der Basis eigener calvinistischer Überzeugungen eine anerkannte und freie Universität zu gründen. Diese sollte frei vom Staat aber auch frei von der Staatskirche (oder welcher kirchlichen Autorität auch immer) agieren können. So entstand dann im Jahr 1880 auch tatsächlich die *Vrije Universiteit* in Amsterdam. Die Theologen und Juristen, die dort ausgebildet wurden, bewirkten eine Kaderbildung für die „einfachen Leute“. Die Absolventen der *Vrije Universiteit* waren sowohl ein Zeichen als auch ein Motor für deren Emanzipation.

Ob Calvinisten tatsächlich in den niedrigeren sozialen Schichten so überrepräsentiert waren, ist heute umstritten,⁸ aber es bleibt ein Fakt, dass Kuyper für ein allgemeineres Wahlrecht plädierte. Die Losung „Wahlrecht für alle“ erklang nicht nur bei Sozialisten, sondern auch bei den Antirevolutionären. Sie kämpften für Religionsfreiheit und für Schulfreiheit durch gleiche staatliche Finanzierung. Mit dieser Auffassung und aufgrund eines erweiterten Wahlrechts wurde Kuyper 1901 „erster

Minister“ (Ministerpräsident) einer gemischt protestantisch-katholischen Regierungskoalition. Die Emanzipation der Katholiken und Protestanten erhielt ein politisches Gesicht. Kuyper gelang es, die zuvor herrschende Dominanz der Liberalen zu durchbrechen.

Das große Schlagwort, das Kuyper von Calvin übernahm, war „Souveränität“. Mit diesem Schlagwort, das wie Dynamit wirkte, griff er das vorherrschende Pyramiden-Denken an. Kuyper erkannte nur eine einzige absolute Autorität an: Gott. Politisch bedeutete dies, dass er jeden absoluten Machtanspruch als bedrohlich für die Bürger ansah. Kein Mensch dürfe von einem anderen absoluten Gehorsam fordern. Die Gewissensfreiheit, die Wilhelm von Oranien befürwortet hatte, dürfe man daher nicht auf religiöse Toleranz beschränken, vielmehr bedeute sie die Freiheit der Lebensgestaltung in noch viel mehr Bereichen. Mit dieser ziemlich liberalen Vorstellung hat Kuyper nicht nur das Monopol und die Dominanz der liberalen Elite durchbrochen, sondern auch das damit verbundene Pyramiden-Denken.

Seine alternative Gesellschaftsauffassung fasste er in seiner Ansprache anlässlich der Eröffnung der Freien Universität im Jahr 1880 in Worte. Ihr Titel ist ein Slogan: Souveränität im eigenen Kreis.⁹ Kuyper unterschied verschiedene Sektoren, die im sozialen Leben eines Nationalstaats eine Rolle spielen. Er sah die Familie als den Grundbaustein des sozialen Lebens. Er erkannte aber auch eine individuelle Sphäre an, den Kreis des Individuums. Außerdem nannte er andere Kreise oder Sphären, zum Beispiel den Kreis der Bildung (Schulen), der Wissenschaft (Universitäten), der Wirtschaft (Unternehmen), des Pflegesektors (Krankenhäuser) und des religiösen Lebens (Kirchen, Moscheen¹⁰...). Der Kreis des Staates ist einerseits selbst auch einer der gesellschaftlichen Kreise, er unterscheidet sich aber andererseits auf eine spezielle Art und Weise von allen anderen: Nur der Staat darf die Beziehungen zwischen den Kreisen überwachen (mittels der Gesetzgebung oder sogar der Polizei) oder Konflikte zwischen den Kreisen schlichten (durch richterliche Entscheidungen).

Mit dem Ausdruck „Souveränität im eigenen Kreis“ meinte Kuyper also einen Pluralismus von verschiedenartigen gesellschaftlichen Kreisen, Institutionen oder Zusammenhängen, die jeweils über eine eigenständige Autorität („Souveränität“) verfügen. Die Autorität des Staates (oder spezifischer: die Autorität eines Polizisten) ist nicht allumfassend, vielmehr handelt es sich um eine spezifisch juristische Autorität, die in erster Linie die öffentliche Ordnung aufrechterhält. Staatliche Autorität ist demnach begrenzt, und die staatlichen Einrichtungen bilden gemeinsam lediglich einen von vielen gesellschaftlichen Kreisen. Andere Akteure haben andere Aufgaben: der Rektor einer Universität muss über die Qualität der

Wissenschaft wachen; ein Arzt soll sich um die Gesundheit seiner Patienten bemühen. Keine dieser Personen hat allerdings das Recht über die religiösen oder wirtschaftlichen Lebensentscheidungen der Individuen, mit denen sie es zu tun haben, zu bestimmen.

Gesellschaftlicher und weltanschaulicher Pluralismus

Dieser soziale, gesellschaftliche oder institutionelle Pluralismus ist also von ganz anderer Beschaffenheit als der weltanschauliche Pluralismus, um den es bei Gewissensfreiheit und Toleranz geht.¹¹ Aber es gibt doch einen Zusammenhang, und dieser zeigt sich in dem Anlass, zu dem Kuyper seine Ansprache Souveränität im eigenen Kreis hielt: bei der Gründung der Freien Universität in Amsterdam. Es gab ja in Amsterdam bereits eine Städtische Universität. Kuyper verteidigte also in erster Linie die Selbständigkeit der Wissenschaft, der akademischen Einrichtungen, gegenüber dem Staat, sei es nun auf lokaler, regionaler oder überregionaler Ebene. Die politischen Behörden verfügen nicht über Autorität, wenn es um wissenschaftliche Entwicklungen geht. Kuyper konstatierte dies mit dem spezifischen Ziel, Wissenschaft gemäß den calvinistischen Auffassungen seiner eigenen Freien Universität betreiben zu können. Das zeigte sich natürlich vor allem bei der theologischen Fakultät. Aber auch für die Rechtswissenschaft, beispielsweise die Staatslehre, waren die calvinistischen Auffassungen und Prinzipien von Bedeutung. Bei der historischen Beschreibung beispielsweise von Formen absoluter Souveränität (wie bei Bodin) fiel dies noch nicht so sehr auf, aber sobald sich die Studenten nach der eigenen Staatsauffassung eines Dozenten erkundigten, musste sich an der Freien Universität herausstellen, dass dieser Hochschullehrer eine derartige absolute Macht ablehnte.

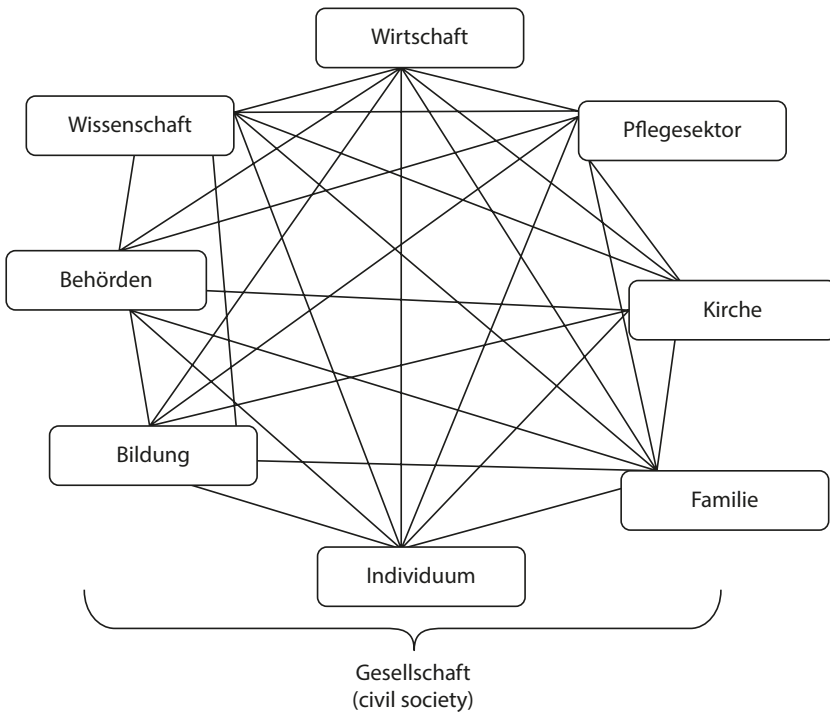
Kuyper ermöglichte also mit seinem gesellschaftlichen Pluralismus (hier: eine selbständige, nicht unter staatlicher Verwaltung stehende Universität) auch einen weltanschaulichen Pluralismus (hier: eine spezifisch calvinistische Universität neben der Städtischen Universität in Amsterdam). In den Niederlanden entstanden neben den Reichsuniversitäten auch katholische Universitäten (in Nimwegen und Tilburg). Das gleiche Muster erzwang Kuyper in der Politik: Neben der ARP organisierten sich jetzt auch die Liberalen, die Katholiken und die Sozialdemokraten auf Landesebene. Und nach Kuypers Tod gestalteten die Niederlande den öffentlichen Rundfunk, indem sie die landesweite Sendezeit zwischen einigen weltanschaulich gefärbten Rundfunkanstalten aufteilten. Kuyper stand somit an der Wiege der Versäulung der Niederlande.

Obgleich bei katholischen Universitäten oder Parteien der Eindruck entstehen kann, dass sie von der katholischen Kirche beherrscht werden, war eine solche Verflechtung von dem Protestanten Kuyper nicht beabsichtigt. Die calvinistischen Prinzipien der *Vrije Universiteit* seien die Prinzipien der einzelnen, mit einander zusammenarbeitenden Gründer. Sie sei nicht von einer Kirche gegründet worden und sei auch keiner Kirche gegenüber Rechenschaft schuldig, vielmehr müsse sie sowohl von staatlichen als auch von kirchlichen Einflüssen unabhängig sein.

Mit dem Modell des gesellschaftlichen Pluralismus einschließlich des darin gebotenen Raumes für weltanschaulichen Pluralismus hat Kuyper das Pyramiden-Denken, bei dem Staat und Volk ein umfassendes Ganzes bilden, untergraben. Die Einheit der Pyramide birgt, wie Groen van Prinsterer erkannte, eine totalitäre Gefahr, gegen die das Denken in einer Vielzahl von Kreisen eine wichtige Waffe ist. Jeder von ihnen hat nach Ansicht Kuypers ja eine direkte Verantwortung gegenüber dem einzigen absoluten Souverän: Gott. Alle Kreise sind nicht nur unterschiedlich, sondern dürfen sich gegenseitig nicht überlagern geschweige denn übereinander herrschen. Ein Beispiel für eine Überlagerung ist die Telefonwerbung von Unternehmen, die zur Essenszeit in die Privatsphäre der Menschen einbrechen. Ein Beispiel für Beherrschung ist ein Staat, der durch Fünfjahrespläne freie Entscheidungen von Unternehmen über ihre Entwicklung untergräbt.

Das Kreismodell wird zu einem Spinnennetzmodell, weil selbstverständlich unzählige wechselseitige Kontaktmomente und Beziehungen zwischen den diversen Kreisen entstehen und existieren. Es sind ja die gleichen Menschen, die im Hinblick auf den Staat Bürger, Arbeitgeber oder Arbeitnehmer in einem Unternehmen, für ihre Kinder Vater oder Mutter oder Patient in einem Krankenhaus sind. Menschen haben nun einmal gleichzeitig verschiedene Rollen in einer Reihe von Kreisen, oder anders ausgedrückt: sie funktionieren gleichzeitig auf einer Reihe von Ebenen.¹² Aber auch zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Institutionen gibt es vielerlei Beziehungen. Der Staat trägt die Verantwortung für die Menschen als Bürger, auch wenn diese Menschen noch Kinder in Familien sind. Im Falle einer Kindesmisshandlung darf der Staat nicht nur eingreifen, er muss es sogar. In Unternehmen und Krankenhäusern kann man wissenschaftlich-technische Kenntnisse anwenden. Im Mittelalter waren es in erster Linie oftmals kirchliche Einrichtungen, die Krankenhäuser gründeten. Heutzutage trägt der Staat die Verantwortung für die Finanzierung von Krankenhäusern. Von Übel ist etwas, das die Kreise schwächt, wodurch ein Staat stärkere totalitäre Züge annehmen kann. Eine gesunde Gesellschaft ist Kuyper zufolge eine Gesellschaft mit starken, gesunden Kreisen und einem Staat, der die

Abbildung 2.3: Spinnennetzmodell: voneinander abhängige gesellschaftliche Kreise



Quelle: D. Petri/F. Visscher, *Revisiting Sphere Sovereignty to Interpret Restrictions on Religious Freedom*, in: *Philosophia Reformata* 80 (2015), S. 102-103.

Eigenart dieser Kreise respektiert oder deutlich dazu aufgefordert wird, dies zu tun. Eine Intervention, wie im Falle einer Kindesmisshandlung, muss dann auch darauf abzielen, die „Souveränität des Kreises dieser Familie“ schnellstmöglich wieder herzustellen.

Der niederländische Philosoph Herman Dooyeweerd (1894-1977) hat unter anderem auf der Grundlage des Funktionierens von Menschen auf unterschiedlichen Ebenen das soziologische Kreismodell Kuypers zu einer umfassenden philosophischen Wirklichkeitssicht weiterentwickelt. Er unterscheidet rund fünfzehn Aspekte oder Funktionen, das heißt Bereiche oder Ebenen, in denen nicht nur Menschen, sondern auch Institutionen und faktisch die gesamte Wirklichkeit gleichzeitig funktionieren. Auf Kuypers Kreise angewandt, kann ein solches feinmaschiges Modell soziale Probleme verdeutlichen. Beispielsweise muss ein Krankenhaus sicherlich den ökonomischen Aspekt, die eigenen Finanzen, berücksichtigen aber

trotzdem als Institution medizinisch und auf die Pflege ausgerichtet sein. Der englische politische Philosoph Jonathan Chaplin hat diesen Ansatz kürzlich in seinem Band über Herman Dooyeweerd (2011) beschrieben.¹³

Die Kernwerte für die kommenden Jahre

Um das Jahr 2010 hat das Wissenschaftliche Institut der *ChristenUnie* der Partei geraten, in den kommenden Jahren drei Kernwerte besonders zu betonen: (1.) dienende Hilfsbereitschaft, (2.) Freiheit und (3.) Nachhaltigkeit. Alle diese drei Kernwerte verteidigen Diversität und Pluralität. Jeder Kreis bietet der Gesellschaft etwas Relevantes: Die Wirtschaft ermöglicht das ökonomische Funktionieren der Bürger, der Kunstsektor bildet eine Grundlage für ästhetischen Ausdruck. Man muss in der Gesellschaft die Freiheit verschiedener sozialer Kontexte (Kreise) wahren, aus ihrer Eigenart und eigenen Ansicht heraus der Gesellschaft zu dienen. Und die Menschen müssen auch bescheiden mit dem verletzlich-pluralen Charakter der gesamten Schöpfung umgehen, das heißt, sich für einen sorgfältigen, nachhaltigen Umgang mit natürlichen Ressourcen und Tierarten, mit spezifischen Gebietsmerkmalen und Klimazonen engagieren.

Die Notwendigkeit des Letztgenannten, die Nachhaltigkeit, ist am offenkundigsten. Die abnehmende Menge an abbaubaren Rohstoffen und fossilen Brennstoffen und der Umgang mit Klimaveränderungen verlangen weltweit politische Antworten – ohne sie wird es zu immer mehr Konflikten kommen und werden Migrationsströme zunehmen. Auf diesem ökologischen Gebiet hat das Wissenschaftliche Institut der CU auf das Bild eines Verwalters hingewiesen – nicht nur die Partei, sondern darüber hinaus auch alle Bürger. Dieses Bild hat biblische Wurzeln. Ein Verwalter verwaltet den Besitz eines anderen, entwickelt diesen auf eine vernünftige Weise und im Konsens mit dem Eigentümer und hinterlässt diesen Besitz nicht in einem schlechteren Zustand als er ihn vorgefunden hat. Wenn es um unseren Planeten Erde geht, werden viele vor allem Verantwortung gegenüber zukünftigen Generationen empfinden. Auch viele Christen die die *ChristenUnie* mit diesem Kernwert der Nachhaltigkeit ansprechen will, teilen dieses Verantwortungsbewusstsein. Dabei sollen sie nicht nur an die Verantwortung gegenüber künftigen Generationen denken, sondern auch an die Verantwortung gegenüber Gott dem Schöpfer und letztlichem Eigentümer (eine Sichtweise, die im Übrigen keine strikte Meinung über das Wie der Erschaffung des Universums beinhaltet: evolutionäre Entwicklungen im Kosmos und in der Natur kann ein Christ problemlos anerkennen). In

der Vergangenheit haben Christen selten einen klaren Schwerpunkt auf das Thema Nachhaltigkeit gelegt, Ausnahmen waren die Franziskaner und die Amish.¹⁴ Vor diesem Hintergrund ist der Nachdruck auf Nachhaltigkeit nicht nur von Seiten des Wissenschaftlichen Instituts, sondern auch von der CU selbst eine auffallende Wahl mit einer steuernden Zielsetzung, auch in Richtung auf die christliche Anhängerschaft.

Die beiden weiteren Kernwerte, dienende Hilfsbereitschaft und Freiheit, hängen nach Auffassung des Wissenschaftlichen Instituts der *ChristenUnie* zusammen. Bei beiden geht es um das komplizierte Netz aus wechselseitigen Abhängigkeiten, die das Spinnennetzmodell (Abb. 2.3) nur in begrenztem Maße zum Ausdruck bringt. Menschen und ihre Gesellschaftsformen sind miteinander verflochten. Die gegenseitigen Abhängigkeiten verlangen eine Haltung der dienenden Hilfsbereitschaft. Es ist ein Missverständnis anzunehmen, dass nur Kinder und Alte von Hilfe und Pflege abhängig sind. Auch alle Erwachsenen sind dies. Erwachsensein oder Mündigkeit ist nicht das Gleiche wie Unabhängigkeit. Kein Kind existiert als einzelnes Individuum ohne Familie (oder die Familie ersetzende Betreuer). Unternehmen können sich auf ihre vorrangige Aufgabe konzentrieren, weil kranke Mitarbeiter zu Hause oder in einem Krankenhaus die notwendige Pflege erhalten. Man würde der Wirklichkeit nicht gerecht werden, wenn man diese reale wechselseitige Abhängigkeit und die untereinander notwendige dienende Hilfsbereitschaft als eine „Skavenmoral“ aus Ressentiment abtäte – gegen die Nietzsche sich wandte.¹⁵ Dieses aus den Begriffen Herren und Sklaven bestehende Denkschema teilt die gesamte Menschheit ja einfach in Übermenschen und Untermenschen ein. Aber genau diese Form des Denkens und Handelns hat Jesus mit seiner Umwertung „dekonstruieren“ wollen – um „Huren und Zöllner“ sowie die religiöse Elite dazu zu bewegen, sich tatsächlich umeinander zu kümmern. Er sagte beispielsweise (nach Matthäus 20, 26-28): „Wer bei euch groß sein will, der soll euer Diener sein, und wer bei euch der Erste sein will, soll euer Sklave sein.“

Und dann die Freiheit.¹⁶ Das Eintreten für die Freiheit in der Gesellschaft, zuallererst gegen einen aufdringlichen Staat, erlangt Kraft durch die Anerkennung der beiden oben genannten Arten des Pluralismus: den strukturellen Pluralismus, bei dem verschiedene Gesellschaftsformen jeweils ihre relative Autonomie besitzen, und den weltanschaulichen Pluralismus, bei dem eine Schule, eine Rundfunkanstalt oder eine politische Partei die Freiheit hat, eine eigene weltanschauliche „Farbe“ anzunehmen. Individuelle Freiheit, die beim Liberalismus im Vordergrund steht, ist in diesem Model daher nur eine der vielen Freiheitssphären, die es zu

verteidigen gilt. Der Staat muss auch gegen Individuen vorgehen, die die Eigenständigkeit einer Organisation angreifen. Einem Krankenhausdirektor, der einen Mediziner unter Druck setzt, bestimmte Operationen nicht durchzuführen, weil sie zu teuer sind, darf dies nicht ohne eine Vereinbarung gestattet sein, die gerade mit dem Einverständnis des gleichen Mediziners verbindlich beschlossen worden ist. Und Eltern, die für ihre eigenen Kinder eine Freistellung vom Religionsunterricht auf einer spezifisch katholischen Schule befürworten, sollten womöglich lieber eine andere Schule wählen – es sei denn, diese Schule ist in einem weiten Umkreis die einzige. Diese letztgenannte Ausnahme ist wichtig, und darin stimmen die christliche und die aus dieser hervorgegangene liberale Tradition überein: Individuelle Gewissensfreiheit verträgt sich, besonders wenn es um weltanschauliche Entscheidungen geht, in keiner Weise mit Zwang. Das hat Karl der Große schon zu hören bekommen, als er den Sachsen die Wahl zwischen dem Tod und der Taufe ließ: Der englische Hofgelehrte und Geistliche Alcuin protestierte, dass der Glaube nicht mit dem Schwert, sondern allein durch Worte wachsen könne: „Glaube entspringt dem Willen und nicht dem Zwang.“¹⁷ Dieses Eintreten für ideelle Freiheit bildet auch eine Grundlage der parlamentarischen Mehrparteiendemokratie, so sehr diese inzwischen auch von einem (post-)modernen Machtkampf über die Medien bedroht wird.

Die politische Wirklichkeit

Bei den Wahlen zur Zweiten Kammer 2010, 2012 und 2017 gewann die *ChristenUnie* jeweils fünf Sitze; in Bezug auf das prozentuale Ergebnis gab es nur leichte Schwankungen (2010: 3,3 Prozent, 2012: 3,1 Prozent, 2017: 3,4 Prozent). Der Rückgang im Jahr 2010 gegenüber dem Ergebnis von 2006 (4,0 Prozent) kostete die Partei einen Sitz. Im Vergleich zu anderen in den letzten Jahren an der Regierung beteiligten Parteien hielt sich der Verlust in Grenzen. Der leichte Anstieg im Jahr 2017 führte zwar nicht zu dem erwünschten zusätzlichen Mandat, aber man kann diesen als Würdigung der konstruktiven Haltung während des letzten Kabinetts (Rutte II, 2012-2017, VVD und PVDA) werten. Potenzielle Wähler der *ChristenUnie* empfanden allerdings weniger Wertschätzung für eine ähnliche Haltung während des Kabinetts Rutte I, einer Minderheitskoalition aus VVD und CDA, die dank der „duldenden Unterstützung“ durch die *Partij voor de Vrijheid* (PVV) möglich war, der Partei des Populisten Geert Wilders. Dieser kündigte die Unterstützung 2012 auf, als schmerzhaft Einsparungen unausweichlich wurden.

Nach 2010 bestimmte vor allem die rechtsliberale VVD die Ausrichtung der Regierung, zunächst also zusammen mit dem CDA in einem Minderheitskabinett. Ein Minderheitskabinett muss mit Oppositionsparteien Vereinbarungen treffen, um seine Pläne durchsetzen zu können. Dabei hat die *ChristenUnie* sich als eine der Parteien der so genannten „konstruktiven Opposition“ formiert. Durch nahezu pausenlose Verhandlungen mit der Regierung tauschten diese Parteien ihre Unterstützung für Gesetzentwürfe gegen Kompromisse aus, auf die sie inhaltlichen Einfluss ausüben konnten.

Unvermeidlich ist der Umbau des Sozialstaates in eine „Partizipationsgesellschaft“. Dabei geht es um ein Solidarsystem, das tragfähig und nachhaltig (sozial, ökologisch und finanziell) ist. Das verlangt einen größeren gesellschaftlichen Einsatz, dienende Hilfsbereitschaft, wie beispielsweise die freiwillige Betreuung von pflegebedürftigen älteren Menschen. Zugleich muss man den Bürgern oder Organisationen dann auch die Freiheit geben, dieses Engagement gemäß dem eigenen Verständnis umzusetzen. Das muss dann auch für religiöse Minderheiten gelten. Aber gerade diese Freiheit steht wegen vielerlei Formen der Radikalisierung unter Druck. Dennoch unterstützt die CU beispielsweise die Freiheit für den muslimischen Unterricht. Noch konkreter: In Rotterdam hatten SGP und *ChristenUnie* nach Terroranschlägen in Paris (November 2015) und Quebec (Januar 2017) Bürger dazu aufgerufen, bei einer Moschee Wache zu halten und diese zu schützen. Das ist Pluralismus: Für die Freiheit einer Religion einzutreten, mit der man selbst nicht einverstanden ist.

Aus ihren eigenen Kernwerten heraus hat die *ChristenUnie* ihre Rolle als „konstruktive Opposition“ dazu genutzt, einerseits die Transformation und die Einsparungen im sozialen Bereich zu unterstützen, dabei aber andererseits die verletzlichsten Gruppen zu schonen. Bei der dienenden Hilfsbereitschaft stellt sich ja die Frage: für wen? Die Unterstützung sollte sich – das werden nicht nur Christen auf diese Frage antworten – vor allem auf die Schwächsten richten.

Die Gesellschaftsauffassung des Spinnennetzmodells zeigt ein kooperatives Verhältnis zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Kreisen. Dabei geht es dann nicht nur um die Zusammenarbeit zwischen Individuen, beispielsweise in einem Unternehmen, sondern auch um die Kooperation von Behörden mit privaten Bürgern, mit der Wirtschaft, mit religiösen Einrichtungen, mit Dienstleistern im sozialen Bereich, mit Familien usw. Man kann eine „Partizipationsgesellschaft“ auch als Kooperationsgesellschaft bezeichnen, die durch ein Netz aus wechselseitiger dienender Hilfsbereitschaft getragen und zusammengehalten wird. Dieser Vision einer Kooperationsgesellschaft im 21. Jahrhundert hat das Wissenschaftliche Institut der CU im Jahr 2014 eine eigene Publikation gewidmet.¹⁸

Raum für konfessionelle Politik

Zum Schluss soll noch kurz auf eine grundsätzliche „Vertiefungsfrage“ eingegangen werden: Soll man das wollen, politischer Einfluss, der von religiösen Gruppen ausgeht? In den Kreisen der CU wird die Offenheit geschätzt, die Jürgen Habermas als politischer Denker dem Beitrag verschiedener weltanschaulicher Traditionen entgegenbringt. Habermas erkennt ebenso wie die *ChristenUnie* einen weltanschaulichen Pluralismus an. Gewiss nicht herrschaftsfrei ist allerdings seine Auffassung, dass der Beitrag religiöser Gruppen in offiziellen politischen Organen wie einem Parlament erst in etwas wie *public reasons* (John Rawls¹⁹) umgesetzt werden müsse. Es ist merkwürdig, dass auf diese Weise religiösen Gruppen und ihren Äußerungen von außen ein Sonderstatus zugesprochen wird. Diskriminierung aufgrund von Rasse, Religion, Geschlecht oder sexueller Vorliebe steht ja im Gegensatz zu Werten wie Freiheit und Gleichheit. Die Freiheit jeglicher subkulturellen oder religiösen Äußerung ist wichtig bis ins Parlament hinein.²⁰ Habermas scheint ebenso wie Rawls die Fähigkeit von Menschen zu unterschätzen, Argumentationen von Mitmenschen zu verstehen, auch wenn man deren Ausgangspunkte nicht teilt oder bestimmte Zusammenhänge nicht sofort sieht. Als Beispiel kann hier dienen, dass Christen auf Gott als Schöpfer oder Ursprung unserer Welt und auf den Menschen als seinen Sachwalter und sein „Abbild“ auf Erden verweisen können. Diese Ausgangspunkte haben Konsequenzen für eine ganze Reihe von politisch relevanten Dingen, die in diesem Licht einen überraschenden Zusammenhang aufweisen: den Umgang mit den Rohstoffen des Planeten Erde, mit der Natur, mit Tieren, mit ungeborenem Leben und mit der Qualität der Pflege. Wem nutzt es, Überzeugungen hinter abstrakten Formulierungen zu verbergen, wenn es beispielsweise um den Respekt vor der Einzigartigkeit des Regenwalds, vor Nerzen, vor Embryos und vor Erwachsenen mit körperlichen oder geistigen Einschränkungen geht. Dies lässt den politischen Diskurs zu einem blutleeren, unechten, wenn nicht heuchlerischen Sprachspiel verarmen, das losgelöst von der eigenen, vertrauten Sprache des Herzens stattfindet.

Diese Diskussion kann man als eine politische Umsetzung des Unterschieds zwischen Immanuel Kant und Alisdair MacIntyre interpretieren. Wo Kant versucht, den „privaten Gebrauch der Vernunft“ scharf vom öffentlichen Gebrauch zu unterscheiden, tritt MacIntyre für die Gleichwertigkeit verschiedener Denktraditionen ein. Der vielsagende Titel eines seines Werke lautet: *Whose justice, which rationality?*²¹ Die Frage lautet: Gibt es eine geteilte Rationalität, und muss Politik aus einer „leeren Mitte“

heraus stattfinden? Von der Tradition der *ChristenUnie* aus betrachtet, zeigt sich, dass eine andere Sicht auf Rationalität möglich ist. Rationalität wird nicht als Quelle der Wahrheit aufgefasst, sondern instrumental: als Mittel zum Ordnen der Gedanken, des Gedankenaustauschs.

Der Inhalt politischer Überzeugungen und Werte sollte vordringen bis in die Mitte der Politik. Das ist doch unumgänglich, keine Mitte bleibt jemals leer. Wie Jesus sagte: Du kannst einen Teufel austreiben, aber wenn der Raum anschließend nicht mit dem Guten gefüllt wird, dann kehrt der Teufel mit sieben Kumpanen zurück. Man muss in der Politik die Neigung erkennen, Theater zu spielen oder Machtspiele zu betreiben, aber man sollte die Demokratie und zugleich den Rechtsstaat retten, indem man an dessen klassischen, christlichen, humanistischen und liberalen Wurzeln festhält. Man muss eine Pluralität von Überzeugungen zulassen und inhaltliche Kompromisse machen, wobei man die Standpunkte von Minderheiten aus Respekt und Toleranz so weit wie möglich einbeziehen sollte. Man muss hinsichtlich der Zusammensetzung der „Farben“ einer Regierungskoalition transparent sein, ohne diese durch Propaganda den in der Minderheit befindlichen „Farben“ der Opposition aufdrängen zu wollen. Kurzum: Die *ChristenUnie* strebt danach, gesellschaftlich aktive Christen politisch zu vereinen, ihre programmatische Ausrichtung ist dabei pluralistisch aus Prinzip.

Schlussbetrachtung

Bei der Wahl im März 2017 konnten die christlichen Parteien leichte Zugewinne verbuchen. Dies ist durchaus überraschend, wenn man bedenkt, dass die katholische und die protestantische Kirche in den Niederlanden weiter an Mitgliedern verlieren (dem steht allerdings ein Wachstum freier Kirchen gegenüber). Bisherige Wahlergebnisse zeigen zudem, dass die CU nicht nur unter Menschen christlichen Glaubens große Sympathien genießt. Unklar ist aktuell noch, welchen Effekt der neue Spitzenkandidat Gert-Jan Segers, der 2015 die Führung der Partei übernahm, dauerhaft erzielen kann. Er sucht ungewöhnliche Kooperationen (beispielsweise mit der SP und der PVDA im Kampf gegen Zwangsprostitution) und erhält viel Aufmerksamkeit. Ein Grund hierfür besteht darin, dass er sich einerseits klar für die Religionsfreiheit ausspricht, andererseits aber vehement gegen Intoleranz und religiösen Hass Position bezieht. Er gibt offener als seine Vorgänger André Rouvoet und Arie Slob Auskunft über seine Motive, seinen Glauben und sein Herz.²² Die hierdurch entstehende Authentizität

kann sowohl Christen als auch Nichtchristen ansprechen. Wer aber eher die politische Sachlichkeit sucht, die seine Vorgänger gepflegt haben, der findet sich eventuell eher beim – weniger explizit christlichen aber auch „vertrauten“ – CDA wieder. Letztlich werden – wie in einem Land mit vielen Parteien und einer sehr volatilen Wählerschaft üblich – auch in Zukunft erst die Wahlergebnisse Auskunft über die Präferenzen der Bürger geben.

Aus dem Niederländischen übersetzt von Annegret Klinzmann

3. Zwischen Rebellion und Regierung

Die D66 als Faktor in der niederländischen Politik

Joost Sneller und Daniël Boomsma

Die *Democraten66* (D66) – bis 1985 mit Apostroph geschrieben (D'66) – sind zur Zeit der Entsäulung gegründet worden, der Auflösung der strengen Trennung der Bevölkerungsgruppen in eine katholische, eine protestantische, eine sozialistische und eine „liberale“, nichtreligiöse Säule.¹ Für einen großen Teil des zwanzigsten Jahrhunderts bestimmten die Säulen das gesellschaftliche Leben der Niederlande. Dies begann sich allerdings in den sechziger Jahren langsam zu verändern, als Entkirchlichung und Emanzipation einsetzten. Besonders die Jugendlichen kämpften sich von den existierenden Gruppen und Konventionen frei. In der Politik kam dies in Protestgruppierungen zum Ausdruck, wie der *Boerenpartij*, *Nieuw Links*, der *Politieke Partij Radicalen* (PPR) und eben auch der Partei D66.

Die D66 präsentierte sich bei ihrer Gründung im Jahr 1966 ausdrücklich als Bewegung, die sich gegen die etablierte Ordnung wandte, gegen das, was damals in den Niederlanden als „Regententum“ bezeichnet wurde. Das auffälligste Ziel der Partei war die Reform der in ihren Augen veralteten Demokratie. Dabei entschied sich die D66 als Gegenposition zu den bestehenden, mit den veralteten Säulen verbundenen ideologischen Gegensätzen für den „Pragmatismus“. Wenn die Partei ihre Ziele erreicht hätte, sollte ihre Auflösung erfolgen.

Dennoch entstand aus der Bewegung eine politische Partei, mit einer Basis, einer Parteioorganisation und sozialliberalem Gedankengut. Diese Entwicklung führte zu einigen Dilemmata, die sich bis zum heutigen Tag im Herzen der D66 festgesetzt haben: Die Spannung zwischen der Beteiligung an politischen Entscheidungen zur Verwirklichung von Veränderungen und dem Ursprung als Anti-Establishment-Partei; eine institutionalisierte Partei zu sein und den Charakter einer Bewegung anzustreben; und – als Folge hiervon – der Wille, pragmatische Politik zu betreiben während man inzwischen, ebenso wie andere Parteien über eine ideologische Basis verfügt. In der nachfolgenden Betrachtung wird die Geschichte der D66 vor dem Hintergrund dieser Dilemmata dargestellt.

Gründung, Ausgangspunkte und historische Wurzeln

Am 15. September 1966 stellte sich die D66 den niederländischen Wählern mit einem *Appel aan iedere Nederlander die ongerust is over de ernstige devaluatie van onze democratie* (*Appel an jeden Niederländer, der über die ernsthafte Abwertung unserer Demokratie besorgt ist*) vor, der die folgende Zielsetzung beinhaltete:

Die Partei strebt eine radikale Demokratisierung der niederländischen Gesellschaft im Allgemeinen und des politischen Systems der Niederlande im Besonderen an. Sie strebt eine vollständige Wahrung der geistigen Freiheit und die Förderung der größtmöglichen Entfaltung der Individualität des Einzelnen auf der Basis der Chancengleichheit an. Die Partei beabsichtigt, Unklarheit im politischen Leben zu bekämpfen. Sie wird daher eine klare, konsequente Politik betreiben, die stets das Programm an die erste Stelle stellt.²

Die Partei entwickelte sich seit der formalen Gründung am 14. Oktober 1966, dem Tag nach der Nacht von Schmelzer³, zu einer Partei mit einer breiten Agenda, die als Ziel „die größtmögliche Entfaltung der Individualität des Einzelnen auf der Basis der Chancengleichheit“ verfolgte. Dabei zeichnete sich die Partei durch ihre demokratische Organisation aus. Vom allerersten Kongress an galt das System *one man one vote*: Jedes Mitglied hatte in gleichem Maße Rede- und Stimmrecht. Die D66 war die erste Partei, bei der dies so war.

Priorität hatten in den Anfangsjahren der D66 jedoch die staatsrechtlichen Reformpläne aus dem *Appel*.⁴ Die wichtigsten Ideen hierin umfassten den direkt durch die Bevölkerung zu wählenden Ministerpräsidenten und die Einführung eines Systems der relativen Mehrheitswahl. Zudem sollte es gewählte Bürgermeister geben. Diese Punkte wurden zuweilen, wenn auch nicht von der Partei selbst, als „die Kronjuwelen“ der D66 bezeichnet. Mit einem direkten Mandat für den Ministerpräsidenten wollte die D66 die „tief verwurzelte gegenseitige Abhängigkeit“ zwischen Regierung und Parlament entwirren.⁵ Das System der relativen Mehrheitswahl sollte die Bindung zwischen den Wählern und den Gewählten stärken. In der Praxis stimmten Wähler für Parteien, nicht für eine Person, und Parlamentarier hätten lediglich eine Bindung an ihre Partei.⁶ Überdies basiere das Verhältniswahlssystem auf der Existenz verschiedener versäulter Bevölkerungsgruppen, die im Parlament alle einzig und allein von den Parteien repräsentiert würden. Wenn diese Bevölkerungsgruppen ihre

Überzeugungskraft verlören, werde das weltanschauliche Bindemittel zwischen Wählern und Parteien schwächer, und deshalb müsse das System explodieren, wie die Gründer der D66 dies bezeichneten. Das System der relativen Mehrheitswahl hielten sie hierzu für ein geeignetes Mittel.

Indem sie die Demokratiereform als Ausgangspunkt wählte, positionierte sich die D66 als „Programmpartei“. Es wurden klare Zielsetzungen formuliert, aber nicht auf der Basis einer gemeinsamen Weltanschauung. Eine Grundsatzerklärung fehlte. Die Partei lehnte den „links-rechts“-Gegensatz, besonders den zwischen *Partij van de Arbeid* (PvDA) und *Volkspartij voor Vrijheid en Democratie* (VVD), ab. Im Gegensatz zu dem, was die Demokraten als „Weltanschauungsparteien“ bezeichneten, akzeptierte die Programmpartei ideologische und weltanschauliche Unterschiede zwischen ihren Mitgliedern. Das war im Grunde auch anders nicht möglich. Die D66 bot Menschen unterschiedlicher Weltanschauung eine Bleibe, die sich bei den „alten Parteien“ nicht mehr zu Hause fühlten oder diese verlassen hatten.⁷ Damit stand die Partei besonders den konfessionellen Parteien gegenüber, die Mitte der sechziger Jahre noch über eine starke Machtposition verfügten. Die *Katholieke Volkspartij* (KVP), die *Christelijk-Historische Unie* (CHU) und die *Antirevolutionaire Partij* (ARP) hatten vor den Wahlen des Jahres 1967 im Parlament gemeinsam noch eine Mehrheit.

Die Programmpartei D66 gründete sich auf Pragmatismus: Eine Methode der Politikausübung, die es mit sich brachte, dass man sich nicht im Vorhinein für bestimmte Mittel – beispielsweise das Eingreifen des Staates oder die freie Marktwirtschaft – oder für das Entwickeln gesellschaftlicher Blaupausen entschied.⁸ Aus dieser Haltung heraus lehnte die D66 die Brauchbarkeit der aus dem 19. Jahrhundert stammenden Ideologien Liberalismus, Sozialismus und Konservatismus ab. Diese sorgten nach Meinung der Partei für Scheingegensätze und standen der Lösung praktischer Probleme im Weg. „Lasst uns dann auch nicht über die Ismen, Dogmen und Ideologien sprechen“, sagte van Mierlo zwei Jahre nach der Gründung seiner Partei auf einer Kongressrede in Leiden. „Lasst uns versuchen, so exakt wie möglich festzulegen, was wir auf den verschiedenen Politikfeldern genau wollen.“⁹ Die gesellschaftlichen Gegebenheiten analysieren, ohne ideologisch oder historisch bedingte Voreingenommenheit – das sollte über die Jahre hinweg ein wichtiger Ausgangspunkt bleiben.

Dennoch kann man sagen, dass die D66 immer unverkennbar historische und ideologische Wurzeln gehabt hat. Diese könnten in drei Dimensionen aufgeteilt werden: Erstens die Verbundenheit mit den sechziger Jahren, zweitens die politisch-ideologische Inspiration durch den Liberalismus

und drittens schließlich die Verwandtschaft mit dem 1946 aufgelösten *Vrijzinnig-Democratische Bond* (VDB).¹⁰

Begonnen werden muss mit den sechziger Jahren, mit denen sich die Partei namentlich verband, und die den Hintergrund für ihre radikalen Demokratisierungspläne darstellten. Es ist die Zeit, in der die Auflösung der gesellschaftlichen Säulen, der Versuch der Befreiung von der bestehenden Autorität und das Streben nach mehr Selbstbestimmung im unmittelbaren Arbeits- und Lebensumfeld für tief greifende soziale Veränderungen sorgten.¹¹ Die Protest- und Emanzipationsbewegungen, die daraus hervorgingen, wie die Amsterdamer „Provo“-Bewegung, wollten mit spielerischen Aktionen die besonders in Politik, Justiz und Verwaltung herrschende so genannte „Autoritätskrise“ zur Sprache bringen. In Paris fand im Mai 1968 die große Studentenrevolte statt, die sich gegen das „veraltete und autoritäre“ Bildungssystem richtete. Hans Gruijters, D66-Mitglied der ersten Stunde, sprach von der zu bekämpfenden „Fiktion der Macht, dem Opium der Regenten“¹². Die Demokraten teilten das Bestreben, mit den Regenten abzurechnen, was der Journalist Henk Hofland als das „systematische Ausräuchern all derer“ beschrieb, „die uns mal eben erzählen wollen, was für uns gut ist“¹³.

Die D66 von damals war mit ihren antiautoritären, radikalen Demokratisierungsideen ein wahrhaftes Kind der sechziger Jahre. Dennoch war die Partei in politisch-ideologischer Hinsicht auch Kind einer davor liegenden Zeit, das heißt, sie führte Ideen fort, die bereits lange vor ihrer Gründung entstanden waren. Es ist auch kein Zufall, dass eine zunehmende Zahl von D66-Mitgliedern, darunter viele ehemalige VVD-Mitglieder, sich in den siebziger und achtziger Jahren allmählich viel klarer mit dem Liberalismus zu assoziieren begannen. Ein erheblicher Teil der Parteimitglieder erkannte, dass der Pragmatismus eine Richtlinie war, aber keine Grundlage bot, auf der man Politik betreiben konnte, auch wenn es immer eine Aufgabe blieb, diesen subtilen Unterschied auch den Wählern klar zu machen. Im Laufe der siebziger und achtziger Jahre begann die D66 dann auch, ihren Ausgangspunkten und historischen Wurzeln mehr Aufmerksamkeit zu schenken.

Dies akzentuierte die in der Partei entstandene Spannung zwischen Pragmatismus und Ideologie. In einem Interview mit *Elsevier* aus dem Jahr 1974 sprach Jan Terlouw, der Nachfolger des ersten Parteiführers Hans van Mierlo, noch vorsichtig von liberalen Elementen aus dem „reinen Liberalismus“. Er betonte jedoch, dass der Liberalismus eine „unvollständige Ideologie“ sei, nicht zuletzt, weil die VVD den Begriff für sich beansprucht und ihm eine konservative Auslegung gegeben habe.¹⁴ Einige Jahre später, im Jahr 1980,

sagte unter anderem die Parlamentarierin Elida Tuinstra entschiedener, dass die D66 eine „moderne liberale Partei“¹⁵ sei. Sie wies in ihrer Argumentation auf die liberalen Ausgangspunkte hin, die die D66 immer angewandt habe, wie die Betonung des Individuums, staatsrechtliche Reformen, Einfluss der Bürger auf die Entscheider sowie Öffentlichkeit und Kontrolle der Macht.¹⁶ Diese These wurde beispielsweise durch die Betonung der Freiheits- und Bürgerrechte in den Parteiprogrammen gestützt. Die Partei zögerte aber weiterhin, ein „ideologisches Etikett“ zu akzeptieren, das in der Wahrnehmung vieler Parteimitglieder immer noch mit der christlichen Politik und dem „veralteten“ links-rechts-Denken von damals in Zusammenhang gebracht wurde. Allerdings begann sich die Partei unter Terlouw ab Mitte der siebziger Jahre als „vierte Strömung“ mit einer eigenständigen Position im politischen Kräftefeld zu betrachten, eine „vernünftige Alternative“ zu VVD, PVDA und dem 1980 aus den konfessionellen Parteien entstandenen *Christen-Democratisch Appèl* (CDA).

Neben der unlöslichen Verbundenheit mit dem antiautoritären Zeitgeist der sechziger Jahre und den politisch-ideologischen Wurzeln im Liberalismus verfügte die D66 noch über eine dritte historische Dimension: die Verwandtschaft mit dem 1946 aufgelösten VDB. In seiner Dissertation *Om de Democratie* schreibt Meine Henk Klijnsma, dass sowohl der VDB als auch die D66 großen Wert auf staatliche Reformen, individuelle Entfaltung und die günstige Bedingungen schaffende Rolle des Staates legten.¹⁷ Auch eine Reihe prominenter D66-Mitglieder hat die Verwandtschaft zwischen den beiden Parteien betont. Mitbegründer Henk Zeevalking vertrat bereits seit der Gründung die Ansicht, die D66 müsse durchklingen lassen, dass sie eine freisinnig-demokratische Partei sei, wobei die Betonung auf dem gemeinsamen, undogmatischen und pragmatischen Ansatz liegen müsse.¹⁸

Die Wahl- und Grundsatzprogramme des VDB weisen deutliche Übereinstimmungen mit den Ausgangspunkten der D66 auf. In der Grundsatzerklärung des VDB aus dem Jahr 1920 wurde vom Staat gesprochen, der mit Hilfe sozialer Maßnahmen das materielle und immaterielle Wohlergehen eines jeden fördern wolle – ein Ziel, das in weiten Teilen übereinstimmt mit der geistigen und materiellen Entfaltung aller Menschen, über die die D66 unter anderem im *Appèl* und ihrem ersten Wahlprogramm sprach.

Letztlich sollte „freisinnig-demokratisch“ nicht das ideologische Etikett der Partei D66 werden. 1998 akzeptierte die D66 – auf Initiative einer Gruppe vornehmlich junger Parteimitglieder mit dem Namen „*Opschudding*“ (Aufruhr) – dann doch ein Etikett: Nach dem Parteikongress vom November 1998 in Gouda bezeichnete sich die Partei als „sozialliberal“, auch wenn es

hierüber keinen Konsens gab. Mit Blick auf die historischen Wurzeln war dies jedoch ein weniger großer Bruch mit der Vergangenheit, als damals behauptet wurde.

Um die Jahrtausendwende lauteten die Kernziele der Partei immer noch: 1. Freie, individuelle Entfaltung aller Menschen (ein inhaltliches Ziel). 2. Radikale Demokratisierung der Gesellschaft (ein auf Verwaltungssysteme bezogenes Ziel) und 3. Pragmatismus als Politikmethode. Zugleich vertraten prominente Parteimitglieder die Ansicht, dass das sozialliberale „Etikett“, das international u.a. zu den britischen *Liberal Democrats* in Bezug gesetzt werden kann, den Ursprung der Partei D66 kaum schmälere.¹⁹ Zwar sei Sozialliberalismus einer der „Ismen“, gegen die sich die D66 immer gewehrt haben mochte, aber die neue Bezeichnung decke sich doch mit dem Gehalt des Gedankenguts, das die Partei bereits in ihrem ersten Programm formuliert habe.

Dies wurde auch in den so genannten Zielsetzungen vorausgesetzt, die das wissenschaftliche Büro der Partei – damals als Wissenszentrum bezeichnet und seit 2011 unter dem Namen *Mr. Hans van Mierlo Stichting* firmierend – im Jahr 2006 artikulierte. Die Partei wollte die Grundlagen neu formulieren. Aus diesem Wunsch gingen fünf Ausgangspunkte „für eine progressive sozialliberale Politik“²⁰ hervor, „um den drängendsten politischen, sozialen und ökonomischen Fragen dieser Zeit effektiv begegnen zu können.“²¹ Die Wegweiser waren: 1. Vertraue der eigenen Kraft der Menschen, 2. Denke und handle international, 3. Belohne Leistung, teile Wohlstand, 4. Strebe eine nachhaltige und harmonische Gesellschaft an und 5. Hege die Grundrechte und gemeinsame Werte. Zusammen bildeten sie eine gemeinsame Sprache und die genauere Auslegung einer Subströmung des Liberalismus, „eine erwachsene und zeitgenössische Auslegung des liberalen Strebens nach individueller Freiheit.“²² Der Bericht *Verloren vertrouwen en de weg naar herstel* (*Verlorenes Vertrauen und der Weg zur Genesung*) vom Herbst 2007, der unter der Leitung der ehemaligen Parlamentarierin Louise Groenman die Wahlniederlagen von zwölf Jahren unter die Lupe nahm, sprach von „einer praktischen problemlösenden Einstellung“, die „in der Anerkennung der Mitverantwortung für das Schicksal des Anderen und für die Gemeinschaft als Ganzes“ unter Wahrung „einer größtmöglichen individuellen Freiheit“²³ Gestalt annehme. Damit erhielt der Sozialliberalismus eine Ausprägung, die er Ende der neunziger Jahre noch nicht besaß. Während er damals innerhalb der Partei noch zu Auseinandersetzungen führte, wurde er nun als Selbstverständlichkeit erlebt.

Personen und Programme

Eigentlich beabsichtigte Hans van Mierlo im Auftakt zu den Parlamentswahlen des Jahres 1967 nicht, selbst die Rolle des Spitzenkandidaten zu übernehmen. Hans Gruijters, ein ehemaliges vvd-Mitglied, sollte diesen Part spielen, aber dieser lehnte ab. Und so wurde van Mierlo der erste Parteiführer der *Democraten66*, ein Politiker wider Willen, der „die schlechtesten Ausreden von allen hatte, es nicht zu machen“²⁴, wie er später sagte.

Damit brach die erste „van Mierlo-Ära“ an, die auf staatsrechtliche und parteipolitische Reformen ausgerichtet war und in der eine Haltung gegen die anderen Parteien eingenommen wurde. Die D66 und van Mierlo wollten das demokratische System reformieren und als politische *Bewegung* andere Parteien von der Notwendigkeit, dies zu tun, überzeugen. Der Gedanke einer Bewegung vertrug keine allzu enge Zusammenarbeit mit der bestehenden Macht. Zugleich blieb es ein großes Dilemma, dass die D66 die Instrumente einsetzen wollte, die sie gerade verändern wollte. Indem sie Teil des bestehenden Systems wurde, versuchte die Partei, dieses System und diejenigen, die ihm angehörten, zu Reformen zu veranlassen, aber sie selbst änderte sich dadurch ebenfalls. Daraus folgte unwiderruflich die Spannung zwischen dem Fakt, eine organisierte Partei zu sein, um innerhalb des politischen Systems effektiv Einfluss ausüben zu können, und dem Wunsch, in Bewegung zu bleiben. In der Partei D66 bestand ein ständiger Kampf zwischen der Notwendigkeit der parteipolitischen Organisation und dem Ruf nach „außerparlamentarischer Aktion“. Nach van Mierlos Ansicht war es sehr wichtig, das Letztgenannte nicht aus den Augen zu verlieren.

Dennoch ist es unvollständig, die D66 jener Zeit einzig auf die Ambition zu reduzieren, die Demokratie reformieren zu wollen. Die Wahlprogramme aus jenen Jahren zeigen eine breiter aufgestellte Agenda. Das Wahlprogramm von 1967 sprach von einer Erweiterung der grundgesetzlichen Freiheitsrechte, der Förderung der internationalen Zusammenarbeit und der europäischen Integration, einer soliden und sozial gerechten Wirtschaftspolitik und einer aktiven Bildungspolitik von Seiten des Staates.²⁵ Hinsichtlich der Außenpolitik stand an erster Stelle das Durchbrechen veralteter ideologischer Ausgangspunkte, um so die Ost-West-Spannung abzubauen. Ein roter Faden im ersten Programm ist auch die gesellschaftliche Demokratisierung: Die Ausweitung des Einflusses und der Mitbestimmung der Menschen – Arbeitnehmer, Rentner, Studenten – beispielsweise in den Verwaltungen von Rentenversicherungen, Betriebsräten und Schulen.²⁶

Aufgrund der Erfahrungen der ersten Legislaturperiode, in der die D66 als kleine und unerfahrene Fraktion die hochgespannten Erwartungen

nicht hatte erfüllen können, entwickelte sich vor allem van Mierlo zu einem starken Befürworter einer Zusammenarbeit zwischen den progressiven Parteien.²⁷ Er betrachtete dies als ein geeignetes Mittel, um politische Reformen zu erreichen. Dies führte im Jahr 1972 zu einer Wahlkampfvereinbarung zwischen der D66 und den progressiven Parteien PVDA und PPR, dem so genannten *Keerpunt'72* (*Wendepunkt'72*). Im Jahr zuvor war bereits ein Schattenkabinett mit Vertretern dieser Parteien zustande gekommen. Auf dem Kongress im Mai jenes Jahres betonte van Mierlo dann auch die Abkehr von dem früher geltenden Ausspruch „D66 gegen den Rest“. Die drei Parteien vereinbarten, dass sie sich vor den Wahlen des Jahres 1972 als gemeinsamer progressiver Block präsentieren würden, mit dem Ziel der Bildung einer progressiven Volkspartei. Das gemeinsame Programm, *Keerpunt'72, Regeerakkoord van de progressive drie* (*Wendepunkt'72, Regierungsvereinbarung der progressiven Drei*) enthielt dabei Punkte zu der so dringend gewünschten Demokratiereform.²⁸

1972 war auch das Jahr, in dem der *Club of Rome* seinen alarmierenden Bericht *Die Grenzen des Wachstums* vorstellte: Ein Bericht einer 1968 gegründeten, vornehmlich aus europäischen Akademikern bestehenden Gruppe, den die Partei D66 noch vor der offiziellen Veröffentlichung in ihr Programm aufnahm.²⁹ Auch das Programm *Keerpunt'72* nahm die im Bericht genannten Erkenntnisse über Überbevölkerung, Umweltverschmutzung und die Erschöpfung der Rohstoffe sehr ernst. Im weiteren Verlauf war der Text des gemeinsamen Programms eine Kombination aus sozialistischen, progressiven und demokratischen Ambitionen. Zu der von den Demokraten gewünschten Entstehung einer progressiven Volkspartei sollte es jedoch nicht kommen. Im September 1973 stimmte die PVDA auf ihrem Parteikongress aus Scheu, ihr sozialdemokratisches Image zu verlieren und in Bezug auf die Wählerschaft zurückstecken zu müssen, gegen diesen Vorschlag. Van Mierlo geißelte dies scharf als „Verrat“ durch die PVDA.³⁰

Ein Verlust bei den Wahlen im Jahr zuvor (von 6,8 Prozent 1971 auf 4,2 Prozent 1972) stand einer Beteiligung am Kabinett – zum ersten Mal in der Geschichte der Partei – nicht im Weg. Die D66 trat 1973, gemeinsam mit PVDA, KVP, ARP und PPR, einem Kabinett unter der Führung des Sozialdemokraten Joop den Uyl bei – mit nur einem einzigen Minister: Hans Gruijters. Die Partei hatte dann auch nur einen geringen Einfluss. Dennoch war für van Mierlo die Unterstützung des Kabinetts die wichtigste Mission. Er knüpfte große Hoffnungen an das Kabinett und an den Uyl als Ministerpräsidenten und war überdies stolz auf die Tatsache, dass die D66 so rasch nach der Gründung mitregieren konnte. Seine Position als Fraktionsvorsitzender war jedoch nicht unumstritten. Der Rest der

Fraktion empfand sein Auftreten oftmals als Alleingang und war nicht mit der bedingungslosen Unterstützung des Kabinetts einverstanden.

Was hatte die Partei bis dahin erreicht? Im Hinblick auf die staatsrechtliche und parteipolitische Reform wenig. Zwar war 1967 die Staatskommission Cals-Donner eingesetzt worden, um sich mit der Verfassung und dem Wahlrecht zu befassen, aber dies führte 1971 lediglich zu einer Reihe bescheidener Empfehlungen. Konkret blieb es bei der Senkung des Wahlalters und der Abschaffung der Wahlpflicht. Der Erfolg von *Keerpunt*⁷² beschränkte sich auf den programmatischen Konsens zwischen den progressiven Parteien, aber er führte nicht zu Reformen. Die Resultate zeigten sich eher in der Veränderung der politischen Kultur, zu der die D66 beigetragen hatte: Das Durchbrechen des geschlossenen Kreises der Parteiführung und ein breitere Unterstützung für mehr Öffentlichkeit.

Van Mierlo wurde letztlich nicht von seiner Fraktion zum Rücktritt aufgefordert, sondern zog selbst im Mai 1973 diese Schlussfolgerung.³¹ Sein Nachfolger wurde der Naturwissenschaftler und Autor Jan Terlouw. Das war keine leichte Aufgabe. Zwar hatte van Mierlo zu diesem Zeitpunkt keinen ausführlichen politischen *track record*, aber er war doch „die Personifizierung der Reformkraft der D66. Van Mierlo war die D66 und anders herum.“³² Es war nun an Terlouw, sowohl einen eigenen Namen und Stil zu entwickeln als auch die Partei wieder flott zu machen.

Das erwies sich jedoch als umso schwieriger in einer Partei, in der offen über die Frage diskutiert wurde, ob es nicht besser sei, sich aufzulösen.³³ Anfangs schien es tatsächlich so, als werde die D66 aufhören zu existieren. Auf dem Parteikongress von 1974 stimmten 242 Mitglieder für und 181 gegen eine Auflösung, aber nach den Parteistatuten war hierzu eine Zweidrittelmehrheit notwendig. Also machten die Demokraten weiter. Es gelang Terlouw, mit der starken Unterstützung durch den neuen Parteivorsitzenden Jan Glastra van Loon, der Partei neues Leben einzuhauchen, nicht zuletzt durch sein ansprechendes Image der Redlichkeit – er bekam den Spitznamen „idealer Schwiegersohn“ –, das er entwickeln sollte.

Unter Terlouw verlagerte die Partei ihre Prioritäten. Stärker als van Mierlo betonte er die klar abgegrenzte, unabhängige und auch rationale Position der Partei D66 im politischen Kräftefeld. Seiner Ansicht nach hatten die niederländischen Wähler ein stärkeres Bedürfnis nach Parteien mit klaren Grundhaltungen.³⁴ Von diesem Ausgangspunkt aus richtete sich die Partei noch nachdrücklicher als zuvor auf Themen wie Umweltverschmutzung, Energieknappheit, technologische Entwicklungen und Arbeitsplätze. In das *Beleidsprogramma 1977-1981* (*Politisches Programm 1977-1981*) war zwar das „alte“ Thema der Demokratisierung der Gesellschaft aufgenommen

worden, aber das Programm begann mit „Wohlstand durch Reform“ und schenkte der Nachhaltigkeit der Wirtschaft, der Mäßigung des Konsums und der Umverteilung von Arbeit viel Aufmerksamkeit. Außerdem stellte die Partei in ihrem Programm ihre internationale Ausrichtung prominent heraus. Die auf die staatlichen Strukturen bezogenen Ideen verschwanden auf die letzten Seiten, auch wenn diese „unvermindert notwendig“ blieben.³⁵

Insgesamt lautete das Fazit, dass die Zeit des grenzenlosen industriellen Wachstums vorbei sei.³⁶ Dabei wollte die D66 eine weniger auf Konsum ausgerichtete Gesellschaft herbeiführen, in der die individuelle Entfaltung – auch außerhalb des Arbeitsmarkts – stärkere Beachtung finden sollte.³⁷ Damit unterschied sich die Partei von der PVDA und der VVD, die in viel geringerem Maße bereit waren, die „alte“ Ökonomie zur Diskussion zu stellen. Es ging der D66 nicht um die Verteilung „neuer Wohlstandshäppchen“, sondern darum, die Art und Weise zu ändern, auf die Wohlstand erlangt wurde.³⁸ Das bedeutete: Neue Energiequellen anbohren, die Produktionskapazität in Relation zu den erschöpfbaren Rohstoffquellen der Erde zu bringen und die Wirtschaft zu reformieren, um der Verschmutzung und dem Übermaß an Abfall(stoffen) entgegenzutreten.

Das Wahlprogramm von 1981 war düsterer als vorherige Programme. Das hatte vor allem mit der wirtschaftlichen Stagnation zu tun. Der Wohlstandsoptimismus der sechziger und frühen siebziger Jahre war verschwunden. Das Programm enthielt ein explizites Plädoyer für nachhaltigere Energiequellen, für die Reinigung von Boden, Wasser und Luft und eine solide sozialökonomische Politik, um der stark steigenden Arbeitslosigkeit zu begegnen. Hinzu kam ein Plädoyer für eine kritische Betrachtung der staatlichen Rolle in diesen Bereichen und kollektiver, sozialer Einrichtungen.³⁹

Die Programme stehen exemplarisch für die inhaltliche Veränderung, die die Partei D66 durchlebte. Die „Systemkritik“ van Mierlos machte der vernünftigen „Kulturkritik“ Terlouw's Platz. Dabei wurde für eine realistische Haltung in der Politik plädiert, die Kompromissen und anderen politischen Notwendigkeiten gegenüber nicht abgeneigt war. Vor allem zeigten die langfristigen Zielsetzungen in den Programmen, dass die Partei nicht mehr mit ihrer Auflösung, sondern mit ihrer Zukunft beschäftigt war. Man hatte die Absicht, weiter zu existieren.

Die von Terlouw postulierte „vernünftige Alternative“ und die inhaltliche Erneuerung der Partei D66 sorgten bei den Wahlen vom Mai 1981 für hohe Zugewinne: Die D66 erzielte 11 Prozent der Stimmen. Anschließend trat die Partei gemeinsam mit dem CDA und der PVDA einem Kabinett bei, das von dem Christdemokraten Dries van Agt geführt wurde. Während die D66 im Kabinett den Uyl mit lediglich einem Minister⁴⁰ keine wesentlichen

Resultate hatte erzielen können, versprach dies nun mit wichtigen Ministerposten für Terlouw, van Mierlo und Henk Zeevalking anders zu werden.

Aber noch bevor das Kabinet van Agt II (CDA, PVDA, D66) seine Arbeit richtig aufgenommen hatte, stürzte es. Vorbereitungen für den Lagebericht des Finanzministers im Frühjahr sorgten für Differenzen zwischen CDA und PVDA. Der CDA plädierte für mehr Einsparungen, während die PVDA wiederum gerade mehr ausgeben wollte. Um aus der Sackgasse herauszukommen, stellte Terlouw ein Ultimatum: Wenn es vor dem 1. April 1982 keinen Konsens gebe, müssten Neuwahlen ausgeschrieben werden. Zu diesem Konsens kam es nicht, und so stürzte das Kabinett am 12. Mai 1982.⁴¹ CDA und D66 bildeten ein Übergangskabinett. Beide Parteien brachen mit der PVDA.

Bei den darauf folgenden Wahlen im Jahr 1982 wurde die D66 von den Wählern kräftig abgestraft: Die Partei fiel von 11 Prozent auf 4,3 Prozent zurück. Der Verlust wurde vor allem der Undeutlichkeit bezüglich der eigenen Position angekreidet – und dem Umstand, dass man sich im Auftakt zu den Wahlen dafür entschieden hatte, ein Übergangskabinett mit dem CDA zu bilden, und nicht mit der PVDA. Zudem sei die Regierungspolitik zu wenig vom Gedankengut der D66 geprägt gewesen.⁴² Terlouw beschloss, die Verantwortung für die Niederlage zu übernehmen, um so der Partei Raum für einen neuen Kurs zu verschaffen, „ohne den Ballast der Vergangenheit.“⁴³ So kam für die D66 die Ära Terlouw zu einem abrupten Ende.

Die sich daran anschließende Periode ist am besten als Sackgasse zu bezeichnen. Laurens Jan Brinkhorst wurde Terlouws Nachfolger, ging aber schon bald nach Tokio, um dort Botschafter für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) zu werden. Neuer Spitzenmann der Demokraten wurde der Wirtschaftswissenschaftler und Finanzfachmann der Fraktion, Maarten Engwirda. Er hielt sich selbst nicht für den am besten geeigneten Kandidaten, aber durch das Fehlen von Gegenkandidaten blieb er im Amt. Die Jahre danach waren eine Periode, in der es kaum Perspektiven gab. Die Partei D66 leckte ihre Wunden und orientierte sich auf einen Neustart – ein schwieriger Auftrag für Engwirda und den neuen Parteivorsitzenden Jacob Kohnstamm. Engwirda plädierte für eine Ausweitung der Agenda, in der der stark gewachsenen Arbeitslosigkeit, aber auch immateriellen Themen wie der Sterbehilfe, mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden sollte.⁴⁴ Es stellte sich die Frage, ob diese Ausweitung nicht bereits stattgefunden und ob die D66 nicht ein ganz anderes Problem hatte. Das verlorene Vertrauen ihrer Wähler beispielsweise, oder das Fehlen eines wiedererkennbaren „Gesichts“. Die Partei gab den Slogan „vernünftige Alternative“ auf. Dieser suggeriere nach Meinung Engwirdas, dass sich die Menschen aus Mangel an etwas Besserem für die D66 entschieden.

In erster Linie kämpfte die Partei weiterhin gegen die Bildformung, die das Gegenteil von dem Bild war, das die Partei von sich selbst hatte. Viele Menschen hatten das Gefühl, dass die Partei „den Rubikon überschritten“ habe, im „konservativen Lager“ gelandet sei und sich mit der Beteiligung an der Macht von ihren Wurzeln entfernt habe. Die unabhängige Position im Hinblick auf die PVDA weckte bei manchen den Eindruck, dass die D66 nach rechts gerückt sei. „Keine Mitglieder mehr, der Inhalt taugte nichts, die Spitze war sehr schnell weg, und es herrschte bei allem was wir dachten und taten ein allgemeines Gefühl: Ist das wohl links genug?“⁴⁵ – so beschrieb Kohnstamm die Krisenzeit.

Im Jahr 1985 wendete sich das Blatt. Auf die dringende Bitte vieler kehrte Hans van Mierlo als Spitzenkandidat zurück, und die düsteren Aussichten wandelten sich in hoffnungsvolle Erwartungen. Auf dem Kongress vom Juni 1985 verkündete van Mierlo seine „Politische Botschaft“, die auf der Streitschrift *Een reden van bestaan* (Ein Existenzgrund) basierte, die er und Aad Nuis mit der Unterstützung von Jan Vis geschrieben hatten. Darin stellte die D66 Progressivität, die Bereitschaft, bestehende Interessen zu durchbrechen und eine international ausgerichtete Politik an die erste Stelle. Aktuelle Themen, wie die aufkommende Informationsgesellschaft, das Ende des industriellen Zeitalters und die europäische Zusammenarbeit in einer sich verändernden Welt, wurden ausführlich besprochen. Hinzu kommen sollten auch noch wichtige medizinethische Fragen.

Die Partei wollte sich aufs Neue durch eine „eigensinnige, widerborstige Haltung“ auszeichnen. Die „normale“ progressiv-liberale Partei Jan Terlouw nahm unter Hans van Mierlo wieder den Charakter einer Partei außerhalb der etablierten Ordnung an. Eine Partei mit Idealen, aber ohne Ideologie.⁴⁶ Der Wahlkampf sollte mit dem Slogan „andere Politik“ geführt werden. Die D66 entschied sich wieder für „den schwierigen Weg“, um das erstarrte Rollenspiel der herrschenden politischen Kultur zu durchbrechen und das staatliche System tiefgreifend zu verändern, das „gegen das Finden passender Antworten auf die Fragen, die eine sich rasch verändernde Gesellschaft stellte, immer mehr Hindernisse errichtete.“⁴⁷

Die D66 und die „violetten“ Kabinette

Mit der Rückkehr van Mierlos zeichnete sich langsam der Weg zum ersten Kabinett ohne den CDA ab. Dies war ein Gedanke, mit dem einige Vertreter der Parteiprominenz – Hans van Mierlo vorneweg – bereits länger spielten. In den „Des Indes-Beratungen“ – benannt nach den informellen

Gesprächen über ein eventuelles „violette“ Kabinett im gleichnamigen Hotel in Den Haag – wurde schon seit Ende der siebziger Jahre versucht, zu einem derartigen Durchbruch zu gelangen. Van Mierlo betonte, dass es ihm nicht so sehr um den CDA gehe, sondern um die schon sein 1918 selbstverständliche Regierungsmacht der Christdemokratie.⁴⁸ Der Auftrag lautete, diese zu brechen.

Lange Zeit erschien eine solche „violette“ Koalition, bestehend aus PvdA, VVD und D66, nicht realistisch. Auch 1989 konnte der CDA wieder eine zentrale Position in der Regierung (Lubbers III) einfordern, und die Demokraten der D66 blieben außen vor. 1994 erzielte die D66 unter der Führung van Mierlos – wiederum die Galionsfigur der Partei – ein einzigartig hohes Resultat: gut 15 Prozent der Stimmen. Der CDA verlor rund 13 Prozent und fiel von 35,3 auf 22,2 Prozent der Stimmen. Das Ergebnis bedeutete das Durchbrechen der politischen Verhältnisse in den Niederlanden und das Ende der Rolle des CDA als Achse. Die Beteiligung der D66 war für eine Mehrheitsregierung „unverzichtbar“.⁴⁹

Anfangs sah es jedoch danach aus, als werde das „violette“ Kabinett nicht zustande kommen. Der PvdA-Führer Wim Kok und der VVD-Spitzenmann Frits Bolkestein hielten zunächst nichts von einer Zusammenarbeit. Nach einem mühsamen Verhandlungsprozess, in dem van Mierlo immer wieder alle anderen Koalitionsmöglichkeiten blockierte, kam das Kabinett dann doch noch zustande. Mit der „violetter“ Koalition war die D66 zum dritten Mal an einer Regierung beteiligt, aber nun war alles anders als zuvor: Es herrschte Zufriedenheit über die entscheidende Rolle, die die Partei in dem „Machtspiel“ nach den Wahlen gespielt hatte sowie über die auch von den übrigen Parteien geteilte Erkenntnis, dass es ohne die D66 keine „violette“ Koalition gegeben hätte. Überdies enthielt die Koalitionsvereinbarung *Keuzes voor de toekomst* (*Entscheidungen für die Zukunft*) viele wichtige Punkte aus dem D66-Wahlprogramm *Ruimte voor de toekomst* (*Raum für die Zukunft*).⁵⁰

Im Kabinett schlug sich dieser Einfluss in wichtigen Posten nieder. Die D66 stellte vier Minister und drei Staatssekretäre. Van Mierlo wurde Außenminister. Des Weiteren übernahmen Hans Wijers das Amt des Wirtschaftsministers, Winnie Sorgdrager das Justiz- und Els Borst das Gesundheitsministerium. Auf diesen Posten wurden wichtige Ergebnisse erzielt. Die Erfolge des ersten „violetter“ Kabinetts (1994-1998) reichten von der Ausweitung der gesetzlichen Ladenöffnungszeiten, über die Förderung von Arbeitsplätzen bis zum Zurückdrängen der Kriminalitätsrate. Das Arzneimittelgesetz führte zu einer Senkung der Arzneimittelpreise.⁵¹ Dennoch war das größte erreichte Ergebnis die Zusammenarbeit zwischen

Sozialdemokraten und Liberalen. Die Durchbrechung des klassischen Gegensatzes zwischen links und rechts schien verwirklicht worden zu sein. Und es stellte sich überdies heraus, dass gerade durch das Durchbrechen der alten Pattsituation ein stabiles Kabinett gebildet werden konnte.

Es war keine große Überraschung, dass 1998 – obwohl die D66 unter Els Borst sieben Prozent verloren hatte – das zweite „violette“ Kabinett zustande kam. Borst hatte die unmögliche Aufgabe, den inzwischen in ein gesetztes Alter gekommenen van Mierlo vergessen zu machen, der sich aus der Politik zurückgezogen hatte.⁵² Sowohl im ersten als auch im zweiten „violetten“ Kabinett (mit den neuen Ministern Roger van Boxtel und Laurens Jan Brinkhorst – Großstadt- und Integrationspolitik bzw. Landwirtschaft) hatte die D66 wichtige Programmpunkte verwirklicht, unter anderem die Einführung der gleichgeschlechtlichen Ehe. Daneben hatte Els Borst wichtige medizinethische Reformen durchgeführt, zu denen u.a. die Sterbehilfegesetzgebung gehörte.⁵³

Die Umsetzung der demokratischen Reformpläne verlief zäher. Mehr noch, in der Nacht vom 18. auf den 19. Mai 1999 – der nach dem mit Nein stimmenden VVD-Senator Hans Wiegel benannten Nacht von Wiegel – wurde der Vorschlag, das abrogative verbindliche Referendum in die Verfassung aufzunehmen, in der Ersten Kammer abgeschmettert. Auch andere in die Koalitionsvereinbarung aufgenommene D66-Vorschläge zur Eruierung demokratischer Reformen, wie die Änderung des Wahlsystems, kamen während der „violetten“ Kabinette nicht einmal in die Nähe einer Verwirklichung. Vielleicht war die Nacht von Wiegel auch symbolisch für eine schwierige Periode, die die „violetten“ Kabinette für die D66 einläuteten. Mit diesen Kabinetten schien der alte Gegensatz zwischen Sozialdemokraten und Liberalen durchbrochen zu sein, aber es waren nicht die Demokraten, die davon profitierten. Jetzt, wo Links und Rechts zueinander gekommen waren, wurde die D66 weniger erkennbar. „Violett“ stecke in den Genen der D66, sagte van Mierlo 1998, und das sei auch der Grund dafür gewesen, dass die Partei im Kabinett so schlecht sichtbar gewesen sei: „Die beiden Ufer sind interessanter als die Brücke dazwischen. Die Brücke wird vernachlässigt, die Brücke, ohne die diese beiden Ufer nichts miteinander anfangen können.“⁵⁴

Mit dem Problem der Sichtbarkeit und der Erkennbarkeit – einem Problem, das bei der Beteiligung der Partei D66 an der Macht immer wiederkehrte – wurden nacheinander Els Borst sowie ihre Nachfolger Thom de Graaf und später Boris Dittrich als Spitzenkandidaten konfrontiert. Die Periode nach der Jahrtausendwende wurde noch komplexer, als sich – verkörpert durch Pim Fortuyn – auf breiter Linie ein Gefühl des Unbehagens

manifestierte. Mit Fortuyn verlagerte sich der Schwerpunkt der politischen Debatte auf die Themen Integration, Immigration und Islam. Nach den Terroranschlägen von 9/11 schien außerdem die gemäßigt optimistische Stimmung der neunziger Jahre definitiv der Vergangenheit anzugehören. Überdies kam das Ende der ökonomischen Blütezeit in Sicht. In diesem gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Kontext wurde „violett“ nicht mehr mit Reformen und praktischen Erfolgen assoziiert, sondern es stand nun symbolisch für alte, zähflüssige Konsenspolitik. Fortuyn sprach von den „Schutthaufen nach acht Jahren violetter Regierung“, über den ineffizienten öffentlichen Dienst und über die, seiner Meinung nach, starken Qualitätsverluste in der Versorgung von Älteren. Die Wahlen im Jahr 2002, die stark unter dem Zeichen der Ermordung Fortuyns einige Tage zuvor gestanden hatten, wurden zu einer Abrechnung. PVDA, VVD und D66 verloren in diesen turbulenten Zeiten ihre Mehrheit. Die D66 halbierte sich erneut.

Auf der Suche nach einem neuen Halt

Auch in den Wahlprogrammen und Flugblättern der D66 in der Zeit von 2002 bis ca. 2006 zeigt sich die erwähnte Verlagerung des Schwerpunkts in der politischen Debatte. Die Wahlstreitschrift *Juist nu! (Gerade jetzt!)* (2003) betonte den Wert von Entscheidungsfreiheit, Toleranz und gegenseitigem Respekt.⁵⁵ Die Partei sprach sich jedoch auch – unverkennbar vom Zeitgeist beeinflusst – für eine „strenge aber gerechte Asylpolitik“⁵⁶ und mehr Sicherheit auf der Straße aus. Zugleich blieb der Einsatz für die Umwelt, für eine bessere Bildung – unter de Graaf ein wichtiger neuer Punkt auf der Agenda – und für einen „anderen Staat“ bestehen. Letzteres sollte die D66 ab 2003 als Regierungspartei im Kabinett Balkenende II durchsetzen. De Graaf plädierte als Minister für Verwaltungsreform und Königsbeziehungen für klassische demokratische Reformen in der Tradition der Anfangstage der D66. Dabei formulierte er das Streben nach einem „modernen Staatsbürger“, einer erneuten Bestimmung „der Rolle des Staates auf der einen und der der Bürger und ihrer Organisationen – der *civil society* – auf der anderen Seite.“⁵⁷

Nach dem Wechsel de Graafs ins Kabinett übernahm Boris Dittrich in der Zweiten Kammer das Ruder. Unter seiner Führung wurden die Umrisse einer inhaltlichen Agenda dargelegt, die sich erst später entfalten sollte. In der Streitschrift *Op weg naar nieuwe solidariteit (Auf dem Weg zu einer neuen Solidarität)* sprach Dittrich sich für eine Reihe von sozialstaatlichen Reformen aus, zu denen die Erhöhung des Rentenalters auf 67 Jahre und die Modernisierung des Kündigungsrechts zählten. Nur mit einschneidenden

sozialökonomischen Reformen, so seine These, könnten die Kosten für Pflege, Arbeitsmarkt und soziale Sicherheit für die Zukunft tragbar bleiben.⁵⁸

Trotz dieses Versuchs einer inhaltlichen Reform tat die Regierungsbeteiligung der Partei D66 nicht gut. In der Zusammenarbeit mit den konservativen Fraktionen von CDA und VVD konnte sich die Partei als „progressiver Außenseiter“ kaum erkennbar positionieren. Zudem konnten CDA und VVD bezüglich ihrer Gesetzentwürfe immer von der – möglichen – Unterstützung durch die siebenköpfige LPF-Fraktion schwadronieren, den Erben Fortuyns. Eine progressive Politik in einer Mitte-rechts-Koalition zu führen erwies sich als schwierig.

Nach einer dramatisch verlaufenen Debatte über die Entsendung niederländischer Truppen nach Afghanistan war Dittrich im Jahr 2006 zurückgetreten. Die D66-Fraktion lehnte die Mission ab. Das Kabinett, darunter die D66-Minister Alexander Pechtold (der Nachfolger de Graafs) und Laurens Jan Brinkhorst, war weiterhin dafür. Die Drohung mit einer Kabinettskrise, um die PVDA zum Mitmachen zu bewegen, fügte der Partei dann Schaden zu, vor allem, weil die D66 im Laufe der Debatte einräumte, die Drohung aus taktischen Erwägungen ausgesprochen zu haben. Es brachte der Fraktion den Hohn des Parlaments ein (und führte so zum Rücktritt Dittrichs als Fraktionsvorsitzender).⁵⁹ Letztlich war es jedoch das Vorgehen der VVD-Ministerin für Ausländerangelegenheiten und Integration, Rita Verdonk, das die D66 zu der Entscheidung veranlasste, im Juni 2006 die Regierung zu verlassen. Für die Demokraten stand ihre strikte Ausweisungspolitik in starkem Widerspruch zu den eigenen moralischen Standpunkten. Der unmittelbare Anlass für die von der D66 verursachte Kabinettskrise war jedoch das Verhalten von Ministerin Verdonk rund um die Frage der niederländischen Staatsbürgerschaft, die der VVD-Parlamentarierin Ayaan Hirsi Ali verliehen worden war.⁶⁰

Nach einem heftigen Streit um die Spitzenkandidatur mit der Fraktionsvorsitzenden Lousewies van der Laan, die im April 2006 die Aufgaben Dittrichs übernommen hatte, war es an Alexander Pechtold, dem ehemaligen Parteivorsitzenden und früheren Ratsmitglied der Stadt Leiden sowie Bürgermeister von Wageningen, die Partei erneut auf Kurs zu bringen. Pechtold war eine Zeitlang Minister für Verwaltungsreform und Königsbeziehungen gewesen (2005-2006). Er hatte die Nachfolge de Graafs im März 2005 angetreten, nachdem dieser anlässlich des Scheiterns der Initiative zur Einführung des gewählten Bürgermeisters in der Ersten Kammer (in der nach dem PVDA-Senator Ed van Thijn benannten Nacht von van Thijn) gegangen war. Als Minister legte Pechtold über ein *Burgerforum Kiesstelsel* (*Bürgerforum Wahlsystem*, November 2005) und eine *Nationale*

Conventie (Nationale Konvention, Januar 2006) Vorschläge für demokratische Reformen vor – das erste nationale Experiment in dieser Hinsicht. Zu einer Verwirklichung dieser Vorschläge kam es jedoch nicht. Das aus CDA, *ChristenUnie* (CU) und PVDA bestehende Kabinett Balkenende IV sollte die Pläne nicht übernehmen. Es war das zigste Mal, dass die Partei D66 ihre Pläne für demokratische Reformen konterkariert sah.

Pechtold übernahm eine lädierte Partei, die sich mit Blick auf die Wahlen in Not befand – in mehrfacher Hinsicht ähnlich wie die Situation Anfang der siebziger Jahre. In seiner ersten Rede als Parteiführer beantwortete er auf dem Parteikongress vom 7. Oktober 2006 die Frage, ob die Partei weitermachen solle, mit einem vollmundigen „ja“. Er sehe keine Erben, die die Parteilinie der D66 fortführen könnten, noch nehme er auf der rechten oder linken Seite des politischen Spektrums eine progressive Politik wahr. Vielmehr dominiere der Konservatismus.⁶¹ Die Umstände boten Pechtold eine ausreichende Perspektive, um weiterzumachen.

Das Wahlprogramm des Jahres 2006 enthielt einige Vorschläge aus Dittrichs Streitschrift, mit denen der Sozialstaat zukunftsfähig gemacht werden sollte.⁶² Investitionen in Bildung und Umwelt (heute „Nachhaltigkeit“) blieben prominent vertreten. Einschneidende demokratische Reformpläne sollten – unter dem Einfluss kürzlich misslungener Versuche hierzu – nicht länger „im Schaufenster stehen“, sondern „auf Vorrat lieferbar“ sein.⁶³ Die Partei versuchte, einen neuen – mit Blick auf die Geschichte der Partei aber auch vertrauten – Reformelan aufzubringen.

Dieser Reformagenda aus Bildungsinvestitionen, Arbeitsmarkt, Wohnungsmarkt, Nachhaltigkeit und Demokratie gesellte sich ein zweites Element hinzu: Die scharfe Reaktion auf das Aufkommen eines nationalistischen Populismus, der sich gegen die offene Gesellschaft auflehnte. Dieser inzwischen europaweit entstandene Populismus wurde und wird in den Niederlanden besonders von der 2006 gegründeten *Partij voor de Vrijheid* (PVV) des ehemaligen VVD-Mitglieds Geert Wilders repräsentiert, der in die Fußstapfen Pim Fortuyns trat. Die D66 leistete von Anfang an Widerstand hiergegen. Als Wilders während einer Radio 1-Debatte zum Auftakt der Wahlen vom November 2006 von einem „Tsunami der Islamisierung“ sprach, bot Pechtold als einziger heftig Paroli, indem er auf die Boshaftigkeit hinwies, die in dem Vergleich von Menschen mit Naturkatastrophen stecke.

Die gleiche Haltung charakterisierte die D66 hinsichtlich des 2010 zustande gekommenen Kabinetts Rutte II, das aus VVD und CDA bestand und von Wilders' stark gewachsener PVV duldend unterstützt wurde. Während der Kabinettsbildung schien das Zustandekommen eines „violett-plus“-Kabinetts kurzzeitig möglich zu sein (VVD, PVDA, D66 und *GroenLinks*), aber

VVD-Führer Rutte lehnte dies ab. Er hielt die Kluft zwischen den Parteien bezüglich der Sanierung der Staatfinanzen – unter anderem in Bezug auf die Frage der steuerliche Absetzbarkeit von Hypothekenzinsen – für zu groß.⁶⁴ Auch *GroenLinks* hatte im Übrigen nicht viel für eine solche Koalition übrig.

In der Opposition kam die D66 immer wieder auf die Bedeutung von Reformen auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt zurück. Auf der anderen Seite kritisierte die Partei die Regierung Rutte I aufgrund ihres Konservatismus und Nationalismus.⁶⁵ Die D66 betonte individuelle Freiheit, Toleranz und Menschenrechte. Dies führte zu Anträgen für einen besseren Schutz der Privatsphäre und für die Evaluierung des Einflusses der Antiterrorgesetze auf die Bürgerrechte, aber auch zu einem Initiativantrag auf Abschaffung des Gesetzes gegen die Gotteslästerung. In der Rolle einer konstruktiven Opposition wurde – in der Tradition der frühen neunziger Jahre, als van Mierlo forderte, eine „Opposition *für* das Kabinett“ zu führen – mit dem zweiten Rutte-Kabinett (VVD, PVDA) zusammengearbeitet, das in der Ersten Kammer keine eigene Mehrheit besaß.

Dieses Kabinett wurde dann auch von der Parlamentsfraktion augenzwinkernd als „violett minus“ bezeichnet. Damit gab die D66 zu erkennen, wichtigen Teilen der Koalitionsvereinbarung positiv gegenüberzustehen. „Konstruktiv dort, wo es möglich ist, und kritisch dort, wo es notwendig ist“, so beschrieben die Demokraten selbst ihre Haltung. Die infolge der Finanzkrise notwendig gewordenen Einsparungen boten die Möglichkeit, bereits länger gewünschte Reformen durchzuführen. Die konstruktive Opposition mündete in einem Wohnungsbau- und in einem Herbstabkommen.⁶⁶ Die Rolle der D66 hing zu einem bedeutenden Teil damit zusammen, dass die Demokraten für die Realisierung vieler Regierungsvorhaben schlichtweg notwendig waren. Die Folge war eine starke Verhandlungsposition für die D66.

Obwohl nicht in der Regierung, verwirklichte die D66 so einen Großteil der sozialökonomischen Reformen, bis das Kabinett 2016 durch Meinungsverschiedenheiten in den eigenen Reihen nicht mehr bereit war, dies fortzusetzen. Unterdessen wurden auch medizinethische Punkte auf der politischen Agenda vorläufig umgesetzt, wie ein System zur Einführung einer aktiven Spenderregistrierung. Überdies entstand Raum für andere Gesetzesinitiativen, wie ein „Gras-Gesetz“ zur Legalisierung und Regulierung weicher Drogen, das Gesetz zur Einführung eines beratenden Referendums und die Normalisierung des Beamtenrechts (die Gleichstellung der Rechtsposition von Beamten und Angestellten).

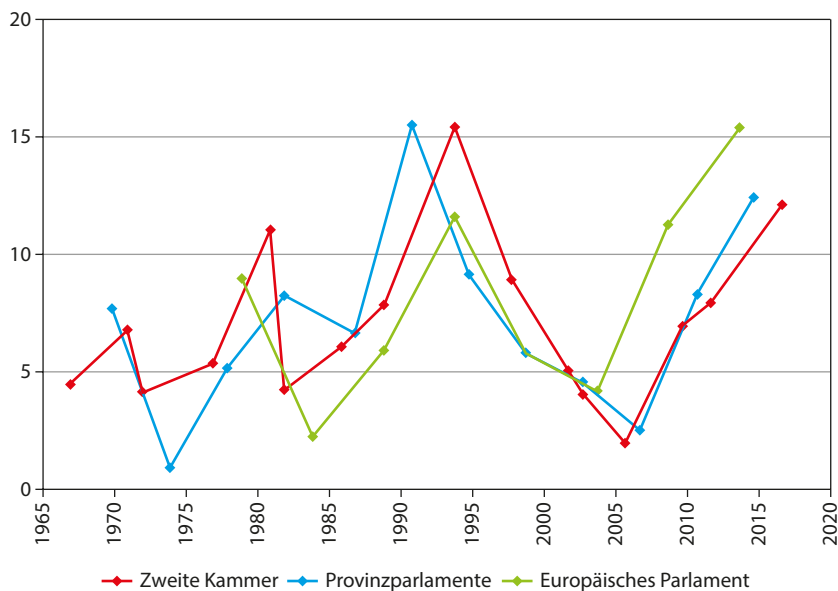
Das Programm *Samen sterker – kansen voor iedereen* (*Gemeinsam stärker – Chancen für jeden*) für die Parlamentswahlen vom März 2017 zeigte eine

Wende von der Reformagenda der Jahre 2006-2016 zu einer – in Anlehnung an die wirtschaftliche Konjunktur – auf Investitionen in die Gesellschaft ausgerichteten Agenda: Das Streben nach Chancengleichheit und neuen Sicherheiten, beispielsweise durch ein Plädoyer für unbefristete Arbeitsverträge. Plädoyers für größere Chancen für Neulinge auf dem Wohnungsmarkt und Outsider auf dem Arbeitsmarkt erfolgten in den vorangegangenen Jahren vor allem vor dem Hintergrund von Einsparungen. Dies änderte sich nun. Wie von jeher erhielten Klimawandel und Energie einen prominenten Platz. Auch Reformen des Rentensystems (der Wechsel zu einem persönlichen Rententopf) und die Innenpolitik fanden die notwendige Aufmerksamkeit. Nach Jahren, in denen besonders Reformen die Agenda bestimmten, verlagerte sich der Schwerpunkt auf Chancengleichheit und sozialen Zusammenhalt.

Dennoch waren es während des Wahlkampfs in erster Linie immaterielle Themen, die den Ton angaben. Die D66 betonte ihre progressive Haltung – für die Werte einer offenen Gesellschaft, mit einer dazugehörigen „dynamischen Auffassung“ der niederländischen Identität – und kombinierte dies mit einem Plädoyer für Vernunft und Nuancierung inmitten dessen, was Pechtold als zunehmende Polarisierung und zunehmendes Misstrauen wahrnahm.⁶⁷ In diesem Sinn positionierten sich die Demokraten ähnlich wie Terlouw's „vernünftige Alternative“ der späten siebziger Jahre: zur Zusammenarbeit bereit und sich als vernünftiger, verlässlicher Faktor in der politischen Landschaft präsentierend. Pechtold äußerte die Ambition, diese Agenda mit der D66 in einer stabilen, zuverlässigen Regierung realisieren zu können.⁶⁸ Zu Beginn des Wahlkampfs legte Pechtold die Latte hoch, indem er ankündigte, nicht nochmals Spitzenkandidat zu werden, wenn seine Partei nicht an dem nächsten Kabinett beteiligt sei. Die Partei erzielte bei den Parlamentswahlen von März 2017 gut 12 Prozent der Stimmen, und so eroberte er eine solide Position, um die D66 in ein Kabinett zu lotsen.

Wähler und Wahlen: Auf und Ab

Obwohl die D66 ursprünglich nie danach gestrebt hatte, stellte sich im Laufe des Bestehens der Partei heraus, dass man sehr wohl von einer festen Wählerschaft sprechen konnte.⁶⁹ Die Wahlergebnisse zeigen allerdings, dass diese Wählerunterstützung launisch war. Es steckt einige Wahrheit in der Beschreibung des D66-Wählers durch Michiel Scheltema (Justizstaatssekretär im zweiten van Agt-Kabinett, 1981-1992). Er sprach von „Menschen, die das Liberale in sich haben“, Individualisten „mit eigenen Werten, die auch so

Abbildung 3.1: Wahlergebnisse der D66 1967-2017 (in Prozent)

Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage der Angaben auf der Internetseite www.verkiezingsuitslagen.nl

angesprochen werden wollen“, Menschen mit einer „kritischen, unabhängigen Einstellung“, aus der sich auch ein gewisses Maß an Launenhaftigkeit ergibt.⁷⁰

Ob es nun die Launenhaftigkeit der Wähler war oder der eigensinnige Charakter der Partei, die Wahlergebnisse der D66 fielen jedenfalls sehr unterschiedlich aus. Lange Zeit sprach man von einer Reihe von Wellenbewegungen, bei der Gewinne und Verluste aufeinander folgten.⁷¹ Nach Wahlgewinnen in den Jahren 1967 und 1971 folgten beispielsweise Niederlagen bei den vorgezogenen Parlamentswahlen im Jahr 1972 und den Wahlen zu den Provinzialstaaten im Jahr 1974.⁷² Danach wurde unter der Führung von Jan Terlouw wieder der Weg nach oben eingeschlagen, in Richtung einer Wiederauferstehung Mitte der siebziger Jahre, die zu guten Ergebnissen bei den Parlamentswahlen von 1977 und den Europawahlen von 1979 sowie dem enormen Sieg bei den Parlamentswahlen des Jahres 1981 führte. Der damals erzielte Gewinn von 11 Prozent wurde im Übrigen mit dem ansprechenden Image der „vernünftigen Alternative“ sowie der großen Zahl besonders junger Wähler erklärt, die die D66 anderen Parteien abnehmen konnte.⁷³

Bald darauf setzte allerdings erneut ein Rückgang ein, der in der bereits erwähnten historischen Abstrafung der Partei im Juni 1982 endete (4,3 Prozent

der Stimmen). Die wichtigste Ursache hierfür war die Beteiligung an den Kabinetten van Agt II und van Agt III.⁷⁴ Mit der Rückkehr des charismatischen Hans van Mierlo und mit neuen Wahlsiegen bei den Parlamentswahlen von 1986 und den Wahlen zu den Provinzialstaaten im Jahr 1987 setzte sich die Wellenbewegung erneut fort, dieses Mal wieder nach oben.

Diese Analyse lässt sich in die neunziger Jahre und bis in den Beginn des 21. Jahrhunderts fortschreiben. Die elektorale Geschichte der D66 ist eigentlich eine Geschichte von Wellenbewegungen und Zyklen, wobei eine Regierungsbeteiligung immer negativen Einfluss hatte, wie es inzwischen für fast alle so genannte Juniorpartner in Kabinetten gilt: In den Jahren 1972 und 1982 und nach der Regierungsbeteiligung in den „violetten“ Kabinetten I und II 1998 und 2002 sowie nach dem Kabinett Balkenende II im Jahr 2006.⁷⁵ In der Opposition folgte anschließend erneut ein Wiedererstarken mit Sitzgewinnen in den Jahren 2010 und 2012. Das Wachstum setzte sich bei den Wahlen von 2017 fort: Wie oben bereits erwähnt erhielt die Partei 12 Prozent der Stimmen – das zweitbeste Ergebnis, das sie jemals bei Parlamentswahlen erzielt hat.

Bei den Wahlen zu den Provinzparlamenten ist ein ähnliches Muster – von van Mierlo einmal mit dem „Flug einer Bachstelze“ verglichen – sichtbar. So brachten die Wahlen zu den Provinzialstaaten 1991 große Gewinne ein, allerdings verlor die D66 1995, ein Jahr nachdem sie Regierungspartei geworden war, wieder stark. Nach der Beteiligung am Kabinett Balkenende II (2003-2006) kam es 2007 erneut zu einem Absturz auf sogar nur 2,5 Prozent der Stimmen, aber in den Jahren 2011 und 2015 gab es wieder Stimmengewinne. Auch die Gemeinderatswahlen weisen den gleichen Zyklus auf, mit einem großen Gewinn im Jahr 1994 – noch vor den Parlamentswahlen – bis zu einem sehr niedrigen Prozentsatz im Jahr 2006, wiederum nach einer Regierungsbeteiligung. Außerhalb der Regierungsverantwortung erfolgte wieder eine Erholung, deren vorläufigen Höhepunkt die Wahlen von 2014 bildeten. Bei dieser Wahl wurde die D66 in 12 von 20 Großstädten die stärkste Partei, wodurch beispielsweise in Amsterdam zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg eine andere Partei als die PVDA die meisten Stimmen erhielt. Im gleichen Jahr erlangte die D66 bei den Wahlen zum Europaparlament 15,5 Prozent der Stimmen, der höchste Prozentsatz aller Parteien – ein Unikum für die D66.

Die jüngste Serie von Wahlsiegen kann zum Teil auf die Konstante zurückgeführt werden, dass, wenn sich die Partei außerhalb der Regierungsverantwortung konstruktiv verhält, dies oftmals von den Wählern positiv aufgenommen wird. Ende der achtziger, Anfang der neunziger Jahre zahlte sich dies in Form eines Wahlsiegs aus, und auch bei den letzten beiden Parlamentswahlen wurde die Rolle der konstruktiven Opposition

von den Wählern belohnt. Es liegt die Behauptung auf der Hand, dass die Wähler die D66 – inzwischen – auch an folgenden Punkten erkennen: die rationale Haltung in der Politik, die stete und vorrangige Suche nach einer Zusammenarbeit, wobei den meisten Koalitionen gegenüber eine zu scharfe Opposition als nicht mit den Parteistandpunkten im Einklang stehend betrachtet wird. Dabei muss angemerkt werden, dass der Spitzenkandidat traditionell bei Gewinnen oder Verlusten eine entscheidende Rolle spielt, auch wenn dies mehr oder weniger für fast alle politischen Parteien gilt.

In dem bereits erwähnten Bericht *Verloren vertrouwen en de weg naar herstel: een terugblik op twaalfjaar verkiezingsnederlagen* stellte die Groenman-Kommission die ab 1998 erlittenen Wahlniederlagen in den Kontext des seit der Ermordung Pim Fortuyns bedrückten politischen Klimas, das heißt, eines zunehmenden Konservatismus (sowohl auf der linken als auch auf der rechten Seite) und des aus der Mode Geratens von Reformwillen. Es war die Rede von einer „über das Ziel hinausgeschossenen Individualisierung“ und der „Vermarktung“ von öffentlichen Dienstleistungen. Auf der anderen Seite verschwanden typische D66-Themen – oftmals immaterielle Fragen wie Bildung, Selbstbestimmung und Wahlfreiheit – eine Zeitlang von der Agenda. Sozialökonomische Einsparungen drängten sich in den Vordergrund, ebenso wie der Krieg im Irak, die Teilnahme an einer Militärmision in Afghanistan und die Integration von Neuankömmlingen.⁷⁶ Besonders der CDA konnte aus diesem Klima elektorales Kapital schlagen.

Die Wahlniederlagen der D66 wurden so nicht nur der Tatsache zugeschrieben, dass die Partei an einer Reihe von Regierungen beteiligt war, sondern auch auf eine Verlagerung der politischen Debatte auf eine Thematik zurückgeführt, bei der die D66 nicht ausreichend sichtbar war. Diese Sichtbarkeit war auch in den „violetten“ Kabinetten I und II in Bedrängnis geraten, als bei den Wählern das Bild entstand, die D66 sei zwischen PVDA und VVD „überflüssig“ (1998 waren die 9,0 Prozent der D66 neben den 29 Prozent der PVDA und den 24,7 Prozent der VVD ja für eine Mehrheit im Parlament nicht notwendig). Damit vergleichbar ist der Versuch einer Zusammenarbeit mit der PVDA und der PPR im Jahr 1972, der zu einem Wahlverlust führte. Zwischen zwei anderen, in diesem Fall progressiven Parteien, erwies es sich für die Demokraten als schwierig, das eigene Profil in ausreichendem Maße zu vermitteln: 30 Prozent der 1972 insgesamt verlorenen Stimmen gingen an die PVDA.⁷⁷ Oftmals ist es neben der Zusammenarbeit auch der Zweikampf, in dem es die Partei schwer hat, sich in Bezug auf die Wahlen zu behaupten. Im Jahr 2012 trieb ein solcher Kampf VVD und PVDA zu hohen Wahlergebnissen, während die D66 innerhalb kurzer Zeit in den Umfragen sank und schließlich ein niedrigeres Ergebnis erzielte als anfangs erwartet wurde.

In allgemeinem Sinn steckt in der Äußerung des ehemaligen Parteivorsitzenden Jan Glastra van Loon über die elektorale Geschichte der D66 viel Wahrheit: Wenn die D66 in schweres Wetter gerät, dann liegt das sowohl an der D66 als auch am Fahrwasser.⁷⁸ Eine Seite der Medaille ist, dass sich der Wähler von der Partei abwendet, wenn er nicht mehr die Standpunkte erkennt, die er mit der Partei assoziiert. Dabei spielt die Regierungsbeteiligung eine große Rolle, wobei die machtimmanenten Zwänge es zuweilen schwierig machen, die eigenen Standpunkte an die Öffentlichkeit zu bringen.⁷⁹ Immer wieder schlug sich die Tatsache, dass dem Wähler die Standpunkte der D66 unklar waren, in verlorenem Vertrauen und einer schrumpfenden Anhängerschaft nieder. Die andere Seite der Medaille ist das politische Klima: Wenn sich der Schwerpunkt der gesellschaftlichen Debatte auf eine Thematik verlagert, bei der die Sozialliberalen weniger explizite Meinungen vertreten, dann hat dies großen Einfluss auf die Sichtbarkeit bei der Wählerschaft. Besser geht es, wenn sich die D66 auf eine progressive sozialökonomische Politik und freisinnig-demokratische Themen konzentrieren kann, wie es unter Jan Terlouw und später unter Alexander Pechtold der Fall war, als Probleme, die die D66 bereits seit längerem wahrnahm, stärker sichtbar und spürbar wurden, während die „alten Parteien“ hierauf in viel geringerem Maße eine Antwort hatten.⁸⁰

Die Jahre nach 2006 stellen in Bezug auf die Vergangenheit eine Trendwende dar. Der Verlauf des Wahlkampfes und das Ergebnis der Parlamentswahlen im Jahr 2017 unterstreichen dies einmal mehr. Während es in der Vergangenheit in Bezug auf die Wahlen größtenteils eine Wellenbewegung beziehungsweise einen „Jojo-Effekt“ gab, zeigen die letzten Jahre, dass die Demokraten nicht nur in der Lage sind, immer wieder aufs Neue Anhänger zu gewinnen, sondern dass sie diese auch für längere Zeit und auf verschiedenen politischen Ebenen an sich binden kann. Auch ist die Partei im vergangenen Jahrzehnt – entgegen dem allgemeinen Trend des Mitgliederverlusts bei den politischen Parteien – systematisch gewachsen, bis auf einen Rekordwert von gut 26.000 Mitgliedern Ende 2016.⁸¹ Dieses Ausmaß an stabilem Wachstum war für die Partei bis dahin unbekannt. Die Wahlsiege seit den Europawahlen des Jahres 2009 haben sich seitdem auf allen Politikebenen fortgesetzt.

Die Vergangenheit im Rücken: Die Zukunft der D66

In der Einleitung zu diesem Beitrag wurden einige Dilemmata genannt, die die inzwischen mehr als fünfzigjährige Geschichte der D66 charakterisieren: die Spannung zwischen der Beteiligung an politischen Entscheidungen

und dem Ursprung als Anti-Establishment-Partei, die Spannung zwischen dem Betreiben einer effektiven Parteipolitik und dem Streben, den Charakter einer Bewegung aufrecht zu erhalten, und die Spannung zwischen Pragmatismus und der Identifikation mit einer Ideologie.

Die Spannung zwischen Pragmatismus und Ideologie legt auf den ersten Blick eine Diskontinuität in der Geschichte der D66 offen, wobei sich die politischen Prioritäten – auch in Wahlprogrammen und Streitschriften – erheblich verschieben. In den sechziger Jahren präsentierte sich die D66 unter dem „radikalen Demokraten“ van Mierlo ausdrücklich als Herausforderin der etablierten politischen Ordnung, wobei die Betonung auf staatsrechtlichen und parteipolitischen Reformen lag. Ab Anfang der siebziger Jahre wies die D66 unter der Führung Terlouw's ein „sozialliberales“ Profil auf, und der Schwerpunkt verlagerte sich stärker auf sozialökonomische Fragen. Im Auftakt zur Bildung des „violetten“ Kabinetts im Jahr 1994 trat die politische Erneuerung wieder in den Vordergrund, aber diese war nun in eine breiter angelegte progressive Agenda eingebettet. Unter Pechtold verschob sich der Schwerpunkt der politischen Agenda der D66 auf die Themen Bildung, europäische Zusammenarbeit und die Reform des Sozialstaats.

Dabei prägen, wie in diesem Beitrag dargelegt, die Parteiführer stark den Kurs, und immer schienen pragmatische Lösungen auf der Basis einer Analyse des gesellschaftlichen und ökonomischen Kontexts die Agenda zu bestimmen. So hingen die Demokratisierung und die politischen Reformen in den Anfangsjahren stark mit den kulturellen Veränderungen der sechziger Jahre und den Folgen der Entsäulung zusammen. Die sozialökonomische Agenda Terlouw's drehte sich um aktuelle, vom *Club of Rome* zur Sprache gebrachte Probleme, wie die Energiekrise, die Umweltverschmutzung und die wirtschaftliche Stagnation. Später waren die Vorschläge zur Reform der sozialen Einrichtungen unter der Führung Pechtold's eine Reaktion auf den „historisch erklärbaren, aber für die Zukunft unhaltbaren“ Sozialstaat.

Obwohl die Gründer dies nie vor Augen hatten und sich stolz mit dem Etikett „Pragmatismus“ schmückten, gibt es in der Geschichte der Partei hinsichtlich des zugrundeliegenden Gedankenguts eine offenkundige Kontinuität. Wer das allererste Wahlprogramm neben das von 2017 legt, entdeckt das gleiche Ziel, die individuelle Entfaltung und „geistige Freiheit“ zu fördern, die gleiche internationale und europäische Ausrichtung und den gleichen demokratischen (Reform)Willen. In manchen dieser Punkte hat die Partei – wie in diesem Beitrag erwähnt – Erfolge erzielt, in anderen, besonders der Demokratiereform, in viel geringerem Maße.

Überdies wurde – zum Teil unbewusst – das Gedankengut einer eigenständigen liberalen politischen Strömung weitergesponnen, die viel

weiter zurücklag als die Parteigründung, was sich unter anderem in den historischen Gemeinsamkeiten mit dem *Vrijzinnig Democratische Bond* (VDB) zeigte. Nach einer langen Auseinandersetzung darüber, welches Prädikat am besten dazu passe, sind diese Standpunkte inzwischen in fünf sozialliberalen Wegweisern erfasst worden. Diese kodifizieren zwar einige schon immer vorhandene Themen aus der „ideologischen Geschichte“ der D66, sind aber insofern neu, als sie bereits seit gut 10 Jahren in der Partei angewandt werden und nahezu unumstritten sind.

Sowohl die Spannung zwischen den Daseinsformen einer „professionellen“ Partei und einer Bewegung als auch die zwischen der Beteiligung an der Macht und dem Ursprung als „ungebundene“, Anti-Establishment-Partei, sind mit Blick auf die nahe Zukunft der D66 interessant. Vor gut fünfzig Jahren begann die D66 als ein „Rebellenclub“, der die etablierten Machtverhältnisse radikal verändern wollte. Die Partei stand „der Macht“ ambivalent gegenüber und fungierte als „Unterschlupf“ für politisch Heimatlose. Es wurde den Demokraten allerdings rasch klar, dass zur Verwirklichung von Programmpunkten die Beteiligung an der Macht unvermeidbar war. Immer wieder kam dabei die Frage auf, wie sie sich an dieser Macht beteiligen konnten – wodurch sie enger an die etablierte Ordnung heranrückten – ohne „konservative Neigungen“ zu zeigen. Das heißt, wie kann verhindert werden, dass man sich durch die Macht einkapseln lässt und an Erkennbarkeit verliert, wenn sich angestammte Interessen stärker Geltung verschaffen und kurzfristige Überlegungen, die auf den Erhalt dieser erworbenen Macht ausgerichtet sind, dominanter werden? Die oben geschilderte Geschichte zeigte, wie schwierig es war, diese Wünsche mit einander zu versöhnen, besonders, wenn eine Regierungsbeteiligung diese Spannungen vergrößerte.

Ende 2017, nun da die D66 zum ersten Mal seit 2006 wieder Regierungspartei geworden ist, nimmt auch die Spannung zwischen den beiden „charakterologischen“ Elementen aus der Geschichte der Partei – eine *Partei* zu sein und das Streben danach, sich die Unbefangenheit einer *Bewegung* zu bewahren – für die Demokraten wieder an Dringlichkeit zu. Es wird sich zeigen, ob die in den vergangenen Jahren erworbene Stabilität und Erkennbarkeit dagegen Bestand haben. Auf jeden Fall wird die D66 sich über ihre Vergangenheit Rechenschaft ablegen müssen, die sie nicht *hinter* sich, sondern *im* Rücken hat.⁸² Als Stütze und als Warnung.

Aus dem Niederländischen übersetzt von Annegret Klinzmann

4. Grüner als die Summe ihrer Teile?

Entstehung und Entwicklung der Partei *GroenLinks*

Jasper Blom

Am Freitag, dem 19. Mai 1989, trafen sich am frühen Morgen Vertreter von vier kleinen linken Parteien im Restaurant „*De Roode Leeuw*“ in Amsterdam. Die Parteien hatten eine Übereinkunft getroffen und wollten mit einem gemeinsamen Programm und einer gemeinsamen Liste zu den Parlamentswahlen am 9. September 1989 antreten.¹ Hiermit legten die *Communistische Partij Nederland* (CPN), die *Evangelische VolksPartij* (EVP), die *Politieke Partij Radikalen* (PPR) und die *Pacifistisch Socialistische Partij* (PSP) den Grundstein für *GroenLinks* (GL).²

Als Zusammenschluss kleiner linker Parteien ist *GroenLinks* ein Außenseiter in einer großen Parteifamilie: Während die meisten anderen westeuropäischen grünen Parteien in den achtziger Jahren aus den Umweltorganisationen entstanden, die in den siebziger Jahren gegründet worden waren, ist das bei *GroenLinks* nicht der Fall. Im ersten Teil dieses Aufsatzes wird die Entstehungsgeschichte der Partei besprochen. Durch die Betrachtungen werden spezifische Akzente innerhalb der programmatischen und politisch-strategischen Entwicklungen der Partei im Vergleich zu anderen westeuropäischen grünen Gruppierungen deutlich.³

Im zweiten Teil werden die programmatischen Entwicklungen nachgezeichnet. Deutlich wird, dass das Programm von *GroenLinks* von verschiedenen Quellen inspiriert worden (vor allem von klassisch linken) und daher weniger kohärent als andere grüne Programme ist, die vollständig auf systemkritischer, grüner, politischer Philosophie basieren. Die Erörterung wird anhand von drei zentralen Themen vertieft: sozioökonomische Fragen, internationale Sicherheit und Umwelt. Obwohl die Programme sich an das Vokabular der Zeit anpassen und führende Politiker sie jeweils spezifisch füllen, zeigt sich eine deutliche Kontinuität bei den Standpunkten. Dennoch gibt es zwei Verschiebungen: Erstens sind grüne Themen stärker in den Mittelpunkt gerückt. Dies erklärt sich vor allem dadurch, dass die klassisch linken Wurzeln der Partei sich nach und nach weniger prominent manifestierten. Zweitens ist das Programm der Partei im Lauf der Zeit weniger systemkritisch geworden.

Im dritten Teil werden die programmatischen Entwicklungen in den Kontext der politisch-strategischen Positionierung eingebettet. Bei der

Entstehung von *GroenLinks* wurde beschlossen, einen „wahren linken“ Machtblock neben der sozialdemokratischen *Partij van de Arbeid* (PVDA) zu bilden. Dies erklärt die relativ große Aufmerksamkeit für klassisch linke sozialökonomische Themen in den Anfangsjahren. Mit dem Aufkommen der *Socialistische Partij* (SP) als Konkurrentin im linken Parteienspektrum ist diese Positionierung schwieriger geworden. Insbesondere wenn alle drei linken Parteien in der Opposition sind, fällt es ihnen schwer, sich zu profilieren. Eine wichtige Entwicklung besteht darin, dass die Partei sich immer klarer als Regierungspartei positioniert und damit Abstand von der aktivistischeren und systemkritischeren Haltung der Anfangsjahre genommen hat.

Im vierten Teil wird die Wahlentwicklung von *GroenLinks* analysiert. Es wird deutlich, dass die Partei vor allem dann Erfolge verzeichnet, wenn die PVDA an der Regierung beteiligt ist. Es ist ihr dabei jedoch noch nicht gelungen, sich eindeutig als *grünlinks* hervorzutun. Die Partei erlebte 2017 einen Durchbruch und wurde mit 9,1 Prozent stärker als die PVDA (5,7 Prozent) und auch geringfügig stärker als die SP (ebenfalls 9,1 Prozent). Die Zukunft wird zeigen, ob es sich hierbei tatsächlich um eine strukturelle Veränderung in der politischen Landschaft handelt.

Die Analyse in den vorhergehenden vier Abschnitten bildet die Basis für den fünften Teil, in dem Schlussfolgerungen gezogen und mögliche Zukunftsperspektiven besprochen werden. Hierbei spielt eine Reihe an Faktoren eine Rolle. Erstens bleibt das Problem der Profilierung als „links“ bestehen, wenn alle drei linken Parteien in der Opposition sind. Zweitens ist mit der *Partij voor de Dieren* (PVDD) ein politischer Konkurrent aufgekommen, der versucht, sich immer mehr als *issue-owner* grüner Themen zu präsentieren und dabei die Systemkritik klar auf seine Tagesordnung setzt. Drittens „vergrünen“ – jetzt da das Klimaproblem und die Rohstofffragen dringender werden – immer mehr Parteien, jedoch meistens ohne systemkritische Forderungen zu erheben. Für *GroenLinks* ist es somit eine schwierige Herausforderung, sich in der politischen Landschaft von den Konkurrenten abzuheben.

Dieser Beitrag wird mit einem Blick auf den breiteren Kontext der westeuropäischen grünen Parteifamilie abgeschlossen. Es wird dargelegt, dass *GroenLinks* sich von anderen europäischen grünen Parteien, deren Basis klarer in der grünen Philosophie der Ökologismus liegt, inspirieren lassen sollte. Das einzigartige Menschenbild dieser Ideologie führt zu einer systemkritischen Position, die auf kohärente Art und Weise grün und links zusammenbringt. Dadurch sollte *GroenLinks* sich definitiv zu einer Partei entwickeln, die „grüner als die Summe ihrer Teile“ ist. Dies würde ihr auch eine einzigartige Position als *issue owner* der immer wichtiger werdenden grünen Themen in der politischen Landschaft der Niederlande verschaffen.

Entstehung und Entwicklung – Das Aufkommen der grünen Parteifamilie

Das Aufkommen grüner Parteien in Westeuropa ist eng mit der Entstehung der modernen Umweltbewegung in den siebziger Jahren verknüpft. Die grüne Bewegung war seit jeher aus einer romantischen Wertschätzung für die Schönheit der Natur und die emotionale Verbindung zwischen Mensch und seiner Umgebung heraus auf Naturschutz ausgerichtet. Die Gründung der *Vereniging tot Behoud van Natuurmonumenten* (*Vereinigung zum Schutz von Naturdenkmälern*) 1905 unter Einfluss von Jac. P. Thijsse ist ein Beispiel hierfür. In den sechziger Jahren des letzten Jahrhunderts verschob sich die Aufmerksamkeit auf eine systematischere Analyse der Beziehung zwischen politisch-wirtschaftlichen Prozessen und dem, was damals als „die Umwelt“ bezeichnet wurde. Rachel Carson publizierte bereits 1962 ihre bahnbrechende Studie über die zerstörerischen Effekte intensiven Landbaus auf die Biodiversität.⁴ 1972 folgte der Bericht *Die Grenzen des Wachstums* seitens des *Club of Rome*. Basierend auf Trends beim Rohstoffgebrauch und Modellberechnungen kamen die Autoren zu der Schlussfolgerung, dass der Weg, auf dem die industrielle Wirtschaft sich zu diesem Zeitpunkt befand, nicht zukunftsfähig war. Die Welt wurde von der grünen Bewegung immer mehr als ein integriertes Ökosystem betrachtet, der Fokus lag damit nicht länger auf dem Schutz bestimmter Gebiete.

Als Reaktion auf diese neuen Einsichten entstand eine neue Generation grüner gesellschaftlicher Organisationen, wie *Greenpeace* und *Milieudefensie* (*Umweltschutz*). Zudem begannen in dieser Periode erste lokale politische Parteien, sich das Label Grün aufzustempeln. Diese hatten ihre Wurzeln oftmals in den neuen grünen gesellschaftlichen Organisationen sowie in pazifistischen und emanzipatorischen Gruppierungen. Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre wurden diese grünen Parteien auf nationalem Niveau aktiv, wie das flämische *AGALEV* (*Anders Gaan Leven, Anders in Zukunft leben*, inzwischen umgetauft zu *Groen*) 1979 und die deutschen *Die Grünen* 1980.

Wie der anfängliche Name der flämischen grünen Partei bereits andeutet, propagierten diese Parteien eine neue, systemkritische Sicht auf die Gesellschaft. Das hervorstechende programmatische Merkmal der westeuropäischen grünen Parteien ist, dass sie Menschen nicht nur in Beziehung zueinander betrachten, sondern in Verbindung mit ihrer Umgebung sehen, als integralen Teil des Ökosystems. Daraus folgt eine radikale Reformstrategie, um zu einer besseren Balance zwischen Mensch und Umwelt zu kommen. Diese politische Philosophie ist als „Ökologismus“

bekannt.⁵ Das Label Ökologismus wird von grünen Parteien verwendet, um anzugeben, dass sie eine integrale Systemveränderung anstreben und nicht nur eine „Vergrünung“ des Status quo – letzteres wird im Englischen auch *environmentalism* genannt.⁶

Die meisten grünen Parteien bewegen sich in einem Kontinuum zwischen Ökologismus und *environmentalism*. Programmatische Diskussionen drehen sich häufig um die Positionierung auf dieser Achse. Bei den deutschen Grünen zeigt sich dies beispielsweise prominent bei den Fraktionen der Realos und der Fundis. Die Realos verfolgen einen pragmatischen Kurs, in dessen Rahmen das Streben nach Regierungsverantwortung eine große Rolle spielt. Die Fundis verfolgen hingegen einen systemkritischen Kurs, der an aktivistische Politikformen gekoppelt ist.⁷ Auch bei *GroenLinks* lassen sich – wie sich im Folgenden zeigen wird – die Diskussionen in diesem Kontext deuten.

Die Vorläufer⁸

Anders als viele andere grüne Parteien entstand *GroenLinks* nicht unmittelbar aus der Umweltbewegung heraus. Die Partei war das Ergebnis einer Fusion von vier Parteien, die sich links von der PVDA befanden und immer bedeutend kleiner waren als die Sozialdemokraten.

Die CPN war der älteste Vorläufer. Sie war 1909 in Abspaltung von den Sozialdemokraten gegründet worden und erhielt zu ihrer besten Zeit direkt nach dem Zweiten Weltkrieg zehn Prozent der Stimmen.⁹ Das Programm der CPN richtete sich vor allem auf die Interessenvertretung der Arbeiterklasse. In den achtziger Jahren wurde der Emanzipation von Frauen und Homosexuellen ebenfalls einige Aufmerksamkeit gewidmet. Der kleinste und jüngste Vorläufer war die EVP. Diese entstand 1981 aus einer Abspaltung von progressiven Christen bei der Gründung des *Christen-Democratisch Appèl* (CDA). Im Jahr darauf erhielt die EVP 0,7 Prozent der Stimmen und kam damit einmal ins Parlament. Die EVP orientierte sich an postmaterialistischen Werten, war pazifistisch und stand der NATO kritisch gegenüber. Die PPR war 1968 in Abspaltung progressiver und linker Christen von der *Katholieke Volkspartij* (KVP) entstanden. Zu ihren Glanzzeiten in den siebziger Jahren bekam die Partei 4,8 Prozent der Stimmen und versilberte dies mit einer Beteiligung am Mitte-Links-Kabinett unter dem Sozialdemokraten Joop den Uyl (1973-1977). Die PPR verfügte über keine festumrissene Ideologie, sondern reagierte auf aktuelle Fragen, die in progressiven gesellschaftlichen Bewegungen eine Rolle spielten. Themen wie Umweltschutz, radikale Demokratisierung und

nukleare Abrüstung fanden daher schnell einen Weg in das Programm, wobei die Partei nicht als ökologisch zu klassifizieren war. Der letzte Vorläufer war die PSP. Diese war 1957 von Progressiven gegründet worden, die die PVDA zu pro-amerikanisch und die CPN zu pro-russisch fanden. Die Partei erlebte ihre Glanzzeiten in den sechziger Jahren, als sie drei Prozent der Stimmen erreichte. Die PSP betrachtete sich als politische Stimme gesellschaftlicher Organisationen, vor allem der Friedensbewegung. Später kamen die feministische und die Homo-Bewegung hinzu. Mit Bram van der Lek hatte die PSP in den siebziger Jahren einen Fraktionsvorsitzenden, der seiner Zeit voraus war und Umweltprobleme auf die Agenda setzte.¹⁰ In den achtziger Jahren verschwanden diese Themen jedoch wieder im Hintergrund. Der gemeinsame Stimmanteil der vier Parteien erreichte 1972 mit 10,8 Prozent einen Höhepunkt. 1977 versetzte ihnen die große Popularität den Uyls bei linken Wählern jedoch einen Schlag. Nicht nur die PPR, die Teil des Kabinetts war, verlor, sondern auch die CPN und die PSP, die in der Opposition geblieben waren. Zusammen fielen die Parteien auf 4,4 Prozent der Stimmen. Dieses enttäuschende Wahlergebnis sorgte dafür, dass sich der Ruf nach linker Zusammenarbeit verstärkte.

Fusion und Programm

Im Frühling 1983 ergriff die CPN die Initiative, um eine gemeinsame Liste für die Europawahlen 1984 zusammenzustellen. Der zentrale Grund hierfür lag darin, dass die Parteien einzeln wahrscheinlich nicht genügend Stimmen für Sitze im Europäischen Parlament erlangen konnten. Obwohl die CPN und PSP den starken Schwerpunkt der PPR auf Umweltthemen scheuten, gelang es doch zu einem Konsens mit dem Namen *Groen Progressief Akkoord* zu kommen. Die EVP war nicht an der Zusammenarbeit beteiligt. Der *Groen Progressief Akkoord* reservierte den vierten Platz auf seiner Liste für einen unabhängigen Kandidaten aus der Umweltbewegung. Auf diesen Platz wurde Roel van Duijn gesetzt.¹¹ Der *Groen Progressief Akkoord* erhielt 5,6 Prozent der Stimmen. Der Abwärtstrend, in dem sich die kleinen linken Parteien befanden, wurde damit nicht durchbrochen.

Bei den Wahlen auf nationaler Ebene 1986 erzielten die Vorläufer von *GroenLinks* insgesamt nur 3,3 Prozent der Stimmen. CPN und EVP waren sogar nicht länger im Parlament vertreten. Auch die Mitgliederzahlen der Parteien nahmen stetig ab.¹² Zugleich näherten sich die Parteien einander programmatisch an, weil sie weniger dogmatisch wurden. Dies führte zu immer mehr Vereinbarungen zur Zusammenarbeit zwischen den Parteien

auf lokaler Ebene. Zudem arbeiteten vor allem Parteimitglieder der PPR und der PSP oft in gesellschaftlichen Bewegungen rund um die Themen Umwelt, Kernenergie, Frieden, Frauen- und Homosexuellen-Emanzipation zusammen. Durch diese Faktoren wuchs an der Basis die Bereitschaft für eine intensivere Zusammenarbeit. Anfang 1989 begannen auf zentraler Ebene schließlich ernsthafte Verhandlungen über eine Fusion, ermutigt wurde man hierbei von einem offenen Brief von circa zweihundert Vertretern aus gesellschaftlichen Bewegungen und dem Kultursektor.¹³

Wie weit die programmatische Annäherung fortgeschritten war, zeigte sich während der Verhandlungen. Obwohl es heftige Diskussionen um Themen wie das Basiseinkommen, die Republik als Staatsform und die Notwendigkeit grundlegender Wirtschaftsreformen (dazu später mehr) gab, erzielte man in relativ kurzer Zeit eine Übereinkunft. Auffällig war, dass es wenig Diskussionen über die pragmatische oder systemkritische Positionierung bei grünen Themen gab, obwohl sicherlich nicht alle vier Parteien gleich begeistert waren über den grünen Akzent. Die PSP hatte zum Beispiel schon Probleme mit der expliziten Verwendung des Begriffs „grün“ im neuen Parteinamen und lenkte diesbezüglich erst nach langen Verhandlungen ein. Die PPR erwog aufgrund des begrenzten Schwungs bei den Partnern sogar einen selbstständigen Kurs als grüne Partei. Insbesondere auf organisatorischer und personeller Ebene fanden zähe Verhandlungen statt. Im Mai 1989 erzielte man einen Kompromiss: Die Vorläuferparteien blieben zunächst noch als politische Vereinigungen selbstständig und die Kandidatenliste für die anstehende Wahl wurde vor allem mit „alten Hasen“ aus den vier Gründerparteien gefüllt. Doch *GroenLinks* war geboren.

Um die programmatischen Entwicklungen zu deuten, kann man das Grundsatzprogramm aus dem Jahr 1991 und dessen aktualisierte Version mit dem Titel *GroenLinks, partij van toekomst* (*GroenLinks, Partei der Zukunft*) aus dem Jahr 2008 betrachten. In beiden Dokumenten betont die Partei nicht „eine führende Ideologie oder Gesellschaftstheorie, sondern einige Ideale“ zu haben und diese aus „einer Vielzahl von Quellen“ zu schöpfen.¹⁴ Wenn man die Ausgangspunkte in Kombination mit den verschiedenen Wahlprogrammen betrachtet, fallen neben Kontinuitäten auch ein paar Akzentverschiebungen auf. Im Folgenden wird es um Entwicklungen in drei Bereichen gehen: sozioökonomische Fragen, internationale Sicherheit und Umwelt. In allen drei Bereichen ist eine Akzentverschiebung hin zu einer pragmatischeren Position zu sehen, wobei eine Vergrünung des Status quo angestrebt wird. Zugleich fällt auf, dass klassisch linke Systemkritik in den Hintergrund rückt und grüne

Themen einen wichtigeren Platz im Programm einnehmen. Damit schließt *GroenLinks* stärker an die grüne Parteifamilie an und zwar vor allem als Teil des *environmentalist*-Zweigs.

Sozioökonomische Fragen

Das ursprüngliche Grundsatzprogramm lehnte sowohl eine zentral geführte Planwirtschaft als auch das kapitalistische System ab. Die „entspannte Gesellschaft“, in der andere Werte als ein Einkommen aus bezahlter Arbeit einen prominenten Platz einnehmen, war ein wichtiger Baustein der *GroenLinks*-Alternative. Demgegenüber stand eine Strömung in der Partei, die nach bezahlter Arbeit für Jedermann in Kombination mit einer starken Nivellierung strebte. Dieses Spannungsfeld zwischen Plädoyers für eine radikal andere Wirtschaft und traditioneller linker Kritik an den sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen bestimmte die programmatischen Diskussionen.

Bereits bei den Fusionsverhandlungen war die Beziehung zwischen bezahlter Arbeit und Einkommen ein heißes Eisen. Die PPR war ein großer Verfechter des Basiseinkommens. Die CPN und in geringerem Maße auch die PSP waren hingegen klare Gegner einer Entkoppelung von Einkommen und Arbeit. Das Wahlprogramm 1989 schlug schließlich eine „gut vorbereitete“ und breite gesellschaftliche Diskussion über das Basiseinkommen vor. Mit einer weitreichenden Arbeitszeitverkürzung sollte jeder Arbeit finden können und die Emanzipation von Frauen gefördert werden.¹⁵ Obwohl sich das Programm für ein Recht auf Arbeit aussprach, sollte auch unbezahlte Arbeit stärker wertgeschätzt und die Sozialleistungen sollten deutlich erhöht werden. Das Programm suchte also einen Mittelweg zwischen entspannter Gesellschaft und bezahlter Arbeit und gab damit den Ton für den Kurs der neunziger Jahre vor.

Unter der Parteiführerin Femke Halsema (2002-2010) verschob sich das Gleichgewicht hin zu bezahlter Arbeit als Ideal. 2005 publizierte sie mit der Abgeordneten Ineke van Gent das Manifest *Vrijheid Eerlijk Delen* (*Freiheit ehrlich teilen*). Darin hieß es, dass der Versorgungsstaat zu wenige Möglichkeiten zur Emanzipation und Partizipation böte und man sprach sich unumwunden für bezahlte Arbeit als Ideal aus. Die klassisch linke Diskrepanz zwischen Arbeit und Kapital rückte in den Hintergrund, wurde jedoch nicht von einer systemkritischen Position in Form einer entspannten Gesellschaft ersetzt. Stattdessen wurde der Gegensatz zwischen „Insidern“, die einen sicheren und festen Job hatten, und „Outsidern“, die von befristeten

Verträgen und Zeitarbeit abhängig waren, betont. Es gab Vorschläge, die Rechte von Insidern zu „modernisieren“, beispielsweise durch eine Lockerung des Kündigungsschutzes. Zugleich sollten die Rechte von Outsidern gestärkt werden. Es war keine Rede von Arbeitszeitverkürzung, nur von einem stärkeren Recht auf Teilzeitarbeit und auf flexible Arbeitszeiten.

Mit der Publikation des Manifests strebte Halsema eine scharfe Neupositionierung gegenüber der PVDA und der SP (und den Gewerkschaften in ihrem Kielwasser) an.¹⁶ Der Plan funktionierte. Gewerkschaftsvorstände aus den Reihen der Partei sprachen von „schickem liberalen Gefasel“¹⁷, während die Jugendorganisation der konservativ-liberalen *Volkspartij voor Vrijheid en Democratie* (vvd) Halsema zur „Liberalen des Jahres“ ausrief. Der ehemalige Senator Leo Platvoet und ein prominentes Mitglied der ersten Stunde, Paulus de Wilt, gründeten die Plattform *Kritisch GroenLinks*, um für eine Rückkehr zu einem linken Kurs einzutreten. Die folgenden Kongresse übernahmen die inhaltlichen Vorschläge von Halsema und van Gent jedoch größtenteils.

Nach dem Rückzug von Femke Halsema 2010 verschob sich der Akzent wieder teilweise zurück in Richtung der Positionierung der Anfangsjahre. Der 2012 angetretene Parteiführer Bram van Ojik hielt eine Lockerung des Kündigungsrechts in einer Zeit der wirtschaftlichen Krise mit hoher Arbeitslosigkeit schlichtweg für unpassend und suchte eine Annäherung an die Gewerkschaftsbewegung. Auch die Idee der Arbeitszeitverkürzung rückte wieder ins Blickfeld: Während der 1. Mai-Feierlichkeiten der Partei 2015 in Amsterdam rückte van Ojik eine viertägige Arbeitswoche in den Mittelpunkt.¹⁸ Eine wichtige Einschränkung war dabei jedoch, dass die Arbeitszeitverkürzung als eine wünschenswerte gesellschaftliche Norm präsentiert wurde und nicht wie in den Anfangsjahren als Verpflichtung.

Im Frühling 2016 entbrannte innerhalb der Partei eine Diskussion über das „Arbeiten im 21. Jahrhundert“, die mit einer Umfrage unter den Mitgliedern abgeschlossen wurde. Die Ergebnisse zeigten, dass die Mitglieder sich, genau wie ihre Vorgänger bei der Gründung, bezüglich eines bedingungslosen Basiseinkommens uneinig waren. Ein an Bedingungen geknüpft Basiseinkommen traf hingegen auf große Unterstützung, wobei die wichtigsten der genannten Bedingungen die aktive Arbeitssuche, ehrenamtliches Engagement oder die Pflege jüngerer Kinder waren.¹⁹ Zwei Drittel der Mitglieder unterstützten eine kürzere Arbeitswoche als gesellschaftliche Norm. Auch hier ist eine ambivalente Haltung zwischen bezahlter Arbeit als Ideal und der entspannten Gesellschaft zu erkennen. Das Programm zur Wahl im März 2017 plädiert für ein großangelegtes Experiment mit dem Basiseinkommen und der viertägigen Arbeitswoche.

Ein stärkerer Schwerpunkt liegt allerdings auf der Schaffung von Jobs, indem Abgaben für schlechtbezahlte Arbeit verringert werden sollen, sowie auf „neuer Nivellierungspolitik“²⁰.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass *GroenLinks* im Laufe der Zeit weniger Wert auf die ausgesprochen ökologistische Systemkritik legte, die die entspannte Gesellschaft beinhaltet. Sie wird zwar als wünschenswerte menschliche Norm präsentiert, doch konkrete politische Maßnahmen zielen eher auf Nivellierung und die Schaffung von Arbeitsplätzen ab. Die Partei zeigt sich damit im sozioökonomischen Bereich immer pragmatischer.

Internationale Sicherheit²¹

Genau wie bei Schwesterparteien im Ausland können die Emotionen auch bei *GroenLinks* hochkochen, wenn es um Fragen der internationalen Sicherheit geht. Die Partei hat eine stark pazifistische Basis, und der Widerstand gegen das Sicherheitssystem im Kalten Krieg war ein wichtiger Programmpunkt der Vorläufergruppierungen. Die heftige Diskussion 2010 über die Polizeitrainingsmission im afghanischen Kundus, wobei *GroenLinks* im Parlament eine Mission entscheidend unterstützte, die stets militärischer zu werden schien, wurde von vielen als eine der Ursachen für den tiefen Absturz bei den Parlamentswahlen von 2012 gesehen (mehr dazu später). Die programmatischen Diskussionen drehten sich um die Akzeptanz der NATO und die Bedingungen, unter denen die Partei militärische Interventionen unterstützen könnte.

Das Grundsatzprogramm von 1991 beinhaltete nur die Aussage, dass *GroenLinks* sich für gewaltlose Friedenspolitik einsetzt. Der Parteikongress von 1992 weitete dies deutlich aus, wobei die vollständige und weltweite Abrüstung in den Mittelpunkt gerückt wurde. Die NATO sollte dabei „so schnell wie möglich“ aufgelöst werden. Ein militärisches Auftreten im Ausland war nur dann akzeptabel, wenn es um die Wahrung von Frieden (*peacekeeping*) ging, während Interventionen, die auf die Herstellung von Frieden abzielten (*peace enforcement*), nur dann als annehmbar betrachtet wurden, wenn es schwerwiegende humanitäre Gründe gab und der Einsatz „unter Flagge der Vereinten Nationen“ stattfand. Die Partei folgte hiermit also nicht der rein pazifistischen Linie, stellte sich jedoch sehr zurückhaltend gegenüber militärischen Interventionen auf.

In den neunziger Jahren wurde immer deutlicher, dass das von *GroenLinks* erhoffte alternative Sicherheitssystem, das auf der UN und der OSZE basieren sollte, nicht zustande kam. Ehemalige Mitgliedsstaaten des Warschauer

Pakts traten der NATO bei. Zugleich erreichte der Krieg in Jugoslawien mit dem Fall der von leichtbewaffneten niederländischen UN-Truppen beschützten „sicheren Enklave“ Srebrenica einen dramatischen Tiefpunkt. Die NATO-Intervention im Kosovo im Frühling 1999 verschärfte die Diskussion. Die Parlamentsfraktion unterstützte diese Aktionen aus humanitären Gründen, doch je mehr zivile Opfer zu beklagen waren, desto lauter wurde die Kritik. Bevor dieser interne Konflikt zum Ausbruch kommen konnte, wurde jedoch ein Friedensabkommen für den Kosovo geschlossen. Im Herbst 1999 besprach die Partei die Lehren, die sie aus diesem Fall ziehen konnte. Vor allem die Haltung gegenüber der NATO führte zu heftigen Diskussionen. Beim Kongress im März 2000 wurden schlussendlich zwei Varianten für eine Resolution vorgelegt: zurückhaltende Akzeptanz der NATO oder ein Festhalten an der Forderung nach Auflösung, verbunden mit einem Ersatz durch eine regionale Friedensmacht der UN. In einer gespannten Atmosphäre wählte der Kongress die zweite Variante.

Die Diskussion über die NATO spielte bei der Aktualisierung des Grundsatzprogramms im Jahr 2008 wieder eine Rolle. Das dem Kongress vorgelegte Konzept machte die NATO und eine weltweite Abrüstung nicht mehr zum Thema. Die Plattform *Kritisch GroenLinks* reichte jedoch einen Änderungsantrag ein, der auf die frühere Formulierung zurückgriff, der zufolge die NATO schnellstmöglich aufgelöst werden sollte. Der Antrag wurde abgelehnt.²² Diese Entscheidung kann als erster Schritt auf dem Weg zur Akzeptanz der NATO betrachtet werden, die sich auch unter den Mitgliedern zeigt. 1992 fanden noch 63 Prozent von ihnen, dass die Niederlande aus der NATO austreten sollten, 2002 war diese Zahl auf 22 Prozent gesunken und 2010 waren es nur noch 18 Prozent der Mitglieder, die diesen Standpunkt teilten.²³ In den Wahlprogrammen spiegelt sich diese Entwicklung wider: von „Auflösung innerhalb einer bestimmten Frist“ (2010) über „Reformierung“ (2012) hin zur bloßen „Abschaffung der Kernwaffen“ (2016). Dabei wurde die Partei ein immer begeisterterer Fürsprecher für eine gemeinsame europäische Verteidigung.

Als Reaktion auf den Tumult rund um die Polizeimission im afghanischen Kundus und die darauffolgende Wahlschlappe fand im Herbst 2014 eine parteiweite Diskussion über militärische Interventionen statt.²⁴ Im abschließenden Mitgliederreferendum wurden fünf Kriterien vorgelegt, die militärische Interventionen erfüllen sollten: (1) ein Beitrag zum Schutz von Bevölkerungsgruppen gegen grausame und groß angelegte Gewalt; (2) Legitimierung durch internationales Recht; (3) Teil eines integrierten Ansatzes, der Diplomatie, humanitäre Hilfe und Wiederaufbau beinhaltet; (4) Engagement, um auch langfristig einen Beitrag zu einer stabilen, sicheren

Situation zu liefern; (5) alle nicht-militärischen Optionen wurden erwogen und haben sich als nicht effektiv genug erwiesen. Ein Viertel der Mitglieder stimmte ab, 87 Prozent von ihnen befürwortete diese Kriterien.²⁵ Dies bestätigt eine Feststellung von Gerrit Pas (2015), dass es ein hohes Maß an Kontinuität in der Haltung zum Thema Interventionen gibt: die Kriterien liegen auf einer Linie mit denen früherer Programme.

Zusammenfassend gesagt hat *GroenLinks* seinen Standpunkt gegenüber einem internationalen Sicherheitssystem an die Realität einer dauerhaft zentralen Rolle der NATO angepasst. Die Partei ist damit weniger systemkritisch geworden. Das starke Engagement für internationale Fragen, inklusive der Option militärischer Interventionen, passte nicht so richtig zur Ablehnung der NATO. Obwohl gelegentlich innerparteilicher Streit um konkrete Militärinterventionen entsteht, gibt es mittlerweile keine fundamentalen Differenzen zwischen verschiedenen Parteiflügeln mehr.

Umwelt

Wie oben bereits bemerkt wurde, gehörten grüne Themen nicht zur Kernidentität einiger der Vorläuferparteien von *GroenLinks*. Manche waren der Meinung, dass eine zu starke Betonung grünen Gedankenguts den klassisch-linken Ausgangspunkten schaden könnte.²⁶ Als die Kommission, die das Grundsatzprogramm entwickelte, *GroenLinks* explizit in die ökologistische Tradition einreihen wollte, wurde sie daher auch von der Parteiführung zurückgepfiffen. Die Kommission wurde erneut an die Arbeit gesetzt, um der Verschiedenheit der Inspirationsquellen der Vorläufer gerecht zu werden.²⁷ Ein Spannungsfeld bei den programmatischen Diskussionen rund um dieses Thema betraf die Formulierung einer Vergrünung als wirtschaftliche Chance (die *environmentalist*-Perspektive) versus des Wunsches zur radikalen Veränderung von politisch-wirtschaftlichen Strukturen (ökologistisch).

Das Grundsatzprogramm von 1991 nannte als zweites Ziel „eine lebenswerte Umwelt und die Wiederherstellung des ökologischen Gleichgewichts, in dem Bewusstsein, dass natürliche Ressourcen endlich sind.“ Dazu mussten die Grenzen der Wirtschaft von ökologischer Politik bestimmt werden, mit selektivem Wachstum und Schwund als Folge. Es wurde aber ausdrücklich betont, dass die Position der am schlechtesten Bezahlten durch eine drastische Nivellierung geschützt und verbessert werden sollte. Damit wurde für die grüne Politik der neuen Partei eine wichtige klassisch-linke Grenze gezogen. Es ist auch bezeichnend, dass in den Programmen der

neunziger Jahre die grünen Kapitel erst nach der ausführlichen Behandlung sozioökonomischer und internationaler Themen folgten.

Die ersten Wahlprogramme betonten, dass das Wirtschaftssystem in eine nachhaltige Kreislaufwirtschaft umgewandelt werden sollte. Dies setzte „eine Mentalitätsveränderung, gesellschaftlichen Kampf und Gesetzgebung“²⁸ voraus. Mit Geboten und Verboten sollte diese Systemveränderung seitens des Parlaments gefördert werden. Die Partei sprach jedoch auch marktkonforme Maßnahmen an: Als erste Partei forderte *GroenLinks* in einem Programm Umweltsteuern. Im Laufe der Zeit wurde der Marktmechanismus immer häufiger dazu verwendet, neue Umweltprobleme anzugehen. So forderte die Partei in Anbetracht der Umweltverschmutzung, die durch intensive Viehhaltung entsteht, bereits 1998 eine „extra hohe Mehrwertsteuer“ auf Fleisch.²⁹

Der zunehmende Einsatz von Umweltsteuern bot auch die Möglichkeit, Belastungen von den Geringverdienern weg und zu Verschmutzern hin zu verschieben. Damit wurde dem perzipierten Spannungsfeld zwischen klassisch-links und grün der Stachel gezogen. In einer Linie mit dieser Entwicklung wurde im aktualisierten Grundsatzprogramm von 2008 nicht mehr gesagt, dass Umweltpolitik nicht zur Verschlechterung der Position einkommensschwacher Menschen führen dürfe. Zugleich war die Umwelt jetzt das Thema des ersten Kapitels – eine prominentere Platzierung, die auch in den Wahlprogrammen wiederzufinden ist.

In zunehmendem Maße wurde Vergrünung als wirtschaftliche Chance gesehen. 2006 publizierte Femke Halsema mit dem Abgeordneten Wijnand Duyvendak das Manifest *Ekonomie, inspiratie voor groene innovatie* (*Ökonomie, Inspiration für grüne Innovation*), in dem sie für „eine Wirtschaft, die die innovative Kraft eines Silicon Valley mit den Ambitionen moderner grüner Politik kombiniert“³⁰ eintraten. Das Europaprogramm von 2009 enthielt ein leidenschaftliches Plädoyer für den Bau eines europäischen „*Supergrid*“, mit dem nicht nur Europa mit nachhaltiger Energie versorgt werden sollte, sondern auch viele Jobs entstehen sollten.³¹

2010 ergänzte Femke Halsema die Diskussion mit einem Plädoyer für *Bruto Nationaal Geluk* (*Bruttonationalglück*) und gegen „Hyperkonsum, Eile und Rüpelhaftigkeit“³² um eine neue Dimension. Dies bot eine von grünen und linken Werten angetriebene Alternative zum Fokus auf das Wachstum des Bruttonationalprodukts und passt in die ökologistische Tradition. Seither wird in den Programmen immer ein Punkt über alternative Wohlstandsmaßstäbe aufgenommen, doch eine wichtige Bedeutung erhält dieser nicht. Dennoch gelang es Bram van Ojik 2015, dass eine parlamentarische Kommission zum Thema „Breiter Wohlstandsbegriff“ eingesetzt

wurde. Vorsitzender der Kommission war der *GroenLinks*-Parlamentarier Rik Grashoff.³³

Der im Mai 2015 angetretene Parteichef Jesse Klaver kritisierte in seiner ersten Publikation als Parteivorsitzender den „Ökonomismus“ in der Gesellschaft.³⁴ Obwohl dies in der Tradition der Systemkritik von Halsema zu stehen scheint, richtet Klaver seine Pfeile mehr auf Marktwirkung und *Efficiency*-Denken im öffentlichen Sektor als auf das Wirtschaftssystem als Ganzes. Das Programm zur Wahl 2017 widmet daher dem wirtschaftlichen Potenzial grüner Investitionen (angetrieben von der Regierung) auch mehr Aufmerksamkeit als der Befürwortung eines breiten Wohlstandsbegriffs.

Insgesamt sind grüne Themen stärker in den Mittelpunkt gerückt, während klassisch-linke Inspirationsquellen der Vorläuferparteien an Bedeutung verloren haben. Damit liegt die Partei inzwischen eher auf einer Linie mit der internationalen grünen Parteifamilie. Außerdem äußert die Partei fundamentale Kritik am Wirtschaftswachstum und sucht nach alternativen Wohlstandsmaßstäben. Das implizite Plädoyer „anders zu leben“ passt gut zur Wirtschaftswachstumskritik der eher ökologistischen grünen Parteien in Westeuropa.³⁵ Es spielt jedoch keine sonderlich bedeutsame Rolle, der Akzent liegt eher auf marktkonformen Umweltsteuern und den Chancen einer grünen Ökonomie.

Politisch-strategische Positionierung

Die Partei *GroenLinks* definiert sich genau wie ihre Vorläufer explizit als links. Damit weicht sie von diversen grünen Parteien in Westeuropa ab, die sich mit „neuer Politik: nicht links, nicht rechts, sondern grün“ positionieren³⁶ Dennoch befinden grüne Parteien sich überall überwiegend links der Mitte.³⁷

Vor allem wenn die PVDA Regierungspartei ist, positioniert *GroenLinks* sich als linke Alternative. Bei der eigenen Profilierung liegt der Akzent dabei stärker auf klassischen sozioökonomischen Standpunkten.³⁸ Diese politisch-strategische Positionierung ist bisher – wie der folgende Abschnitt zeigen wird – bei den Wahlen erfolgreich gewesen. Ein anderer Trend, den man bei der politisch-strategischen Ausrichtung bemerken kann, betrifft die wachsende Ambition, Regierungsverantwortung zu tragen. Die starke Tradition des gesellschaftlichen Aktivismus der Vorläufer gerät damit in den Hintergrund.

In ihrem Grundsatzprogramm von 1991 machte die Partei deutlich, dass sie sich „als eine politische Bewegung [betrachtet], die einen größeren

Bereich umfasst als nur den parlamentarisch-politischen. *GroenLinks* versucht auch in der Gesellschaft Machtverhältnisse anzugehen, die eine grüne Politik blockieren und die soziale Ungerechtigkeit aufrechterhalten.“ Dies spiegelten die Prioritäten der Mitglieder wider. In einer 1992 durchgeführten Umfrage gaben 31 Prozent von ihnen an, dass die Verbreitung von politischen Ideen das wichtigste Ziel der Partei sei, zwanzig Prozent wählten außerparlamentarische Aktionen, und nur elf Prozent die Bildung einer progressiven Koalition.³⁹

In ihren Anfangsjahren gelang es der Partei (eigenen Analysen zufolge) in begrenztem Maße, sich in der politischen Landschaft mit dem Label „grün“ von anderen abzuheben.⁴⁰ Der Parteiführer Rosenmöller (1994-2002) wählte daher mit seiner „Qualitätsopposition“ eine neue Positionierung: gediegene und durchdachte linke Politikvorschläge. Damit wurde das Kabinett (und vor allem die Regierungspartei PVDA) in die Debatte hinein gezwungen. Während die Partei zunächst fundamentale Kritik an den Wirtschaftsmodellen des CPB (*Centraal Planbureau*, die niederländische Regierung beratendes staatliches Wirtschaftsinstitut) hatte, führte der finanzielle Wortführer Kees Vendrik 1998 einen von dem CPB durchgerechneten „Gegenhaushalt“ beim *Prinsjesdag* (an dem traditionell das parlamentarische Sitzungsjahr eröffnet wird) ein.⁴¹ Dies bestärkte das Image von *GroenLinks* als Partei, die für eine Regierungsbeteiligung bereit war.

Als Halsema 2002 antrat, wurde die Positionierung als linke Alternative erschwert, da die PVDA sich in der Opposition befand und mit der SP eine zweite Partei links neben der PVDA aufgekommen war, die inzwischen fast genau so groß war wie *GroenLinks*. Neben der sozioökonomischen Neuprofilierung, die Halsema initiierte (siehe oben), setzte sie das Streben nach Regierungsverantwortung fort. *GroenLinks* profilierte sich als eine „Ideenpartei auf der Suche nach Macht“. Dies entsprach einer Verschiebung unter den Mitgliedern, die in zunehmendem Maße auf die Übernahme von Verantwortung ausgerichtet waren.⁴² Auf lokaler und provinzieller Ebene konnten Erfolge erzielt werden. In einer eigenen Studie wurde voller Stolz bemerkt, dass nach den Gemeinderatswahlen von 2006 vierzig Prozent der Niederländer in einer Gemeinde wohnten, in deren Regierung *GroenLinks* saß.⁴³

Diese zunehmende Ausrichtung auf Regierungsverantwortung äußerte sich in einem weniger expliziten gesellschaftlichen Aktivismus. Das aktualisierte Grundsatzprogramm ist stärker auf die repräsentative Demokratie ausgerichtet. Gesellschaftliche Organisationen und Idealisten außerhalb der Politik sind noch immer Verbündete, doch die Partei will sich nicht mehr vorrangig mit ihnen gesellschaftlich engagieren, sondern ihre Forderungen auf die politische Tagesordnung bringen. 2010 votierten

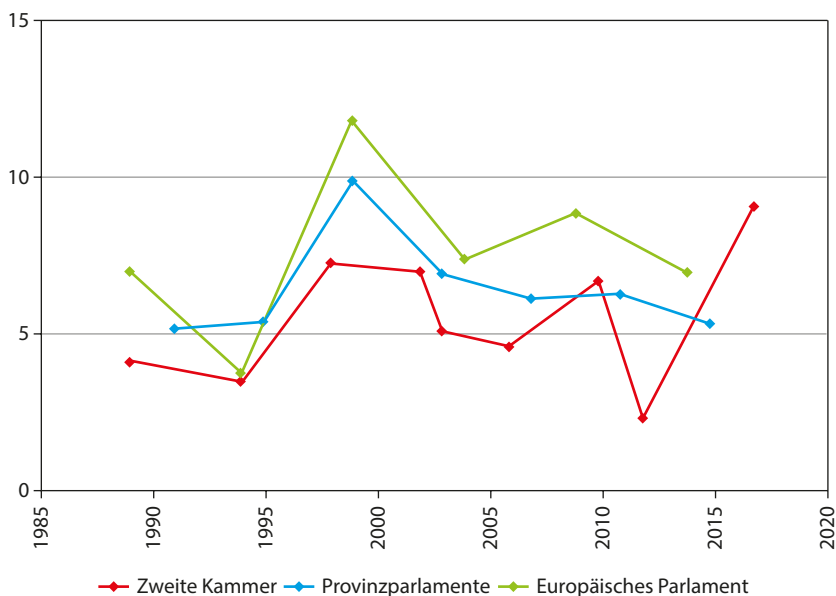
nur noch zwei Prozent der Mitglieder für den außerparlamentarischen Weg und 91 Prozent für die Regierungsbeteiligung.⁴⁴ Diese deutliche Verschiebung ist mit dem Wunsch zur Regierungsbeteiligung, mit veränderten gesellschaftlichen Auffassungen über den Aktivismus und mit Skandalen von Parteivertretern, die mit den Grenzen des Gesetzes in Berührung kamen, zu erklären.⁴⁵

Unter Halsema begann auch eine positivere Profilierung der Partei. Die alten linken Parteien und Teile der Umweltbewegung hatten manchmal den Ruf, rechthaberisch, dogmatisch und etwas griesgrämig zu sein. Halsema strebte ein optimistischeres Auftreten an, zudem wollte sie weg vom gehobenen Zeigefinger und der Neigung zu Verboten.⁴⁶ Das bereits genannte Manifest *EKONOMIE* (*ÖKONOMIE*) war ein Beispiel hierfür. Zudem wurde das Logo der Partei verändert, in eine aufgehende Sonne mit der Unterschrift „Lust auf Zukunft“⁴⁷. Jesse Klaver setzt diese Positionierung als positive, links-progressive Partei, die bereit für Regierungsverantwortung ist, seit 2015 fort. Während groß angelegter Versammlungen sprach er im Wahlkampf des Jahres 2017 Mitglieder und vor allem auch Sympathisanten auf die Bildung einer Bewegung an, „um die Niederlande zu verändern.“ Dabei wurde eine linke Profilierung gesucht, indem betont wurde, dass *GroenLinks* gegen „Rechts“ kämpfe. Die Ambition, Regierungsverantwortung zu tragen, wurde nochmals unterstrichen, als Klaver angab, Ministerpräsident werden zu wollen.⁴⁸

Insgesamt spielt für *GroenLinks* das Streben nach Regierungsverantwortung eine zunehmende Rolle bei der politisch-strategischen Positionierung. Dies passt zur pragmatischen grünen Herangehensweise, die sich auch bei den deutschen Realos zeigt. *GroenLinks* profiliert sich dabei weiterhin eher als links denn als grün oder explizit ökologistisch, vor allem wenn die PVDA in der Regierung ist.

Entwicklungen bei den Wahlen 1989-2017

GroenLinks erhält seit der Parteigründung bei den nationalen Parlamentswahlen im Durchschnitt 5,5 Prozent der Stimmen. Bei der Analyse der Wahlentwicklungen fällt auf, dass die Partei durch die Machtfrage bei den Wahlen zur Zweiten Kammer benachteiligt wird, was bei Europa- und Gemeinderatswahlen nicht der Fall ist. Das relativ stabile Wachstum des Stimmanteils bei den Gemeinderatswahlen ist einfach zu erklären: Die Partei mischt in einer wachsenden Anzahl an Gemeinden mit (1989 konnten 54 Prozent der Wahlberechtigten für *GroenLinks* stimmen, 2014 72 Prozent).

Abbildung 4.1: Wahlergebnisse von GroenLinks 1989-2017 (in Prozent)

GroenLinks ist bei den Wahlen zu den Provinzparlamenten im Jahr 1995 eine Listenverbindung mit der Partei *De Groenen* eingegangen. Die Stimmen für diese Verbindung sind mit in diese Abbildung aufgenommen worden. Die Wahlergebnisse der Vorgängerparteien von *GroenLinks* (CPN, PSP, PPR und EVP) sind in den Übersichten am Ende dieses Sammelbands zu finden.

Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage der Angaben auf der Internetseite www.verkiezingsuitslagen.nl

Die Vertreter der Vorläuferparteien waren unmittelbar nach der Gründung von *GroenLinks* hochgespannt und erwartungsvoll, sie erhofften sich einen strukturellen Durchbruch. Die ersten Wahlen enttäuschten daher mit 4,1 Prozent der Stimmen 1989 und 3,5 Prozent 1994. Obwohl *GroenLinks* während des dritten Kabinetts Lubbers (CDA/PVDA, 1989-1994) die einzige linke Opposition war, gelang es der Partei nicht, aus dieser Position Profit zu schlagen. Im Wahlkampf 1994 ging es vor allem um einen Machtkampf zwischen CDA und PVDA, sodass ihre Stimme kaum gehört wurde – und das trotz einer selbsterklärten „professionellen“ Kampagne (die einzige Frivolität war eine Houseparty, um jüngere Wähler zu erreichen). Die mäßigen Ergebnisse führten dazu, dass Ina Brouwer sich zurückzog und Paul Rosenmöller sie als Fraktionsvorsitzender ablöste.

In den Folgejahren entwickelte sich *GroenLinks* zu einer führenden Stimme in der Opposition gegen das lila Kabinett unter Kok (dem ersten Kabinett Kok aus PVDA, VVD und *Democraten66* (D66)). Rosenmöller

sprach sich gegen die Politik der Privatisierung, Deregulierung und freien Marktwirtschaft aus, die die lila Kabinette charakterisierte. Gerade als Kok in seiner berühmt-berüchtigten Den Uyl-Lesung vom Dezember 1995 „die ideologischen Federn abschüttelte“, konnte *GroenLinks* sich als linke Alternative zu den Regierungsparteien präsentieren.⁴⁹ Eine Reihe erfolgreicher Wahlen folgte: 1998 erhielt die Partei bei der Wahl zur Zweiten Kammer 7,3 Prozent der Stimmen, bei den Europawahlen im Jahr darauf erlangte *GroenLinks* dann sogar den höchsten Stimmanteil der bisherigen Parteigeschichte: 11,9 Prozent.

GroenLinks blickte den Wahlen 2002 also optimistisch entgegen. Das Aufkommen von Pim Fortuyn veränderte die politische Landschaft jedoch drastisch. Mit seiner scharfen Kritik an den „Trümmerhaufen“, den Lila hinterlassen hätte und am Islam sowie seinem unkonventionellen Politikstil bestimmte er den Wahlkampf. Rosenmöller entschied sich dafür, die Konfrontation zu suchen und betitelte Fortuyn in einer Kongressrede als „nicht einfach rechts, sondern extrem rechts“ – zur Begeisterung des Kongresses. Als Fortuyn am 6. Mai (neun Tage vor der Wahl) ermordet wurde, kam die polarisierende Strategie wie ein Bumerang zurück. Peter Langendam, der neue Vorsitzende der *Lijst Pim Fortuyn* (LPF), tätigte am Tag vor den Wahlen die so hinterhältige wie ungerechtfertigte Aussage „die Kugel kam von Links“ und nannte dabei explizit Rosenmöller und den PVDA-Spitzenkandidaten Ad Melkert.⁵⁰ Obwohl *GroenLinks* mehr Stimmen als jemals zuvor erzielte (661.000), sank der Stimmanteil bei einer höheren Wahlbeteiligung leicht auf 7,0 Prozent. Das gesamte linke Spektrum verlor deutlich, wodurch eine Regierungsbeteiligung nicht realistisch war.

Als das erste Kabinett unter dem neuen Ministerpräsidenten Jan Peter Balkenende (bestehend aus CDA, LPF und VVD) nach weniger als neunzig Tagen zerfiel, sagte Rosenmöller, dass es Zeit für ein neues Gesicht sei. Femke Halsema übernahm die Führung der Partei. Die Kampagne zu den Wahlen vom Januar 2003 entwickelte sich zu einem Duell zwischen dem PVDA-Chef Bos und CDA-Chef Balkenende, auf Kosten der SP und *GroenLinks*. Die Partei erhielt 5,1 Prozent der Stimmen, ein Verlust von fast zwei Prozentpunkten. Nach der Bildung des zweiten Kabinetts Balkenende 2003 (CDA, VVD und D66) hatte die Partei Schwierigkeiten, sich als kleinste der drei linken Oppositionsparteien zu profilieren. Eine Zeit des Rückschritts folgte. Obwohl die Partei bei den Wahlen zur Zweiten Kammer 2006 weiter verlor (um 0,5 Prozentpunkte auf 4,6 Prozent der Stimmen), wurde *GroenLinks* erstmals gefragt, bei der Kabinettsbildung mitzuarbeiten. Aus strategischen Gründen wollte die Partei jedoch erst mit CDA und PVDA

verhandeln, nachdem die andere Möglichkeit – eine Regierung aus CDA, PVDA und *ChristenUnie* (CU) – gescheitert war. Da diese Parteien sich jedoch auf eine Regierungszusammenarbeit einigten, manövrierte sich die Partei selbst ins Aus.

Die Zeiten änderten sich, nachdem 2007 das vierte Kabinett Balkenende (CDA, PVDA und CU) angetreten war. Bei den Europawahlen von 2009 wurde ein Stimmenanteil von 8,9 Prozent erzielt. Als das Kabinett im Januar 2010 zerfiel, ließ Halsema wissen, noch einmal als Spitzenkandidatin antreten zu wollen. Die Wahl verlief mit einem Ergebnis von 6,7 Prozent der Stimmen (ein Plus von 2,1 Prozent) erfolgreich. *GroenLinks* beteiligte sich an Gesprächen über eine „Lila-Plus“-Koalition, einem Vierparteienbündnis mit der VVD, der PVDA und der D66. Nach zwei Wochen Verhandlungen wurde jedoch deutlich, dass PVDA und VVD nicht zu einer Einigung kommen wollten.⁵¹ Pechtold und Halsema blieben mit leeren Händen zurück und eine Minderheitsregierung aus VVD und CDA, die von der *Partij voor de Vrijheid* (PVV) geduldet wurde, trat an. Im Dezember 2010 übergab Halsema den Fraktionsvorsitz an Jolande Sap.

Saps Führungskraft wurde direkt auf die Probe gestellt, als das Kabinett eine Mission im afghanischen Kundus vorschlug (siehe oben). Nach Verhandlungen über zusätzliche Bedingungen mit Premier Rutte unterstützte Sap die Mission, wobei die langjährige Abgeordnete Ineke van Gent ihr jedoch nicht folgte. Auch innerhalb der Partei entstand viel Widerstand, der in einem „Trauervotum“ auf dem Kongress im Februar 2011 kulminierte. Als das erste Kabinett Rutte im April 2012 durch die Haltung des „Duldungspartners“ PVV ihre Mehrheit in der Zweiten Kammer verlor, ergriff Sap die Chance, die politisch-strategische Ambition zur Regierungsverantwortung zu konkretisieren. Zusammen mit den anderen beiden Oppositionsparteien CU und D66 schloss sie mit dem VVD/CDA-Minderheitskabinett das sogenannte „Frühlingsabkommen“. Dieses sollte bis zu den Wahlen von November 2012 als Koalitionsvereinbarung funktionieren. Die PVDA beteiligte sich nicht am Abkommen und kostete ihre Position in der Opposition voll aus, während *GroenLinks* ein Paket mit deutlichen Einsparungen unterzeichnete. Bei der Vorbereitung der Wahl wurde Sap vom jungen Abgeordneten Tofik Dibi herausgefordert. Es entstand ein chaotischer Kampf zwischen den beiden Kandidaten, mit dem die Partei ihr Schicksal besiegelte: Bei den Wahlen 2012 verlor *GroenLinks* fast zwei Drittel der Wähler und sank auf einen Stimmenanteil von 2,3 Prozent. Sap trat nach diesem Ergebnis zurück, ihr Nachfolger wurde der „alte Hase“ Bram van Ojik.

Unter van Ojik wurde hart an einem Weg aus der Krise gearbeitet. Da der große Konkurrent, die PVDA, wieder an ein Koalitionsabkommen mit der VVD gebunden war, waren die Umstände für eine Erholung günstig. Die Partei diskutierte Bedingungen für die Unterstützung von militärischen Interventionen, wählte ein expliziter linkes Profil und arbeitete an ihrer Relevanz als Regierungspartei. Die Tatsache, dass das zweite Kabinett unter Mark Rutte (2012-2017, VVD und PVDA) nicht über eine Mehrheit in der Ersten Kammer verfügte, half dabei. So konnte der Finanzsprecher Jesse Klaver 2014 ein Abkommen mit dem Kabinett schließen, um die Studienfinanzierung zu reformieren und *GroenLinks* als strategisch immer noch relevante Partei ins Blickfeld zu rücken. Bei den Gemeinde-, Europa- und Provinzwahlen wurden Schritt für Schritt Stimmen zurückgewonnen. Im Mai 2015 übernahm Klaver den Fraktionsvorsitz von van Ojik. Bei seinem Antritt legte er viel Ehrgeiz an den Tag: „Wir werden die Niederlande verändern.“ In den Wahlkampf des Jahres 2017 zog er mit einem, so wie er selbst es nannte, „sehr grünen und sehr linken“ Programm, das übrigens keine größeren Veränderungen bei sozioökonomischen oder grünen Themen erkennen ließ. In der Kampagne baute er, inspiriert von amerikanischen Kampagnen, an einer „Bewegung“, die *GroenLinks* zu einem Wahlerfolg verhelfen sollte. Die Partei organisierte vor den Wahlen groß angelegte „Meet-Ups“, die von bis zu 5.000 Anhängern besucht wurden. Nach einem sehr erfolgreichen Wahlkampf erhielt die Partei am 15. März 2017 9,1 Prozent der Stimmen, seither ist sie, wie oben bereits erwähnt, zusammen mit der SP erstmals die stärkste linke Partei im Parlament.

Es gibt einige Erklärungsansätze für die beschriebenen Wahlerfolge und -niederlagen. Erstens wirken sich aufmerksamkeitsregende Kämpfe zwischen größeren Parteien bei den Ergebnissen für *GroenLinks* immer negativ aus. Dadurch schneidet die Partei bei den nationalen Parlamentswahlen strukturell schlechter ab als bei anderen Wahlen: Während sich der Durchschnittsstimmanteil bei den acht Parlamentswahlen, bei denen *GroenLinks* antrat, auf 5,5 Prozent beläuft, beträgt der Vergleichswert bei den sieben Europawahlen 7,3 Prozent. Dies entspricht der politikwissenschaftlichen Theorie von *first order* (Wahlen mit einer Machtfrage) und *second order elections*.⁵² Zweitens erzielt *GroenLinks* die besten Ergebnisse, wenn die PVDA in der Regierung sitzt und die Partei sich als linke Alternative positioniert. Nach der Wahl 2017 ist die Partei als stärkste linke Kraft in einer neuen Position und daher wird sie ihre Strategie anpassen müssen.

Schlussfolgerung: Ökologismus als Zukunftsperspektive?

In diesem Artikel wurden die Entstehungsgeschichte, die Wahlerfolge, die programmatische Entwicklung und die strategische Positionierung von *GroenLinks* analysiert. Der rote Faden war dabei das Kontinuum zwischen reformgerichteten (*environmentalist*) und systemkritischen grünen Parteien. In diesem letzten Abschnitt werden Schlussfolgerungen aus der Analyse gezogen und es wird die aktuelle Situation beleuchtet. Nach der Erholung von der tiefen Krise im Jahr 2012 hat inzwischen mit dem 2015 angetretenen Parteichef Jesse Klaver eine neue Phase begonnen. Die Wahl im März 2017 war sein erster Test, und den bestand er mit Bravour. Wie aus der Schlussfolgerung hervorgehen wird, stehen Klaver jedoch noch weitere Herausforderungen bevor.

Die besondere Entstehungsgeschichte von *GroenLinks* als Fusionspartei aus vier kleinen linken Parteien bietet eine Erklärung für die Tatsache, dass die Partei zu Beginn sozioökonomische Themen relativ stark betonte. Erst seit 2002 rückt „das Grüne“ stärker in den Mittelpunkt der Programme, ohne dass sich die Partei dabei zum Ökologismus bekennt. Obwohl sie Systemkritik äußert, indem sie andere Werte als Effizienz und Wirtschaftswachstum betont, stimmt das Programm größtenteils mit einer marktkonformen Herangehensweise an grüne Fragen überein. Die Systemkritik, die ursprünglich bei sozialen und internationalen Themen formuliert wurde, ist immer milder geworden. Die Partei spricht sich heutzutage nur noch für eine entspannte Gesellschaft als gesellschaftliche Norm aus, während der Ton in den Anfangsjahren zwingender war. Auf internationaler Ebene wird das heutige Sicherheitssystem immer mehr akzeptiert, obwohl eine europäische Sicherheitsstruktur mit Nachdruck gefordert wird. Alles in allem gibt es also eine Akzentverschiebung hin zu einer pragmatischeren Position zu beobachten, doch die Wurzeln der Partei zeigen sich noch immer in der Verschiedenheit ihrer Inspirationsquellen.

Die explizit linke Positionierung bringt *GroenLinks* in einen heftigen Konkurrenzkampf, wenn auch die PVDA in der Opposition sitzt. Die Partei erzielt daher auch die besten Ergebnisse, wenn die PVDA an Koalitionsabkommen gebunden ist. Unter dem dritten Kabinett Rutte (VVD, CDA, D66 und CU) ist das nicht der Fall und es wird interessant zu sehen, welche politisch-strategischen Entscheidungen die Partei trifft, jetzt, da sie stärker als die PVDA ist und zusammen mit der SP die stärkste linke Fraktion im Parlament stellt. Es gibt eine dauerhafte Konkurrenz um Wählerstimmen zur PVDA und zur SP auf der „linken“ Seite und inzwischen – in geringerem

Maße – auch zur PVDD auf „grüner“ Seite. Daneben profilieren sich immer mehr Parteien bei grünen Themen, ohne damit eine linke oder systemkritische Agenda zu verbinden. Es ist eine Herausforderung für *GroenLinks*, sich in der politischen Landschaft mit Vorschlägen abzuheben, die zu der linken systemkritischen Tradition passen und zugleich „grün“ sind.

Inspirationen hierfür kann die Partei bei anderen europäischen grünen Parteien finden. Eine kohärente systemkritische Position auf Grundlage des Ökologismus kann für eine einzigartige Positionierung sorgen. Die grüne Politik der anderen Parteien ist klar *environmentalist* (mit Ausnahme der PVDD). Indem die notwendige Vergrünung der Wirtschaft an eine Neubewertung von Wirtschaftsmodellen gekoppelt wird, die auf sozialen Beziehungen, Demokratisierung und Allgemeingütern basiert (was die Franzosen *economie sociale et solidaire* nennen), kann eine einzigartige *grünlinke* Agenda entwickelt werden. Die notwendige Vergrünung der Energieversorgung wird dann logischerweise an die Möglichkeiten zur Dezentralisierung und Demokratisierung gekoppelt, die erneuerbare Energiequellen bieten. So könnte die Partei sowohl nach einer Konservierung als auch nach gesellschaftlicher Veränderung streben, wobei die Verbindung untereinander und mit dem Ökosystem stärker betont wird. Damit würde sich *GroenLinks* definitiv zu einer Partei entwickeln, die „grüner ist, als die Summe ihrer Teile“.

Aus dem Niederländischen übersetzt von Frederike Zindler

5. „Gegen die unmoralische Härte der Wirtschaft“

Eine kurze Geschichte der *Partij van de Arbeid*¹

Frans Becker

Am 9. Februar 1946 trafen sich etwa 1.200 Interessierte im großen Saal des Hotels Krasnapolsky in Amsterdam, um eine neue Partei zu gründen: die *Partij van de Arbeid* (PVDA). Es war ein windiger Wintertag, mit einer gefühlten Temperatur knapp unter dem Gefrierpunkt. Innen taten die Sprecher ihr Bestes, um die gefühlte Temperatur auf einen deutlich angenehmeren Wert steigen zu lassen. Der Pfarrer Willem Banning, eine der treibenden Kräfte hinter der Parteineugründung, war sich der Tatsache bewusst, dass bei der Vorbereitung keine Rede von „loderndem Feuer, von tosender Begeisterung“ war, sondern eher von einem tiefverwurzelten, grimmigen Pflichtbewusstsein, „um die Konzentration von Kräften mit dem gleichen Ziel zustande zu bringen.“ Doch, so sagte er in seiner Eröffnungsrede zum Gründungskongress, hatte er viel Vertrauen in diese Unternehmung: „Es gibt einen Durchbruch, es wird ein neuer Anfang gemacht, ein neuer Weg wird eröffnet. Hier: die Partij van de Arbeid!“²

Die Verhandlungen waren nicht einfach gewesen, hatten aber zu einem Ergebnis geführt: die Fusion von drei Vorkriegsparteien, der *Sociaal-Democratische Arbeiderspartij* (SDAP), des *Vrijzinnig Democratische Bond* (VDB) und der *Christelijk-Democratische Unie* (CDU), konnte vollzogen werden. Daneben schlossen sich politisch Heimatlose, darunter auch Gruppen rund um die ehemaligen Widerstandsblätter *Je Maintiendrai*, *Christofoor* und *Het Parool* sowie eine Gruppe Evangelisch-Reformierter rundum die Zeitung *De Nieuwe Nederlander*, der neuen Partei an. Diese zielte darauf ab, die politischen Trennlinien von vor dem Krieg, die von Klasse und Glauben diktiert wurden, zu durchbrechen. Sie wollte nicht nur Arbeiter aus katholischem oder protestantisch-christlichen Hause erreichen, sondern auch die Mittelschicht aus kleinen Unternehmern, Beamten, Lehrern und mittleren Angestellten – das Ziel bestand in der Bündelung aller politisch progressiven Kräfte in einer wahren Volkspartei.

Wichtige Bedingungen für die Entstehung einer neuen politischen Bewegung waren bereits vor dem Krieg gegeben. Zunächst durchlebte die niederländische Sozialdemokratie in den dreißiger Jahren eine eingreifende

Veränderung. Mit dem *Plan van de Arbeid* (1935) und einem neuen Grundsatzzprogramm (1937) nahm die SDAP programmatisch Abstand von ihren klassisch marxistischen Wurzeln, wozu auch ihre exklusive Orientierung auf Arbeiterklasse und Klassenkampf gehörten. Sie führte außerdem moderne, keynesianische Auffassungen über die Bekämpfung der Krise und die Ordnung der Wirtschaft ein. So öffnete sie den Weg für Kontakte zu und die Zusammenarbeit mit Andersdenkenden. Zweitens trugen die Kriegsumstände dazu bei, die tiefe Kluft zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen und politischen Gruppierungen von vor dem Krieg zu verkleinern. Dabei spielten die Gespräche zwischen den circa 450 Vertretern der niederländischen politischen und gesellschaftlichen Elite im Gefangenenlager in Sint-Michielsgestel eine wichtige Rolle. Dort wurde Vertrauen zwischen den weltanschaulich und religiös stark unterschiedlichen Personen aufgebaut und die politische Erneuerung der Nachkriegszeit vorbereitet.³

Auffällig ist übrigens, dass die positiven Effekte der Kriegszeit auf die Entstehung der PVDA deutlich besser dokumentiert sind als der große Verlust, der erlitten wurde. Weder in den ersten Nachkriegsjahren, noch in der späteren Geschichtsschreibung über die Sozialdemokratie findet man viele Informationen über die massenhafte Deportation von und den Mord an vielen Juden. Vor allem in einer Stadt wie Amsterdam waren die Emanzipation des jüdischen Proletariats und die sozialistische Bewegung eng miteinander verwoben, die Folgen des Krieges waren dementsprechend dramatisch.⁴ Hat die Schweigsamkeit vielleicht etwas mit dem Unbehagen über die eigene Rolle in dieser katastrophalen Zeit zu tun?

Dass es wirklich zur Gründung der neuen Partei kam, passte zu dem starken Reformdrang, der direkt nach dem Krieg herrschte. Der Durchbruch war ein Versuch, die politische Landschaft neu zu erschaffen; er zielte auf eine gründliche Neugestaltung des demokratischen Systems ab. Eine Parteibildung sollte, nach Meinung der Reformer, nicht mehr auf religiöser Basis erfolgen, sondern auf Basis der Positionierung gegenüber den großen gesellschaftlichen Fragen und Konflikten. Konfessionelle Parteien, so meinten die Gründer der PVDA, behinderten die Erneuerung, da sie einer deutlichen Entscheidung zwischen progressiver und konservativer Politik im Weg standen. Hier kamen die Erfahrungen ins Spiel, die die SDAP in den dreißiger Jahren bei der Suche nach Koalitionspartnern gemacht hatte, um die Wirtschaftskrise zu bekämpfen. Zwar lagen die sozialdemokratischen Auffassungen nah bei denen des progressiven Flügels der *Roomsche-Katholieke Staatspartij* (RKSP), doch gelang es damals nicht, zu einer Zusammenarbeit zu kommen.

Verschiedene Inspirationsquellen, darunter auch religiöse, sollten dazu führen können, dass man sich für eine sozialistische Politik entschied. Damit bot die PVDA verschiedenen Weltanschauungen ein Zuhause, und der Alleinvertretungsanspruch der konfessionellen Parteien hinsichtlich christlich orientierter Wähler wurde prinzipiell bestritten und durchbrochen. Doch weder als Wahlstrategie noch als Brechstange für das niederländische politische System erreichte der Durchbruch das anvisierte Ergebnis. Das Verlangen nach einer tiefgehenden Erneuerung von Parteiensystem und Demokratie lebte in der PVDA weiter und rückte in den sechziger Jahren in einem neuen Gewand wieder in den Vordergrund.⁵ Doch als die konfessionellen Parteien in dieser späteren Periode ihren festen Zugriff auf ihre Basis verloren, waren es nicht die Sozialdemokraten, sondern die Liberalen, die davon am meisten profitierten.

Das hochgesteckte Ziel der unmittelbaren Nachkriegszeit, die Etablierung einer 40-Prozent-Partei, wurde weit verfehlt. Doch das bedeutet nicht, dass die PVDA keinen großen Einfluss auf die Politik und die gesellschaftliche Entwicklung in den Niederlanden ausüben konnte. Von den über siebenzig Jahren ihres Bestehens ist sie mehr als die Hälfte der Zeit an der Regierung beteiligt gewesen. In der Verwaltung einer Reihe großer und mittelgroßer Städte und einiger Provinzen hat sie lange Zeit, teilweise ohne Unterbrechung, eine Vorreiterrolle eingenommen. In Zeiten schwacher Wahlergebnisse und machtpolitisch brenzligen Momenten gelang es ihr, sich zu reformieren. Auf Grundlage ihrer historischen Mission als „Emanzipationsbewegung, die in der Politik einen Schutz gegen die unmoralische Härte der Wirtschaft suchte“, hat sie sich immer wieder an neue Umstände angepasst.⁶ Für eine Übersicht über die Parteigeschichte werden im Folgenden vier Episoden unterschieden, die jede von einer eigenen Dynamik gekennzeichnet werden. Drei davon tragen den Stempel desjenigen, der zur jeweiligen Zeit eine führende Rolle in der Partei einnahm: Willem Drees, Joop den Uyl und Wim Kok.

Wiederaufbau und Sozialstaat

Was für eine Partei wurde die PVDA? Als „intellektueller Mentor der Partei“ vertrat Banning insbesondere den Gesinnungssozialismus des Durchbruchs.⁷ Er war davon überzeugt, dass ein Bruch mit der proletarischen Weltanschauung der Vorkriegssozialdemokratie notwendig war, die die Sozialdemokratie immer mehr ausbremste und isolierte.⁸ Sein Sozialismus war ein ethisches Projekt, gerichtet gegen den Materialismus und den zügellosen

Individualismus des modernen Kapitalismus. Sein Ziel war eine „höhere Form von Gemeinschaft, in der das Individuum sich vollständig selbst entwickeln kann.“⁹ Seinem Streben nach weltanschaulichem Pluralismus wurde organisatorisch eine Form in den katholischen, protestantischen und humanistischen Arbeitsgemeinschaften verliehen und auf diese Weise wurde dieser bis in der Parteispitze wahrnehmbar. So spielten z.B. die aus der *Christelijk-Historische Unie* (CHU) stammenden Piet Lief tinck und Aart van Rhijn als Finanzminister beziehungsweise Staatssekretär für Soziales eine wichtige Rolle innerhalb der PVDA. Auch bei der Zusammenstellung der Parteiführung und der Parlamentsfraktion beachtete man die „Blutgruppen“ – sogar so sehr, dass in dem Kreis ehemaliger SDAP'er der Witz die Runde machte, dass die Abkürzung der *Katholieke Werkgemeenschap* (*Katholische Arbeitsgemeinschaft*), KWG, eigentlich für „*Kamerzetel Wordt Gegarandeerd*“ („*Kammersitz wird garantiert*“) steht.¹⁰

Demgegenüber blieb der Arbeiteranhang vor allem der sozialistischen Parteikultur von vor dem Krieg und ihrer sozialistischen Weltanschauung treu.¹¹ Sie setzte, zum Unmut der neu zur Partei hinzugestoßenen Humanisten, Protestanten und Katholiken, das „rote Familiengefühl“ (bestehend aus *Arbeiders Jeugd Centrale* (AJC), der sozialistischen Gewerkschaft, der Zeitung *Het Vrije Volk* und der Rundfunkanstalt VARA) wieder instand. So blieb die Sozialdemokratie in dieser Periode eine gesellschaftliche Bewegung mit einem engen Netzwerk verschiedener Organisationen, die auf verwaltungstechnischer und politischer Ebene miteinander verbunden waren. Gewerkschaftsführer machten wie selbstverständlich einen Teil der parlamentarischen Vertretung der PVDA aus. Der Kader der PVDA, die damals etwa 120.000 Mitglieder zählte, bestand fast zur Hälfte aus Arbeitern – von ungeschulten Arbeitern und Landarbeitern bis hin zu geschulten Facharbeitern – und fast 70 Prozent der Mitglieder hatten nur die Grundschule abgeschlossen.¹²

Beim Start der neuen Partei war Willem Drees derjenige, der vor allem darüber wachte, dass die Bindung mit dem Arbeiteranhang der SDAP nicht verloren ging. Bei den programmatischen Besprechungen hielt er an der Verstaatlichung wichtiger Unternehmen und an den Verbindungen mit der internationalen sozialistischen Bewegung fest. Er befürchtete, dass eine „allzu energische Ausweitung“ zu einer Verwässerung der alten sozialistischen Prinzipien führen und „mehr Schlechtes als Gutes verursachen“¹³ könnte. Drees vertrat in der PVDA den leidenschaftlichen, doch praktischen „Beigeordnetensozialismus“, der im Interbellum einen großen Einfluss auf die städtische Entwicklung in den Niederlanden gehabt hatte. Er hatte eine lange Karriere in der sozialistischen Bewegung hinter sich, unter

anderem als Beigeordneter in Den Haag, als Mitglied und Vorsitzender der Parlamentsfraktion der SDAP sowie als Mitglied der Parteiführung. In den Kriegsjahren entwickelte er sich zu einer der zentralen Figuren des Widerstands. Nach der Befreiung wurde er Vizepremier im Kabinett Schermerhorn-Drees (1945-46), Vizepremier und Minister für Soziales im Kabinett Beel (1946-48) und schließlich von 1948 bis 1958 erstmals Ministerpräsident.

So wurde die PVDA ein Mix aus dem idealistischen Gesinnungssozialismus von Banning, Koos Vorrink und der in der AJC groß gewordenen Generation, dem Gewerkschaftsrealismus und der leidenschaftlichen Nüchternheit des Beigeordnetensozialismus von Drees. Letzterer sollte klar die Oberhand gewinnen. In der PVDA traten vor allem Politiker in den Vordergrund, „die mehr durch ihr Handeln als durch ihr Sprechen zeigen wollten, wo ihre Vorzüge lagen“, wie Drees, Lieftinck und Ko Suurhoff. „Ideologen“, wie Willem Schermerhorn, Vos und Marinus van der Goes van Naters, „verschwanden nach kurzer oder langer Zeit in den Hintergrund“¹⁴, so der Politikwissenschaftler Joop van den Berg. Doch ohne Richtung war die Politik der PVDA nicht. In ihrem Grundsatzprogramm von 1947 formulierte sie als Ziel den Kampf, nicht nur gegen „die Auswüchse der kapitalistischen Produktionsweise, sondern gegen das System selbst, die daraus hervorgehenden sozialen Verhältnisse und den diese Gesellschaft beherrschenden Geist.“ Um „jedem arbeitenden Menschen sein Recht und eine sichere Existenz zu garantieren“, wollte die PVDA die Arbeitsbedingungen „in eine rechtliche Ordnung [bringen], ausgehend von dem Grundsatz, dass die Arbeit ein wesentlicher sittlicher Faktor ist und das zentrale Element im Produktionsprozess.“¹⁵

Die politische Isolation der Sozialdemokratie auf nationaler Ebene, die es vor dem Krieg gegeben hatte, wurde unmittelbar nach dem Ende der Besatzung für lange Zeit beendet. Als Regierungspartei wurde die PVDA bereits schnell mit einer der schwierigsten Entscheidungen ihrer noch jungen Existenz konfrontiert: der Frage nach einem militärischen Eingreifen gegen die Republik Indonesien, die sich 1945 unabhängig erklärt hatte. Für einen großen Teil der Basis wurde die Zustimmung zu den sogenannten „polizeilichen Aktionen“ zu einem ausgesprochen negativen Identifikationspunkt mit ihrer Partei. Mehr als 7.000 Mitglieder verließen die PVDA in der zweiten Jahreshälfte 1947 nach der ersten groß angelegten militärischen Aktion; nach der zweiten großen militärischen Operation 1948 verlor die Partei fast 8.000 Mitglieder – zweifelsfrei größtenteils aus Unmut über das gewalttätige Eingreifen. Unter den Regierungsvertretern und in den parlamentarischen Fraktionen gab es Zweifel, doch diese wurde nicht in Taten umgesetzt.

Wenn auch vielleicht weniger als von den „Ideologen“ gewünscht, kam dennoch eine Erneuerung zustande. Arbeitervertreter nahmen Plätze in wichtigen Beratungsinstitutionen, wie der *Stichting van de Arbeid* (*Stiftung der Arbeit*) und dem *Sociaal-Economische Raad* (*Sozialwirtschaftlichen Rat*), ein. Stabiles Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung, kontrollierte Lohnentwicklung, eine Linderung der Wohnungsnot und ein System sozialer Absicherung wurden Ziele einer Regierungspolitik, die von der römisch-roten Koalition getragen wurde. Theo van Lier, Mitglied der Parlamentsfraktion der PVDA zwischen 1952 und 1973, beschrieb den Beitrag der PVDA dabei wie folgt: „Sie wollte für die Nöte der breiten Masse aufkommen, der großen Gruppe der Lohnabhängigen, die auch in der Gesellschaft am wenigsten zu ihrem Recht kommen.“ Es wurde „hart für soziale Absicherung, Arbeit, Chancengleichheit und eine starke Position der Regierung gearbeitet, um diese Gesamtheit an Idealen zu ermöglichen.“ Wichtige Inspirationsquellen, so van Lier, waren dabei die Werke von John Maynard Keynes und der Bericht *Full Employment in a Free Society* von William Beveridge aus dem Jahr 1944.¹⁶

Beim Aufbau des niederländischen Sozialstaats spielten diese Quellen eine wichtige Rolle, auch wenn Kompromisse mit den Koalitionspartnern geschlossen werden mussten.¹⁷ Der niederländische Sozialstaat beinhaltet eine Mischung aus liberalen, sozialdemokratischen, protestantischen und katholischen Elementen. Der katholische Einfluss war dabei vielleicht noch der deutlichste.¹⁸ Die wichtigste Verbesserung der unmittelbaren Nachkriegszeit, und ein besonders starker positiver Identifikationspunkt der sozialdemokratischen Politik, war die Altersvorsorge, die insbesondere und zurecht als Drees' Verdienst betrachtet wurde. 1947 lotste er sein *Noodwet Ouderdomsvoorziening* (*Notgesetz zur Altersvorsorge*) durch das Parlament, womit eine Vorsorge für eine größere Gruppe Senioren, wenn auch mit kargen Beträgen, realisiert wurde. Die Resonanz im Land war überwältigend. Es kamen Dankesbriefe aus allen Bevölkerungsgruppen, oft mit Geschenken. Ein Brief von katholischer Seite lautete: „Exzellenz, morgen zünde ich für Sie eine Kerze bei dem H. Antonius an. Denn Mutter wird Ihnen immer dankbar sein, weil Sie ihr, und so vielen anderen älteren Menschen ihre alten Tage erleichtert haben. Jeden Abend betet sie ein Vater Unser und Gegrüßet seist du Maria für Sie. Das ist der gute Herr wohl wert.“¹⁹

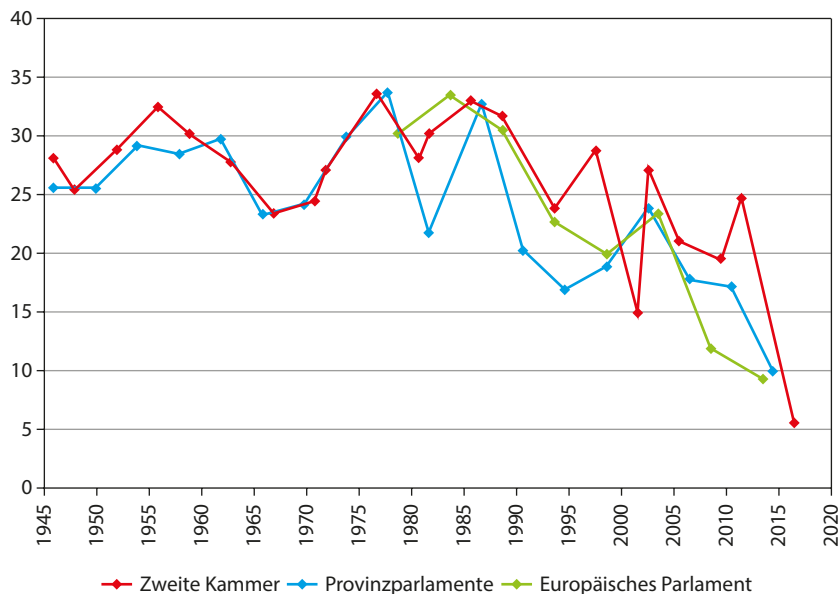
Eine definitive Regelung kam 1956 unter der Verantwortung von Ko Suurhof als Sozialminister zustande. Mit dem *Algemene Ouderdomswet* (*aow*, *Altersvorsorgegesetz*) wurde der notwendige Kompromiss zwischen der PVDA und der *Katholieke Volkspartij* (KVP) erzielt: eine verpflichtende Versicherung mit einer Mindestauszahlung für alle über 65 Jahren. Die

Katholiken konnten sich im Absicherungsaspekt finden, die Sozialdemokraten im Verpflichtenden und Allgemeingültigen dieser Regelung. Es blieb in den fünfziger Jahren bei einfachen Regelungen. So hatte Drees es auch vor Augen gehabt: „Mir geht der Begriff ‚Sozialstaat‘ zu weit.“ Er bevorzugte den „absichernden Staat“, der eine Existenzsicherung gewährleistet, wenn der Einzelne nicht für sich selbst Sorge tragen kann.²⁰

Drees bestätigte, als Architekt der Altersvorsorge und als Ministerpräsident, das Gefühl einer vollwertigen Bürgerschaft unter der Arbeiterbevölkerung. Mit dieser Bürgerschaft war auch eine kulturelle Dimension verbunden. Volkserziehung, auch als Abwehr gegen alles Kommerzielle und die Vergnügungsindustrie, wurde als Aufgabe der sozialdemokratischen Politik betrachtet. Die VARA spielte dabei eine wichtige Rolle. 1959 sprach Drees über die Bedeutung des roten Rundfunks, „der unserem gesamten Volk und unserem gesamten Land ein bisschen Kultur bringen sollte, ein bisschen menschliche Entwicklung, ein bisschen Freizeitbeschäftigung, wodurch er in Wirklichkeit nicht die Verflachung zum Massenmenschen, sondern das Wachstum zu einer breiter entwickelten Persönlichkeit fördert.“²¹ Um ihr Publikum ansprechen zu können, balancierte die VARA auf dem Drahtseil zwischen Bildungsauftrag und Vergnügen, wie ihr Chronist Huub Wijfes aufzeigt.

Dem traditionellen Internationalismus der Sozialdemokratie gab die PVDA eine neue Richtung. Die Zeit von Antimilitarismus und Neutralitätspolitik war vorbei; die PVDA wurde ein treuer Stützpfeiler des demokratischen Westens im Kalten Krieg gegen den Kommunismus. Die Verteidigung der freien Welt war, so hieß es auf dem PVDA-Kongress von 1951, „die wichtigste Aufgabe aller nationaler und internationaler Politik geworden.“²² Für den eigensinnigen Auslandssprecher in der Zweiten Kammer und scharfen Polemisten Jacques de Kadt war es vollkommen klar, „dass unser erster und schlimmster Feind nicht der Kapitalismus ist, sondern der Kommunismus.“²³ Wie real die Bedrohung wahrgenommen wurde, drückte Jan Barents 1950 aus: „Wir müssen uns, wollen wir die Situation realistisch betrachten, auf die Möglichkeit eines Kriegs einstellen und, wenn diese Möglichkeit unverhofft Wirklichkeit werden sollte, auf die an Sicherheit grenzende Wahrscheinlichkeit einer feindlichen Besatzung.“²⁴ Die PVDA wollte dieses Risiko vermeiden.

In dem zweiten wichtigen internationalen Bereich, dem der europäischen Integration, gab es eine starke Grundströmung innerhalb der PVDA zugunsten einer weitgehenden europäischen Zusammenarbeit bzw. eines föderalen Europas. Auf der Prioritätenliste der Mitglieder stand die europäische Integration Mitte der fünfziger Jahre ganz oben.²⁵ In dem Monatsblatt

Abbildung 5.1: Wahlergebnisse der PVDA 1946-2017 (in Prozent)

Die PVDA ist bei mehreren Wahlen zu den Provinzparlamenten Listenverbindungen mit anderen Parteien eingegangen. Die Stimmen für diese Listenverbindungen wurden mit in die Abbildung aufgenommen.

Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage der Angaben auf der Internetseite www.verkiezingsuitslagen.nl

Socialisme en Democratie und in ihren Parteiprogrammen zeigte sich die PVDA von ihrer europäischen Seite.²⁶ Doch an der Parteispitze gab es verschiedene Meinungen. Es gab die atlantisch Orientierten (wie de Kadt), die Anhänger der europäischen Gemeinschaft (wie Sicco Mansholt) sowie die Gruppe der Konföderalisten (wie Drees): pragmatische Befürworter einer Integration mit Betonung zwischenstaatlicher Zusammenarbeit.²⁷ Auch im Kabinettt trafen verschiedene Meinungen aufeinander. Während Mansholt hohe Erwartungen an die europäische Integration hatte, machte Drees sich nichts vor.²⁸ Die Linie von Drees sollte in der Praxis prävalieren. Mansholt, Minister des für die PVDA untypischen Ministeriums für Landbau, Fischerei und Lebensmittelversorgung von 1945 bis 1958, wurde von 1958 bis 1973 das erste niederländische Mitglied der Europäischen Kommission.

Die Erwartungen der PVDA waren 1946 hoch, doch das Wahlergebnis enttäuschte. Die neue Partei erhielt mit 28,3 Prozent sogar weniger Zuspruch als die drei konstituierenden Parteien bei den letzten Parlamentswahlen vor dem Krieg (1937) erreicht hatten (29,9 Prozent). Es misslang nicht nur

der Durchbruch, weil die konfessionellen Parteien ihre Reihen wieder geschlossen hatten, sondern die *Communistische Partij van Nederland* (CPN) erwies sich mit ihrem starken Widerstandsimage ebenfalls als gefürchteter Konkurrent. Erst in den fünfziger Jahren schlug sich die PVDA mit Drees als Trumpf bei den Wahlen besser: 1952 und 1956 wurde sie die stärkste Partei (29,0 bzw. 32,7 Prozent). Das nährte die Hoffnung auf einen Durchbruch, der gleichzeitig als Einsatz für die Wahlen fungierte. Die Angst hiervor in katholischen Kreisen und der damit zusammenhängende Wunsch, sich von der PVDA abzugrenzen, führten zum Hirtenbrief von 1954, in dem die Katholiken zur Einheit aufgerufen wurden.²⁹ Die Wahlen von 1956 entwickelten sich zu einer harten Konfrontation zwischen PVDA und KVP, insbesondere in den südlichen Provinzen. Suurhof beschrieb die Kampagnemethoden der Katholiken sogar als „Göbbels-Theater“.³⁰ Die PVDA erzielte mit 32,7 Prozent eines der besten Ergebnisse ihrer Geschichte, aber keinen definitiven Durchbruch. In den Folgejahren konnte sie nicht an dieses Ergebnis anknüpfen.

Verteilung von Einkommen, Wissen und Macht

Nach dem Bruch der römisch-roten Koalition 1958 durchlebte die PVDA eine außergewöhnlich schwierige Zeit. Mit einer kurzen Ausnahme (1965–1966) sollte sie bis 1973 in der Opposition bleiben. Die rote Fahne war unter den Kabinetten Drees ziemlich ausgeblichen, die PVDA hatte einiges an politischem Profil eingebüßt. Die traditionelle sozialistische Kultur verlor ihre verbindende Kraft, mitunter infolge des zunehmenden Wohlstands; die Rote Familie fiel auseinander. Außerdem hatten neue Generationen andere kulturelle Orientierungen. Die Parteiorganisation geriet in einen schlechten Zustand. Es gab, so Parteisekretär Eibert Meester, „zu wenig Mitarbeit für die Parteiarbeit, der Kader drohte zu veralten, die Bildung wurde geringer, Versammlungen wurden schlechter besucht.“³¹ Bei den Wahlen 1967 fiel die Partei mit 23,6 Prozent der Stimmen auf ein Nachkriegstief.

Die notwendig gewordene Wachablöse innerhalb der PVDA war – übrigens genau wie in den achtziger Jahren – ein delikater und komplexer Prozess. Der Politikwissenschaftler und Politiker Ed van Thijn beschrieb diese und andere politische Führungswechsel unter dem vielsagenden Titel *Kroonprinsenleed* (*Kronprinzenleid*). Nachdem Drees und Jaap Burger – Letzterer als Fraktionsvorsitzender – aus den ersten Reihen zurückgetreten waren, wurde der aus der freisinnig-demokratischen Ecke stammende Anne Vondeling Fraktionsvorsitzender. Als Oppositionsführer in der Zweiten Kammer sorgte

er für Furore, aber als Finanzminister im Kabinett unter Premier Cals (1965-1966) verlor er schnell an Popularität. Joop den Uyl wurde anschließend zum Spitzenkandidaten gemacht. Unumstritten war dieser anfangs nicht. „Er wurde in den ersten Jahren“, so van Thijn, „von der Neuen Linken, die ihn als sündigen Vertreter der ‚alten Politik‘ betrachtete, heftig bekämpft.“³²

Die PVDA schien in dieser Periode dem Bild zu entsprechen, das in der sozialwissenschaftlichen Literatur von westlichen Parteien gezeichnet wurde. Es wurde vom „Ende der Ideologie“ gesprochen. Der Unterschied zwischen Oppositions- und Regierungsparteien verschwand langsam und Parteien entwickelten sich zu „Allerweltparteien“ oder „*catch-all-parties*“, die kein eigenes soziologisches Profil mehr hatten. Gab es wirklich noch Raum für eine klar umrissene sozialdemokratische Partei im Wohlstandsstaat und welches Profil sollte sie dann haben? Bereits in der ersten Hälfte der sechziger Jahre entstand Bewegung in der PVDA. Man wollte zu einer schärferen Aufstellung und einem schärferen Kurs kommen, doch diese Versuche sorgten zunächst noch nicht für neuen Elan und die gewünschte Reform. Seitens des wissenschaftlichen Büros der Partei, der *Wiardi Beckman Stichting* (WBS), wurde Widerstand gegen den Parteistandpunkt bezüglich Neu-Guinea – keine Übertragung der Souveränität an Indonesien – organisiert und die Mitarbeiter des Instituts organisierten sich als „Anti-Parteigruppe“. Die Arbeit des jungen Politikwissenschaftlers Andries Hoogerwerf sprach sie an, der in einem Artikel mit dem Titel *De Veenbrand* (*Der Brand des Torfmoores*) darauf hinwies, „dass es sehr wohl gesellschaftliche Gegensätze gibt, die am Schwelen sind.“³³ Van Thijn, der damals bei der WBS arbeitete, trat außerdem schon 1963 für eine Erneuerung des Parteiensystems ein, um bei den Wahlen zu einem klareren Kampf zwischen Regierungskoalition und einer „Oppositionskoalition“, die die Macht übernehmen will, zu kommen. Eine Parteikommission unter Leitung von Jaap Burger hielt ein ähnliches Plädoyer und schlug dazu eine Reformierung des Wahlsystems vor.³⁴

Der wichtigste Impuls für ein neues und schärferes programmatisches Profil kam von den Uyl in Form der WBS-Publikation *Om de kwaliteit van het bestaan* (*Zur Verbesserung der Lebensqualität*).³⁵ Das war der Titel eines Berichts des wissenschaftlichen Büros von 1963. Außerdem wurde er der Sammelname für eine Reihe von WBS-Ausgaben (unter anderem zu den Themen Wohnen, Gesundheitswesen und Bildung) und er wurde darüber hinaus der Titel des Wahlprogramms der PVDA im selben Jahr. In der Nachkriegszeit war, so der Bericht, der private Wohlstand gewachsen, doch die öffentlichen Einrichtungen seien dabei deutlich zurückgeblieben. Gerade diese konnten einen wichtigen Beitrag zu sozialistischen Zielen, wie

gesellschaftlicher Gleichwertigkeit und Freiheit, liefern. „Bei den geduldigen Zahlen des Nationaleinkommens“, so den Uyl 1963, „zählt die elektrische Zahnbürste genauso wie die Pflegehilfe, zählen die Reklamekosten für das ultimative Beruhigungsmittel genauso wie die Eintrittspreise für das Theater, die Kommissarentantiemen genauso wie die Blindenrente.“ Mit dem Plädoyer für eine Verstärkung der Gemeinschaftseinrichtungen erhielt der Bericht nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine kulturelle Ebene. „Wachstum des Volkseinkommens je Einwohner ist an sich keine Garantie für den Wohlstand, für die Verbesserung der Lebensqualität.“³⁶ Es war ein Programm, das die Basis der PVDA in ihrer ganzen Breite ansprechen konnte. Der Ursprung hiervon findet sich in Artikeln von den Uyl aus den fünfziger Jahren, doch einen entscheidenden Einfluss hatte das Buch des in den USA arbeitenden Ökonomen John Kenneth Galbraith, *The Affluent Society*.³⁷ Galbraith ging es darum, dass „increased production is not the final test of social achievement. [The book] challenged the very foundation of Keynesian policy with its nearly total emphasis on the expansion of economic output and income.“³⁸

Den Uyls politische Auffassungen wurden größtenteils in seiner Zeit als Direktor der WBS (1949-1963) geformt – bevor er eine führende Position in seiner Partei einnahm, als Beigeordneter von Amsterdam, Ministerpräsident und Minister für Soziales und Arbeit. *Om de kwaliteit van bestaan* wurde in diesen Jahren das programmatische Rückgrat der PVDA – auch zur Zeit des Kabinetts den Uyl (1973-1977).³⁹ Die starke Fortwirkung ist nicht zuletzt mit der Tatsache zu erklären, dass der Autor der Politiker wurde, der das Ganze später umsetzen konnte.⁴⁰

Eine zweite, konsistente Linie in den Uyls Denken bezog sich auf die Demokratisierung von Politik und Gesellschaft. Er betonte Ende der fünfziger Jahre die Ungleichheit bei Besitz und Macht, die trotz der sozialen Reformen nach dem Krieg kaum vermindert war und die die Aufwärtsmobilität behinderte. Es herrsche noch immer eine „beängstigende“ Geschlossenheit der obersten Schicht, konstatierte er. Vor allem auf dem Gebiet von Wissen und Bildung war die Macht ungleich verteilt. Er trat daher für mehr Investitionen in die Bildung ein, da ein höherer Bildungsgrad die Offenheit der Gesellschaft vergrößern würde.⁴¹ Er fühlte sich von dem Streben der neuen Generation nach Demokratisierung angesprochen: „In der Demokratisierung in allen Schichten und auf allen Ebenen liegt die große Herausforderung für die PVDA in den siebziger Jahren.“⁴²

Wo Macht ausgeübt wird, so den Uyl, muss sie kontrolliert werden. Dies galt nicht nur für das politische System (Transparenz der Regierung und Verantwortungspflicht der Regierenden, eine klare Wahl zwischen

Regierungs- und Oppositionsblock, die Verringerung des Abstands zwischen Wähler und Gewählten, direkte Partizipationsmöglichkeiten für Bürger), Demokratisierung bezog sich für ihn auch auf „das Durchziehen einer noch unvollendeten politischen Demokratie in anderen gesellschaftlichen Sektoren.“⁴³ So maß den Uyl der „Reformierung des Unternehmens“ viel Bedeutung bei. Kleinen politischen Schritten gab er eine größere Reformperspektive: „Mäuse haben kleine Pfoten, doch sehr lange Schwänze!“ Während die Möglichkeiten, vom einen auf den anderen Tag umzudrehen, begrenzt sind, ist die Perspektive, aus der heraus dies geschieht, entscheidend und diese kann „gerade den Unterschied zwischen Aussichtlosigkeit und dem Eröffnen einer Perspektive ausmachen.“⁴⁴

Ein entscheidender Impuls für die Revitalisierung der PVDA entstand durch das Auftreten der Neuen Linken – einer informellen Reformbewegung „älterer Jugendlicher“ in der PVDA, die 1966 das Manifest *Tien over rood* publizierte. Die Bewegung rüttelte mit einer enormen Energieexplosion die sich abquälende PVDA auf und sorgte für die Dynamik, die für eine neue Attraktivität der Partei und einen Anschluss an den Zeitgeist notwendig war.⁴⁵ Durch den direkten und flüssigen Stil, die handfest angesetzte Kritik an der PVDA und ein paar fetzige politische Punkte hatte ihr Manifest eine große Wirkung. Unter dem Einfluss der Neuen Linken durchlebte die PVDA eine schnelle Radikalisierung – bei Programm, politischer Strategie und internen Verhältnissen. Die Bewegung trat für ein gründliches Herangehen an Einkommens- und Vermögensunterschiede ein, und in der Außenpolitik für Entspannung zwischen West und Ost. Politisch-strategisch richteten die Neuen Linken ihre Pfeile vor allem auf die konfessionellen Parteien und begann einen harten Polarisierungskurs, der auf eine Zweiteilung in der Politik zwischen progressiven und konservativen Formationen abzielte, die die konfessionelle Mitte spalten sollte.⁴⁶

In der Parteikultur läutete das Auftreten der Neuen Linken einen Bruch ein, mit paradoxen Folgen. Es gelang ihr eine andere, zumindest deutlich lebendigere, Organisationskultur einzuführen und eine neue Generation Politiker und Kadermitglieder in den Vordergrund zu rücken. Die Machtübernahme innerhalb der PVDA war ganz klar ihr Bestreben – auf nationaler und lokaler Ebene. Dies hatte zur Folge, dass der alte Anhang sich immer weniger heimisch fühlte. Diejenigen, die mit dem neuen radikalen Kurs nicht einverstanden waren, zogen ab und gründeten die konservativeren *Democratisch Socialisten 1970* (DS'70) – eine Partei, die kurzfristig erfolgreich war. Das Bildungsniveau innerhalb der Partei verschob sich. Betrug der Prozentsatz der Mitglieder mit einer höheren Bildung in den fünfziger Jahren nur wenige Prozent, stieg der Mitgliederanteil mit Fachhochschul- oder

Universitätshintergrund in den siebziger Jahren auf 40 Prozent.⁴⁷ Bei der Rekrutierung von Parlamentsvertretern vollzog sich ein ähnlicher Prozess.⁴⁸ Kongresse und Parteiräte, in den fünfziger Jahren noch ein Musterbeispiel von Ruhe und Folgsamkeit, wurden nun ein Theater mit scharfen und emotionalen Debatten, nicht zuletzt im Bereich der Außenpolitik.⁴⁹ Das selbstverständliche Vertrauen, das zuvor zwischen Politikern und Basis herrschte, wurde durch organisiertes Misstrauen ersetzt.

Inhaltliche und gesellschaftliche Nahrung erhielt die PVDA fortan von den „neuen“ sozialen Bewegungen, die sich ab den sechziger Jahren ankündigten. Die Umweltfrage wurde von Mansholt, der in fortgeschrittenem Alter von dessen Ernst durchdrungen worden war, auf die Tagesordnung gesetzt. Er nahm den Bericht des *Club of Rome* als Inspirationsquelle für die Empfehlungen, die eine von ihm Anfang der siebziger Jahre geleitete Kommission aus progressiven Politikern der PVDA, der *Politieke Partij Radicaal* (PPR) und der *Democraten*⁶⁶ (D66) unterbreitete. Als Umweltministerin sollte Irene Vorrink dieses Thema ab 1973 im Kabinett den Uyl vertreten. Die Demokratisierungsbewegung fand in van Thijn einen Fürsprecher und Vertreter. Es ging ihm nicht nur um die Demokratisierung der politischen Ordnung, sondern um ein viel breiteres Programm. „Das bedeutet, dass unsere ganze politische und gesellschaftliche Entscheidungsmechanik auf Partizipation abgestimmt werden muss.“⁵⁰ Diese Ideen mündeten unter anderem in Vorschlägen für staatliche Reformen und eine Demokratisierung der Unternehmen.

Starken Einfluss auf die PVDA hatte auch die zweite feministische Welle. Die Frauenbewegung entwickelte genau wie die anderen Bewegungen aus dieser Zeit Initiativen und Ideen außerhalb der gefestigten politischen Institutionen, doch sie trafen innerhalb der PVDA auf fruchtbaren Boden und organisatorische Möglichkeiten. Hedy d'Ancona und Joke Smit waren wichtige Pioniere, denen es gelang, den Kurs der PVDA in eine feministische Richtung zu leiten. Der Feminismus trat für eine radikale Kulturveränderung in gesellschaftlichen und politischen Institutionen ein, um den Ausschluss von Frauen in allerlei Bereichen sowie den Zwang zu bestimmten Rollenmustern zu beenden. Er führte eine systematische Ausarbeitung des Gleichheitsprinzips ein, nicht nur im sozialwirtschaftlichen Bereich, sondern auch dort, wo es die Einteilung von Pflege und Haushalt sowie die Teilnahme und Vertretung in Politik und öffentlicher Verwaltung betraf.⁵¹ Der Ausgangspunkt der Frauenbewegung hinsichtlich des Selbstbestimmungsrechts über den eigenen Körper spiegelte sich politisch in dem Streben nach einer gesetzlichen Regelung der Abtreibungsfrage wider, die das Recht von Frauen, selbst über so einen Eingriff entscheiden zu dürfen, ermöglichen sollte. Die PVDA ergriff 1970 die Initiative für eine progressive Gesetzgebung

in diesem Bereich, doch die konfessionellen Parteien und zweifelnde Liberale sorgten für eine starke Verzögerung bei der Lösung. Innerhalb der PVDA drang die feministische Kritik an bestehenden Verhältnissen – mit der nötigen Ambivalenz – durch, auch durch die starke Präsenz der *Rooie Vrouwen (Roten Frauen)*, wie die Frauenorganisation der PVDA seit 1975 hieß. Sie entwickelten sich zu einem Zentrum für Diskussionen, Aktionen und Einfluss, das sich nicht nur auf inhaltliche Fragen stürzte, sondern auch auf eine gleichberechtigte Vertretung von Frauen innerhalb der PVDA.

In den späten siebziger Jahren und Anfang der achtziger Jahre kam es zu einer Verbindung mit der Antiatombewegung und der Friedensbewegung – Letztere leistete Widerstand gegen die Stationierung von Marschflugkörpern in den Niederlanden. Spannungsfrei waren diese Verbindungen nicht: die breitere politische Orientierung, die Kontinuität in der Außenpolitik, die Regierungsperspektive und die soziale und demokratische Tradition der Partei trafen auf die radikalen Auffassungen, Strategien und Taktiken der Bewegungen. Der Versuch, beide Elemente innerhalb der PVDA in der „Aktionspartei“ zu vereinigen, die der PVDA-Kongress von 1973 beschloss, konnte nur misslingen.⁵²

In dem bewegten gesellschaftlichen Klima dieser Jahre wurde das Kabinett den Uyl ein politischer Kristallisationspunkt – überladen mit Erwartungen einer tiefgreifenden Gesellschaftsreform. Ein Hauch von Nostalgie ist daran hängen geblieben.⁵³ Die drei progressiven Parteien, PVDA, PPR und D66, die mit einem gemeinsamen Programm in die Wahlen gegangen waren, waren trotz ihrer fehlenden Mehrheit im Parlament nicht zu programmatischen Zugeständnissen bereit. Dem mit der Regierungsbildung beauftragten Jaap Burger gelang es mit einer ausgeklügelten Taktik, ein paar konfessionelle Politiker ins Kabinett zu holen und eine Duldung für die Regierung zu organisieren. Es sollte, so Burger, kein normales Koalitionskabinett werden, sondern „ein explizit progressives Kabinett“⁵⁴. Unter dem Motto „Verteilung von Einkommen, Wissen und Macht“ präsentierte den Uyl das Regierungsprogramm:

Das Kabinett will sich bei seiner Politik von dem Streben nach Aufhebung von Ungleichheit und Benachteiligung leiten lassen. [...] Die Priorität soll auf der Verbesserung der Lebensqualität liegen, auf Erhalt und Verbesserung der alltäglichen Lebens-, Wohn- und Arbeitsbedingungen statt eines sklavischen Verfolgens technischer Entwicklungen. Es soll Wohlstand auf Wohlergehen aufbauen. Für die sozialökonomische Politik bedeutet das ein Abbremsen des Konsumwachstums Einzelner, um damit Raum zu schaffen für eine Verbesserung von Wohn- und Lebensumgebung.⁵⁵

Das Streben nach tiefgreifenden Gesellschaftsreformen wurde von einem wirtschaftlichen Rückschlag (der Ölkrise und den darauffolgenden Krisenerscheinungen), vom Widerstand von Unternehmern, vom Argwohn der sozialen Bewegungen und der eigenen Basis und von politischen Spannungen im Kabinett behindert. In dieser politischen Konstellation brach die Regierung kurz vor den Wahlen 1977 auseinander.⁵⁶ Das Kabinett konnte schlussendlich nicht den hohen Erwartungen gerecht werden. Den Uyl meinte, das gesellschaftliche Klima habe sich verschoben: „Ich war und bin der Auffassung“, so sagte er 1981, „dass man von der Gelegenheit profitieren muss, wenn sie günstig ist; wenn die Gelegenheit vorbei ist, sind viele Dinge nicht mehr möglich. Meiner Meinung nach ist dieses Kabinett in den Niederlanden etwas zu spät dran gewesen, es hätte vermutlich schon 1969-1970 sein müssen.“⁵⁷ Es ist nachvollziehbar, dass den Uyl auf externe Faktoren verweist. Doch auch die Aufstellung, inklusive der kontraproduktiv gewordenen Polarisierungsstrategie, sowie die allzu überschwänglichen Ambitionen und radikalen Ausgangspunkte der erneuerten Sozialdemokratie selbst trugen zu den Problemen bei, die das Kabinett unter den Uyl in eine missliche Lage brachten.⁵⁸

Bei den Hauptaspekten der Politik gelang es dem Kabinett jedoch auch ein paar wichtige Ergebnisse zu verbuchen. Insbesondere die Einkommenspolitik sorgte für günstige Ergebnisse für die geringsten Einkommen und Zuwendungen, durch die Kopplung von Sozialleistungen an das Nettominimumgehalt, das außerdem erhöht wurde. Die Entwicklungshilfe nahm stark zu. Das Kabinett übernahm die Verantwortung für die Unabhängigkeit von Surinam. Das starke Auftreten des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten, Max van der Stoep, zugunsten der Menschenrechte machte Eindruck. Eine Stärkung der Position der Betriebsräte wurde in einem Gesetzesentwurf festgelegt, der schließlich 1977 angenommen wurde. Einen der vielleicht wichtigsten, bleibenden Effekte der Regierungspolitik lieferte die Wohnungspolitik, mit Hans Gruijters (D66) als Minister und Marcel van Dam und Jan Schaefer (beide PVDa) als Staatssekretären. Ihre Politik gab der Stadtsanierung, die lokal einsetzte, einen gewaltigen Impuls, vor allem durch PVDa-Beigeordnete und inspiriert von der Neuen Linken. Ihre Entscheidung für einen sorgfältigen Umgang im kleinen Maßstab mit bestehenden Stadtplänen, „Bauen im Viertel“, bedeutete einen radikalen Bruch mit der Generation von „Modernisierern“: den Beigeordneten, die sich in den fünfziger und sechziger Jahren für eine Modernisierung der Stadt mittels großer Durchbrüche, Zentrumsbildung und einer strikten Funktionstrennung zwischen Wohnen und Arbeiten entschieden. Die Stadtsanierer, von Groningen bis Amsterdam und Maastricht, bewahrten damit „die europäische Stadt“, wie die Niederlande sie kannten, vor dem Untergang.⁵⁹

Bei Stil und Kommunikation schloss das Kabinett den Uyl an die Emanzipation des Bürgers an. Auf seinen wöchentlichen Pressekonferenzen versuchte den Uyl Kabinettsbeschlüsse so zu erklären, „dass einfache Leute Gefallen daran finden würden und sich am besten auch damit beschäftigen würden. Der Wiedererkennungswert der Politik war für das Kabinett den Uyl eine der ersten Prioritäten.“⁶⁰ Bei den Wahlen klomm die PVDA mit den Uyl als Spitzenkandidaten nicht nur aus dem Tal der sechziger Jahre empor, sondern erzielte sogar die zwei besten Wahlergebnisse ihrer Geschichte: 33,8 Prozent 1977 und 33,2 Prozent 1986. Seine Rolle dabei war entscheidend, so Politikwissenschaftler Philip van Praag. Dass die politische Führung fest in den Uyls Händen blieb, trotz des Sturmlaufs der Neuen Linken, nannte er „einen Segen“ für die PVDA. Viele Neue Linke hatten, so van Praag, wenig Affinität „mit der Lebenswelt vieler PVDA-Wähler. Die Tatsache, dass die PVDA bei den Wahlen hierfür nicht den Preis zahlen musste, ist vor allem den Uyl zu verdanken, der einen guten Blick für ihre täglichen Probleme hatte und über das sozialdemokratische Profil der Partei wachte.“⁶¹ Diesen hervorragenden Wahlergebnissen stand eine zeitlich begrenzte Regierungsteilnahme gegenüber. Die Bildung eines zweiten Kabinetts unter den Uyl misslang 1977 – beschrieben von van Thijn in seinem *Dagboek van een onderhandelaar* (*Tagebuch eines Unterhändlers*)⁶² – und das Kabinett unter van Agt und den Uyl (1981-1982) war wie ein Flugzeug, das nicht richtig vom Boden abhob.

Wie lässt sich das erklären? Einer Koalitionsbildung zwischen Konfessionellen und Sozialdemokraten – die Möglichkeit einer liberal-sozialdemokratischen (sogenannten „violetten“) Zusammenarbeit war damals noch ausgeschlossen – standen Gegensätze bei persönlichen Verhältnissen und Stil, wie zwischen den Uyl und Dries van Agt, dem christdemokratischen Justizminister (1973-1977) und Premier (1977-1982), im Weg. Die scharfe Polarisierungsstrategie war auch nicht gerade eine Hilfe. Reale, nicht immer wahrgenommene politische Machtverhältnisse spielten eine Rolle. Das gute Ergebnis der PVDA ging vor allem zu Lasten der kleinen linken Parteien, führte aber nicht zu einem großen Durchbruch in der Mitte. Die konfessionellen Parteien wussten sich im *Christen-Democratisch Appèl* (CDA) zu konsolidieren. Und die *Volkspartij voor Vrijheid en Democratie* (VVD) wuchs. Die Polarisierungsstrategie war bei Wahlen erfolgreicher als in machtpolitischer Hinsicht. Und schließlich gab es in inhaltlicher Hinsicht Unterschiede, die stets schwieriger zu überbrücken waren. Ende der siebziger Jahre, Anfang der achtziger Jahre gingen die Auffassungen über die Bekämpfung der wirtschaftlichen Probleme dermaßen auseinander, dass eine Mitte-Links-Koalition praktisch unmöglich wurde.

Der aktivierende Sozialstaat

1986 wurde Wim Kok den Uyls Nachfolger. Damals waren bereits einige Kronprinzen ausgeschieden. Nach mäßigen Wahlergebnissen 1981 (28,3 Prozent) und 1982 (30,4 Prozent) gelang es der PVDA 1986 einen maximalen Profit aus ihrem Engagement mit der Bewegung gegen die Stationierung von Marschflugkörpern und aus der Unzufriedenheit über die Sparpolitik des ersten Kabinetts unter dem Christdemokraten Ruud Lubbers zu schlagen. Sie erzielte mit 33,2 Prozent ein herausragendes Ergebnis, doch eine Regierungsteilnahme konnte sie nicht erreichen. Der CDA blieb die größte Partei und die Koalition aus CDA und VVD behielt ihre Mehrheit. Daher ging dieses Wahlergebnis der PVDA in die Geschichte ein als „Sieg-niederlage“. Sie führte – unter neuer Führung, der Vorsitzende Max van den Berg war von Marianne Sint abgelöst worden – zu einer gründlichen Selbstbetrachtung. Es herrschte das Gefühl, dass die Partei unzureichend an die gesellschaftlichen Entwicklungen anschloss, um noch ein effektiver Machtfaktor sein zu können.⁶³

Dafür gab es einen Grund: Die PVDA war in den siebziger Jahren „auf der Höhe der Zeit“ gewesen, inzwischen hatte sich das politische Klima aber drastisch verändert. In der angelsächsischen Welt war der Angriff auf das sozialökonomische Nachkriegsmodell der keynesiansischen Kurskorrektur und den starken Sozialstaat eröffnet worden. Bei der Bekämpfung der Wirtschaftskrise Anfang der achtziger Jahre wurde gemäß der neuen politischen Philosophie der Nachdruck auf Sparpolitik gelegt, auf Markt anstelle des Staats, auf individuelle statt kollektiver Verantwortung. Es ging dabei nicht nur um ein wirtschaftspolitisches Rezept, sondern auch um eine die zugrundeliegende Auffassung über einen Sozialstaat, der den privaten Sektor beeinträchtigte und die individuelle Verantwortung erstickte. In den Niederlanden vertraten die Kabinette unter Lubbers (1982-1994) diese Politikrichtung. Die Sozialdemokratie wurde – nicht nur in den Niederlanden – durch wirtschaftliche Probleme und von der „neoliberalen“ politisch-ideologischen Offensive in die Verteidigung gedrängt.

Während sie die sozialen Folgen dessen, was sie als konservative Sparpolitik bezeichnete, ablehnte, gelang es der PVDA nicht, selbst eine überzeugende Alternative zu bieten. Tiefgreifende Vorschläge zur steuern-den Rolle des Staates (im Wahlprogramm *Weerwerk (Kontra geben)*, 1981) wurden schnell wieder beiseitegelegt. Das Prädikament, was die PVDA in der Beschäftigungspolitik einbrachte, waren Vorschläge für eine drastische Arbeitszeitverkürzung in Form einer 25-stündigen Arbeitswoche, doch in Ermangelung von Unterstützung seitens sozialer Partner blieben diese

Vorschläge in der Schwebe. Auch in eigenen Kreisen entstand Kritik am Sozialstaat, doch darauf reagierte die PVDA zurückhaltend.⁶⁴ Sie identifizierte sich stark mit den bestehenden Versorgungsarrangements – obschon diese nicht nur aus eigenem Haus stammten. Ein Problem war auch, dass die PVDA trotz des guten Ergebnisses von 1986 Schwierigkeiten hatte, potentielle Wähler aus der politischen Mitte, die zur gesellschaftlichen Mittelschicht gehörten, zu erreichen. Es war somit, nach guter alter sozialdemokratischer Tradition, Zeit für Kommissionen und Selbstevaluierungen.⁶⁵

Eine Kommission unter Leitung von Jan Pronk – unter anderem Parlamentsmitglied und ehemaliger Minister – vertrat in *Schuivende panelen* (*Sich verschiebende Tafeln*, 1987) eine inhaltliche Kursänderung der PVDA im Licht der Internationalisierung von Wirtschaft und Kultur, des Angriffs auf die Umwelt, der technologischen Entwicklung und der Individualisierung. Kok war Vorsitzender der Kommission, die sich mit der gesellschaftlichen Position und der Strategie der PVDA beschäftigte. In ihrem Bericht *Bewogen beweging* (*Bewegte Bewegung*, 1988) verabschiedete die Partei sich von der Polarisierungsstrategie und der einseitigen Ausrichtung auf die neuen sozialen Bewegungen. Die Partei sollte der Gesellschaft gegenüber offener werden, auch gegenüber Arbeitgebern. In beiden Schriftstücken sprach man sich für eine erneuerte Aufmerksamkeit für die lokale Ebene und für einen ausgesprochen europäischen Kurs der PVDA aus.⁶⁶ Vor allem der erste Bericht führte zu einer großen Diskussion innerhalb der PVDA, doch diese mündete nicht in einer kohärenten Zukunftsvision. Mit den Worten des Soziologen und Politikers Bram Peper ausgedrückt, hatte die Debatte eher den Charakter von „wir erzählen der Partei mal, was sich in ihrem gesellschaftlichen Umfeld abspielt.“⁶⁷ Die wirkliche Neuorientierung der PVDA fand ab 1989 im dritten Kabinett Lubbers in der Regierung statt.

Durch das frühzeitige Zerfallen des zweiten Kabinetts Lubbers (CDA und VVD, 1986-1989) erhielt die PVDA die inzwischen so begehrte Chance, in einer Koalition mit dem CDA wieder mitzuregieren (Kabinett Lubbers III, 1989-1994). Kok wurde Vizepremier und Finanzminister. Das PVDA-Wahlprogramm hatte nach den Jahren voller Einsparungen Investitionen im öffentlichen Sektor versprochen, doch es stellte sich schnell heraus, dass die finanziell-wirtschaftlichen Randbedingungen für die Regierungspolitik in eine ganz andere Richtung wiesen. Kok war dazu gezwungen, ein stattliches Einsparungsprogramm umzusetzen. Er sah sich außerdem im Sommer 1991 dazu genötigt, in das *Wet op de arbeidsongeschiktheidsverzekering* (*wao*, *Gesetz über die Versicherung für den Fall der Arbeitsunfähigkeit*) einzugreifen. Darauf waren die Gewerkschaften und die Parteibasis nicht vorbereitet, umso weniger, da er kurz zuvor öffentlich erklärt hatte, Höhe

und Dauer der WAO-Leistungen nicht begrenzen zu wollen. Doch der extrem hohe Anspruch auf die Leistung – fast eine Million Niederländer nutzten sie – zwang doch zum Eingreifen. Die Politikvorhaben führten zu einer Krisensituation in der PVDA. Die Parteivorsitzende Marjanne Sint trat zurück. Auch Kok überlegte dies zu tun, doch es gelang ihm trotz heftigen Widerstands seine Position auf einem außerordentlichen Parteikongress zu konsolidieren. Fast 20.000 Mitglieder verließen zwischen 1990 und 1992 die PVDA – und es entstand ein ernster Vertrauensbruch zwischen der Partei und den Gewerkschaften.⁶⁸

Kok hatte, anders als seine Vorgänger den Uyl und Drees, keinen langen Weg in der Partei zurückgelegt, bevor er die Führung übernahm. Seine Wurzeln lagen in der Gewerkschaftsbewegung. Dort hatte er sich nicht nur einen Namen als kämpferischer Streikender aufgebaut, sondern auch als außerordentlich sachkundiger Unterhändler und Anführer. Dies hatte sich bei der Fusion des *Nederlands Verbond van Vakverenigingen* (NVV) und des *Nederlands Katholiek Vakverbond* (NKV) zur *Federatie Nederlandse Vakbeweging* (FNV) 1975 gezeigt, dessen erster Vorsitzender er wurde, und bei dem sogenannten *Akkoord von Wassenaar* (*Abkommen von Wassenaar*) 1982, bei dem Arbeitgeber und Arbeitnehmer Absprachen über Lohnmäßigung im Tausch gegen Arbeitszeitverkürzung zugunsten der Beschäftigungssteigerung machten. Es waren vor allem seine Führungsqualitäten, die ihm als Ministerpräsident der violetten Kabinette (1994-2002) eine ungekannte Popularität verschafften, wovon auch seine Partei profitierte. Er erwies sich als ein nüchterner, praktischer Politiker: „Ich halte nicht viel von Luftschlössern.“⁶⁹ Mit dem Passus in seiner den Uyl-Lesung von 1995 über das „Abschütteln ideologischer Federn“ als eine in bestimmten Hinsichten „befreiende Erfahrung“ festigte er definitiv seinen Ruf als Pragmatiker.⁷⁰ Kok entschied sich, so der Historiker Piet de Rooy, „für eine Politik, die die Chance auf Arbeit – und damit Selbstrespekt – strukturell vergrößerte. Dies verlangte die Einsicht, dass – so kurz wie möglich gesagt – die Gewinne der Unternehmen die Stellen von Morgen lieferten.“⁷¹

Dieser Kurs verlangte ein soziales Absicherungssystem, das die Rückkehr auf den Arbeitsmarkt stärker anregte und die Sozialleistungen weniger attraktiv machen sollte. Die WAO-Krise von 1991 bedeutete auch einen Wandel der sozialdemokratischen Politik. Nun ging es nicht mehr um die Verteidigung, sondern um die Reform – und das bedeutet häufig Einschränkung – des Sozialstaats. Ein wichtiger Leitfaden dabei wurde der Begriff des „aktivierenden Sozialstaats“. Bereits 1991 setzte sich eine PVDA-Kommission an die Arbeit, um die Scherben nach der WAO-Reform zusammenzukehren und eine bindende Perspektive für die Zukunft des Sozialstaats aufzuzeigen.

Der Bericht *Niemand aan de kant* (*Niemanden aufgeben*), der unter Leitung von Dik Wolfson zustande kam, trat uneingeschränkt für eine Vergrößerung der Beschäftigungsquote und ein soziales Absicherungssystem ein, das die Beschäftigung stimulierte.⁷² Im ersten sogenannten violetten Kabinett, das 1994 antrat, wurde schließlich „Arbeit, Arbeit, Arbeit“ das richtungsweisende Motto. Der Name des Sozialministers Ad Melkert wurde mit von der Regierung subventionierten Stellen für Langzeitarbeitslose im kollektiven Sektor verbunden.

Der Wähler rechnete 1994 mit den Parteien des Kabinetts Lubbers-Kok hart ab, doch mit einer stark auf Kok konzentrierten Kampagne wurde die PVDA trotz eines großen Verlustes von 31,9 auf 24,0 Prozent dennoch die größte Partei.⁷³ D66 gelang es in der Achsenposition, ein „violettes“ Kabinett aus Liberalen und Sozialdemokraten zu erzwingen, dessen Premier Kok wurde. Das diesem Kabinett zugrundeliegende Motiv der Demokraten war es, die lange Regierungstradition der Konfessionellen zu durchbrechen. Der gegenseitige Ausschluss von Liberalen (VVD), Demokraten (D66) und Sozialdemokraten hatte eine derartige Koalition zuvor verhindert. Dass die PVDA sich inzwischen in den herrschenden wirtschaftspolitischen Konsens gefügt hatte, war eine wichtige Bedingung für das Zustandekommen einer Zusammenarbeit mit der liberalen VVD.

Das sozialdemokratische Profil der PVDA wurde in den Jahren der violetten Koalition abgeschwächt. Was wurden die wichtigsten Merkmale dieser Entwicklung? Zunächst ist, wie bereits gezeigt, die Betonung von Arbeit und einem aktivierenden Sozialsystem zu erwähnen. Im Anschluss ein Programm von öffentlichen Investitionen in die Infrastruktur, um die Konkurrenzposition der „BV Nederland“ („Niederlande GmbH“) zu verstärken. Dann die Förderung der Marktwirtschaft im öffentlichen Sektor, mit Privatisierungen und Wandlungen von öffentlichen Einrichtungen und der Einführung von betriebswirtschaftlichen Elementen in der Verwaltung – nicht nur aus Sparüberlegungen heraus, sondern auch auf Basis des Gedankens, dass der Markt es besser machen würde als der Staat. Und schließlich die Auffassung, dass der Bürger, auch wenn es um öffentliche Einrichtungen geht, primär als Konsument betrachtet werden muss. Mehr Freiheit für den Bürger, nicht als Arbeiter oder *citoyen*, sondern als Konsument wurde Teil des sozialdemokratischen Programms. Darüber entstand eine interne Debatte anlässlich des Gesetzesvorschlags zur Erweiterung der Ladenöffnungszeiten. Sozialliberal orientierte Parlamentsmitglieder, wie Rick van der Ploeg und Marjet van Zuylen, die die Bedürfnisse von Konsumenten in den Mittelpunkt rückten, stellten sich gegen ihren Kollegen, den ehemaligen Gewerkschaftsvorstand Ruud Vreeman, der vor allem die

Position der Arbeitnehmer im Blick behalten wollte. Die Kontroverse hielt nicht lange an, der wirtschaftliche Rückenwind ließ in diesen Jahren viele Uneinigkeiten verwehen.⁷⁴

Ohne Rücksicht auf die Anmaßung der violetten Regierung, das politische Primat wiederherzustellen, wurde das sogenannte Poldermodell der Beratungen mit und zwischen den sozialen Partnern bildbestimmend für den niederländischen Erfolg eines Wirtschaftswachstums mit Erhalt eines angemessenen sozialen Absicherungssystems. Die PVDA ging als ein frühes und wertvolles Beispiel für den sogenannten „Dritten Weg“ in die Bücher ein: eine von den Demokraten von Bill Clinton und New Labour von Tony Blair propagierte neue Synthese zwischen Sozialismus und Liberalismus. Mit den Worten von Blair: „We are taking the historic values of the Left, and we are applying them to our new world of dynamic markets.“⁷⁵ War der niederländische Premier ein früher Vertreter dieser Richtung? Clinton zufolge schon. „Wim Kok, from the Netherlands actually was doing all this before we were“⁷⁶, sagte er bei einer Versammlung über den Dritten Weg im April 1999. Doch Kok distanzierte sich von dem Label „Dritter Weg“, genau wie er sich zurückhielt bei der Beweihräucherung des Poldermodells. In der Praxis war der Kurs der PVDA, insbesondere im violetten Bündnis, mit ihrer Neubewertung des privaten Sektors und des Markts, der Betonung von Pflichten gegenüber Rechten, der Bevorzugung von „empowerment“ vor finanzieller Unterstützung, der Einführung von betriebswirtschaftlichen Elementen und Marktwirtschaft im kollektiven Sektor und der Wende hin zu einem „*enabling state*“, jedoch ein ziemlich typisches Beispiel für die Dritte Weg-Politik. Der Sozialstaat sollte transformiert werden von einem „*safety net of entitlements into a springboard of personal responsibility*.“⁷⁷

Die Sozialdemokratie oder Mitte-Links erlebte in den neunziger Jahren, nachdem sie im vorhergehenden Jahrzehnt eine politische Durststrecke hinter sich gebracht hatte, ein Machtcomeback – in den USA und in Europa. Nebenbei entstand ein Netzwerk von mit der Sozialdemokratie verbundenen Expertengruppen, Akademikern und Politikberatern – eine Art Denk- und Diskussions-Internationale, die mit Versammlungen und Diskussionspapieren einen Austausch von Erfahrungen und Meinungen organisierte und ein Treffpunkt für (zukünftige) politische Führer wurde. Zu Beginn ohne besonderen politischen Hintergedanken von der WBS, der deutschen Friedrich Ebert Stiftung und dem österreichischen Renner Institut gegründet, wurde die Initiative ab Mitte 1998 von dem mit Clinton verbundenen *Progressive Policy Institute*, der *Policy Unit* von Downingstreet 10 und später der Blair nahestehenden Expertengruppe *Policy Network* übernommen. Der Drang, Denker und Politiker zusammenzubringen, die

der Veränderung nicht abgeneigt waren, nahm zu – mit dem Bestreben, die Dritte Wegpolitik weiter zu verbreiten. Auch wenn der *Third Way* ein wichtiger Bezugspunkt für die internationale Debatte wurde, dominierte auf dem Kontinent weiter die Varietät von „multiple third ways“⁷⁸.

Nicht nur programmatisch, sondern auch organisatorisch verabschiedete sich die PVDA von ihrer radikalen Vergangenheit. Unter der gemeinsamen Leitung von Felix Rottenberg und Freeman wurde das Prozedere zur Aufstellung von Kandidaten als Parlamentsvertreter zentralisiert und der Parteirat wurde abgeschafft. Damit wurde die regionale, nach Provinzen geordnete Infrastruktur der Parteiorganisation aufgelöst und die Machtposition der sogenannten Parteibarone wurde beendet. Es ging um eine innerhalb der PVDA gewünschte zeitgemäße Anpassung der Organisation, doch zugleich ging damit auch ein Zusammenhang in der Partei-als-Vereinigung verloren. Das Risiko eines Verlusts von demokratischen *checks and balances* bestand daher auch später fort, nach der Einführung von direkten Spitzenkandidatenwahlen.⁷⁹

Die Versachlichung des Kurses der PVDA seit den neunziger Jahren blieb übrigens nicht ohne Protest, doch die Kritik kam hauptsächlich vonseiten derjenigen, die keine direkte politische Funktion (mehr) ausübten, jedoch an der programmatischen Entwicklung der PVDA beteiligt waren. Es entstand Unbehagen über den Mangel an inhaltlichem Profil, unter anderem bei dem Soziologen und ehemaligen Parlamentarier Frans Leijnse, der meinte, dass die „Abkehr von ideologischen Konzepten zu einer vollkommen apolitischen Politik geführt hat; nirgendwo sonst hat das technokratische Denken so eine dominierende Rolle wie in Den Haag errungen.“⁸⁰ Die Kritik bezog sich auch auf die Richtung, in die die Politik ging, in den Bereichen Infrastruktur, Bildung, Steuern, Unternehmensführung sowie auf das Marktdenken im öffentlichen Sektor. Bezeichnend hierfür waren unter anderem Publikationen des WBS-Direktors Paul Kalma zwischen 1995 und 2012.⁸¹ Ins Zentrum der Macht drang diese Kritik nur gelegentlich durch.

Das erste violette Kabinett brachte der PVDA 1998 – nach dem schlechten Ergebnis von 1994 – einen Wahlerfolg, insbesondere dank der Popularität von Premier Kok. Es schien sogar, dass die Partei, so ihre Kampagnenstrategen, über gute Möglichkeiten verfügte, „sich als ‚Marktführer‘ auf dem niederländischen Wahlmarkt zu festigen, wobei die PVDA sich eine politische und wahltechnische Schlüsselposition aneignen kann, die sich langfristig auszahlen könnte.“⁸² Die klassische Achsenposition der Konfessionellen wollte man somit übernehmen. Die PVDA gewann fünf Prozent und landete bei 29,0 Prozent. Vor den Wahlen 2002 – Kok hatte seinen Rücktritt bekanntgegeben und Ad Melkert war Spitzenkandidat

der PVDA geworden – schien es darum zu gehen, welche Partei die stärkste werden würde: PVDA oder VVD. Doch Pim Fortuyn versalzte ihnen die Suppe. Das geschah zunächst bei den Gemeinderatswahlen im März, als er in Rotterdam ganz klar gewann und die PVDA erstmals seit 1946 nicht in den Kommunalregierung kam. Kurz vor den nationalen Wahlen wurde Fortuyn ermordet – seine Partei *Lijst Pim Fortuyn* (LPF) brachte der PVDA anschließend eine historische Niederlage bei. Die Partei fiel von 29,0 auf 15,1 Prozent der Stimmen zurück. Melkert trat noch am Abend der Bekanntmachung der Wahlergebnisse zurück.⁸³ Der Abend sollte in die Parteigeschichte als *De Dreun* (*Der Schlag*) eingehen.

In der Wahl-Achterbahn

Hätte man diesen Schlag bei den Wahlen vorhersehen können? Für denjenigen, der sie sehen wollte, gab es in der Lokalpolitik schon früher Anzeichen für Unruhe und Unfrieden in der Wählerschaft. Die starke Versachlichung, die die sozialdemokratische Gemeindeführung in den achtziger Jahren unter Einfluss der Finanzpolitik der Kabinette Lubbers durchgemacht hat, mit Einsparungen, der Privatisierung von Gemeindediensten und groß angelegten Entwicklungsprojekten zur Verstärkung der wirtschaftlichen Position der Stadt, hatte einen Teil der PVDA-Basis der Partei entfremdet.⁸⁴ Bei den Gemeinderatswahlen 1990 verlor die PVDA die Hälfte ihrer Wähler in Amsterdam; in Rotterdam, Den Haag und Utrecht verlor sie ein Drittel ihrer Sitze. In den letzten drei Städten rutschte die PVDA 1994 noch weiter ab. Sie wurde in den großen Städten von einer Partei, die stets 40 bis 50 Prozent erreicht hatte, zu einer Partei, die nur noch 15 bis 30 Prozent schaffte. Gerard van Westerloo deckte mit seinem Wissenschaftsjournalismus schon ab Anfang der achtziger Jahre nicht nur die Entfremdung der PVDA-Basis von ihrer Partei auf, sondern auch die Geschlossenheit der lokalen PVDA an der Macht, wie in Arnheim. 1984 interviewte er zusammen mit Elma Verhey Straßenbahnfahrer der Linie 16 in Amsterdam. „Ich bin für Law and Order. Das wollen die Linken doch nicht und der ganze Verein, der in der Stadt das Sagen hat?“ Sollte der Straßenbahnfahrer die PVDA wählen? „Die da [die Partei, FB] hat sich nicht für die Arbeiter entschieden, das waren Soziale, die Asoziale geschützt haben.“⁸⁵

In Rotterdam hatte die PVDA zwischen 1986 und 1994 bereits die Hälfte ihrer Sitze im Gemeinderat verloren – ihr Stimmenanteil hatte sich von 48,1 auf 24,7 Prozent verringert. Nach einer leichten Erholung 1998 (30,1 Prozent) sank sie 2002 auf 22,4 Prozent – wurde nun aber auch erstmals

aus der Kommunalregierung rausgehalten. Die extremrechten *Centrum-Democraten* (CD) und die *Centrumpartij* (CP) waren bereits zwischen 1986 und 1994 deutlich in Erscheinung getreten. Viel von der Großstadtproblematik hatte sich in Rotterdam aufgestaut und zu einer Entfernung zwischen der PVDA und ihrer Basis geführt. Es war nicht nur ein Problem von politischem Programm und Prioritäten, sondern auch von Stil und von fast unüberbrückbar gewordenen Unterschieden in der Lebenswelt. Der ehemalige Beigeordnete Henk van der Pols von der PVDA – der die Verantwortung für die so gewachsene Situation ganz sicher nicht nur bei seiner eigenen Partei sah – sagte dazu 2004: „Die Leute erkannten ihre Stadt einfach nicht mehr. Sie fühlten sich dort nicht mehr zuhause. Ich sprach mit Leuten, die nur noch einen einzigen Mitbewohner in ihrem Haus hatten, der Niederländisch sprach. Ein Jahr später war der dann auch noch umgezogen.“ Und er fügte hinzu: „Es war eine Generation von Politikern an die Macht gekommen, auch innerhalb der PVDA, für die der Abstand zur Lebenswelt der Bevölkerung zu groß war. Das ist tatsächlich noch immer so.“⁸⁶

Drang diese Erkenntnis durch? Der oben genannte Journalist Van Westerlo sprach nach dem Schlag vor PVDA'lern in einem brechend vollen Saal, in dem man eine Stecknadel hätte fallen hören können. Eine Kommission unter Leitung der ehemaligen Ministerin Margreeth de Boer analysierte die Ursachen der Wahlschlappe von 2002. Ihr Bericht erwähnte die „intern-verwaltungstechnische Richtung“ und „Farblosigkeit“, programmatische „Unsicherheit“ und „Uneinigkeit“ als tiefere Ursachen. Es fehlten Debatten über wichtige Fragen. Die PVDA war eine „Stellenmaschine“ geworden und kennzeichnete sich durch „Kontrollpolitik.“⁸⁷ 2006 wiederholten sich Leiden und Rezept. Nun erstellte eine Kommission unter Leitung von Vreeman einen Bericht, in dem eine politisch-ideologische Neuprofilierung befürwortet wurde. Die Parteiführung nannte den Bericht einen „willkommenen Beitrag zur Revitalisierung der PVDA“, meinte aber auch: „Wir sollten uns nicht in die Krise hineinreden lassen.“⁸⁸ Der Kommissionsbericht fungierte als Pflaster für eine politische Wunde, ohne den Genesungsprozess wesentlich zu beeinflussen.

Wouter Bos gelang es als Spitzenkandidat 2003 einen Teil des Schadens zu reparieren, doch die PVDA blieb in der Wahl-Achterbahn: Von 15,1 Prozent im Jahr 2002 ging es 2003 hoch auf 27,3 Prozent, dann bergab auf 21,2 Prozent 2006 und 19,6 Prozent 2010, anschließend wieder hoch auf 24,8 Prozent 2012 und 2017 folgte dann der Absturz auf 5,7 Prozent (siehe Abb. 5.1, S. 114). Die Dynamik der Wahlkampagnen und das Auftreten der Spitzenkandidaten bei TV-Debatten sorgten für unerwartete Überraschungen.⁸⁹ Doch unverkennbar wurden die Täler tiefer, die Spitzen weniger hoch, der Trend – schon

ab 1986 – war sinkend. Die PVDA verlor ab 2002 außerdem ihre dominante Position im linken Parteienspektrum und – manchmal auf dem indirekten Weg – auch an die populistische *Partij voor de Vrijheid* (pvv).

Hinsichtlich der kleiner werdenden Arbeiterklasse erlebte die PVDA eine starke Konkurrenz anderer Parteien und verlor an Boden, auf linker wie auf rechter Seite. Durch den (sehr heterogenen) Mittelstand konnte sie diesen Verlust nicht kompensieren. Die Verantwortung, die sie für die Reform des Sozialstaats auf sich genommen hat, hat ihre Wählerbasis in beiden Gruppen stark geschwächt – ein Schicksal, das auch andere sozialdemokratische Parteien in Europa getroffen hat.⁹⁰ Hinzu kommt, dass sich unter Einfluss der technologischen Entwicklungen und der Internationalisierung des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens eine neue Trennlinie in der Wählerschaft auftut: Zwischen denen, die von den Veränderungen dank Bildung und einer günstigen gesellschaftlichen Startposition ganz leicht profitieren, und denen, die durch diese im Erwerbsleben und im Lebensumfeld eher Nachteile erfahren. Diese Trennlinie verläuft quer durch die sozialdemokratische Basis und die PVDA hat – genau wie ihre Schwesterparteien – große Mühe damit, diese Gruppen zusammen zu halten.⁹¹

In den Jahren 2002-2017 kam es mehrmals zu Führungswechseln, bei denen Bos, Job Cohen, Diederik Samsom und Lodewijk Asscher stets ihre eigenen Akzente setzten. Bos trat mit einem Programm zur radikalen Veränderung des demokratischen Systems in Richtung eines Wahlsystems nach amerikanischen oder britischen Vorbild und einer Relativierung des klassischen sozialdemokratischen Gleichheitsideals an; Cohen ging es vor allem um Bindung, eine Reprise von den Uyls „den Laden zusammenhalten“⁹²; für Samsom ging nach der Unruhe seit 2010 die Stabilität der Regierungskoalition mit der VVD (2012-2017) vor; Asscher (ab Ende 2016) befürwortete einen „progressiven Patriotismus“. Zweimal wurde die PVDA Teil der Regierung – von 2007 bis 2010 in einer Koalition mit CDA und *ChristenUnie* (CU), die vorzeitig infolge von Uneinigkeit über die Verlängerung des Einsatzes niederländischer Truppen in Afghanistan auseinander brach. Bos baute sich mit seiner energischen Herangehensweise an die Finanzkrise 2008 einen Namen auf, doch das Kabinett wurde zunehmend von Reibereien und Irritationen zwischen den Koalitionspartnern gequält, insbesondere zwischen dem christdemokratischen Premier Jan-Peter Balkenende und dem Finanzminister Bos.

Von 2012 bis 2017 bildeten VVD und PVDA ein Koalitionskabinett, das zweite Kabinett Rutte, das keine Mehrheit in der Ersten Kammer hatte und dadurch immer wieder nach einer Erweiterung der parlamentarischen Basis mit anderen Parteien suchen musste. Der Finanzminister

Jeroen Dijsselbloem entschied sich in der europäischen Wirtschafts- und Finanzkrise für eine strikte Handhabung von Haushalts- und Schuldennormen – wodurch der finanzielle Spielraum für die Regierungspolitik sehr begrenzt blieb – und für eine straffe Kombination aus Finanzspritzen für Griechenland und der Auferlegung tiefgreifender Reformen. Bei den Koalitionsverhältnissen hatte die PVDA es besonders schwer, der Politik ihren eigenen, wiedererkennbaren Stempel aufzudrücken. Und mit einer Regierung aus der konservativ-liberalen VVD und Sozialdemokraten entstand Raum an den Flanken, sowohl rechts als auch links.

War nicht auch die Entscheidung für die Politik des Dritten Wegs der Hintergrund für die Instabilität, in die die PVDA geraten war? 2010 warf Bos in seiner den Uyl-Lesung diese Frage auf und stellte fest, dass die Anhänger des Dritten Wegs die Dynamik des Markts in Kombination mit der Globalisierung unterschätzt hätten: „Um es einmal plastisch auszudrücken, die Dritter-Weg-Progressiven schlieften mit einem zuvor ziemlich gezähmten freien Markt ein und erwachten mit einem entfesselten Monster.“⁹³ Doch diese verbale Besinnung führte nicht zu einem wesentlich anderen programmatischen Kurs.⁹⁴

Vor allem drei Themen bestimmten die programmatische Tagesordnung der PVDA. Das erste war die europäische Zusammenarbeit. Unter Kok war die PVDA, mit nur wenig parteiinternen Widerstand, einen ausgesprochen proeuropäischen Kurs gefahren. Während des dritten Kabinetts Lubbers unternahm der PVDA-Staatssekretär Piet Dankert sogar einen ernstgemeinten Versuch, zu mehr föderaler Zusammenarbeit zu kommen – eine Initiative, die mit ihrem Misslingen als *Black Monday* in die Geschichtsbücher einging.⁹⁵ Doch der Blick der PVDA blieb auf die Übertragung von Souveränität von der nationalen auf die europäische Ebene gerichtet. Sozialdemokraten, nicht nur in den Niederlanden, waren klare Unterstützer der Europäischen Währungsunion (EWU). Sie stellten sich hinter den geplanten europäischen Verfassungsvertrag, mussten jedoch zu ihrer Überraschung und Enttäuschung feststellen, dass eine klare Mehrheit der Wähler – auch von der PVDA-Basis – diesen am 1. Juni 2005 ablehnte. Erneut sollte eine Kommission die Lösung bringen. Mit einem Bericht *Europa: vertrouwen herwinnen* (*Europa: Vertrauen zurückgewinnen*) bezog man Stellung gegen die Euroskepsis, aber es wurde auch ein eurokritischerer Ton angeschlagen.⁹⁶ Die Finanzkrise, Probleme in der Eurozone und der starke Zustrom von Migranten nach Europa brachten die PVDA wieder auf den Weg hin zu mehr europäischer Integration und zu gemeinsamer europäischer Verantwortung. Die Kernfrage blieb, wie die so gewünschte soziale Dimension der EU mit einem Projekt kombiniert werden kann,

in dem die Logik des internen Markts dominiert und die Unterschiede zwischen Nordwest- und Südeuropa besonders groß sind.⁹⁷

In den Bereichen Immigration und Integration hatte die PVDA einen langen Weg zurückgelegt: vom Widerstand gegen das Anwerben von „Gastarbeitern“ zu Beginn der siebziger Jahre über eine grundlegende Abkehr von dem drohenden Rassismus in den achtziger Jahren zu einer interkulturellen Vision in den neunziger Jahren, mit dem Bericht *Wisselwerking* (*Wechselwirkung*) einer Kommission unter der Leitung von van Thijn.⁹⁸ Auch innerhalb der PVDA wurde in Sachen Integration etwas unternommen, wie in der Abteilung Amsterdam-Zuidoost, über die Wouter Gortzak berichtete. Es gab Reibung, Ungemach, Argwohn und Unterschiede bezüglich der politischen Kultur. „Schwierig das Ganze“, schrieb er 2002, aber „nicht unmöglich und in jedem Fall notwendig. Die multiethnische Gesellschaft von Morgen braucht multiethnische Parteien. „Er betonte dabei die Bedeutung der „Partei als Vereinigung“.⁹⁹

Anfang 2000 schlug Paul Scheffer, ehemaliger Mitarbeiter der WBS, mit einem aufsehenerregenden Essay wegen der scheiternden Integration Alarm.¹⁰⁰ Wie erfolgreich war die bis dahin geführte Regierungspolitik gewesen? Die Debatte verschärfte sich infolge von 9/11, dem Auftreten von Fortuyn (2001-2002), dem Mord an Fortuyn (2002), dem Mord an Theo van Gogh (2004) und dem Schmelbrand in einem Teil der klassischen PVDA-Basis. Die PVDA hatte bereits früher den Weg einer deutlich strengeren Immigrationspolitik eingeschlagen. Sie entschied sich nun auch für einen härteren Kurs bei der Integration, wie die Resolution *Verdeeld verleden, gedeelde toekomst* (*Gespaltene Vergangenheit, geteilte Zukunft*) von 2008 beweist. Der Handhabung des Rechtsstaats kam eine zentrale Bedeutung zu. Die kulturelle Seite des Integrationsprozesses wurde nun stärker betont, die Reibung, die die Immigration hervorrief, ebenfalls. „Die Partij van de Arbeid geht dem Konflikt nicht aus dem Weg. Wir normieren wo nötig, wir tolerieren, wo es geht, wir konfrontieren, wo es notwendig ist.“¹⁰¹ Zugleich bezog die Resolution Stellung gegen eine Segregation entlang ethnischer Linien. Diskriminierung müsste energischer bekämpft werden.

Es erwies sich als nicht einfach, das Gleichgewicht zwischen dieser härteren Linie und dem Streben nach einer offenen, inklusiven Gesellschaft zu fördern. Während des zweiten Kabinetts Rutte (2012-2017) entstand viel Reibung zwischen der Parteiführung und der Basis über die Umsetzung des sogenannten „Kinderpardons“ – einer Regelung, die bestimmte, welche Bedingungen Kinder, die langfristig in den Niederlanden lebten und im Land verwurzelt waren, erfüllen mussten, um in den Niederlanden bleiben zu dürfen. Und aus der Unzufriedenheit über die Integrationspolitik des

Sozialministers Asscher traten zwei türkischstämmige Parlamentsmitglieder der PVDA aus der Fraktion aus und gründeten mit DENK ihre eigene Partei, die relativ viel Unterstützung von Menschen mit einem Migrationshintergrund bekommen sollte.

Die Reformierung des Sozialstaats bestimmte auch in dieser Periode weiterhin die Tagesordnung der PVDA – und wie zuvor fanden Anpassungen vor allem durch Regierungszwänge statt. Aktivierung und ein stärkerer Appell an die individuelle Verantwortung von Bürgern sind dabei Leitbilder geblieben. Das Rentensystem wurde als Ergebnis der Verhandlungen im vierten Kabinett Balkenende (2007-2010) völlig umgestaltet – was zu einer tiefen Teilung und einer existenziellen Krise in der sozialdemokratisch orientierten Gewerkschaft FNV führte.¹⁰² Sozialdemokraten übernahmen im zweiten Kabinett Rutte die Verantwortung für großangelegte Reformen und Einsparungen in wichtigen Bereichen des Pflegesektors – eine der am weitesten gehenden Reformen des Sozialstaats seit den fünfziger Jahren. Auch die Arbeitsbeschaffung für diejenigen, die aufgrund eines Handicaps eine große Entfernung zum Arbeitsmarkt haben, wurde gründlich umgestaltet und dezentralisiert. Im Bereich des Arbeitsmarkts wurden Maßnahmen getroffen, um die weitreichende Flexibilisierung der Arbeit zu begrenzen und um die unehrliche Konkurrenz infolge der Freizügigkeit von Arbeitnehmern in der EU zu bekämpfen.

Die Koalitionsbildung mit der VVD und die Reformen des Sozialstaats – inklusive der Reibereien, die sich bei deren Umsetzung zeigten – führten zu außergewöhnlich schlechten Ergebnissen bei den Wahlen der Gemeinderäte und des Europäischen Parlaments im Jahr 2014 und der Provinzialstaaten im Jahr 2015. Lokal und regional verlor die PVDA nicht nur einen großen Teil ihrer Wählerschaft, sondern auch einen Großteil ihres administrativen Gewichts. In Amsterdam verschwand sie erstmals aus der Kommunalregierung. Die Parlamentswahlen vom 15. März 2017 mündeten für die PVDA in einer niederschmetternden Wahlniederlage: von 24,7 Prozent im Jahr 2012 fiel die Partei zurück auf 5,7 Prozent – ein so noch nie erlebter Verlust, nicht nur in der Geschichte der PVDA, sondern auch in der parlamentarischen Geschichte der Niederlande. In einigen Etappen verlor sie ihre strategische Position als wichtigste linke Regierungspartei. Weder im traditionell roten Norden, noch in wichtigen Städten wie Amsterdam ist sie noch die größte Partei. Ihre Wähler sind in alle Richtungen abgewandert – nicht nur zur linken Konkurrenz (*GroenLinks* (GL) und SP), sondern auch zur D66, zur VVD, zur PVV und zu anderen Parteien. Viele Bürger mit einem Migrationshintergrund, die früher klar die PVDA unterstützt hatten, wechselten zur neuen Partei DENK. Spitzenkandidat

Asscher blieb, während der Parteivorsitzende Hans Spekman ankündigte, im Oktober 2017 abzutreten.

Die Niederlage passte zu dem beschriebenen Trend, doch war sie vom Umfang her außergewöhnlich groß. Welche Faktoren spielten eine Rolle? Der Kurs der *Partij van de Arbeid* – inklusive der Anpassung an den liberalen Zeitgeist – stand schon lange in der Kritik, da er zu wenig sozialdemokratisch sei. Die Kabinettsbeteiligung an einer Koalition mit der VVD hat dabei nicht gerade geholfen. Nach einer harten Wahlkampagne gegen Rutte 2012 führte eine schnelle Koalitionsbildung zu einem Kabinett und einer Politik, in der sich ein wichtiger Teil der Wählerbasis der PVDA nicht wiederfinden konnte. Auch die Wahlkampagne von 2017 (und die Zeit davor) war nicht unproblematisch: Der offen ausgetragene Kampf um die Spitzenkandidatur zwischen Asscher (Vizepremier und Arbeitsminister) und Samsom (Fraktionsvorsitzender in der Zweiten Kammer) führte nicht zur erwarteten neuen Dynamik, sondern hatte eher die Gestalt eines Dramas von Shakespeare. Bei der Kampagne blieb Spitzenkandidat Asscher zwischen seiner Verantwortung für die ausgeübte Politik und dem Wunsch nach einem Neuanfang stecken. Unter den Wählern zeichnete sich schließlich eine neue Zweiteilung oder Fragmentierung ab – zwischen denjenigen, die mehr, und denjenigen, die weniger von wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklungen profitieren. Für die PVDA wurde es zunehmend schwieriger, diese Differenzen zu überbrücken. Welche Schlüsse sollte die PVDA ziehen? „Die Partei“, so schrieb das *NRC Handelsblad*, „kann sich viel Analysezeit sparen, indem sie in ihre eigenen Archive eintaucht, in denen Stapel voller Selbstkasteiung über das gleiche Thema zu finden sind.“¹⁰³

Schlussbetrachtung

Die Sozialdemokratie hat in ihrer bisherigen Geschichte stets viel Flexibilität bewiesen und sich an neue Umstände angepasst. Nach einer Reihe von Wahlniederlagen seit 2014 stellt sich die aktuelle Situation nicht einfach dar. Eine Erholung ist nicht selbstverständlich, doch genau so wenig unmöglich. Die gesellschaftliche Dringlichkeit für eine solche ist immens. Die Zweiteilung und Fragmentierung, die sich gesellschaftlich abzeichnet, benötigt dringend eine Anbindung an die Politik. Dafür müssen jedoch die Basics stimmen: Offenheit für die Entwicklung neuer Ideen, Kontakt mit der Arbeitswelt, eine ausgezeichnete Auswahl von Politikern, *checks and balances* in der Organisation, neue attraktive Verbindungen zwischen dem, was die Gesellschaft bewegt und der Sozialdemokratie sowie eine stabile

und überzeugende Führung. Eine Zusammenarbeit mit linken Kräften könnte eine neue Dynamik erzeugen. Doch es muss der PVDA auch gelingen, von sozialdemokratischen Werten ausgehend einen neuen „postliberalen“ Kurs einzuschlagen.¹⁰⁴ Gerade in einer Periode heftiger Veränderungen, so schrieb der Kulturhistoriker und wbs-Mitarbeiter René Cuperus 2009, „mit einem Cocktail aus neoliberaler Globalisierung, technologischer und kultureller Innovation, einer Beschleunigung der europäischen Integration und großen Migrantenströmen“, biete die Elite kein Gegengewicht und bringe keine Ruhe, sondern umarme diese turbulenten Veränderungen begierig und schüre ihr Feuer noch an. Regierung und Parteien aus der Mitte haben „zu hohe Ansprüche an die Bereitschaft zur Veränderung gestellt und haben die Bürger überfordert.“¹⁰⁵ Das gelte auch für die Sozialdemokratie.

Vertrauen zurückgewinnen: Das dauert seine Zeit. Es geht nicht ohne wiedererkennbare und verbindliche Perspektive. Das Ziel muss ein Sozialstaat bleiben, der Schutz vor Risiken und Friktionen in unserer heutigen Gesellschaft bietet. Der britische Sozialist und Historiker Richard Tawney drückte es 1931 so aus: „Was eine Gesellschaft zur Gesellschaft macht, ist nicht so sehr das, was sie besitzt, sondern wie sie ihren Besitz verwendet. Eine Gesellschaft ist in dem Maße kultiviert, in dem ihr Verhalten von einem richtigen Urteil von geistigen Werten angetrieben wird, in dem Maße, in dem sie materiellen Errungenschaften und Besitz verwendet, um die Würde und innere Kultiviertheit der Menschen zu bestärken, aus denen die Gesellschaft besteht.“¹⁰⁶ Kurzum: Erforderlich ist ein *Om de kwaliteit van het bestaan 2.0* (*Zur Verbesserung der Lebensqualität 2.0*).

Aus dem Niederländischen übersetzt von Frederike Zindler

6. Die Schwächsten gegen das Recht des Stärkeren verteidigen

Die Bedeutung der *Partij voor de Dieren*

Niko Koffeman

Die Gründung der *Partij voor de Dieren* (PVDD, Partei für die Tiere) im Jahr 2002 war ein ganz besonderes Ereignis, schließlich war sie die weltweit erste politische Partei, in deren Parteiprogramm die Interessen von „non-humans“ den Ausgangspunkt darstellten. Die Gründer waren größtenteils Vertreter von Organisationen wie *Bont voor Dieren*, *Dierenbescherming*, *Faunabescherming*, dem *Nederlandse Bond tot Bestrijding van Vivisectie* und *Wakker Dier*. Diese Organisationen versuchten seinerzeit, den Kurs politischer Parteien auf dem Gebiet des Tierwohls zu beeinflussen. Im Rahmen von Lobbybesuchen bei nahezu allen Fraktionen in der Zweiten Kammer berichteten diese NGO's jährlich über das Wohlergehen und die Rechte von Tieren. Ihrer Einschätzung nach waren die tatsächlichen gesetzlichen Verbesserungen auf diesem Gebiet allerdings völlig unzureichend. In ihren Augen hatte dieses Thema auf der Prioritätenliste der damaligen politischen Parteien einen immer noch viel zu geringen Stellenwert. Dies war der Ausgangspunkt dafür, über eine andere Art der Interessenvertretung nachzudenken: die Gründung einer eigenen politischen Partei.

Von der politischen Interessenvertretung zur politischen Repräsentanz

Die Idee zu einer Parteigründung lag lange Zeit auf Eis. Irgendwann in den neunziger Jahren suchte man bei Niko Koffeman Rat – er engagierte sich aktiv bei verschiedenen Tierwohl-Organisationen und war externer Wahlkampfberater der SP. Sein Rat lautete, eine eigene politische Partei zu gründen, deren programmatischer Ausgangspunkt die Vertretung der Interessen von Tieren sein sollte. Diese Idee wurde sowohl mit Begeisterung als auch mit Zurückhaltung aufgenommen. Die Aussicht, Tierrechte direkt in der Zweiten Kammer zu vertreten, statt Volksvertreter indirekt zu beeinflussen, erschien vielen Tierschützern als ein großer Schritt zur Verbesserung des Tierwohls. Zugleich fürchtete man aber zu scheitern. Es

bestand schließlich die Möglichkeit, dass eine solche Partei nur wenige Wähler anziehen würde. Zudem könnte ein Misserfolg andere Parteien in ihrer Meinung bestätigen, dass die Interessen von Tieren politisch nicht sonderlich bedeutsam seien. Dem stand wiederum die Überlegung gegenüber, dass es in der niederländischen Gesellschaft ein breites Interesse für das Wohlergehen von Tieren und für die Umwelt gab. Die Niederlande waren (und sind) weltweit das Land mit der höchsten „Viehichte“. In der Massentierhaltung starben pro Jahr mehr als 400 Millionen Tiere, und während der Jagdsaison wurden jährlich zwei Millionen Tiere abgeschossen. Auch fanden in großem Maßstab rituelle Schlachtungen ohne Betäubung statt, die Vorschriften für die Behandlung und Pflege von Versuchstieren wurden kaum befolgt, und zudem waren die Niederlande einer der größten Pelztierzüchter Europas. Einer speziell hierfür gegründeten Partei könnte es eventuell gelingen, den Rechten von Tieren einen prominenteren Platz auf der politischen Agenda zu verschaffen.

Diese letztgenannte Erwägung gab 2002 den Ausschlag, trotz aller Bedenken die PVDD zu gründen. Lieke Keller und Marianne Thieme, Direktorin beziehungsweise Referentin der Stiftung *Bont voor Dieren*, trafen diese Entscheidung während einer Demonstration gegen den Verkauf von Seehundfell. Kurz vor der Deadline wurde die *Partij voor de Dieren* offiziell registriert, so dass sie an den vorgezogenen Parlamentswahlen im Januar 2003 teilnehmen konnte.¹ Der Name *Partij voor de Dieren* sollte klar machen, mit welcher Zielsetzung die Partei ihre Politik betreiben wollte. Die Interessen der Schwächsten in der Gesellschaft – der Tiere – sollten im Mittelpunkt stehen und es sollte ein Parteiprogramm „für den gesamten Planeten“ entwickelt werden.

Die Teilnahme an den Wahlen im Jahr 2003

Anfangs war die Teilnahme an den Wahlen in erster Linie als Signal an die Politik gedacht. Der Hintergedanke lautete, dass einige Parteien daraufhin ihre Politik auf dem Gebiet des Tierwohls nachjustieren würden. Zu Beginn des Wahlkampfes hatte *GroenLinks* eine 40 Punkte umfassende Prioritätenliste festgelegt, in der das Thema überhaupt nicht vorkam.² Als die PVDD hierauf hinwies, veröffentlichte *GroenLinks* unter dem Titel *Erste Maßnahmen* eine ergänzende Liste, auf der das Tierwohl doch noch Berücksichtigung fand. Auch von der Basis der konservativ-liberalen *Volkspartij voor Vrijheid en Democratie* (VVD) wurde eine Initiative lanciert, dem Wohlergehen von Tieren mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Der Leidener Jurist Paul Cliteur

lenkte mit seinem Aufruf *Lasst die Tiere nicht links liegen* die Aufmerksamkeit auf das Thema. Er war bereits seit längerem dafür eingetreten, dem Wohlergehen von Tieren einen größeren Stellenwert zukommen zu lassen. In einem früheren Aufsatz schrieb er, dass „Tierrechte den moralisch blinden Fleck unserer Gesellschaft darstellen“ und dass wir uns als Gesellschaft „in 50 Jahren voller Scham danach umschauen werden, was wir den Tieren angetan haben.“⁴³ Studien hatten zudem ergeben, dass die VVD relativ viele Wähler hatte, die die Umwelt und die Tierrechte für wichtige Themen hielten und einen Wechsel zur PVDD in Erwägung ziehen könnten.⁴⁴

In den Medien wurden der PVDD vor der Wahl wenig Chancen eingeräumt. Bezeichnend war in diesem Kontext Anfang 2003 die Analyse des Journalisten Fons de Poel in der Nachrichtensendung *Netwerk*: „[...] diese Menschen führen einen tapferen Kampf, trotz der Tatsache, dass sie tief in ihrem Herzen wohl wissen, dass ihre Partei nie ins Parlament kommen wird.“ Das Wahlkampfbudget der neugegründeten Partei war klein. In Overijssel konnte man aufgrund eines administrativen Fehlers nicht einmal für die PVDD stimmen, wodurch sie auch den Anspruch auf kostenlose Werbespots im öffentlich-rechtlichen Rundfunk verlor – die Bedingung hierfür war, dass man in allen Wahlbezirken zur Wahl aufgestellt war. Im Januar 2003 erhielt die Partei trotz all dieser Probleme 47.754 Stimmen. Diese Stimmenzahl reichte nicht für einen Sitz im Parlament (hierfür wären über 64.000 Stimmen erforderlich gewesen), aber man war mit weitem Abstand der erfolgreichste Newcomer (die Partei erzielte sogar mehr Stimmen als alle anderen Neulinge zusammen). Dieses Ergebnis überzeugte die Gründer davon, die Partei nicht mehr nur als einen außerparlamentarischen „Antreiber“ zu betrachten, der die Parteien in der gegenwärtigen politischen Landschaft beeinflussen soll. Es wurden vielmehr die Vorbereitungen dafür getroffen, um bei den nächsten Parlamentswahlen in die Zweite Kammer einziehen zu können.

Einzug in die Politik und Ausweitung des politischen Umfelds

Zur Erreichung dieses Ziels leistete der in Bangkok lebende und auf dem thailändischen Markt aktive Moskitonetzfabrikant Niek Pierson einen wichtigen Beitrag. Dieser Nachkomme des niederländischen sozialliberalen Politikers Nicolaas Pierson (von 1897 bis 1901 Ministerpräsident in einem liberalen, häufig als „Kabinett der sozialen Gerechtigkeit“ bezeichneten Kabinett) weckte in einem Interview in *De Telegraaf* das Interesse der PVDD-Gründer. Pierson sprach in diesem Interview über seine Ideale und Sorgen auf dem Gebiet von Umwelt und Tierrechten. „Wenn ich in der Politik

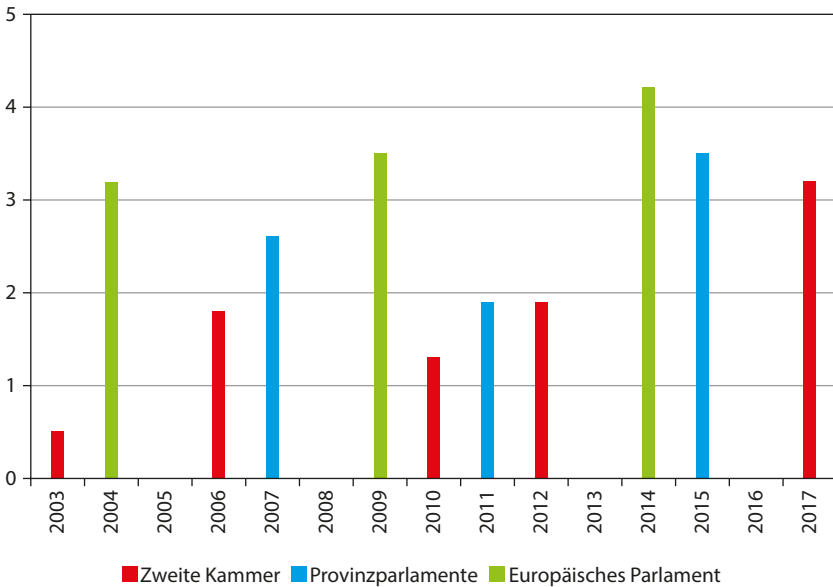
etwas zu sagen hätte, würde ich tierische Produkte mit enormen Steuern belegen, damit ein Huhn nicht mehr nach einem scheußlichen Leben für zwei Euro fünfzig im Geschäft liegt. Unsere DNA stimmt zu 98 Prozent mit der eines Schimpansen überein und zu 50 Prozent mit der einer Fruchtfliege. Ein Huhn ist in diesem Sinne auch eine Schwester von uns“⁵, so Pierson.

Pierson erwähnte in diesem Interview auch, dass seine Moskitonetze pro Jahr 60.000 Kinder retteten, er sich aber über die Tatsache Sorgen mache, dass diese Kinder anschließend „zu Kunden von Kentucky Fried Chicken“ aufwüchsen und damit der Natur und der Umwelt buchstäblich Gewalt antäten. Der Moskitonetzfabrikant erzählte weiter, dass er an einer unheilbaren Form von Krebs leide, die ihn leider daran hindere, seine Ideale mit Hilfe politischer Einflussnahme verwirklichen zu können. Marianne Thieme, inzwischen Direktorin der Stiftung *Wakker Dier*, nahm Kontakt zu Pierson auf und wies ihn auf Übereinstimmungen zwischen seinen Idealen und denen der jungen Partei hin, die nun gerade dabei war, diesen politischen Einfluss herbeizuführen. Pierson stand der politischen Initiative positiv gegenüber und schickte einen „Kundschafter“ nach Den Haag, um zu beurteilen, ob die PVDD in der politischen Landschaft der Niederlande erfolgreich sein könnte. Er ließ anschließend wissen, dass er eine positive Auskunft erhalten habe und sagte, dass er für eine mögliche Zusammenarbeit offen sei. Auf seine Frage hin, ob Thieme gelegentlich einmal nach Bangkok komme, stieg sie zwei Tage später in ein Flugzeug nach Thailand. In Bangkok sprachen Pierson und Thieme über ihre Ideale, und nachdem sie Übereinstimmungen zwischen Piersons Idealen und der Parteiideologie der PVDD festgestellt hatten, stellte Pierson 300.000 Euro für die Wahlkampagne zur Wahl im November 2006 zur Verfügung.

Vor seinem Tod am 12. August 2007 wurde Pierson Zeuge des Durchbruchs der jungen Partei. Sein Name lebt in der *Nicolaas G. Pierson Foundation* weiter, dem wissenschaftlichen Büro der PVDD. Am 10. Dezember 2007, vier Monate nach Piersons Tod, veröffentlichte das Büro den Klimadokumentarfilm *Meat the Truth*, der seinem Namensgeber gewidmet war.⁶

„Moralischer Durchbruch“ oder „Zeichen einer fortgeschrittenen Dekadenz“?

Bei der Parlamentswahl vom 22. November 2006 erhielt die *Partij voor de Dieren* 179.988 Stimmen (1,8 Prozent), was für zwei Sitze in der Zweiten Kammer reichte. Kurz darauf, im Jahr 2007, erzielte die Partei bei den

Abbildung 6.1: Wahlergebnisse der PVDD 2003-2017 (in Prozent)

Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage der Angaben auf der Internetseite www.verkiezingsuitslagen.nl

Wahlen zu den Provinczparlamenten sogar 2,55 Prozent der Stimmen, was ihr dort neun Mandate einbrachte. Dieses Wahlergebnis führte dann zum ersten Sitz in der Ersten Kammer des niederländischen Parlaments. Dieser Zugang zu den verschiedenen parlamentarischen Gremien zog die Möglichkeit einer unmittelbaren politischen Einflussnahme nach sich. Der Erfolg der PVDD bewegte auch die Gemüter in den Medien und an den Universitäten. Cliteur bezeichnete den „Durchbruch“ der Partei als einen „wichtigen Schritt auf dem Weg zur Anerkennung der Rechte der Tiere“. Andreas Kinneging, ebenfalls Jurist und Hochschullehrer in Leiden, beschrieb den Wahlerfolg der PVDD im *Reformatorisch Dagblad* hingegen als „ein Zeichen fortgeschrittener Dekadenz“. Kinneging war der Ansicht, dass eine große Gruppe von Niederländern offensichtlich so degeneriert sei, dass sie das Wohlbefinden von Tieren wichtiger fände als andere Themen, wie beispielsweise die Armut: „Man kann seine Stimme lieber einer Partei mit einer breiter angelegten Gesellschaftsvision geben, und sei es die SP.“ Nach Kinnegings Meinung war es ein Zeichen „großen Leichtsinns“, das Tierwohl zur vorrangigen politischen Priorität zu erheben: „Es erinnert mich an den römischen Kaiser Caligula, der sein Pferd zum Konsul machte.“ Vom „Ausmaß an Dekadenz in der Gesellschaft“, dem Kinneging den Wahlerfolg

der PVDD zuschrieb, hing seiner Meinung nach die Zukunft der Partei ab. „Ich hoffe, dass es abnimmt.“⁷

Die Historikerin Amanda Kluvel vertrat kurz nach den Wahlen des Jahres 2006 in *de Volkskrant* die These, die *Partij voor de Dieren* disqualifiziere sich durch die „selbsterklärte moralische Überlegenheit, die von einem eindimensionalen Weltbild – Gut gegen Böse – und einer simplifizierenden Vorstellung von Politik zeugt“ von vorneherein selbst als seriöser politischer Akteur. Die Wähler, die dieser Partei ihre Stimme gaben, nahmen Kluvel zufolge „die Politik nicht mehr ernst“. Darauf reagierte am 6. Januar 2007 die Historikerin Maartje Janse in der gleichen Zeitung mit dem Artikel *Tierpartei fordert das politische Establishment heraus*. Janse zufolge könne „der expressive politische Stil der *Partij voor de Dieren* große Zustimmung generieren, wie die Geschichte lehrt.“ Janse untersuchte in ihrer Dissertation *De Afschaffers. Publieke opinie, organisatie en politiek in Nederland 1840-1880* (2007), wie sich die niederländische Politik unter dem Einfluss von Parteien, die als „Ein-Thema-Parteien“ und „*pressure-groups*“ angefangen hatten, hin zur heutigen Form der Parteipolitik veränderte. Sie sah unter anderem – wie im Folgenden noch ausführlicher dargestellt wird – eine Parallele zu der von Abraham Kuyper gegründeten *Antirevolutionaire Partij* (ARP), die in den heutigen *Christen-Democratisch Appèl* (CDA) aufgegangen ist.

Das Bild der PVDD in den Medien

Eine ausführliche Analyse der Berichterstattung über die PVDD wurde von Christine Teunissen während ihres Geschichtsstudiums an der Universität Leiden durchgeführt. Teunissen sitzt gegenwärtig (2017) für die PVDD in der Ersten Kammer und ist Mitglied im Stadtrat von Den Haag. Im Rahmen ihrer Examensarbeit *Voor elke duif een truitje? (Für jede Taube ein Pullöverschchen?)* untersuchte sie die Berichterstattung über die *Partij voor de Dieren* zwischen 2002 und 2008. Um ein repräsentatives Bild von „der Meinung“ in der überregionalen Presse zu erhalten, bezog Teunissen neun überregionale Zeitungen und Meinungsblätter in die Analyse ein: *NRC Handelsblad*, *de Volkskrant*, *Trouw*, *De Telegraaf*, *Agrarisch Dagblad*, *Reformatorisch Dagblad*, *Vrij Nederland*, *Elsevier* und *Opzij*. Sie stellte bei der Annäherung an die Partei drei Schwerpunkte fest.

Zum einen gab es die „lächerlich machende Annäherung“: Die Medien schufen das Bild einer nicht ernst zu nehmenden, spielerischen Aktionspartei. Dieses Bild herrschte vor allem in den ersten Jahren vor, als die Partei noch keinen Sitz im Parlament hatte, sowie kurz nach dem Einzug

ins Parlament. Unter anderem die Kolumnisten Ephimenco (*Trouw*) und Montag (*NRC Handelsblad*) trugen aktiv zu diesem Bild bei. Die PVDD sei eine aus dem Tieraktivismus hervorgegangene Initiative, die über eine begrenzte Basis verfüge, welche in erster Linie aus „Fleischverzichtern“ sowie aus Menschen bestehe, die in Tier- und Naturschutzorganisationen aktiv seien. Das gleiche Schubladendenken fand sich auch in vielen redaktionellen Kommentaren und in der Art und Weise, in der über die Partei berichtet wurde. Dies geschah durch das Herausgreifen und Aufbauschen einzelner Programmpunkte (z.B. das Angelverbot) und mit Hilfe von Stereotypisierungen („Tieranbeter“). Im Rahmen der Berichterstattung über die PVDD verwendete Begriffe lauteten unter anderem: „Ein-Thema-Partei“, „überflüssiger Luxus“, „lächerliche Vorschläge“, „über das Ziel hinausgeschossene Tierliebe“ und „Schnuller für dekadente Intellektuelle“. Jede Aktion der Partei, die zu diesem Bild passte, wie das Einbringen eines „Goldfischglas-Antrags“, konnte für die Medien Anlass sein, das Bild der spielerischen Aktionspartei zu bestätigen. Das karikaturistische Bild einer Partei, die „für jede Taube ein Pullöverchen“ stricken wolle, begegnete Teunissen in ihrer Untersuchung mannigfach.

Zweitens gab es die „dämonisierende Annäherung“. Die PVDD sei eine politische Partei mit zweifelhaften Motiven und mit Wurzeln im radikalen Aktionswesen. Die in diesem Kontext in Artikeln verwendeten Charakterisierungen lauteten beispielsweise: „einseitig“, „schaurig“ (im Hinblick auf die Ansichten der Partei), „gewalttätig“ (in Bezug auf den Tieraktivismus) und „beschränkt“. Zudem wurde negativ über die „Siebenten-Tags-Adventisten“ mit ihrem „moralischen Überlegenheitsgefühl“ und ihrer „Demagogie“ geschrieben. Dieser Ton wurde in erster Linie ab dem Zeitpunkt angeschlagen, als die *Partij voor de Dieren* in die Zweite Kammer gewählt wurde, und dominierte besonders die Berichterstattung über Thiemes Mitgliedschaft in der Adventisten-Kirche. Teunissen bezeichnete in ihrer Untersuchung alleine schon die Tatsache, dass der religiöse Hintergrund der Parteiführerin so ausführlich beschrieben wurde, als einen Ausdruck dieses Trends. Diese ausführliche Beschreibung stehe in deutlichem Gegensatz zu dem (weitgehend nicht vorhandenen) Interesse der Medien an dem religiösen Hintergrund ihrer Kolleginnen und Kollegen im Parlament. Die Medien interessierten sich mehr für Thiemes religiösen Hintergrund als für ihr Abstimmungsverhalten im Parlament. Und das, obwohl sich die PVDD selbst als eine säkulare Partei profiliere und Thieme sich wiederholt für eine strikte Trennung von Kirche und Staat ausgesprochen habe.⁸

Schließlich stellte Teunissen zum Dritten auch noch eine ernsthaftere Annäherung an die Partei fest, bei der der „eigene Stil“ – beispielsweise mit

Begriffen wie „herausfordernd“ und „expressiv“ – beschrieben wurde. Die seriöseren Kommentare tauchten vor allem nach dem Wahlerfolg im Jahr 2006 auf. Die Medien begannen allmählich, die Partei als Repräsentantin eines Themas anzuerkennen, an dem ein öffentliches Interesse bestand. Diese Anerkennung führte zu inhaltlichen Diskussionen und ernsthaften Betrachtungen über die Hintergründe der Partei, ihre wichtigsten Vertreter und ihre (absolute) Positionierung aus moralischen Gründen – was die Partei selbst als „expressive Politik“ bezeichnete. Dabei wurden Begriffe wie „Antreiber“, „Aktionspartei“, „wir gegen den Rest!“, „Herausforderung des politischen Establishments“, „zugänglich“, „entschlossen“, „Emanzipationsbewegung“ und „Erziehungsoffensive“ verwendet. Eine seriöse Annäherung war im Übrigen nicht automatisch positiv, sondern es wurde in diesem Zusammenhang durchaus Kritik geäußert. Dabei handelte es sich jedoch eher um kritische Betrachtungen, beispielsweise in Bezug auf das Abstimmungsverhalten und das Parteiprogramm, bei denen die Stereotypisierungen, die den „lächerlich machenden“ und den „dämonisierenden“ Trend charakterisierten, unterblieben.

Die drei Annäherungsweisen wurden in den verschiedenen Medien in unterschiedlichem Maße verwendet. In *De Telegraaf* waren die lächerlich machenden und die dämonisierenden Charakterisierungen vorherrschend. Die Kommentare, die Themenwahl und die Interviewfragen waren in der Regel mit einem zynischen Unterton unterlegt. Nahezu jedes Ereignis wurde zur Bestätigung negativer Stereotype aufgegriffen. In dieser Zeitung wurde überdies laut Teunissen der inhaltlichen Diskussion keine Aufmerksamkeit geschenkt. *NRC Handelsblad*, *de Volkskrant* und *Trouw* waren in ihrer Berichterstattung am ausgewogensten und boten sowohl der inhaltlichen Diskussion über das Konzept der *Partij voor de Dieren* als auch den oben beschriebenen stereotypen Charakterisierungen Raum. Es fällt auf, dass *de Volkskrant* dem Aufstieg der Partei die meiste Beachtung schenkte, während das *NRC Handelsblad* dies erst nach dem Wahlerfolg im Jahr 2006 tat. Die letztgenannte Zeitung brachte die Partei in Misskredit, indem sie über eine vermeintliche Verstrickung des Sponsors Niek Pierson in Tierversuche berichtete und die Auslassungen des Schriftstellers Maarten 't Hart über die Mitgliedschaft Marianne Thiemes bei den Siebten-Tags-Adventisten veröffentlichte. Dem parlamentarischen Berichterstatter dieser Zeitung rutschte im Jahr 2014, also acht Jahre nach dem Einzug der PVDD ins Parlament, heraus, dass er die Fraktion der Partei noch nie besucht habe: „Ich wusste nicht einmal, in welchem verborgenen Winkel des Parlamentsgebäudes die PVDD-Fraktion untergebracht war.“⁴⁹ Aber das *NRC Handelsblad* bot auch Raum für inhaltliche Diskussionen, beispielsweise über den bereits

erwähnten Dokumentarfilm *Meat the Truth*, und betonte Ende 2008 ausdrücklich den Erfolg der *Partij voor de Dieren* im Parlament.

Die Zeitung *Trouw* veröffentlichte die negativsten Kolumnen, unter anderem – wie bereits erwähnt – vom Kolumnisten Ephimenco, aber die Zeitung berichtete auch positiv, beispielsweise über den „expressiven Stil“ der Partei. Auch schenkte die Zeitung dem zugrundeliegenden Erziehungsideal der Partei Beachtung. Am meisten schätzte und würdigte *Trouw* die ethischen Ausgangspunkte und die „wir gegen den Rest-Haltung“. In der von der Zeitung jährlich veröffentlichten Ranking-Liste „Nachhaltige 100“, auf der die in den Bereichen Nachhaltigkeit und Umweltpolitik einflussreichsten einhundert Menschen aufgeführt werden, rangieren die Parlamentarierinnen Marianne Thieme und Esther Ouwehand schon seit Jahren auf hohen Positionen. Das *Agrarisch Dagblad* widmete sich besonders inhaltlichen Aspekten der *Partij voor de Dieren*. Das Blatt beurteilte die Haltung der Partei hinsichtlich der Bauern und der Umformung der Landwirtschaft kritisch. Diese Kritik wurde durch sachbezogene Sichtweisen, Fakten und Zahlen untermauert. Auf der jährlichen Ranking-Liste, die das Blatt über die Personen veröffentlicht, die für den Agrarsektor am wichtigsten sind, befindet sich Marianne Thieme immer im oberen Bereich. Das *Reformatisch Dagblad*, das den inhaltlichen Diskussionen in der PVDD verhältnismäßig viel Beachtung schenkte, beurteilte das politische Auftreten der Partei und ihr Gedankengut in Bezug auf ethische Fragen kritisch. In der kurzgefassten Berichterstattung in den untersuchten Meinungsblättern *Vrij Nederland*, *Elsevier* und *Opzij* waren keine Trends zu erkennen. In *Opzij* wurde Marianne Thieme in positiver Weise als eine vor allem im Rahmen der Emanzipation der Frau und der niederländischen Politik streitbare und einflussreiche Frau beschrieben. *Vrij Nederland* verhielt sich lange Zeit überwiegend skeptisch. Im Jahr 2014 begann die Zeitung zum ersten Mal, auch positive Hintergrundberichte über die Partei zu veröffentlichen.¹⁰ Es fällt auf, dass *Elsevier*, ebenso wie die Qualitätsblätter, in unterschiedlicher Weise berichtete, wobei die inhaltlichen und stereotypisierenden Annäherungen deutlich sichtbar waren. Das Blatt konnte die Ergebnisse der PVDD würdigend anerkennen, beteiligte sich aber auch an der karikierenden Darstellung.

Bis 2006, als die *Partij voor de Dieren* in der Zweiten Kammer zwei Sitze erzielte, herrschte demnach in den Zeitungen das Bild einer nicht ernst zu nehmenden, spielerischen Aktionspartei vor. Anschließend wurde die Partei in der Presse dann als ein eher seriöser Akteur wahrgenommen, der im Übrigen durchaus kritisch betrachtet wurde. Eine mögliche Erklärung hierfür ist, dass nach dem Erstaunen über den Wahlerfolg Platz für eine Reflexion über die Frage entstand, was es denn nun bedeutete, zum ersten

Mal eine „Tierpartei“ im Parlament zu haben. Die Kritik zielte in erster Linie auf die Art und Weise ab, in der die Partei expressive Politik betrieb, ohne dass dieser Blickwinkel in der Berichterstattung explizit hervorgehoben wurde.

Das Antreten der PVDD in den Provinzparlamenten im März 2007 läutete eine kurze Phase der Dämonisierung ein, wobei die Kommentare unter anderem von Maarten 't Hart zu Thiemes Mitgliedschaft bei den Sieben-Tags-Adventisten als Katalysator dienten. Auf mehr oder weniger subtile Art und Weise wurde die Glaubwürdigkeit der Partei in Zweifel gezogen. Einige Medien zeigten Verständnis für die Unruhe und suggerierten, dass es Verbindungen zu gewalttätigem Tieraktivismus gebe. Nach dem Erlangen eines Sitzes in der Ersten Kammer im Mai 2007, als der Eindruck entstand, dass die Partei keine Eintagsfliege sei, wurde die Berichterstattung eher betrachtender und inhaltlicher Natur. Das Interesse der Medien galt vor allen Dingen dem Verhalten der Partei in der Zweiten Kammer, wobei man einen Bezug zu der Tatsache herstellte, dass auf der politischen Agenda das Interesse an Umwelt und Tierrechten gewachsen war.

Der Dokumentarfilm *Meat the truth* über die Rolle der Massentierhaltung bei der Erderwärmung wurde in den Medien im Allgemeinen positiv aufgenommen. Er führte zu Diskussionen über die Frage, ob die Forderungen, die in dem Film geäußert wurden, berechtigt seien, beispielsweise die These, dass die Viehhaltung mehr Treibhausgase produziere als aller Verkehr und Transport zusammen. Die damalige Ministerin für Landwirtschaft, Natur und Nahrungsmittelqualität, Gerda Verburg (CDA), eröffnete das Gespräch in den Medien, indem sie die Forderungen der Klimadokumentation zurückwies. Sie bat Forscher der Universität Wageningen, den Inhalt des Dokumentarfilms zu überprüfen. Drei Monate später folgte das Ergebnis: „Nach dem Studium des Films und der Fakten stellen wir fest, dass diese auf aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhen und abgesehen von einigen Unrichtigkeiten keine großen (Rechen-)Fehler enthalten.“⁴¹ Aber auch nach dem Ergebnis der Wageninger Untersuchung wurde die Partei – und sie wird es bis zum heutigen Tag – nicht nur inhaltlich behandelt, sondern sie wird auch weiterhin lächerlich gemacht beziehungsweise dämonisiert.

Wie bereits erwähnt, wurde in den Medien der „expressive, eigene Stil“ der Partei ausführlich thematisiert, ein Stil, der sich unter anderem durch zahlreiche parlamentarische Anfragen und Anträge auszeichnete. Einerseits ging man inhaltlich auf die Anträge ein, andererseits wurde die Vielzahl der Anträge kritisch kommentiert. Bei der Vorstellung des als „Plan B“ betitelten Wahlprogramms 2017, in dem 550 Verbesserungsvorschläge für eine konsistente Gesellschaft präsentiert wurden, gab ein Journalist des ANP die Leitlinie als „ein Verbot von Tierparks und das Einführen von

Pfand auf kleine Flaschen und Dosen“ wieder. Obwohl man damit dem Parteiprogramm selbstverständlich nicht gerecht wurde, übernahmen fast alle Tageszeitungen und andere Medien diese selektive Auswahl kritiklos. Dass Medienvertreter Probleme haben, im Umgang mit der *Partij voor de Dieren* ihre professionelle Haltung zu wahren, scheint ein immer wieder auftretendes Phänomen zu sein. Ein Beispiel: Noch im Jahr 2017 sprach der Moderator Jeroen Pauw in seiner Talkshow Marianne Thieme als „Fräulein“ an, obwohl sie zu diesem Zeitpunkt gerade das 45. Lebensjahr erreicht hatte.¹²

Historische Parallelen

Die Geschichte der PVDD ist noch jung, aber dennoch gibt es historische Parallelen zu ähnlich ausgerichteten (politischen) Bewegungen im 19. Jahrhundert. Einige von diesen sind als Vorläufer der Parteien zu betrachten, die zum gegenwärtigen Zeitpunkt im Parlament vertreten sind. Die bereits erwähnte Historikerin Maartje Janse widmete ihre Dissertation *De Afschaffers. Publieke opinie, organisatie en politiek in Nederland 1840-1880* dem Einzug von *pressure-groups* in die Politik. Diese Gruppen wandelten sich nach einiger Zeit in politische Parteien um – in einer Zeit, in der solche Parteien ein neues Phänomen waren.

Maartje Janse zeigt auf, wie sich die niederländische Politik wandelte: Die Honoratiorenelite verlor an Einfluss, Parteien gewannen an Bedeutung hinzu. Sie erforschte das zunehmende Interesse der Bürger an der Politik und ihre zunehmende Partizipation an politischen Prozessen zwischen 1840 und 1880. Im Jahr 1840 gab es in den Niederlanden überhaupt noch keine Parteien. Abraham Kuyper gründete erst 1879 mit der *Antirevolutionaire Partij* (ARP) die erste Partei der Niederlande. Die ARP fing als „Ein-Thema-Organisation“ an, die sich für die staatliche Finanzierung des christlichen Unterrichts einsetzte. *Pressure-groups*, die auf verschiedenen Gebieten für die Abschaffung gesellschaftlicher Missstände kämpften, von der Sklaverei bis zum Alkoholmissbrauch, waren die ersten, die die Möglichkeiten einer politischen Repräsentanz sondierten. Nach ausländischem Vorbild versuchten niederländische Ein-Thema-Organisationen, wie die *Nederlandsche Vereeniging tot Afschaffing van Sterken Drank* (1842-1899), der *Nederlandsche Bond ter Bestrijding der Vivisectie* (ab 1890) und die *Nederlandsche Maatschappij ter Bevordering van de Afschaffing der Slavernij* (1853-1862), Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse zu erlangen. Die Verfassung von 1848 bot Raum für die Emanzipation der Bürger, und die „Abschaffer“ sondierten

diesen Raum, so Janse. Durch eine vorsichtige Strategie zeigten sie, dass Kritik an der Politik nicht unmittelbar zu Radikalismus und Revolution führen musste. Die *pressure-groups* versuchten, die Bürger in die Politik einzubeziehen, damit veränderten sie auch deren Wesen. Indem sie politische als moralische Fragen darstellten und – umgekehrt – moralische Fragen auf die politische Agenda setzten, schufen sie eine Verbindung zwischen der Erlebniswelt der Bürger und der politischen Domäne. In diesem Sinne sieht Janse große Übereinstimmungen zwischen der Lage am Ende des 19. und der zu Beginn des 21. Jahrhunderts.

Der expressive und kritische Stil ist etwas, das Janse in der PVDD wiedererkannte. Parallelen sah sie aber auch in Bezug auf den Ausgangspunkt und den Wandel der Partei. Der Ausgangspunkt ist, wie in der Einleitung bereits kurz beschrieben, der Tierschutz, so wie dies bei den beschriebenen *pressure-groups* die Abschaffung der Vivisektion oder des Alkoholgenusses war. War die Abschaffung erfolgreich, war das Ziel erreicht. Dass „*non-humans*“ der Ausgangspunkt der *Partij voor de Dieren* sind, heißt jedoch nicht, dass die Partei ausschließlich auf das Tierwohl abzielt. Die Partei bezieht zu allen politischen Fragen Stellung, sie urteilt in Debatten und Abstimmungen aktiv über alle im Parlament diskutierten Themen, und sie bezeichnet ihr Parteiprogramm als „planetenumfassend“. Eine weitere deutliche Übereinstimmung zwischen den „Abschaffern“ und der *Partij voor de Dieren* sind die prominenten Stimmenfänger auf der Kandidatenliste, die sich von Anfang an für die Partei eingesetzt haben. Die Kandidatenliste der PVVD bestand zur Hälfte aus prominenten Niederländern, wie Kees van Kooten, Mensje van Keulen, A.F.Th. van der Heijden, Jeroen Siebelink, Georgina Verbaan, Charlotte Mutsaers, Maarten Biesheuvel, Peter Nicolaï und vielen anderen. Die Unterstützung durch eine intellektuelle Vorhut verdeutliche, so Thieme in ihrer ersten Reaktion auf das Wahlergebnis 2006, dass die PVDD „keine Partei aus lauter Einfaltspinseln“ sei (obwohl die Partei von Anfang an auch ein spezielles Wahlprogramm in vereinfachter Sprache veröffentlicht hat).

Eigene Ideale und eigene Strategien

Die *Partij voor de Dieren* bedient sich im Gegensatz zur instrumentellen Politik der traditionellen politischen Parteien einer expressiven Politik. Instrumentelle Politik ist durch ein hohes Maß an „Kompromissdenken“ gekennzeichnet – man geht davon aus, dass in einem Koalitionsland Ideale nicht unbeschadet aufrechterhalten werden können und dass es also für eine politische Partei das höchste zu realisierende Ergebnis ist, wenn

am Verhandlungstisch einige abgeschwächte Standpunkte durchgesetzt werden können.

2012 schrieb der Rotterdamer Soziologieprofessor Willem Schinkel, dass es seiner Ansicht nach im heutigen politischen Klima kaum noch Ideale gebe. Politik sei hauptsächlich zu einem „Problemmanagement“ geworden. Schinkel konstatierte: „Der Punkt ist, dass Politik viel mehr als Problemmanagement sein muss. Politik ist auch die Artikulation der grundsätzlichen Unterschiede, die es zwischen Menschen gibt. Und der grundsätzlichen Machtunterschiede. Diese darf man nicht unterdrücken oder heimlich unter den Tisch fallen lassen. Die Menschen haben nicht richtig verstanden, dass die ideologischen Unterschiede von früher verschwunden sind, und dass wir von einer dominanten Elite mit dominanten Interessen regiert werden.“ Das Problematische an der Auffassung von Politik als Problemmanagement ist nach Schinkel gerade die sogenannte ideologische Neutralität: Es werde so getan, als sei Politik neutral, dies sei aber keineswegs der Fall. Das heutige politische System sei eng mit einem ökonomischen System verbunden, das stark ideologisch aufgeladen sei. Nach den Unterschieden zwischen den politischen Parteien gefragt, die gegenwärtig (2012) in der Zweiten Kammer vertreten seien, sagte Schinkel: „Ich sage nicht, dass es überhaupt keine Unterschiede zwischen politischen Parteien gibt, ich sage nur, dass diese Unterschiede nie wirklich ganz grundlegender Natur sind. Die *Partij voor de Dieren* ist vielleicht die einzige Ausnahme (...) D66, das ist die typische Partei einer nicht-ideologischen Politik. Faktisch sind alle Parteien in mehr oder weniger großem Ausmaß zur D66 geworden.“¹³

Abstimmungsverhalten und Politikcheck

Der Meinungsforscher Maurice de Hond verfolgte einige Jahre lang, inwieweit das Abstimmungsverhalten von Parteien im Parlament mit den Wünschen ihrer Wähler übereinstimmte. Bei einem breiten Spektrum von Anträgen und Gesetzesvorlagen zeigte sich, dass die *Partij voor de Dieren* am besten abschnitt: In mehr als 90 Prozent der erfassten Fälle war eine Übereinstimmung gegeben.¹⁴ Bei anderen Parteien kam ein teilweise deutlich niedrigerer Wert zustande. Parteien, von denen viele Wähler zu wissen glauben, wie diese sich in der Praxis verhalten, wenn es um Fragen wie Militärmissionen, internationale Verträge, Studienfinanzierung oder moralisch-ethische Probleme geht, stimmen also in vielen Fällen anders ab, als es das Wahlprogramm verspricht oder vermuten ließe. Es kann also der Schluss gezogen werden, dass die PVDD in ihrem Abstimmungsverhalten

bemerkenswert konsistent ist. Jan-Peter Cruiming, Unternehmer und langjähriges vvd-Mitglied, schrieb in diesem Kontext: „Je mehr ich mich darin vertiefte, desto klarer wurde mir, dass es im Zusammenhang mit der pvdd oft ein negatives Framing gab.“¹⁵ Die Erklärung für dieses mit den Wünschen ihrer Wählerschaft korrelierende Abstimmungsverhalten der Partei lautet, dass sie nicht nur klare Ideale hat, sondern auch unbeirrt an diesen festhält, ohne Kompromisse einzugehen.¹⁶ Darin kommt die von der Historikerin Maartje Janse bereits festgestellte expressive Politik zum Ausdruck – im Gegensatz zu der von den meisten anderen Parteien betriebenen instrumentellen, eher pragmatischen Politik, die beispielsweise Koalitionen zwischen Parteien ermöglicht, die sich kurz vor der Bildung einer solchen Koalition dem Wähler gegenüber noch wie Feuer und Wasser präsentiert haben.

Die *Partij voor de Dieren* wägt jede Frage, die nach einer politischen Entscheidung verlangt, beispielsweise bezüglich eines Gesetzentwurfs oder eines Antrags, anhand von vier Prüfkriterien ab: Mitgefühl, Nachhaltigkeit, persönliche Verantwortung und persönliche Freiheit. Die pvdd-Fraktionsmitglieder haben diese Kriterien dermaßen internalisiert, dass sich ein konsistentes Abstimmungsverhalten entwickelt hat. In der Praxis gibt es in der Zweiten Kammer pro Woche durchschnittlich vierzig bis siebzig Anträge, über die ein Urteil abgegeben werden muss. Die Parlamentarier und Fraktionsmitarbeiter erhalten an dem der Abstimmung vorangehenden Wochenende die Anträge nach Hause geschickt, wo sie jeden Antrag auf der Grundlage der vier genannten Prüfsteine mit einem persönlichen Urteil versehen. Nach dem Wochenende werden die Anträge in einer Fraktions-sitzung im Plenum durchgegangen, wobei sich zeigt, dass das Urteil der im Schnitt acht bis zehn Beteiligten zumeist gleich ausfällt. Nach einer kurzen Diskussion über einzelne Anträge oder Gesetzesvorlagen, bei denen es nicht zu einem übereinstimmenden Urteil gekommen ist, wird auf der Grundlage der genannten Prüfkriterien rasch ein Konsens erreicht.

Seit ihrer Gründung präsentiert sich die *Partij voor de Dieren* als eine Partei, die nicht an den traditionellen Links-Rechts-Gegensatz glaubt. Sie geht vielmehr von dem übergeordneten Interesse aus, das mit dem Bewahren einer „intakten“ Erde, mit dem Respektieren der natürlichen Grenzen im Hinblick auf die ökologische Belastbarkeit und mit dem Respekt vor allem, was lebt, zusammenhängt. Die Partei weist fortwährend darauf hin, dass ökonomischen Themen (die Wirtschaft muss wachsen, das Haushaltsdefizit darf maximal drei Prozent betragen) unverhältnismäßig viel Aufmerksamkeit geschenkt wird, während es, wie der *Wereld Natuur Fonds* in seinem *Living Planet Report* schreibt, ein ökologisches Haushaltsdefizit von rund

30 Prozent gibt.¹⁷ Die PVDD ist die einzige Partei im niederländischen Parlament, deren Grundhaltung lautet, dass die Tilgung „der ökologischen Schuld“ im Mittelpunkt der Politik stehen muss, und dass die Frage, was wir uns erlauben können und was nicht, nicht mit Geld zu beantworten ist, sondern mit Dingen, die das Leben wirklich lebenswert und die Erde für kommende Generationen weiterhin bewohnbar machen können. Dem Paradigma des *Living Planet Report* zufolge verbraucht die Weltbevölkerung innerhalb von acht Monaten einen Jahresvorrat an ökologischen Ressourcen. Nach Ansicht der PVDD ist Wirtschaftswachstum also nicht die Lösung vieler Probleme, sondern eher ihre Ursache.

What's in a name?

Der Name „*Partij voor de Dieren*“ hat seit dem Entstehen der Partei Kontroversen ausgelöst. Es ist für viele Menschen, auch für Politiker, schwer zu akzeptieren, dass eine politische Partei nicht die Interessen des Menschen, sondern die von Tier und Umwelt in den Mittelpunkt stellt. Dennoch spricht das Parteiprogramm durchaus eine breitere Öffentlichkeit an. Das zeigt die Tatsache, dass die verschiedenen Wahl-O-Maten viel mehr Menschen eine Wahlempfehlung für die PVDD geben, als es in der Zahl der von dieser Partei erreichten Stimmen zum Ausdruck kommt – ein Umstand, der den Betreibern der Wahl-O-Maten selbst nicht selten unangenehm ist. Im Jahr 2010 kam es unter den Verantwortlichen des *Kieskompas* zu einer Diskussion, nachdem die gesamte Redaktion von *Vrij Nederland* und der Schriftsteller Ronald Giphart bei einer Demonstration dieses Wahl-O-Maten „zu ihrer eigenen, nicht geringen Verlegenheit“ die Empfehlung erhalten hatten, die *Partij voor de Dieren* zu wählen. Der Politikwissenschaftler André Krouwel wurde als Urheber des *Kieskompas* zur Rechenschaft gezogen. Wie konnte es sein, dass häufiger eine Empfehlung für die PVDD ausgesprochen wurde als für die sozialdemokratische *Partij van de Arbeid* (PvDA)? Nach Ansicht Krouwels brauchte sich niemand Sorgen zu machen: Es gebe im Wahl-O-Maten nur eine einzige Aussage bezüglich der Tierrechte, und dass die „Tierpartei“ und die PVDA im Hinblick auf die übrigen Thesen nun einmal auf einer gemeinsamen Linie lägen, dafür könne er auch nichts. Über Giphart und die *Vrij Nederland*-Redakteure sagte er: „Sie sind keine Tierfanatiker, sondern einfach gebildete, links eingestellte Menschen.“¹⁸

Seit ihrer Gründung und besonders nach ihrem Einzug ins Parlament hat die *Partij voor de Dieren* zahllose ungebetene Ratschläge erhalten, ihren Namen zu ändern, beispielsweise durch den Austausch des Kernbegriffs „Tiere“ gegen einen weiter gefassten Begriff wie „Erde“, „Planet“ oder „Nachhaltigkeit“. Meinungsführer wie Rob Wijnberg, Gründer und

Chefredakteur der journalistischen Online-Plattform *de Correspondent*, fanden es unbegreiflich, dass eine politische Partei mit einem so großen Wählerpotenzial (laut den Umfragen von Maurice de Hond 12 bis 18 Prozent, was für 18 bis 26 Sitze im Parlament reichen würde) einfach nicht einsehen will, dass ein anderer Name die Partei für viele Wähler zugänglicher machen würde.¹⁹ In einem im Jahr 2017 erschienenen Artikel zeigt Wijnberg jedoch, dass er seine anfänglichen Bedenken aufgegeben hat: Wenn er nun vor der Entscheidung stünde, würde auch er den Namen „*Partij voor de Dieren*“ wählen.²⁰ Der Wissenschaftsjournalist Jelmer Mommers schreibt für die gleiche Online-Plattform über den Vormarsch der Partei und ihre Prinzipien. Er scheint mit dem „eingrenzenden“ Namen keine Probleme zu haben.²¹

Die Aussicht auf eine Namensänderung ist zurzeit nicht groß. Die Partei weist darauf hin, dass die Diskussion über die Frage, inwiefern eine *Partij voor de Dieren* ein Existenzrecht besitze sowie die Emotionen, die diese Debatte wecke, ein großer Wert an sich seien. Um Menschen für eine gerechtere Gesellschaft zu mobilisieren, seien nach Ansicht der Partei sowohl Emotionen als auch rationale Überlegungen notwendig. Obwohl der Name „*Partij voor de Dieren*“ für manche Menschen zunächst eine Schwelle darstelle, könne er, wenn man das Programm kennengelernt habe, doch der Richtige sein. In jedem Falle handelt es sich um einen Namen, der den Kern der Ideale und Standpunkte der PVDD adäquat wiedergebe – das Eintreten für die Allerschwächsten. Möglicherweise hat auch die Tatsache, dass die Partei – wie erwähnt – bei den Empfehlungen der Wahl-O-Maten mit solch guten Ergebnissen abschnitt, potenzielle Wähler zum Nachdenken gebracht. Wie dem auch sei: Im Jahr 2017 erhielt die Partei einen größeren Stimmenanteil als je zuvor (3,2 Prozent), damit stieg die Zahl ihrer Parlamentsmandate von zwei auf fünf.

„Der Hase beim Marathon“

Über den Einfluss der *Partij voor de Dieren* hat die Nicolaas G. Pierson Foundation den Dokumentarfilm *De haas in de marathon* (*Der Hase beim Marathon*) gedreht.²² Außerdem wurde der Einfluss der Partei auch wissenschaftlich erforscht. Die Politikwissenschaftler Simon Otjes und Tom Louwerse haben die Reaktion der bestehenden politischen Parteien auf die Anwesenheit neuer Parteien im Parlament untersucht. Ihre Forschungen haben ergeben, dass zwischen November 2006 (als die *Partij voor de Dieren* in die Zweite Kammer gewählt wurde) und März 2010 das Interesse an den Themen Landwirtschaft und Tierwohl deutlich zunahm. Ein Teil der

Änderungsvorschläge in der Zweiten Kammer kam von der PvdD selbst (106 von 390), aber auch andere Parteien beschäftigten sich deutlich mehr mit Agrarpolitik und Tierwohl als zuvor. *GroenLinks*, die *Socialistische Partij* (sp) und die *Democraten66* (d66) stimmten fast immer für die Vorschläge (Amendements und Anträge) der PVDD.

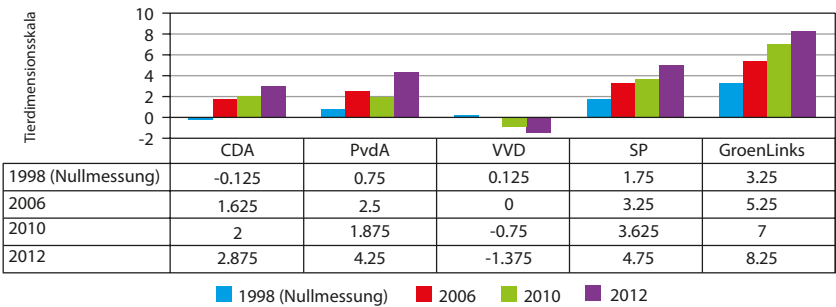
Abbildung 6.2: Zustimmung zu Anträgen der PVDD (November 2006–März 2010, in Prozent)

Partei	Zustimmung zu Anträgen der PvdD
pvdA	14%
d66	79%
CDA	2%
VVD	8%
SP	81%
GL	94%
SGP	10%
CU	13%
PVV	22%
Verdonk	5%
N	354

Quelle: Eigene Berechnungen

Simon Otjes und André Krouwel veröffentlichten im Jahr 2015 die Ergebnisse einer Untersuchung über die Unterschiede zwischen den Wählern von *GroenLinks* und den Wählern der *Partij voor de Dieren*. Es fällt auf, dass die Forscher die PVDD besonders an Tierthemen maßen, obwohl die Partei doch thematisch viel breiter aufgestellt ist.²³ Im Jahr 2012 sagte Otjes voraus, dass die *Partij voor de Dieren* ihren „einzigartigen Charakter“ für ein breites Parteiprogramm aufgeben werde.²⁴ 2016 stellte Tessa van Beelen in ihrer für den Prof. Dr. J.Th.J. van den Berg-Preis nominierten Bachelorarbeit die „Tierdimensionsskala“ vor, die anzeigt, in welchem Maße andere Parteien dem Tierwohl und den Tierrechten unter dem Einfluss der PVDD mehr Beachtung geschenkt haben. Der Titel der Abschlussarbeit, in deren Mittelpunkt das politische Interesse an den Tierrechten stand, lautete: *Waarin een kleine partij groot zijn kan* (*Worin eine kleine Partei groß sein kann*). Die zentrale Forschungsfrage lautet hier, in welchem Maße die Standpunkte der PVDD bei den Wahlen der Jahre 2006, 2010 und 2012 in die Wahlprogramme von CDA, PVDA, VVD, SP und *GroenLinks* aufgenommen worden waren. Auf der Grundlage ihrer Forschungsergebnisse zog van

Abbildung 6.3: Position ausgewählter Parteien auf der „Tierdimensionsskala“



Quelle: Eigene Berechnungen

Beelen die Schlussfolgerung, dass Standpunkte der PVDD Berücksichtigung in den meisten Wahlprogrammen fanden. Auf der „Tierdimensionsskala“ wird dies durch eine zunehmende positive Kongruenz der Standpunkte der PVDD in den Wahlprogrammen von CDA, PvdA, SP und GroenLinks sichtbar. Nur im Fall der vvd fällt das Ergebnis (leicht) negativ aus. Die Abbildung 6.3 zeigt, dass die Position der ausgewählten Parteien im Jahr 1998 relativ neutral war und dass nach dem Einzug der PVDD in die Zweite Kammer im Jahr 2006 auf der „Tierdimensionsskala“ eine Verschiebung in die positive Richtung zu erkennen ist. Natürlich heißt das nicht, dass dies ausschließlich die Folge des Auftretens der PVDD ist – ein solcher Einfluss ist ja nicht exakt messbar – aber die These, dass die von der PVDD vorgegebene Agenda bei dieser Entwicklung eine wichtige Rolle gespielt hat, ist wohl berechtigt. Das Tierwohl erschien jedenfalls seit 2006 als neues Thema auf der politischen Bühne.

Internationale Beziehungen und die Zukunft

Auch außerhalb der Niederlande nimmt das Interesse an den Themen der PVDD zu, und die Partei unterhält intensive Kontakte zu vergleichbaren Bewegungen und Parteien im Ausland. Marianne Thiemes Bericht über die Aktivitäten der PVDD wird in zwölf Sprachen verbreitet, und sie wird häufig als Sprecherin zu internationalen Veranstaltungen eingeladen, in deren Mittelpunkt Umwelt und Tierrechte stehen. Es gibt eine *Animal Politics Foundation*, die (zukünftige) Politiker aus anderen Ländern schult, und darüber hinaus inzwischen weltweit siebzehn Schwesterparteien. Die deutsche Tierschutzpartei hat einen Sitz im Europäischen Parlament erzielt,

die portugiesische *Partido Pan* erlangte einen Sitz im nationalen Parlament, und die australische *Animal Justice Party* zog ebenfalls mit einem Sitz in den Senat ein. So weitete sich das internationale politische Netzwerk immer weiter aus. Die PVDD sieht vor allem in einer „pan-europäischen Partei“ die Möglichkeit zu einer weiterreichenden europäischen Zusammenarbeit mit mehr Sitzen im Europäischen Parlament. Eine pan-europäische Partei, die alle Europäer wählen können, würde schließlich die Wahlhürde leichter überwinden können und zu weniger Zersplitterung führen. Aber noch heißt es, auf die Europäische Union zu warten, die derzeitig zwar ein solches europäisches Parteiensystem vorbereitet, dieses aber noch nicht umgesetzt hat. Auch wenn es bei der PVDD und ihren Schwesterparteien immer um relativ kleine Gruppierungen geht und dies trotz der gewachsenen Wählerbasis wahrscheinlich auch in Zukunft so bleiben wird, darf rückblickend festgestellt werden, dass Sichtbarkeit und Einfluss nicht nur von der Zahl der errungenen Parlamentsmandate abhängen.

Aus dem Niederländischen übersetzt von Annegret Klinzmann

7. Die Stimme der Unzufriedenheit: die *Partij voor de Vrijheid*

André Krause und Markus Wilp

Die Parteienlandschaft der Niederlande, die über Jahrzehnte durch ein hohes Maß an Stabilität und Kontinuität geprägt war, befindet sich seit geraumer Zeit in einer Phase kontinuierlicher Umbrüche.¹ Eine der wichtigsten Veränderungen besteht zweifelsohne darin, dass populistische Gruppierungen, denen zuvor in der niederländischen Geschichte keine größere Bedeutung zugekommen war, ab Beginn des neuen Jahrtausends einen wichtigen Platz im politischen Spektrum erobern konnten.² Der derzeit wichtigste Vertreter des niederländischen Populismus ist der Gründer der *Partij voor de Vrijheid* (PVV), Geert Wilders. Ihm gelingt es durch seine kontroversen Inhalte und sein polarisierendes Auftreten seit Jahren, die öffentlichen und politischen Diskussionen in den Niederlanden zu prägen. Das enorme Interesse, das Wilders und seiner Partei entgegengebracht wird, erklärt sich darüber hinaus auch dadurch, dass er sich in den letzten Jahren eine bedeutsame Position in der niederländischen Politik erarbeiten konnte: Seine Partei erzielte bei mehreren Wahlen zweistellige Ergebnisse, bei der Wahl im März 2017 wurde sie mit einem Stimmenanteil von 13,1 Prozent sogar zur zweitstärksten politischen Kraft. Direkt an einer Regierung war die PVV trotz ihrer Erfolge bisher noch nicht beteiligt, allerdings unterstützte sie die von 2010 bis 2012 amtierende Minderheitskoalition aus der konservativ-liberalen *Volkspartij voor Vrijheid en Democratie* (VVD) und dem christdemokratischen *Christen Democratisch Appèl* (CDA) als Duldungspartnerin.

Die Aussagen, Aktivitäten und Erfolge von Geert Wilders sorgen nicht nur in den Niederlanden selbst immer wieder für kontroverse Diskussionen, sie werden auch im Ausland mit Interesse und häufig auch mit einem gewissen Erstaunen wahrgenommen. Aus vielen Kommentaren geht hervor, dass der Aufstieg der PVV nur schlecht mit einem traditionellen Image der Niederlande zu vereinbaren ist, das dieses Land nicht nur als besonders tolerant und liberal ausweist, sondern ihm auch hinsichtlich der sachlichen Ausrichtung der Politik, der Kooperation zwischen politischen und/oder gesellschaftlichen Akteuren und des Umgangs mit schwierigen gesellschaftlichen Problemen eine Vorbildrolle zuspricht.³ Auch vor diesem Hintergrund werfen die Erfolge der PVV Fragen auf, denen im Rahmen

dieses Beitrags nachgegangen werden soll. Im Folgenden wird hierzu auf die Geschichte, die Programmatik und die Wählerschaft der Partei eingegangen werden.

Die Entwicklung der pvv im Überblick

Die Geschichte der pvv ist untrennbar mit der Biographie ihres Gründers Geert Wilders verbunden, der den Kurs und die Wahrnehmung der Partei bis heute dominiert. Wilders wurde am 6. September 1963 in Venlo geboren. Nach seiner Schullaufbahn trat er 1982 eine lange Auslandsreise nach Israel an, in deren Verlauf er auch andere Länder wie Ägypten, Zypern, und die Türkei besuchte. Im Jahr darauf kehrte er in die Niederlande zurück, um seinen Wehrdienst abzuleisten. Anschließend arbeitete er zunächst beim ehemaligen Zentralorgan der niederländischen Krankenkassen (*Ziekenfondsraad*) und dann beim mittlerweile aufgelösten Sozialversicherungsrat (*Sociale Verzekeringsraad*). Neben der Arbeit bildete sich Wilders im Rahmen einer Ausbildung über Sozialversicherungen und im Rahmen eines Jura-Fernstudiums weiter. 1989 lernte Wilders seine Frau Krisztina Marfai kennen, die Hochzeit fand drei Jahre später in Budapest statt.⁴

Aufstieg in und Trennung von der vvd

Nicht nur in privater, sondern auch in politischer Hinsicht war das Jahr 1989 für Wilders von großer Bedeutung, schließlich schloss er sich in diesem der vvd an. Als Mitarbeiter für die Parlamentsfraktion dieser Partei war er von 1990 bis 1998 unter anderem als Autor von Reden und Stellungnahmen aktiv, wobei er sich auf der Grundlage seiner beruflichen Kenntnisse vor allem mit sozialpolitischen Themen befasste. Gleichzeitig zeigte Wilders großes Interesse an außenpolitischen Fragestellungen, sein Augenmerk richtete sich hierbei zum einen auf die Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa (vor allem Ungarn) und zum anderen auf die Geschehnisse in der arabischen Welt, von der er durch zahlreiche Reisen Eindrücke sammelte. Als politischen Mentor betrachtete Wilders zu dieser Zeit den damaligen Fraktionsvorsitzenden der vvd, den konservativen Liberalen Frits Bolkestein, der die Partei als Spitzenkandidat zu großen Erfolgen führte und der durch kontroverse Vorstöße immer wieder politische und gesellschaftliche Diskussionen hervorrief. In Reden und verschiedenen Publikationen äußerte er sich beispielsweise kritisch über die Grenzen und Gefahren einer multikulturellen Gesellschaft, wobei er vor allem ein Spannungsverhältnis zwischen „westlichen Werten“

und „den Islam“ ausmachte. Obwohl seine Thesen aus verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Lagern heftig kritisiert wurden, veränderten sie die Integrationsdiskurse in den Niederlanden doch nachhaltig.⁵

Von Oktober 1997 bis April 1998 übernahm Wilders im Gemeinderat von Utrecht erstmals ein politisches Mandat. Anschließend hatte er von August 1998 bis September 2004 – mit einer kurzen Unterbrechung im Jahr 2002 – einen Parlamentssitz für die vvd in der Zweiten Kammer inne. Wilders fiel bereits zu dieser Zeit als äußerst passionierter und aktiver Parlamentarier auf, der sein Leben stark auf die Politik ausrichtete und durch seine Arbeit wachsenden Einfluss erlangte.⁶ Inhaltlich befasste er sich weiterhin vor allem mit sozialpolitischen und außenpolitischen Fragen. Darüber hinaus fiel er mit kritischen Tönen gegenüber dem Islam auf, gemeinsam mit der vvd-Abgeordneten Ayaan Hirsi Ali forderte er in einen Zeitungsartikel im April 2003 beispielsweise einen „liberalen Jihad“ gegen den radikalen Islam.⁷ Seine Warnungen vor den Gefahren des islamistischen Terrorismus, die er schon 1999 im Rahmen eines Berichts behandelt hatte, gewannen nach den Anschlägen vom 11. September 2001 an Bedeutung hinzu.

Wilders' Standpunkte wichen im Lauf der Zeit immer stärker von denen der vvd-Führung ab. Ein Grund hierfür lag darin, dass sich Bolkestein 1998 aus der nationalen Politik zurückzog und sich die Partei danach mit Hans Dijkstal und Jozias van Aartsen stärker in Richtung politische Mitte orientierte – eine Entwicklung, die Wilders, der stets im rechten Flügel der Partei aktiv war, ablehnte und heftig kritisierte. Schon vor der Wahl 2002 kam es – unter anderem vor dem Hintergrund der Erfolge des politischen Newcomers Pim Fortuyn – zu großen Spannungen zwischen ihm und der Parteispitze, die Wilders zumindest kurzzeitig sein Parlamentsmandat kosteten.⁸ Im Sommer des Jahres 2004 eskalierte die Situation dann, als Wilders zusammen mit einem Mitstreiter (Gert-Jan Oplaat) im Rahmen eines Zehn-Punkte-Plans mit dem Titel *Recht(s) op je doel af* öffentlich einen „rechteren“ Kurs der Partei forderte. Insbesondere die unterschiedlichen Haltungen zur Frage, ob bzw. unter welchen Voraussetzungen einer Mitgliedschaft der Türkei in der EU zugestimmt werden sollte, führten letztlich dazu, dass es am 2. September 2004 zum Bruch zwischen Wilders und der vvd-Fraktion kam.⁹ Fortan agierte er als unabhängiger Parlamentarier, der die Schaffung einer eigenen politischen Gruppierung vorbereitete. Seinen Austritt aus der vvd erläuterte er nochmals in der im März 2005 veröffentlichten Unabhängigkeitserklärung. Er erklärte sich hier nicht nur von seiner ehemaligen Partei unabhängig, sondern von der gesamten politischen Elite und ihren (von ihm wiederholt als „links“ gebrandmarkten) Idealen.¹⁰

Gründung und erste Erfolge der PVV

Mit der Trennung von der VVD begann eine neue Phase in der politischen Karriere von Wilders. Die zentrale Herausforderung bestand für ihn nun darin, in seiner neuen Position als selbstständiges Parlamentsmitglied Aufmerksamkeit und Unterstützung zu erlangen. Diese Aufgabe war auch deshalb besonders schwer zu erfüllen, weil er seit dem am 2. November 2004 in Amsterdam verübten Mord an dem provokanten Filmemacher Theo van Gogh permanent von Sicherheitskräften beschützt werden muss – ein Umstand, der sich bis heute prägend auf sein Leben auswirkt. Die aufgewühlte gesellschaftliche Stimmung nach diesem Verbrechen führte dazu, dass Wilders mit seinen Positionen noch größere Bekanntheit und stärkere Unterstützung erfuhr.¹¹

Wilders gelang es rasch, durch kontroverse Statements und Aktionen Aufsehen zu erlangen. Seine Kritik am Islam und seine Warnungen vor der von ihm befürchteten „Islamisierung“ der Niederlande brachte er im Jahr 2005 unter anderem dadurch zum Ausdruck, dass er die kontrovers diskutierten Mohammed-Karikaturen aus der dänischen Zeitung *Jyllands-Posten* auf seiner Homepage veröffentlichte. Auch im Bereich der Europapolitik zog er viel Aufmerksamkeit auf sich, indem er eine *TourNee* gegen den sogenannten Europäischen Verfassungsvertrag veranstaltete. Als dieser am 1. Juni 2005 von einer deutlichen Mehrheit der Niederländer im Rahmen eines Referendums abgelehnt wurde, war dies für ihn ein großer politischer Erfolg.

Am 22. Februar 2006 ließ Wilders seine neue Partei mit den Namen *Partij voor de Vrijheid* (PVV) registrieren. Die Namensgebung erfolgte in Anlehnung an die von 1946 bis 1948 aktive *Partij van de Vrijheid* (PVDV), die nach Wilders – in Anbetracht der Tatsache, dass er die programmatische Ausrichtung der VVD kritisierte – die letzte wirklich liberale Partei in den Niederlanden war.¹² Durch die Parteigründung entschied er sich für einen unabhängigen Kurs und folglich gegen ein Zusammengehen mit anderen Akteuren, die eine Partei rechts von der VVD etablieren wollten.¹³ Da Wilders eine sehr kritische Haltung zu den etablierten Parteien – deren Organisationsformen und Arbeitsweisen er als zu statisch, ineffizient und bürgerfern bewertet – vertritt, legte er bei der Gründung „seiner“ Partei fest, dass diese die Form einer „politischen Bewegung“ mit einer gänzlich anderen Organisationsstruktur erhalten soll. Bürgern ist es bis heute nicht möglich, Mitglied der Partei zu werden – allerdings kann man sie als Freiwilliger oder durch Spenden unterstützen. Diese rechtlich mögliche, zuvor jedoch niemals angewandte Konstruktion wird von Wilders als besonders bürgernah dargestellt. Ihm ist es durch die spezifische Struktur

seiner Partei vor allem möglich, alleine deren Kurs festzulegen und interne Konflikte zu vermeiden – eine Festlegung, die vom ihm auch als Lehre aus dem Zusammenbruch der Partei Fortuyns, der *Lijst Pim Fortuyn* (LPF), nach dessen Ermordung vor der Wahl im Mai 2002 gezogen wurde.¹⁴ Es steht ihm somit auch frei, über die Kandidaten der PVV für die jeweiligen Wahlen sowie deren Platzierung auf der Wahlliste zu entscheiden.¹⁵

Wegen seiner kontroversen Inhalte und seines polarisierenden Auftretens wurde Wilders von den Vertretern der anderen politischen Parteien und in Teilen der Gesellschaft heftig kritisiert. Gleichzeitig war es ihm aber gelungen, vor der Parlamentswahl am 22. November 2006 eine hohe Bekanntheit und Präsenz im politischen Diskurs zu erlangen. Von vielen Bürgern wurde er, wie das Ergebnis der Wahl deutlich dokumentiert, unterstützt: Die PVV erhielt 5,9 Prozent der Stimmen und zog damit als fünftstärkste Kraft in das Parlament ein.¹⁶ Von 2006 bis 2010 wurden die Niederlande von einer Koalition aus dem CDA, der sozialdemokratischen *Partij van de Arbeid* (PvdA) und der orthodox-protestantischen *ChristenUnie* (CU) regiert, die Verhandlungen fanden ohne Beteiligung der PVV statt.

In der Folgezeit blieb Wilders bei seiner Strategie, mit kontroversen und polarisierenden Äußerungen, die sich zumeist gegen den Islam richteten, öffentliche Aufmerksamkeit zu erlangen. So bezeichnete er im Sommer 2007 beispielsweise den Koran als faschistisches und gefährliches Buch, das mit Hitlers *Mein Kampf* zu vergleichen wäre und verboten werden sollte.¹⁷ Ende 2007 landete er einen noch größeren Coup, indem er bereits mit der Ankündigung, einen „islamkritischen“ Film produzieren zu wollen, für monatelange hitzige Diskussionen sorgte. In dem im März 2008 schließlich unter dem Titel *Fitna* veröffentlichten Film warnt Wilders mit drastischen Bildern vor islamistischem Extremismus und einer „Islamisierung der Niederlande“.¹⁸ Angesichts der vorangegangenen polarisierten Debatte sah sich der damalige Ministerpräsident Jan Peter Balkenende schließlich sogar veranlasst, öffentlich Abstand vom Film und den darin enthaltenen Thesen zu nehmen.

Bei der Europawahl im Juni 2009 erhielt die PVV mit ihren kritischen Einstellungen zum Europäischen Integrationsprozess und zur EU 17 Prozent der Stimmen. Mit diesem überraschend hohen Ergebnis ging sie nach dem CDA als zweitstärkste Partei aus der Wahl hervor, sie war fortan mit vier (von insgesamt 25 niederländischen) Mandaten im Europäischen Parlament vertreten. Auch die Anfang 2010 durchgeführten Gemeinderatswahlen, bei denen die PVV aus personellen und taktischen Gründen nur in zwei Kommunen antrat, verliefen sehr erfolgreich: In Den Haag wurde die PVV mit einem Ergebnis von 16,8 Prozent zweitstärkste Kraft, in Almere erzielte sie

mit 21,6 Prozent sogar das beste Ergebnis aller Parteien. Ursache für diesen Aufschwung war unter anderem die einsetzende Finanz- und Eurokrise, begünstigt wurde er zudem durch die Entwicklung der Konkurrenzpartei *Trots op Nederland* (TON), die durch interne Probleme in der Bedeutungslosigkeit versank.¹⁹

Die Wahl 2010 und das Kabinett Rutte I

Trotz des Umstandes, dass es in Anbetracht der sehr schwierigen wirtschaftlichen Lage vor der Parlamentswahl im Juni 2010 vor allem um ökonomische Fragen und somit um Themen ging, die nicht zu den Kernbereichen der PVV gehören, erzielte die PVV ein überraschend starkes Ergebnis, das im In- und Ausland viel Beachtung fand: 15,5 Prozent der Wähler stimmten für die PVV, die damit die größten Zugewinne aller Parteien verbuchen konnte und die mit diesem Stimmenanteil (hinter VVD und PvdA) zur drittstärksten Kraft in der niederländischen Politik wurde. Der Partei kam vor diesem Hintergrund auch bei den Beratungen bezüglich der Regierungsbildung eine gewichtige Rolle zu. Nach monatelangen und äußerst schwierigen Verhandlungen bestand das Ergebnis der Koalitionsbildung darin, dass eine von der PVV geduldete Minderheitsregierung aus VVD und CDA (Kabinett Rutte I) im Oktober 2010 die Arbeit aufnahm.²⁰ Konkret sah die Vereinbarung vor, dass die PVV selbst keine Minister oder Staatssekretäre stellen, das Kabinett aber in ausgewählten Bereichen unterstützen sollte. In einer Duldungsvereinbarung wurden inhaltliche Zielsetzungen der Kooperation festgehalten. Hier wurde auch konstatiert, dass die drei Parteien eine sehr unterschiedliche Haltung zum Islam vertreten.²¹

Die Bildung dieses Bündnisses stieß von Beginn an auf heftige Kritik. Inhaltlich äußerten viele Sorge darüber, welche Folgen die Beteiligung der PVV für die Ausrichtung der niederländischen Politik haben könnte. Zahlreiche Kommentatoren bezweifelten zudem, dass die gebildete Konstruktion – eine Minderheitsregierung unter Beteiligung der polarisierenden PVV und des schwer angeschlagenen CDA – dauerhaft bestehen kann.²² Ein wichtiger Grund für die vorhandene Skepsis war dabei auch die schwache parlamentarische Basis der Regierung: Die drei an ihr beteiligten Parteien verfügten nach der Wahl im Juni 2010 nur über 76 der 150 Sitze in der Zweiten Kammer.²³ In der Ersten Kammer, die allen Gesetzen zustimmen muss, besaßen die drei Parteien zum Zeitpunkt der Koalitionsbildung keine Mehrheit. Auch nach den Wahlen zu den Provinzparlamenten im März 2011, die die Grundlage für die Besetzung der Ersten Kammer bilden, wandelte sich dieses Bild nicht: Der Erfolg der PVV, die erstmals zu diesen Wahlen

antrat und 12,4 Prozent der Stimmen erhielt, konnte nicht verhindern, dass die drei an der Regierung beteiligten Parteien bei den Wahlen zur Ersten Kammer nur 37 der 75 Mandate erlangten und hier somit weiterhin auf die Unterstützung von Oppositionsparteien angewiesen waren.²⁴ Trotz dieser Problematik waren die Wahlen zu den Provinzparlamenten für die pvv ein Erfolg: In allen Provinzen erlangte sie Mandate, landesweit wurde sie mit ihrem Stimmenanteil viertstärkste, in Wilders Heimatprovinz Limburg (mit einem Stimmenanteil von 20,6 Prozent) sogar stärkste Kraft. Hier bildete sie auch zusammen mit der CDA und VVD eine Regierungskoalition.

Die Bedenken, die den ungewöhnlichen Zusammenschluss von Beginn an begleitet hatten, erwiesen sich rasch als begründet: Die Kooperation der drei am Kabinetts Rutte I beteiligten Parteien verlief von Beginn an schwierig und bei verschiedenen Gelegenheiten kam es zu scharfen Auseinandersetzungen. Die Wilders-Partei übte vor allem massive Kritik an den von der niederländischen Regierung unterstützten Bemühungen zur Stabilisierung des Euro, auch den erneuten Einsatz niederländischer Truppen in Afghanistan lehnte sie ab. Die Minderheitsregierung blieb bei diesen Themen handlungsfähig, weil sie die erforderliche parlamentarische Unterstützung bei Oppositionsparteien fand.

Auch in der Zeit, in der die pvv indirekt an der Regierung beteiligt war, verzichtete sie nicht auf Aufmerksamkeit erregende Initiativen. Im Februar 2012 richtete sie eine Internetseite ein, auf der niederländische Bürger Probleme mit Zuwanderern aus Polen, Rumänien und Bulgarien melden konnten. Der Hintergrund hierfür bestand darin, dass die Partei sich zuvor verstärkt auch gegen die Zuwanderer aus den mittel- und osteuropäischen EU-Ländern gewandt hatte, die in ihrer Sicht vielfältige Probleme in den Wohngebieten und auf dem Arbeitsmarkt verursachen würden. Die Aktion führte nicht nur auf europäischer Ebene zu erregten Diskussionen und scharfen Gegenreaktionen, sondern auch in den Niederlanden selbst. Unter anderem geriet Ministerpräsident Mark Rutte stark in die Kritik, da er sich nach Auffassung mancher Beobachter nicht klar genug vom Vorgehen der pvv distanzierte.²⁵

Zum Bruch des Kabinetts Rutte I kam es am 21. April 2012. Hintergrund für diese Entwicklung war das Scheitern der Gespräche über ein weiteres Sparpaket, das in Anbetracht schlechter Wirtschaftsdaten und der europäischen Stabilitätskriterien wieder einen erheblichen Umfang haben sollte. Dieses Ergebnis war nicht völlig überraschend, da die pvv immer wieder verkündet hatte, dass sie weiteren Einsparungen kritisch gegenüber stünde und zudem nur einem Sparpaket zustimmen könnte, das den Zielen der Partei entspräche. Die von Wilders formulierte Kritik an den geplanten

Einsparungen richtete sich vor allem darauf, dass die Kaufkraftverluste für Rentenbezieher und der Umfang der Sparmaßnahmen zu hoch seien. Wilders vertrat seine Entscheidung gewohnt offensiv, indem er die pvv als Schutzpatronin der niederländischen Bürger vor „Brüsseler Spardiktaten“ darstellte. Vertreter der vvd und des cda interpretierten die Vorgänge anders – sie warfen Wilders vor, dass er vor der Verantwortung weggelaufen sei und Partei- über Landesinteressen gestellt habe.

Wahlniederlagen ab 2012

Durch den Zusammenbruch der Regierungskonstruktion waren Neuwahlen erforderlich, die am 12. September 2012 stattfanden. Im Wahlkampf versuchte sich Wilders als vehementer Gegner der EU zu profilieren, seine zentrale Forderung bestand nun sogar darin, dass die Niederlande aus der EU austreten sollten. Die anderen Themen der pvv, beispielsweise die Kritik am Islam, an der Zuwanderung, an der Kriminalität und an den durchgeführten Sparmaßnahmen, traten hinter der Europakritik zurück – bezeichnenderweise deklarierte Wilders die Wahl als Referendum über Europa und trug das Wahlprogramm der Partei den Titel *Ihr Brüssel, unsere Niederlande*.²⁶

Die pvv musste bei diesen Wahlen erstmals Verluste hinnehmen: Ihr Stimmanteil verringerte sich von 15,5 auf 10,1 Prozent.²⁷ Für die Verluste der Partei finden sich verschiedene Erklärungen. Ein Faktor war sicherlich, dass viele Wilders das vorzeitige Scheitern der Regierung Rutte I anlasteten und die Vorgänge als Bestätigung für den Vorwurf der Unzuverlässigkeit sahen.²⁸ Hieran schloss sich ein zweiter wichtiger Punkt an: Die pvv besaß aufgrund ihrer Inhalte und der Erfahrungen mit dem Kabinett Rutte I keine wirkliche Regierungsperspektive. Konkret bedeutete dies, dass keine der anderen Parteien eine Koalition mit Wilders anstrebte und auch die Bürger ein Bündnis mit Beteiligung der pvv als unrealistisch ansahen. Gerade in Anbetracht der weitverbreiteten strategischen Stimmabgabe vieler Wähler erwies sich diese Perspektivlosigkeit für die pvv als bedeutsames Problem.²⁹ Zudem wirkten sich auch interne Probleme aus. Die pvv weist eine Organisationsstruktur auf, die Wilders eine dominierende Position zuweist. Bei der Auswahl und der Schulung seiner Kandidaten engagierte sich Wilders über Jahre stark, im Ergebnis gab die Partei lange Zeit ein professionelles Bild ab.³⁰ Dieses Bild änderte sich vor der Wahl 2012 deutlich: Verschiedene Parlamentarier gerieten in negative Schlagzeilen, andere verließen die pvv im Streit.³¹ Als Begründung für die Verluste der Partei ist abschließend auch ein inhaltlicher Punkt anzuführen: Wilders Europakritik fiel in Teilen der

Bevölkerung zwar durchaus auf fruchtbaren Boden, jedoch erwiesen sich die polarisierenden und zum Teil in dieser Schärfe erst kurz vor der Wahl erhobenen Forderungen als nur bedingt zugkräftig. Zudem erreichte die PVV nicht mehr die Aufmerksamkeit wie in den vorherigen Wahlkämpfen, auch Wilders selbst konnte die Diskussionsrunden nicht mehr so stark wie in den Jahren zuvor prägen.

Die PVV büßte auch bei den nachfolgenden Wahlen auf den verschiedenen Politikebenen an Zuspruch ein. Aus den Gemeinderatswahlen am 19. März 2014 ging die Partei zwar erneut in Den Haag (14 Prozent) als zweitstärkste und in Almere (20,6 Prozent) als stärkste Kraft hervor, in beiden Gemeinden musste sie jedoch gegenüber den Wahlen im Jahr 2010 leichte Verluste hinnehmen. Bei der etwa zwei Monate später stattfindenden Europawahl erhielt die PVV 13,3 Prozent der Stimmen, trotz der Einbußen gegenüber dem Resultat von 2009 erlangte sie mit diesem Wahlergebnis erneut vier (der nun insgesamt 26 niederländischen) Mandate im Europäischen Parlament. Im März 2015 fanden wieder Wahlen zu den Provinzparlamenten statt. Insgesamt erhielt die Partei mit 11,7 Prozent der Stimmen auch hier ein etwas schlechteres Ergebnis als 2011, in der Provinz Limburg war sie fortan nicht mehr stärkste Kraft. Bei der anschließenden Wahl zur Ersten Kammer verringerte sich die Zahl ihrer Mandate von zehn auf neun.

Internationale Vernetzung und rechtliche Probleme

In den letzten Jahren intensivierte Wilders, der bereits seit langem enge Bindungen zu gleichgesinnten Organisationen und Personen vor allem in den Vereinigten Staaten und Israel besitzt, die Beziehungen zu Partnern in anderen europäischen Staaten.³² Hiermit veränderte er seinen Kurs, der zuvor darauf ausgerichtet war, sich zum Schutz des eigenen Images von anderen nationalpopulistischen Parteien zu distanzieren. Auffälligstes Ergebnis dieser Bestrebungen war der Zusammenschluss verschiedener Parteien (neben der PVV unter anderem der französische *Front National*, die italienische *Lega Nord*, die *Freiheitliche Partei Österreichs*, die polnische *Kongres Nowej Prawicy* und der belgische *Vlaams Belang*) zu einer gemeinsamen Fraktion im Europäischen Parlament mit dem Titel *Europa der Nationen und der Freiheit*. Mittels dieser Fraktion wollen die europakritischen bzw. europafeindlichen Gruppierungen ihre Kräfte gegen die EU bündeln. Neben dieser institutionalisierten Form der Kooperation fanden verschiedene Treffen zwischen Vertretern dieser Gruppierungen statt, in deren Verlauf populistische Töne laut wurden und für den Erhalt nationaler Souveränität und Identität geworben wurde. Eine enge Verbindung besteht

beispielsweise zu Marine le Pen. Viel Aufsehen erregte auch der Auftritt von Wilders bei einer Pegida-Demonstration in Dresden im April 2015.

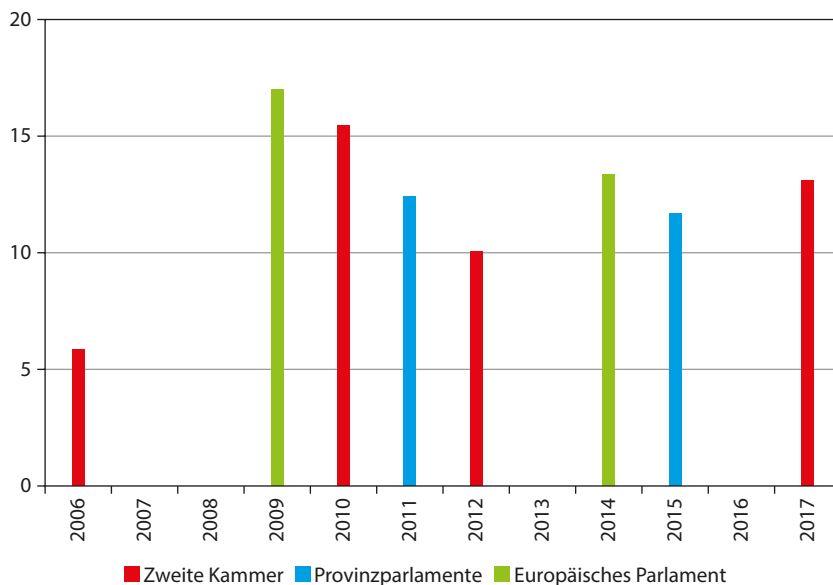
Die Erfolge der PVV werden von einer politischen Kultur, die dem Recht auf freie Meinungsäußerung traditionell einen überaus hohen Stellenwert beimisst, und vom Umstand, dass sich der Ton gesellschaftlicher Debatten seit Beginn des neuen Jahrtausends deutlich verschärft hat, begünstigt. Auf diesen Grundlagen ist es Wilders und seinen Mitstreitern immer wieder möglich, durch provokante Aussagen die Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen und sich von jeglicher *political correctness* und den anderen Parteien abzugrenzen. Erste Bestrebungen, einem derartigen Vorgehen durch rechtliche Schritte entgegenzutreten, scheiterten im Juni 2011, als ein Prozess gegen Wilders wegen Beleidigung, Diskriminierung und Anstiftung zum Hass mit einem Freispruch endete. Das Gericht hielt in seiner Urteilsbegründung fest, dass Wilders' Aussagen zwar beleidigend, grob, herabsetzend, schockierend, anstößig und sogar aufhetzend, aber – vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Diskussionen und der Meinungsfreiheit, die einem Parlamentarier im politischen Diskurs zukomme – nicht als strafrechtlich relevant zu bewerten seien.³³

Ein zweites Gerichtsverfahren fand nach einer weiteren Provokation am Abend der niederländischen Kommunalwahlen im März 2014 statt: Während einer Wahlkampfveranstaltung in Den Haag fragte Wilders seine Anhänger, ob sie mehr oder weniger Marokkaner in der Stadt wollen. Auf die „Weniger“-Rufe aus der Menge reagierte er mit der Ankündigung: „Dann werden wir das regeln.“³⁴ Dieses Ereignis sorgte im Ausland, aber auch in den Niederlanden selbst für erhebliches Aufsehen. Viele Vertreter anderer Parteien und die Regierung distanzieren sich nachdrücklich von Wilders. Auch verschiedene Abgeordnete der PVV sahen den Vorfall sehr kritisch und sagten sich von der Partei los. Auf der Grundlage von weit über 6.000 gestellten Strafanzeigen fand ein zweiter Prozess statt, der Ende 2016 in einer Verurteilung endete. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass Wilders sich der Beleidigung einer Gruppe auf der Grundlage der Herkunft und des Aufrufes zu Diskriminierung schuldig gemacht hatte. Auf die Auferlegung einer Strafe verzichtete es. Wilders selbst sah sich als Opfer eines politischen Prozesses, dementsprechend zweifelte er die Unabhängigkeit des Gerichts (von ihm als „*neprechtbank*“ („Scheingericht“) bezeichnet) an. Das Urteil selbst bewertete er als „*knettergek*“ („total bekloppt“), zudem kündigte er den Antrag auf ein Berufungsverfahren an. In seinem Schlussplädoyer vertrat er zudem die Auffassung, dass das niederländische Volk ihm bei der Wahl am 15. März 2017 anstehenden Wahl von den Vorwürfen freisprechen werde.³⁵

Die Wahl vom 15. März 2017

Die Aussichten der pvv für diese Wahl stellten sich tatsächlich lange Zeit sehr positiv dar: Im Vorfeld der Wahl ging die Partei aus zahlreichen Umfragen als stärkste politische Kraft hervor. Ein wichtiger Grund hierfür lag darin, dass die beiden großen Sieger der Wahl 2012, die vvd und die PvdA, sich widerwillig zu einer Koalition zusammengeschlossen hatten, die über die gesamte Legislaturperiode hinweg kontinuierlich von der breiten Mehrheit der Bürger kritisch bewertet wurde. Ab Herbst 2015 profitierte die pvv dann von der Flüchtlingskrise, indem sie die Sorgen und Vorbehalte vieler Bürger für sich nutzte. Auf der Grundlage der guten Umfragewerte wurden der pvv vor der Wahl am 15. März 2017 Chancen eingeräumt, zur größten Partei zu werden. Wilders selbst formulierte dieses Ziel immer wieder selbstbewusst, wobei er die Zustimmung für seine Partei als Teil eines „Patriotischen Frühlings“ sah und auf diese Weise mit der Brexit-Abstimmung in Großbritannien, der Wahl Donald Trumps in den Vereinigten Staaten, einem möglichen Wahlsieg Marine le Pens in Frankreichs und dem Bundestageinzug der Alternative für Deutschland (AfD) verband. Aus verschiedenen Gründen büßte die Partei, die mit dem Slogan *Nederland weer van ons!* und einem Wahlprogramm im Umfang von nur einer Seite antrat, ab Anfang 2017 dann jedoch an Zuspruch ein.³⁶ Ein wichtiger Aspekt war wie bereits 2012, dass die meisten anderen Parteien sie als Koalitionspartnerin ausgeschlossen hatten und sie somit keine Regierungsperspektive besaß. Der vvd unter Mark Rutte gelang es zudem in den letzten Wochen vor der Wahl die eigenen Verluste zu begrenzen – ein Umstand der evtl. auch am Vorgehen der Regierung im Streit mit der Türkei, das in der Bevölkerung auf viel Unterstützung stieß, zu erklären ist.³⁷ Weiterhin ist zu erwähnen, dass andere Parteien, wie das *Forum voor Democratie* (FvD) und *VoorNederland* (VNL) als neue Konkurrenten für die pvv in Erscheinung traten.³⁸ Wilders selbst war im Wahlkampf lange Zeit wenig präsent, wodurch sich die Aufmerksamkeit stärker auf die anderen Parteien richtete. Hintergrund hierfür waren Probleme bei seinem Sicherheitspersonal, die ihm von öffentlichen Auftritten abhielten, und seine Entscheidungen, aus verschiedenen Gründen nicht an wichtigen Fernsehdiskussionen teilzunehmen.

Bei der Wahl am 15. März 2017 stimmten letztlich 13,1 Prozent der Niederländer für die pvv – trotz der Zugewinne gegenüber der Wahl 2012 und des Umstandes, dass man mit diesem Ergebnis die zweitstärkste Fraktion im Parlament stellen kann, wurde dieser Wahlausgang von den Anhängern der Partei mit Enttäuschung und von Vertretern der anderen Parteien und zahlreichen Politikern in Europa mit großer Erleichterung aufgenommen. In

Abbildung 7.1: Wahlergebnisse der pvv 2006-2017 (in Prozent)

Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage der Angaben auf der Internetseite www.verkiezingsuitslagen.nl

den Gesprächen zur Bildung einer Regierung kam der pvv keine Bedeutung zu, da die anderen Parteien Verhandlungen mit ihr ablehnten. Die pvv wird somit auch weiter die Rolle der größten Oppositionspartei übernehmen. Wilders verkündete hierbei bereits mehrere Initiativen: Die pvv soll bei der Gemeinderatswahl im März 2018 nicht mehr nur in zwei, sondern in mehreren Dutzend Gemeinden teilnehmen und damit ihre lokale Verankerung deutlich stärken. Zudem erregte Wilders mit der Ankündigung Aufsehen, dass er neun neue Teile von Fitna plant, in denen erneut die vom Islam ausgehende Gefahr und die Notwendigkeit zu „deislamisieren“ dargestellt werden soll.

Die Programmatik der pvv

Nach der Auseinandersetzung mit der Parteigeschichte soll in diesem Abschnitt die Programmatik der *Partij voor de Vrijheid* betrachtet werden. Zunächst erfolgt ein Blick in die Forschungsliteratur und politische Essays, um herauszuarbeiten, mit welchen Etiketten die politische Bewegung von

Geert Wilders versehen wird. Danach wird ausführlicher auf zentrale politische Standpunkte der PVV eingegangen. In diesem Zusammenhang sind insbesondere die Bereiche „Immigration, Integration und Islam“ sowie „Europa“ zu thematisieren, da sie als „Markenkerne“ der PVV angesehen werden können. Aber auch Wilders' Standpunkte im Bereich Sicherheit und Kriminalitätsbekämpfung und bei sozialen Themen kommen zur Sprache.

Charakterisierungen der PVV

Zahlreiche Autoren stufen Geert Wilders bzw. dessen politische Bewegung (mit bisweilen abweichenden Wertungen) vorwiegend als „populistisch“ ein.³⁹ Paul Lucardie schlussfolgert im Jahre 2009, dass die PVV „als rechts, liberalnationalistisch und populistisch, aber nicht als rechtsextremistisch“⁴⁰ zu betrachten ist. Koen Vossen unterscheidet bei seiner Etikettierung des ehemaligen VVD-Politikers im Jahre 2011 zwischen einer liberalen (1990-2002), einer neokonservativen (2002-2006) und einer nationalpopulistischen Phase (seit 2006).⁴¹ Zum letztgenannten Etikett „nationalpopulistisch“ ist jedoch ergänzend anzumerken, dass derselbe Autor Wilders' Politik im Jahre 2009 nur als halben Populismus bezeichnet.⁴² Nach Vossen basiert die Programmatik der PVV auf vier Pfeilern: Neben dem Populismus nennt er die Elemente „Islam-Alarmismus“, „Nationalismus“ und „Zucht und Ordnung“.⁴³ Paul Lucardie und Gerrit Voerman legen im Jahre 2012 ähnlich wie Vossen Nachdruck auf die programmatische Entwicklung des PVV-Chefs: Wilders habe sich im Laufe der Jahre „von einem konservativliberalen Parlamentarier auf der rechten Seite der VVD zu einem nationalpopulistischen Führer einer eigenen Partei“⁴⁴ entwickelt. Auf den Politikfeldern „Immigration“ und „Verbrechensbekämpfung“ sei er konservativ, auf Grund seiner Vorhaben, Steuersenkungen durchzuführen und den Staatsapparat zu begrenzen, sowie seiner Positionierung bei ethischen Fragen (Homo-Emanzipation, Sterbehilfe) müsse er jedoch auch als „liberal“ eingestuft werden.⁴⁵

Im Ganzen gesehen ist zu konstatieren, dass aktuelle Forschungsarbeiten und politische Essays fast ausnahmslos auf den populistischen Charakter der PVV verweisen. Allerdings beinhalten sie darüber hinaus eine bemerkenswerte Bandbreite an möglichen Titulierungen, die in den Augen der jeweiligen Autoren zumindest in bestimmten Phasen oder in einzelnen Politikfeldern zutreffend seien. Dies liegt nicht zuletzt an dem Umstand, dass der Populismus zumeist nicht als vollständige Ideologie (wie der Liberalismus oder der Sozialismus) gesehen wird, sondern nur als eine „dünne“ und damit mit anderen Inhalten kombinierbare Ideologie aufgefasst wird.⁴⁶ Andere Autoren sehen den Populismus als einen

bestimmten Politikstil bzw. eine „Mentalität“ (Maarten van Rossem)⁴⁷ oder als Kombination von ideologischen Elementen, sogenannten „Ideologemen“ (Tim Houwen).⁴⁸

Die drei Is: Immigration, Integration und Islam

Wie einleitend erwähnt, sind die Themenbereiche „Immigration, Integration und Islam“ sowie – bisweilen auch eng damit zusammenhängend – „Europa“ als zentrale Elemente der Programmatik der PVV einzuordnen. Die im folgenden Abschnitt durchgeführte Analyse der politischen Standpunkte der Wählerschaft der politischen Bewegung von Geert Wilders untermauert diese These. Als Quellenbasis für die Auseinandersetzung mit diesen Themenfeldern dienen die vier Wahlprogramme, welche die PVV zwischen 2006 und 2017 anlässlich der Wahlen zur Zweiten Kammer publiziert hat.

Im *Verkiezingspamflet* – das Programm, welches die PVV anlässlich der Wahlen zur Zweiten Kammer im Jahre 2006 veröffentlichte – ist das Kapitel „Immigrationsstopp/Integration“ ebenso wie das gesamte, mehrheitlich stichpunktartige Dokument wenig ausführlich gestaltet worden. Es fällt vor allem die Forderung nach einer Modifizierung des ersten Artikels der niederländischen Verfassung auf.⁴⁹ Das allgemeine Diskriminierungsverbot soll durch die Verankerung einer „christlich-jüdisch-humanistischen“ Leitkultur ersetzt werden.⁵⁰ Während sich diese Forderung auch im folgenden Wahlprogramm aus dem Jahre 2010, *De agenda van hoop en optimisme* (*Die Agenda der Hoffnung und des Optimismus*), wiederfindet⁵¹, fehlt sie in den Wahlprogrammen 2012 (*Hún Brussel, óns Nederland; Ihr Brüssel, unsere Niederlande*) und 2017 (*Nederland weer van ons!; Die Niederlande müssen wieder uns gehören!*).

In Bezug auf die Themen „Moscheen“ und „islamische Schulen“ sind zwischen 2006 und 2017 deutliche Veränderungen festzustellen: Im Jahre 2006 spricht sich die *Groep Wilders/PVV* in diesem Zusammenhang für ein fünfjähriges Moratorium aus. In dieser Zeit sollen keine neuen Moscheen und islamische Schulen in den Niederlanden gebaut werden.⁵² Im Kapitel „Für Islambekämpfung und gegen Massenimmigration“ heißt es knapp vier Jahre später, dass keine Moschee mehr zu bauen und alle islamischen Schulen zu schließen seien.⁵³ Von einer zeitlichen Begrenzung ist nun keine Rede mehr. Diese beiden Forderungen werden im Jahre 2012 im Kapitel „Unsere Immigrationspolitik“ wiederholt. Allerdings ist diesbezüglich eine weitere Radikalisierung zu konstatieren, da nun sämtliche Moscheen aus „geschlossenen Ortschaften“ verschwinden sollen.⁵⁴ Im einseitigen Wahlprogramm

aus dem Jahre 2017 entfällt die letztgenannte Einschränkung: Alle Moscheen seien – ebenso wie sämtliche islamische Schulen – zu schließen.⁵⁵

Bereits im Vorfeld der Wahlen zur Zweiten Kammer am 22. November 2006 plädiert Wilders für ein allgemeines Burkaverbot und für das Verbot von Kopftüchern bei Frauen, die öffentliche Ämter bekleiden.⁵⁶ Während sich der erstgenannte Punkt in unveränderter Form auch in den Wahlprogrammen aus den Jahren 2010 bis 2017 wiederfindet, ist im Hinblick auf den zweiten Aspekt abermals eine Radikalisierung festzustellen: In *De agenda van hoop en optimisme* (2010) und in *Hún Brussel, óns Nederland* (2012) wird nicht nur eine Ausweitung des Verbotes, sondern auch die Besteuerung von Kopftüchern befürwortet⁵⁷ – ein Plädoyer, das im jüngsten Wahlprogramm aus dem Jahre 2017 nicht mehr vorzufinden ist.⁵⁸

Bereits im Jahre 2007 plädierte Wilders in *de Volkskrant* für ein Koranverbot.⁵⁹ Vor den nächsten Wahlen zur Zweiten Kammer im Jahre 2010 tauchte diese Forderung auch erstmals in einem Wahlprogramm der PVV auf.⁶⁰ In Bezug auf die Anzahl der Asylbewerber, die pro Jahr in den Niederlanden aufzunehmen seien, ist eine Verschärfung der PVV-Standpunkte nach dem Jahre 2006 wahrnehmbar: Im *Verkiezingspamflet* soll die jährliche Aufnahmequote noch bei 5.000 liegen.⁶¹ In den Jahren 2010 und 2012 ist in den Wahlprogrammen der PVV jeweils nur noch von maximal 1.000 aufzunehmenden Asylbewerbern die Rede.⁶² Im Wahlprogramm 2017 wird dann sogar gefordert, dass gar keine Asylbewerber mehr ins Land gelassen werden sollen.⁶³

Darüber hinaus möchte die PVV ab dem Jahre 2010 osteuropäischen Einwanderern den Zugang zum niederländischen Arbeitsmarkt verwehren – angesprochen werden hierbei Polen, Rumänen und Bulgaren.⁶⁴ Während im Wahlprogramm aus dem Jahr 2006 zudem nachzulesen ist, dass der Zuzug von nicht-westlichen Allochthonen, genannt werden Türken und Marokkaner, während der nächsten fünf Jahre unerwünscht sei⁶⁵, ist in den folgenden Wahlprogrammen von einem allgemeinen, nicht zeitlich begrenzten Immigrationsstopp für Menschen aus muslimischen Ländern die Rede.⁶⁶

Es sind jedoch auch noch an anderen Stellen Radikalisierungen feststellbar: Ab dem Jahre 2010 wird der Islam als politische bzw. totalitäre Ideologie bezeichnet. Die PVV spricht sich von diesem Zeitpunkt an des Weiteren gegen die doppelte Staatsbürgerschaft aus. Die Partei möchte Neuankömmlinge ab dem Jahre 2010 außerdem verpflichten, Assimilationsverträge zu unterzeichnen. Wer nicht arbeitet, muss das Land verlassen.⁶⁷ Anspruch auf Sozialleistungen sollen nur Menschen bekommen, die seit zehn Jahren in den Niederlanden leben und die Sprache ihres neuen Heimatlandes gut beherrschen.⁶⁸ Die in diesem Absatz genannten Forderungen stehen

nicht im Wahlprogramm 2017. Dies ist jedoch auf die Tatsache, dass die PVV anders als in den Jahren 2006 bis 2012 lediglich eine Seite vorlegt, zurückzuführen. Im Wahlkampf sowie im Rahmen von Redebeiträgen in der Zweiten Kammer werden diese politischen Standpunkte weiterhin eingenommen.

Europa

In Bezug auf das zweite zentrale Thema aus dem Programm der PVV ist eine Parallele zu den Standpunkten aus dem Bereich „Immigration, Integration und Islam“ festzustellen: Auch die europapolitischen Positionen der politischen Bewegung von Geert Wilders haben sich zwischen den Jahren 2006 und 2017 deutlich verschärft. Im *Verkiezingspamflet* aus dem Jahre 2006 findet das Thema „Europa“ kaum Erwähnung.⁶⁹ In den folgenden Wahlprogrammen sieht dies ganz anders aus: Die PVV betrachtet die Europäische Union, welche aufgrund ihrer vermeintlich fehlenden demokratischen Legitimation sowie ihres angeblich totalitären Charakters mit der ehemaligen Sowjetunion verglichen wird, als Bedrohung für die niederländische Identität.⁷⁰ Die PVV macht die EU zudem für die „Masseneinwanderung“ und der nach Ansicht der Partei immer größeren Rolle des Islams in der niederländischen Gesellschaft verantwortlich.⁷¹ Darüber hinaus wird vor dem Hintergrund der „Griechenland-Krise“ im Wahlprogramm 2012, das den plakativen Titel *„Hún Brussel, óns Nederland“* trägt, auf die hohen Kosten verwiesen, die für die Niederlande mit der EU-Mitgliedschaft einhergingen.⁷²

Angesichts dieser Standpunkte, ist es nicht erstaunlich, dass Geert Wilders bisweilen radikale Lösungsvorschläge präsentiert: Im Jahre 2012 plädiert er unter anderem für die Aufkündigung des Schengen-Vertrages, um die eigenen Grenzen wieder besser kontrollieren zu können. Zudem müssten die Niederlande die EU verlassen und den Gulden wieder einführen.⁷³ Es sei erwähnt, dass sich die letztgenannte Forderung im jüngsten Wahlprogramm *Nederland weer van ons!* aus dem Jahre 2017 nicht wiederfindet.⁷⁴

Im Ganzen gesehen zeigt die Betrachtung der politischen Standpunkte, welche die PVV bei ihren Kernthemen „Immigration, Integration und Islam“ und „Europa“ einnimmt, auf, dass sich die politische Bewegung von Geert Wilders im Laufe der letzten zehn Jahre deutlich radikalisiert und in der politischen Landschaft der Niederlande somit weitgehend isoliert hat. Solange die PVV beispielsweise sämtliche Moscheen schließen, den Koran verbieten oder die EU verlassen möchte, ist eine Zusammenarbeit mit

anderen Parteien schwer vorstellbar und eine Nichtberücksichtigung bei Koalitionsverhandlungen, wie sie nach der Wahl am 15. März 2017 deutlich zu beobachten war, nicht erstaunlich.

Weitere Themen: Sicherheit und Kriminalitätsbekämpfung/Soziales

Im Bereich Sicherheit und Kriminalitätsbekämpfung präsentiert sich Geert Wilders seit jeher als Hardliner: Bereits im Jahre 2006 spricht er sich für höhere Strafen aus. Dabei plädiert er unter anderem für die Einführung von Mindeststrafen für „Verbrechen und Verstöße“. Nach drei schweren Gewaltverbrechen müsse zudem stets eine lebenslange Freiheitsstrafe folgen. Darüber hinaus müsse der Staat mehr Geld für die Polizei zur Verfügung stellen. Diese Standpunkte finden sich in allen weiteren Wahlprogrammen, zum Teil um weitere Forderungen ergänzt, wieder. Auffällig ist der Umstand, dass *De agenda van hoop en optimisme* aus dem Jahre 2012 nach einem Vorwort sogar mit dem Kapitel *Kiezen voor veiligheid* eingeleitet wird. Somit profiliert sich die PVV nachdrücklich als Partei, der dieses Thema besonders am Herzen liegt.

Während sich Wilders' Programmatik in diesem Bereich im Laufe der Jahre im Kern nicht verändert, vollzieht er bei sozialen Themen eine auffällige Kehrtwende bzw. thematische Schwerpunktverlagerung: Im Jahre 2006 spricht sich die PVV vor allem für Steuersenkungen aus. Knapp vier Jahre später findet sich in *De agenda van hoop en optimisme* ein ganzes Kapitel zum Thema *Kiezen voor een sociaal Nederland*. Wilders' wichtigste Forderung lautet darin: „Und vor allem: Das Renteneintrittsalter bleibt bei 65 Jahren, keinen Tag später“. Im Jahre 2012 bekräftigt die PVV diesen Standpunkt – obwohl sie diese Forderung am ersten Tag nach den Wahlen zur Zweiten Kammer 2010 gleich zur Diskussion gestellt hat, um möglicherweise eine Regierung mit der VVD und dem CDA bilden zu können. Zudem plädiert Wilders im Jahre 2012 unter anderem dafür, die Höhe des Arbeitslosengeldes und dessen Bezugsdauer aufrechtzuerhalten und im Bereich der Kinderbetreuung auf weitere Einsparungen zu verzichten. Auch im Jahre 2017 probiert die PVV, sich mit einem sozialen Gesicht zu profilieren, indem sie – neben dem oben genannten Standpunkt hinsichtlich des Renteneintrittsalters – auch für die Abschaffung des eigenen Risikos im Gesundheitswesen plädiert. Es lässt sich also festhalten, dass Geert Wilders im Laufe der Jahre einen Linksruck im Bereich der Sozialpolitik vollzogen hat: Aus einer Partei, die sich vor allem für Steuersenkungen ausspricht, ist eine politische Kraft geworden, die in diesem Bereich der *Socialistische Partij* (sp) nahe steht.

Die Wählerschaft der PVV – Wer sind Henk und Ingrid?

Auf den folgenden Seiten steht die Wählerschaft der *Partij voor de Vrijheid*, die von Wilders selbst gerne mit dem aus seiner Sicht idealtypischen autochthonen, hart arbeitenden Ehepaar Henk und Ingrid angedeutet wird, im Mittelpunkt. Als Grundlage der Betrachtungen fungieren im März 2017 publizierte Studien der Meinungsforschungsinstitute *Ipsos* und *Peil* von Maurice de Hond sowie eine Ende 2016 veröffentlichte Untersuchung des *Sociaal en Cultureel Planbureau* (SCP), einem sozialwissenschaftlichen Institut, welches unter anderem die niederländische Regierung in regelmäßigen Abständen bei aktuellen gesellschaftlichen Fragen berät.

PVV-Wähler: demografische Merkmale

Wenn man die demografischen Merkmale des PVV-Elektorates bei den Wahlen zur Zweiten Kammer 2017 betrachtet, ist zunächst zu konstatieren, dass die PVV laut *Ipsos* von mehr Männern als Frauen gewählt wird: 44,9 Prozent ihrer Wähler waren weiblich, 55,1 Prozent männlich.⁷⁵ Laut De Hond haben 14 Prozent der weiblichen und 13 Prozent der männlichen Wähler der politischen Bewegung von Geert Wilders ihre Stimme gegeben.⁷⁶

Es fällt auf, dass die politische Bewegung von Geert Wilders laut des Meinungsforschungsinstitutes *Ipsos* vor allem von Niederländern zwischen 35 und 64 Jahren gewählt wurde: Der Anteilswert dieser Altersgruppe in der PVV-Wählerschaft lag bei 67,2 Prozent.⁷⁷ Bei keiner anderen Partei war diese Altersgruppe so stark vertreten, lediglich die *Socialistische Partij* (sp) kam mit 65,8 Prozent auf einen ähnlich hohen Wert. Ausgesprochen wenige PVV-Wähler gehörten hingegen der Altersgruppe über 65 Jahren an: 11,4 Prozent.⁷⁸ In der jüngsten Altersgruppe (18 bis 34 Jahre) belegte die politische Bewegung von Geert Wilders mit 21,4 Prozent im Vergleich mit den anderen untersuchten Parteien einen Platz im Mittelfeld.⁷⁹ Diese Zahlen decken sich weitgehend mit den Ergebnissen, die der Meinungsforscher Maurice de Hond am 18. März 2017 veröffentlicht hat.⁸⁰ Es sei angemerkt, dass die letztgenannte Studie insgesamt sechs Alterskategorien unterscheidet und somit einen noch detaillierteren Blick auf die Altersstruktur des niederländischen Elektorates ermöglicht. Auffällig ist laut dieser Quelle das schwache Abschneiden der politischen Bewegung von Geert Wilders bei 18- bis 24-jährigen: Lediglich 5 Prozent von ihnen wählten bei den zurückliegenden Wahlen zur Zweiten Kammer die PVV – damit lag diese Gruppe deutlich unter dem Wahlergebnis von 13 Prozent.⁸¹ Auch bei den 25- bis 34-jährigen Wählern musste sich die Partei mit einem Resultat im

einstelligen Prozentbereich begnügen (8 Prozent).⁸² Über dem landesweiten Endergebnis lagen die Alterskategorien 45-54 mit 18 Prozent, 55-64 mit 17 Prozent und 35-44 mit 15 Prozent. Bei den Bürgern über 65 Jahren, die am 15. März ihre Stimme abgegeben haben, errang die PVV laut De Hond 13 Prozent.

Aus der oben angeführten *Ipsos*-Untersuchung war darüber hinaus abzu- lesen, dass das Elektorat der PVV nur zu 14,4 Prozent aus Wählern mit einem hohen Ausbildungsniveau bestand. Damit befanden sich die Rechtspopu- listen abgeschlagen auf dem letzten Platz der analysierten Parteien.⁸³ Laut Maurice de Hond erreichte die PVV bei den Wählern, die dieser Kategorie zuzuordnen sind, landesweit bloß 6 Prozent – ein Wert, der deutlich unter dem Gesamtergebnis von 13 Prozent lag.⁸⁴ Das Elektorat der PVV bestand im März 2017 hingegen in einem auffällig starken Maße aus Bürgern, die laut *Ipsos* ein niedriges Ausbildungsniveau aufweisen: 39,1 Prozent waren dieser Gruppe zuzuordnen. Damit nahm die politische Bewegung von Wilders hier mit großem Abstand die Spitzenposition ein. De Hond ermittelt in dieser Kategorie einen Stimmenanteil von 23 Prozent, damit lag die PVV hier klar an der Spitze.⁸⁵ Die größte Gruppe der PVV-Wähler (46,6 Prozent) wies ein mittleres Ausbildungsniveau auf. Laut De Hond errang die politische Bewegung von Geert Wilders in dieser Kategorie 15 Prozent der Stimmen.

Im Gegensatz zur *Ipsos*-Studie ermittelt De Hond auch Werte hinsichtlich des Einkommens der niederländischen Bürger, die am 15. März 2017 den Gang zur Wahlurne angetreten haben. Bei den Wählern mit einem niedrigen Einkommen und den Bürgern, die qua Einkommen dem unteren Mittelfeld zuzuordnen sind, erzielte die PVV überdurchschnittliche Stimmergebnisse (jeweils 16 Prozent). Im oberen Mittelfeld verbuchte Wilders hingegen nur einen Wähleranteil von 12 Prozent. Bei den Wählern mit einem hohen Einkommen schnitt die PVV mit 7 Prozent noch signifikant schlechter ab.

Resümierend lässt sich festhalten, dass die PVV über eine Wählerschaft verfügt, die vorwiegend aus den mittleren Alterskategorien stammt. Insbe- sondere junge Niederländer fühlen sich offenkundig nicht so stark wie ältere Wähler von Wilders' politischen Standpunkten angesprochen. Basierend auf den obigen Zahlen lässt sich des Weiteren nicht konkludieren, dass die PVV *vor allem* von Bürgern mit einem niedrigen Ausbildungsniveau und einem geringen Einkommen bevorzugt wird. Allerdings schneidet sie bei diesen Gruppen überdurchschnittlich gut ab. Wähler mit einem hohen Ausbildungsniveau und Einkommen spielen im Elektorat der politischen Bewegung von Geert Wilders folglich eine vergleichsweise geringe Rolle.⁸⁶ Henk und Ingrid sind also mittleren Alters, verfügen eher nicht über eine höhere Ausbildung und erhalten in der Regel ein mittleres oder niedriges Einkommen.

Übergänge zwischen Parteien

Der Meinungsforscher Maurice de Hond zeigt nach den Wahlen zur Zweiten Kammer am 15. März 2017 überdies auf, welche Parteien die PVV-Anhänger aus dem Jahre 2017 bei den Wahlen zur Zweiten Kammer 2012 gewählt haben.⁸⁷ Es fällt auf, dass Geert Wilders über ein ausgesprochen treues Elektorat verfügt: 74 Prozent der PVV-Wähler aus dem Jahre 2012 vertrauten seiner Partei auch viereinhalb Jahre später ihre Stimme an. Darüber hinaus konnte die politische Bewegung von Geert Wilders 14 Prozent der VVD-, 9 Prozent der SP- und 7 Prozent der PVDA-Wähler aus dem Jahre 2012 für sich gewinnen. Hinzu gesellten sich 5 Prozent der Erstwähler sowie jeweils 1 Prozent der ehemaligen CDA- und D66-Wähler.

Von Interesse ist des Weiteren die Frage, an welche Parteien die PVV im Jahre 2017 Wähler verloren hat. Laut De Hond verteilten sich diese auf mehrere Akteure: An der Spitze lag in dieser Hinsicht die neue Partei FVD mit 5 Prozent. Dahinter folgten die VVD und der CDA mit jeweils 4 Prozent, die SP sowie die „Rentnerpartei“ 50PLUS kamen hier auf 3 Prozent bzw. 2 Prozent. Jeweils 1 Prozent entfiel auf *GroenLinks* (GL), die PVDA und die D66, die übrigen Wechselwähler verteilten sich auf andere Gruppierungen.

Basierend auf diesen Daten ist zu konkludieren, dass die PVV über mehrere, in programmatischer Hinsicht äußerst unterschiedliche elektorale Konkurrenten verfügt. Auffällig sind insbesondere die Austauschprozesse mit der VVD. Dies ist offenkundig auf die immigrationskritischen Programmpunkte sowie mitunter nationalistischen Töne zurückzuführen, mit welchen die Partei von Ministerpräsident Mark Rutte im Vorfeld der Wahlen zur Zweiten Kammer 2017 nicht zuletzt um die Gunst potenzieller Wilders-Wähler buhlte. Eine ähnliche These ist im Hinblick auf den CDA und vor allem das FVD aufzustellen. Übergänge zwischen PVV und SP sind in erster Linie mit der linken sozialpolitischen Agenda der beiden Parteien zu erklären, diejenigen mit der Partei 50PLUS mit der gemeinsamen Forderung nach einer Senkung des Renteneintrittsalters auf 65 Jahre. Kurzum: Das eklektische Gedankengut der politischen Bewegung von Geert Wilders, in welchem nationalistische, liberale und linke Standpunkte vorzufinden sind, sorgt für Austauschprozesse mit zahlreichen Parteien, die vor diesem Hintergrund als seriöse elektorale Kontrahenten für die PVV einzustufen sind.

Zum Negativismus der PVV-Wähler

Die Studie *Continu Onderzoek Burgerperspectieven* (COB, Ausgabe 4/2016), herausgegeben vom SCP, zeigt auf, dass die PVV-Wähler im Jahr 2016

überdurchschnittlich unglücklich und pessimistisch waren.⁸⁸ Die Forscher legen auch dar, wie dieser Gemütszustand zu erklären ist. Die Teilnehmer an der SCP-Untersuchung waren aufgerufen, die eigene finanzielle Situation, die niederländische Wirtschaft, die niederländische Gesellschaft und ihr Vertrauen in die Zweite Kammer auf der Basis des niederländischen Notensystems einzustufen.⁸⁹

Es ist bemerkenswert, dass die pvv-Wähler in allen Fällen die (bisweilen mit Abstand) kritischste Bewertung abgaben. Hinsichtlich ihrer eigenen finanziellen Situation vergaben sie eine „6“ (ausreichend). Zum Vergleich: Die Wähler der konservativliberalen vvd und der sozialliberalen D66 vergaben hier den besten Wert, nämlich eine „7,5“ (entspricht einem schwachen „gut“). Ähnlich pessimistisch waren die befragten Nicht-Wähler und die Anhänger der sp. In Bezug auf die niederländische Wirtschaft waren die pvv-Wähler noch kritischer, da sie sich hier für die Note „5,0“ („mangelhaft“) entschieden. Auch an dieser Stelle unterschieden sie sich nicht signifikant von der Haltung der Nicht-Wähler und der sp-Sympathisanten. Die besten Noten vergaben im Übrigen erneut die Anhänger der beiden liberalen Parteien vvd und D66 (jeweils „7,0“). Auch im Hinblick auf die niederländische Gesellschaft und das Vertrauen in die Zweite Kammer entpuppten sich Nicht-Wähler, sp- und pvv-Wähler als besonders kritisch. In beiden Fällen war die Benotung der Wilders-Sympathisanten jedoch mit erheblichem Abstand die Negativste: „5,0“ bzw. „3,5“. Insbesondere das äußerst geringe Vertrauen in die Abgeordneten im nationalen Parlament ist in diesem Zusammenhang hervorzuheben: Auch wenn Letztere selbst bei den Wählern der damaligen Regierungsparteien vvd und pvda sowie den D66-Wählern nur eine „6,0“ erhielten, deutet der Wert bei den pvv-Anhängern auf ein stark ausgeprägtes Misstrauen, welches diese Gruppe signifikant vom Rest des niederländischen Elektorates unterscheidet.

Dieses Bild bestätigt sich im Rahmen der SCP-Studie darüber hinaus an zwei anderen Stellen: Keine andere Wählergruppe ist so kritisch hinsichtlich der multikulturellen Gesellschaft und der niederländischen EU-Mitgliedschaft. Die Befragten waren hier nicht aufgerufen Schulnoten zu vergeben, stattdessen wurde ihre „Netto-Unterstützung“ in Prozentzahlen gemessen. Eine uneingeschränkt positive Haltung bedeutete „+100 Prozent“, eine uneingeschränkt negative Haltung „-100 Prozent“. Die Netto-Unterstützung der pvv-Sympathisanten für die multikulturelle Gesellschaft lag bei -60 Prozent, hinsichtlich der EU-Mitgliedschaft ermittelten die Forscher einen Wert von -50 Prozent. Als Gegenpole fungierten diesbezüglich die Wähler von *GroenLinks* (+75 Prozent, multikulturelle Gesellschaft) und D66 (+70 Prozent, EU-Mitgliedschaft). Die radikalen Positionen, die Geert Wilders

auf den oben genannten Politikfeldern vertritt („De-Islamisierung“ bzw. EU-Austritt und Abschaffung des Euro) und die ihn von der Programmatik aller anderen Parteien abhebt, spiegeln sich hier wider.

Der Negativismus der PVV-Anhänger ist noch an anderen Stellen sichtbar: Keine Wählergruppe war laut SCP Ende 2016 mit der persönlichen sowie gesellschaftlichen Lage unzufriedener sowie der Politik im Allgemeinen und der Globalisierung gegenüber dermaßen negativ eingestellt. Auch hier ist zu betonen, dass die Wilders-Sympathisanten auf Grund ihrer pessimistischen Einschätzungen eine Sonderstellung einnehmen, da sich in Bezug auf ihre Urteile über relevante gesellschaftliche, politische und persönliche Fragen eine bemerkenswerte Kluft zu fast allen anderen Wählern offenbart. Häufig waren es die Anhänger der SP, der Rentnerpartei 50PLUS sowie die Nicht-Wähler, die einen ähnlichen, wenn auch in keinem Fall gleich stark ausgeprägten Negativismus an den Tag legten.

Die konsultierte SCP-Studie liefert, insgesamt betrachtet, aufschlussreiche Antworten auf die im vorherigen Abschnitt erörterte Frage nach den Übergängen zwischen der PVV und anderen Parteien. Es ist offenkundig, dass der – unterschiedlich ausgeprägte – Negativismus auf den oben skizzierten Ebenen PVV-, SP- und 50PLUS-Anhänger in einem gewissen Maße verbindet.⁹⁰

Wichtige Themen

Im Rahmen der im vorherigen Abschnitt erwähnten SCP-Studie *Continu Onderzoek Burgerperspectieven* (COB, 4/2016) haben die Forscher neben den genannten Aspekten auch untersucht, welche gesellschaftlichen Probleme in den Augen der Anhängerschaften der unterschiedlichen Parteien als besonders bedeutend eingestuft werden.⁹¹ Wie eingangs erwähnt unterschieden sich die PVV-Wähler auch hier deutlich von den anderen befragten Bürgern. 35 Prozent der Wilders-Sympathisanten bezeichneten Ende 2016 „Immigration und Integration“ als größtes gesellschaftliches Problem. Kein anderes Thema war ihnen wichtiger. Damit lagen sie an dieser Stelle deutlich über dem Durchschnitt von 24 Prozent. Es fällt auf, dass es kein anderes Politikfeld gibt, das von den PVV-Wählern in einem solchen Maße mit drängenden Problemen in Verbindung gebracht wurde: Mit großem Abstand folgten „Gesundheitswesen und Altenpflege“ sowie „Einkommen und Wirtschaft“ mit jeweils 11 Prozent auf den Plätzen zwei und drei. Damit wichen die Wilders-Anhänger im Übrigen nicht signifikant von den anderen Wählern ab, die sich auch vor allem im Hinblick auf das einleitend genannte Thema „Immigration und Integration“ sorgten. Ein Blick auf die Durchschnittswerte zeigt auf, dass das Thema „Gesellschaft und Normen und Werte“ mit 16 Prozent als zweitwichtigstes

gesellschaftliches Problemfeld identifiziert wird. Allerdings spielt dieses für die PVV-Anhänger keine nennenswerte Rolle (6 Prozent). Damit ist festzuhalten, dass Wilders' Kernthema „Immigration und Integration“ Ende 2016 sehr viele Bürger ansprach. Sein Anhang war diesbezüglich besorgter als der Rest der Bevölkerung. Insofern ist die Fokussierung des PVV-Chefs auf Fragen, die sich mit der multikulturellen Gesellschaft befassen, folgerichtig. Die Zahlen hinsichtlich „Gesellschaft und Normen und Werte“ legen nahe, dass sich sein Elektorat Ende 2016 kaum für Themen, die mit der zunehmenden Polarisierung im Land – nicht zuletzt bei kulturellen Fragen oder hinsichtlich der Vehemenz der politischen Debatte – einhergehen, interessierte. Das ist nicht verwunderlich, da gerade Wilders von Medienvertretern oder politischen Gegnern häufig auf Grund seiner bereits erwähnten radikalen Standpunkte sowie seines fraglos polarisierenden Politikstils gerügt wird.

Schlussbetrachtung

Die PVV übt seit inzwischen deutlich mehr als zehn Jahren einen wichtigen Einfluss auf die niederländische Politik aus. Immer wieder ist es Wilders und seinen Mitstreitern gelungen, die Aufmerksamkeit auf bestimmte Themen zu richten, vermeintliche Missstände anzuprangern und klare Lösungen einzufordern. Die Inhalte und Erfolge der PVV haben mit dazu beigetragen, dass sich die gesellschaftliche Stimmung, die Haltungen vieler Bürger zum politischen System sowie der Grundton und die Ergebnisse politischer Debatten gewandelt haben. Die Folgen des veränderten politischen Klimas wurden auch vor der Wahl im März 2017 wieder offensichtlich: In den Diskussionsrunden zwischen den Spitzenkandidaten der einzelnen Gruppierungen fanden sich beispielsweise kaum mehr Fürsprecher des Multikulturalismus, auch Begeisterung für den Europäischen Integrationsprozess wird nur noch selten geäußert – diffuse Forderungen zum Schutz einer schwer zu definierenden niederländischen Identität oder nach einer rigiden Zuwanderungskontrolle werden hingegen von vielen Parteien unterstützt.

Die Zukunftsperspektiven der PVV hängen sicherlich von mehreren Faktoren ab, deren Relevanz unterschiedlich gewichtet werden kann und von denen nur einige hier angesprochen werden sollen. Zu konstatieren ist sicherlich, dass das Beharren des Parteigründers, alle Zügel fest in der Hand zu behalten, im Ergebnis dazu führt, dass die Geschicke der Partei auch in Zukunft im hohen Maße von einer Einzelperson abhängen. Trotz dieses Umstandes ist es für die Partei natürlich bedeutsam, dass deren Vertreter sie angemessen in den verschiedenen Parlamenten repräsentieren.

Es stellt sich vor diesem Hintergrund aktuell die Frage, ob die für die Wahlen 2018 geplante lokale Ausweitung der Partei sich vorteilhaft auswirkt oder sie die Partei – beispielsweise wenn es zu Problemen bei der Auswahl geeigneter Kandidaten kommt – eher schwächt. Die besondere Organisationsstruktur der pvv führt auch dazu, dass sie keine Mittel aus der staatlichen Parteienfinanzierung erhält, womit sie im besonderen Maß von der fortdauernden Mitteleinwerbung durch Spenden abhängig ist. Der Verzicht auf Parteimitglieder trägt zudem dazu bei, dass die Partei in noch höherem Maße als ihre Konkurrenten von medialer Aufmerksamkeit abhängig ist, um Bürger zu erreichen und sie von ihren Standpunkten zu überzeugen.⁹² In den letzten Jahren war Wilders sehr erfolgreich darin, das Interesse der Medien auf sich zu ziehen – ob dies auch in Zukunft in dieser Intensität gelingen kann, bleibt offen. Für die letzten Wahlen zur Zweiten Kammer ist festzuhalten, dass insbesondere die ausländischen Journalisten ein unverhältnismäßig großes Interesse für Wilders an den Tag legten: Nicht selten wurde suggeriert, die pvv könne die größte Partei und Wilders auf dieser Grundlage sogar Ministerpräsident werden. Dass dieses Szenario im Grunde genommen nahezu ausgeschlossen war, spielte in vielen Beiträgen überhaupt keine Rolle.⁹³ Eine zentrale Frage ist, wie sich die Partei in Zukunft inhaltlich und strategisch aufstellen will. Die möglichen Ziele stehen dabei in einem Spannungsverhältnis zueinander: Mit besonders polarisierenden Inhalten erreicht man mehr Aufmerksamkeit, sie bilden aber eine Hürde für die Zusammenarbeit mit anderen Parteien. Aktuell ist offen, ob die Partei dauerhaft auf eine Oppositionsrolle festgelegt bleiben will oder ob sie, beispielsweise durch einen moderateren Kurs und eine größere Bereitschaft zu inhaltlichen Kompromissen, die Chancen auf eine Regierungsbeteiligung und damit auf die praktische Umsetzung ihrer Ziele erhöhen will.

Resümierend bleibt festzuhalten, dass die pvv inzwischen auf eine mehr als elfjährige Geschichte zurückblicken kann, in deren Verlauf sie viele Kontroversen angestoßen und einige bemerkenswerte Erfolge errungen hat. In Anbetracht der soeben angesprochenen Unsicherheiten ist es nach heutigem Stand wahrscheinlich, aber keineswegs sicher, dass sie auch in Zukunft eine wichtige Rolle im niederländischen Parteiensystem einnehmen kann. Der Zuspruch, den Wilders mit seinen polarisierenden Inhalten und Forderungen seit Jahren erhält, bietet in jedem Fall einen Einblick in die politischen Präferenzen und die Unzufriedenheit vieler Bürger. Auf dieser Grundlage werden Stimmen der Unzufriedenheit, populistische Gruppierungen wie die pvv, auch in Zukunft einen prägenden Einfluss auf die niederländische Politik ausüben können.

8. Die SGP: eine charakteristische Eiche in einer holländischen Weidelandchaft

Protestantisch, konservativ und stabil

Jan Schippers

Anlässlich des 70-jährigen Bestehens der *Staatkundig Gereformeerde Partij* (SGP) im Jahr 1988 wurde die Partei als „eine knorrige Eiche in der politischen Landschaft“ bezeichnet. Dies ist ein treffendes Bild, denn so eine einzelne Eiche fällt sofort auf, und das trifft auf die SGP im politischen Sinne auch zu – vor allem dadurch, dass sie regelmäßig Standpunkte und Meinungen vertritt, die von einem großen Teil der niederländischen Bevölkerung nicht geteilt und manchmal mit Erstaunen aufgenommen werden.² Dazu kommt, dass die Partei eine sehr stabile Wählerschaft hat: meistens kam sie auf drei Sitze im Parlament (ca. zwei Prozent der Stimmen). Auch ihre Vertreter und Parteiführer werden von Politikern anderer Parteien als zuverlässig angesehen. „Sie ist eine sehr zuverlässige Partei. Von ihr geht viel Fröhlichkeit und Solidität aus“³, sagte Ministerpräsident Rutte 2011 über die SGP.

Diese Kombination von Eigenschaften macht die Partei einzigartig. Die Tatsache, dass die Menschen die relativ isolierte Anhängerschaft der Partei und den eigensinnigen Charakter ihres konservativen politischen Profils nicht kennen, macht sie auch neugierig. Was ist das für eine außergewöhnliche Partei, worauf basiert sie ihre Standpunkte und wie ist es möglich, dass so eine kleine Partei schon beinahe ein ganzes Jahrhundert existiert?

Gründung der SGP im Jahr 1918

Der direkte politische Anlass für die Entstehung der SGP liegt in der Grundgesetzänderung von 1917. Der langwierige Kampf um die Gleichstellung von Schulen verschiedener Konfessionen, der während der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts mit zunehmender Heftigkeit geführt wurde, wurde endlich mit einem ausgefeilten Kompromiss zwischen den drei wichtigsten politischen Strömungen beigelegt. Die Konfessionellen erhielten die gleiche Finanzierung von öffentlichem und besonderem (christlichen) Unterricht.

Die Sozialisten wollten das allgemeine Wahlrecht und das bekamen sie auch. Das Zensuswahlrecht, das den Liberalen in die Karten spielte, fiel weg. Um einem Verschwinden der liberalen Parteien bei nationalen Wahlen vorzubeugen, wurde darüber hinaus das System der relativen Mehrheitswahl eingetauscht gegen das der Verhältniswahl.

Die Anhängerschaft der SGP bestand zu Gründungszeiten vor allem aus Arbeitern im Land- und Gartenbau und kleinen mittelständischen Unternehmern. Unter dem Zensuswahlrecht erfüllten die meisten von ihnen nicht das Kriterium, um das Wahlrecht ausüben zu dürfen. Es handelte sich um eine reformierte Bevölkerungsgruppe, die oft isoliert lebte. Bezüglich der religiösen Auffassungen konnte sich die Mehrheit nicht in der *Nederlandse Hervormde Kerk* wiederfinden. Viele aus diesen Kreisen waren 1834 mit der *Afscheiding* mitgegangen oder später mit dem Benthuiser Pfarrer ds. L.G.C. Ledeböer (1808-1863), der 1841 abgesetzt wurde, weil er sich Beschlüssen des Kirchenvorstands widersetzt hatte. So entstand eine Strömung außerhalb der nationalen Kirche, die an der reformierten Lehre und der Kirchenordnung, die 1619 von der nationalen Synode in Dordrecht festgelegt worden war, festhielt. Ein Teil davon schloss sich 1892 den reformierten Kirchen an, deren leitende Figur Dr. Abraham Kuyper (1837-1920) war.⁴ Ein anderer Teil formte die *Christelijke Gereformeerde Kerken*. Bei denjenigen, die sich nicht einer dieser Glaubensgemeinschaften anschlossen, waren in geistiger Hinsicht oft Ergebenheit und Duldsamkeit tonangebend. Man war vielfach der Politik abgeneigt und kehrte sich oft von der Gesellschaft ab, weil man befürchtete, dass Teilnahme am öffentlichen Leben den Glauben untergraben würde. Geistiges Wohlergehen war für sie von größerer Wichtigkeit als materieller Wohlstand. Es war dieser Teil der Bevölkerung, den Ds. Gerrit H. Kersten (1882-1948) mit seiner SGP zu politischer Teilnahme motivierte. Heutzutage wird der Teil allgemein angedeutet als „die *bevindelijk*-Reformierten“, ein Ausdruck, der erst in den 1980er-Jahren aufgekommen ist.

Kennzeichnend für diesen Teil der Bevölkerung ist, dass er sich bezüglich der religiösen Überzeugung am reformierten Pietismus orientiert, einer Bewegung, die eine „zweite oder weitergehende Reformation“ innerhalb des Protestantismus befürwortete und fördern wollte. Die starke Aufmerksamkeit für Frömmigkeit und Glaubenserfahrung war eine Reaktion auf die zunehmende Rationalität im Hauptstrom des Protestantismus ab Mitte des 17. Jahrhunderts. Diese Bewegung manifestierte sich in Schottland im Puritanismus und in den Niederlanden in der *Nadere Reformatie* aus der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts und der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts.⁵ Die Inspiration wurde – und wird – aus Predigten und theologischen Werken

von Pfarrern dieser Zeit hergeleitet.⁶ Der junge Pfarrer Kersten hatte es 1907 geschafft, eine Anzahl von verstreuten abgeschiedenen Gemeinden (vor allem *Gereformeerden onder het Kruis* oder *Ledeboeriaanse* Gemeinden) in einem Kirchenverband zu vereinigen: die *Gereformeerde Gemeenten*. Seine organisatorischen Fähigkeiten wendete er dann auch an, um christliche Schulen zu errichten, die an die lokalen Kirchengemeinschaften angegliedert waren. Es ist möglich, dass Kersten politische Einflussnahme für nötig erachtete, um die fragile gesellschaftliche Position dieser Schulen stärken zu können.⁷

Da die Verhältniswahl 1917 eingeführt worden war, waren die Möglichkeiten dafür nun günstig. Bei einer Beibehaltung des Systems der relativen Mehrheitswahl wäre die SGP nicht in die Zweite Kammer eingezogen.⁸ Weiterhin spielte die Einführung der Wahlpflicht eine Rolle. Für welche Partei könnte ein konservativ reformierter Wähler stimmen? Wenn es keine bessere Alternative gab, wählte man in diesen Fällen oft konservativ-liberal oder antirevolutionär. Doch man fand sich weder richtig in der liberalen Ideologie noch im Neo-Calvinismus wieder, den Kuypers *Anti-Revolutionaire Partij* (ARP) vertrat.

Am 8. Januar 1917 gründeten Mitglieder der reformierten Gemeinde eine lokale Wählervereinigung in Krabbendijke (Seeland).⁹ Im Laufe dieses Jahres und des Frühjahrs 1918 entstanden acht andere örtliche Vereinigungen.¹⁰ Am 24. April 1918 trafen sich in Middelburg die Vorstandsmitglieder von acht seeländischen Wählervereinigungen mit dem Ziel, eine politische Partei zu gründen. Als vorläufiger Name wurde *Staatkundig Gereformeerde Partij* ausgewählt. Kersten persönlich bevorzugte den Namen *Vrije Antirevolutionaire Partij*¹¹, aber der vorläufige Beschluss vom 24. April wurde nie mehr geändert. Rückblickend erscheint das vernünftig, denn der Name *Vrije Antirevolutionaire Partij* erweckt den Eindruck, dass die SGP eine Splittergruppe der 1879 gegründeten ARP sei, was nicht der Fall ist.¹² Die theologischen Auffassungen und das daraus hervorgehende geistige Klima in der Anhängerschaft der SGP unterschieden sich zu deutlich von dem der ARP-Anhänger.¹³ Weiterhin war bei der SGP eine unterschwellige kontrarevolutionäre Bewegung vorhanden, die die Teilnahme am politischen Leben abwies, weil man damit der verwerflichen Idee der Volkssouveränität beipflichtet.

Was waren nun die Motive, um neben der bestehenden ARP und der *Christelijk Historische Unie* (CHU) eine dritte protestantische Partei zu gründen? Mit diesen Parteien teilte die SGP jedenfalls den politischen Kampf gegen den Unglauben und das aufklärerische Denken. „Bedeutende Angelegenheiten trennen uns von ihnen“, hielt SGP-Spitzenpolitiker Kersten

jedoch fest. Worauf zielte er damit ab? Dabei sind die fünf folgenden Dinge zu nennen, die zu der Zeit sehr wichtig waren.

Als erstes den Versicherungszwang vonseiten des Staates. Durch die Einführung der Versicherungsgesetze wurden Arbeitgeber und Arbeitnehmer dazu verpflichtet, soziale Versicherungen abzuschließen.¹⁴ Kersten war der Ansicht, dass der Staat die Bürger dazu nicht verpflichten dürfe. Für ihn stand die Praxis, sich gegen die Folgen von Unheil zu versichern, im Konflikt mit dem reformierten Glauben in die Vorsehung Gottes, der die ganze Welt regiert und das Leben jedes Menschen leitet. Ein Mensch darf in guten und schlechten Zeiten nur auf Gott vertrauen.¹⁵ Dadurch, dass die Bürger vom Staat zum Abschluss einer Versicherung verpflichtet wurden, wurde die Mehrheit der Menschen mit dieser Überzeugung in einen Gewissenskonflikt gebracht. Weiterhin argumentierte Kersten, dass eine gesetzlich aufgezwungene Versicherung die biblische Aufgabe zur gegenseitigen Hilfe aushöhlt. Wer sich versichert, braucht ja keine Hilfe von seinen Nächsten, aber wird auch weniger geneigt sein, anderen in Notsituationen zu helfen. Prinzipiell war die Armenfürsorge laut Kersten eine Aufgabe der Kirche. Durch weitreichende Einmischung verdrängte der Staat die Kirche von ihrem Platz.

Eine zweite Frage betraf den indirekten Impfwang. Kinder durften nur schulisch unterrichtet werden, wenn sie gegen ansteckende Krankheiten geimpft waren. Durch die Einführung der Schulpflicht im Jahr 1901 entstand eine indirekte Impfpflicht. Kersten war gegen diese Form von Staatszwang, die nicht im Einklang mit dem Recht auf körperliche Integrität stand. Der Staat durfte die Menschen nicht zu einer „künstlichen Bearbeitung ihres Körpers“¹⁶ zwingen. Weiterhin erachtete er es als unzulässig, dass Menschen sich mutwillig in Gefahr begeben, indem sie sich wissentlich krankheits-erregende Stoffe in ihren Körper spritzen lassen.¹⁷ Der wichtigste Einwand galt den Streitigkeiten in Bezug auf den Glauben in die Vorsehung Gottes. Vor allem aus diesem Grund war der staatliche Zwang für Kersten gesetzeswidrig. Er stand im Widerspruch zur Gewissens- und Glaubensfreiheit, weil der niederländische Staat es nicht erlaubte, dass Bürger ihr Leben in Übereinstimmung mit der biblischen Glaubensüberzeugung einrichteten.¹⁸

Drittens war die politische Zusammenarbeit von ARP und CHU mit der *Rooms-Katholieke Staatspartij* (RKSP) Kersten ein Dorn im Auge. Aus seiner idealistischen Sicht auf die Vergangenheit heraus waren die Niederlande eine protestantische Nation, die sich im Achtzigjährigen Krieg (1568-1648) vom „römischen Joch“ befreit hat, das dem niederländischen Volk vom spanischen König auferlegt worden war. In konservativ reformierten Kreisen – aber auch außerhalb dieser Kreise, zum Beispiel bei den Sozialisten – befürchtete man einen zunehmenden „römischen“ Einfluss auf

die Niederlande. Hierbei handelte es sich um eine Tendenz, die seit der Wiederherstellung der bischöflichen Hierarchie 1853 bereits im Gange war und auch gut sechzig Jahre später noch nicht aufzuhören schien.

Als vierten Unterschied nannte Kersten die Sichtweise auf das Wahlrecht. In der reformierten Sichtweise auf die Gesellschaft stand die Familie als Einheit im Vordergrund, nicht das Individuum. Die SGP trat daher auch für ein Familienvorstandswahlrecht ein.¹⁹ Daraus ergab sich, dass man das individuelle Wahlrecht für Frauen als widersprüchlich zum Platz der Frau ansah, der im Wort Gottes angegeben wurde.²⁰ Die ARP hatte allerdings 1917 dem allgemeinen Wahlrecht zugestimmt und die CHU schlug Frauen als Kandidaten vor. Davon distanzierte Kersten sich. Sein Fraktionsgenosse ds. P. Zandt (1880-1961), seit 1923 Hauptvorstandsmitglied und von 1925 bis zu seinem Tod Mitglied der Zweiten Kammer, nahm diesbezüglich einen nuancierteren Standpunkt ein. In öffentlichen Äußerungen passte er sich allerdings dem Standpunkt der Partei an.²¹

Der fünfte Unterschied bezüglich der Ansichten betrifft die Aufgabe des Staates im Hinblick auf die Religion. Während Kuypers ARP von einer Bindung der Staatspersonen an das Gesetz Gottes ausging, strebte die SGP „nach einer Regierung unseres Volkes, die vollkommen auf dem Fundament der Ordnung Gottes beruht, die in der Heiligen Schrift offenbart wird.“²² Der Ausgangspunkt der SGP ist die Annahme, dass der Staat dazu aufgerufen ist, Gott zu dienen, genau wie dem Volk. Der Staat stellt dann auch nicht seine eigenen Normen auf, sondern muss im öffentlichen Leben die biblischen Normen anwenden und fördern. Die Teilnahme an der öffentlichen Verwaltung sieht die SGP als eine Aufgabe von Gott, um sich im öffentlichen Leben zum Namen von Christus zu bekennen und um an einer guten Politik zum Wohle des Volkes mitzuarbeiten.

Politisches Gedankengut: Theologie gibt den Ton an

Das politische Denken der SGP ist unlöslich mit der reformierten Glaubensüberzeugung und der reformatorischen Theologie verbunden. Von Anfang an legen die Parteimitglieder viel Wert auf die biblischen Ausgangspunkte der SGP. Auf Grundlage dieser Prinzipien wird die Haltung zu einer politischen oder gesellschaftlichen Frage entwickelt.

Eine Sitzung der SGP beginnt dann auch meistens mit dem Lesen eines Bibelkapitels und einer meditativen Erläuterung dessen Inhalts. Das beruht auf der Überzeugung, dass man politische und gesellschaftliche Fragen nur im Lichte einer offenen Bibel auf eine gute Art und Weise angehen

kann. Das Wort Gottes hat laut der reformierten Überzeugung die höchste Autorität. Dabei beschränkt sich der Handlungsradius der Bibel nicht auf das religiöse Leben, sondern erstreckt sich über alle Bereiche des Lebens, das politische Leben inbegriffen.

Für SGP-Mitglieder ist der Glaube der Ausgangspunkt des Denkens. Er legt die Basis und gibt die politische Orientierung an. Diese Vorgehensweise bedeutet nicht, dass keine politische Debatte nötig wäre, um die aktuellen gesellschaftlichen und politischen Fragen zu beantworten. Anfänglich beschränkte sich der schriftliche Niederschlag der Besinnung auf politische Fragen auf die Auseinandersetzung und Erläuterung des Grundlagen- und des Kommunalprogramms. Vor allem SGP-Parlamentsmitglied Zandt hat sich hier stark eingesetzt. Dabei strebte er nicht nach einer systematischen und vollständigen Behandlung von Politikbereichen und gesellschaftlichen Fragen. Im Parteiorgan *De Banier* erschienen oft die vollständigen parlamentarischen Reden der SGP-Abgeordneten, ohne die Frage zu reflektieren, wie die konkreten Standpunkte sich zueinander verhielten.

Diese Arbeitsweise erklärt vielleicht, dass es in der Standpunktbestimmung von Kersten verschiedene Inkonsistenzen gibt.²³ So war er ein erklärter Gegner des allgemeinen Wahlrechts, aber er ließ sich in der Zwischenzeit wohl mit diesem Recht zum Parlamentsmitglied wählen. Er rief seine Anhängerschaft, vor allem die Männer, dazu auf, zur Wahlurne zu gehen, stimulierte die Gründung von Wählervereinigungen im Land und plädierte für die Wahlteilnahme auf provinzieller und kommunaler Ebene.

Auf der einen Seite zeigte Kersten eine gewisse Affinität zum Liberalismus, als es um eine Ablehnung staatlicher Eingriffe in das gesellschaftliche Leben und die Wirtschaft ging. Auf der anderen Seite billigte er dem Staat eine beinahe uneingeschränkte Macht zu, die – aus Kerstens Sicht – wahre Religion aufrechtzuerhalten und zu fördern. Und im Widerspruch zu seiner liberal anmutenden Vorliebe für einen zurückhaltenden Staat schreckte er in der Krisenzeit der Dreißigerjahre nicht davor zurück, mit Nachdruck für unterstützende Maßnahmen in der Landwirtschaft und im Fischereisektor zu plädieren.

Ein wichtiger Moment in der Geschichte der SGP ist die sogenannte „Nacht von Kersten“ vom 10. November 1925, als die Mitglieder der SGP-Fraktion einen Änderungsantrag für den Haushaltsplan des Außenministeriums einreichten. Man beabsichtigte, dass für die Repräsentation des Königreichs der Niederlande im Vatikan kein Budget mehr zur Verfügung gestellt werden sollte. Am folgenden Tag wurde der Änderungsvorschlag von der Zweiten Kammer angenommen, da neben der gesamten Opposition auch Parlamentsmitglieder der ARP und CHU ihn unterstützten. Daraufhin traten

die katholischen Minister zurück. So fiel bereits nach vier Monaten das erste Kabinett Colijn.

Übrigens steht das Einreichen des Änderungsantrags von der SGP-Fraktion schon in einem Spannungsverhältnis mit dem Parteistandpunkt, dass nicht die Volksvertreter, sondern die Regierung regieren muss. Diese Haltung beruht auf der Ablehnung des Prinzips der Volkssouveränität. Die Autorität, die Gott dem Staat anvertraut hat, war laut Kersten unteilbar. Darum durfte die Regierung diese Autorität nicht mit den Volksvertretern teilen. Diese Herangehensweise hinderte die SGP-Fraktion nicht daran, sich intensiv an der Debatte über Gesetzesvorschläge im Parlament zu beteiligen. Festzustellen ist, dass die SGP in der Praxis ihre theoretischen und prinzipiellen Ausgangspunkte nicht starr verfolgte.

Um diese Widersprüchlichkeiten scherten sich Kersten und seine Anhänger überhaupt nicht. Sie waren davon überzeugt, dass ihre Standpunkte auf der Bibel basierten, dem Wort Gottes. Eine logisch zusammenhängende und ausgearbeitete politische Philosophie hatte für die Partei scheinbar keinen Mehrwert. Das kommt unter anderem daher, dass Kersten seine politische Arbeit als Fortführung seiner Tätigkeit als Pfarrer sah. Er identifizierte sich mit den Propheten, die im alten Israel auftraten, um das Volk wieder dazu zu bringen, Gottes Geboten zu gehorchen. Parallel dazu war das wahre Wohlbefinden des niederländischen Volkes an eine Rückbesinnung auf den Dienst an Gott gebunden.²⁴ Seine Nachfolger Zandt und später ir. Cornelis Nicolaas van Dis (1893-1973) dachten und handelten in diesem Sinne. Sie publizierten eine ausführliche Erläuterung des Grundsatzprogrammes der SGP.²⁵ Für praktische Fragen von Akteuren in der kommunalen und provinziellen Politik war vor allem das Vorstandsmitglied David Kodde (1894-1967), der unter anderem Bürgermeister der seeländischen Gemeinde Zoutelande und seit 1956 Parlamentsmitglied war, zuständig.²⁶

Eine andere Erklärung für das Ausbleiben eines durchdachten Entwurfs einer politischen Philosophie der SGP ist die Tatsache, dass die Bedeutung eines wissenschaftlichen Studiums politischer Fragen in SGP-Kreisen anfangs noch nicht gesehen wurde. Aber je mehr jüngere Mitglieder in der Anhängerschaft eine akademische Ausbildung begannen, desto mehr änderte sich diese Unterbewertung. Eine kritische Befragung der Stellungnahmen der Parlamentsfraktion regte zur Besinnung an. Einen ersten Ansatz bildet die Gründung des Blattes *Onderling Kontakt* Anfang der 1960er-Jahre von Studenten der christlichen Lehrerausbildung *De Driestar* in Gouda. Ein weiterer Schritt war die Gründung der *Stichting Studie- en Voorlichtingscentrum* im Jahr 1974, die vier Jahre später in *Stichting Studiecentrum SGP* und ab 1992 in *Guido de Brès-Stichting* umbenannt wurde.²⁷ Auch gab es

mehr Möglichkeiten für administrative Unterstützung der SGP-Fraktion in der Zweiten Kammer. Vor allem ir. H. van Rossum (1919-2017), Parlamentsmitglied von 1967 bis 1986, hat sich für die Ausweitung des Fraktionsstabs eingesetzt.

Programmatische Entwicklungen

Programmatische Änderungen kommen bei der SGP im langsamen Tempo zustande. Die Partei wird nicht plötzlich eine 180-Gradwendung machen. Inkrementale Politik, die sich schrittweise entwickelt und verändert, ist auch typisch für die niederländische Politik. In diesem Sinne ist die SGP eine klassisch niederländische Partei. „Immer mit der Ruhe, dann kann nichts schief gehen“, lautet ein bekanntes niederländisches Sprichwort. Dies bedeutet übrigens nicht, dass es im Laufe der letzten 100 Jahre keine Veränderungen bei der SGP gegeben hat. Was hat sich seit 1918 alles bezüglich ihrer Positionierung geändert? Ohne Anspruch auf Vollständigkeit werden im Folgenden sechs bemerkenswerte Veränderungen besprochen.

Demokratie und Theokratie

Demokratie als Regierungsform war in der Periode von 1920 bis 1940 bei diversen Parteien nicht sehr beliebt, auch nicht bei der SGP. Kersten relativierte das System der parlamentarischen Demokratie, auch wenn er den Terminus Theokratie bewusst nicht verwendete, um das Ideal der SGP zu umschreiben. Seiner Meinung nach war Theokratie dem alttestamentarischen Israel vorbehalten. Seine Sicht basierte auf der tiefreligiösen Vorstellung, dass der Staat den göttlichen Instruktionen aus der Bibel folgen sollte.²⁸

Die Säkularisierung, die in den Sechzigerjahren aufkam, schlug sich auch in der politischen Repräsentation nieder. 1967 verloren die konfessionellen Parteien ihre Mehrheit in der Zweiten Kammer, was den Trend der massenweisen Kirchenaustritte und die Abkehr von der traditionellen christlichen Moral seitens einer Mehrheit der Niederländer illustrierte. „Es ist verboten, etwas zu verbieten“, war die Protestparole dieser Zeit, wobei Autorität, Ordnung und Gesetz unter Druck gerieten. Diese kulturelle Wendung entlockte dem SGP-Spitzenpolitiker Hette Abma die Aussage: „Wer die Autorität Gottes verwirft, erkennt auf Dauer auch keine menschliche Autorität mehr an.“ An Stellen, an denen diese Aussage einerseits eine Ablehnung des Zeitgeistes bedeutete, brachte sie andererseits auch eine Besinnung über die Art, mittels derer die SGP ihre Botschaft verbreiten musste, zustande. Die Intention der

SGP war es nicht, dem Volk zwangsweise das Gesetz Gottes aufzuerlegen. Dieses Bild durfte die Partei nicht vermitteln. Darum fasste Abma die SGP-Botschaft vorzugsweise auf eine positive Art und Weise in Worte: das Wort Gottes hat eine wohltuende Bedeutung für alle Menschen. Diese veränderte Herangehensweise ermöglichte eine viel positivere Wertschätzung der Demokratie, aber die Diskussion, wie die Demokratie sich zu den auf der Bibel basierenden Prinzipien der Partei verhält, wurde fortgeführt.²⁹

Zu dieser Frage entwickelte sich eine breit geführte Diskussion in SGP-Kreisen, die in verschiedenen Artikeln und anderen Publikationen wiederzufinden ist. In den Neunzigerjahren entstanden Studien über den Charakter der Politik, die die SGP vertrat, und deren Konsequenzen für ihr Agieren in der Demokratie.³⁰ Die SGP plädierte für eine theokratische Politik im Rahmen des vorherrschenden demokratischen Systems. Die Form ist nicht entscheidend, sondern die Norm, dass die biblischen Werte die Richtschnur für die Politik sind. 2008 schlug der damalige SGP-Fraktionsvorsitzende Bas van der Vlies vor, dass die SGP ihre politischen Ideale nicht länger mit den Terminus Theokratie umschreiben sollte, weil dieser in der Öffentlichkeit schnell zu dem Missverständnis führt, dass die SGP eine reformierte Variante der iranischen Zustände befürworte. Um unnötige Verwirrung zu vermeiden, entschied sich die Partei für die Umschreibung „biblisch normierte Politik“.³¹

Eine Aktualisierung der SGP-Sicht findet sich in der Studie des wissenschaftlichen Instituts *Gerechtigheid verhoogt een volk* mit Betrachtungen staatsrechtlicher, historischer und theologischer Aspekte der biblisch reformierten Politik wieder.³² Ein wesentlicher Ausgangspunkt der SGP bleibt die Ansicht, dass der Ursprung der Staatsmacht in Gott beruht. Die Quelle der Staatsmacht führt nicht automatisch zu einer Entscheidung, auf welche Art und Weise die Staatsmacht ausgeübt wird, ob die Macht von einem, von einigen oder von vielen ausgeübt wird. Sowohl auf der Basis der Volkssouveränität als auch auf der Basis der Souveränität Gottes sind mehrere Staatsformen zu konstruieren.

Dieser Ausgangspunkt schlägt sich in den grundlegenden Normen nieder, an die sich der Staat bei der Ausübung seiner Aufgaben zu halten hat. Die entscheidenden Normen über Gut und Böse, über Recht und Unrecht sind in den biblischen Zehn Geboten (Dekalog) zusammengefasst, auch Gesetz Gottes genannt. Innerhalb des demokratischen Rahmens strebt die SGP danach, dass Gesetzgebung und Politik für das öffentliche Leben mit den biblischen Richtlinien für das Leben und Zusammenleben von Menschen harmonisieren. Dies steht allerdings im Widerspruch zu den gängigen Auffassungen von menschlicher Autonomie, nach denen Menschen selbst

entscheiden dürfen, was ihre Normen und Werte sind. Die SGP argumentiert dagegen, dass es eine Gesellschaft ins Chaos führen kann, wenn in der politischen Entscheidungsfindung die Regel „die meisten Stimmen gelten“ allesentscheidend ist. Dann landet man in einer Situation, in der kein Mensch sicher leben kann.

Ein Brennpunkt ist das Verhältnis von Kirche und Staat. In der calvinistischen Auffassung sind beide von Gott gegründet, um seinen Ruhm zu fördern, aber sie überschneiden sich nicht und sie dürfen sich nicht gegenseitig beherrschen.³³ Das bedeutet: Angestrebt wird keine Staatskirche (wie zum Beispiel in Schweden, dem Vereinigten Königreich oder Griechenland), ebenso kein Kirchenstaat (wie zum Beispiel der Vatikan); wohl aber eine fruchtbare Zusammenarbeit von Staat und Kirche unter Beibehaltung der jeweiligen Selbstständigkeit. Die SGP befürwortet keinen Staat, der den Bürgern einen bestimmten Glauben oder eine bestimmte Weltanschauung auferlegt oder aufzwingt, sondern einen Staat, der Farbe bekennt. Ein Staat kann schließlich nicht neutral sein, wenn es um die moralischen Aspekte geht, die mit beinahe jeder politischen Frage zusammenhängen. Mit dieser Sicht brüskiert die SGP nicht die Demokratie, sondern stellt sich gegen die Säkularismus, die jede Religion aus dem öffentlichen Leben verbannen will und die Einführung einer säkularen Variante der „Staatsreligion“ befürwortet. Wie andere politische Parteien eine liberale, sozialistische oder populistische Politik vertreten, so möchte die SGP, unter Berücksichtigung der demokratischen Spielregeln, eine biblisch normierte Politik fördern. Ihr Ziel ist es, einen Beitrag für eine bessere Politik zu leisten, hinsichtlich des physischen und geistigen Wohlbefindens des ganzen Volkes.³⁴

Von anti-römisch zu islamkritisch

Wie bereits erläutert idealisierten Kersten und Zandt die protestantische Vergangenheit der Niederlande, die sich in einem achtzig Jahre dauernden Krieg von dem römisch-katholischen Regime in Spanien befreit hätten. Auch viele andere Protestanten vertraten diese Sichtweise. Sie sahen die Niederlande im 17. und 18. Jahrhundert als einen calvinistischen Staat an, der im reichen „Goldenen Zeitalter“ seine Blütezeit hatte. Bis in die Sechzigerjahre des 20. Jahrhundert legte die SGP regelmäßig eine anti-römische Haltung an den Tag. Dies änderte sich allerdings Schritt für Schritt. Vor allem während der kulturellen und sexuellen Revolution in den Sechziger- und Siebzigerjahren wurde deutlich, dass konservative Protestanten im konservativen Flügel der römisch-katholischen Kirche immer öfter einen Bündnispartner hatten, wenn es um den Kampf gegen

die lockere Ehemoral, den Sittenverfall und die feministische Ideologie ging. Konservative Katholiken sahen dies ebenso sehr im Widerspruch mit der christlichen Ethik wie die SGP. Die Ähnlichkeit in der Sichtweise wurde beim politischen Kampf gegen die Legalisierung des unehelichen Zusammenwohnens, der Abtreibung, der Sterbehilfe, dem Fördern der sogenannten 24-Stunden-Wirtschaft und der Homo-Ehe deutlich.

Der Umbruch bei der SGP wurde deutlich, als der SGP-Spitzenpolitiker Van der Vlies 2004 behauptete, dass er das Thema der römisch-katholischen Kirche nicht politisieren möchte „in einer Situation, in der ein schrumpfender Teil der Gesellschaft sich Christen nennt.“³⁵ Eine noch treffendere Darstellung der geänderten Behandlung ist die folgende: Im Frühjahr 2010 störten Aktivisten eine Messe in der Kirche Sint-Jan te 's-Hertogenbosch. Sie prangerten die Tatsache an, dass ein Pastor einem homosexuellen Karnevalsprinzen während der heiligen Kommunion die Hostie verweigert hatte. Sie machten ihren Protest deutlich, in dem sie während der Predigt aufstanden, Krach machten und Weihnachtslieder sangen. SGP-Parlamentsmitglied Kees van der Staaij stellte am folgenden Tag kritische Fragen im Parlament über diesen „Hostienkrawall“. Die Ruhestörung in der Kirche Sint-Jan te 's-Hertogenbosch bezeichnet er als kriminell.³⁶ Der SGP-Politiker bat die Minister, Maßnahmen zu ergreifen, um neue Ruhestörungen zu vermeiden. Damit erntete die SGP Sympathie vieler Katholiken.

Die SGP scheint heutzutage die Gefahr von Rom ausgetauscht zu haben gegen die Gefahr des (politischen) Islams – mit dem Unterschied, dass keine Rede von einer Themenfixierung ist, wie es bei Kersten der Fall war. In der politischen Profilierung spielt die Wahrung der jüdisch-christlichen Kultur eine wichtige Rolle. Die SGP untermauerte ihren Standpunkt in einer Publikation mit dem Namen *De islam in huis*, die 2005 erschien, mit Argumenten.³⁷ Bekannt sind die Vorschläge der SGP-Fraktion, Mega-Moscheen, auffälligen Minaretten und öffentlichen Gebetsaufrufen, in denen das islamische Glaubensbekenntnis auf der Straße zu hören ist, zu begegnen. Das bedeutet nicht, dass Moslems laut der SGP keine Glaubensfreiheit besitzen dürften. Ihr Widerstand richtet sich gegen die öffentliche Demonstration dieser Religion.³⁸

Die Europäische Union: Von Abweisung zu kritischer Akzeptanz

Auch hinsichtlich der internationalen Zusammenarbeit in Europa hat die SGP eine Entwicklung hinter sich. Zandt war ein erklärter Gegner von allem, das in Richtung internationale Organisationen ging. Er erinnerte jedes Mal an das jämmerliche Scheitern des Völkerbundes in den Dreißigerjahren.

Unter diesem Gesichtspunkt wies er die Vereinten Nationen, den Europäischen Rat, die NATO und die Bildung der Europäischen Gemeinschaften ab. Die Tatsache, dass ziemlich viele Katholiken an der Wiege der europäischen Zusammenarbeit standen, war für ihn ein weiterer Grund für Widerstand: „... die Niederlande werden also vollständig unter der Herrschaft römisch-katholischer Länder wie Frankreich, Italien, Westdeutschland und Belgien stehen.“³⁹ Nur was die NATO anging, änderte Zandt schnell seine Meinung.

1979 beschloss die SGP, an den Wahlen zum Europäischen Parlament teilzunehmen. Das kostete viel Mühe. Eine Minderheit in der Partei verweigerte die Mitarbeit. Der Parteivorsitzende Abma fürchtete sogar eine Spaltung der Partei. Aber während der Periode Van der Vlies (1986-2010) kam die SGP allmählich zu einer – wenn auch kritischen – Akzeptanz der europäischen Zusammenarbeit. Ihr Nutzen und ihre Notwendigkeit in den Sektoren Wirtschaft, Landwirtschaft, Umweltschutz, Infrastruktur und öffentlicher Transport wurden erkannt – und auch verteidigt. Gleichzeitig betonte die SGP die große Wichtigkeit der Selbstständigkeit der EU-Mitgliedsstaaten, vor allem wenn es um Steuern, Schulpolitik, Gesundheitswesen und ethische Fragen ging. Die Bildung der Wirtschafts- und Währungsunion und die Einführung des Euros lehnte die SGP mit ökonomischen und politischen Argumenten ab. Die Entwicklungen der letzten Jahre waren für die Partei eine Bestätigung, dass sie Recht hatte. Weiterhin musste das Subsidiaritätsprinzip laut der SGP von unten angegangen werden: nicht die Europäische Union bestimmt, ob europäische Vorschriften gewünscht sind, sondern die Mitgliedsstaaten und ihre Parlamente. Mit dieser Vorgehensweise wird eine zentralistische Interpretation von „Subsidiarität“ vermieden, die die Selbstständigkeit der Mitgliedsstaaten zu weit einschränkt. Die EU muss in den Mitgliedsstaaten verankert bleiben und ihnen zu Dienste sein, nicht andersherum.⁴⁰

Haltung gegenüber dem jüdischen Volk und dem Staat Israel

In den Jahren vor dem Zweiten Weltkrieg brachten sich immer mehr Juden aus Deutschland in Sicherheit, unter anderem in den Niederlanden. Kersten war gegen die Öffnung der Grenzen für jüdische Flüchtlinge. Er verurteilte die anti-jüdischen Maßregeln in Deutschland, aber fürchtete gleichzeitig einen zu großen jüdischen Einfluss in den Niederlanden. Im Jahr 1938 sagte er in der Zweiten Kammer: „Und doch, Herr Vorsitzender, die Beharrlichkeit, mit der die Juden den verkündeten Messias verwerfen, führt häufig dazu, dass Völker, bei denen sie Schutz gefunden haben, sie hinauswerfen.“⁴¹

Diesem Standpunkt lagen theologische Auffassungen zugrunde. Ebenso wie Kuypers vertrat Kersten eine damals übliche Substitutionslehre, die besagte, dass die christliche Kirche den Platz Israels eingenommen hat. Die Juden seien „Feinde von Christus“. Durch die Kreuzigung von Jesus hätten sie Schuld auf sich geladen und davon zeugten nun die Verfolgungen, so behauptete Kersten. Die SGP hielt wohl Abstand vom politischen Antisemitismus – dieser war ihr zu extrem. In breiten protestantischen Kreisen gab es in der Zeit eine anti-jüdische Haltung und man machte sich einer negativen Bildformung schuldig, indem man Juden als unzuverlässige Bürger und Handlanger des Kommunismus, Liberalismus und Sozialismus stigmatisierte.

Als die Regierung Pläne machte, um ein großes Auffanglager auf dem Elspeterveld (in der Provinz Gelderland) zu errichten, kam es zu Protesten, unter anderem von der *Vereniging voor Vreemdelingenverkeer* (VVV) und dem *Algemene Nederlandse Wielrijdersbond* (ANWB). Die SGP äußerte Bedenken aufgrund der Störung der Sonntagsruhe. Das SGP-Blatt *De Banier* titelte: „Von Uddel nach Elspeet ein großes Judenlager. Bleibt für uns auch noch etwas Heide übrig?“⁴² Der Beschluss des zuständigen Gemeinderats in Ermelo wurde von niemand anderem als Königin Wilhelmina abgelehnt. Sie fand, dass der geplante Ort zu nah an ihrer Sommerresidenz *Paleis Het Loo* in Apeldoorn sei.⁴³ Das Auffanglager wurde daraufhin in der Nähe von Westerbork (in der Provinz Drente) errichtet.

Während Kersten die Ideologie der *Nationaal Socialistische Beweging* (NSB) klipp und klar ablehnte, wollte er jedoch die Ausrichtung der nationalsozialistischen Politik in Deutschland nicht sehen. Dies erklärt sich durch seine merkwürdige Fixierung auf den römischen Katholizismus. In seiner Einschätzung waren „Rom“ und die Koalition von ARP und CHU mit der RKSP eine größere Gefahr für das Land als der aufkommende Nationalsozialismus. „Viel mehr als vor Sozialisten und NSB'ern muss sich unser protestantisches Volk vor Rom fürchten und sich gegen Rom bewaffnen“, schrieb er 1938. Weiterhin kritisierte Kersten unaufhörlich die Regierung, weil sie nicht gegen die „himmelschreienden Sünden“ in der Gesellschaft vorging. Früher oder später sollte dieses moralische Übel von Gott bestraft werden. Als die Niederlande im Mai 1940 durch den Einfall von Nazi-Deutschland überrumpelt wurden, mit der Bombardierung der Stadt Rotterdam als schreckenerregende Zwangsmaßnahme zur Kapitulation, sah Kersten diese Katastrophe als ein Urteil Gottes an. Diese Sichtweise motivierte zu einer passiven Haltung gegenüber den deutschen Besatzern in den Jahren 1940-45. Das niederländische Volk konnte sich am besten Gottes strafender Hand unterwerfen, sagte Kersten.⁴⁴ Diesen Standpunkt vertrat er nicht alleine, aber auch in den eigenen Kreisen

wurde er nicht von allen geteilt. Kerstens defätistische Haltung gab nach dem Krieg Anlass zu einem Beschluss, ihm sein Mandat zu entziehen. Auch innerhalb der SGP entstand Protest gegen seine Handlungsweise. Die Wählervereinigung von Rotterdam-West verlangte eine gründliche Untersuchung zu den Vorgängen während der Kriegsjahre, aber diese Untersuchung kam nicht zustande. Mitglieder, die weiterhin protestierten, wurden einfach ausgeschlossen. Dies zeigt, dass der Hauptvorstand nicht mit Kritik umgehen konnte. Auch wenn die Macht von Kersten erschüttert wurde, war er für die meisten Parteimitglieder noch immer ihr unangefochtener Anführer.

Die Gründung des Staates Israel im Jahr 1948 und vor allem seine Behauptung gegen die arabische Übermacht in den Kriegen von 1956, 1967 und 1973 haben dazu beigetragen, dass immer mehr Mitglieder der SGP Sympathie für Israel und das jüdische Volk entwickelten. Prediger aus der Anhängerschaft nannten den Sieg Israels ein Wunder Gottes, das mit der einstigen Befreiung aus Ägypten verglichen werden konnte.⁴⁵ Die Substitutionslehre stieß auf Kritik, indem Auffassungen aus der Zeit der *Naderen Reformatie* untersucht wurden. Die gängige Auffassung, dass Gott die Juden zurückgewiesen hat, wurde ersetzt durch eine hoffnungsvolle Zukunftsperspektive. In der Endphase der Weltgeschichte sollten sich die Juden massenhaft zum Christentum bekehren, wobei auch die Rückkehr ins Heilige Land zu den Möglichkeiten gehörte. In dieser pietistischen Strömung wurde, auch durch den geteilten Fokus auf das Alte Testament, eine enge Verbundenheit mit dem „alten Bündnisvolk“, den „Geliebten um der Väter willen“⁴⁶ gesehen.

In den Parlamentsbeiträgen und Parteireden von Zandt (Parteivorsitzender von 1946-1961) merkt man nichts von einer veränderten Auffassung.⁴⁷ Er sagte nichts über Israel, selbst nicht in seiner Parteireden von 1957, in der er die Suez-Krise erwähnte. Eine vorsichtige Veränderung wurde 1968 deutlich, als Abma sich mit dem Sechstagekrieg von 1967 beschäftigte und in dem Zusammenhang den schottischen Puritaner Samuel Rutherford (1600-1661) zitierte, der das jüdische Volk als eine geliebte Schwester der christlichen Kirche bezeichnete.⁴⁸

1974 ging die SGP einen Schritt weiter, als Abma in einer Rede ausführlich auf die angespannte Situation im Mittleren Osten einging und die Regierung wegen ihrer halbherzigen Unterstützung für Israel während des Yom-Kippur-Kriegs im Herbst 1973 kritisierte. Das Kabinett würde sich zu sehr vom Ölboykott, den arabische Länder den Niederlanden als Sanktion für die Unterstützung Israels auferlegten, erpressen lassen. Auch verwies Abma explizit auf Gottes immerwährende Bündnistreue gegenüber dem Volk Israels.⁴⁹ Damit schlug er ganz andere Töne an als zuvor Kersten und Zandt. Diese Wendung mündete im Jahr 2000 in der Aufnahme eines separaten

Artikels in das Parteiprogramm der SGP, der für die Bedeutung guter diplomatischer Beziehungen mit dem Staat Israel sowie sichere und anerkannte Grenzen für dieses Land plädiert.⁵⁰ Mit ihrer pro-israelischen Einstellung kritisiert die SGP andere Parteien, die den Staat Israel einen Besatzer nennen und alleine verantwortlich machen für das Leid, das den Palästinensern widerfährt. 2012 gab es im Parlament eine Gesetzesinitiative, die bezweckte, dass die rituelle Schlachtung ohne Betäubung verboten wird. Im Interesse der jüdischen Gemeinschaft in den Niederlanden stellte die SGP sich dieser Gesetzesinitiative entschlossen entgegen.⁵¹ Auch hört man heutzutage seitens der SGP nicht nur ein Plädoyer für eine protestantische oder reformierte Nation, sondern werden viel öfter die jüdisch-christlichen Wurzeln und die niederländische Tradition hervorgehoben. Das Fazit ist, dass die SGP in Bezug auf das jüdische Volk eine fundamentale Veränderung durchgemacht hat. Die heutige Sicht der Partei steht im Widerspruch zu der Sicht, die während der ersten Jahrzehnte nach ihrer Gründung vertreten wurde.

Wirtschafts- und Sozialpolitik

Die SGP stand dem Einfluss des Staates auf Wirtschaft und Gesellschaft zunächst misstrauisch gegenüber. Der Staat sollte sich in seinem Auftreten auf den öffentlichen Sektor beschränken. Allmählich kam es zu einer Veränderung in dieser Denkweise. Vor allem die staatliche Finanzierung des reformatorischen Unterrichts hat dazu beigetragen. Das führte dazu, dass, während unter Präsident Ronald Reagan (1981-1989) in den Vereinigten Staaten und Premierministerin Margaret Thatcher (1979-1990) im Vereinigten Königreich die neoliberale Politik aufkam, die SGP gerade die scharfen liberalen Kanten ihrer sozialpolitischen Positionierung abschliff. Kritik der SGP an der freien Marktwirtschaft beschränkte sich nicht länger auf Sonntagsarbeit und unmoralische Werbung. Vor allem Van der Vlies hat der SGP ein sozialeres Gesicht gegeben. So setzte er sich beispielsweise für die Regelung eines „Komplements“ für freiwillige Betreuer von Pflegebedürftigen ein.⁵² Darüber hinaus fand er, dass die Niederlande hinsichtlich der Unterstützung von Familien mit Kindern zurückblieben, da viele von ihnen unter die Armutsgrenze fielen. Auch plädierte er für mehr Mittel für die Pflege chronisch Kranker, Behinderter und ein Extrabudget für Menschen, die langfristig auf staatliche Unterstützung angewiesen sind. Er war sehr entrüstet über das zweite Kabinett Kok (1998-2002), als dieses zusätzliches Geld zur Unterstützung des Spitzensports bereitstellte und kurz darauf beschloss, das Budget für sozial Schwächere zu kürzen.⁵³

Eine Erklärung für diese veränderte Haltung der SGP gegenüber den sozialökonomischen Fragen liegt einerseits im Ausbau des Wohlfahrtsstaates, vom dem auch SGP-nahe Pflegeeinrichtungen und Schulen profitierten. Aus dem Blickwinkel einer gerechten Verteilung der staatlichen Gelder befürwortete die SGP auch in zunehmendem Maße die Belange dieser reformatorischen identitätsgebundenen Einstellungen. Eine andere Erklärung ist die Tatsache, dass eine wachsende Anzahl junger Menschen aus der Anhängerschaft eine akademische Ausbildung absolvierte, unter anderem in wirtschaftlichen Fächern. Eine Gruppe dieser christlichen Ökonomen organisierte sich in der Plattform *Economos*, verfasste Artikel im SGP-Blatt *Zicht* über die Konsequenzen von biblischen Werten und Normen für das wirtschaftliche Leben, stellte liberal angehauchte und manchmal pro-kapitalistische Parteistandpunkte in Frage und trug zu Studien des wissenschaftlichen Instituts der Partei bei.⁵⁴

Politische Partizipation von Frauen

Genau wie die ARP opponierte die SGP gegen das individuelle Wahlrecht. Aus einer organischen Sicht auf die Gesellschaft plädierten diese Parteien für ein Familienvorstandswahlrecht. Sie waren somit auch gegen ein Frauenwahlrecht. Nach der Einführung des allgemeinen Wahlrechts 1917 verschob sich die Meinung in den Kreisen der ARP. Zum nun bestehenden Wahlrechtssystem gehörte das Frauenwahlrecht einfach dazu. Kersten fand, dass dies keine haltbare Begründung war. Er warf der ARP das Aufgeben von Prinzipien vor, weil sie 1917 das allgemeine Wahlrecht akzeptiert hatte.⁵⁵

Übrigens blieb die ARP bis in die Sechzigerjahre eine ziemlich traditionelle Partei. 1963 wurde das erste weibliche Parlamentsmitglied der ARP gewählt. Diese Veränderungen wurden in SGP-Kreisen als Menetekel angesehen. Inzwischen war es wohl ein Fakt, dass es in SGP-Familien immer selbstverständlicher wurde, dass auch Frauen zur Wahlurne gingen. 1982 bat die Wählerversammlung von Den Haag den SGP-Hauptvorstand um eine kritische Reflektion des traditionellen Standpunkts, unter Berücksichtigung der stark veränderten Position der Frauen in der Gesellschaft und auch in der Anhängerschaft der Partei. Es wurde konstatiert, dass die meisten Frauen und Mädchen aus der SGP-Anhängerschaft ihre Stimme abgaben und meist für die Partei stimmten. Wie stimmte dies überein mit Artikel 12 aus dem Parteiprogramm der SGP, der das Frauenwahlrecht ablehnte?⁵⁶

1984 ließ der Parteivorstand zwei Schriftstücke im Hinblick auf Frauenemanzipation und Überlegungen zum Frauenwahlrecht erscheinen. Konkrete Vorschläge gab es nicht, eine Folge der Uneinigkeit im Vorstand.

Die Wählervereinigungen reagierten auch gespalten. Nach einer mühsamen internen Debatte beschloss die allgemeine Mitgliederversammlung 1989 eine Änderung des Parteiprogramms. Das Frauenwahlrecht wurde nicht länger kategorisch ausgeschlossen. Jeder Frau stand es frei, zu entscheiden, ob sie wählen wollte oder nicht. Gleichzeitig galt seitens der Partei das Regierungsamt als an Männer vorbehalten, weil es in der Bibel einen Unterschied zwischen der Berufung von Mann und Frau gab.⁵⁷

In der Zwischenzeit ging die Diskussion über die Parteimitgliedschaft für Frauen weiter. Es gab nämlich Wählervereinigungen, die Frauen als Mitglied einschrieben, weil die Parteisatzungen dem nicht widersprachen. Das führte zu Protesten von anderen Mitgliedern, die darauf hinwiesen, dass Parteimitglieder das Recht hätten über Angelegenheiten, die im Zusammenhang mit dem Regierungsamt standen (wie das Festlegen der Kandidatenlisten), mitzubestimmen. Nach einer heftigen internen Diskussion legte die Partei 1996 in der Satzung fest, dass die ordentliche Mitgliedschaft Männern vorbehalten war, während für Frauen eine außerordentliche Mitgliedschaft geschaffen wurde. Paradox hinsichtlich dieses Beschlusses war die Tatsache, dass die Partei damit juristische Hebelwirkung für Gegner bot, die der Partei unerlaubte Diskriminierung von Frauen vorwarfen. Es dauerte bis 2005 bevor die *Clara Wichmann Stichting* vor Gericht Erfolg hatte. Das Gericht in Den Haag wies den niederländischen Staat an, die SGP nicht mehr zu subventionieren. Nach langen juristischen Prozessen erging 2010 vom Hohen Rat ein Urteil und der Staat wurde angewiesen, effektive Maßnahmen zu ergreifen, die dazu führen sollten, dass die SGP die Diskriminierung formal beendet. Das Einbehalten von Subventionen sei kein geeignetes Mittel, so dieses Urteil. Auch dürfe die Partei ihre Sicht auf das Verhältnis von Mann und Frau frei verbreiten. Nach einem gescheiterten Berufungsverfahren am Europäischen Gerichtshof beschloss die SGP, juristische Hindernisse gegen die Kandidatur von Frauen aus der Parteisatzung zu entfernen. Bei den Kommunalwahlen im Frühjahr 2014 wurde in Vlissingen zum ersten Mal eine Frau aus der SGP zum Mitglied des Gemeinderats gewählt.

Zurückblickend gab es anfangs einen Mangel an sichtbarer politischer Autorität in dieser Diskussion. Wegen der enormen Zerstrittenheit in der Partei ist es verständlich, dass Van der Vlies als gerade angetretener Fraktionsvorsitzender vorsichtig handelte. Weiterhin hatte die SGP einen Fehler begangen, indem sie im Jahr 1990 bei der Ratifikation des UN-Vertrags zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau nicht auf eine Ausnahmeklausel für die Partei aufgrund ihrer biblischen Ausgangspunkte gedrängt hatte. Ein Signal für eine Öffnung in diesem

Zusammenhang gab Van der Vlies im Frühjahr 1993 kurz nach der meinungsbildenden Parteiversammlung – in der 91 Prozent der Abgeordneten für einen Ausschluss von Frauen von der Parteimitgliedschaft optierten –, indem er angab, dass er wohl für eine Form von Frauenpartizipation in der Partei war. Zweifellos hat er danach hinter den Kulissen seinen Einfluss deutlich spüren lassen, denn schlussendlich machte die Partei 2006 die Satzungsänderung von 1996 rückgängig und Frauen wurde eine Parteimitgliedschaft ermöglicht.

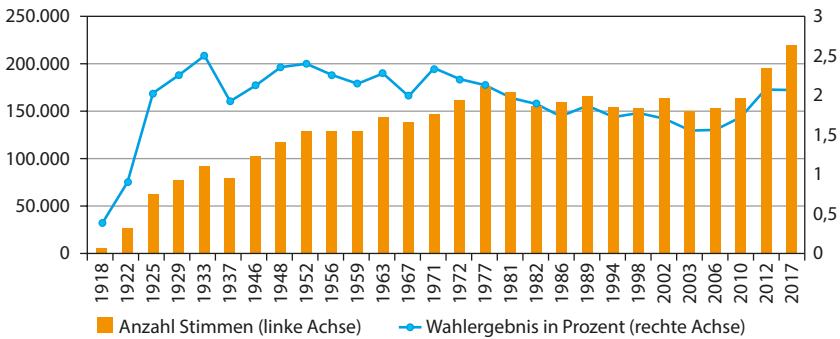
Elektorale Entwicklungen

Die unten stehende Grafik zeigt die Resultate der SGP bei den Parlamentswahlen in der gesamten Periode von 1918 bis heute. Den größten Stimmenanteil erreichte die SGP 1933, mit über 2,5 Prozent. Die meisten Stimmen erhielt die Partei 2017, als 219.750 Wähler für sie stimmten (knapp 2,1 Prozent).

Abbildung 8.1 zeigt nur geringe Fluktuationen. Bei den ersten fünf Wahlen zur Zweiten Kammer (von 1918 bis 1933) ist ein deutliches Wachstum zu konstatieren. Parteigründer Kersten wusste, wie man neue Wählergruppen gewinnt und sprach auch konservative ARP-Wähler an. Weil die SGP im November 1925 das erste Kabinett Colijn zu Fall brachte (siehe oben), zog sie die Aufmerksamkeit aller Zeitungen auf sich. Während der Wirtschaftskrise Anfang der Dreißigerjahre setzte sich die SGP für die wirtschaftlichen Interessen ihrer Anhängerschaft ein. Mit der Kombination von prinzipiellen Stellungnahmen und praktischer Interessenvertretung war sie bei Wahlen erfolgreich.⁵⁸ Bei den Parlamentswahlen 1937 gab es einen Rückschlag: Die Partei verlor ihren dritten Sitz, vor allem durch die Konkurrenz der gerade gegründeten *Christelijk Nationale Actie* (CNA).⁵⁹ Von einem signifikanten Stimmenverlust der SGP an die NSB kann trotz gegenteiliger Behauptungen nicht die Rede sein.⁶⁰

Nach dem Zweiten Weltkrieg zog die SGP mit 2,1 Prozent wieder ins Parlament ein und lag in den frühen Fünfzigerjahren bei rund 2,4 Prozent. Bei den Parlamentswahlen 1967 ging die Zahl der Wählerstimmen zum ersten Mal seit 1937 zurück, die Partei landete bei 2,0 Prozent. Anscheinend stimmten die vielen Mitglieder der Babyboomer-Generation in der Anhängerschaft nicht mehr selbstverständlich für die SGP. Zudem verlor die Partei viele Stimmen an die *Boerenpartij* von Henk Koekoek, vor allem in der Provinz Gelderland. 1971 erholte sich die SGP wieder. Der Zugewinn von 10.000 Stimmen war auf die Verjüngung der Kandidatenliste und die Werbemaßnahmen unter Jugendlichen zurückzuführen. Darüber hinaus

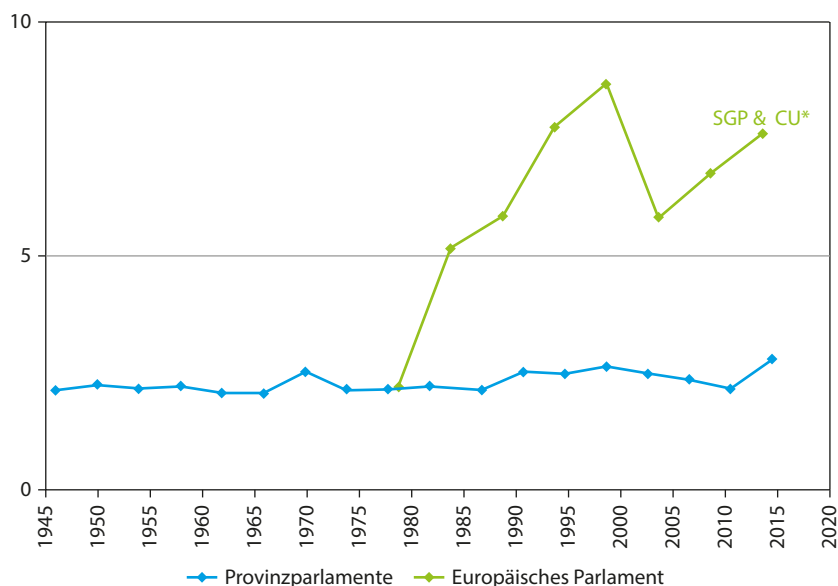
**Abbildung 8.1: Wahlergebnisse der SGP bei den Parlamentswahlen 1918-2017
(Stimmenanzahl und Prozentwerte)**



Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage der Angaben auf der Internetseite www.verkiezingsuitslagen.nl

wurden Stimmen von konservativen ARP-Wählern errungen, die mit dem linken Kurs ihrer Partei unzufrieden waren.⁶¹ Das Wachstum setzte sich fort und 1977 erreichte die SGP die bis dahin höchste Stimmenzahl: 177.010. Danach fand in den Achtziger- und Neunzigerjahren ein kontinuierlicher Rückgang statt. Die SGP verlor jedes Mal Stimmen an ihre Konkurrenten, vor allem an die 1975 gegründete *Reformatorisch Politieke Federatie* (RPF), aber auch an den *Gereformeerd Politiek Verbond* (GPV) und den *Christen-Democratisch Appèl* (CDA). Ein wichtiger Faktor dabei war die interne Zerstrittenheit in der SGP bezüglich der Akzeptanz der Parteimitgliedschaft für Frauen, worüber von ungefähr 1982 bis 1995 Diskussionen geführt wurden. Des Weiteren gelang es dem CDA-Parteiführer Jan Peter Balkenende 2003 auch SGP-Wähler mit seiner Initiative für eine gesellschaftliche Debatte über Normen und Werte für sich zu gewinnen.

Nach einer Talfahrt in den Jahren 2003 und 2006 verbuchte die SGP bei den Parlamentswahlen 2010 und 2012 einen gewissen Stimmenzuwachs. Bei den letzten Wahlen durchbrach sie mit einem Ergebnis von 2,1 Prozent die Grenze von 200.000 Stimmen. Die Zunahme an SGP-Wählern ist auch der erhöhten Anzahl der medialen Auftritte der Partei zu verdanken: SGP-Mitglieder sind häufiger im Fernsehen und im Radio. Über soziale Medien wird es viel einfacher, die eigene Anhängerschaft mit Neuigkeiten zu versorgen. Ein anderer bedeutender Faktor war, dass die SGP zuweilen das Minderheitskabinett Rutte I (2010-2012) unterstützte und 2011 sogar eine Schlüsselposition in der Ersten Kammer erlangte. Dies entkräftet das

Abbildung 8.2: Wahlergebnisse der SGP 1946-2017 (in Prozent)

* Die SGP und die CU (bzw. ihre Vorgängerparteien) treten seit 1984 bei Wahlen zum Europäischen Parlament gemeinsam an.

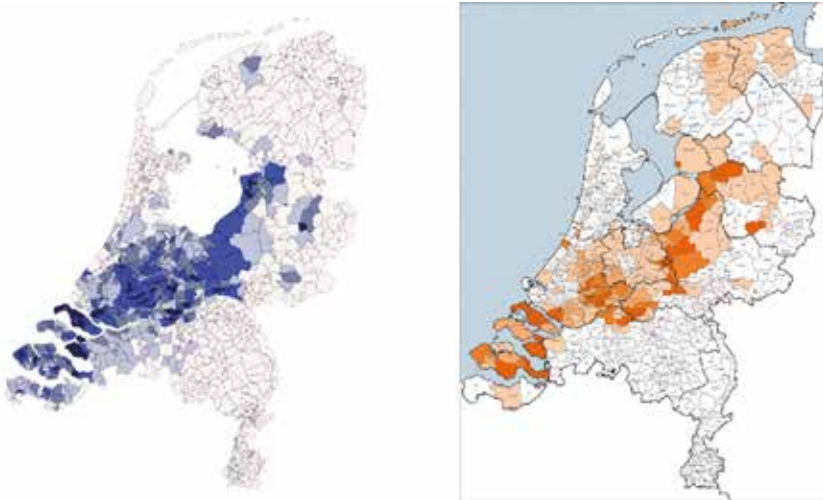
Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage der Angaben auf der Internetseite www.verkiezingsuitslagen.nl

vielfach vorgebrachte Argument, dass man als (christlicher) Wähler erst Einfluss bekommt, wenn man eine größere Partei wie den CDA wählt.

Auch die Wahlergebnisse bei den Wahlen zu den Provinzparlamenten fallen im Lauf der Zeit relativ stabil aus. Die höheren Stimmenanteile bei den Wahlen zum Europäischen Parlament erklären sich durch die Listenkombination, die die SGP seit den achtziger Jahren mit der CU (bzw. deren Vorgängerparteien) eingeht.

Woher bekommt die SGP ihre Stimmen? In vielen Betrachtungen über die SGP werden Orte wie Staphorst, Urk, Rijssen, Katwijk, Nunspeet, Barneveld, Ede und Neder-Betuwe genannt. Das sind in der Tat Bollwerke, wo viele SGP-Wähler wohnen. Die genannten Orte liegen im sogenannten *Biblebelt*, einem Gürtel, der von den Inseln im Südwesten der Niederlande über das Flussgebiet und die Veluwe bis in den Norden der Provinz Overijssel verläuft. Abbildung 8.3 zeigt die relativen Ergebnissen der SGP in den jeweiligen Gemeinden 1933 und 2012. Aus ihr geht hervor, dass sich das Muster des *Biblebelt* im Laufe der Zeit kaum verändert hat: Auch die geografische Verteilung der SGP-Anhängerschaft bleibt somit in hohem Maße stabil.⁶²

Abbildung 8.3: Wahlergebnisse der SGP in den Jahren 1933 (links) und 2012 (rechts) nach Gemeinden (in Prozent)



In den hell markierten Gemeinden liegt der SGP-Anteil bei höchstens einem Prozent, in den am dunkelsten markierten Gemeinden bei über 15 Prozent.

Quelle: Kiesraad

Trotz des großen Maßes an Kontinuität gab es – wie Abbildung 8.4 zu entnehmen ist – Veränderungen. So holte die SGP in den ersten fünfzig Jahren nach ihrer Gründung einen größeren Teil ihrer Stimmen in den vier großen Städten, vor allem in Rotterdam. Bis zu den Parlamentswahlen von 1972 stand diese Stadt an der Spitze, wenn es um die Anzahl an SGP-Stimmen in den einzelnen Gemeinden geht. Seit 1977 ist das die Gemeinde Ede in Gelderland. Der abnehmende Stimmenanteil in den Städten kann erklärt werden durch den Wegzug von SGP-Wählern in die umliegenden Gemeinden in den Sechzigerjahren. Das Fischerdorf Urk zeigt eine andere Tendenz. 1933 gaben ungefähr 80 Prozent der Urker ihre Stimme der ARP, während die SGP mit knapp sieben Prozent die zweitgrößte Partei war. Unter anderem durch die Bildung des CDA wurde die SGP für die Urker eine attraktivere Alternative. 2017 wählte eine Mehrheit der Urker die SGP. Die Gemeinde Rijssen bildet eine reformatorische Enklave in Twente. Die SGP holte hier gut 40 Prozent der Stimmen, aber durch die Zusammenlegung mit der Nachbargemeinde Holten im Jahr 2001 sank dieser Wert stark. Die Zusammenlegung von sechs seeländischen Gemeinden zur Gemeinde Reimerswaal im Jahr 1970 war für die SGP hingegen von Vorteil.

Abbildung 8.4: Wahlergebnisse der SGP in sechs ausgewählten Gemeinden

Jahr →	1933		1977		2017	
Gemeinde ↓	Stimmen	Anteil	Stimmen	Anteil	Stimmen	Anteil
Ede	2883	21,2%	6369	13,1%	9173	12,7%
Reimerswaal ^a	1230	20,0%	2638	23,6%	4390	33,4%
Rotterdam ^b	6855	2,6%	6216	1,7%	2323	0,7%
Rijssen(-Holten) ^c	1625	43,1%	4930	41,0%	5891	23,6%
Staphorst	711	21,4%	2183	32,1%	3663	33,9%
Urk	98	6,8%	1450	29,1%	6635	56,1%

- a. Die Gemeinde Reimerswaal ist am 1. Januar 1970 aus der Zusammenlegung von sechs Gemeinden entstanden. Für das Jahr 1933 wurden die Einzelwerte zusammengerechnet
- b. Nach 1933 ist die Gemeinde Rotterdam u.a. um die Gemeinden Hillegersberg und Kralingen erweitert worden. Dies wurde in der Tabelle nicht berücksichtigt.
- c. 2001 wurden die Gemeinden Rijssen und Holten zusammengelegt. In der ehemaligen Gemeinde Holten ist der sgp-Anteil so klein (0,7 Prozent), dass er in den Jahren 1933 und 1977 nicht berücksichtigt wurde. Der viel niedrigere Anteil im Jahr 2017 ist dadurch zu erklären.

Quelle: Kiesraad

Ein großer Teil der SGP-Wähler ist Mitglied in einer der reformierten Kirchen. Von Anfang an hat die Partei sich darum bemüht, *bevinde-lijk*-Reformierte aus anderen Kirchenverbänden als den *Gereformeerde Gemeenten* einzubeziehen. Vor allem konservative Prediger und Mitglieder der *Nederlandse Hervormde Kerk* (häufig dem *Gereformeerde Bond* angehörig), der *Christelijke Gereformeerde Kerken* und der *Oud Gereformeerde Gemeenten* waren an der SGP beteiligt. Genaue Angaben über die kirchliche Zusammensetzung der SGP-Anhängerschaft sind nicht bekannt, weil in Meinungsumfragen die Anzahl der Befragten mit einer Präferenz für die SGP zu gering ist. Im Mitgliederverzeichnis der SGP wurde außerdem der kirchliche Hintergrund lange Zeit nicht notiert. Eine erläuternde Schätzung aus dem Jahr 2006 gibt an, dass ungefähr ein Drittel der SGP-Anhängerschaft zu den *Gereformeerde Gemeenten* gezählt werden kann.⁶³ Ungefähr ein Viertel der SGP-Wähler ist Mitglied in der *Protestantse Kerk in Nederland*, während ungefähr ein Sechstel zur *Hersteld Hervormde Kerk* gehört. Aus den *Gereformeerde Gemeenten* bezieht die SGP circa acht Prozent ihrer Stimmen. Die Wähler aus den *Christelijke Gereformeerde Kerken* und den *Oud Gereformeerde Gemeenten* bilden jeweils ungefähr sieben Prozent der SGP-Wählerschaft. Bei den Parlamentswahlen in den Jahren 2012 und 2017 ist der Anteil der Stimmen für die SGP insgesamt um 55.000 angestiegen. Es stellt sich heraus, dass die SGP auch Wähler außerhalb ihrer traditionellen Anhängerschaft anzieht – zum Beispiel aus den *Gereformeerde Kerken (vrijgemaakt)*, aus evangelischen Gemeinden und aus römisch-katholischen

Kreisen.⁶⁴ Der konsequente Einsatz der SGP für den Schutz des Lebens und der traditionellen Familie scheint konservative Katholiken anzusprechen. Weiterhin bekommt die SGP Stimmen aus der jüdischen Gemeinschaft und von konservativen Wählern.

Politische Verantwortung

Seit 1922 ist die SGP im Parlament vertreten. Bis jetzt war sie auf nationalem Niveau noch nie Teil einer Regierungskoalition. Am wahrscheinlichsten war eine Regierungsbeteiligung der Partei nach den Wahlen von 2003. Damals wurden SGP und *ChristenUnie* (CU) vom CDA und der *Volkspartij voor Vrijheid en Democratie* (VVD) in die Koalitionsverhandlungen miteinbezogen. Schließlich entschieden sich diese Parteien für die *Democraten66* (D66) als Koalitionspartner.

Die SGP-Fraktion im Parlament stellt sich für gewöhnlich nicht als Oppositionspartei auf, sondern möchte alle Vorschläge hinsichtlich ihres Wertes beurteilen. Die einzige Ausnahme dieser Regel war das zweite Kabinett Kok (1998-2002), das im Sommer 1999 mit einer Reihe von Vorschlägen für die Legalisierung der Sterbehilfe und der Homo-Ehe großen Widerstand in der SGP hervorrief. Darauf erklärte die SGP sich in dieser Legislaturperiode zur Oppositionspartei.⁶⁵

Mitte der Achtzigerjahre duldete die SGP gemeinsam mit GPV und RPF informell das Kabinett Lubbers, das durch Dissidenten in der CDA-Fraktion nicht immer mit einer Parlamentsmehrheit rechnen konnte, vor allem im Hinblick auf die Stationierung von Marschflugkörpern auf niederländischem Territorium. Mehr Aufmerksamkeit erhielt die Tatsache, dass die SGP die Kabinette Rutte I und Rutte II in den Jahren 2010-2015 punktuell unterstützte. Die Regierung führte eine zurückhaltende Politik hinsichtlich der für die SGP sensiblen Themen, wie die Lockerung der Sterbehilfe und die Abtreibungspolitik, die Streichung des Verbots der Gotteslästerung und die Erweiterung der Anzahl verkaufsoffener Sonntage. Darüber hinaus wurden zum Beispiel Budgeteinsparungen für bestimmte Bildungsbereiche sowie bei der Hilfe für ungewollt schwangere Frauen gestrichen.⁶⁶

Auf kommunalem und provinzialem Niveau ist die SGP im Jahr 2017 in circa 100 Gemeinden und in sieben Provinzen parlamentarisch vertreten, sowie in Vorständen von diversen Wasserverbänden und im Europäischen Parlament. Die Partei hat elf Bürgermeister unter ihren Mitgliedern und 53 Beigeordnete. Die Übernahme von Verantwortung in der öffentlichen Verwaltung wurde innerhalb der SGP unterschiedlich bewertet. Anfänglich

überwog eine starke Zurückhaltung, weil die Parteiführung sich auf ein biblisches Bekenntnis und den Aufruf zum Gehorsam gegenüber Gott konzentrierte – und oft auch darauf beschränkte. Wie das Volk Israel seinerzeit separat von den anderen Völkern leben musste, um sich vor allerhand Versuchungen zu schützen, so durfte ein reformierter Christ sich nicht mit Andersdenkenden vermischen und sich nicht mit weltlichen Vergnügungen einlassen.

Mitten in den gesellschaftlichen Veränderungen der 1970er Jahre stellte der Parteivorsitzende Abma diese Position in Frage. Aus seiner Sicht lautete die Kernaufgabe der SGP: „Christliche Politik heißt, Jesus mitten in einer konfusen Gesellschaft präsent zu machen.“⁶⁷ Er argumentierte, dass der Aufruf von Jesus, das Salz der Erde zu sein, bedeute, dass dies nicht in einem Salzstreuer neben der Mahlzeit bleiben dürfe, sondern verstreut werden müsste, um sie geschmackvoll zu machen. Mit derartiger Bildsprache versuchte Abma die Parteimitglieder davon zu überzeugen, dass in einer anderen Zeit eine andere Art des Auftretens nötig sei, um dieselbe Botschaft zu übermitteln. Abma wollte keine Isolation von der Gesellschaft, sondern plädierte für eine Verbundenheit mit dieser. Je mehr die Menschen in der Gesellschaft sich von Gott und seinem Wort abwenden würden, desto mehr bräuchten sie die Aufmerksamkeit und das Engagement der SGP. Die Partei solle nicht nur konstatieren, wie es nicht sein dürfe, und nicht nur auf das hinzuweisen, was im Widerspruch zu den biblischen Prinzipien stehe. Essenziell sei es Alternativen zu formulieren und praktische Lösungen anzubieten. Politische Zusammenarbeit mit Andersdenkenden bedeute aber nicht, dass das Gute mit dem Schlechten vermischt werden dürfe.⁶⁸

Selbstbild der Partei

Wenn es um das Selbstbild der SGP geht, liegt es auf der Hand, erst ein paar Personen aus der biblischen Historie zu nennen, mit denen SGP-Politiker sich identifizieren. Was dabei als erstes auffällt, ist das dafür genannte Bild eines Propheten, wie Elia, Jeremia und Amos. Das sind Propheten, die in biblischen Zeiten dem Volk von Israel die Botschaft Gottes brachten. Sie stellten religiöse Missstände an den Pranger, wie den Götzendienst, aber auch gesellschaftliche Missstände wie Korruption und soziale Ausbeutung. Außerdem sagten sie eine Katastrophe voraus, wenn der König und das Volk nicht Gottes Stimme folgten. Das Unheil sollte als ein Urteil Gottes über die Sünde, das moralische Übel in der Gesellschaft, kommen. Die ersten Vertreter der SGP, die Pfarrer Kersten und Zandt, sahen sich als Bußprediger

berufen, wie die Propheten aus lange vergangenen Zeiten die vielen moralischen Irrungen aufzuzeigen und zu einer Rückkehr aufzurufen.

Heutzutage identifiziert sich ein SGP-Politiker viel stärker mit anderen Personen aus der biblischen Geschichte, wie Josef, Obadja, Daniel und Nehemia. Sie waren Beamte oder politischer Anführer *avant la lettre*. Sie arbeiteten am Hof eines despotischen Machthabers, oft mitten in einer Umgebung, in der der Götzendienst tonangebend war. Außer dass sie gute, praktische Hinweise zur Steigerung des Wohlstandes der Gesellschaft gaben, waren sie gehorsam gegenüber Gott. Der Mut und die moralische Unbescholtenheit dieser biblischen Personen ist für die politische Arbeit der heutigen SGP-Politiker inspirierend. Durch ihre Teilnahme an der öffentlichen Verwaltung stehen sie vor Fragen, bei denen moralische Dilemmata auftreten. In diesen Situationen sind Weisheit und Einsicht besser als das Streben nach Macht. Auf diese Weise unterscheidet sich die SGP von vielen anderen Parteien.

Ein zweites bedeutendes Selbstbild ist das einer christlichen Familienpartei. Die SGP sieht die natürliche Familie als Grundpfeiler der Gesellschaft an. In einer gut funktionierenden Familie werden elementare Fähigkeiten für das Leben vermittelt. Darum darf – zum Beispiel mit Gender-Programmen – nicht an dem basalen Recht jedes Kindes, einen Vater und eine Mutter in einer natürlichen Familie zu haben, gerüttelt werden. Stabile Familien tragen auch zu einem Vorbeugen von Einsamkeit und depressiven Beschwerden bei. Die SGP profiliert sich darum explizit als *pro-family*. Sie plädiert für ein fiskalisches System, das Familien mit Kindern weniger Steuerlast auferlegt.⁶⁹ Auch darf vor allem Müttern mit kleinen Kindern keine Bewerbungspflicht auferlegt oder (steuerlicher) Druck ausgeübt werden, auch einen bezahlten Beruf auszuüben. Darüber hinaus argumentiert die SGP, dass die Gesellschaft von mehr Prävention im Hinblick auf Scheidungen profitieren würde. Die steigende Anzahl zerbrochener Ehen und nicht-ehelicher Wohngemeinschaften, bei denen Kinder involviert sind, führe zu schlechteren schulischen Leistungen und einer vermehrten Inanspruchnahme von Jugendhilfe.

An dritter Stelle sieht die SGP sich vor allem als eine konservative Weltanschauungspartei. Es geht der Partei im Wesentlichen um das Sicherstellen der Voraussetzungen, auf deren Basis die Gesellschaft und der demokratische Rechtsstaat gut funktionieren können – nicht nur in materieller, sondern vor allem auch in moralischer Hinsicht.⁷⁰ Mit ihrer Sicht und ihren Vorstellungen beabsichtigt sie, die niederländische Gesellschaft vor einem Verfall des demokratischen Rechtsstaats zu bewahren. Darum möchte die SGP die Verbindung mit den spirituellen Quellen unseres Rechtsstaats offen

halten.⁷¹ Ihre fundamentale Beschwerde gegen das Aufklärungsprojekt ist, dass es die Quellen der Weisheit, des Rechts und der Wahrheit verschließt und verdunkelt, indem es dem menschlichen Willen freien Lauf lässt. Heutzutage kommt dies in einer Radikalisierung der Demokratie zum Ausdruck: Parlament und Regierung müssen tun, was die Mehrheit des Volkes zu einem bestimmten Zeitpunkt will, wie zum Beispiel durch die Einführung von mehr direkter Demokratie (Referenden). Die repräsentative Demokratie mit ihrer parlamentarischen Debatte und Beschlussfassung gerät dadurch unter Druck.⁷² Darüber hinaus entsteht eine Tendenz, bei der Gerechtigkeit auf das korrekte Befolgen der richtigen Verfahren beschränkt wird. Hierdurch wird schlussendlich das Recht des Stärksten oder der Mehrheit gelten und wird Willkür die Rechtsgrundsätze verdrängen. Ein Beispiel derartiger Willkür ist, aus der Sicht der SGP, das Fehlen einer anständigen Protektion für das verletzte ungeborene menschliche Leben. Während Menschenrechte universal sein sollten, zeigt sich, dass ungeborene Kinder durch eine Lücke in der Gesetzgebung hiervon ausgenommen sind.⁷³ Die Blume des Rechtsstaats wird verdorren, wenn man sie von ihren Wurzeln losschneidet.⁷⁴

Aktuelle Positionierung und Zukunftsperspektive

Die aktuelle Position der SGP in der politischen Landschaft kann gut anhand von drei Gegensätzen umrissen werden. Im 19. Jahrhundert saßen die konfessionellen Parlamentsmitglieder rechts vom Vorsitzenden, die Liberalen und Sozialisten saßen links. Die SGP gab es damals noch nicht, aber es bedarf keiner weiteren Erörterung, dass sie zur ersten, der Gruppe rechts vom Vorsitzenden, gezählt werden muss. Die SGP sieht sich als die christlichste Partei, die es in den Niederlanden jemals gab.

Im Laufe des 20. Jahrhunderts sind sozialökonomische Fragen immer wichtiger geworden. Der Links-Rechts-Gegensatz fiel immer mehr zusammen mit der Stellungnahme einer Partei für mehr oder weniger gleiche Wohlstandsverteilung. In dieser Gegenüberstellung ist die SGP etwas weniger eindeutig zu verorten. Unbestreitbar ist die SGP nicht begeistert von häufigem und tiefem staatlichen Eingreifen in die Gesellschaft. Sie tendiert also zu einer weniger gleichen Wohlstandsverteilung, aber einige korrigierende Eingriffe sind aus dem Blickwinkel der biblischen Gerechtigkeit sicher notwendig. Darum befürwortet die Partei Armutsbekämpfung, Unterstützung für ärmere Familien, Lohnkostensubvention, wenn ein Arbeitgeber einen eingeschränkt Erwerbsfähigen einstellt und behält, und

Steuern, die die finanzielle Leistungsfähigkeit berücksichtigen. Wer reich ist, hat eine moralische Pflicht und Verantwortung, Arme zu unterstützen. Entwicklungszusammenarbeit zugunsten armer Länder wird darum von der SGP unterstützt.⁷⁵

Anfang des 21. Jahrhunderts kommt noch eine zweite Dimension hinzu: der Gegensatz zwischen Nationalisierung und Globalisierung, beziehungsweise zwischen geschlossenen und offenen Grenzen. Auch hier ist die Positionierung der SGP nicht sehr deutlich. Sicher, die Partei legt großen Wert auf den Nationalstaat, aber sie passt auf, dass das nationale Interesse nicht allesbestimmend wird, wie es zum Beispiel bei von Bismarck der Fall war, der die Staatsräson von Preußen über alles stellte.⁷⁶ Ein Echo davon erklingt im „*America first*“, das Präsident Trump gegenwärtig hören lässt. Für das Funktionieren einer Gesellschaft hat ein nationales Haus, in dem sich Landsleute solidarisch zueinander verhalten, große Bedeutung. Aber weil alle Menschen vor Gott gleich sind, darf sich ein Volk nicht gegenüber allen anderen Völkern überlegen fühlen. Die Grenzen dürfen nicht für Flüchtlinge, die um Leib und Leben fürchten, geschlossen werden. Jeder Mensch braucht einen sicheren Ort, an dem er wohnen kann. Dabei richtet die SGP ihre Aufmerksamkeit besonders auf die bedrängte Position der vielen Christen in dieser Welt, die wegen ihres Glaubens verfolgt oder unterdrückt werden.

Stabilität ist eines der natürlichen Merkmale der SGP. Von enormen Fluktuationen in den Wahlergebnissen ist bei der SGP keine Rede. Die Partei wird ihre „ideologischen Scheuklappen“ nicht ablegen, um größere Wählergruppen für sich zu gewinnen. Ihre Vertreter genießen ein relativ großes Vertrauen ihrer Anhängerschaft. Und darüber hinaus stellt die *SGP-jongeren* (SGPJ, gegründet 1934) schon seit einigen Jahrzehnten die größte politische Jugendorganisation der Niederlande dar.⁷⁷ Auch wenn die Partei nicht übermütig ist, hat sie doch Selbstvertrauen, wenn es um ihre Zukunft geht. Doch gibt es Bedrohungen, die von außen auf sie zukommen und die Partei oder ihre Anhängerschaft in Probleme bringen können. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit können hier drei Entwicklungen genannt werden, die die SGP berücksichtigen muss.

Bedrohung 1: Einschränkung der Gewissens- und Glaubensfreiheit

Während 1918 die überwiegende Mehrheit der Niederländer in mehr oder weniger großem Maße dem christlichen Glauben angehörte, wird die SGP heutzutage mit einer Gesellschaft konfrontiert, die Religion als bedeutungslos für das Zusammenleben ansieht, oder den Glauben sogar

als Bedrohung empfindet. Das zähe Fortbestehen des Glaubens gegen Säkularisierungstheorien macht die Religion für viele zu einem „Störfaktor“. Seit 2001 kommen die Anschläge von radikalen Muslimen in Amerika und Europa, die Gräueltaten des IS im Mittleren Osten und die von Boko Haram in Afrika hinzu. Die Geschehnisse sind beängstigend und sind Wasser auf den Mühlen von selbstsicheren Atheisten, die argumentieren, dass Religion die wichtigste Quelle von Gewalt und Intoleranz ist.

Die Säkularisierung der Gesellschaft hat unter anderem zur Folge, dass Religion in der politischen Debatte keine wichtige Rolle mehr spielt. Weiterhin trägt die stark zugenommene Entkirchlichung in den Niederlanden dazu bei, dass viele keine Vorstellung mehr davon haben, was Glauben für die Identität einer gläubigen Person und für die Gesellschaft bedeuten kann. Das geht mit einem zunehmenden Unverständnis für christliche Werte einher. Glaubensüberzeugungen werden immer öfter als eine Frage der persönlichen Entscheidung und des persönlichen Geschmacks betrachtet. Glauben wird privatisiert, damit muss man nicht jeden belästigen. Die Toleranz gegenüber orthodoxen Christen, die praktische Konsequenzen mit ihrer Glaubensüberzeugung verknüpfen, wie zum Beispiel als Arbeitnehmer nicht sonntags zu arbeiten, als Standesbeamter keine Homo-Ehe zu schließen oder als Arzt nicht aktiv an der Sterbehilfe mitzuwirken, nimmt ab. Es zeigt sich, dass eine dominante Mehrheit nur noch wenig Verständnis für derartige abweichende Auffassungen bekundet, vor allem wenn diese als diskriminierend erfahren werden. Dazu kommt noch die Tendenz in Gesetzgebung und Rechtsprechung, in denen das Gleichheitsprinzip mehr Gewicht bekommt als die klassischen Grundrechte, die die Gewissens-, Glaubens- und Versammlungsfreiheit schützen. Hierdurch können die basalen Freiheitsrechte in Bedrängnis geraten, was allmählich zu Tyrannei durch eine agnostische oder atheistische Mehrheit führen kann. In einer Gesellschaft, in der der christliche Glaube eher als eine Quelle von Irritation als von Inspiration gesehen werden kann, ist es nicht nur für SGP-Mitglieder, sondern für jedermann wichtig, das Gespräch mit Andersdenkenden über die gegenseitigen Lebensansichten und politischen Intentionen und Ideale zu suchen. Für ein echtes Zusammenleben sind ein sicheres Maß an Verständnis und Begegnung jedenfalls unentbehrlich.⁷⁸

Bedrohung 2: Populismus

Unsicherheit ist ein Merkmal des Lebens heutzutage. Die Sicherheiten, die Traditionen in der Anfangszeit der SGP boten, gibt es nicht mehr. Auch die danach aufgebauten Sicherheiten der Modernität – wie die soziale

Sicherheit, der Glaube in den Fortschritt durch technologische Entwicklung, Wohlstandswachstum und Globalisierung – stehen unter großem Druck. In Meinungsumfragen geben Menschen an, dass sie das Gefühl der Kontrolle über die Welt im Großen und im Kleinen verloren haben. Eine „Modernisierung der Modernität“ tritt ein, eine Radikalisierung, in der Prinzipien der Modernität konsequent angepasst werden und somit wirklich alles bezweifelbar und unsicher wird. Der polnische Soziologe und Philosoph Zygmunt Bauman (1925-2017) spricht treffend von einer fließenden Modernität: die ganze gesellschaftliche Ordnung ist ständig dem Wandel unterworfen. Für einen Staat scheint es vergebene Liebesmühe Steuerung und Richtung vorzugeben.

Eine der auffälligsten Reaktionen auf diese Erfahrung anhaltender Unsicherheit ist der aufkommende Populismus, der das nationale Interesse oder das der eigenen Gruppe voranstellt. In dieses Weltbild passen keine offenen Grenzen, die die Globalisierungsbefürworter gerne möchten. Populisten sind der Meinung, dass Globalisierung nicht mehr Wohlstand, sondern gerade mehr Probleme hervorrufe. Migranten würden den Niederländern die Jobs wegnehmen und die soziale Sicherheit ausnutzen, wodurch deren Finanzierung noch stärker unter Druck gerät. Der patriotische Egoismus mit seiner Ausrichtung auf die Interessen der eigenen Bevölkerung ist beinahe niemandem fremd. Er kommt auch unter orthodoxen Christen vor. Aber gemäß der Ausgangspunkte der SGP muss das orthodoxe Eigeninteresse durch die biblische Gerechtigkeit normiert werden. Die Gastfreundschaft ist eine biblische Aufgabe. Ein politischer Anführer oder Volksvertreter darf diesen Appell nicht ignorieren und muss dies seiner anderen Aufgabe gegenüber abwägen: das Beherzigen des Gemeinwohls der Gesellschaft, wofür er administrative Verantwortung trägt. Die Gemeinschaft profitiert von Zusammenhalt und Bindungen. Gleichzeitig hat sie die Aufgabe, sich um ärmere Menschen zu kümmern.

Bedrohung 3: eine Prozentklausel

Die politische Landschaft der Niederlande leidet in den letzten Jahren unter einer weitreichenden Zersplitterung. Nach den Wahlen von 2017 zählt das Parlament dreizehn Fraktionen. Die traditionellen Volksparteien *Partij van de Arbeid* (PVDA), CDA und VVD haben viele ihrer festen Wähler verloren. Hinsichtlich der Programme haben sich diese Parteien im Laufe der Neunzigerjahre immer mehr aneinander angenähert, um so viele Stimmen wie möglich zu erlangen. Das schuf Raum für neue Parteien, vor allem die *Socialistische Partij* (SP) an der linken und die *Partij voor de Vrijheid* (PVV) an

der rechten Seite. Um die Zersplitterung aufzuhalten, kommen Forderungen auf, um eine Sperrklausel von beispielsweise fünf Prozent einzuführen. Eine solche Maßnahme löst das Problem nicht, denn die Niederlande haben zu viele Parteien, die zwischen 10 und 15 Prozent erreichen. Dadurch bleiben drei oder mehr Parteien für eine Regierungskoalition nötig, die von einer Mehrheit des Parlaments unterstützt wird.

Die Einführung einer Sperrklausel hat die SGP schon mehrmals bedroht. So wagte die ARP 1934 einen Versuch, um mit einer Hürde von drei Prozent ihrem kleinen protestantischen Konkurrenten ein Bein zu stellen. Heutzutage wünscht sich der CDA eine Sperrklausel von zwei Prozent. Eine Umsetzung dieses Wunsches würde die SGP bedrohen. Eine solche Sperrklausel wird das, was als großer Verdienst von ds. G. H. Kersten bezeichnet werden darf, vernichten. Denn er schaffte es, einen spezifischen Teil des Volkes, der die Neigung hat, introvertiert zu sein und sich nicht mit „irdischen Angelegenheiten“ einzulassen, zur politischen und gesellschaftlichen Partizipation zu motivieren. Die weit verbreitete passive Haltung von vor 1918 in großen Teilen der SGP-Anhängerschaft, die Kersten so oft bekämpft hat, kann dann ohne Weiteres zurückkehren. Die niederländische politische Landschaft wird dann eine charakteristische Eiche vermissen.

Ein Politiker muss beinahe jeden Tag Entscheidungen treffen. Für oder gegen einen Vorschlag oder Änderungsantrag zu stimmen, kann bedeuten, dass man das Gute oder gerade das Schlechte fördert. Manchmal erfordert es eine gründliche Untersuchung, um dahinter zu kommen, was dem Wohl dient und was ihm schadet. Ein SGP-Politiker hat nicht die übermütige Ambition, mit politischen Mitteln die Gesellschaft nach seinen Vorstellungen formen zu wollen. Alles, was Menschen zur Sünde verleiten kann, ist nicht aus dieser Welt zu beseitigen. Auch kann man eine Christianisierung der Gesellschaft und der Kultur nicht erzwingen. Wohl können Menschen durch eine Erneuerung ihres Denkens zu anderen Sichtweisen gelangen.⁷⁹ Dies beabsichtigt die SGP mit ihrer Teilnahme an der demokratischen Beschlussfassung. Es geht darum, dass der Staat die Freiheit garantiert und Raum zur Verfügung stellt, damit man nach dem Wort Gottes leben kann und damit die Kirchen das Evangelium in der Gesellschaft verbreiten können. Das beruht auf der festen Überzeugung, dass jeder Mensch einen offenen Geist braucht, um dankbar und hoffnungsvoll unter einem offenen Himmel zu leben.

Aus dem Niederländischen übersetzt von Kathrin Lange

9. Der lange Marsch der SP

Tiny Kox

Die *Socialistische Partij* (SP) existiert 2017 seit 45 Jahren. Die erste Hälfte ihrer Existenz war sie ein kleiner linksradikal ausgerichteter Außenseiter in der niederländischen Politik. In der zweiten Hälfte war sie dauerhaft im Parlament vertreten und ist dort allmählich ein bedeutungsvoller Faktor geworden. Die Splitterpartei von einst ist im Jahr 2017 in beiden Kammern die größte linke Partei (in der Zweiten Kammer zusammen mit *GroenLinks*) und hinsichtlich ihrer Mitgliederzahl die drittgrößte Partei der Niederlande (in dieser Hinsicht liegen nur der *Christen-Democratisch Appèl* (CDA) und die *Partij voor de Arbeid* (PVDA) vor ihr). An der Regierung beteiligt ist sie in sechs der zwölf Provinzen, in der Hälfte der größeren Gemeinden und auch in vier der sechs größten Städten des Landes – inklusive der Hauptstadt Amsterdam – ist sie Teil einer Koalition mit anderen Parteien. Mittlerweile ist es ein erklärtes Ziel der Partei, auf nationalem Niveau mitzuregieren, aber so weit ist es bisher nicht gekommen. Nachstehend folgt ein kurzer Abriss des langen Marsches der aktivistischsten linken Partei der Niederlande.

Der Anfang: Vom Maoismus zum Sozialismus

Im Herbst 1972 rüsten sich die Niederlande für neue Wahlen. Das christlich-konservative Kabinett Biesheuvel ist gestürzt worden und die linken Parteien schicken sich selbstbewusst an, die Regierung zu übernehmen. Vorbereitend schließt PVDA-Parteiführer Joop den Uyl bereits eine Koalitionsvereinbarung mit der PPR (*Politieke Partij Radicalen*) und der D66 (*Democraten66*). Eine Gesellschaftsreform ist unumgänglich – das ist 1972 die Kernbotschaft der linken Parteien an die Wähler.¹ Jede Partei des politischen Spektrums hat 1972 ihre eigene Marschroute hin zu einer besseren Welt und weiß es besser als die Konkurrenz. Die Niederländer können wählen zwischen der sozialdemokratischen PVDA, der linksliberalen D66 und der PPR, einer radikalen linken Abspaltung von der KVP, der *Katholieke Volkspartij*. Als linksradikale Parteien sind außerdem die *Communistische Partij Nederland* (CPN) und die *Pacifistisch-Socialistische Partij* (PSP) im Parlament vertreten. Im äußersten linken Flügel müssen PVDA, CPN und PSP noch radikalere außerparlamentarische Gruppen dulden, die mit einem Minimum an Menschen und Mitteln ein Maximum an Zielen erreichen. Sie sind vor

allem begeistert vom Sozialismus wie er vom chinesischen Parteiführer Mao Zedong in seinem *Roten Buch* mit Zitaten über die Notwendigkeit des Streits und der Sicherheit des Erfolgs verbreitet wird. Damit fungiert der Maoismus in Westeuropa eine Zeit lang als Gegenstück zum osteuropäischen Kommunismus.² Dies spricht vor allem politisch links ausgerichtete Studenten an. Sie ignorieren bestehende Parteien und Gewerkschaften und suchen neue Arten, um Menschen zu mobilisieren. 1970 haben diese „Maoisten“ durch ihre Unterstützung eines außer Kontrolle geratenen Streiks im Hafen von Rotterdam, der dort unerwartet den Betrieb für einige Wochen lahmlegte, schon eine bemerkenswerte Rolle gespielt. Zunächst nennen sie sich KEN, *Kommunistiese Eenheidsbeweging Nederland*, um sich dann selbst – nach internen Streitigkeiten und Absplitterungen – umzutaufen in KPN, *Kommunistiese Partij Nederland*. Das „K“ markiert den Unterschied zur CPN. Dass auch das kein optimaler Name ist, müssen die Aktivisten erfahren, als sie mit ihrem Parteiblatt *De Tribune* von Haus zu Haus gehen, um Mitglieder zu gewinnen. Darum wird noch einmal ein neuer Name gewählt: SP, *Socialistiese Partij*, konform der zu dieser Zeit üblichen, alternativen Schreibweise.

Der Beschluss zur Namensänderung fällt am 22. Oktober 1972. Anwesend sind ungefähr 300 Personen. Es wird ein Vorstand gewählt, das „Politbüro“. „Politischer Sekretär“ wird Hans van Hooft, ein ehemaliger Student aus Nimwegen und ehemaliges Mitglied der PSP. „Organisationssekretär“ wird Daan Monjé, ehemaliger Klempner aus Rotterdam und vorher Anhänger der CPN, mit der er 1964 gebrochen hat. „Propagandasekretär“ wird der Journalist Koos van Zomeren. Im Parteiblatt *De Tribune* erklärt van Zomeren in zeitgenössischer, flammender Rhetorik die Entstehung der neuen Partei:

Die alte Arbeiterbewegung, von der die PVDA ein schwacher Aufguss ist, hat wichtige Resultate erzielt. Aber wenn die Arbeit für den Sozialismus nicht erledigt wird, drohen die Kapitalisten uns all die Errungenschaften wieder zu nehmen. Der Sozialismus ist kein Relikt der Vergangenheit, wie die PVDA und Gewerkschaftsführer uns glauben lassen wollen. Der Sozialismus ist in den Niederlanden die Zukunft. Darum ist eine Partei, die fortwährend an der Organisation der Macht arbeitet, die wir nutzen müssen, um die Niederlande von Grund auf zu verändern, unabdingbar. Diese Partei ist die Socialistiese Partij!³

Im November 1972 stehen Parlamentswahlen in den Niederlanden an. Aber während die anderen Parteien Kampagnen führen, um Wähler zu gewinnen, richtet die SP ihren Fokus nicht auf die Wahlurne, sondern auf eine sozialistische niederländische Gesellschaft. Wahlen interessieren die Revolutionäre

nicht, während sie Pläne zum Aufbau ihrer neuen Partei schmieden. Die Kameraden müssen in den Stadtvierteln von Haus zu Haus gehen. Die Partei denkt, dass der Streit für eine sozialistische niederländische Gesellschaft vor allem außerhalb des Parlaments geführt werden muss. Dazu passt das „Hausieren“ mit *De Tribune*, aus einmaligen Käufern will man „feste Leser“ und „Sympathisanten“ machen und dann schauen, ob jemand nach einer festgelegten Periode einer Kandidaten-Mitgliedschaft dem Parteikader beitreten möchte. Wer zugelassen wird – die Voraussetzungen sind hoch – wird bei diversen aktivistischen Initiativen der Partei eingesetzt. Diese finden vor allem über sogenannte „Massenorganisationen“ statt: der *Bund der Mieter und Wohnungssuchenden*, das *Umweltschutzzentrum der Niederlande*, die *Vereinigung Vorbeugen ist Besser* und das Komitee *Von Mensch zu Mensch*. Die zugrundeliegende Idee ist, dass Menschen, die sich noch nicht einer revolutionär-linken Partei anschließen wollen, trotzdem mit einer solchen Partei in einer Organisation mit einem allgemeinen, nicht-revolutionären Ziel zusammenarbeiten und über diesen Weg an die Politik herangeführt werden können. SP-Kritiker nennen diese Organisationen zynisch, „Mantelorganisationen“ und werfen der Partei verschleiernde Praktiken vor.

Die ersten Führungskräfte der neuen Partei sehen, entsprechend den Lehren von Mao, „die Massen als wahren Helden“, gehen tatsächlich „auf die Menschen zu“ und probieren sich „wie ein Fisch im Wasser“ zu bewegen. Sie nennen das die „Massenlinie“.⁴ Einige beenden ihr Studium und nehmen eine Arbeit in einer Fabrik oder auf dem Bau an. Aber dann findet der Maoismus in China ziemlich unerwartet ein Ende. Nach Maos Tod im Jahr 1976 ist sein Ruhm schnell verblasst. Die neue chinesische Führung unter Deng Xiaoping interessiert sich nicht für die Ideologie und will das Volk ernähren. Dafür öffnet er Chinas Türen für die Wiedereinführung des Kapitalismus – zwar unter der strengen Leitung der Kommunistischen Partei – und ersetzt die ideologisch ausgerichtete Außenpolitik durch praktische Realpolitik. Die chinesische Kehrtwendung lässt die junge SP in Verwirrung zurück. Die enttäuschten Kader der jungen Partei haben allerdings keine Lust hinter den neuen chinesischen Anführern herzulaufen. Ab diesem Zeitpunkt wird die Partei davon absehen, fremden Anführern zu folgen. Der Kopf von Mao verschwindet ohne nähere Erläuterung vom Cover des Parteiblattes und die Partei offeriert keine seiner Schriften mehr. Zu einer öffentlichen Abkehr vom Maoismus kommt es nicht: Die Partei löst sich von ihm ohne tiefergehende Diskussionen oder Publikationen zum Thema. Die Aufarbeitung erfolgt erst viel später.⁵ Sie geht weiter ihren eigenen Weg hin zu einem Sozialismus, der besser zur niederländischen Bevölkerung und insbesondere zur niederländischen Arbeiterklasse passt.⁶ Die Aufmerksamkeit richtet sich immer mehr

auf praktische Aktionen und immer weniger auf die theoretische Ausbildung. Der ideologische Maoismus weicht einem sehr praktischen Sozialismus.⁷

Die anfänglich „demokratisch-zentralistisch“ starr geleitete Partei wird immer mehr eine Föderation von lokalen Verbänden. In Anbetracht des Fehlens eines nationalen Podiums findet nahezu der gesamte Einsatz der Parteimitglieder auf lokaler Ebene statt. Unter dem Wahlspruch „Die SP macht es einfach“ kann die junge Partei hier und da ein paar Gemeinderatssitze erobern, als erstes in Oss und Nimwegen. Aber als die Partei fünf Jahre nach ihrer Gründung im Jahr 1977 zum ersten Mal an nationalen Parlamentswahlen teilnimmt, erhält sie nicht einmal einen halben Sitz. Durch das Wahlergebnis von 0,2 Prozent (24.420 Stimmen) wird deutlich, wie klein die Basis der Partei noch ist. In dem Jahr erhält die PVDA, die sich für die Fortsetzung des ersten Kabinetts Den Uyl einsetzt, nahezu alle linken Stimmen, auch die der CPN und der PSP. Obwohl ein zweites Kabinett Den Uyl nicht zustande kommt, wendet sich für die SP das Blatt in der Folgezeit nicht. Auch 1981 (0,3 Prozent) und 1982 (0,5 Prozent) schafft sie es nicht, einen Platz im nationalen Parlament zu erobern. Trotz all der Bemühungen an Haustüren, aller Nachbarschaftsausschüsse und Aktionsgruppen gelingt es den „roten Jehovas“ nicht, in elektoraler Hinsicht irgendetwas zu erreichen.⁸

Auf lokaler Ebene läuft es an einigen Orten besser. 1986 hat die Partei durch ihren örtlichen Aktivismus vierzig Ratssitze erlangt, verteilt über einige Dutzend Gemeinden. Die Partei hat sich von ihren „Massenorganisationen“ verabschiedet und unterstützt und organisiert nun unter eigenem Namen allerlei Aktionen. Mit lokalen Sprechstunden des parteieigenen *Hilfs- und Informationsdienstes*, die von ehrenamtlichen Helfern durchgeführt werden, wird dort, wo die Partei aktiv ist, Menschen Hilfe geboten, die Probleme mit dem Chef, dem Vermieter, der Gemeinde oder dem Finanzamt haben. In drei medizinischen Zentren (in Oss, Nimwegen und Zoetermeer) mit angestellten Ärzten versuchen die Sozialisten, ihre Auffassungen über ein solidarisches Gesundheitssystem in die Praxis umzusetzen. Das hat positive Effekte auf die Anziehungskraft der Partei vor Ort, aber kaum Einfluss auf deren nationale Popularität.

Eine neue SP: das Vergangene wollen wir ausmerzen

Als im Mai 1986 erneut kein Sitz im Parlament erreicht wird (0,4 Prozent, 31.983 Wähler), nehmen in der Anhängerschaft der SP die Zweifel über die Zukunft zu und damit wird der Ruf nach Veränderung lauter. Nach zehn Jahren wird wieder ein Parteitag vorbereitet und es wird über Ausgangspunkte

und Arbeitsweisen der Partei diskutiert. Die Diskussion wird übrigens ausschließlich unter den „Führungskräften“ der Partei geführt – das sind diejenigen, die von Parteiverbänden zugelassen worden sind, durchweg auf der Basis ihrer Bereitschaft, viele Stunden pro Woche für die Partei zu arbeiten. Einfache Mitglieder kennt die Partei nicht, nur Sympathisanten. Nach manchmal tumultartigen Diskussionen in den Parteiverbänden, dem Abkoppeln einiger Verbände und einigen heftigen Debatten in der Parteiführung beschließt der vierte Parteitag am 14. November 1987, dass die Dinge tiefgreifend verändert werden müssen, ideologisch und organisatorisch. Mitbegründer Daan Monjé⁹, jahrelang der starke Mann der SP, der sich aber nach dem enttäuschenden Wahlergebnis von 1986 mit anderen Mitgliedern der Parteiführung überworfen hat,¹⁰ erlebt dies nicht mehr mit. Er stirbt am 1. Oktober 1986.

Unter der Leitung von Jan Marijnissen aus Oss, der ab Januar 1988 Hans van Hooft als Parteivorsitzender folgt, wird mit dem Aufbau einer neuen SP begonnen. Marijnissen ist es in seinem Wohnort Oss gelungen, die SP zusammen mit einigen disziplinierten und enthusiastischen Kameraden zu einem wirklich wichtigen Faktor zu machen. Er leitet dort eine recht große Ratsfraktion und einen auf vielfältige Weise wegweisenden Verband. Das Wie und Warum des „Geheimnisses von Oss“ ist minutiös im Buch *Het geheim van Oss* van Kees Slager beschrieben worden.¹¹ Dieser „zupackende Sozialismus“ muss nun die gesamte SP inspirieren. Dazu passt auch eine klare Sichtweise auf den Menschen und die Gesellschaft, die bis dahin gefehlt hat. Marijnissen konstatiert, zurückblickend auf die unter seiner Leitung bewerkstelligte Umkehr:

Rückblickend darf man sagen, dass die ‚alte‘ SP Mitte der Achtzigerjahre durch eine ‚neue‘ SP ersetzt worden ist. Die kleine Partei mit den großen Wahrheiten wurde eine viel bescheidenere Partei, die die Wahrheit nicht länger für sich gepachtet haben wollte, die es wagte, alles in Zweifel zu ziehen und dadurch neue Antworten auf neue Fragen suchen musste. Das hat uns neuen Mut gegeben, vor allem auch Mut, etwas mehr auf andere zu hören, auf Menschen, die auch Gutes für die Gesellschaft tun wollten, aber die bis dahin vor unserem rechthaberischen Ton zurückschreckten.¹²

Der Umbau von der alten zur neuen SP findet ironischerweise in dem Moment statt, in dem der „real existierende Sozialismus“ in Osteuropa zusammenbricht. Sein Verschwinden trifft auch traditionell linke Parteien in Europa. Im Jahr 1989 hat die SP allerdings keine Verbindungen mit anderen linken Parteien in Europa und schon gar nicht in Osteuropa. Die SP trauert

daher auch nicht um den einstürzenden Kommunismus und sieht zum ersten Mal eine echte Möglichkeit, offen für eine zeitgenössische Auslegung des Sozialismus zu werben. Während die übrigen linken niederländischen Parteien sich vom Sozialismus abwenden, wirbt die SP mit ihm.

In der Charta *Handvest 2000, een maatschappij voor mensen* versucht die Partei anzugeben, welchen Sozialismus sie für die niederländische Bevölkerung parat hat:

Jeder Mensch ist zunächst selbst verantwortlich für sein Leben und sein Glück. Aber ein Mensch ist auch ein soziales Wesen: Wir leben zusammen. Die Regeln, die der Gesellschaft zugrunde liegen, müssen fundamental verändert werden. Sie müssen an die Voraussetzungen dieser Zeit angepasst werden. [...] Zentrale Begriffe dabei sind: menschliche Würde, Gleichheit und Solidarität.¹³

Der Nachdruck des neuen Programms auf diese Aspekte markiert die definitive Abkehr vom „Vergangenen“. Der letzte ideologische Ballast, der schon seit Jahren eine unnütze Last ist, die Partei aber noch immer in ihrer Entwicklung hindert, wird abgeworfen. Nachdem dem Maoismus Ende der Siebzigerjahre in aller Stille Lebewohl gesagt worden ist, geschieht dies nun öffentlich mit dem Marxismus-Leninismus. Der Parteitag von 1991 verabschiedet sich vom alten Gedankengut, ohne diesem auch nur eine Träne nachzuweinen:

Diese Summe von Standpunkten, wie sie von Marx, Lenin oder anderen formuliert worden ist, ist verwirrend und somit unbrauchbar. Wenn wir uns darauf berufen, weckt das den Eindruck, dass wir im Kielwasser von denjenigen arbeiten würden, die auch andernorts unter dieser Flagge einen Trümmerhaufen verursacht haben. Nichts ist weniger wahr.¹⁴

Laut des Kongresses kann man sich fortan auf das Führen des Prädikats „sozialistisch“ beschränken. Die Partei wird organisatorisch geöffnet: Die alte Kaderpartei, in der die Mitgliedschaft einer kleinen Gruppe von „Führungskräften“ vorbehalten ist, ohne formale Rechte für die viel größere Gruppe der „Unterstützer“ (die einen Mitgliedsbeitrag zahlen, das Parteiblatt lesen und an Aktionen der Partei teilnehmen), weicht der neuen „Volkspartei“. Fortan kann jeder, der die Ausgangspunkte der Partei unterstützt, Mitglied werden. Das sind 1992 ungefähr 15.000 Menschen.¹⁵ Die Partei setzt sich für die Organisation von nationalen Aktionen ein, beispielsweise gegen die niederländische Unterstützung des Ersten Golfkrieges und die

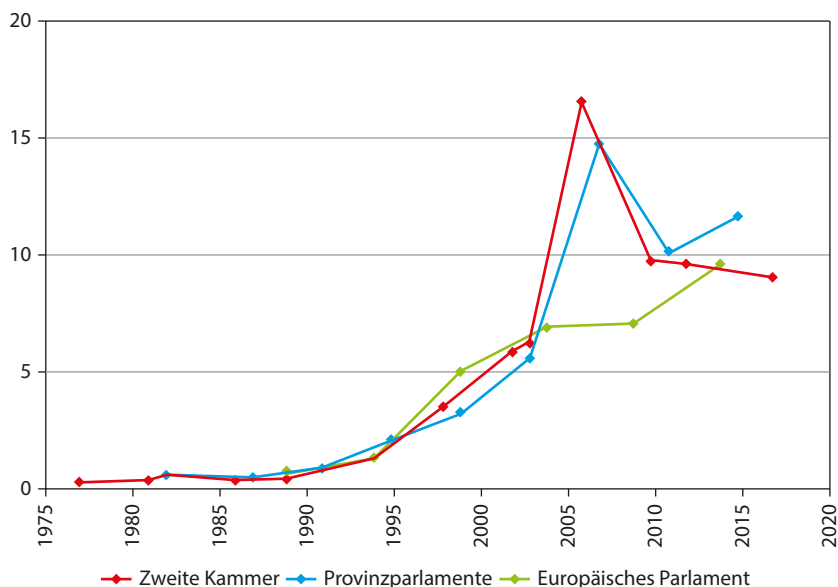
umstrittenen Pläne der Regierung zur Veränderung der Regelungen zum Thema Arbeitsunfähigkeit. Das lohnt sich: Bei den Provinzwahlen 1991 erhält die SP zum ersten Mal genug Stimmen, um – wären es Parlamentswahlen gewesen – einen Sitz im Parlament zu holen. Auf dem Parteitag 1993 wird die anachronistische Schreibweise verabschiedet: die SP schreibt man fortan *Socialistische Partij*.

Wähle dagegen, wähle SP: Ein Außenseiter im Binnenhof

Der Parteitag 1993 formuliert den Einzug ins Parlament als vorläufige strategische Hauptaufgabe. Andernfalls, so wird geurteilt, bekommt die Partei keine Chance, sich weiter als nationale Partei zu entwickeln und kann sie auch kein bedeutungsvoller Faktor werden. Um den parlamentarischen Durchbruch zu verwirklichen, wählt die Parteispitze im neuen Wahlkampf die Position der Gegenpartei. „Wähle dagegen, wähle SP“ lautet der provozierende Wahlslogan. Die Botschaft: Wenn man nicht einverstanden ist mit der herrschenden Politik, dann wähle uns. Dann lassen wir im Parlament eine „Gegenstimme“ hören.

Symbol der neuen Vorgehensweise wird die Tomate: voller gesunder Vitamine, aber auch eine gefürchtete Protestwaffe gegen schlechtes politisches Schauspiel. Die neue Vorgehensweise, bei der die Parteiführung zum ersten Mal Hilfe von externen Experten annimmt, findet – endlich – Anklang. Bei den Kommunalwahlen im März 1994 wächst die Partei von 70 auf 126 Sitze. Und am 3. Mai 1994 schafft die SP bei der Wahl zum Zweiten Kammer ohne Probleme den Sprung ins Parlament. Der Parteivorsitzende Jan Marijnissen und der Umweltaktivist Remi Poppe werden dank der Unterstützung von 118.738 Wählern (1,3 Prozent) die ersten beiden nationalen Volksvertreter der SP.¹⁶ Damit findet mehr als zwanzig Jahre nach der Parteigründung der in der niederländischen Geschichte zweifellos längste und mühsamste politische Weg ins Parlament ein glückliches Ende.

Der Einzug ins Parlament setzt neue Kräfte frei und ist Ausgangspunkt eines merklichen Wachstums. Zunächst im Umfang: Die Anzahl der Mitglieder wird in wenigen Jahren durch professionelle Kampagnen auf über 25.000 vergrößert. Damit wird die Partei hinsichtlich der Mitgliederzahlen hinter dem CDA, der PVDA und der *Volkspartij voor Vrijheid en Democratie* (VVD) die viertgrößte Partei des Landes. Die neuen Mitglieder kommen von verschiedenen Seiten. Die SP als „linke Gegenpartei“ wird für ehemalige Wähler und Mitglieder von PVDA und *Groenlinks* attraktiv, die ihre Parteien

Abbildung 9.1: Wahlergebnisse der SP 1977-2017 (in Prozent)

Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage der Angaben auf der Internetseite www.verkiezingsuitslagen.nl

dem vorrückenden Neoliberalismus gegenüber zu nachgiebig finden und den klaren Widerstand von Marijnissen und Poppe bevorzugen.

Marijnissen bleibt neben seinem Amt als Fraktionsvorsitzender auch Parteivorsitzender, aber die Geschäftsführung übernimmt Parteisekretär Tiny Kox, der bereits seit 1980 Teil des geschäftsführenden Vorstands der SP ist und gemeinsam mit Marijnissen den tiefgreifenden Umbau der Partei geleitet hat. 1995 wird Jan de Wit der erste SP-Senator, nachdem zum ersten Mal ausreichend Provinzialstaatsitze errungen worden sind. Der Fraktionsvorsitzende Jan Marijnissen entwickelt sich in kurzer Zeit vom unbekannten Spitzenkandidaten zu einem der landesweit bekanntesten Politiker. In seinem Buch *Tegenstemmen* gibt er eine „rote Antwort auf Paars“ (so wird die violette Koalition aus VVD, PVDA und D66 bezeichnet) und fasst darin die moderne Sichtweise der SP auf Politik und Gesellschaft in Worte. Das Buch wird tatsächlich ein politischer Bestseller.¹⁷

Tegenstemmen ist laut Marijnissen als zusammenhängende Kritik auf den vorrückenden Neoliberalismus, den Untergang der PVDA und die Folgen des Jeder-für-sich-Denkens für die Gesellschaft gedacht. Tony Benn, Galionsfigur des linken Labour-Flügels, bezeichnet später die englische Version¹⁸

als „das mit Abstand beste Buch über den Sozialismus, das ich in den vergangenen zehn Jahren gelesen habe.“¹⁹ Marijnissen muss bei den Wahlen zum Politiker des Jahres Ende 1996 nur Wim Kok und Frits Bolkestein den Vortritt lassen. Letztgenannter hilft ungefragt mit Marijnissens Buch zu einem politischen Bestseller zu machen, indem er öffentlich erklärt, dass „jeder außer Jan Marijnissen von der SP derzeit liberal denkt.“²⁰

Auch außerhalb des Parlaments macht sich die Partei bemerkbar. Themen wie der Kampf gegen „die Zweiteilung“ in reich und arm, chancenreich und chancenlos werden auf originelle Art und Weise in Angriff genommen. 1997 wird die Staffellaufaktion „*Nederland in tweeën?!*“ [„Die Niederlande zweigeteilt?!“] durch alle Provinzen gekoppelt an eine Theatertournee mit prominenten Niederländern und ein enthüllendes Fotobuch über Gegensätze in den Niederlanden.²¹ Unter dem Motto „Zorg voor iedereen“ [„Fürsorge für jeden“] werden die vermeintlichen Folgen der neoliberalen Politik für das Gesundheitswesen angeprangert. Die professionell durchgeführten Kampagnen kosten einiges an Geld, das aber aufgrund der wachsenden Mitgliederzahlen und der in der SP geltenden Abgabenregelung für Volksvertreter wieder eingenommen werden kann. Die Regelung, dass SP-Volksvertreter ihre Bezahlung (anfänglich komplett, danach teilweise) an die Partei abgeben müssen, gibt es bereits seit den Siebzigerjahren, bringt aber nun, mit Mitgliedern im Parlament, in den Provinzialständen und in den Stadträten, deutlich mehr ein. Der zugrunde liegende Gedanke ist Folgender: Wenn die Ehrenamtlichen in der Partei ihre Arbeit gratis verrichten, darf von gewählten Volksvertretern verlangt werden, dass sie es der Partei mit der Abgabe eines Teils ihrer Vergütung ermöglichen, ihre Organisation auszubauen und Aktionen zu unterstützen.

Die Wahlen von 1998 ergeben eine fünfköpfige Parlamentsfraktion, womit die SP ihren anfänglichen Status einer Eintagsfliege los ist. Die Epidemiologin Agnes Kant, der Politologe Harry van Bommel und der Anwalt Jan de Wit leisten Marijnissen und Poppe im Binnenhof Gesellschaft. Dank der neunzehn Sitze in den Provinzparlamenten erhält die Partei 1999 eine zweiköpfige Senatsfraktion, bestehend aus dem Anwalt Bob Ruers und dem Studenten Driek van Vugt. Mit seinen 18 Jahren wird der Letztgenannte der jüngste Senator, den es jemals gegeben hat. Mit seinen kurzen Hosen fällt er auf jeden Fall im betagten Senat auf. Die Anzahl an Sitzen in Rats- und Bezirksverordnetenversammlungen steigt auf weit über zweihundert an. Die Partei stellt in drei Orten in Brabant Beigeordnete. 1999 erhält die Partei den ersten Sitz im Europäischen Parlament. Erik Meijer, ehemaliger Spitzenpolitiker von PSP und *GroenLinks*, nimmt den Platz in Brüssel ein. Die SP ist nun zum ersten Mal in ihrer Geschichte auf allen parlamentarischen Ebenen repräsentiert.

Ideologische Erneuerung: Der ganze Mensch, die ganze Welt

Auf der Schwelle eines neuen Jahrhunderts formuliert der neunte Parteikongress im Dezember 1999 ein neues Parteiprogramm. Es heißt *Heel de mens* (*Ganz dem Menschen*) und fasst die Kernauffassungen, die Aufgaben und Ziele der SP in Worte:

Die menschliche Würde, die Gleichheit aller Menschen und die Solidarität zwischen Menschen formen zusammen mit unserer rationalen Analyse der Welt den Kern des Sozialismus. Sie zusammen bilden die Messlatte, mit der wir Entwicklungen und Alternativen beurteilen: Das, was entlang dieser Messlatte positiv ausfällt, werden wir fördern, das, was negativ ausfällt, werden wir zu verhindern oder zu bekämpfen versuchen. Damit ist unser allgemeiner Ausgangspunkt in der alltäglichen politischen Praxis anwendbar und es gibt einen kontrollierbaren Zusammenhang zwischen unserer allgemeinen Sichtweise und unseren spezifischen Auffassungen und Vorschlägen.²²

Das neue Programm geht davon aus, dass es zu den Hauptaufgaben der Partei gehört, Widerstand zu leisten

gegen eine Gesellschaft, die weltweit von der Mentalität ‚Jeder für sich‘ dominiert wird, in der das Recht des Stärksten eher gilt als das Prinzip der gleichen Chancen für jeden. Wir setzen uns dafür ein, dass die beklemmende Vorherrschaft des Faktors ‚Kapital‘ in der Gesellschaft durchbrochen wird. Wir weigern uns, die Gesellschaftsstruktur dem freien Spiel der gesellschaftlichen Kräfte zu überlassen. Wir akzeptieren nicht, dass die wirtschaftlichen Gesetze des Kapitalismus die Handlungsspielräume der Politik bestimmen.²³

Verglichen mit dem *Handvest 2000* aus den Neunzigerjahren ist das neue Parteiprogramm aus einem anderen ideologischen Holz geschnitzt. Anstelle des Sozialismus als Ziel wird der Sozialismus fortan als Bewegung gedeutet:

Der Sozialismus ist kein Rezept für eine zukünftige Gesellschaft. Er ist auch keine Utopie, die sich auf das Versprechen beschränkt, dass hinter dem Horizont alles besser sein wird. Der Sozialismus fasst an erster Stelle eine bestimmte Sichtweise auf den Menschen und die Gesellschaft in Worte. Das bietet eine Zukunftsperspektive, aber es hat vor allem auch

Bedeutung im Hier und Jetzt. Der Ausgangspunkt ist, dass der Mensch das Maß aller Dinge ist und dass das menschliche Maß maßgebend für die Gesellschaftsstruktur sein muss.²⁴

Die Parteienforscher Gerrit Voerman und Paul Lucardie bezeichnen *Heel de mens* als „das dritte ideologische Facelifting“ der Partei und sehen darin den Beweis für die – wie sie es nennen – „Sozialdemokratisierung der SP“.²⁵ Das Parteiprogramm von 1999, das in den Jahren darauf einige Male auf Parteikongressen evaluiert werden wird, gilt noch immer als Messlatte für das politische Denken und Handeln der SP.

Ab den Neunzigerjahren beginnt die SP damit, Kontakte mit mehr oder weniger gleichgesinnten europäischen Parteien zu legen, unter anderem wegen der Notwendigkeit, Stellung hinsichtlich der neuen Entwicklung der europäischen Zusammenarbeit zu beziehen. Mit dem im Maastrichter Vertrag in Gang gesetzten Ausbau der Europäischen Gemeinschaft, die darauf ausgerichtet ist, sich zu einer selbstsicheren Europäischen Union zu entwickeln, die mit anderen internationalen Machtblöcken konkurrieren möchte, wählt Europa der SP zufolge den falschen Weg.²⁶ Sie wird dabei inspiriert von skandinavischen Parteien, die sich dort links von der mächtigen Sozialdemokratie entwickeln.²⁷ Mit ihrer Kritik über Richtung und Tempo der europäischen Integration nimmt die SP im linken Parteienspektrum eine Position ein, die stark von der der PVDA (die für eine Ratifizierung von „Maastricht“ stimmt) und von der von GroenLinks (die gegen „Maastricht“ stimmt, weil ihnen der Vertrag nicht weit genug geht) abweicht. Die Partei wird bald als „euro-skeptisch“ abgestempelt, obwohl die SP „europäische Zusammenarbeit begrüßt, vorausgesetzt, dass diese parallel zu den breiten Auffassungen über Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Solidarität verläuft.“²⁸

Neben der weiter voranschreitenden Integration von Westeuropa bereitet die rasend schnelle Desintegration von Osteuropa Sorgen. Das Auseinanderfallen der Sowjetunion und Jugoslawiens geht mit einem in der Nachkriegszeit in Europa ungekannten Ausmaß an Gewalt einher. Auch die militärischen Interventionen der Vereinigten Staaten im Mittleren Osten lehnen die niederländischen Sozialisten ab. Die SP sieht, im Gegensatz zu den meisten anderen Parteien, wenig Heil in diesem externen, militärischen Einschreiten. Das führt zu einer politisch isolierten Position und Kritik von anderen Parteien. Marijnissen sagt später darüber:

Unser Standpunkt bezüglich der militärischen Interventionen im ehemaligen Jugoslawien und unsere Zurückhaltung bezogen auf den Einsatz militärischer Mittel wird von manchen so ausgelegt, als ob wir der Welt

den Rücken zukehren. Das ist eine unberechtigte Beschuldigung. Es stimmt: Wir stimmen der Idee, dass ein Land, das nicht das tut, was wir sagen, bombardiert wird, nicht zu. Wir sind der Meinung, dass es bessere Antworten gibt als Bomben.²⁹

Nach Ablauf des Kosovo-Krieges analysiert Marijnissen mit dem Publizisten Karel Glastra van Loon den blutigen Konflikt auf dem Balkan.³⁰ Damit legt er eine ideologische Basis für den Standpunkt seiner Partei hinsichtlich des Nicht-Unterstützens von militärischen Interventionen durch die Niederlande. Marijnissen befürwortet zukünftig „eine Übung in Bescheidenheit“: „Wenn die internationale Gemeinschaft sich in innenpolitische und regionale Konflikte einmischen möchte, sind Bescheidenheit, Vorsicht und Zurückhaltung geboten, erst recht, wenn es um die Anwendung von Gewalt geht. Die Gefahr, dass das Mittel sich als schlimmer erweisen wird als das Übel, ist immer in voller Größe zugegen.“ Laut Marijnissen muss nicht die Moralität, sondern die Effektivität ausschlaggebend sein, wenn ein Beschluss über militärische Intervention gefällt wird. „Moralität entartet in Zynismus, wenn das eigene ‚gute Gewissen‘ als wichtiger empfunden wird als die Realität des Mitmenschen. ‚Moralpolitik‘ ohne den Filter der ‚Realpolitik‘ ist lebensgefährlich.“³¹

Basierend auf dieser Analyse beurteilt die SP im Parlament danach eine Reihe von Regierungsvorhaben über die niederländische Unterstützung für oder die Teilnahme an militärischen Interventionen. Das führt zu einem „Nein“ der SP zum amerikanischen Krieg gegen Afghanistan nach dem 2001 von Osama bin Laden organisierten terroristischen Angriff auf die Vereinigten Staaten. Keine international rechtmäßige Basis und kein effektives Vorgehen gegen den Terrorismus, urteilt die SP-Fraktion, als sie sich weigert, den von Amerika erklärten *war on terror* zu unterstützen. Der außenpolitische Sprecher der SP, Harry van Bommel, sagt im Parlament: „Einen heiligen Krieg gewinnt man nicht dadurch, dass man selbst einen beginnt.“³² 2003 stimmt die SP auch gegen eine politische Unterstützung der Niederlande für den militärischen Einfall im Irak, unter anderem weil ein Mandat der Vereinten Nationen fehlt.³³ Auch die niederländischen Folgemissionen in Afghanistan und im Irak bekommen keine Unterstützung seitens der SP-Parlamentsfraktion. Zwölf Jahre nach den Diskussionen über den Irak weist die SP – ihrer früheren Analyse entsprechend – eine Teilnahme an der Bombardierung Syriens zurück, da die Zustimmung der Vereinten Nationen fehlt. In der Zwischenzeit unterstützt die Partei wohl die Missionen, deren Ziel es ist, die kämpfenden Parteien auseinander zu halten (beispielsweise EUFOR Althea in Bosnien 2004) oder den Aufbau einer funktionierenden

Polizei (wie in Mazedonien) zu fördern. Unterstützung von der SP gibt es unter anderem auch für die Friedensmission der Vereinten Nationen in Zypern und den Einsatz von Beobachtern im Südsudan.

Auf ihrem 13. Kongress am 28. Mai 2005 legt die Partei ihre internationale Sichtweise in der Abhandlung *Heel de wereld, de SP en de wereld*³⁴ offiziell fest. Darin wird auf der Basis des Parteiprogramms *Heel de mens* die Verortung der Partei für die Zukunft festgelegt. Die Partei nennt sich internationalistisch und hält fest, dass die Welt ihre Inspirationsquelle sei und die Niederlande ihr Arbeitsfeld. Die Partei möchte Alternativen für die NATO sowie für die internationalen Finanzinstitute wie die Weltbank und den Internationalen Währungsfonds. In *Heel de wereld* wird für Schuldvermindierungen und -erlasse für Entwicklungsländer und eine strukturelle Verstärkung der Position der Vereinten Nationen plädiert. Es muss seitens der Partei an einer demokratischen, sozialen und nachhaltigen Alternative für die heutige neoliberale Agenda der Europäischen Union gearbeitet werden.

Umgang mit dem wachsenden gesellschaftlichen Unbehagen

Am 1. Mai 2001 veröffentlicht das *NRC Handelsblad* das Manifest *Stoppt den Ausverkauf der Kultur*.³⁵ Die Initiatoren sind Jan Marijnissen, Wouter van Dieren, Bob Fosko, Karel Glastra van Loon, Freek de Jonge, Arjo Klamer, Huub Oosterhuis, Dorien Pessers, Harry de Winter und Nilgün Terli. Ihrer Meinung nach hat sich in den vorangegangenen Jahren in den Niederlanden und den angrenzenden Ländern „eine stille Revolution“ vollzogen: „Der Staat hat sich zurückgezogen, um Platz zu machen für den Markt, der Sozialstaat wurde eingetauscht gegen einen Garantiestaat und die Gesellschaft als Ganzes hat sich stark ökonomisiert. Das Marktdenken, das vorher nur einen eingeschränkten Teil des gesellschaftlichen Umgangs dominierte, ist allgegenwärtig geworden.“ Die Initiatoren des Manifests bezeichnen es als paradox, „dass, obwohl wir reicher sind als je zuvor, die Probleme in den Bereichen Bildung, Kultur, Pflege, Transport und anderen Teilen des öffentlichen Sektors der Gesellschaft sich ins Unermessliche häufen.“ Mit dem Manifest wollen Marijnissen und seine Mitstreiter eine breite gesellschaftliche Debatte über den Ausverkauf des öffentlichen Sektors in Gang bringen. Die Initiative richtet sich gegen die Politik von Paars, der seit 1994 regierenden Koalition aus PVDA, VVD und D66. Das Manifest schließt – so konstatiert *De Groene Amsterdammer* im selben Monat – an ein wachsendes Gefühl des Unbehagens und Verlusts von essentiellen Werten

an, das nicht auf linke Kreise beschränkt bleibt. Eine Meinungsumfrage zeigt, dass eine große Mehrheit der Niederländer findet, dass Nüchternheit und Individualismus zu weit verbreitet seien. Viele Menschen fürchten sich vor dem Verlust von sozialer Bindung und Respekt und fühlen sich dadurch unsicher. „Das überwiegende Gefühl ist, dass in den vergangenen 25 Jahren etwas Essentielles verloren gegangen ist.“³⁶

Marijnissen möchte mit dem Manifest eine breite Volksbewegung aufbauen, die an das wachsende Unbehagen über Paars anschließt. Es ist allerdings nicht Marijnissen, sondern der politische Neuling Pim Fortuyn, dem es am besten gelingt, den großen unterschwelligen Unfrieden zu kapitalisieren. Seine sarkastische Kritik an den „Trümmerhaufen von Paars“ findet erstaunlich schnell Gehör bei großen Bevölkerungsgruppen und dominiert damit die Wahlen von 2002.³⁷ Bei den Kommunalwahlen am 6. März erhält er mit seiner Partei *Leefbaar Rotterdam* ein Drittel aller Stimmen in der Maasstadt und stellt danach seine Opponenten auf landespolitischer Ebene, Ad Melkert (PVDA) und Hans Dijkstal (VVD), in einer Fernsehdebatte öffentlich bloß. Auch die SP ist Fortuyn und den in seinem Kielwasser mitschwimmenden „leefbaren“ Parteien unterlegen und verliert 47 Sitze. Das ist ein ungekannter Rückschlag für die Partei. Der SP-Parteirat sieht das schlechte Ergebnis als einen Weckruf an, den Kampf gegen Fortuyns Gedankengut fundamentaler und aktiver anzugehen. Das wissenschaftliche Büro der Sozialisten veröffentlicht die Brochure *Leest u zijn boeken maar* – ein Titel, der auf seine Aussage verweist, dass andere erst einmal seine Bücher und andere Publikationen lesen müssen, bevor sie einen Kommentar zu ihm abgeben dürfen.³⁸ In der Analyse der SP wird angegeben, dass viel von Fortuyns Kritik an Paars im Ursprung zwar taugt, aber in seiner Ausarbeitung zu noch härteren Vorstellungen über Migranten, Menschen, die von Sozialhilfe leben, Kranke und Behinderte führt.³⁹

Mit Flugblättern versucht die SP zu zeigen, wo die Unterschiede zu Fortuyn liegen. Jan Marijnissen entschließt sich, sich nicht den Parteien wie D66, PVDA und GroenLinks anzuschließen, die Fortuyn persönlich zum „*politicus non grata*“ erklärt haben. Er möchte Fortuyn (der früher aus seiner Bewunderung für Marijnissen keinen Hehl gemacht hat⁴⁰) nicht qua Form, sondern qua Inhalt bekämpfen: „Lasst uns aufhören, Fortuyn als Opportunisten, Populisten oder Ähnliches abzustempeln. Das ist er vielleicht auch, aber vor allem ist er dunkelviolett [noch „paarser“ als „Paars“]: ultraliberal. Seine Lösung für die von einem rechten Kabinett verursachten Probleme ist: eine noch stärker rechts ausgerichtete Politik.“⁴¹ Fortuyn wird neun Tage vor den Wahlen im Mediapark von Hilversum ermordet. Das Land gerät in einen Schockzustand, in Den Haag kommt es zu schweren

Protesten, die sich gegen das Parlament richten und Spitzenkandidaten anderer Parteien werden bedroht. Auch das Haus von Jan Marijnissen in Oss wird polizeilich gesichert, auch wenn die Kritik der Fortuyn-Anhänger sich vor allem gegen die PVDA und *GroenLinks* richtet. Obwohl die Wähler laut Umfragen massenhaft von der PVDA, D66 und VVD zur Lijst Pim Fortuyn und zum CDA überlaufen, erhält nun auch die SP neue Wähler.

Bei den Wahlen wird die führungslose Partei *Lijst Pim Fortuyn* (LPF) aus dem Nichts zweitstärkste Partei im Land (17,0 Prozent). Die Regierungsparteien der violetten Koalition VVD (von 24,7 auf 15,5 Prozent), D66 (von 9,0 auf 5,1 Prozent) und PVDA (von 29,0 auf 15,1 Prozent) sind große Verlierer, während der CDA neben der LPF triumphiert (von 18,3 auf 27,9 Prozent). Mitten in diesem Wählertumult wächst die Anzahl der SP-Sitze in der Zweiten Kammer von 5 auf 9 (von 3,5 auf 5,9 Prozent).⁴² VVD-Parteiführer Gerrit Zalm ist der Meinung, dass die Gewinner der Wahlen – CDA, LPF und SP – nun eine Regierung bilden müssen, aber Marijnissen macht dabei nicht mit.⁴³ Nicht seine Partei, sondern die VVD koalitiert mit dem CDA und der LPF. Als dieses Bündnis nach einigen Monaten auseinanderfällt und die LPF im internen Chaos untergeht, scheint die SP nachträglich von ihrer früheren Kritik an „Paars“ zu profitieren. Umfragen am Ende des Jahres zufolge liegt sie bei über 11 Prozent. Die Partei nähert sich damit der PVDA an, die sich in einem desolaten Zustand befindet.⁴⁴ Das ändert sich allerdings als Wouter Bos die Spitzenkandidatur der PVDA übernimmt. In den letzten Wochen der Wahlkampagne ist Marijnissen Bos unterlegen. Seine SP kann an der Wahlurne das hohe Ergebnis aus den Umfragen nicht erreichen und gewinnt im Januar 2003 nur wenig dazu (von 5,9 auf 6,3 Prozent). Auch der Konkurrent PVDA bleibt in der neuen Regierung außen vor. Der Gewinner CDA wird mit der VVD und D66 regieren, sodass alle linken Parteien in der Opposition landen.

Inzwischen hat die SP im Parlament schon einen wichtigen politischen Erfolg erreicht: eine parlamentarische Untersuchung der Integrationspolitik. In der Wahlkampagne von 2002 spielte – neben der allgemeinen Kritik an „Paars“ – Fortuyns Kritik an der bis dahin geführten Integrationspolitik und der „Islamisierung der Gesellschaft“ eine große Rolle. Lange vor Fortuyn hat die SP bereits versucht, die in ihren Augen scheiternde Integrationspolitik auf die politische Tagesordnung zu setzen, aber das ist ihr nicht gelungen.⁴⁵ Anfang der Achtzigerjahre ist die Partei noch zu klein und ihre Vorschläge, die in der Broschüre *Gastarbeid en kapitaal* formuliert sind, werden vor allem durch andere linke Parteien höhnisch abgetan.⁴⁶ Fünfzehn Jahre später scheint ein Vorschlag von Marijnissen für eine tiefgreifende Untersuchung durch das Parlament immer noch chancenlos.⁴⁷ In der Wahlkampagne von

2002 wagt die SP einen neuen Versuch. Marijnissen präsentiert, zusammen mit seinen Kollegen in der Zweiten Kammer, Agnes Kant und Ali Lazrak⁴⁸, ein Manifest: *Van apart naar samen, deltaplan voor een geïntegreerde samenleving* (*Von getrennt nach zusammen, Strukturplan für eine integrierte Gesellschaft*),⁴⁹ in dem sich zwanzig Vorschläge für eine bessere Politik befinden. Darunter befinden sich Plädoyers für ein einfacheres Prozedere beim Erwerb der Staatsbürgerschaft, für eine Rückkehrregelung für Migranten, für eine aktive Stimulierung von gemischten Schulen, für den Widerstand gegen räumliche Segregation, für das Aufbrechen „weißer“ Viertel für allochthone Bürger, für die verpflichtende Teilnahme an Integrationskursen für Neuankömmlinge und für den Widerstand gegen die ausländische Finanzierung von Schulen und religiösen Organisationen. Der erste Vorschlag richtet sich auf die Durchführung einer parlamentarischen Untersuchung der Minderheitenpolitik. In einem drastisch erneuerten Parlament reicht Marijnissen bei der Haushaltsdebatte von 2002 einen Antrag ein, der für eine solche Untersuchung plädiert.⁵⁰ Der Vorschlag erhält eine große Mehrheit und am 3. Dezember beschließt das Parlament die Einrichtung einer zeitlich befristeten Kommission zur Untersuchung der Integrationspolitik.⁵¹ Das Parlament übernimmt zur Zufriedenheit der SP die meisten Resultate der Untersuchung.⁵² Die Implementierung der Ratschläge verläuft allerdings schlecht, konstatiert die Partei zwei Jahre später.⁵³

2006: „Sozialisten ziehen an Liberalen vorbei“

Bei den Wahlen von 2003 bekommen Marijnissen und seine Mitstreiter zwar nicht mehr Sitze, aber die SP (9 Sitze, 6,3 Prozent) passiert trotzdem *GroenLinks* (8 Sitze, 5,1 Prozent), die D66 (6 Sitze, 4,0 Prozent) und die LPF (8 Sitze, 5,6 Prozent), sodass sie sich (gemessen an der Anzahl der Sitze in der Zweiten Kammer) gute dreißig Jahre nach ihrer Gründung viertgrößte Partei nennen kann. Dank erfolgreicher Provinzwahlen verdoppelt sich im selben Jahr die Anzahl der Sitze in der Ersten Kammer (von 2 auf 4). Parteisekretär Tiny Kox wechselt in den Senat, wo er Faktionsvorsitzender wird.⁵⁴ Die Partei ist bei der Organisation des bis dahin größten Nachkriegsprotestes tonangebend. Von unten wird der Druck aufgebaut, um die Gewerkschaften in Bewegung zu bringen und auch die PVDA zu bewegen. Nach einer monatelangen Vorbereitung demonstrieren letztlich 300.000 Menschen in Amsterdam gegen die konservativ ausgerichtete Regierungspolitik von CDA-Ministerpräsident Jan Peter Balkenende. Seine Pläne, den Vorruhestand, das Gesetz zur Arbeitsunfähigkeitsversicherung

und das Arbeitslosenversicherungsgesetz in Angriff zu nehmen, haben die Menschen mobilisiert – und der PVDA eine Chance gegeben, ihre Popularität auszubauen. Das führt auch zu einem zaghaften Beginn linker Zusammenarbeit.

2005 gründen Mitglieder der SP, der PVDA und von *GroenLinks* die Initiative „*Een ander Nederland*“ mit dem Ziel, das Verhältnis zwischen den linken Parteien zu verbessern. Zu den ersten Teilnehmern gehören Leo Platvoet und Jos van der Lans von *GroenLinks*, Adri Duivesteijn und Diederik Samsom von der PVDA und Ronald van Raak und Tiny Kox von der SP. Im Manifest *Een ander Nederland* wird zu einer Alternative zum Kabinett Balkenende aufgerufen. Die noch zarte Zusammenarbeit der linken Parteien gerät unter Druck, als ein Jahr später die SP die Kampagne gegen das Europäische Grundgesetz leitet, während PVDA und *GroenLinks* für dieses sind. Während die Regierung, die Mehrheit des Parlaments und die Leitung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen die Bevölkerung dazu aufrufen, mit „Ja“ zu stimmen, wächst die Anzahl derjenigen, die mit „Nein“ stimmen wollen, weiter an. Im Straßenbild ist die SP-Anhängerschaft nachdrücklich anwesend. Zum ersten Mal wird „Europa“ Thema einer breiten gesellschaftlichen Diskussion und die SP beteiligt sich intensiv daran. Als am 1. Juni 2005 die Wahllokale schließen, haben beinahe zwei Drittel der Bevölkerung abgestimmt. Zum Entsetzen der Regierung und einer großen Mehrheit des Parlaments stimmen mehr als 60 Prozent der Wähler mit „Nein“. Die SP hat dagegen – unter dem Blick der internationalen Medien – allen Grund zum Feiern. Nach dem niederländischen „*Nee*“ (und zuvor dem französischen *Non*) ist das Europäische Grundgesetz passé.

Die SP hat nun Rückenwind. Bei den Kommunalwahlen im März 2006 heimst sie 333 Sitze ein, 190 mehr als im Jahr 2002. Die PVDA wird unter der Leitung von Wouter Bos die stärkste Partei im Land. Die Annahme, dass PVDA und SP kommunizierende Röhren seien, scheint nicht zu stimmen. Kurz danach stürzt das Kabinett Balkenende II (CDA, VVD, D66) und die Niederlande bereiten sich erneut auf vorgezogene Parlamentswahlen vor. Im dann folgenden Wahlkampf um die linken Wähler scheint Jan Marijnissen genau wie 2003 der Publikumsliebbling zu werden – auch in der PVDA-Anhängerschaft, wo das Bedürfnis nach links geführten Regierung mit dem Zögern von Parteichef Bos kollidiert. Marijnissen schlägt seinen Kollegen von PVDA und *GroenLinks* vor, zusammen ein 25-Punkte-Programm zusammenzustellen, mit dem man in den Wahlkampf und später in die Kabinettsverhandlungen eintreten kann. Wouter Bos, der im Frühjahr noch als möglicher neuer Premierminister des Landes angesehen wird, sieht

dem Vormarsch des linken „Bruders“ jedoch widerstrebend zu. Zu mehr als einer einzigen gemeinsamen Tasse Kaffee mit Marijnissen und der grünen Parteichefin Femke Halsema kommt es darum auch nicht. Marijnissen macht intern deutlich, dass er wenig zuversichtlich ist, dass Bos nach den Wahlen mit ihm koalieren will. Ein Versuch, eine Listenverbindung mit der SP und GroenLinks anzugehen, weist Bos ab, „weil Wähler zu Unrecht den Eindruck bekommen können, dass eine linke Koalition geschmiedet wird.“⁵⁵

Anders als 2003 verliert die SP in den letzten Wochen vor den Wahlen ihre aufgebaute Popularität dieses Mal nicht. Am 22. November 2006 sorgen die Wähler dafür, dass, wie Marijnissen sagt, „die Sozialisten an den Liberalen“ vorbeiziehen. Mit 16,6 Prozent ist die SP der große Gewinner, sie passiert die VVD (14,7 Prozent) und ist nun drittstärkste Kraft im Parlament. Vor sich dulden muss sie nur noch die PVDA (21,2 Prozent) und den CDA (26,5 Prozent). Nach so einem großen Gewinn scheint die Partei bereit zu sein für eine Kabinettsbeteiligung – zumindest hoffen das die mehr als anderthalb Millionen SP-Wähler und viele Anhänger der PVDA. Die Parteiführung der Sozialdemokraten verkündet, nicht ohne die SP in ein Kabinett einziehen zu wollen.⁵⁶ Parteichef Bos findet eine Koalition aus CDA, PVDA und SP am logischsten.⁵⁷ Es verläuft jedoch anders: CDA und PVDA können sich nicht mit der SP einigen und wählen daraufhin die *ChristenUnie* (CU) als Koalitionspartner. Laut Wouter Bos ist Marijnissen zu schnell aus den Verhandlungen ausgestiegen. Marijnissen ist allerdings davon überzeugt, dass Balkenende und Bos nicht mit ihm zusammenarbeiten und ihn daher loswerden wollten. Und diese Auffassung vertritt er sicher nicht alleine.⁵⁸

Später wird über WikiLeaks herauskommen, dass PVDA-Koryphäe Frans Timmermans mit Zustimmung von Parteichef Bos bereits vor den Wahlen dem amerikanischen Botschafter in Den Haag per Brief mitgeteilt hat, dass eine „linke Zusammenarbeit von großen Wählergruppen aus der Mitte skeptisch beäugt werden würde, sowohl innerhalb der PVDA als auch außerhalb“, mit dem Zusatz, dass es „unvernünftig ist, um jemandem zu vertrauen, der einmal Kommunist gewesen ist“, abzielend auf Marijnissen.⁵⁹ Die SP-Wähler sind schwer enttäuscht, als die Besprechungen über eine Regierungsbeteiligung der SP zum Erliegen kommen. In der Parteiführung wird bissig über die Wende von Bos und seinen Parteifreunden gesprochen. Von einem linken Frühling ist im Winter 2006/7 nichts mehr übrig geblieben. Die SP bleibt notgedrungen in der Opposition, aber jetzt als stärkste Partei. Bei den Provinzwahlen im März 2007 kann die SP noch einmal den Unmut mobilisieren, wodurch die Partei 12 Sitze (15,5 Prozent) im Senat erhält, dreimal so viele wie vorher.⁶⁰

Von Marijnissen zu Roemer

Nach der Feier zur gewonnenen Wahl kommt der Kater bei den Wählern. Die Enttäuschung über den verpassten Durchbruch hin zu einer Regierungsteilnahme macht sich bemerkbar und lässt die SP in den Umfragen stark verlieren. Jan Marijnissen, Ende 2006 zum Politiker des Jahres ernannt, gibt anderthalb Jahre später aufgrund von anhaltenden Gesundheitsproblemen den Fraktionsvorsitz an Agnes Kant ab.⁶¹ Kant, promovierte Epidemiologin, genießt innerhalb und außerhalb der SP großes Vertrauen, sitzt zu dem Zeitpunkt bereits zehn Jahre im Parlament und ist in der Öffentlichkeit als Sprecherin im Bereich Gesundheit bekannt. Vor den Wahlen 2006 haben die niederländischen Hausärzte sie als Favoritin für den Posten der neuen Gesundheitsministerin bestimmt.⁶² Der Kampf gegen die marktbasierende Preisbildung im Gesundheitswesen ist ihr Schwerpunkt. Der Ärger in der Bevölkerung über diese Entwicklungen in der Pflege ist latent sehr groß und hat damit politisch große Wirkkraft. Aber nachdem im Herbst 2008 eine in diesem Ausmaß ungekannte Finanzkrise ausbricht, wird fast die komplette Aufmerksamkeit auf deren Folgen im Hinblick auf die rückläufigen Staatsfinanzen, die sich anhäufenden Budgetdefizite und den Schaden an der Realwirtschaft, darunter die rasend schnell zunehmende Arbeitslosigkeit, gelenkt. Vorschläge für Sparmaßnahmen in einem noch nicht dagewesenen Umfang kommen zur Sprache. Das Parlament ist geschockt und ordnet eine gründliche Untersuchung der Ursachen einer solchen Krise an. Im Oktober 2008 präsentiert Parteichefin Kant dreißig Vorschläge, um das finanziell-ökonomische System rigoros zu erneuern.⁶³ Darunter sind Vorschläge zur Einführung eines Gesetzes zur (zeitlich begrenzten) Verstaatlichung von Banken, zur Einschränkung der Macht von Anteilseignern und zur Wiedereinsetzung der staatlich angestellten Wirtschaftsprüfer. Kant will auch eine parlamentarische Untersuchung zu den Ursachen der Kreditkrise. Diese kommt tatsächlich zustande, unter anderem auf Initiative der SP-Fraktion. Die Untersuchung zur größten Nachkriegskrise des Kapitalismus wird geleitet von Jan de Wit, dienstältestes Parlamentsmitglied der am antikapitalistischsten eingestellten Partei im Parlament. Die Untersuchung, die in einer späteren Phase den Status einer parlamentarischen Enquetekommission bekommt, wird schlussendlich gut drei Jahre in Anspruch nehmen. In seinem Abschlussbericht stellt De Wit fest, dass die niederländischen staatlichen Institutionen bei den Milliardeneingriffen rund um Fortis/ABN Amro und ING große Fehler gemacht haben. Weiterhin schlussfolgert er, dass die Zweite Kammer durch die Regierung vielfach zu spät und unvollständig informiert worden ist.⁶⁴

Während De Wit für seine Herangehensweise gelobt wird, gelingt es der SP jedoch nicht, ihre langjährige Kritik an den großen Risiken des modernen Kapitalismus in Meinungsumfragen zu versilbern. Der Mitte 2007 begonnene Rückgang in den Umfragen setzt sich weiterhin fort. Auch die Mitgliederzahl ist rückläufig. Nach enttäuschenden Kommunalwahlen, bei denen die Partei 47 Sitze weniger erreicht als vier Jahre zuvor, gibt Agnes Kant im März 2010 den Fraktionsvorsitz an Emile Roemer ab, der in der Kammerfraktion als einziger Nachfolger kandidiert.⁶⁵

Roemer sitzt zu dem Zeitpunkt beinahe vier Jahre im Parlament und war vorher Ratsmitglied und Beigeordneter in Boxmeer. Davor hat er über fünfzehn Jahre als Lehrer gearbeitet. Er kommuniziert auf einfache Art und Weise und kommt bei der Bevölkerung gut an. Seine Ausgangsposition ist schlecht. Dennoch gelingt es ihm in den sechs Wochen, die ihm bis zu den vorgezogenen Parlamentswahlen bleiben, den negativen Trend in den Umfragen durch sein erfrischendes Auftreten in den Wahldebatten umzukehren.⁶⁶ Dessen ungeachtet muss Roemer einen dramatischen Verlust hinnehmen (von 16,6 auf 9,9 Prozent). Die Wahlniederlage ist der größte Schlag in der Parteigeschichte. Die SP ist nicht der einzige Verlierer: Der CDA muss noch mehr zurückstecken und fällt von 26,5 auf 13,6 Prozent. Die PVDA verliert ebenfalls (von 21,2 auf 19,6 Prozent). Zugewinne können die D66 (von 2,0 auf 4,9 Prozent) und *GroenLinks* (von 4,6 auf 6,7 Prozent) verbuchen. Dieses Mal sind die Vertreter aus dem rechten politischen Spektrum die großen Gewinner. Die PVV bekommt 24 Sitze, ein Gewinn von 15 (von 5,9 auf 15,4 Prozent), die VVD gewinnt deutlich und kommt von 14,7 auf 20,5 Prozent. Mark Rutte gelingt es, den CDA als Regierungs- und die PVV als Duldungspartner ins Boot zu holen (Kabinett Rutte I).

Die Regierung kann auf der Stelle mit frontaler Opposition von der linken Seite rechnen, die nun geschlossen im Parlament auftreten kann. Emile Roemer kommt im Parlament gut mit Job Cohen zurecht, der seit 2010 an der Spitze der PVDA steht.⁶⁷ Auch *GroenLinks* beteiligt sich an einigen gemeinsamen Aktionen der linken Parteien. Zusammen treten sie Anfang 2012 auf einigen Kundgebungen für „eine andere niederländische Gesellschaft“ auf, derselbe Name wie die linke Initiative von 2005/6. In dieser Atmosphäre gelingt es Emile Roemer immer besser, der Partei ihren Elan wieder zurückzugeben. Sein Image als Brückenbauer auf der linken Seite hilft dabei. Er wird Ende 2011 durch das Meinungspanel von *Een Vandaag* zum Politiker des Jahres ausgerufen. Die Teilnehmer bezeichnen ihn als „authentisch“, „sozial“ und „respektvoll“. Sie schätzen seine deutliche Sprache und die Tatsache, dass er den Menschen im Land gut zuhört. Darüber hinaus sind sie der Meinung, dass er Humor ins Parlament bringt.⁶⁸ In der

ersten Hälfte des Wahljahrs 2012 erzielt Roemer in den Meinungsumfragen einen Rekord nach dem anderen. Manche sind sogar der Meinung, dass er auf dem Weg ist, Ministerpräsident zu werden. Ein Zweikampf zwischen dem SP-Spitzenpolitiker und Premierminister Rutte wird vorausgesagt. Zu Beginn des Sommers steht die SP sogar bei über 20 Prozent in allen Umfragen. Nach 2003 und 2006 ist dies das dritte Mal in der Parteigeschichte, dass die SP beinahe auf Augenhöhe mit den bedeutendsten politischen Konkurrenten zu gelangen scheint.

Es verläuft allerdings alles völlig anders. Diederik Samsom von der PVDA kann sich in den letzten Wochen der Kampagne als *new kid on the block* darstellen. Es gelingt ihm mit dem am weitesten links ausgerichteten Parteiprogramm seit langer Zeit und harten Tiraden gegen „die lausige rechte Politik“ von Premierminister Rutte, viele potenzielle SP-Wähler kurz vor dem Wahltermin zur PVDA zu holen. Samsom strebt ganz nach einem „links“ gegen „rechts“ und schließt in dem Rahmen mit SP und GroenLinks eine Listenerbindung für die Parlamentswahlen. Sein Vormarsch geht auf Kosten der SP. Diese verliert in den letzten Wochen vor den Wahlen das Momentum, auch dadurch, dass Spitzenkandidat Roemer Mühe hat, sich in TV-Debatten gegen Rutte zu halten, während Samsom dem Premierminister durchaus Paroli bieten kann.⁶⁹ Von der Zeitung *De Telegraaf* und von VNO/NCW wird Roemer als eine regelrechte Bedrohung für die Wirtschaft dargestellt.⁷⁰ Laut *De Telegraaf* werden mit den Sozialisten an der Regierung gut und gerne 250.000 Arbeitsplätze verschwinden.⁷¹ Das Blatt *Quote* bildet ihm auf einem Poster als Mörder mit einer Kettensäge ab.⁷² Er wird von allen Seiten angegriffen, unter anderem für seine Aussage, dass Strafen von der EU für zu hohe Investitionsausgaben von den Niederlanden nicht bezahlt werden müssten. Laut Finanzminister De Jager kommen durch Roemers Aussagen die Finanzmärkte in Bewegung: „Der Zins steigt durch diese Aussagen, das kostet einfach Geld.“⁷³ Auch in den ausländischen Medien wird Besorgnis deutlich. Wenn Roemer gewinnt, wird – laut *Der Spiegel* – „Bundeskanzlerin Merkel einen ihrer wenigen Anhänger ihres europäischen Sparprogrammes verlieren“, abzielend auf Mark Rutte. Und *The Economist* schreibt, dass „der ewig lächelnde Mann den großzügigen niederländischen Sozialstaat behalten will ohne zu erklären, woher er das Geld dafür bekommt.“⁷⁴ Die ihm zuvor zugeschriebenen Qualitäten wenden sich jetzt gegen ihn. „Zu nett“, „nicht hart genug“ wird nun über ihn geurteilt.⁷⁵ Als die Wahlurnen schließen, hat die Partei leicht verloren (von 9,6 im Jahr 2012 auf 9,1 Prozent) – ein Resultat, das in Anbetracht der hohen Erwartungen gefühlsmäßig noch schwieriger zu verkraften ist als der Zurückgang im Jahr 2010, als die Partei von 16,6 Prozent auf 9,6 Prozent zurückfiel.

Sozialismus von unten

Nach dieser Wahlniederlage ist die Enttäuschung bei der SP-Anhängerschaft groß. Die Parteispitze schlussfolgert, dass man sich in der Wahlkampagne zu viel auf die Umfragen und eine mögliche Regierungsbeteiligung, und zu wenig auf streitbare Opposition gerichtet hat. Als PVDA-Spitzenpolitiker Diederik Samsom nach den Wahlen seine linken Freunde von der SP und *GroenLinks* blitzschnell zur Seite schiebt und seine eigene Partei in eine Regierung mit dem politischen Hauptkontrahenten VVD lotst, scheint die Enttäuschung noch größer. Der lange Marsch der Partei verläuft weiterhin mit Umwegen und Hindernissen.

Nach dem großen Rückschlag von 2012 erholt die Partei sich, wobei sie die schnell sinkende Popularität der an der Regierung beteiligten PVDA nutzt. Bei den Kommunalwahlen von 2014 holt die SP 443 Sitze, fast 200 mehr als im Jahr 2010. Roemer, der es geschafft hat, das Vertrauen seiner Anhänger nach den enttäuschenden Parlamentswahlen von 2012 zu behalten, macht kein Geheimnis daraus, dass er diese Sitze dieses Mal energisch mit einer Teilnahme an Kommunalregierungen versilbern möchte. Als ehemaliger Beigeordneter kennt er die Vorteile, wenn man auf lokaler Ebene mitwirken kann. Über die Stadt- und Kommunalverwaltung will er zeigen, dass die SP imstande ist, zu regieren. Sein „Sozialismus von unten“ nimmt Gestalt an: Die SP regiert ab 2014 in vier der sechs größten Städte des Landes⁷⁶ und in fast der Hälfte der sechzig größten Gemeinden mit. Amsterdam wird als Hauptgewinn angesehen: Zum ersten Mal in ihrer Geschichte bleibt die PvdA in der Amsterdamer Kommunalregierung außen vor, in ihr arbeiten nun die SP, die D66 und die VVD zusammen. In den anderen großen Städten Utrecht, Eindhoven und Tilburg tritt die SP in anderen Koalitionen an, wodurch sie zeigt, dass mit vielen unterschiedlichen Parteien zusammenarbeiten kann. Der lokale „linke Durchbruch“ fällt Freund und Feind auf.⁷⁷ Bei den Europawahlen 2014 vereint die SP zum ersten Mal seit ihrer Gründung mehr Wähler hinter sich als die PVDA (SP 9,6 Prozent, PVDA 9,4 Prozent), wobei das vor allem mit dem Sturzflug der Sozialdemokraten zusammenhängt. Bei den Provinzwahlen im Jahr 2015 geschieht dies erneut. Die SP erlangt in zwölf Provinzen 67 Sitze, die PVDA schafft nicht mehr als 63. Roemers Strategie, so zu verhandeln, dass seine Partei mitregieren kann, ist wieder erfolgreich: Die SP gehört in sechs von zwölf Provinzen (Groningen, Friesland, Flevoland, Süd-Holland, Nord-Brabant und Limburg) einer Koalition an. Zugleich stellt die Partei zum ersten Mal die größte linke Fraktion in der Ersten Kammer, mit neun Senatoren ist diese allerdings kleiner als im Jahr 2007, als 12 Sitze ergattert wurden.

Zwischenzeitlich wird ein besseres Verhältnis der SP mit den Gewerkschaften deutlich. In der Anhängerschaft des *Federatie Nederlandse Vakbeweging* (FNV, Niederländischer Gewerkschaftsbund) ist die Partei ähnlich populär wie die PVDA. Als der FNV sich hinsichtlich einer tiefgreifenden Erneuerung berät, wird Anfang 2012 eine Gruppe von Wegbereitern gebildet. Dazu gehört nicht nur Jetta Klijnsma, zu dem Zeitpunkt PVDA-Mitglied in der Zweiten Kammer, sondern bemerkenswerterweise auch der SP-Senator Tuur Elzinga.

Auch im Parlament möchte Roemer, dass seine Partei mehr Einflussmöglichkeiten bekommt. Die SP mischt sich in zunehmendem Maße über Gesetzesinitiativen in den Gesetzgebungsprozess ein. Dazu gehören einige Gesetzesinitiativen in der Pflege, eine zum Verbot der Nerzzucht und ein Gesetzesvorschlag hinsichtlich der besonderen staatlichen Sorgepflicht für Veteranen. Ins Auge springt auch die Annahme des Gesetzes „*Huis voor Klokkenluiders*“ („Haus für Whistleblower“) von SP-Parlamentsmitglied Ronald van Raak.⁷⁸ In seinem Buch *Het kan wel* (2015) unterstreicht Roemer, wie wichtig er es findet, dass die größte Oppositionspartei auch erreichbare Alternativen liefert.⁷⁹ In seinem „politischen Reisebericht“ erzählt er von Begegnungen mit sozialen Unternehmern, kreativen Dienstleistern im sozialen und medizinischen Bereich, Kampagnen führenden Anwohnern, ungewöhnlichen Politikern und aufständischen Studenten im In- und Ausland. Daraus gewinnt er das optimistische Vertrauen, dass es für Dinge, die seiner Meinung nach zu oft als unveränderlich bezeichnet werden, in verschiedensten Bereichen alternative Optionen gibt. Ob es nun um die Rückkehr von festen Arbeitsplätzen, die Gewinnbeteiligung von Arbeitnehmern, ein menschenfreundlicheres Pflegesystem oder den Einsatz von „Frontsoldaten für den öffentlichen Bereich“ (wie Roemer Polizisten und Justizvollzugsbeamte nennt) geht – in allen Bereichen gibt es brauchbare Alternativen für die dominante neoliberale Politik. Die SP muss fortlaufend darauf drängen und für sie arbeiten, findet Roemer. Wer etwas ablehnt, müsse eine Alternative aufzeigen, betont er immer wieder während seiner *Het kan wel*-Tournée durch die Niederlande.

Ende 2015 verabschiedet sich Jan Marijnissen als Parteivorsitzender. Ron Meyer wird sein Nachfolger. Meyer (geb. 1981) kommt vom FNV und ist Vorsitzender der Ratsfraktion in Heerlen, wo die SP stärkste Partei ist und bereits lange Zeit mitregiert. Er ist zwei Jahre jünger als Jan Marijnissen es 1988 war, als er Vorsitzender der SP wurde. Auf dem Parteikongress im November 2015 erhält er mehr Stimmen als seine Gegenkandidatin Sharon Gesthuizen, prominentes Mitglied der Zweiten Kammerfraktion, die später ankündigt, gemeinsam mit vier anderen SP-Parlamentsmitgliedern die Kammer zu verlassen.⁸⁰ Roemer unterstreicht während seiner

Tournee seinen Wunsch nach einer Beteiligung seiner Partei an einer neuen Regierung. Aber diese muss dann ohne die PVV und VVD gebildet werden. Die Kernfrage wird somit sein, ob eine neue Koalition über rechts geht, mit der VVD, oder über links, mit der SP, sagt Roemer.⁸¹ Er versucht, die PVDA und GroenLinks mit in diese Position einzubeziehen, aber das gelingt nicht.

Die Wahlen vom 15. März 2017 führen dazu, dass die neue SP-Fraktion zur Hälfte aus Neulingen besteht. Aber die neue Fraktion wächst nicht, sondern sie verliert sogar einen Sitz (von 15 auf 14, von 9,6 auf 9,1 Prozent). Und das obwohl die Konkurrentin PVDA einen historisch großen Verlust hinnehmen muss: sie fällt von 24,8 auf 5,7 Prozent. Nicht die SP profitiert davon, sondern vor allem die D66 (von 8,0 auf 12,3 Prozent) und *GroenLinks* (von 2,3 auf 9,1 Prozent). Andere ehemalige PVDA-Wähler suchen diesmal ihr Heil bei *one issue*-Parteien wie der *Partij voor de Dieren* (PvdD, von 1,9 auf 3,2 Prozent), 50PLUS (von 1,9 auf 3,1 Prozent) und DENK (neu eingezogen mit 2,1 Prozent). Wiederum wird deutlich, dass SP und PVDA sich nicht wie kommunizierende Röhren zueinander verhalten. Wegen der fast vollständigen Implosion der Sozialdemokraten ist die SP nun zum ersten Mal in ihrem Bestehen auch in der Zweiten Kammer größer als die PVDA. Aber der „linke Block“ erzielt dieses Mal insgesamt nur 23,9 Prozent (2012 waren es noch 36,7 Prozent gewesen), während die konservative Seite (VVD, CDA, PVV, SGP und die neue Partei *Forum voor Democratie*) mehr als die Hälfte der Stimmen erhält (50,7 Prozent). Schon vor den Wahlen hat Roemer angegeben, dass seine Partei unter dem Vertrauensverlust der Wähler gegenüber linken Inhalten leidet. Dadurch, dass sie 2012 mit der VVD regiert hat, hat die PVDA Roemer zufolge nicht nur sich selbst verraten, sondern auch dem Vertrauen in die politische Linke geschadet. Die PVDA hat „den Eindruck erweckt, dass man mit einer linken Geschichte offensichtlich nicht regieren kann.“ Die Regierungszusammenarbeit der Sozialdemokraten mit der VVD sieht er sehr kritisch: „Wähler verstehen sehr gut, dass Politiker Zugeständnisse machen müssen, um zu regieren, aber nicht, dass sie plötzlich eine 180-Gradwendung machen.“⁸² Dass die SP es nicht geschafft hat, sich 2017 bei den linken Wählern selbst als Alternative zu präsentieren, verlangt nach einer gründlichen Neubesinnung.

Der lange Marsch

Fünfundzwanzig Jahre nach ihrer Gründung hat sich die SP in mehrfacher Hinsicht völlig verändert. Die einstigen Gründer haben Platz gemacht für

eine neue Generation Parteimitglieder. Die linke Splitterpartei aus den Sechziger- und Siebzigerjahren hat sich zu einer stabilen, mittelgroßen Volkspartei mit einem Rückhalt von rund einer Million Wählern entwickelt. Nachdem die Partei erst gut zwei Jahrzehnte außerhalb des Parlaments zugebracht hat, ist sie nun zusammen mit *GroenLinks* die größte linke Partei in der Zweiten Kammer und die größte linke Partei in der Ersten Kammer – aber das linke Parteienspektrum in seiner Gesamtheit ist dadurch nicht größer geworden. Die SP ist im Jahr 2017 in sechs von zwölf Provinzen und in etwa der Hälfte der sechzig größten Gemeinden an der Regierung beteiligt und stellt Beigeordnete in vier der sechs größten Städte des Landes, darunter in der Hauptstadt Amsterdam. Eine Regierungsbeteiligung auf nationalem Niveau ist aber noch nicht zustande gekommen. Alles in allem hat der lange Marsch der SP die Partei entlang vieler neuer Wege hin zu neuen Herausforderungen gebracht, mit schönen Siegen und heftigen Niederlagen.

Gleichzeitig ist auch viel geblieben. Das Parteiprogramm *Heel de mens* stammt aus dem Jahr 1999 und ist noch immer die Richtschnur für das politische Denken und Handeln der gesamten Partei. Und die Kernbegriffe aus dem Programm – menschliche Würde, Gleichheit und Solidarität – datieren vom Beginn der Neunzigerjahre, als sie zum ersten Mal in der *Charta 2000, een maatschappij voor mensen* erschienen. Beide Programme, *Charta 2000* und *Heel de mens*, markieren auch die ideologische Wende der Partei, die einst als marxistisch-leninistisch-maoistische Rahmenorganisation begann, aber seit den Neunzigerjahren als sozialdemokratische Volkspartei positioniert wird⁸³, die „Sozialismus“ als Bewegung hin zu mehr menschlicher Würde, Gleichheit und Solidarität umschreibt und ihr politisches Handeln damit verbinden möchte.⁸⁴ Die Arbeitsmethoden zeigen allerdings ein großes Maß an Kontinuität. Worten Taten folgen zu lassen – anfänglich umschrieben als „Massenlinie“ – ist noch immer kennzeichnend für die Arbeitsweise in der Partei. Verglichen mit anderen linken Parteien geht die SP noch immer viel öfter durch die Wohnviertel, um direkten Kontakt mit der Bevölkerung zu haben. Ortsvereine, die an lokalen Wahlen teilnehmen möchten, werden hinsichtlich dieses Aspekts noch immer gründlich überprüft. Auch die Auffassung, dass gewählte Volksvertreter sich eng an die traditionellen Parteiregeln halten müssen, ist geblieben. Das bedeutet, dass Ratsmitglieder, Mitglieder der Provinzialstände und Parlamentsmitglieder der SP noch immer bei den von der Partei organisierten Aktionen erwartet werden und dass auch ein Teil ihrer politischen Vergütung zur Mitfinanzierung aller Aktivitäten der SP an die Parteikasse abgegeben wird.

Auf diese Weise versucht die Partei, den Abstand, den es immer zwischen normalen Mitgliedern, der Führungsebene und Volksvertretern gibt, so gering wie möglich zu halten, da dieser auf Kosten der gesamten Schlagkraft der Organisation gehen würde. Nach Ronald van Raak, Mitglied des Zweiten Kammer und Historiker, ist nach 45 Jahren

in der SP (...) noch immer etwas von der Tradition der ersten Sozialisten zu erkennen. Das kann man an den praktischen Angelegenheiten, wie die Abgaberegung, die von Domela Nieuwenhuis ins Leben gerufen wurde, erkennen. Und dann zeigen prinzipielle Dinge, wie die ‚Massenlinie‘: die Auffassung, dass man Politik nicht für die Menschen, sondern mit den Menschen betreiben muss. Und das wird hoffentlich aus der Art und Weise des Auftretens deutlich – dass man nicht nur den Kopf, sondern auch das Herz der Menschen gewinnen muss. Unser Sozialismus ist einzigartig, sowohl in den Niederlanden als auch im Rest von Europa. Aber er steht auch in einer langen politischen Tradition.⁸⁵

Aus dem Niederländischen übersetzt von Kathrin Lange

10. Das „Geheimnis“ der niederländischen Liberalen

Wie die vvd sich zu einem zentralen Machtfaktor entwickelt hat

Patrick van Schie

So manche Abhandlung über den Liberalismus beginnt mit dem politischen Philosophen John Locke aus dem 17. Jahrhundert. Das ist nicht ganz unlogisch, denn Locke war einer der ersten großen Denker, die allorts als liberal betrachtet werden. Außerdem bot er in seinem wichtigsten Werk – *Two treatises of government* – der britischen *Glorious Revolution* von 1688/89 eine theoretische Rechtfertigung. Die Verteidiger dieser liberalen Revolution in Großbritannien, die *Whigs*, sind direkte Vorläufer der liberalen Partei in diesem Land. Sowohl in Lockes Werk als auch bei der *Glorious Revolution* schwingt ein niederländischer Unterton mit. Locke schrieb und publizierte sein Werk in der Niederländischen Republik, wo er sich als politischer Flüchtling aufhielt und wo damals bereits ein relativ großes Maß an Presse- und Druckfreiheit herrschte. Und in der *Glorious Revolution* luden die aufständischen Briten einen Niederländer dazu ein, auf dem britischen Thron Platz zu nehmen. Dies war der Statthalter Willem III., der mächtigste Mann in der Republik, der mit der protestantischen Tochter des von den Briten verjagten katholischen Königs Charles II. verheiratet war.

Dennoch sollte man eine Geschichte über den niederländischen Liberalismus nicht mit Locke und der *Glorious Revolution* beginnen. Gut ein Jahrhundert zuvor hatten sich die Niederländer immerhin in ihrem Aufstand gegen Spanien mit einer ähnlichen Begründung, wie Locke sie verwenden sollte, von ihrem Fürsten Philipp II. verabschiedet. 1581 schrieben die zu diesem Zeitpunkt bereits seit 13 Jahren gegen Philipp II. kämpfenden Niederländer in dem *Placcaet van Verlatinghe*, dass sie dem in Spanien residierenden König nicht mehr gehorchen wollten, jetzt da er die Niederländer unterdrückte und viele Landesgenossen aufgrund ihres Glaubens verfolgte. Diese Lossagung beruhte noch nicht, so wie bei Locke, auf einer theoretischen Konstruktion eines Vertrags zwischen individuellen Bürgern als Grundlage für die Staatsmacht. Dennoch äußerte sich hierin der Gedanke, dass die Macht des Fürsten nicht bedingungslos

und unbegrenzt galt. Ein Fürst musste die Freiheiten seiner Untertanen respektieren; wenn er sich hingegen an den Freiheiten vergriff, verlor er seinen Herrschaftsanspruch.

Die niederländischen Aufständischen im 16. Jahrhundert waren sicherlich keine Liberalen, auch nicht *avant la lettre*. Doch sowohl die Grundlage der Niederländischen Republik, die aus dem Aufstand heraus entstand, als auch ihre Struktur besaßen einige – zunächst noch bescheidene – protoliberalen Elemente. Es gab eine gewisse Gewaltenteilung, die nicht zielgerichtet gesucht worden war, sondern entstand, weil in einem Land ohne Fürsten – in dieser Zeit einzigartig – und in der Konföderation, die die Republik tatsächlich war, nicht eine einzige Person oder Instanz in der Lage war, alle Macht an sich zu ziehen. Es herrschte eine gewisse Glaubensfreiheit: Formal betrachtet durfte nur die orthodoxeste Variante des Calvinismus praktiziert werden und Katholiken, Mennoniten, Lutheraner, Juden und sogar die relativ gemäßigt-calvinistischen Remonstranten kamen nicht für ein öffentliches Amt in Betracht. Viele pragmatische Führungspersonen kniffen jedoch schon einmal ein Auge zu, wenn derartige religiöse „Minderheiten“ ihren Glauben in verborgenen Kirchen praktizierten („Duldungspolitik“). Schriften, die im Rest Europas oft wegen ihres vermeintlich aufrührerischen Charakters verboten wurden, wurden in der Niederländischen Republik gedruckt. Als Nation von seefahrenden Kaufleuten war die Republik schließlich auch ein Befürworter eines offeneren Handels (international-rechtlich ausgearbeitet von Hugo de Groot in *Mare Liberum*) – auch wenn die eigenen Handelsmonopole bewacht und wenn nötig sogar mit militärischer Gewalt verteidigt wurden.¹

Nach zwei Jahrhunderten der Selbstständigkeit entstand in den achtziger Jahren des 18. Jahrhunderts eine Bewegung gegen die inzwischen morschen staatlichen Einrichtungen und Praktiken, insbesondere gegen die Macht des Hauses Oranien. Die Sprösslinge aus diesem Haus vertraten ihre Machtposition nicht als Fürsten, denn das waren sie nicht, sondern dadurch, dass sie erbrechtlich einen Anspruch auf das höchste Amt in der Republik geltend machen konnten: das des Statthalters (ein militärischer Oberbefehlshaber, der darüber hinaus eine Reihe an Verwaltungsaufgaben erfüllte). Die Widerstandsbewegung der sogenannten „Patrioten“ kam etwa 1780 auf, lange vor der Französischen Revolution; sie ließ sich unter anderem von dem Gedankengut der Aufklärung inspirieren, von der sich in den Niederlanden eine radikale Variante gezeigt hatte.² 1787 wurden die Patrioten von den Anhängern des Hauses Oranien besiegt und viele von ihnen flohen nach Paris. Anfang 1795 kehrten sie im Kielwasser der französischen (revolutionären) Truppen zurück.³

Die radikalsten Patrioten verschafften den Niederlanden 1798 ihre erste Verfassung als Einheitsstaat: die *Staatsregeling*. Hierin wurden einige sehr liberale Grundsätze verankert, so wie der Gedanke, dass die „*oppermagt*“ (politische Verfügungsgewalt) bei den „*gezamenlyke leden der maatschappy*“ („allen Mitgliedern der Gesellschaft“) liegt, Gleichberechtigung aller religiös Gesinnten im Land besteht und eine strikte Gewaltenteilung herrscht.⁴ Diese *Staatsregeling*, die in einem Referendum von einer sehr großen Mehrheit der erwachsenen, niederländischen, männlichen Bürger (mit der Nebenbemerkung, dass Anhänger des Hauses Oranien und andere „Konservative“ von der Teilnahme ausgeschlossen waren) akzeptiert worden war, fiel bald durch die Kombination aus Regierungspragmatismus und zunehmendem französischen Einfluss unter den Tisch. Als Monument liberalen Gedankenguts in der Patriotenbewegung – einer viel zu bunten Gesellschaft übrigens, um sie ohne Weiteres als präliberal betrachten zu können – darf sie jedoch angesehen werden.⁵

Späte Blüte

Unter derart günstigen Bedingungen und angesichts so vieler – wenn auch keineswegs eindeutiger – Äußerungen eines Gedankenguts, das als liberal zu qualifizieren ist, könnte man eine der folgenden Entwicklungen erwarten: Entweder eine, bei der die Entstehung einer separaten liberalen politischen Bewegung überflüssig wäre, weil das Land und die größten politischen Parteien bereits vom Liberalismus durchtränkt sind (in gewissem Maße gilt dies für die USA), oder eine Entwicklung, in deren Verlauf gerade vor diesen Hintergründen eine der ersten liberalen Parteien der Welt entstehen würde (gewissermaßen so wie die *Whigs* in Großbritannien). In den Niederlanden kam sehr wohl eine eigene liberale politische Bewegung auf, dies aber ziemlich spät. Der Grund hierfür lag sicher nicht darin, dass für sie zuvor kein Bedarf bestanden hätte, zumindest an liberalen Grundsätzen gemessen. Das Königreich der Vereinigten Niederlande, das nach der definitiven Niederlage Napoleons bei Waterloo 1815 entstand – und das neben den heutigen Niederlanden auch Belgien umschloss – war zwar etwas Neues, aber in vielerlei Hinsicht auch ein Produkt der Restauration. Zwar war es keine Autokratie nach russischem oder Habsburger Vorbild, aber König Willem I. (ein Sohn des letzten Statthalters, Willem V.) regierte größtenteils nach eigenem Ermessen, bürgerliche Freiheiten wurden (insofern sie denn bereits gesetzlich bestanden) keineswegs immer respektiert.⁶

In Spanien war 1809 die erste parteipolitische Gruppierung entstanden, die sich als liberal bezeichnete: die *liberales*. In anderen südlich der Niederlande liegenden europäischen Ländern waren kurz darauf liberale Bewegungen gefolgt. In Deutschland hatten Liberale 1832 ein Manifest der Einheit und Macht, das Hambacher Fest, hervorgebracht. Doch in den Niederlanden kamen die ersten parteipolitischen Liberalen erst Jahre nach der Abspaltung Belgiens hervor, nämlich in der zweiten Hälfte der 1830er Jahre. Zuvor hatte es zwar liberalen Widerstand gegen König Willem I. gegeben, heftigen Widerstand sogar, doch dieser Liberalismus manifestierte sich merkwürdigerweise nur in der südlichen Landeshälfte, dem heutigen Belgien. Dieses auch zu den ursprünglichen Niederlanden gehörende Gebiet war in den mehr als zwei Jahrhunderten seit dem letzten Quartal des 16. Jahrhunderts erst von den spanischen und später den österreichischen Habsburgern regiert worden, und zeichnete sich darüber hinaus auch eher durch wenige protoliberalen Merkmale aus. Der Widerstand gegen Willem I richtete sich nicht nur gegen einen als „fremd“ – sprich nördlich und protestantisch – wahrgenommenen Fürsten, sondern hatte auch deutlich liberale Grundzüge. Er war durch die Zusammenarbeit von Liberalen und Katholiken erfolgreich, wodurch nach fünfzehn Jahren der schwierigen (Wieder-) Vereinigung der Süden wieder ein unabhängiger Staat wurde: Belgien. Dieses Land erhielt 1831 eine liberale Verfassung – mit bürgerlichen Freiheiten, ministerieller Verantwortung und Haushalten, die jährlich vom Parlament abgesegnet werden mussten – und es bildete sich 1846 eine nationale liberale Partei.⁷ Erst 18 beziehungsweise 39 Jahre später sollte in der nördlichen Hälfte des Vereinigten Königreichs, den heutigen Niederlanden, das Gleiche passieren.

Die liberale Verfassung von 1848

Ende 1844 legten neun niederländische Parlamentsmitglieder einen Antrag zu einer Verfassungsänderung im liberalen Sinne vor. Eine Mehrheit in der Zweiten Kammer wollte nicht einmal über den Antrag beraten. Dass gut drei Jahre später eine grundlegende liberale Verfassungsänderung umgesetzt werden sollte, war daher auch sehr überraschend. Der Grund lag darin, dass es nach Revolution „roch“. An den Niederlanden selbst sollten die europäischen Revolutionswirren von 1848 komplett vorbeigehen, doch König Willem II. befürchtete, dass auch sein Thron ohne Reformen ins Wanken geraten könnte. In einer Nacht war er vom Konservativen zum Liberalen geworden, wie es hieß, und er gab im März 1848 einer Kommission die

Aufgabe, einen Vorschlag für eine Verfassungsänderung auszuarbeiten. Diese war größtenteils das Werk eines Mannes, Johan Rudolph Thorbecke, der 1844 zu denjenigen gehört hatte, die eine liberale Verfassung angestrebt hatten.

Dass die Verfassungsänderung von 1848 umgesetzt wurde – anders als der deutsche Versuch, der ungefähr zeitgleich in Frankfurt am Main begann – ist drei Faktoren zu verdanken. Erstens war sie nicht das Produkt endloser Beratungen zwischen hunderten Abgeordneten, sondern das Werk einer Kommission bestehend aus fünf Personen und realistisch betrachtet das Werk nur eines Mannes: Thorbecke, der sich bereits seit Jahren mit dem Thema befasst hatte und dementsprechend in ein paar Wochen ein Ergebnis vorlegte. Zweitens gelang es dem fähigen liberalen Innenminister Dirk Donker Curtius – der sicher so liberal wie Thorbecke, aber viel weniger starrsinnig war – das Thema behände durch ein in der Mehrheit konservatives und folglich grundsätzlich unwilliges Parlament zu lotsen. Drittens setzte, wo nötig, der König – nicht aus Überzeugung, aber weil er noch immer mit der Möglichkeit einer Revolution rechnete und weil die vorgeschlagene Verfassungsänderung alles in allem gemäßiger war als er erwartet hatte – Parlamentsmitglieder unter Druck, um sie zur Zustimmung zu zwingen.⁸

Aus europäischer Perspektive war die niederländische Verfassung von 1848 ein durchschnittlich liberales Produkt. In mancherlei Hinsicht war diese Verfassung auch weniger radikal als die *Staatsregeling* von 1798. Thorbecke wollte zum Beispiel nichts von dem Konzept der Volkssouveränität wissen. Die Niederlande blieben eine konstitutionelle Monarchie: Der König war der Souverän und es oblag seinem Vorrecht, Minister einzuberufen. Doch fortan galt sehr wohl die ministerielle Verantwortung. Damit verschob sich die Macht *de facto* zu den Ministern, die nun immerhin für alles, was der König tat, Rechenschaft ablegen mussten. Nach einiger Zeit sollte sich herausstellen, dass sie nicht bereit waren, für allerlei Launen des Königs Verantwortung zu übernehmen. Der König konnte nur noch Handlungen vornehmen, für die die Minister die Verantwortung tragen wollten. Somit verschob sich die Macht faktisch in Richtung Parlament, die Instanz, gegenüber der die Minister Rechenschaft ablegen mussten, obwohl der König – Willem III., der Sohn des Fürsten, der die Verfassungsreform in Gang gesetzt hatte – erst 1868 akzeptierte, dass er keine Minister gegen den Wunsch der Zweiten Kammer im Amt halten konnte.

Die neue Verfassung brachte direkte Wahlen der Mitglieder der Zweiten Kammer (die wichtigere der zwei Kammern im niederländischen Parlament) mit sich. Bis dahin hatte es indirekte Wahlen gegeben, bei denen Bürger nur Mitglieder aus der Regentenklasse wählen konnten, die anschließend autonom über die Zusammensetzung der Zweiten Kammer entschieden.

Das System der direkten Wahlen verschob daher die Macht von der alten Regentenklasse hin zu den Bürgern – das heißt, zu den nicht mehr als ungefähr elf Prozent der erwachsenen Männer mit Wahlrecht. *Last but not least* wurden die bürgerlichen Freiheiten – klassische Grundrechte – um zum Beispiel das Briefgeheimnis und die Versammlungsfreiheit ergänzt.

Auf Basis des zuletzt genannten Rechts stellte die römisch-katholische Kirche 1853 erstmals seit Jahrhunderten wieder fünf Bischöfe für genauso viele neue Bistümer an; in den vorangegangenen fast drei Jahrhunderten calvinistischer Dominanz und Diskriminierung von Katholiken waren die Niederlande zu einem Missionsgebiet verkommen. Ein Sturm an protestantischer Empörung kam auf, für den Willem III. Sympathie zeigte. Der liberale Thorbecke, der seit 1849 ein Kabinett leitete, trat daraufhin zurück; der König ging immerhin mit seiner Unterstützung der protestantischen Protestbewegung geradewegs gegen die Kabinettspolitik vor. Diese Angelegenheit kostete Thorbecke sein erstes Kabinett, doch die bischöfliche Hierarchie wurde trotzdem – und konform der liberalen Verfassung – wiederhergestellt und außerdem sollten die Katholiken Thorbecke und seinen Liberalen eine Generation lang für die Wiederherstellung ihrer (kirchenorganisatorischen) Freiheit dankbar bleiben.

Liberale Allmacht in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts?

Der Grundsatz der Unabhängigkeit der Volksvertreter wurde Mitte des 19. Jahrhunderts noch so hochgehalten, dass ihre exakte politische Ausrichtung oftmals nicht bekannt war. Eine klare Einteilung der Parlamentarier nach politischer Strömung ist daher auch unmöglich. Die Anzahl echter Thorbecke-Anhänger belief sich auf ungefähr ein Drittel der Zweiten Kammer, aber dank der Unterstützung der liberal gesinnten Katholiken kam Thorbecke manchmal, aber manchmal eben auch nicht, auf eine Mehrheit in der Zweiten Kammer. Seine Gegner waren Konservative und Volksvertreter, die zwischen Liberalen und Konservativen einzuordnen waren und daher auch Konservativ-Liberale genannt wurden. Darunter befanden sich einige fähige Männer, die eigentlich liberal waren, oder jedenfalls die wichtigsten liberalen Grundsätze vertraten, die Thorbecke aber mit seinem schwierigen Charakter verprellt hatte. Thorbecke war nämlich ein Mann mit liberalen staatlichen Grundsätzen, aber in seinem persönlichen Umfeld duldete er keine Widerworte.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts beherrschten die Liberalen das Parlament, anfänglich vor allem, da sie eigentlich die einzigen mit

einem klaren Programm waren – selbst Thorbeckes Gegner dachten nach 1848 eigentlich nicht mehr ernsthaft über eine Rücknahme der Verfassungsänderung nach –, und später, weil sie die meiste Zeit eine absolute Mehrheit in der Zweiten Kammer stellen konnten. In der Periode zwischen 1848 und 1901 konnte die Hälfte der Zeit ein vollständig liberales Kabinett operieren. Wenn man die Jahre hinzuzählt, in denen liberale Minister in einem gemischten Kabinett auftraten, trugen die Liberalen ungefähr 70 Prozent der Zeit Regierungsverantwortung.

In der Periode 1862–1901 – als sich die politische Farbe der Parlamentarier allmählich klarer abzuzeichnen begann – sind es nur fünf Jahre gewesen, in denen die Liberalen keine absolute Mehrheit im Parlament besaßen.⁹ Dennoch gab es in den 34 Jahren, in denen dies sehr wohl der Fall gewesen war (was in den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts übrigens noch der Unterstützung der liberal gesinnten Katholiken zu verdanken war), nur 22 Jahre lang ein komplett liberales Kabinett. Diese „Lücke“ von zwölf Jahren lässt sich mit der unüberbrückbaren internen Uneinigkeit der Liberalen erklären. In so einer Situation konnte ein (überwiegend) konservatives Kabinett auftreten, auch wenn die Konservativen im Parlament eine schrumpfende Gruppierung darstellten.

Die Konservativen wurden ab Ende der sechziger Jahre von neuen Gegenkräften des Liberalismus verdrängt. Dies waren nicht die Sozialisten, diese zogen in den Niederlanden erst 1897 erstmals in die Zweite Kammer ein, mit drei (von 100) Sitzen. Zum Vergleich: In Deutschland erzielten die Sozialisten ein Jahr später 14 Prozent der Reichstagssitze. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts blieb die sozialistische Delegation in der niederländischen Zweiten Kammer mit sechs bis sieben Sitzen klein; erst 1913 gelang ein kleiner Durchbruch hin zu 15 Prozent der Sitze. Dies ist noch immer wenig im Vergleich zu den deutschen Sozialisten, die ein Jahr zuvor 28 Prozent der Sitze im Reichstag erobert hatten. Die großen Gegner der niederländischen Liberalen wurden nicht die Sozialisten, sondern die Konfessionellen. Einerseits wurden in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre die liberaleren Katholiken von ultramontanischen, orthodoxeren Katholiken verdrängt, die dem Liberalismus kritisch gegenüberstanden. Andererseits kam in diesen Jahren die *Anti-Revolutionaire Partij* (ARP) nach orthodox-calvinistischem Muster auf. Diese von einem Pfarrer, Abraham Kuyper, geführte Gruppierung wurde streng, fast militärisch, geführt und war von einem Hass gegen die liberale Mehrheit erfüllt. Kuyper gründete für seine Anhänger 1879 auch die erste nationale Partei der Niederlande.

Nun sah auch eine zunehmende Anzahl Liberaler ein, dass mehr Einheit in den eigenen Reihen wünschenswert war. 1885 entstand die *Liberale Unie*

(LU), ein übrigens noch ziemlich lockerer Verbund liberaler Wahlvereinigungen (die nach Wahlbezirken organisiert waren). Einerseits war diese neue Partei ein großer Erfolg: Innerhalb von acht Jahren waren vier Prozent aller Wahlberechtigten – und 15 Prozent der Wähler liberaler Kandidaten – über ihre Wahlvereinigung schon an die *Liberale Unie* angegliedert¹⁰ (zum Vergleich: Anfang 2017 vereinen alle niederländischen politischen Parteien zusammen 2,2 Prozent der Wahlberechtigten).¹¹ Andererseits erwies sich die Zerrissenheit der in dieser Union organisierten Liberalen auch außerhalb des Parlaments als groß, manchmal sogar unüberbrückbar. Infolgedessen zählten die Niederlande 1906 drei (mehr oder weniger) liberale Parteien (dazu im Folgenden mehr).

Bevor im Folgenden jedoch die Grenze ins 20. Jahrhundert überschritten wird, muss konstatiert werden, dass das 19. Jahrhundert höchst erfolgreich von den Liberalen beendet wurde. In der Periode 1891-1901 verfügten sie über eine absolute Mehrheit in der Zweiten Kammer und es gelang ihnen trotz Uneinigkeiten mit vollständig liberalen Kabinetten zu regieren. Sie brachten viele wichtige Gesetze auf den Weg, zum Beispiel eine Erweiterung des Wahlrechts (1896 erhielt die Hälfte der erwachsenen Männer das Wahlrecht mittels eines Gesetzes, das eine allmähliche weitere Ausweitung auf über 70 Prozent im Jahr 1917 ermöglichte), ein gerechteres Steuersystem, Kinderschutz, Lehrpflicht, die gesetzliche Möglichkeit abbruchreife Häuser zu sanieren anstatt diese durch größere und sauberere Häuser zu ersetzen und ein Gesetz zur Regelung der gesetzlichen Unfallversicherung. Nicht umsonst erhielt das letzte vollständig liberale Kabinett, das Kabinett Pierson/Goeman Borgesius, den Beinamen „Kabinett der sozialen Gerechtigkeit“.

Mehr Parteien, immer weniger Bedeutung

Die Parlamentswahlen von 1901 brachten ein „Musterbündnis“ aus orthodoxen (und in ihrem Herzen überzeugt antipapistischen) Calvinisten und ultramontanischen Katholiken an die Macht. Der Schlag für die Liberalen war so groß, dass die meisten nicht daran glaubten, jemals wieder die absolute Mehrheit zurückerobern zu können. Dies sollte auch tatsächlich nicht mehr geschehen, auch wenn die Liberalen in der Zeit bis zum Ersten Weltkrieg – schwankend zwischen 33 und 45 (von 100) Sitzen – eine Hauptströmung in der niederländischen Politik blieben. Wollten sie noch regieren – und das sollten sie bis 1918 noch insgesamt siebeneinhalb Jahre lang tun –, dann musste das mit einem Minderheitenkabinett geschehen, das im Parlament auf die Unterstützung der Sozialisten oder der am wenigsten überzeugten,

im konfessionellen Lager verankerten „christlich-historischen“ Parlamentsmitglieder (die wiederum von Kuypers' Antirevolutionären abgesplittert waren) angewiesen war.

Was es nicht einfacher machte, war, dass die Liberalen nun über drei Parteien verteilt waren. In der Mitte blieb die *Liberaale Unie* aktiv, die vor allem als Brücke fungieren wollte. Sie fand, dass die diversen Meinungsunterschiede keine Absplitterungen rechtfertigten, und als sich die Absplitterungen dann doch vollzogen hatten, setzte sie weiterhin all ihre Hoffnung in eine Wiedervereinigung. Liberale auf der rechten Seite der *Liberaale Unie* gründeten 1906 definitiv ein eigenes Parteienbündnis, den *Bond van Vrije Liberalen* (BVL, Bund der Freien Liberalen). Hierbei handelte es sich um die klassischste liberale Partei von Bedeutung, die die Niederlande je gesehen haben.¹² Auf der linken Seite hatten die sogenannten freisinnigen Demokraten 1901 eine eigene Partei gegründet. Die inhaltlichen Unterschiede zu den Unionsliberalen waren nicht immer ganz klar umrissen. Am schwersten wog der Punkt, dass die freisinnigen Demokraten so viel Wert auf einige Programmpunkte legten, dass sie lieber einen Beitrag zur Wahl eines Sozialisten in der Zweiten Kammer lieferten, der diese Punkte unterschrieb, als einem (freien) Liberalen zu helfen, der das nicht tat. Die Unionsliberalen meinten hingegen, dass Liberale einander niemals so sehr entgegenwirken dürften, dass ein Nicht- oder Antiliberaler mit der Beute (einem Kammersitz oder gar der Kammermehrheit) davonkam. Die freisinnigen Demokraten wollten sich tatsächlich nicht länger als liberal betrachten – es war kein Zufall, dass aus dem Namen ihrer Partei, *Vrijzinnig-Democratische Bond* (VDB, Freisinnig-Demokratischer Bund), das Wort liberal verschwand.¹³

Während des Ersten Weltkriegs, als es den Niederlanden gelang, neutral zu bleiben, wurde das Distriktsystem durch das Verhältniswahlrecht ohne Prozentklausel ersetzt und zudem wurde das allgemeine Männerwahlrecht eingeführt. Die Wahlen im Sommer 1918 warfen die Liberalen zurück von 39 auf 15 Prozent, wenn man den VDB mitrechnet (von 32 auf zehn Prozent ohne den VDB). Allzu leichtfertig behaupten einige Historiker, dass die Ausweitung des Wahlrechts eine derartige liberale Niederlage unvermeidbar gemacht hätte. Vor dem Ersten Weltkrieg hatten die Liberalen jedoch bewiesen, dass sie auch Wähler, denen es ganz gewiss nicht gut ging, für sich gewinnen konnten. Ebenso wichtig war sicherlich die Zersplitterung der politischen Landschaft (infolge des Fehlens einer Prozentklausel zog eine Reihe an neuen Kleinstparteien ins Parlament ein). Hinzu kam die Tatsache, dass das zuvor amtierende liberale Minderheitenkabinett sich durch den Krieg – an dem sich die Niederlande nicht beteiligten, von dem sie indirekt aber doch ziemlich getroffen wurden – dazu gezwungen sah, unpopuläre Maßnahmen

zu ergreifen, die zudem nur schwer mit dem liberalen Gedankengut zu vereinen waren. Dies führte dazu, dass der Staat in größerem Umfang und tiefer in die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse eingreifen musste, als es ein Liberaler normalerweise akzeptieren würde.¹⁴

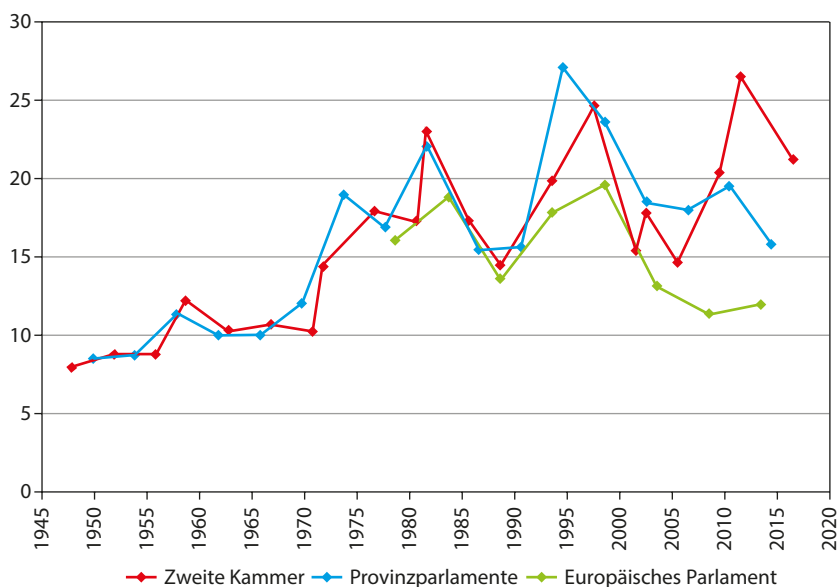
1922, nachdem inzwischen auch das allgemeine Frauenwahlrecht eingeführt worden war, erhielten die Liberalen einen weiteren Schlag. Es stellte sich heraus, dass einige Frauen, deren Männer liberal wählten, von dem Argument der Konfessionellen angesprochen wurden, dass der liberale Wunsch nach einer Trennung von Kirche und Staat zeige, dass die Liberalen gegen jeglichen Glauben waren.¹⁵ Die Konfessionellen eroberten 1922 gemeinsam eine deutliche Mehrheit im Parlament, die sie erst 1967 wieder verloren. Obwohl die Liberalen sich 1921 in einer Partei zusammengefounden hatten, dem *Vrijheidsbond* (Freiheitsbund, nach 1928 auch manchmal *Liberalen Staatspartij* (LSP) genannt), aus dem die freisinnigen Demokraten sich trotz Einladung zur Teilnahme bezeichnenderweise heraushielten, gerieten sie in der Zwischenkriegszeit ins Abseits. Die wiedervereinigte liberale Partei rutschte bei den Wahlen langsam ab und erreichte 1937 ihren absoluten Tiefpunkt mit nur noch vier Parlamentssitzen.

Gründung und Anfang der vvd

Nach der Befreiung von fünf Jahren deutscher Besatzung stellte sich 1945 ein parteipolitischer Erneuerungstrieb ein. Als sich die Staubwolken gelegt hatten, zeigte sich, dass sich in den meisten Fällen wenig verändert hatte. Die Liberalen gründeten 1948 eine neue Partei, die *Volkspartij voor Vrijheid en Democratie* (vvd), die organisatorisch und von ihrer Anhängerschaft her in hohem Maße eine Fortsetzung der vereinten liberalen Partei aus der Zwischenkriegszeit war, ergänzt allerdings um eine kleine Gruppe freisinniger Demokraten. Deren Partei, der vdb, war im Zuge der Erneuerungswelle nach dem Krieg mit den Sozialdemokraten und einigen anderen kleineren Gruppierungen fusioniert. Die neue *Partij van de Arbeid* (pvda) wurde als „Durchbruch“ der politischen Verhältnisse von vor dem Krieg präsentiert, hörte und fühlte sich jedoch für viele freisinnige Demokraten wie die alte Sozialdemokratie an. Einige freisinnige Demokraten hatten ihrer Partei bereits nicht in diesen Fusionsprozess folgen können, andere traten dann schnell wieder aus der pvda aus. Die Gruppe freisinniger Demokraten, die auf diese Art und Weise in der liberalen vvd landete, war zwar klein, doch einflussreich, denn unter ihnen befand sich Pieter Oud, der erste vvd-Chef.

Auffällig war zunächst einmal, dass in dem Namen der neuen Partei das Wort „liberal“ fehlte, genau wie es beim VDB der Fall gewesen war. Das Wort „*Vrijheid*“ bezog sich natürlich schon auf den allerwichtigsten Grundsatz eines Liberalen. Das Wort „*Democratie*“ im Parteinamen sorgte unter den Mitgliedern für Stirnrunzeln, nicht etwa weil die vvd Antidemokraten unter ihnen hatte, sondern weil Freiheit und Demokratie miteinander in Konflikt geraten konnten und in diesem Falle bestand für einen Liberalen kein Zweifel, dass das liberale Herz sich vor allem nach Freiheit sehnte. Demokratie wurde von vielen auch weniger als Grundsatz betrachtet denn als praktische Umsetzung eines Staatsaufbaus. Das Wort „*Volkspartij*“ schließlich hatte keine eindeutige Bedeutung. Man konnte darin das alte liberale Motto lesen, demzufolge eine liberale Partei niemals Teilinteressen verfolgen, sondern ausschließlich den allgemeinen Interessen der gesamten niederländischen Bevölkerung dienen sollte. Doch der Begriff konnte auch als Zeichen aufgefasst werden, dass die neue vvd alles andere als eine elitäre Partei sein wollte.¹⁶

Oud drückte dem ersten Grundsatzprogramm der vvd sehr deutlich seinen eigenen Stempel auf. Vielleicht erklärt dies die Tatsache, dass der liberale Gehalt einem nicht gerade auf jeder Seite entgegenspringt, auch wenn die liberale Partei in den dreißiger Jahren diesbezüglich bereits ziemlich verblasst war. Insbesondere wenn man heutzutage das Programm liest, demzufolge die Familie den Kern der Gesellschaft bildet, die Freiheit auf „christlichen Prinzipien“ basiert und die Partei sich sowohl gegen die sozialistische als auch gegen „individualistische“ Wirtschaft widersetzt, könnte man auf die Idee kommen, dass die Partei ein Spross am konfessionellen Stamm war.¹⁷ Solche Passagen verrieten zum Teil den freisinnig-demokratischen (also nicht-liberalen) Hintergrund des Autors, Oud, und zum Teil einen Versuch, die vvd für die noch immer dominierende konfessionelle Wählerschaft attraktiv zu machen. Zudem wurde die Kombination des Begriffs „liberal“ mit „Wirtschaft“ vermieden, da manch einer die Wirtschaftskrise der dreißiger Jahre, mit hoher Arbeitslosigkeit und Armut sowie mit dem Versagen der freien Marktwirtschaft assoziierte. Ob dies gerechtfertigt war oder nicht – im Ergebnis führte diese Assoziation dazu, dass allzu liberale wirtschaftliche Grundsätze doch lieber vermieden oder versteckt wurden. Im Laufe der fünfziger Jahre, als die zunehmende staatliche Einmischung der konfessionell-roten Kabinette (Zusammenarbeit von Konfessionellen und Sozialdemokraten) von größeren Teilen der Bevölkerung als beengend erfahren wurde, ließ die vvd lautere wirtschaftsliberale Töne hören. Bald wurde auch der Begriff „liberal“ voller Stolz verbreitet.

Abbildung 10.1: Wahlergebnisse der vvd 1948-2017 (in Prozent)

Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage der Angaben auf der Internetseite www.verkiezingsuitslagen.nl

Bis einschließlich 1971 blieb die vvd eine relativ kleine Partei. Sie begann mit acht Prozent der Stimmen und wuchs langsam auf ungefähr 10 Prozent, abgesehen von einem Ausreißer 1959, als Oud bei seinen letzten Wahlen als Spitzenkandidat nach einer harten antisozialistischen Kampagne auf 12,2 Prozent kam. Der Großteil der Wähler war noch fest in der Versäulung verankert, sodass große Verschiebungen bei den Parlamentswahlen trotz des offenen Charakters des Wahlsystems ausblieben. Die drei größeren konfessionellen Parteien erzielten zusammen, wie bereits erwähnt, immer etwas mehr als die Hälfte der Stimmen. Auf die linken Parteien entfielen immer mindestens 35 Prozent der Stimmen. Solange die Verhältnisse so blieben, gab es für eine liberale Partei wenig Wachstumspotenzial.

Vergleicht man die Position der vvd bis einschließlich 1971 mit der der FDP in Deutschland, dann deutet nichts auf eine stärkere Kraft des niederländischen Liberalismus hin. Bei Wahlen bewegten sich beide Parteien in ähnlichen, niedrigen Bereichen.¹⁸ Zur Ausübung von Macht waren beide von den Christdemokraten abhängig. Wenn diese aus welchen Gründen auch immer die Liberalen brauchten, konnten die vvd und FDP hinzukommen. Doch genauso leicht konnten die Christdemokraten in den Niederlanden

und Deutschland ihre liberalen Partner wieder beiseiteschieben. Erst in den siebziger Jahren veränderte sich das drastisch, zumindest für die niederländischen Liberalen aus der vvd.

Die vvd als große liberale Volkspartei

Die FDP erreichte 2009 mit 14,6 Prozent der Stimmen ihr *all time high*. Die vvd in den Niederlanden erzielte diesen Prozentsatz 1972 und wuchs danach noch weiter. Nur zweimal sollte die vvd danach noch einen Stimmenanteil von unter 15 Prozent erreichen (1989 und 2006). Das beste Ergebnis der Partei liegt bei circa 25 Prozent. Dieses wurde dreimal erreicht: 23,1 Prozent 1982; 24,7 Prozent 1998; und 26,6 Prozent 2012. Man sieht also nicht nur viel höhere Spitzenwerte bei den niederländischen Liberalen, verglichen mit den deutschen, sondern auch, dass der Höhepunkt der vvd nach jeder Wachstumsperiode wieder ein Stückchen höher lag. In den vierzig Jahren zwischen 1972 und 2013 bewegte sich die FDP auf einer Bandbreite zwischen 4,5 und 14,5 Prozent (abgerundet auf halbe Prozente); die vvd auf einer Bandbreite zwischen 14,5 und 26,5 Prozent.

Man kann den Machtunterschied auch anders zeigen, nämlich anhand der durchschnittlichen Ergebnisse beider Parteien in den genannten Perioden. Dann sieht man, dass FDP und vvd bis 1972 einen vergleichbar großen Teil der Wähler in ihrem Land an sich banden: die FDP durchschnittlich 9,5 Prozent und die vvd durchschnittlich 9,9 Prozent. Doch während der Durchschnittswert der FDP bei den Parlamentswahlen seit 1972 leicht auf 8,7 Prozent sinkt, stieg dieser Wert der vvd auf 19,0 Prozent. Waren beide Parteien also wahltechnisch betrachtet bis 1972 ungefähr gleich stark, erreichen die niederländischen Liberalen seither durchschnittlich mehr als doppelt so hohe Werte. Und während die FDP 2013 sogar aus dem Bundestag verschwand, weil sie keine fünf Prozent erreichte, ging die vvd aus den drei Wahlen seit 2010 jeweils als stärkste Partei hervor.

Bei der Wahl 1982 war Ed Nijpels der Spitzenkandidat der vvd. In diesem Jahr erreichte die Partei den Höhepunkt des Wachstums aus der vorangegangenen Periode unter seinem Vorgänger Hans Wiegel, der kurz zuvor aufgrund persönlicher Umstände aus der nationalen Politik ausgeschieden war.¹⁹ Die drei großen Wachstumsperioden der vvd hängen sowieso eng mit den Namen dreier ihrer politischen Führer zusammen: Wiegel in der Periode 1971-1982, Frits Bolkestein in den neunziger Jahren und Mark Rutte bei den jüngsten drei Wahlen. Alle drei Perioden werden im Folgenden genauer betrachtet werden. Dabei wird sich zeigen, dass der Erfolg nicht nur

mit der Anwesenheit eines charismatischen Spitzenkandidaten zu tun hat, sondern dass es darüber hinaus auch inhaltliche Erklärungen für sie gibt.

Ein wichtiger Hintergrund besteht zudem darin, dass niederländische Wähler seit den sechziger Jahren immer wechselbereiter geworden sind. Bis Mitte dieses Jahrzehnts wählte der Großteil der Wähler treu „seine“ Partei, heutzutage kommt maximal noch ein Viertel aller Parlamentssitze von Wählern, die angeben, dass sie, komme, was wolle, „ihre“ Partei wählen. Von verknöcherten politischen Verhältnissen haben sich die Niederlande zu einer – im Politikjargon – extremen Volatilität entwickelt. Das bedeutet übrigens nicht, dass Wähler – von Ausnahmen abgesehen – einfach irgendwas wählen: Eine große Mehrheit bewegt sich entweder auf der rechten oder der linken Seite des politischen Spektrums, die Trennlinie zwischen Links und Rechts wird somit nicht so schnell übertreten. So gibt es etwas Grenzverkehr zwischen der vvd und dem *Christen-Democratisch Appèl* (CDA) auf der einen und der pragmatisch ausgerichteten *Democraten66* (D66) auf der anderen Seite. Das Gleiche gilt für die „rechte“ *Partij voor de Vrijheid* (PVV) von Geert Wilders und die linke *Socialistische Partij* (sp). Neulinge, wie die *Lijst Pim Fortuyn* (LPF) von Pim Fortuyn 2002 und in den letzten Jahren 50PLUS (siehe den Beitrag von Koen Vossen), können sich manchmal aus diesem Rechts-Links-Muster lösen. Um die Position der vvd zu verstehen, ist es wichtig, zu begreifen, dass sie bei Wahlen vor allem mit anderen rechten (oder zumindest: nicht-linken) Parteien konkurriert: Das sind seit jeher die Christdemokraten mit ihren Vorläufern; im letzten Jahrzehnt außerdem die pvv von Wilders sowie 2017 in gewissem Maße der Neuling *Forum voor Democratie* (FVD).

Die Wiegel-Periode: die vvd als Antikraft gegen die Sozialdemokratie

Das niederländische politische Klima wurde in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre, genau wie in anderen europäischen Ländern, radikaler – ein Trend, der bis in die achtziger Jahre anhalten sollte. Dies äußerte sich nicht nur im Aufkommen einer Reihe extrem-linker Parteien, sondern auch in einer Radikalisierung der großen sozialdemokratischen Partei, der PVDA. Die Sozialdemokraten waren bewusst darauf aus, die Konfessionellen, die unter Säkularisierung und dem Ende der Versäulung litten, durch ihre Polarisierungsstrategie zu zerstören. An der Spitze von zwei der drei konfessionellen Parteien, der *Katholieke Volkspartij* (kvp) und der reformierten *Anti-Revolutionaire Partij* (arp), gab es noch einige Politiker,

die ihre Parteien aufgrund eigener Sympathien und in einem Versuch, die linke Gesellschaftskritik zu parieren, nach links zogen.

Bei vielen Wählern der konfessionellen Parteien sorgte der Kurs ihrer Spitze für böses Blut. Währenddessen trat die vvd 1971 mit einem sehr jungen neuen Anführer an: Hans Wiegel, zu diesem Zeitpunkt 29 Jahre alt. Er beantwortete die Polarisierungsstrategie der Linken mit einer liberalen Gegenpolarisierung. Er war jedoch so klug, seine Pfeile nicht auf die konfessionellen Parteien zu richten, sondern auf die pvda und ihre Mitläufer unter den Politikern aus dem konfessionellen Lager. Letztere ließen sich benutzen, um die Schienen für den sozialistischen Zug zu reinigen, wie Wiegel es ausdrückte.²⁰ Die Konfessionellen sahen ihren Wähleranteil in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre von mehr als fünfzig Prozent auf etwas weniger als ein Drittel sinken. Es waren nicht die linken Parteien, die davon am meisten profitierten, sondern einige neue Splitterparteien und vor allem die vvd. Der Wähleranteil der Liberalen wuchs von etwas mehr als 10 Prozent 1971 auf 18 Prozent 1977 und schließlich 23 Prozent 1982.

Das Wachstum der vvd begann bereits kurz nach dem Antritt Wiegels. 1972 mussten nämlich infolge einer Kabinettskrise vorgezogene Wahlen organisiert werden; bei diesen brachte Wiegel seine Partei direkt von 10 auf 14 Prozent in der Zweiten Kammer. Dies bedeutete einen Zugewinn von sechs Sitzen. Anschließend trat das Kabinett den Uyl an, ein größtenteils linkes Kabinett mit dem pvda-Chef als Premier und ein paar nach links neigenden konfessionellen Ministern. Dieses Kabinett war stolz darauf, das progressivste Kabinett der niederländischen Geschichte zu sein. Bei linken Wählern wurde es sehr populär – den Uyl verleibte sich als pvda-Chef 1977 die Stimmen der kleinen linken Parteien ein – doch dieses „rote Kabinett mit weißem Rand“ erweckte einen starken Widerstand bei den nicht-linken Wählern, die eine Mehrheit der Bevölkerung ausmachten. In Meinungsumfragen erzielte die vvd von Wiegel 1976 einige Male sogar erstmals 25 Prozent.²¹ Bei den Wahlen von 1977 wurden es nur 18 Prozent, im Vergleich zu den vorherigen Wahlen immerhin ein Zugewinn von vier Prozentpunkten. Außerdem strömten erstmals – und letztmals – massenhaft Mitglieder in die vvd: Die Partei wuchs durch Wiegels Anti-den Uyl-Kurs von rund 41.000 Mitgliedern 1972 auf mehr als 100.000 im Jahr 1978.

Das Wachstum der vvd war vor allem ehemals konfessionellen Wählern zu verdanken. Insbesondere der Durchbruch unter katholischen Wählern, die zuvor die kvp wählten, war spektakulär. Es war diese Gruppe, von der die pvda hoffte, sie mit ihrer Polarisierungsstrategie zu sich holen zu können. Dies misslang größtenteils. Die vvd hatte in den fünfziger Jahren kaum katholische Wähler angezogen – niederländische Katholiken wählten

damals noch zu ungefähr 85 Prozent ihre „eigene“ KVP und nur zu einem Prozent die VVD. 1982 punktete die VVD mit Nijpels, ihrem ersten Spitzenkandidaten katholischer Herkunft, fast genauso gut bei den Katholiken wie beim Rest der Bevölkerung. In geringerem Umfang war das Wachstum der VVD Arbeitern aus der PVDA zu verdanken, die der Meinung waren, ihre Partei sei zu links geworden. Diese Gruppe sollte größtenteils nicht direkt zur VVD wechseln, sondern über die „Brücke“ einer kleinen rechten Absplitterung der PVDA, der *Democratisch Socialisten '70* (DS'70). Diese Partei war aus dem Widerstand gegen die Radikalisierung der PVDA heraus entstanden. Als sie 1977 einbrach, suchte ein Teil ihrer Anhänger Zuflucht bei der VVD. Schließlich wurde die VVD erstmals auch überdurchschnittlich attraktiv für junge Wähler.²² Soziologisch betrachtet brach die VVD in den siebziger Jahren in der immer breiter zusammengesetzten Mittelklasse durch. Vor allem unter Beamten und sogar unter Arbeitern wurde die VVD als eine Partei populär, die gerne sah, dass das Individuum sich entfaltete. Was besonders attraktiv wirkte, war die Forderung der Partei, dass das Individuum, wenn es sich tatsächlich entfaltete, auch die Früchte seiner Anstrengungen ernten können sollte.

Diese liberale Botschaft widersprach der herrschenden, vor allem von der Linken gemachten Politik, den kollektiven Sektor sich ausdehnen zu lassen und zu dessen Finanzierung (die Gewinne aus der Erdgasförderung einzusetzen und) die Steuern zu erhöhen. Wiegel betonte, dass die Linke zwar sehr damit beschäftigt sei, das nationale Einkommen neu zu verteilen, jedoch keinen Blick dafür hatte, dass der Kuchen, der anders verteilt werden sollte, zunächst noch gebacken werden musste und dass sich das Backen dieses Kuchens für die Arbeitenden lohnen musste. Ihm zufolge musste dieser Prozess, in dem „Ersparnisse verprasst“ würden, beendet werden: Das Haushaltsbuch des Staats musste in Ordnung gebracht, und die kollektive Belastung gesenkt werden. Eine der Möglichkeiten zur Umsetzung war die Beendigung des Missbrauchs der sozialen Sicherheit. Es waren vor allem diese Schwierigkeiten, die die Sozialausgaben so stark hatten steigen lassen. Die Behauptung, dass nicht alle Unterstützungsempfänger ehrlich waren, erzeugte damals bei der Linken viel Empörung. Doch das Plädoyer der VVD, dass Missbrauch bekämpft werden müsse – nicht nur, weil er falsch war, sondern auch, um die Leistungen für Personen, die sie wirklich benötigten, erhalten zu können –, schlug bei den Bürgern an, die die Prämien aufbringen mussten und die in ihrem Umfeld oft Beispiele von Sozialhilfebetrug kannten.

Auch die internationale Sicherheitspolitik war, und das ist ungewöhnlich, ein Faktor für den Erfolg der VVD. Linke Parteien waren im Griff des

Anti-Amerikanismus und widersetzten sich ab Ende der siebziger Jahre gegen die Stationierung von Marschflugkörpern, die NATO-Antwort auf die SS 20-Raketen, die die Sowjetunion auf Westeuropa gerichtet hatte. Im CDA, in dem sich die drei konfessionellen Parteien 1980 vereinten, herrschte diesbezüglich Uneinigkeit. Für Wähler, die Wert auf eine enge atlantische Beziehung legten und die eine starke Verteidigung gegenüber der Sowjetunion wünschten, war die VVD die einzige große Partei, die dies garantierte. Alles in allem gelang es der VVD in diesen Jahren, einen Teil des niederländischen Äquivalents der *silent majority* anzusprechen – die Bürger zuhause, die ganz andere Auffassungen teilten als die lauten linken Demonstranten, die auch in den Medien ziemlich führend auftraten. Hans Wiegel vermochte es, die normalen Bürger mit seiner direkten Sprache zur VVD zu locken. Im Fernsehen sprach Wiegel über sie als „die Menschen im Lande“; dabei führte er neu ein, dass er die Fernsehzuschauer währenddessen direkt durch die Kamera ansah.

Die Bolkestein-Periode: das Brechen von Tabus

Nach dem Rückzug Wiegels 1982 ging es mit der VVD schnell abwärts. Die Ursache dafür waren vor allem schlechte persönliche Beziehungen an der Parteispitze, an der es nun keinen überall anerkannten erfolgreichen Anführer mehr gab, in Kombination mit einer relativen Unsichtbarkeit der VVD in der Regierungskoalition, die die Partei zwischen 1982 und 1989 mit dem damals noch größeren CDA bildete. In diesen Jahren wurde die Zusammenarbeit mit dem CDA manches Mal mit dem Geschlechtsverkehr einer Gottesanbeterin verglichen: Die VVD war dann das Männchen, das während der Paarung von dem christdemokratischen Weibchen aufgefressen wurde. Hinzu kam ein von Zeit zu Zeit ungeschicktes Auftreten der VVD-Fraktionsvorsitzenden in der Zweiten Kammer, nominal auch die Chefs der VVD, erst Ed Nijpels und danach Joris Voorhoeve. Letzterer kündigte in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre außerdem einen „sozialliberaleren“ Kurs an. Was dies bedeuten sollte, sagte Voorhoeve nicht, doch es erweckte den Eindruck, dass er die Partei stärker nach links orientieren wollte – weg von dort, wo die Wählerschaft der VVD sich befand. Voorhoeve erzielte 1989 nur noch 14,5 Prozent der Stimmen, in Meinungsumfragen sackte die VVD danach noch weiter ab.

1990 griff der Parteivorsitzende Leendert Ginjaar hart durch. Er zwang Voorhoeve zurückzutreten. Die Parlamentsfraktion der VVD wählte Frits Bolkestein zu ihrem neuen Vorsitzenden. Der neue Mann war eine

untypische Erscheinung in der vvd und eigentlich in der gesamten niederländischen Politik. Während Wiegel die von vvd'lern geschätzte Geselligkeit ausstrahlte und ein schlagfertiger Redner war, hielt Bolkestein nicht viel von Smalltalk und stand in direkten Debatten manchmal sprachlos da. Seine Stärke lag darin, wohldurchdachte Überlegungen anzustellen, wobei er diese manchmal in (für niederländische Verhältnisse) gewagte Stellungnahmen und provokante *one-liner* münden ließ. Auch wenn er es selbst immer abgestritten hat, war Bolkestein einer der seltenen Intellektuellen in der niederländischen Politik. In den ersten Jahren kam dies beim breiten Publikum noch nicht richtig an, doch langsam sahen die Wähler ein, dass dieser für sie etwas distanzierte „Herr“ den Mut besaß, Tabus in der niederländischen Politik zu brechen und sich außerdem als standfest erwies, wenn er anschließend von linker Seite kritisiert wurde.

Über zwei inhaltliche Themen, die Bolkestein anschnitt, entstand am meisten Aufregung. Das erste Thema war die Immigrations- und Integrationspolitik. Die Zahl der Ausländer in den Niederlanden, sowohl Arbeitsmigranten als auch Asylsuchende, war seit den siebziger Jahren stark angestiegen und nahm in den neunziger Jahren schnell weiter zu. Ein Teil integrierte sich nicht oder kaum in die niederländische Gesellschaft, was sich zum Beispiel in ihrer häufigen Inanspruchnahme von Sozialleistungen und ihrer überproportional hohen Kriminalitätsrate äußerte. Bis in die neunziger Jahre wurde jeglicher Versuch einer Debatte hierüber direkt erstickt: Wer die Problematik ansprach, wurde ganz schnell in die extrem-rechte Ecke gedrängt. Bolkestein erklärte nun, dass die Zulassungspolitik viel strenger werden müsse und dass die bis dahin geführte Politik einer „Integration mit Erhalt der eigenen Identität“ vollkommen missglückt war. Konkret schlug er zum Beispiel vor, dass eine Familienzusammenführung für Ausländer an strengere Bedingungen gekoppelt werden und nicht per se in den Niederlanden stattfinden sollte, dass Asylsuchende öfter in der eigenen Region aufgefangen werden müssten, und dass diejenigen, die zugelassen wurden, so schnell wie möglich die niederländische Sprache lernen sollten. Seine politischen Gegner warfen ihm vor, auf „Bauchgefühle“ einzugehen – Vorwürfe, die seine Popularität bei einem Teil der Wähler nur noch vergrößerten.

Das zweite Thema, das Bolkestein aufwarf und mit dem er ein Tabu brach, war die europäische Integration. Bis dahin bekannten sich alle großen Parteien in den Niederlanden zu dem Ideal, dass die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) schlussendlich in einer europäischen Föderation münden sollte. Bolkestein sagte, dass dieses Ideal nicht nur nicht erreichbar sei, sondern auch nicht wünschenswert. Die EWG, die

spätere Europäische Union, war eine Arbeitsgemeinschaft von souveränen Staaten. Manche Dinge mussten supranational angegangen werden, aber andere Dinge konnten besser den Mitgliedsstaaten überlassen werden. Innerhalb der Europäischen Union sollte ein Land wie die Niederlande auch keinem naiven Föderalismus hinterherjagen, sondern mehr für sein nationales Interesse eintreten und dazu Koalitionen mit gleichgesinnten Mitgliedsstaaten eingehen. Einer der ersten Momente, in denen die vvd diesen Standpunkt äußerte, war bei der Frage des finanziellen Beitrags der Niederlande zur Europäischen Union. Gerrit Zalm, der ab 1994 Finanzminister war, bestand darauf, dass die Niederlande nicht länger der relativ gesehen größte Nettozahler sein sollten. Der niederländische finanzielle Beitrag zur EU sollte gesenkt werden, sodass Abgaben und Einnahmen ins Gleichgewicht kamen. Auch Bolkesteins eher skeptische, oder realistische, Herangehensweise an die europäische Integration rief unter Politikern Widerstand hervor, sogar in der eigenen Partei. Doch dadurch, dass Bolkestein bei den Wahlen erfolgreich war, festigte er seine Position als unbeirrbarer Anführer der vvd.

Bei den Parlamentswahlen von 1994 wuchs der Stimmenanteil der Partei auf 20 Prozent an. Ein Jahr später erzielte sie bei den Wahlen zu den *Provinciale Staten*, und damit für die Erste Kammer (den „Senat“), sogar 27,2 Prozent, welches noch immer das beste Ergebnis ist, das die Partei jemals auf nationaler Ebene erzielt hat. Bei den Parlamentswahlen von 1998 wurden es 24,7 Prozent – weniger, aber doch ein deutliches Wachstum gegenüber vier Jahren zuvor. Der Zugewinn des Jahres 1994 wurde aus der Opposition heraus erzielt, anschließend trat die vvd in eine für sie riskante „violette“ Koalition mit der sozialdemokratischen PVDA und der links-pragmatischen D66 ein. Dadurch, dass Bolkestein jedoch nicht Mitglied des Kabinetts wurde, sondern als Fraktionsvorsitzender in der Zweiten Kammer dafür sorgte, dass eine klare eigene vvd-Stimme hörbar blieb, konnte die vvd ihren Wiedererkennungswert für ihre Wähler und ihre potenziellen Wähler erhalten.

Die vvd während der Fortuyn-Revolte

Anders als zu Wiegels Zeiten ging der Wahlerfolg von Bolkestein nicht mit einem Mitgliederzuwachs für die vvd einher. Ab 1982 war die Mitgliederzahl der vvd gesunken, ein Trend, der sich in den neunziger Jahren ununterbrochen fortsetzte. Dass dies nicht nur die vvd traf, sondern auch für andere gefestigte Parteien galt, war nur ein schwacher Trost. Nach der

Kabinettsbildung von 1998, die eine Fortsetzung der violetten Koalition aus PVDA, VVD und D66 mit sich brachte, kündigte Bolkestein seinen Rückzug aus der nationalen Politik an.²³ Sein Nachfolger Hans Dijkstal schien laut Umfragen zunächst die hohen Zustimmungswerte für die VVD halten zu können, diese sackten jedoch stark ab, als der Outsider Pim Fortuyn 2001/2002 die politische Bühne betrat. Dijkstal versäumte es, eine eigene VVD-Stimme ertönen zu lassen und sensible Themen anzuschneiden. Er glaubte, Wähler vor allem in der Mitte oder links davon finden zu können; dort also, wo sich die traditionelle Basis gerade nicht befindet. Auf diese Art und Weise schaffte Dijkstal rechts Raum für Fortuyn, der mit seiner Kritik an der niederländischen „Regentenklasse“ diese Lücke schnell schloss. Die Regenten aus den gefestigten Parteien wussten, wie sie sich die Bälle gut zuspielen können, so verkündete Fortuyn, doch sie hätten keinen blassen Schimmer von den Problemen, mit denen einfache Leute tagtäglich kämpfen mussten. Eines dieser Probleme, die Fortuyn unverblümt ansprach, war die Kriminalität unter marokkanischen Jugendlichen und die Diskriminierung von Frauen und Homosexuellen durch Muslime. Im größeren Zusammenhang behauptete er, dass einige Glaubenssätze aus dem Islam den Kernwerten der niederländischen Gesellschaft widersprächen. Nach dem Vorbild Bolkesteins verkündete er, dass die westlichen Werte überlegen seien und daher nicht eingeschränkt werden dürften.

Neun Tage vor den Parlamentswahlen wurde Fortuyn von einem linken Tierschutzaktivisten erschossen. Die Wahlen wurden ein bizarres Schauspiel: Ein Teil der Wählerschaft füllte den Stimmzettel geradezu wie ein Kondolenzregister für den ermordeten Spitzenkandidaten der LPF aus. Fortuyn hatte die vermeintlichen „violetten Trümmerhaufen“ kritisiert; die an der Regierung beteiligten Parteien PVDA, VVD und D66 – alle drei von schwachen Spitzenkandidaten angeführt – wurden abgestraft. Die VVD fiel zurück von 24,7 auf 15,4 Prozent, die Stimmenanteile der PVDA und D66 wurden beide halbiert. Ein Teil der Wähler dieser drei Parteien suchte Zuflucht bei der einzigen etablierten Partei, die in den vorherigen Jahren nicht im Kabinett vertreten gewesen war, dem CDA. Diese Partei hatte (so kam später heraus) außerdem einen Nichtangriffspakt mit der LPF von Fortuyn geschlossen, wodurch sie von Fortuyns Angriffen auf das Establishment verschont blieb.

Die VVD sollte das gesamte weitere Jahrzehnt kämpfen müssen, wiederum – genau wie in den achtziger Jahren – ohne klaren Anführer und im Schatten eines aus dem Nichts „wieder aufgekommenen“ CDA. Doch die VVD wurde auch erstmals mit einer ernsthaften Absplitterung konfrontiert, als 2004 gegen Ende des Sommers Reibereien zwischen dem

Fraktionsvorsitzenden Jozias van Aartsen und dem Fraktionsmitglied Geert Wilders zu einem Bruch führten. Formal gesehen war der Knackpunkt zwischen Wilders und der vvd die Frage, ob die Türkei jemals Mitglied der Europäischen Union werden dürfe. Wilders schloss dieses aus, van Aartsen wollte die Möglichkeit für die Zukunft offen halten. Der Anhang der Partei war sich hierüber uneinig, doch dieser Punkt war nicht so dringlich, dass die Partei dazu Stellung hätte beziehen müssen. Im Hintergrund kam Wilders einerseits die Unzufriedenheit über den linken Kurs des damaligen Führers Dijkstal zugute, und andererseits die von Fortuyn aufgezeigte Chance, ohne die gefestigten Parteien einen Wahlerfolg zu verzeichnen. Wilders machte als Einmannfraktion weiter und wurde von so manchem am Den Haager Binnenhof als chancenlos betrachtet. Er überraschte bei den Wahlen von 2006 jedoch, indem er fast sechs Prozent der Stimmen holte. Vier Jahre später erreichte er 15,5 Prozent, seine *Partij voor de Vrijheid* (pvv, Partei für die Freiheit) wurde damit die drittstärkste Partei im Land. 2017 nahm sie mit 13,1 Prozent (zwar ein Gewinn gegenüber 2012, aber ein schlechteres Ergebnis als 2010) sogar die Position der zweitstärksten Partei ein. Obwohl Wilders' Wurzeln in der vvd liegen, positionierte er seine Partei im Laufe der Jahre bei sozialen Themen immer weiter links. Diese Taktik kombiniert er mit einer ausgesprochen antiislamischen Agenda, mit der er seinen Gegnern zufolge so manches Mal die Grenzen des Rechtsstaats überschreitet.

Die Rutte-Periode: Die vvd wird die größte Partei der Niederlande

Van Aartsen trat 2006 als Fraktionsvorsitzender zurück. Anschließend wählten die Parteimitglieder erstmals in ihrer Geschichte einen neuen Anführer mittels einer Mitgliederabstimmung. Es entwickelte sich ein spannender Kampf zwischen Mark Rutte, ein leutseliger und zungenfertiger Staatssekretär für Bildung (und davor für Soziales), und Rita Verdonk, die als Ministerin für Immigration und Integration im rechten Lager aufgrund ihrer hart wirkenden Ausländerpolitik beliebt war. Für manch einen Außenstehenden handelte es auch um einen Konflikt bezüglich der Ausrichtung der Partei, doch mit Ideologie hatte der Kampf wenig zu tun. Rutte wurde knapp Sieger: 51 Prozent gegen 46 Prozent für Verdonk.²⁴

Damit waren die Schwierigkeiten gewiss noch nicht vorbei. Die vvd ging im Herbst 2006 mit einem Programm in die Parlamentswahlen, das stark sozialwirtschaftlich orientiert war. Die Themen Integration von Ausländern und Verbrechensbekämpfung erhielten hingegen relativ

wenig Aufmerksamkeit. Rutte war dafür zwar nicht verantwortlich, doch er versäumte es, in der Kampagne andere Akzente zu setzen.²⁵ Das schlechte Ergebnis – der Tiefpunkt seit 1972 mit einem Stimmenanteil von 14,5 Prozent – wurde von Rita Verdonk, die sich nie mit ihrer Niederlage im Mitgliederreferendum abgefunden hatte, aufgegriffen, um Ruttess Führungsposition anzufechten. Die Folge war, dass sie im September 2007 aus der VVD-Fraktion ausgeschlossen wurde, woraufhin sie auch die Partei verließ. Die VVD kränkelte jedoch unter Rutte noch einige Jahre weiter, im Frühling von 2009 stand sie in Meinungsumfragen sogar nur noch bei acht Prozent.

Dass die VVD im Jahr darauf bei den Parlamentswahlen erstmals seit ihrem Bestehen stärkste Partei wurde, mit übrigens nicht mehr als 20,5 Prozent der Stimmen, war zum Teil dem Glück zu verdanken und zum Teil der Rückbesinnung auf einen deutlichen, unverwechselbar liberalen Kurs. Das Glück bestand darin, dass der christdemokratische Premier Balkenende, der in den vorherigen drei Jahren in einer Koalition mit der PVDA und der *ChristenUnie* (CU) regiert hatte, an Glanz verlor und sich in seiner Partei kein Nachfolger abzeichnete. VVD-Chef Rutte war es gelungen, 2008 inhaltlich eine Überarbeitung der Grundsatzserklärung umzusetzen, wodurch die liberalen Grundsätze stärker in den Vordergrund rückten. Bereits Anfang 2008 hatte Rutte aus der Opposition heraus beständig vor herannahenden Wirtschaftsproblemen gewarnt. Er war damals ausgelacht worden, doch der Ausbruch der Finanzkrise im September jenes Jahres ließ ihn Recht behalten. Unter der Koalition aus CDA, PVDA und CU stiegen die Staatsausgaben dramatisch an. Die VVD koppelte in ihrem Programm eine Sanierung der Staatsfinanzen an eine stringente Immigrations- und Integrationspolitik und an eine strikte Herangehensweise an die Kriminalität.

Nach den Wahlen von 2010 trat eine Minderheitsregierung unter Premier Rutte, bestehend aus Liberalen und Christdemokraten und geduldet von Wilders' PVV, an. Rutte kündigte eine Politik an, nach der sich die Niederländer, die einen rechten Kurs wünschen, „sich ihre Finger lecken würden“. Das Kabinett fiel jedoch im April 2012, weil Wilders die zusätzlichen Sparmaßnahmen nicht akzeptieren wollte, die aufgrund der enttäuschenden wirtschaftlichen Entwicklung notwendig waren. Die linksorientierten Niederländer und viele im Ausland reagierten erleichtert, nun da das Kabinett, das auf der Duldung der PVV basierte, verschwand. Doch innerhalb der VVD gab es viele, die diese Erleichterung nicht teilten. Sie nahmen es Wilders übel, dass er trotz all seiner gegen links gerichteten Rhetorik in Wirklichkeit den linken Parteien, die nun immerhin wieder eine Chance auf Regierungsteilnahme erhielten, einen Gefallen tat.²⁶

Die liberale VVD und die sozialdemokratische PVDA wurden im September 2012 die großen Sieger der vorgezogenen Parlamentswahlen. Zahlreiche Medien, vor allem die ausländischen, haben es so dargestellt, als hätten die Wähler sich damit für die politische „Mitte“ und für eine weitere europäische Integration entschieden. Das war keineswegs die Intention der Wähler, als diese ihre Stimme abgaben. Die VVD stieg von 20,4 Prozent 2010 auf 26,5 Prozent, weil viele Wähler auf der rechten Seite vermeiden wollten, dass die PVDA die stärkste Partei werden würde und dann den Premier hätte stellen können. Auch die PVDA gewann deutlich hinzu (von 19,6 auf 24,7 Prozent), weil viele linke Wähler vermeiden wollten, dass der von ihnen so stark kritisierte konservative Rutte Premier bleiben kann.²⁷ Und vor allem für die VVD galt, dass sie in ihrer Kampagne deutlich gemacht hatte, dass die Politik des immer wieder Garantierens oder Bezahlens für schwache südliche Eurostaaten beendet werden müsse. Anstatt einer weitergehenden europäischen Integration versprach die VVD zu untersuchen, in welchen Bereichen den nationalen Mitgliedstaaten Befugnisse zurückgegeben werden könnten.

Die Bildung einer Koalition aus VVD und PVDA – die zusammen in der Zweiten Kammer eine Mehrheit hatten, aber bei weitem nicht in der Ersten Kammer – war keineswegs das Ergebnis eines Verlangens der Wähler nach einem Kabinett der „Mitte“. Die Wähler betrachten VVD und PVDA auch nicht als Parteien der Mitte. Beide Parteien nahmen also ein großes Risiko auf sich, indem sie miteinander koalierten. Schlussendlich war es vor allem die PVDA, die bei den Wahlen im März 2017 einen hohen Preis zahlte: Sie fiel zurück von 24,7 auf 5,7 Prozent (von zweitstärkster zu siebtstärkster Partei des Landes). Die VVD verlor ebenfalls (von 26,5 auf 21,3 Prozent), was größtenteils daran lag, dass es ihr nicht gelang, die strategischen Wähler von 2012 wieder an sich zu binden. Die VVD blieb trotz ihrer Verluste klar die stärkste Partei des Landes.

Die VVD hat jedoch in etwas mehr als vier Jahren fast ein Drittel ihrer Mitglieder verloren (12.000 ihrer 38.000 Mitglieder aus dem Jahr 2012). Bezüglich ihrer Mitgliederzahl war sie Anfang 2017 auf den fünften Platz gerutscht – nicht nur hinter CDA und PVDA, sondern auch hinter SP und *Staatkundig Gereformeerde Partij* (SGP). Sie ist damit in dieser Hinsicht sogar bedeutend kleiner geworden als sie vor ihrem Durchbruch zur echten Volkspartei in den siebziger Jahren war. Dies ändert natürlich nichts an dem allgemeinen Bild, dass die VVD nun mehr als vier Jahrzehnte lang in wahltechnischer Perspektive eine für eine europäische liberale Partei starke Position hat. Man muss nur bedenken, dass der „Wahlriese“ angesichts der Mitgliederzahlen auf wackligen Füßen steht.

Die Bilanz: Die vvd schöpft ihre Kraft aus einem klar rechtsliberalen Profil

Wenn man sich die Karte mit den Wahlergebnissen der einzelnen Gemeinden anschaut, erkennt man, dass das Land größtenteils blau gefärbt ist. Mit dieser Farbe wird in den Niederlanden die liberale vvd angezeigt. Sogar Teile des traditionell roten (und wirtschaftlich ärmeren) Nordens des Landes und eine Vielzahl ebenfalls traditionell roter Städte sind heutzutage „blau“. Die vvd ist als stärkste Partei aufgerückt, von der Regierung in einigen Vorstädten über die Dominanz im Westen des Landes hin zum ersten Platz fast im gesamten Land. Beachtlich ist außerdem der Durchbruch im Süden, seit jeher das Gebiet, wo die katholische kvp und später der cda sehr stark waren. Vor allem die Provinz Noord-Brabant ist jetzt fast ganz blau gefärbt. Die Karte zeigt nur zum Teil die eigene Kraft der vvd: Die Umwandlung der roten (sozialdemokratischen) und grünen (christdemokratischen) Gemeinden in blaue ist zu einem nicht unwichtigen Teil mit den Schlägen zu erklären, die pvda und cda einstecken mussten.

Bestimmt vier Jahrzehnte lang ist die vvd bei Männern erfolgreicher als bei Frauen. Diese Kluft ist langsam immer größer geworden: 2017 waren 58,7 Prozent aller vvd-Wähler männlich, folglich nur 41,3 Prozent weiblich. Soziologisch gesehen ist die vvd die einzige größere Partei, die in praktisch allen Bevölkerungsgruppen nennenswerte Stimmenanteile anzieht. Sie ist damit die einzige Partei, die sich zu Recht als Volkspartei bezeichnen kann – zumindest solange es ihr gelingt, an ihre Wahlerfolge anzuschließen. Doch hinsichtlich der Mitgliederzahlen steht es, wie gesagt, schlecht um die vvd. Der Organisationsgrad ist dadurch sehr niedrig. 1948, unmittelbar nach der Gründung, waren noch 5,7 der Wähler auch Mitglied, dieser Wert stieg 1977 sogar auf 6,5 Prozent an. 2017 ist er auf 1,2 Prozent gesunken – er liegt damit nur halb so hoch wie der Durchschnitt aller Parteien.

Die Individualisierung und die damit zusammenhängende Entsäulung seit den sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts, zwei Prozesse, die durch das gestiegene Bildungs- und Wohlstandsniveau der Bevölkerung mit vorangetrieben wurden, haben die potenzielle Wählerschaft der vvd enorm vergrößert. Während die vvd in den ersten beiden Jahrzehnten ihres Bestehens geradezu „gefangen“ war in dem begrenzten Segment des Wahlmarktes, das nicht konfessionell und nicht links war und das damals höchstens 15 Prozent aller Wähler umfasste, gibt heutzutage – in Zeiten, in denen die vvd sich im Aufwind befindet – ungefähr ein Drittel aller Wähler an, sich vorstellen zu können, für die vvd zu stimmen. Soziologisch betrachtet sind die Grenzen noch weiter, jetzt, da es kaum noch Bevölkerungsgruppen gibt, in denen

es der vvd nicht gelingt, Wähler anzuziehen. Doch weil die Konkurrenz durch das Aufkommen neuer erfolgreicher Parteien zugenommen hat, ist es schwierig, dieses Potenzial zu versilbern.

Der vvd ist es besonders gut gelungen, die verbesserten Wahlergebnisse in Regierungsteilnahmen umzusetzen. Die Partei existiert nun seit 69 Jahren, von denen sie 45 Jahre mitregiert hat, ein Score von 65 Prozent. In den letzten 23 Jahren nahm die vvd sogar zu 85 Prozent der Zeit an der Regierung teil. Sie hat damit die Position der „natürlichen“ Regierungspartei übernommen, die der CDA und seine Vorläufer zwischen 1918 und 1994 innehatten. Die vvd ist sogar noch öfter als zu den Hochzeiten in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts an Regierungen beteiligt – auch wenn man anmerken muss, dass die Liberalen damals meistens alleine regieren konnten und heutzutage immer in Regierungskoalitionen operieren müssen, in denen sie bis 2006 immer die zweite Geige spielen mussten.

Die häufigen Regierungsteilnahmen haben auch eine Kehrseite: Eine Partei, die so lange an der Macht ist, trägt politische Verantwortung für Dinge in der Gesellschaft, die nicht richtig funktionieren. Um zu regieren, muss man Kompromisse eingehen mit den Koalitionspartnern, was es umso schwerer macht, eine eigene liberale Stimme ertönen zu lassen. Dies ist umso riskanter für eine Partei, die, wie die vvd, ihre Wahlkraft aus einem eigenen liberalen Profil mit Wiedererkennungswert schöpft. Linke Politiker und Kommentatoren geben liberalen Parteien oft den Rat, die politische Mitte aufzusuchen oder nach links zu kriechen. Hier passt der weise Rat des Anführers einer der Vorläuferparteien der vvd, Meinard Tydeman vom *Bond van Vrije Liberalen*, der vor gut einem Jahrhundert die Devise prägte: „Tue nie, was deine Feinde dir raten.“²⁸

Die vvd hat sich programmatisch immer klarer von der politischen Konkurrenz abgegrenzt. In der nun geltenden *Beginselverklaring* (*Grundsatzerklärung*), die 2008 beschlossen wurde, gibt die Partei an, dass sie sich vor allem für die Wahlfreiheit *des Individuums* einsetzt. Das bedeutet nicht, dass Individuen alleine dastehen, sondern dass die Beziehungen, die sie miteinander eingehen, freiwillig zustande kommen und auch nicht künstlich in Stand gehalten werden sollten. Ganz anders als noch 1948 spricht die vvd heutzutage unumwunden ihre Präferenz für die freie Marktwirtschaft aus, nicht nur weil diese oft am effizientesten ist, sondern vor allem, weil auf diese Art und Weise Individuen in ihrer Rolle als Konsument die größtmögliche Wahlfreiheit genießen können.²⁹

Zu verschiedenen Momenten in ihrer Geschichte entschied sich die vvd in der eher täglichen politischen Praxis ebenfalls für eine Linie, die sie vom Rest der Parteienlandschaft abzusondern schien: in den siebziger

Jahren, als Wiegel die sozialdemokratische Polarisierung locker mit einer Kontrapolarisierung beantwortete, 1993, als die VVD unter Bolkestein ein Wahlprogramm präsentierte, mit dem sie sich ihren Gegnern zufolge ins rechte Abseits schoss, und kürzlich unter Rutte, als die VVD einen härteren Ton zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise und der Kriminalität anschlug. Immer wieder erwies sich so ein als rechtsliberal bezeichneter Kurs als erfolgreich bei den Wählern und führte anschließend zu einer Beteiligung an der Regierung. Dennoch verbirgt sich in dieser Phase eine Gefahr. Wenn den rechtsliberalen Versprechen keine ebenso klaren Taten folgen, können Wähler enttäuscht abspringen, vor allem wenn sich mehr Parteien anbieten, die sich die Versprechen der VVD gerne zu Eigen machen.

Der flämische Politikwissenschaftler Stouthuysen hat die Position der VVD als „exzentrisch“ bezeichnet. Indem sie sich konsequent auf dem rechten Flügel des europäischen liberalen Spektrums positioniert, bieten die niederländischen Liberalen ihren (potenziellen) Wählern einen Wiedererkennungswert.³⁰ Vor allem wenn sie Anführer haben, die die authentisch klassisch-liberale Stimme, die meistens als „rechts“ wahrgenommen wird, mit einigen drängenden politischen Problemen verbinden können, kann die VVD ihre Wahl- und Regierungsmacht ausspielen. Und in solchen Momenten wird es wichtig, die Quelle, aus der sie ihre Macht schöpfen, nicht austrocknen zu lassen. Denn: wie gewonnen, so zerronnen. Das „Geheimrezept“, das die VVD stark gemacht hat, bietet somit nicht nur ein Versprechen zur Genesung der Liberalen andernorts. Die niederländischen Liberalen werden das „Geheimnis“ auch immer selbst hegen und pflegen müssen.

Aus dem Niederländischen übersetzt von Frederike Zindler

11. Ein Paradies für Parteien

Die Niederlande und ihre kleinen politischen Parteien

Koen Vossen

Die Niederlande sind traditionellerweise ein Land mit vielen politischen Parteien. Schon vor dem Zweiten Weltkrieg gehörten der Zweiten Kammer des niederländischen Parlaments mindestens zehn und maximal siebzehn verschiedene Fraktionen an. Nach 1945 lag die Zahl der Fraktionen anfangs etwas niedriger, sie stieg jedoch ab den sechziger Jahren wieder in aus Vorkriegszeiten bekannte Höhen. Am Vorabend der Parlamentswahlen des Jahres 2017 umfasste die Zweite Kammer erneut siebzehn Fraktionen, von denen fünf das Ergebnis von Abspaltungen waren. Nach diesen Wahlen ist die Zahl der Fraktionen wieder auf dreizehn gefallen. Weil es nicht allen Parteien gelingt, ins Parlament einzuziehen, liegt die Zahl der Parteien, die sich an den Wahlen beteiligen, noch höher. 2017 versuchten 28 Parteien ihr Glück im Rennen um einen oder mehrere Sitze im Parlament – die höchste Zahl seit 1981. Der Rekord stammt immer noch aus dem Jahr 1933, als gleich 54 Parteien an den Wahlen teilnahmen.¹

Die Erklärung dafür, warum sich Niederländer so für die Gründung politischer Parteien begeistern, ist einfach. Nach dem niederländischen Wahlsystem muss eine Partei für den Parlamentseinzug den sogenannten Wahlquotienten erreichen. Dieser berechnet sich aus der Gesamtzahl der Wählerstimmen, geteilt durch die Zahl der Sitze im Parlament (150). In der Praxis bedeutet dies, dass eine Partei etwa 0,67 Prozent der Stimmen erhalten muss (je nach Wahlbeteiligung zwischen 60.000 und 75.000 Stimmen). Diese niedrige Wahlhürde wurde 1917 eingeführt, um auch unabhängigen Kandidaten eine Chance zu geben, in die Zweite Kammer zu gelangen. Das werde der Qualität des Parlaments zugutekommen, so die Annahme der niederländischen Liberalen, die wenig für die Fraktionsdisziplin der Sozialdemokraten und Konfessionellen übrig hatten.² Aus diesem Grund wurden an die Teilnahme an den Wahlen wenige Bedingungen geknüpft. Erst nach den „Wahlen der 54 Parteien“ im Jahr 1933 führte man eine Kautionssumme ein, die die Parteien verlieren, wenn sie den Sprung ins Parlament nicht schaffen. Die Einführung einer Sperrklausel von beispielsweise fünf Prozent ist niemals ernsthaft in Erwägung gezogen worden. Die Überzeugung, dass eine hohe Hürde gegenüber den kleineren Minderheiten ungerecht wäre, wird von recht vielen geteilt.³

Die niedrige Wahlhürde hat die Repräsentativität des Parlaments womöglich vergrößert: Häufig finden sich sogar sehr kleine Minderheiten vertreten, zumal auch wenige Stimmen verloren gehen. Ob aber, wie es die Liberalen wünschten, durch die vielen neuen Parteien auch die Qualität des Parlaments gestiegen ist, ist die Frage. Da alle Fraktionen das Recht auf Redezeit haben, sind Sitzungen der Zweiten Kammer zu einer langwierigen Angelegenheit geworden. Außerdem wollen sich alle diese Fraktionen gerne profilieren, was besonders in den letzten Jahrzehnten zu einer Sturzflut von parlamentarischen Anfragen und Dringlichkeitsdebatten geführt hat. Besonders neue Fraktionen, wie der *Algemeen Ouderen Verbond* (AOV), die *Lijst Pim Fortuyn* (LPF) oder die *Nederlandse Middenstandspartij* (NMP), haben sich zudem vor allem durch ihre Amateurhaftigkeit und internen Konflikte hervorgetan. Überdies müssen Parteien immer mit Abspaltungen rechnen, was ihre Neigung, unpopuläre Entscheidungen zu treffen oder Kompromisse zu schließen, einschränken kann.

Ein Vorteil der niedrigen Wahlhürde ist allerdings, dass die Niederlande zu einem Laboratorium für neue politische Initiativen geworden sind, die manchmal später im Ausland Nachahmer finden. So sind die Niederlande das erste Land, in dem eine Partei in das Parlament gekommen ist, die spezifisch auf das Tierwohl abzielt. Mit ihren Abgeordneten ist es der *Partij voor de Dieren* (PVDD) gelungen, dem Thema auf der politischen Agenda einen größeren Stellenwert zu verschaffen. Auch Parteien, die sich speziell an ältere Wähler wenden, haben sich in den Niederlanden schon früh etablieren können. Im Jahr 2017 hat 50PLUS 3,1 Prozent der Stimmen erhalten. Und bei den Parlamentswahlen von 2017 ist mit DENK zum ersten Mal eine Partei in das Parlament eingezogen, die sich speziell an nicht-westliche, allochthone Wähler wendet. Die Partei erzielte 2,1 Prozent der Stimmen. Ein anderer Neuling, der die Wahlhürde überwand, ist das *Forum voor Democratie* (FVD), das sich vor allem für mehr direkte Demokratie stark macht und sich dafür einsetzt, die Macht dessen zu brechen, was es als „das Parteikartell“ bezeichnet. Andere politische Experimente, die die Wahlhürde jedoch nicht überwand, waren 2017 die *Partij voor Niet Stemmers*, die versprach, im Namen der Nichtwähler im Parlament nichts zu tun sowie *GeenPeil*, deren gewählte Parlamentarier bei Abstimmungen in der Zweiten Kammer stets unmittelbar die Mitglieder ihrer Partei zu Rate ziehen wollten.

Die auffälligste Entwicklung in der niederländischen Parteienlandschaft ist, dass der Unterschied zwischen großen und kleinen Parteien sowohl quantitativ als auch qualitativ weniger groß geworden ist. Bis ins 21. Jahrhundert hinein gab es einen klaren Unterschied zwischen den

großen Parteien (Christdemokraten, Liberale und Sozialdemokraten) einerseits, die nicht nur die meisten Stimmen erzielten sondern auch die Regierungen bildeten, und den kleinen Parteien andererseits, die einen geringeren Prozentsatz der Stimmen errangen und in der Zweiten Kammer deutlich weniger bewirken konnten. Nur in wenigen Fällen gelang es einem Neuling, größeren Einfluss zu gewinnen. Meist war dieser Einfluss von kurzer Dauer: Lediglich die *Democraten66* (D66) konnte vor dem Jahr 2000 neben den drei großen Parteien in der Zweiten Kammer und mehrmals in der Regierung einen dauerhaften Platz erlangen.

Bei den Parlamentswahlen des Jahres 2017 haben die früheren drei Großen – *Volkspartij voor Vrijheid en Democratie* (VVD), *Christen-Democratisch Appèl* (CDA) und *Partij van de Arbeid* (PvDA) – gemeinsam jedoch nur noch 39,4 Prozent der Stimmen erhalten. Damit hat sich ein Trend fortgesetzt, der bereits seit 2002 sichtbar ist, nämlich die schwindende Machtstellung dieser Parteien. Zugleich sind die kleinen Parteien größer geworden. Die Zahl der Parteien, die mehr als fünf Prozent der Stimmen erzielen, hat deutlich zugenommen: 1989 und 1994 bekamen nur vier Parteien mehr als fünf Prozent, im Jahr 2002 war diese Zahl auf sieben gestiegen. Auch 2017 haben sieben Parteien mehr als fünf Prozent erhalten – und damit die in Deutschland geltende Sperrklausel überwunden.

Aber auch in qualitativem Sinn ist der Unterschied zwischen kleinen und großen Parteien weniger deutlich. Während sich kleine Parteien in der Vergangenheit damit zufrieden geben mussten, ihre eigene Botschaft zu verbreiten und vereinzelt indirekten Einfluss auszuüben, haben viele von ihnen heute eine gewisse Machtposition erhalten. Durch die schwindende Unterstützung für die klassischen großen Parteien ist das Finden von Mehrheiten zunehmend schwierig, wodurch auch zuvor ignorierte kleinere Parteien die Möglichkeit haben, Einfluss auszuüben. So hat die Partei *GroenLinks* (GL) noch keine Regierungsverantwortung getragen, aber sie konnte in den Kabinetten Rutte I (2010-2012) und II (2012-2017) als konstruktive Oppositionspartei viel Einfluss geltend machen. Die *Partij voor de Vrijheid* (PVV) war als Duldungspartner im Kabinett Rutte I an der Abfassung des Regierungsprogramms beteiligt. Die *Lijst Pim Fortuyn* (LPF) und die *ChristenUnie* (CU) waren tatsächlich Teil von Koalitionen und haben Minister gestellt, auch wenn dies im Fall der LPF nur von kurzer Dauer war (knapp drei Monate 2002). Die *Socialistische Partij* (SP) agiert in der Landespolitik wie eine klassische Oppositionspartei und lässt sich selten zu Kompromissen mit Regierungsparteien verleiten. Auf lokaler Ebene, wie in Amsterdam, Utrecht und Nimwegen, gehört die Partei aber sehr wohl der Kommunalregierung an.

Selbst die *Staatkundig Gereformeerde Partij* (SGP) wird heute oftmals in Verhandlungen einbezogen. In der Vergangenheit galt die orthodox-protestantische Partei mit ihren wenigen Sitzen als eine kleine, stabile Kraft im Parlament, aber ihr Einfluss auf die Regierungspolitik war äußerst gering. In den Kabinetten Rutte I und Rutte II konnte die Partei jedoch mehrmals mitverhandeln, weil sich zeigte, dass sie für die Mehrheitsfindung notwendig war. Dagegen scheint der Einfluss der Parteien PVDD und 50PLUS vorerst indirekt gewesen zu sein. Beiden Parteien ist es gelungen, durch ihre Anwesenheit dem von ihnen propagierten Thema – Tierwohl beziehungsweise die Interessen der Älteren – einen höheren Stellenwert auf der Agenda zu verschaffen.

Insgesamt hat sich bei den Parlamentswahlen des Jahres 2017 ein Trend fortgesetzt, der bereits seit längerem erkennbar war. Diese Entwicklung besteht in der Transformation des niederländischen Parteiensystems von einem System mit ein paar großen, relevanten Parteien und einer Reihe kleinerer, irrelevanter Parteien in ein System mit einer ganzen Reihe mittelgroßer und kleiner Parteien, von denen keine einzige einfach so ignoriert werden kann. Dadurch ist die niederländische Politik vielleicht zäher, aber auch ein Stück zugänglicher und responsiver geworden: Politischer Einfluss ist nicht mehr von der Mitgliedschaft in einzelnen großen Parteien abhängig, und Entwicklungen in der Gesellschaft finden recht schnell den Weg in die politische Arena. So betrachtet sind die Niederlande nicht nur durch ihre niedrige Wahlhürde ein Paradies für neue Parteien. Im Nachfolgenden werden die drei kleinen Parteien vorgestellt, die bei den vergangenen zwei Wahlen neu in das Parlament eingezogen sind: 50PLUS (2012, 2017), DENK (2017) und das *Forum voor Democratie* (2017).

Eine Fürsprecherin der Senioren: 50PLUS

Die 2011 gegründete Partei 50PLUS hat sich zum Ziel gesetzt, die Interessen von Menschen über 50 zu vertreten. Obwohl die Partei nie an einer Regierung beteiligt war, ist sie mit vier Sitzen (3,1 Prozent) in der Zweiten Kammer, zwei Sitzen in der Ersten Kammer und Vertretern in allen Provinzialstaaten (mit Ausnahme von Groningen) in der politischen Landschaft der Niederlande ein ziemlich stabiler Faktor geworden.

50PLUS ist in den Niederlanden nicht die erste politische Partei, die für die Interessen älterer Wähler eintritt. 1994 war es bereits zwei Seniorenparteien gelungen, in die Zweite Kammer zu kommen: die *Politieke Unie 55+* und der *Algemeen Ouderen Verbond* (AOV). Die erstgenannte Partei errang einen

einigen Sitz (0,8 Prozent), während es dem AOV gelungen war, sogar sechs Sitze (3,6 Prozent) zu gewinnen. Die Parteien profitierten von Einsparungen bei Altenheimen und von geplanten Kürzungen bei den Renten. Durch eine ganze Reihe von internen Konflikten konnten beide Parteien jedoch nie ihr Gewicht in die Waagschale werfen und verschwanden 1998 beide aus der Zweiten Kammer.⁴ Von einer personellen Kontinuität zwischen diesen Seniorenparteien und 50PLUS kann allerdings kaum die Rede sein. Dennoch hat 50PLUS eine ziemlich lange Vorgeschichte, die eng mit einer einzigen Person verbunden ist: Jan Nagel.

Der 1939 geborene Jan Nagel war von Mitte der sechziger bis Anfang der neunziger Jahre in der PVDA eine bekannte Persönlichkeit. Er galt als einer der Begründer von *NieuwLinks*, einer Reformbewegung in der PVDA, zudem war er Programmgestalter bei der Rundfunk- und Fernsehanstalt VARA, Mitglied der Ersten Kammer sowie langjähriges Mitglied im PVDA-Parteivorstand. Im Jahr 1993 hatte er aus Unzufriedenheit mit der lokalen Politik an seinem Wohnort Hilversum die lokale Partei *Leefbaar Hilversum* gegründet. Gestärkt durch den Erfolg von *Leefbaar Hilversum* – die Partei eroberte 1998 mehr als ein Drittel der Sitze im Gemeinderat – gründete Nagel 2001 mit einigen anderen lokalen Parteien *Leefbaar Nederland* (LN). Als Spitzenkandidat wurde zunächst Pim Fortuyn berufen, aber nach kurzer Zeit hielt Nagel diesen doch für zu radikal und trennte sich von ihm. Das erwies sich im Hinblick auf das Wahlergebnis als eine kostspielige Entscheidung: Die von Fortuyn gegründete LPF erzielte 26 Sitze (17,1 Prozent) gegenüber lediglich zwei Sitzen (1,6 Prozent) für *Leefbaar Nederland*. Nach diesem enttäuschenden Ergebnis ging es mit *Leefbaar Nederland* schnell bergab. Unterstützt durch Meinungsumfragen, die sein guter Freund Maurice de Hond durchgeführt hatte, glaubte Nagel jedoch weiterhin an die Möglichkeiten einer neuen Partei, die sich gegen die politische Elite richtete. 2005 gründete er gemeinsam mit dem bekannten Journalisten Peter R. de Vries die *Partij voor Rechtvaardigheid, Daadkracht en Vooruitgang* (PRDV). Die PRDV kündigte an, sie werde nur dann an Wahlen teilnehmen, wenn eine von Maurice de Hond durchgeführte Umfrage ergebe, dass mehr als vierzig Prozent der Wähler die Partei für einen Gewinn hielten.⁵ Dieser Prozentsatz wurde nicht erreicht, und so verschwand die PRDV von der Bildfläche. Im September 2009 gründete Nagel dann mit einigen Gefährten die *Onafhankelijke Ouderen en Kinderen Unie*, die formal der Rechtsnachfolger der PRDV war. Bereits nach anderthalb Jahren wurde der Name in 50PLUS geändert. Am 10. Januar 2011 lancierte Nagel die Partei 50PLUS. Formal wurde die Partei jedoch erst am 5. November 2011 gegründet.

Die Partei legte einen Senkrechtstart hin. Im Mai 2011 gelang es ihr dank einer Kooperation mit der *Onafhankelijke Senaatsfractie* (OSF) in der Ersten Kammer einen Sitz zu erlangen, der von Jan Nagel besetzt wurde. Bei den Wahlen zur Zweiten Kammer im Jahr 2012 stimmten 1,9 Prozent der Wähler für die Partei (beziehungsweise gut 178.000 Wähler), was für zwei Sitze reichte. Wahlprogramm und Wahlkampf waren vor allem auf Ältere ausgerichtet, wobei die Schwerpunkte auf der Senkung des Rentenalters auf 65 Jahre, der Verbesserung der Kaufkraft von Senioren und einer besseren und preiswerteren Pflege lagen. Daneben plädierte 50PLUS für politisch-staatliche Reformen (wie mehr Referenden und die Abschaffung der Ersten Kammer), eine strenge aber gerechte Einwanderungs- und Asylpolitik und progressive Standpunkte in den Bereichen Euthanasie, weiche Drogen und Umwelt.⁶ In den meisten zweidimensionalen Modellen wird 50PLUS sowohl auf der links-rechts-Achse als auch auf der konservativ-progressiv-Achse als eine Zentrums Partei betrachtet, die eine leichte Neigung zur linken und progressiven Seite des Spektrums aufweist.⁷

Fraktionsvorsitzender wurde Henk Krol, der auch der Spitzenkandidat gewesen war. Als ehemaliger Pressesprecher der Parlamentsfraktion der VVD zwischen 1978 und 1985 kannte Krol sich mit der parlamentarischen Arbeit bereits gut aus. Seine größte Bekanntheit verdankte Krol seinem Kampf für die Emanzipation von Homosexuellen, unter anderem als Chefredakteur der *GayKrant*. Der andere Sitz ging an Norbert Klein, der ebenfalls aus der VVD stammte, wo er verschiedene Funktionen ausgeübt hatte. Trotz der liberalen Vergangenheit sowohl Krols als auch Kleins schloss sich die 50PLUS-Fraktion bei Abstimmungen zumeist der linken Opposition wie *GroenLinks* und SP an.⁸ Obwohl 50PLUS aus den Seniorenverbänden wenig Unterstützung erhielt, gedieh die Partei unterdessen prächtig. Die Zahl der Parteimitglieder stieg von 1.300 Anfang 2012 auf mehr als 10.000 im Januar 2014.⁹ Auch in den Umfragen hatte 50PLUS gute Karten: Verschiedene Umfragen sagten voraus, dass die Partei 7 Prozent erlangen könnte. Mit großem Optimismus kündigte Krol im April 2013 auf einer allgemeinen Mitgliederversammlung an, dass die Partei auch an den Europawahlen im Jahr 2014 teilnehmen werde. Mit dem ehemaligen VVD-Europaparlamentarier Toine Manders als Spitzenkandidaten erreichte die Partei bei diesen Wahlen 3,7 Prozent der Stimmen, womit sie unter der (bei Europawahlen in den Niederlanden deutlich höheren) Wahlhürde blieb.

Dennoch war es ein ermutigendes Ergebnis, besonders angesichts der großen inneren Konflikte und Skandale, die die Partei in der vorherigen Zeit gequält und die viel negative Medienaufmerksamkeit mit sich gebracht hatten. So war anlässlich der Initiative einiger Mitglieder, im Jahr 2014 mit

einer eigenen Liste *Ouderen Politiek Actief* (OPA) an den Gemeinderatswahlen teilzunehmen, ein heftiger, zum Teil in den Medien ausgetragener Konflikt entstanden. Die Parteispitze beschloss zunächst, die Initiatoren, Dick Schouw und Adriane Hernandez, auszuschließen, trat kurz darauf jedoch selbst zurück, woraufhin die neue Parteispitze Schouw und Hernandez rehabilitierte. Zu allem Unglück kam zur gleichen Zeit auch der Fraktionsvorsitzende Henk Krol selbst ins Gerede. Die Zeitung *de Volkskrant* enthüllte, dass Krol es in seiner Zeit als Chefredakteur der *GayKrant* versäumt hatte, für seine Mitarbeiter Rentenbeiträge einzuzahlen. Dies war eine äußerst peinliche Angelegenheit für eine Partei, die sagte, sie setze sich für die Interessen der Rentner ein, und so sah Krol sich dann auch gezwungen, zurückzutreten. Seinen Platz nahm daraufhin Martine Baay-Timmerman ein. Baay und der andere Parteivertreter in der Zweiten Kammer, Norbert Klein, kamen jedoch nicht miteinander zurecht, und Klein beschloss kurz nach den Europawahlen, Baay aus der 50PLUS-Fraktion auszuschließen. Die Parteiführung stand jedoch weiterhin hinter Baay, wodurch es nun unter dem Namen 50PLUS zwei Fraktionen gab. Die Verwirrung wurde noch größer, als Baay aus Krankheitsgründen wieder zurücktrat und ihren Sitz an den Mann abtrat, dessen Nachfolgerin sie gewesen war, Henk Krol. Der Bruch mit Norbert Klein erwies sich jedoch als irreparabel. Während Krol und Nagel wollten, dass der Schwerpunkt von 50PLUS weiterhin auf den Interessen der Senioren liegen sollte, hatte Klein Pläne, aus 50PLUS eine breiter aufgestellte Volkspartei zu machen, die sich auch in anderen Bereichen klarer zu profilieren wagte.¹⁰ Schließlich verließ Klein die Partei und gründete die *Vrijzinnige Partij*, mit der er 2017 vergeblich versuchte, in die Zweite Kammer zu gelangen.

Unter der Führung von Krol und Nagel erholte sich 50PLUS 2015 wieder. Bei den Wahlen zu den Provinzialstaaten am 18. März 2015 verbuchte die von manchen bereits abgeschriebene Partei ein ganz beträchtliches Ergebnis: 3,4 Prozent der Stimmen und – mit Ausnahme Groningens – Sitze in allen Provinzen. Auch bei den am gleichen Tag abgehaltenen Wahlen der Wasserbehörden erlangte 50PLUS eine Reihe von Sitzen. Wiederum mit Krol als Spitzenkandidat und einem erneut in erster Linie auf die Interessen von Senioren ausgerichteten Wahlprogramm unter dem Titel *Omdat ouderen het niet meer pikken!* (*Weil Ältere es sich nicht mehr gefallen lassen!*) nahm 50PLUS am 15. März 2017 an den Parlamentswahlen teil.¹¹ Wieder waren die Erwartungen hoch gespannt, denn 50PLUS wurden in vielen Umfragen 7 Prozent der Stimmen (beziehungsweise mehr als zehn Sitze) vorhergesagt. Wahrscheinlich auch aufgrund einiger unglücklicher Auftritte des Spitzenkandidaten Krol wurden diese hohen Erwartungen nicht realisiert.

Mit 3,1 Prozent der Stimmen verdoppelte die Partei jedoch die Zahl ihrer Parlamentssitze. Neben Henk Krol zogen die ehemalige Vorsitzende der ABVA-Kabo, Corrie van Brenk, der ehemalige CDA-Staatssekretär Martin van Rooijen und die ehemalige Fernsehmoderatorin Léonie Sazias in das Parlament ein.

Die Parlamentswahlen des Jahres 2017 haben gezeigt, dass 50PLUS inzwischen einen soliden, wenn auch bescheidenen Platz in der Parteienlandschaft erobert hat. Angesichts der vielen parteiinternen Konflikte und dem im Allgemeinen schlechten Image von Interessenparteien, darf man dies als ein kleines Wunder bezeichnen. Obwohl die Partei immer noch unter internen Konflikten leidet, scheint die Zukunft von 50PLUS doch einigermaßen rosig auszusehen. Die Mitgliederzahl der Partei ist – nach einem starken Einbruch im Jahr 2014 – inzwischen recht stabil (6.130 Mitglieder im Januar 2017). Dank einiger Geldgeber scheint die Partei über eine relativ gut gefüllte Kasse zu verfügen.¹² Zudem hat 50PLUS erfolgreich Themen (mit)besetzt, die vorläufig nicht von der politischen Agenda verschwinden werden, nämlich die Rentenhöhe, das Rentenalter und die Altenpflege. Dies hat bislang sowohl auf nationaler als auch auf provinzieller Ebene noch nicht dazu geführt, dass die Partei auch Regierungsverantwortung übernimmt, aber 50PLUS zwingt die übrigen Parteien alleine schon durch ihre Anwesenheit dazu, diese Themen anzupacken.

Eine kontroverse Migrantenpartei: DENK

DENK ist der erfolgreichste Newcomer in der Zweiten Kammer. Bei den Parlamentswahlen vom 15. März 2017 hat die Partei 2,1 Prozent der Stimmen erzielt, was für drei Sitze ausreichte. Obwohl sich die Partei ausdrücklich als eine Bewegung für alle Niederländer präsentiert, verdankt sie diese Sitze in erster Linie den niederländischen Wählern türkischer oder marokkanischer Herkunft. Auch die gewählten Parlamentarier haben einen türkischen oder marokkanischen Hintergrund. Aus diesem Grund wird DENK häufig als „Migrantenpartei“ betrachtet.

Die Geschichte von DENK geht auf den 13. November 2014 zurück, als Tunahun Kuzu und Selçuk Öztürk aus der PVDA-Fraktion der Zweiten Kammer ausgeschlossen wurden. Kurz zuvor hatten die beiden 2012 gewählten Parlamentarier die Integrationspolitik von Lodewijk Asscher, dem Minister für Soziales und Arbeit und ebenfalls PVDA-Mitglied, heftig kritisiert. Der Hauptgrund für ihre Kritik war, dass Asscher einige konservative türkische Organisationen, wie beispielsweise *Milli Görüş*, stärker beobachten wollte,

weil sie die Integration türkischer Niederländer konterkarierten. Öztürk und Kuzu, beide selbst türkischer Herkunft, waren der Ansicht, dass diese Organisationen bei der Bekämpfung von Radikalisierung gerade eine wichtige Rolle spielen, und sie warfen Asscher vor, dass er mit seiner Politik die Gegensätze nur noch verschärfe. Die beiden PVDA-Parlamentarier verweigerten dem PVDA-Minister dann auch ihre Rückendeckung, woraufhin ein Bruch unvermeidbar wurde. Kuzu und Öztürk beschlossen daraufhin, als Zweimann-Fraktion in der Zweiten Kammer zu bleiben, um an einer neuen politischen Partei zu arbeiten.¹³

Am 9. Februar 2015 stellten Kuzu und Öztürk offiziell ihre neue Bewegung namens DENK vor. Der Name verweist sowohl auf das niederländische Verb „denken“ als auch auf das türkische Wort für „Gleichheit“. Der Kampf für Gleichheit bedeutet für die Partei vor allem den Kampf gegen Rassismus und Diskriminierung sowie die Akzeptanz von Diversität. Nicht Integration, sondern gegenseitige Akzeptanz soll in Zukunft die Richtschnur in der multikulturellen Gesellschaft sein, für die die Partei eintritt. Die Gründung von DENK war Kuzu und Öztürk zufolge notwendig, um ein Gegengewicht gegen die Verhärtung, Verrohung und den Rechtsruck in der Politik zu bieten, die mit dem Aufstieg Pim Fortuyns im Jahr 2002 eingesetzt hätten. Besonders Niederländer mit Migrationshintergrund seien DENK zufolge Opfer des neuen politischen Klimas geworden und drohten daher, jegliches Vertrauen in die Politik zu verlieren.¹⁴

DENK ist nicht die erste Partei, die sich speziell an Wahlberechtigte mit Migrationshintergrund wendet. DENK machte jedoch von Anfang an einen professionelleren Eindruck als wenig erfolgreiche Vorgänger wie die *Vooruitstrevende Minderheden Partij* und die *Solide Multiculturele Partij*. Es gelang der Partei in relativ kurzer Zeit, eine solide Parteiorganisation aufzubauen, mit einem wissenschaftlichen Büro (*STATERA*, das lateinische Wort für Waage), einer Jugendorganisation (*OPPOSITIE*) und einem eigenen Parteibüro in Rotterdam. Gut ein Jahr nach der offiziellen Gründung hatte die Partei bereits mehr als zweitausend Mitglieder.

Über mangelnde Publizität konnte sich die Partei ebenfalls nicht beklagen. Von Anfang an stand DENK unter der Beobachtung konservativer rechter Medien wie *De Telegraaf* und *PowNews*, die die Partei verdächtigten, allzu enge Beziehungen zur AK-Partei des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan zu unterhalten. DENK fungiere im Parlament als der „verlängerte Arm Ankaras“¹⁵. Für den vvd-Parlamentarier Ockje Tellegen waren die Verdächtigungen ein Grund, für eine besondere Überprüfung von Kuzu und Öztürk zu plädieren. Obwohl DENK Themen, die in Bezug auf die Türkei heikel sind (wie der Genozid an den Armeniern und die

autokratischen Neigungen Erdogans), sehr zurückhaltend kommentiert, gibt es vorläufig kaum Beweise für eine enge Beziehung zwischen DENK und dem Erdogan-Regime.

Das Medieninteresse nahm weiter zu, als sich im Frühjahr 2016 zwei in den Niederlanden bekannte Persönlichkeiten der Partei anschlossen: Farid Azarkan, der ehemalige Vorsitzende des Kooperationsverbands marokkanischer Niederländer, und die aus Surinam stammende Fernsehmoderatorin Sylvana Simons. Mit dem Beitritt von Azarkan und Simons befreite sich die Partei teilweise von dem Stigma, eine „Türkenpartei“ zu sein, wodurch sie ein größeres Segment der Wählerschaft bedienen konnte. Verschiedene Niederländer mit surinamischem oder marokkanischem Hintergrund schlossen sich DENK an. Auch im Parlament richtete sich die DENK-Fraktion weniger auf spezifisch marokkanisch-türkische Interessen sondern stärker auf das breitere Thema Antirassismus aus.¹⁶ Trotz dieser inhaltlichen Erweiterung blieb die Partei unvermindert stark umstritten. Besonders die medienwirksame Simons wurde unter anderem wegen ihrer Kritik an der Tradition des *Zwarte Piet* zum Ziel einer wahren Hasskampagne.¹⁷ Simons, die zeitweilig sogar Personenschutz erhielt, erstattete gegen eine Reihe der Verantwortlichen Anzeige. Das Amsterdamer Gericht verurteilte letztlich 22 von ihnen zu Geldstrafen und zur Ableistung von Sozialstunden.

Die Partei DENK verstand es außerdem, durch ihre offensive politische Strategie viel Publizität zu generieren. So wandten sich Kuzu und Öztürk in der Zweiten Kammer mit scharfen Worten gegen Geert Wilders, den sie mit einem Tumor verglichen, und dessen Aufstieg sie an den Adolf Hitlers erinnerte. Aber auch Parlamentariern mit türkischem oder marokkanischem Hintergrund wurde der Kopf gewaschen, weil sie die Interessen ihrer Anhängerschaft vernachlässigten. Um dies zu demonstrieren, beantragte die DENK-Fraktion mehrmals eine namentliche Abstimmung, wenn ein für Migranten relevantes Thema behandelt wurde, um dann das Stimmverhalten der betreffenden Parlamentarier auf Film zu bannen. Außerdem verbreitete DENK über die sozialen Medien selbstgemachte Filmchen, in denen die Partei ohne Umschweife gegen die etablierten Medien in den Niederlanden vom Leder zog, die als Torwächter der etablierten Ordnung dienten. Auch stellte sich heraus, dass die Partei „Trolle“ verwendete, so genannte Fake-Accounts, mit deren Hilfe politische Gegner bekämpft wurden.¹⁸ Diese offensive Strategie brachte der Partei schon bald den Vorwurf ein, sie trete wie eine Art PVV für Migranten auf und verschärfe dadurch die Gegensätze nur noch.¹⁹

In ideologischer Hinsicht zielt die Partei in erster Linie darauf ab, ein breiteres Verständnis eines staatsbürgerlichen Ideals zu formulieren, in dem

die Menschen unterschiedliche Identitäten und Loyalitäten kombinieren können. Die Akzeptanz der Verfassung und der dazugehörigen Rechte und Pflichten bildet die Kohärenz in der Gesellschaft. Dabei wird Diversität als wertvoller Fakt akzeptiert, während jegliche Form von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Segregation stark bekämpft wird. So bildet dann auch der Kampf gegen institutionellen Rassismus und Diskriminierung den Hauptteil des am 14. November 2016 vorgestellten Wahlprogramms. Es müsse „für Frauen, Menschen mit Migrationshintergrund und Menschen mit einer Einschränkung“ mehr Diversitäts-Quoten geben, aber auch eine aus eintausend Beamten bestehende Rassismus-Polizei. Zum Erreichen ihres Ideals eines staatsbürgerlichen Nationalismus hält die Partei ein gewisses Maß an Umerziehung für notwendig. So sollen die schwarzen Seiten der niederländischen Vergangenheit, wie die Sklaverei, stärkere Beachtung finden, und man solle sich auch nicht scheuen, einige Straßennamen, die problematische Erinnerungen an die niederländische Kolonialvergangenheit wecken, zu ändern. In anderen Politikfeldern, wie Nachhaltigkeit, Gesundheitswesen, Bildung und Steuersystem, zeigt sich DENK als linke, progressive Partei.²⁰ In politikwissenschaftlichen Modellen des politischen Spektrums in den Niederlanden wird DENK dann auch in der Nähe von *GroenLinks* und der PVDA angesiedelt.

Nicht lange nach der Vorstellung des Wahlprogramms beschloss Sylvana Simons völlig unerwartet, aus der Partei auszutreten. Bei genauerem Hinsehen konnte sich Simons nur schwer in der offensiven Strategie von DENK wiederfinden, wobei sie in der Partei bei ihrem Kampf für gleiche Rechte für Frauen und Homosexuelle auch zu wenig Unterstützung erhielt. Gemeinsam mit Ian van der Kooye, dem Wahlkampfleiter von DENK, beschloss Simons, die neue Partei *Artikel 1* zu gründen, die nach dem Gleichheits- und Antidiskriminierungsprinzip in der niederländischen Verfassung benannt war. Mit dieser Partei hoffte sie, den Kampf gegen Rassismus und Diskriminierung erfolgreicher führen zu können. Obwohl die Partei in Vierteln mit einer großen surinamischen Population, wie Amsterdam-Zuid, populär war, überwand *Artikel 1* bei den Parlamentswahlen im Jahr 2017 nicht die Wahlhürde. Allerdings gewann Simons kurz nach den Wahlen einen von DENK gegen sie angestrebten Prozess wegen Vertragsbruchs.

Nach dem überraschenden Weggang Simons' wurde DENK am Vorabend der Parlamentswahlen vom März 2017 erneut in große Verlegenheit gebracht. Dieses Mal war ein eskalierender Konflikt zwischen den Niederlanden und der Türkei der Grund, nachdem sich die niederländische Regierung geweigert hatte, es türkischen Ministern zu gestatten, in den Niederlanden Wahlkampf für ein umstrittenes türkisches Referendum zu führen. Die

türkische Familienministerin, die trotz des Verbots nach Rotterdam gereist war, wurde als unerwünschte Ausländerin des Landes verwiesen. Der türkische Ministerpräsident Erdogan reagierte wütend und beschuldigte die Niederlande unter anderem faschistischer Praktiken. Die Partei DENK hatte sichtbare Probleme damit, in diesem Konflikt Partei zu ergreifen und hielt mit ihrer Meinung hinter dem Berg.

Es ist schwer festzustellen, welchen Einfluss die Affäre Simons und der türkisch-niederländische Konflikt auf das letztendliche Wahlergebnis für DENK gehabt haben. Sicher ist, dass die Partei besonders von türkischen und marokkanischen Niederländern gewählt wurde. Das zeigen unter anderem die guten Ergebnisse in Stadtvierteln mit einem hohen Anteil an türkischen und marokkanischen Niederländern, wie Amsterdam-Nieuw West, Schilderswijk in Den Haag und Rotterdam-Zuid.²¹ In Städten wie Rotterdam und Den Haag hat DENK sogar besser abgeschnitten als die PVDA, die Partei, die traditionellerweise viele Stimmen bei marokkanischen und türkischen Niederländern erzielt. Mit 2,1 Prozent der Stimmen hat DENK drei Sitze im Parlament erobert, die von Tunahun Kuzu, Selçuk Öztürk und Farid Azarkan besetzt werden.

Obwohl DENK bisher nicht als eine mögliche Koalitionspartei betrachtet wird, scheint die Zukunft der Partei aus der Perspektive des Jahres 2017 betrachtet ziemlich rosig zu sein. Im Februar 2017 zählte die Bewegung mehr als 3.600 Mitglieder, und sie hat bereits im Land einige Ortsverbände, unter anderem in Utrecht und in Breda. Die Parteimitglieder scheinen in erster Linie gut ausgebildete, in den Niederlanden geborene Zwanzig- und Dreißigjährige mit türkischem oder marokkanischem Hintergrund zu sein.²² Die Partei plant, 2018 in einigen Städten an den Gemeinderatswahlen teilzunehmen. Die Aussichten, dass DENK dann wieder mehrere Sitze ergattern wird, sind außerordentlich gut. Es ist allerdings die Frage, ob sich die Partei in erster Linie zur Interessenvertreterin einer überwiegend konservativen muslimischen Anhängerschaft aufwerfen wird oder ob sie sich weiterhin zu einer progressiven, antirassistischen Bewegung für alle Niederländer ausweiten will.

Herausforderer des politischen Kartells: *Forum voor Democratie*

Mit zwei Sitzen ist das *Forum voor Democratie* (FVD) zurzeit die kleinste Fraktion in der Zweiten Kammer. Bei den Parlamentswahlen vom 15. März 2017 hat diese neue Partei 1,8 Prozent der Stimmen erzielt. Die Fraktion des *Forum voor Democratie* besteht aus dem Publizisten und

Fraktionsvorsitzenden Thierry Baudet und dem Anwalt Theo Hiddema. Beide sind bereits seit einigen Jahren als schillernde und ausgesprochen medienwirksame Persönlichkeiten bekannt. Die wichtigsten Schwerpunkte der Partei sind die Reform des politischen Systems – unter anderem mit Hilfe von Referenden –, eine striktere Einwanderungspolitik, weniger Befugnisse für die Europäische Union und eine Stärkung der nationalen Identität und Kultur.

Als politische Partei wurde das *Forum voor Democratie* am 22. September 2016 gegründet, aber es existierte zu diesem Zeitpunkt bereits seit gut einem Jahr als Thinktank. Die treibende Kraft sowohl hinter dem Thinktank als auch hinter der Partei ist Thierry Baudet (1983), ein Historiker und Jurist, der sich bereits seit einigen Jahren als Publizist und Meinungsmacher einen Namen macht. Inspiriert von britischen Konservativen wie Roger Scruton und Theodore Dalrymple ist Baudet zu der Überzeugung gelangt, dass auch die Niederlande dank versagender Eliten einer kulturellen, moralischen und politischen Krise zum Opfer gefallen seien. Eine wichtige Ursache für diese Krise sei das, was Baudet als „Oikophobie“ bezeichnet, eine krankhafte Aversion gegen die eigene Kultur, Tradition und Geschichte, die sich unter anderem in einem starken Kulturrelativismus, einer laschen Einwanderungspolitik und der begeisterten Umarmung der Europäischen Union manifestiere.²³

Die Europäische Union wurde zur wichtigsten Zielscheibe für Baudets Kritik, weil sie als seelenlose technokratische Organisation mit dem nationalen Rechtsstaat und der Demokratie unvereinbar sei.²⁴ Anfang 2013 rief Baudet zu einem Referendum zur Position der Niederlande in der EU auf. Mit der Unterstützung einiger Intellektueller und Politiker mit unterschiedlichen politischen Hintergründen gelang es Baudet, die Angelegenheit als „Bürgerinitiative“ auf die Agenda der Zweiten Kammer zu hieven. Das Parlament stimmte letztlich gegen ein solches Referendum, aber Baudet durfte als Initiator doch vor dem Parlament reden. Eine zweite Möglichkeit ergab sich, als im Juli 2015 das *Wet Raadgevend Referendum* (Gesetz über beratende Referenden) in Kraft trat. Dieses ermöglicht es, auf Wunsch der Bevölkerung ein beratendes Referendum abzuhalten, wenn mehr als 300.000 Unterschriften gesammelt worden sind.

Mit seinem im September gegründeten Thinktank *Forum voor Democratie* schloss sich Baudet dem Aktionskomitee *GeenPeil* an, das sich für ein Referendum über das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und der Ukraine einsetzte. Unter anderem dank der Unterstützung durch den Weblog *GeenStijl* gelang es *GeenPeil*, genügend Unterschriften zu sammeln, um ein Referendum zu organisieren. Das am 6. April abgehaltene Referendum

wurde für Baudet und seine Mitstreiter zu einem großen Erfolg: 61 Prozent der Wähler, die abgestimmt hatten (Wahlbeteiligung: 32,3 Prozent), votierten gegen den Vertrag. Am Abend, an dem das Ergebnis vorlag, kündigte Baudet bereits an, dass er sich mit seinem *Forum voor Democratie* für mehr Referenden einsetzen werde, ohne dass er sich jedoch an eine spezifische politische Partei binden wolle. Allerdings verfasste er gemeinsam mit dem Leidener Juraprofessor Paul Cliteur im Auftrag der PVV einen Bericht über direkte Demokratie.²⁵

Kurz nachdem sie den Bericht vorgestellt hatten, überraschte Baudet Freund und Feind mit der Ankündigung, mit dem *Forum voor Democratie* für die Parlamentswahlen kandidieren zu wollen. Seiner Aussage nach lag dieser Entscheidung die Weigerung der Regierung, das Ergebnis des Referendums zu respektieren, zugrunde. Außerdem wollte Baudet den Kampf gegen das niederländische „Parteienkartell“ aufnehmen, jene kleine Gruppe aktiver Mitglieder der etablierten Parteien, die alle Macht in Händen hielten und die Pöstchen in Regierung, Parlament, öffentlicher Verwaltung und Kultureinrichtungen verteilten.²⁶ Mit der Einführung vieler bindender Referenden, aber auch durch die Ernennung von parteilosen Entscheidungsträgern, hofft das FVD die Demokratie aus den Händen dieses Kartells zu retten und eine neue Elite zu schaffen. Zu den Themen, die nach Ansicht des Forums der Bevölkerung zur Abstimmung vorgelegt werden sollten, gehören die Mitgliedschaft in der Europäischen Union und das Schengener Abkommen. Die Partei plädiert sogar dafür, sowohl die EU als auch den Euro zu verlassen.²⁷ Des Weiteren strebt das Forum eine strikte Migrationspolitik, eine restriktive Asylpolitik und weniger großzügige Sozialleistungen für Migranten an. Im Gegensatz zur PVV zielt das FVD weniger spezifisch auf den Islam ab. Die übrigen Positionen des Forums sind eine Mischung aus konservativen Standpunkten in den Bereichen Kulturpolitik, Bildung, Verteidigung und Sicherheit, liberalen Standpunkten in den Bereichen Wirtschaft, Bürokratie und Steuern und relativ progressiven Standpunkten in den Bereichen weiche Drogen, Datenschutzgesetzgebung und Nachhaltigkeit. In Bezug auf die Außenpolitik plädiert das Forum für einen nüchterneren Umgang mit Russland und mehr Zurückhaltung im Hinblick auf den Mittleren Osten.²⁸

Programmatisch unterscheidet sich das *Forum voor Democratie* auf den ersten Blick kaum von der PVV, der von PVV-Dissidenten gegründeten Partei *VoorNederland* (VNL) und dem ebenfalls zu einer Partei transformierten Aktionskomitee *GeenPeil*. Dennoch gelang es dem Forum schon nach kurzer Zeit, eine beträchtliche Zahl von Mitgliedern anzuziehen: nach einem Monat waren es 700, und Anfang 2017 3.000.²⁹ Der Zustrom an Mitgliedern

und die Popularität der Partei auf Twitter und Facebook bestärkten Baudet in der Überzeugung, dass seine Partei um die fünf Prozent der Stimmen erlangen kann. Er hat sich darüber hinaus die Unterstützung einiger prominenter Niederländer gesichert, darunter sein Doktorvater Paul Cliteur, der Hochschullehrer für Geschichtstheorie Frank Ankersmit und der Hochschullehrer für *Corporate Governance* Paul Frentrop. Der auffälligste Name auf der Kandidatenliste, die Baudet Ende Dezember 2016 bekanntgab, ist jedoch der Anwalt Theo Hiddema, dem der zweite Platz zufiel. Mit seinen schrägen Ansichten und seinem speziellen Humor war Hiddema bereits ein in Talkshows gerne gesehener Gast.

Obwohl Baudet als Neuling nicht an den Wahldebatten im Fernsehen teilnehmen durfte, verstand er es, in den Wochen vor den Wahlen ein gehöriges Maß an Publizität zu generieren. Kritik gab es unter anderem wegen seiner Bemerkung, die Einwanderung Sorge für eine „homöopathische Verdünnung der niederländischen Bevölkerung“. Er verneinte allerdings, dass diese Äußerung rassistisch gemeint sei und beschuldigte Gegner, seine Partei mutwillig zu dämonisieren. Zudem musste Baudet sich mehrmals für einige als sexistisch abgestempelte Äußerungen rechtfertigen.³⁰

Das Wahlergebnis war für das FVD ein Ansporn. Zwar wurden die von Baudet vorhergesagten 5 Prozent bei weitem nicht erreicht, aber mit 1,8 Prozent der Stimmen gelang es dem Forum als einzigem der rechten Neulinge, die Wahlhürde zu überwinden. Woher das Forum seine Stimmen bekam, ist ohne eine genauere Untersuchung nicht festzustellen. Die guten Ergebnisse, die das Forum in pvv-Hochburgen wie Volendam, Den Helder und einigen Gemeinden in Südlimburg erzielte, scheinen darauf hinzudeuten, dass ein Teil der Wähler von der pvv stammt. In anderen Gemeinden, in denen die pvv viele Wähler hat, wie Rotterdam oder dem in Nordbrabant gelegenen Rucphen, schnitt das Forum jedoch nicht überdurchschnittlich ab.³¹ Auch die Annahme, dass Baudet unter den gut ausgebildeten und jüngeren rechten Wählern große Popularität genieße, ist bislang noch nicht solide untermauert.

Mit der Überwindung der Wahlhürde hat das FVD einen wichtigen ersten Erfolg erzielt. Eine unmittelbare Bedrohung für das von Baudet angeprangerte Parteikartell ist die Partei noch nicht, für die immer stärker isolierte pvv ist sie allerdings zum Hauptherausforderer geworden. Mit ihrem eigenwilligen Auftreten verstanden es Baudet und Hiddema, im Parlament sofort die Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen. So hielt Baudet seine erste Rede zum Teil auf Lateinisch (und er hat seinen Flügel in sein Arbeitszimmer auf dem Binnenhof bringen lassen). Glaubt man der Berichterstattung auf der Website der Partei, dann gedeiht das Forum immer

noch prächtig. Nach ihrer eigenen Aussage hatte die Partei im Mai 2017 bereits 7.000 Mitglieder. Zudem ist eine Jugendorganisation gegründet worden, die *Jongerenorganisatie Forum voor Democratie* (JFVD), die auch schon 3.000 Mitglieder umfassen soll. Die Partei hat angekündigt, 2018 an den Gemeinderatswahlen teilnehmen zu wollen. In Rotterdam hat man aus diesem Grund mit *Leefbaar Rotterdam* einen Kooperationsverbund geschlossen. Wie es bei nahezu jeder neuen Partei der Fall ist, wird dieses rasche Wachstum wahrscheinlich auch für interne Spannungen sorgen. Die nächste Hürde für das FVD wird somit darin bestehen, die Einheit der Partei zu wahren.

Aus dem Niederländischen übersetzt von Annegret Klinzmann

Endnoten

Einleitung

1. Vgl. P. Mair, *Electoral Volatility and the Dutch Party System: A Comparative Perspective*, in: *Acta Politica* 43 (2008), S. 237ff. Der Autor kam im Rahmen seiner Berechnungen, in die er die Wahlen in Westeuropa im Zeitraum von 1950 bis 2006 einbezog, unter anderem zu dem Ergebnis, dass drei der letzten Wahlen in den Niederlanden (1994, 2002 und 2006) zur „Top Ten“ der Wahlen mit den größten Verschiebungen gehörten. Dieser Umstand ist besonders bemerkenswert, da die meisten anderen Wahlen auf dieser Liste in Zeiten großer politischer Umbrüche stattgefunden haben.
2. Zitiert nach: T. van der Meer u.a., *Kieskeurige kiezers. Een onderzoek naar de veranderlijkheid van Nederlandse kiezers, 2006-2010*, 2011, online unter <http://home.medewerker.uva.nl/t.w.g.vandermeer>.
3. Vgl. J. Tillie u.a., *Rumoer. Nederlandse kiezers en politiek 1998-2012*, Amsterdam 2016, S. 97ff.; T. van der Meer, *De kiezer is niet gek*, Houten 2017, S. 30ff.
4. Siehe zur Entwicklung der Partei den Beitrag von Rien Fraanje in diesem Band.
5. Für weitere Literatur sei u.a. auf die Publikationen des *Documentatiecentrum voor Nederlandse politieke partijen* (DNPP) in Groningen verwiesen, u.a. G. Voerman/P. Van Schie (Hrsg.), *60 jaar VVD*, Amsterdam 2008; G. Voerman/P. Lucardie (Hrsg.), *Van de staat naar de straat. GroenLinks 1990-2010*, Amsterdam 2010; G. Voerman/J. Hippe (Hrsg.), *Van de marge tot de macht. De ChristenUnie 2000-2010*, Amsterdam 2010; G. Voerman (Hrsg.), *De conjunctuur van de macht. Het Christen Democratisch Appèl. 1980-2010*, Amsterdam 2011; F. Becker/G. Voerman (Hrsg.), *Zeventig jaar Partij van de Arbeid*, Amsterdam 2016.
6. Die Autoren haben ihre Texte zum Teil während ihrer Amtszeit als (stellvertretende) Direktoren und zum Teil nach dieser Zeit verfasst.

1. Die Christdemokratie in den Niederlanden

1. Dieses Kapitel ist eine Ausarbeitung des Beitrags *Een kleine historie van de christendemocratie*, der in der 2015 vom Verlag Van Gennep herausgegebenen Streitschrift *Gemeene gratie* erschienen ist. Beim Schreiben habe ich dankbar von der stets hilfreichen und sehr informativen Website www.parlement.com Gebrauch gemacht. Daneben habe ich regelmäßig nach Piet de Rooy's bedeutendem Buch *Republiek van rivaliteiten. Nederland sinds 1813* gegriffen, um mir ein Bild von den Zeitverhältnissen der jeweiligen Perioden machen zu können, über die ich in dieser Geschichte der niederländischen Christdemokratie schreibe. Darüber hinaus soll hier auf

- den vom Wissenschaftsinstitut des CDA im Jahr 2012 publizierten *Canon van de christendemocratie* verwiesen werden. Last but not least danke ich meinen Kollegen Pieter Jan Dijkman, Maaik Kamp und Maarten Neuteboom für ihre nützlichen Kommentare zu früheren Versionen dieses Beitrags.
2. K. van Kersbergen/P. Lucardie/H.-M. ten Napel, *Geloven in macht. De christen-democratie in Nederland*, Amsterdam 1993.
 3. M. ten Hooven, *Een machtsparij met idealen*, in: G. Voerman (Hrsg.), *De conjunctuur van de macht. Het Christen Democratisch Appèl 1980-2010*, Amsterdam 2011, S. 59-108.
 4. Vgl. A. Kuyper, *Soevereiniteit in eigen kring*, Rede zur Eröffnung der Vrije Universiteit Amsterdam, 1881.
 5. A. Kuyper, *Het sociale vraagstuk en de christelijke religie*, Rede zur Eröffnung des Sozialkongresses, 1891.
 6. Vgl. P. de Rooy, *Republiek van rivaliteiten. Nederland sinds 1813*, Amsterdam 2010, S. 96 und 98.
 7. H.E.S. Woldring, *Politieke filosofie van de christen-democratie*, Budel 2003, S. 108.
 8. Vgl. A. Lijphart, *Verzuiling, pacificatie en kentering in de Nederlandse politiek*, 8. Auflage, Haarlem 1991.
 9. J.Th.J. van den Berg/H.A.A. Molleman, *Crisis in de Nederlandse politiek*, Alphen aan den Rijn 1974, S. 84 und 91-92, zitiert nach: P.G. Kroeger/J. Stam, *De rogge staat er dun bij. Macht en verval van het CDA 1974-1998*, Amsterdam 1998, S. 51.
 10. Zitiert nach: Wetenschappelijk Instituut voor het CDA, *De groei naar het CDA. Momenten en impressies uit dertien bewogen jaren*, Franeker 1980, S. 67-70.
 11. Ebd.
 12. Ebd.
 13. Vgl. P.G. Kroeger/J. Stam, *De rogge staat er dun bij. Macht en verval van het CDA 1974-1998*, Amsterdam 1998, S. 63.
 14. Ebd., S. 103.
 15. H. Woldring, *Politieke filosofie*, S. 130.
 16. Für eine Beschreibung des christdemokratischen Menschenbildes siehe: Wetenschappelijk Instituut voor het CDA, *Mens, waar ben je?*, Den Haag 2011.
 17. Commissie hertaling uitgangspunten, *Nieuw woorden, nieuwe beelden*, Den Haag 2012, S. 28.
 18. Die ARP (61.761), CHU (27.850) und KVP (52.458) hatten zusammen gut 142.000 Mitglieder.
 19. Zitiert nach: Wetenschappelijk Instituut voor het CDA, *De groei naar het CDA*, S. 132.
 20. Kroeger/Stam, *De rogge staat er dun bij*, S. 75.
 21. Vgl. J. van Merriënboer/P. Bootsma/P. van Griensven, *Van Agt biografie, Tour de force*, Amsterdam 2008, S. 138-140.

22. In dem Buch *De stranding* (Nimwegen 1995) berichtet M. Metze ausführlich, wie und warum es zu der historischen Wahniederlage von 1994 kam.
23. Vgl. K. Versteegh, *De honden blaffen. Waarom het CDA geen oppositie kan voeren*, Amsterdam 1999.
24. Siehe hierzu: M. van Rij, *Duizend dagen in de landspolitiek. Leiderschapscrisis in het CDA*, Amsterdam 2002; R. Fraanje/J. de Vries, *Gepland toeval. Hoe Balkenende in het CDA aan de macht kwam*, Amsterdam 2010.
25. Vgl. P. Fortuyn, *De puinhopen van acht jaar paars*, Rotterdam 2002.
26. Vgl. J.P. Balkenende, *Anders en beter. Pleidooi voor een andere aanpak in de politiek vanuit een christen-democratische visie op de samenleving, overheid en politiek*, Amsterdam 2002.
27. Siehe hierzu den Bericht der Commissie-Frissen, *Verder na de klap. Evaluatie en perspectief*, Den Haag 2010.
28. Auch diese Einschätzung erweist sich als nicht richtig, siehe: F. Halsema, *Pluche. Politieke memoires*, Amsterdam 2016, S. 344-350.
29. Commissie Frissen, *Verder na de klap. Evaluatie en perspectief*, Den Haag 2010.
30. Strategisch Beraad, *Kiezen en verbinden. Politieke visie vanuit het radicale midden*, Den Haag 2012.
31. Vgl. M. ten Hooven, *De christelijke draai naar rechts*, in: *De Groene Amsterdammer* vom 23. März 2017.

2. Die ChristenUnie: pluralistisch aus Prinzip

1. Vgl. R. Janssens, *De opbouw van de Antirevolutionaire Partij 1850-1888*, Hilversum 2001, S. 11, 165.
2. Vgl. R. de Jong, *Het antirevolutionaire volk achter de kiezers. De mythe van een leuze*, in: BMGN 123 (2008), S. 189 (Tabelle 1) sowie die entsprechenden Angaben auf der Internetseite *nverkiezingen.com*. Zum Thema siehe auch: M. Wilp, *Die Krise der christ- und sozialdemokratischen Parteien in Deutschland und in den Niederlanden. Entwicklungen, Hintergründe, Perspektiven*, in: F. Wielenga/F. Hartleb (Hrsg.) *Populismus in der modernen Demokratie. Die Niederlande und Deutschland im Vergleich*, Münster 2011, S. 134-137.
3. Vgl. E. Klei, *Klein maar krachtig, dat maakt ons uniek. Een geschiedenis van het Gereformeerd Politiek Verbond, 1948-2003*, Amsterdam 2011, S. 114-115.
4. Vgl. R. van Mulligen, *Radicale protestanten. Opkomst en ontwikkelingen van de EO, de EH en de ChristenUnie en hun voorlopers (1945-2007)*, Amsterdam 2014, S. 390 (Beilage 4).
5. Vgl. G. Voerman, *Van de marge naar de macht. De ChristenUnie (2000-2010)*, in: J. Hippe/G. Voerman (Hrsg.), *Van de marge naar de macht. De ChristenUnie, 2000-2010*, Amsterdam 2010, S. 91-131 (über Pim Fortuyn: S. 102).
6. Vgl. Guillaume Groen van Prinsterer, *De Anti-Revolutionaire en Confessionele Partij in de Nederlands Hervormde Kerk*, Goes 1854.

7. Vgl. hierzu beispielsweise: R. Nijhoff, *Wat is wijsheid? Toekomst voor christelijke politiek*, Amsterdam 2014, S. 22.
8. Die wirklichen Hintergründe für die Erfolge Kuypers sind in jedem Fall komplexer, vgl. hierzu: de Jong (2008), S. 185-196.
9. Vgl. Abraham Kuiper, *Souvereiniteit in eigen kring: rede ter inwijding van de vrije Universiteit den 20sten October 1880 gehouden in het koor der nieuwe kerk te Amsterdam*, Amsterdam 1880. Siehe hierzu auch: J. Hippe/G. Voerman, *Reformatorisch Staatkundig Verbond? Over de samenwerking tussen SGP, GPV en RPF (1975-2000)*, in: Hippe/Voerman (2010), S. 56.
10. Das niederländische Königreich umfasste zu Zeiten Kuypers auch das schon damals stark muslimisch geprägte „Niederländisch-Indien“, dessen Gebiet ungefähr dem heutigen Indonesien entspricht.
11. Vgl. R. Mouw/S. Griffioen, *Pluralisms and Horizons: An Essay in Christian Public Philosophy*, Grand Rapids 1993.
12. Vgl. N. Wolterstorff, *The Role of Religion in Decision and Discussion of Political Issues*, in: R. Audi/N. Wolterstorff, *Religion in the Public Square*, London 1997, S. 67.
13. Vgl. J. Chaplin, *Herman Dooyeweerd. Christian Philosopher of State and Civil Society*, Notre Dame 2011.
14. Vgl. M. Vonk, *Sustainability and Quality of Life. A study on the religious worldviews, values and environmental impact of Amish, Hutterite, Franciscan and Benedictine communities*, Amsterdam 2011. Dr. Martine Vonk kam bei den Betrachtungen des Wissenschaftlichen Instituts der CU zum Thema Nachhaltigkeit eine wichtige Bedeutung zu.
15. Vgl. F. Nietzsche, *Zur Genealogie der Moral. Eine Streitschrift*, Leipzig 1887, S. 10-11.
16. Zum Thema siehe: G.J. Spijker (Hrsg.), *Vrijheid. Een christelijk-sociaal pleidooi*, Amsterdam 2010. Auch zu den beiden anderen Kernwerten hat das Wissenschaftliche Institut der CU entsprechende Übersichtswerke veröffentlicht, beide erschienen im Jahr 2011.
17. Zitiert nach: P. Trouilleux, *De Franken en het Christendom (550-850). Een rechte lijn*, Antwerpen 2016, S. 133.
18. Vgl. R. van Putten/W. Beekers, *Coöperatiemaatschappij. Solidariteit organiseren in de eenentwintigste eeuw*, Amsterdam 2014.
19. Vgl. J. Rawls, *Political Liberalism. Expanded Edition*, New York 2005, S. 435-490 (Kapitel 4: *The Idea of Public Reason Revisited*).
20. Vgl. J. Habermas, *Religion in der Öffentlichkeit. Kognitive Voraussetzungen für den „öffentlichen Vernunftgebrauch“ religiöser und säkularer Bürger*, in: ders., *Zwischen Naturalismus und Religion. Philosophische Aufsätze*, Frankfurt 2005, S. 129, 133 und 139f.
21. Vgl. A. MacIntyre, *Whose justice, which rationality?*, London 1988.
22. Vgl. G.-J. Segers, *Hoop voor een verdeeld land*, Amsterdam 2016.

3. Zwischen Rebellion und Regierung

1. Vgl. A. Lijphart, *Verzuiling, pacificatie en kentering in de Nederlandse politiek*, Amsterdam 2008, S. 28.
2. Initiatiefcomité D'66, *Appèl aan iedere Nederlander die ongerust is over de ernstige devaluatie van onze democratie*, o.O. 1966, S. 7.
3. Die Nacht von Schmelzer – vom 13. auf den 14. Oktober – ist nach Norbert Schmelzer benannt, einem Parlamentarier der *Katholieke Volkspartij* (KVP). Während der Haushaltsdebatte war ein Antrag Schmelzers angenommen worden, in dem er die in seinen Augen versagende Finanz- und Wirtschaftspolitik des Cals-Kabinetts zur Sprache brachte. Ministerpräsident Jo Cals betrachtete den Antrag als ein Zeichen von Misstrauen gegenüber der Kabinettspolitik. Das führte zum Sturz des Kabinetts. Die Nacht von Schmelzer war für die D66 von großer Bedeutung. Sie stellte „den Beweis dar, dass mit dem Funktionieren unseres staatlichen Systems etwas Grundsätzliches im Argen lag“, weil die KVP „ohne die Legitimierung durch den Wählerwillen in einer einzigen Legislaturperiode dreimal den [Regierungs]Partner wechseln konnte und aufgrund der Tatsache, dass diese Partner [...] sich dafür hergaben.“ E. van Thijn, *D'66 en PVDA: van pistolen tot kernwapens*, in: *Civis Mundi* 20, Nr. 4/1981, S. 149.
4. Es war diskutiert worden, ob sich die Partei ausschließlich auf die „neue vitale Demokratie“ hin orientieren sollte. Es lag eine Liste mit siebenund-dreißig Vorschlägen für ein politisches Programm vor, die in den Augen der Verfasser alle gleich wichtig waren. Es war Martin Veltman von der für die ersten Wahlkampfspots und Plakate verantwortlichen Amsterdamer Werbeagentur FHV, der sagte: Die Demokratiereform, das ist euer *unique selling point*.
5. Vgl. Initiatiefcomité D'66, *Appèl aan iedere Nederland die ongerust is over de ernstige devaluatie van onze democratie*, Amsterdam 1966, S. 3. Zu diesen Gedanken ließ sich die Partei von einem 1964 im *Nederlands Juristenblad* veröffentlichten Essay des Rechtsphilosophen Jan Glastra van Loon inspirieren, der den Titel *Kiezen of Delen* trug. Glastra van Loon engagierte sich erst später in der Partei.
6. Vgl. ebd., S. 3-4.
7. Vgl. V. Voss, *Beeld van een partij, de documentaire geschiedenis van D'66*, Haarlem 1981, S. 19.
8. Vgl. E. Nypels, *Loot van liberale stam*, in: *Idee* 25, Nr. 3/2004, S. 6-7.
9. Zitiert nach: D. Boomsma (Hrsg.), *De Keuze van D66, toespraken, pamfletten en beschouwingen uit 50 jaar partijgeschiedenis*, Amsterdam 2016, S. 44-45.
10. Es kann auch auf die ältere Strömung des „demokratischen Radikalismus“ verwiesen werden. Siehe hierzu: P. Lucardie, *Op zoek naar zusterpartijen, D66 en het democratisch radicalisme in West-Europa*, in: *Jaarboek 1993 Documentatiecentrum Nederlandse Politieke Partijen*, Groningen 1994, S. 200-228.

11. Vgl. H. Daalder, *Van oude en nieuwe regenten. Politiek in Nederland*, Amsterdam 1995, S. 251-252.
12. J.P.A. Gruijters, *Daarom D'66*, Amsterdam 1967, S. 8.
13. H. Hofland, *Tegels lichten, of ware verhalen over de autoriteiten in het land van de voldongen feiten*, Amsterdam 1972, S. 198.
14. Vgl. Elsevier, *Waarom ik de vvd niet liberaal vind*, 2. März 1974, S. 66.
15. E. Tuinstra, *Liberalisme in Nederland*, in: *Liberaal Reveil* 22, Nr. 3/1980, S. 39.
16. Vgl. ebd., S. 38.
17. Vgl. M.H. Klijnsma, *Om de democratie. De geschiedenis van de Vrijzinnig-Democratische Bond. 1901-1945*, Amsterdam 2008, S. 695.
18. Vgl. J. Backer, *Tussen droom en daad: D'66 en de politieke crisis*, Baarn 1983, S. 55.
19. Siehe auch: G. Voerman/P. Lucardie, *Liberalisme met een rode rand? De ideologie van de Democraten*, in: J. Veldhuizen (Hrsg.), *D66: een blijvend appèl: 35 jaar werken aan vernieuwing*, Den Haag 2001, S. 108-111.
20. F. van Mil/A. van Egmond, *Vertrouw op de eigen kracht van mensen*, in: *Idee* 29, Nr. 1/2008, S. 5.
21. Ebd., S. 24.
22. F. van Mil, *Mr. Hans van Mierlo Stichting*, online unter <https://vanmierlo-stichting.d66.nl/sociaal-liberalisme/leessuggesties/hedendaags-sociaal-liberalisme/>, eingesehen am 13.07. 2017.
23. L. Groenman/S. Bruines/E. Boog/M. van der Land, *Verloren vertrouwen en de weg naar herstel, een terugblik op twaalf jaar verkiezingsnederlagen – Een verslag van het onderzoek van een commissie het wel en wee van D66 gedurende de periode 1994-2006*, o.O. 2007, S. 25.
24. C. van Baalen/W. Breedveld, *Nederland kan niet zonder achterkamer, interview met Hans van Mierlo*, in: *Jaarboek Parlementaire Geschiedenis 2002 'Nieuwkomers in de politiek'*, S. 105.
25. Vgl. *Verkiezingsprogramma 1967*, S. 37.
26. Vgl. ebd., u.a. S. 26 und S. 39-40.
27. Vgl. M. van der Land, *Tussen ideaal en illusie. De geschiedenis van D66, 1966-2003*, Den Haag 2003, S. 71.
28. In die Präambel schrieben die drei Parteien, dass sie „eine neue Demokratie“ anstrebten, in der die Wähler „über die Regierungsbildung entscheiden“ konnten sowie die Stärkung der Position des Parlaments. Vgl. *Keerpunt '72, Regeerakkoord van de progressieve drie*, S. 8-9.
29. Siehe den *Beleidsplan D'66, Schets voor een regeringsbeleid in de periode 1971-1975*, in dem (S. 21) die Demokraten schrieben: „Die Verschmutzung unserer Lebensumwelt ist in der letzten Zeit so beunruhigend gestiegen, dass man ihren Folgen – nicht zuletzt für das Wohlergehen des Menschen – nun ernsthaft ins Auge sehen muss. Es muss unverzüglich eine alle Aspekte umfassende Umweltpolitik formuliert werden, auf deren Grundlage die Umweltverschmutzung auf akzeptable Ausmaße zurückgeführt werden kann.“
30. Vgl. Van der Land, *Tussen ideaal en illusie*, S. 110-111.

31. Vgl. ebd., S. 105-106.
32. Ebd., S. 106.
33. Vgl. ebd.
34. Vgl. V. Voss, *Beeld van een partij, de documentaire geschiedenis van D'66*, Haarlem 1981, S. 155.
35. Vgl. Van der Land, *Tussen ideaal en illusie*, S. 150.
36. Vgl. ebd., S. 215.
37. Vgl. G. Voerman/P. Lucardie, *Liberalisme met een rode rand?*, in: *D66: Een blijvend appèl*, Den Haag 2001, S. 109.
38. Vgl. *Terlouw: deur naar VVD niet dicht*, in: *NRC Handelsblad* vom 19. Mai 1982, S. 3.
39. Vgl. D66, *Verkiezingsprogramma Democraten'66 1982-1986*, S. 20-21.
40. Hans Gruijters war Minister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau. Die D66 stellte zudem drei Staatssekretäre: Jan Glastra van Loon (Justiz; ihm folgte später Henk Zeevalking nach), Laurens Jan Brinkhorst (Außenministerium) und Aar de Goede (Finanzen).
41. Vgl. Van der Land, *Tussen ideaal en illusie*, S. 199.
42. Vgl. ebd., S. 212.
43. Ebd., S. 215.
44. Am 12. April 1984 legte die Parlamentarierin Elida Tuinstra eine Gesetzesinitiative vor, die unter bestimmten Bedingungen Euthanasie möglich machen sollte. 1986 sprach der Staatsrat diesbezüglich eine negative Empfehlung aus. Im April 1989 stand die Vorlage endlich auf der Tagesordnung, allerdings kam es durch den Fall des damals regierenden Kabinetts Lubbers II am 3. Mai 1989 nicht zu einer abschließenden Gesetzesberatung.
45. Kommentar von Jacob Kohnstamm aus dem Dokumentarfilm *Vijftientwintig jaar Democraten66* (1991).
46. Vgl. G. Voerman/P. Lucardie, *Liberalisme met een rode rand?*, in: *D66: Een blijven appel*, Den Haag 2001, S. 111. Auf Seite 112 schreiben Lucardie und Voerman, dass sich die D66 wieder von PVDA, CDA und VVD durch das Streben „nach einer Demokratisierung des Staates“ unterschieden habe, welches unter van Mierlo, dem „Exponenten des demokratischen Radikalismus“, wieder eine starke Betonung erfahren habe.
47. H. van Mierlo, *Een reden van bestaan*, o.O. 1985, S. 19.
48. Vgl. ebd.
49. Vgl. Van der Land, *Tussen ideaal en illusie*, S. 283.
50. Vgl. ebd., S. 291.
51. Vgl. ebd., S. 315.
52. In einer „Abschiedsrede“ auf dem Parteikongress vom Frühjahr 1997 begründete van Mierlo seinen Abschied folgendermaßen: „Ich bin zu dem Schluss gelangt, dass die Partei ein neues Gesicht haben muss. Und ich habe auch den Eindruck, dass es in der Partei immer mehr Menschen gibt, die eigentlich auch dieser Meinung sind, sich jedoch aus Nettigkeit gehemmt fühlen, dies tatsächlich zu bekennen.“

53. Unter Els Borst wurden des Weiteren u.a. das *Wet op de geneeskundige behandelingsovereenkomst* (Gesetz zur ärztlichen Behandlungsvereinbarung, 1994), das *Wet medisch-wetenschappelijk onderzoek met mensen* (Gesetz zu medizinisch-wissenschaftlichen Forschungen an Menschen, 1998) sowie das *Wet houdende regels inzake handelingen met geslachtscellen en embryo's* (Gesetz über Vorschriften zum Umgang mit Keimzellen und Embryonen, 2002) verabschiedet. Siehe: A. Bredenoord, *Medische ethiek*, in: A.H.G. Rinnoy Kan/Th.C. de Graaf (Hrsg.), *Redelijk radicaal. Vijftig jaar D66*, Amsterdam 2016, S. 225.
54. Zitiert nach: P. van der Hoeven, *Geen bijwagen maar locomotief*, in: *Idee* 19, Nr. 1/1998, S. 12.
55. Vgl. *Democraten 66, Juist nu!*, o.O. 2003, S. 3.
56. Ebd. Siehe auch den Bericht *Wie meedoet telt mee, D66-voorstellen om integratie van nieuwkomers in de Nederlandse samenleving te verbeteren* vom 24. November 2002.
57. Tweede Kamer, *Handelingen van de Tweede Kamer (HTK) 2003-2004, kamerstuk 29362, Nr. 1, Modernisering van de overheid, brief van de Minister voor Bestuurlijke Vernieuwing en Koninkrijksrelaties* vom 1. Dezember 2003, S. 5.
58. Vgl. B. Dittrich, *Naar nieuwe solidariteit, pamflet voor verandering, vrijheid en verantwoordelijkheid*, o.O. 2005, S. 20.
59. Vgl. Van der Land, *Langs de afgrond*, S. 199-200.
60. Diese Problematik begann am 11. Mai 2006, als in der Fernsehsendung *Zembla* der Umstand thematisiert wurde, dass Ayaan Hirsi Ali 1997 bei ihrer Einbürgerung in die Niederlande bezüglich ihres Nachnamens gelogen hatte. Obwohl dieser Fakt bereits viel länger bekannt war, stellte sich Ministerin Verdonk nun auf den Standpunkt, dass Hirsi Ali juristisch betrachtet die Staatsbürgerschaft nicht erhalten habe. Nach langem juristischem Tauziehen durfte Hirsi Ali dennoch ihre niederländische Staatsbürgerschaft behalten. Allerdings musste sie hierzu eine Erklärung unterschreiben, in der sie ihr Bedauern darüber ausdrückte, die Ministerin in die Irre geführt zu haben. Als sich in der Nacht vom 28. auf den 29. Juni 2006 in einer nächtlichen Parlamentsdebatte über diese Problematik herausstellte, dass diese „Erklärung des Bedauerns“ auf Druck von Ministerin Verdonk zustande gekommen war, kündigte die D66-Fraktion der Ministerin ihr Vertrauen auf. Einen Tag später stellten die D66-Minister ihre Ämter zur Verfügung. Das war das Ende des zweiten Balkenende-Kabinetts.
61. Vgl. Kongressrede Alexander Pechtold, 7. Oktober 2006. In: D. Boomsma (Hrsg.), *De keuze van D66, toespraken pamfletten en beschouwingen uit 50 jaar partijgeschiedenis*, Amsterdam 2016, S. 344-345.
62. Vgl. *Het gaat om mensen. D66 verkiezingsprogramma Tweede Kamer 2006-2010*, o.O. 2006, S. 8.
63. Allerdings sollten weniger umfangreiche Reformen, wie die Streichung der Ernennung des Bürgermeisters durch den Gemeinderat und die Streichung der Rolle der Königin/des Königs bei der Kabinettsbildung aus der

- Verfassung, durchgeführt werden. Dabei spielte Gerard Schouw, zunächst Mitglied der Zweiten und später Mitglied der Ersten Kammer, eine wichtige Rolle.
64. Vgl. M. van der Land, *Langs de afgrond. Tien turbulente jaren in de geschiedenis van D66*, Delft 2012, S. 358-359.
 65. Vgl. Van der Land, *Tussen ideaal en illusie*, S. 363.
 66. Das Wohnungsbauabkommen umfasste Reformen des Wohnungsmarkts – unter anderem den Abbau des Absetzens von Hypothekenzinsen und die Stimulierung des Baumarkts – und wurde im Februar 2013 zwischen den Koalitionsparteien VVD und PVDA sowie den Oppositionsparteien D66, ChristenUnie und SGP geschlossen. Das Herbstabkommen wurde im Herbst 2013 mit den gleichen Parteien geschlossen und führte unter anderem dazu, dass 650 Millionen Euro zusätzlich für Bildungsinvestitionen bereitgestellt wurden.
 67. Vgl. A. Pechtold, *Optimist in de politiek*, Amsterdam 2016, S. 231.
 68. Kongressrede vom 16. April 2016.
 69. Vgl. *Elsevier Magazine* 48 vom 3. Dezember 1988, S. 26.
 70. Vgl. J. Backer, *Tussen droom en daad*, Amsterdam 1983, S. 108.
 71. Vgl. H. Jeekel/ M. H. Klijsma, *Electorale verkenningen*, in: *Idee* 25, Nr. 2/1987, S. 4.
 72. Vgl. ebd.
 73. Gut 42 Prozent stammten von anderen Parteien. Vgl. Van der Land, *Tussen ideaal en illusie*, S. 180. Siehe auch: *De jacht op de zwevende kiezer*, in: *NRC Handelsblad* vom 28. März 1981, S. 4.
 74. In *Tussen droom en daad* suggerierte Joris Backer, dass die Wahlniederlage auf die individualistische Art der Politikführung der Minister zurückzuführen sei. Die D66 habe nicht gut mit den disziplinierenden Anforderungen der Macht (und der Regierungsbeteiligung) umgehen und die eigenen Ergebnisse nur unzureichend ins Rampenlicht rücken können. Siehe: Backer, *Tussen droom en daad*, S. 54.
 75. Die Partei fiel von 15,4 Prozent (1994) über knapp 9 Prozent (1998) auf 5,1 Prozent der Stimmen (2002).
 76. Vgl. L. Groenman, S. Bruines, E. Boog u.a., *Verloren vertrouwen en de weg naar herstel*, o.O. 2007, S. 5.
 77. Vgl. Van der Land, *Tussen ideaal en illusie*, S. 97.
 78. Vgl. J. Glastra van Loon, *Tussen droom en daad*, *Idee* 3, Nr. 3/1982, S. 69.
 79. Vgl. Van der Land, *Langs de afgrond*, S. 290.
 80. Vgl. Van der Land, *Tussen ideaal en illusie*, S. 181.
 81. Die Mitgliederzahl wurde dem Bericht des *Documentatie Centrum Nederlandse Politieke Partijen* (DNPP) vom 8. Februar 2017 entnommen.
 82. Zitat von Hans van Mierlo, getätigt in einem Interview vom 17. Mai 1986 mit dem *Elsevier Magazine*, zitiert nach: D. Boomsma (Hrsg.), *De keuze van D66*, S. 394.

4. Grüner als die Summe ihrer Teile?

1. Vgl. P. Lucardie/W. van Schuur/G. Voerman, *Verloren illusie, geslaagde fusie? GroenLinks in historisch en politicologisch perspectief*, Leiden 1999, S. 89.
2. In den Anfangsjahren wurde der Parteiname mit Leerzeichen geschrieben (*Groen Links*). In diesem Artikel wird der heutige Parteiname ohne Leerzeichen verwendet.
3. Vgl. G. Voerman/P. Lucardie, *GroenLinks in the Netherlands: no longer a protest party, not yet a coalition partner*, in: E. van Haute (Hrsg.), *Green Parties in Europe*, London 2016, S. 140-157; W. Rüdig, *Verschillend sinds geboorte. De leden van GroenLinks vergeleken met leden van andere groene partijen in Europa*, in: P. Lucardie/G. Voerman (Hrsg.), *Van de Straat naar de Staat, GroenLinks 1990 – 2010*, Amsterdam 2010, S. 201-216.
4. Vgl. R. Carson, *Silent Spring*, Boston/New York 1962.
5. Siehe B. Baxter, *Ecologism: An Introduction*, Edinburgh 1999; A. Dobson, *Green Political Thought*, 4. Auflage, London 2007. Obwohl diese Wurzeln bereits in den sechziger Jahren sichtbar waren, haben grüne Parteien den Ökologismus erst in den neunziger Jahren als Erkennungsmerkmal definiert.
6. Vgl. P. Gahrton, *Green Parties, Green Future: from local groups to the international stage*, London 2015.
7. Vgl. B. Doherty, *The fundi-realo controversy: An analysis of four European green parties*, *Environmental Politics* 1 (1992) 1, S. 95-120.
8. Dieser Abschnitt und der folgende basieren auf: Lucardie/Van Schuur/Voerman, *Verloren illusie, geslaagde fusie?*
9. Die angeführten Prozentzahlen stammen aus der *Databank Verkiezingsuitslagen* des Kiesraad.
10. Bram van der Lek publizierte 1972 eines der ersten niederländischsprachigen Bücher über die Umwelt, in dem er sich gegen die Verschmutzung durch die Industrie auflehnte: B. van der Lek, *Milieuboekje*, Amsterdam 1972.
11. Van Duijn war ein Vertreter von *Groen Platform* – einem Verband, der so vielen Parteien wie möglich einen grün-progressiven Charakter verleihen wollte. Von diesem Standpunkt aus konnten sich nicht alle Mitglieder der *Groen Platform* mit der Zusammenarbeit mit den kleinen linken Parteien anfreunden und es kam zu einer Abspaltung. Einige Teilnehmer der *Groen Platform* schloss sich später der Partei *De Groenen* an, einer dunkelgrünen Gruppierung, die explizit auf dem Ökologismus basiert. *De Groenen* waren nie im nationalen Parlament vertreten, aber sehr wohl Volksvertretungen auf niedrigeren Ebenen. 2001 schloss ein Großteil der Parteimitglieder sich unter der Führung desselben Roel van Duijn *GroenLinks* an. Die Partei *De Groenen* wirkt ohne größere Erfolge fort.
12. Die entsprechenden Zahlen sind auf der Homepage des *Documentatiecentrum Nederlandse Politieke Partijen* zu finden.

13. Dieser offene Brief war mit von einer informellen Gruppe Parteiprominenten aus den Vorläuferparteien orchestriert worden, die hinter den Kulissen eine Zusammenarbeit anstrebten. Unter anderem waren Nel van Dijk, Bram van Ojik und Leo Platvoet Teil dieser Gruppe. Vgl. Lucardie/van Schuur/Voerman, *Verloren illisie, geslaagde fusie?*, S. 76.
14. Vgl. GroenLinks, *Uitgangspunten van Groen Linkse politiek*, Amsterdam 1991. Die aktualisierte Version wiederholt diese Formulierungen zustimmend: GroenLinks, *GroenLinks: Partij van de toekomst*, Utrecht 2008.
15. Vgl. GroenLinks, *Verkiezingsprogramma 1989*, Amsterdam 1989.
16. Vgl. F. Halsema, *Pluche. Politieke memoires*, Amsterdam 2016.
17. *Linkse droom kan niet om machtsverschillen heen*, in: *de Volkskrant* vom 15. November 2005.
18. *Een vierdaagse werkweek moet de norm worden*, in: *Het Parool* vom 1. Mai 2015.
19. Vgl. S. Otjes, *Ledenpeiling*, in: *Werken in de 21^e eeuw: partijbrede discussie groenlinks, voorjaar 2015*, Utrecht 2016, S. 27-36. Die Ergebnisse bezüglich des Grundeinkommens bestätigen den allmählichen Rückgang der Unterstützung, die Lucardie und Van Schuur anhand von Umfragen unter den Mitgliedern von 1992, 2002 und 2010 signalisieren. Hierbei stimmen 81, 66 und 50 Prozent der Mitglieder der Aussage „innerhalb der kommenden zehn Jahre muss ein Grundeinkommen für jeden eingeführt werden“ zu. Vgl. P. Lucardie/W. van Schuur, *Meer vertrouwen in de staat dan in de straat? Een vergelijkende analyse van de opvattingen en achtergronden van de leden van GroenLinks in 1992, 2002 en 2010*, in: P. Lucardie/G. Voerman (Hrsg.), *Van de Straat naar de Staat, GroenLinks 1990 – 2010*, Amsterdam 2010, S. 163-176: Tabelle 2.
20. Der Autor war Teil einer Kommission, die dieses Programm entwickelte. Das groß angelegte Experiment mit dem Grundeinkommen und der viertägigen Arbeitswoche als Norm war kein Teil des Konzeptprogramms, sondern wurde vom Kongress eingefügt.
21. Dieser Abschnitt basiert auf G. Pas, *Burgers beschermen. GroenLinks van Koude Oorlog naar humanitaire interventie*, Utrecht 2014.
22. Vgl. ebd., S. 50.
23. Vgl. Lucardie/Van Schuur, *Meer vertrouwen in de staat dan in de straat?*, S. 163-176: Tabelle 2.
24. Die Auseinandersetzung erfolgte auf anraten der Kommission Van Dijk, die die Wahlniederlage untersuchte: Commissie-Van Dijk, *Terug naar de toekomst*, Utrecht 2013.
25. Vgl. GroenLinks, *Vrede, daar blijf je aan werken. GroenLinks en militaire interventies: partijbrede discussie 2014*, Utrecht 2015.
26. Obwohl dieses Spannungsfeld manchmal als eine Konfliktlinie zwischen „links“ und „grün“ präsentiert wird (wenn es z.B. um die negativen Effekte von Umweltsteuern auf niedrige Einkommen geht), scheint es eher ein Ergebnis des Umstands zu sein, dass Vorgängerparteien aus Strömungen

- hervorkamen, die den Akzent mehr auf klassisch-linke als auf grüne Themen legten. Wie an anderer Stelle gezeigt wurde, bietet der Ökologismus eine Interpretation von „klassisch-linken“ Werten, die von einem grünen Menschenbild aus begründet wird: J. Blom, *De toekomst van links is groen*, in: *Socialisme & Democratie* 72 (2015) 2, S. 79-82.
27. Vgl. D. Verkuil, *Van Groen Links naar GroenLinks*, in: P. Lucardie/G. Voerman (Hrsg.), *Van de Straat naar de Staat, GroenLinks 1990 – 2010*, Amsterdam 2010, S. 63-86: 74.
 28. Vgl. GroenLinks, *Verkiezingsprogramma 1989*, Amsterdam 1989.
 29. Vgl. GroenLinks, *Verkiezingsprogramma 1998- 2002*, Utrecht 1998, S. 55.
 30. W. Duyvendak und F. Halsema, *EKOnomie, inspiratie voor groene innovatie*, Den Haag 2006.
 31. Vgl. GroenLinks, *Nieuwe energie voor Europa: Verkiezingsprogramma Europese Verkiezingen 2009*, Utrecht 2009.
 32. F. Halsema, *Geluk! Voorbij de hyperconsumptie, haast en hufterigheid*, Amsterdam 2008.
 33. Vgl. Tweede Kamer, *Rapport tijdelijke commissie breed welvaartsbegrip*, Den Haag 2016.
 34. Vgl. J. Klaver, *De Mythe van het Economisme: pleidooi voor nieuw idealisme*, Amsterdam 2016.
 35. Dies passt auch gut zu der seitens der EVP begrüßten Idee einer „Economie van het genoeg“ („Wirtschaft der Zufriedenheit mit dem, was man hat“), die von Bob Goudzwaard, Wirtschaftsprofessor an der *Vrije Universiteit Amsterdam*, geprägt wurde.
 36. In dieser Weise äußerte sich kürzlich noch der junge Parteichef der belgischen Grünen, Kristof Calvo: K. Calvo, *F*ck de Zijlijn: tijd voor possibilisme*, Gent 2015.
 37. Siehe die Parteibesprechungen in: P. Gahrton, *Green parties, green future: from local groups to the international stage*, London 2015.
 38. Um die Sprache aus der Motivationstheorie des Psychologen Herzberg zu verwenden: Grüne Themen sind ein Hygienefaktor für die grünlinke Basis, während Themen wie soziale Absicherung und internationale Fragen Motivatoren sind. Dies lässt die Tatsache unberührt, dass die zwei zuletzt genannten Themen auch aus einer ökologistischen Perspektive gefüllt werden können.
 39. Vgl. Lucardie/van Schuur, *Meer vertrouwen in de staat dan in de straat?*, S. 163-176.
 40. Diese Einschätzung geht aus einem internen Strategiepapier des Strategierats aus dem Jahr 2004 hervor.
 41. Siehe den vom *Wetenschappelijk Bureau* herausgegebenen Band: H. van de Berg (Hrsg.), *Het CPB in politieke zaken*, Utrecht 1993 und die Broschüre *GroenLinks en het CP* (Utrecht 1994).
 42. Vgl. P. Lucardie/W. van Schuur, *Meer vertrouwen in de staat dan in de straat?*, S. 172-173.

43. Vgl. K. Eikelenboom/G. Pas, *Ideënpartij met macht*, Utrecht 2009.
44. Vgl. Lucardie/Van Schuur, *Meer vertrouwen in de staat dan in de straat?*, S. 172–173.
45. Senatsmitglied Sam Pormes trat im Oktober 2006 zurück, nachdem seine Position durch Gerüchte über eine Teilnahme an einem „terroristischen Trainingslager“ im Jemen und eine Beteiligung an dem gewalttätigen Teil der Molukker-Bewegung in den Niederlanden unhaltbar geworden war. Parlamentsmitglied Wijnand Duyvendak musste 2008 zurücktreten, nachdem er zugab, in den achtziger Jahren am Einbruch in das Wirtschaftsministerium beteiligt gewesen zu sein, der zur Bekanntgabe von Plänen für neue Atomkraftwerke führte.
46. Vgl. Halsema, *Pluche. Politieke memoires*, S. 162.
47. Inzwischen ist die Partei zum alten Logo zurückgekehrt.
48. Zitiert aus: Jesse Klaver, *Rede beim Meet-Up in Nimwegen*, Januar 2017.
49. Vgl. Wim Kok, *We laten niemand los*, Den Uyl-Lesung 1995. Der Text der Lesung ist erschienen in: Stichting J.M. den Uyl-lezing, *We laten niemand los. Den Uyl lezingen 1993-1999*, Amsterdam 2000.
50. *Het Parool* vom 12. Mai 2002.
51. Siehe die Besprechung in: Halsema, *Pluche. Politieke memoires*, S. 324–343 und A. van Kessel, *Doe dit onze partij niet aan, doe dit ons land niet aan: De formatie van het kabinet-Rutte I (2010)*, in: C. van Baalen/A. van Kessel (Hrsg.), *Kabinetformaties 1977-2012*, Amsterdam 2016, S. 447–510.
52. Vgl. K. Reif/H. Schmitt, *Nine second-order national elections – a conceptual framework for the analysis of European election results*, in: *European Journal of Political Research* 8 (1980) 1, S. 3–44. Die Autoren erläuterten in diesem Text den Unterschied zwischen *first order*- und *second order*-Wahlen sowie den theoretischen Hintergrund, warum Parteien verschiedene Ergebnisse bei diesen Wahlen erzielen.

5. „Gegen die unmoralische Härte der Wirtschaft“

1. Mit Dank an Peter van Dam für seine Anmerkungen zu einer früheren Version dieses Artikels. Dieser Artikel baut auf einigen früheren Beiträgen über die Geschichte der PVDA auf, die ich zwar verwendet habe, auf die ich aber nicht weiter verweise. Dies betrifft: F. Becker, *Das Kabinett den Uyl (1973-1977) als Höhe- und Wendepunkt der 1970er Jahre*, in: D. Hellema/Wielenga/M. Wilp (Hrsg.), *Radikalismus und politische Reformen. Beiträge zur deutschen und niederländischen Geschichte in den 1970er Jahren*, Münster/New York/München/Berlin 2012, S. 55–80; F. Becker, *Een strijd om nieuwe verhoudingen. Sociaaldemocraten en christendemocraten in de Nederlandse politiek na 1945*, in: P. van Dam/J. Kennedy/F. Wielenga (Hrsg.), *Achter de zuilen. Op zoek naar religie in naoorlogs Nederland*, Amsterdam 2014, S. 301–332;

- F. Becker/G. Voerman (Hrsg.), *Zeventig jaar Partij van de Arbeid*, Amsterdam 2016.
2. W. Banning, *Het nieuwe begin*, in: W. Banning/J. Barents (Hrsg.), *Socialistische documenten*, Amsterdam 1952, S. 237.
 3. Siehe hierzu: M. de Keizer, *De gijzelaars van Sint Michielsgestel. Een elite-be-raad in oorlogstijd*, Alphen aan den Rijn 1979.
 4. Siehe hierzu: S. Leydesdorff, *Maakten zij de wereld leefbaar? Korte geschiedenis van de SDAP in het joodse bolwerk Amsterdam-Oost in de jaren voor en na de Tweede Wereldoorlog*, in: M. van Amerongen u.a., *Voor buurt en beweging. Negentig jaar sociaal-democratie tussen IJ en Amstel*, Amsterdam 1984, S. 160-197; siehe auch: E. Gans, *De kleine verschillen die het leven uitmaken. Een historische studie naar joodse sociaal-democraten en socialistisch-zionisten in Nederland*, Amsterdam 1999, insb. S. 492-531.
 5. Vgl. B. Mellink, *Tweedracht maakt macht: de PVDA, de doorbraak en de ontluikende polarisatiestrategie (1946-1966)*, in: *Bijdragen en Mededelingen betreffende de Geschiedenis der Nederlanden* 126, Nr. 2, o.O. 2011, S. 30-53.
 6. Zu dieser Typisierung siehe: P. de Rooy, *Over snijbloemen en sociaal-democratie*, in: *Socialisme & Democratie* 64, Nr. 10, o.O. 2007, S. 14.
 7. Vgl. H. de Liagre Böhl, *Willem Banning in de Partij van de Arbeid: een verloren strijd om de doorbraak*, in: M. Krop/M. Ros/S. Stuiveling/B. Tromp (Hrsg.), *Het twaalfde jaarboek voor het democratisch socialisme*, Amsterdam 1991, S. 49.
 8. Vgl. W. Banning, *De visie der "doorbrekers"*, in: *Socialisme en Democratie* 6, Nr. 5, o.O. 1949, S. 257-264.
 9. R. Hartmans, *Het socialisme van Willem Banning. Bij de honderdste geboortedag van een "vergeten" ideoloog*, in: *Socialisme en Democratie* 45, Nr. 1, o.O. 1988, S. 9.
 10. Vgl. D. Bosscher, *Een partij in opbouw*, in: M. Brinkman/M. de Keizer/M. van Rossem (Hrsg.), *Honderd jaar sociaal-democratie in Nederland 1894-1994*, Amsterdam 1994, S. 163.
 11. Siehe F. van As, *De geruisloze ondergang van het Nederlands socialistisch ethos*, Amsterdam 2006. Für die Meinung eines liberalen Demokraten siehe: H. Harmsen, *Het was een geweldige teleurstelling. Van meet af aan was de doorbraak mislukt*, in: M. Mevius/L. Booij/E. van Bruggen (Hrsg.), *Hier: de Partij van de Arbeid! Vijftig jaar geschiedenis in interviews*, Amsterdam 1996, S. 36-37.
 12. Vgl. Wiardi Beckman Stichting, *Rapport over samenstelling, denkwijze en richting der belangstelling van het kader van de partij*, o. O. 1954, S. 14.
 13. J. Jansen van Galen/H. Vuijsje, *Drees, wethouder van Nederland*, Alphen aan den Rijn 1980, S. 73.
 14. J. Th. J. van den Berg, *Het miskende tijdvak: de eerste twintig jaar van de Partij van de Arbeid*, in: M. Krop/M. Ros/S. Stuiveling/B. Tromp (Hrsg.), *Het zeven-de jaarboek voor het democratisch socialisme*, Amsterdam 1986, S. 21.

15. Zitiert nach: B. A. G. M. Tromp, *Het sociaal-democratisch programma. De beginselprogramma's van SDB, SDAP en PVDA, 1878-1977. Een onderzoek naar een politieke stroming*, Groningen 2002, S. 402, 404.
16. Vgl. Th. J. A. M. van Lier, *Op weg naar de verzorgingsstaat (1950-1960)*, in: J. Bank/S. Temming (Hrsg.), *Van brede visie tot smalle marge. Acht prominenten over de SDAP en de PVDA*, Alphen aan den Rijn 1981, S. 149.
17. Vgl. T. Kappelhof, "Omdat het historisch gegroeid is". *De Londense Commissie-Van Rhijn en de ontwikkeling van de sociale verzekeringen in Nederland (1937-1952)*, in: *Tijdschrift voor sociale en economische geschiedenis* 1, Nr. 2, o.O. 2004, S. 71-91.
18. Siehe für eine ausführliche Analyse: K. van Kersbergen, *Social Capitalism. A Study of Christian democracy and the welfare state*, London/New York 1995.
19. Zitiert nach: H. Daalder, *Gedreven en behoedzaam. Willem Drees 1886-1988. De jaren 1940-1948*, Amsterdam 2003, S. 429.
20. W. Drees, *Herinneringen en Opvattingen*, Naarden 1983, S. 102.
21. Zitiert nach: H. Wijfjes, *VARA. Biografie van een omroep*, Amsterdam 2009, S. 225.
22. Wiedergegeven in: *De weg naar vrijheid. Een socialistisch perspectief*. Rapport van de plancommissie van de Partij van de Arbeid, Amsterdam 1951, S. 355.
23. J. de Kadt, *Socialistisch isolement of sociale werelddemocratie (1)*, in: *Socialisme en Democratie* 9, Nr. 11, o.O. 1952, S. 651.
24. J. Barents, *De korte en de lange termijn*, in: *Socialisme en Democratie* 7, Nr. 12, o.O. 1950, S. 723.
25. Vgl. *Rapport over samenstelling, denkwijze en richting der belangstelling van het kader van de partij*, S. 55-56.
26. Siehe hierzu: G. Voerman, *Het najagen van een illusie? De PVDA en Europa*, in: F. Becker/G. Voerman (Hrsg.), *Zeventig jaar Partij van de Arbeid*, Amsterdam 2016, S. 250-255.
27. Vgl. M. Segers, *Nederland tegen zichzelf. De PVDA, het debat over Europa in de jaren vijftig en de doorwerking daarvan in de Europese politiek van Nederland*, in: F. Becker/M. Hurenkamp/M. Sie Dhian Ho (Hrsg.), *Het ongemak over Europa. WBS jaarboek 2008*, Amsterdam 2008, S. 102-106; siehe auch M. Segers, *Reis naar het continent. Nederland en de Europese integratie, 1950 tot heden*, Amsterdam 2013, S. 85 f.
28. Vgl. J. van Merriënboer, *Mansholt. Een biografie*, Amsterdam 2006, S. 187.
29. Vgl. P. van Praag, *Van kiezers en campagnes. De electorale ontwikkeling van de PVDA*, in: Becker/Voerman (Hrsg.), *Zeventig jaar Partij van de Arbeid*, S. 102-104.
30. Zitiert nach: P. van Praag/A. Walter, *Negatieve campagnevoering: iedereen deed het, iedereen doet het*, in: *Socialisme & Democratie* 70, Nr. 5, o.O. 2013, p.67.
31. E. Meester, "De partij van morgen!" – *de Partij van de Arbeid gaat zich vernieuwen*, Amsterdam 1964, S. 8-9.

32. E. van Thijn, *Kroonprinsenleed. Machtswisselingen in de politiek*, Amsterdam/Antwerpen 2008, S. 71. Im Folgenden werden die *Neuen Linken* eingehend besprochen.
33. Zitiert nach: E. van Thijn, *De PVDA geprovoceerd (1960-1970)*, in: J. Bank/S. Temming (Hrsg.), *Van brede visie tot smalle marge*, S. 177-180.
34. Vgl. E. van Thijn, *Van partijen naar stembusakkoorden*, 1967, in: E. van Thijn (Hrsg.), *Democratie als hartstocht. Commentaren en pleidooien 1966-1991*, Amsterdam 1991, S. 40-41; PVDA, *Het Nederlandse parlementaire stelsel. Rapport van de commissie Parlementaire Democratie van de Partij van de Arbeid*, Amsterdam 1965. 1967 folgte noch der Bericht einer PVDA-Arbeitsgruppe unter Leitung von den Uyl: *Een STEM die telt. Vernieuwing van de parlementaire democratie*, Amsterdam 1967.
35. Das hierunter stehende basiert auf: F. Becker/P. Kalma, "Twee dingen goed begrijpen". *Het onverwoestbare programma van Joop den Uyl*, in: *Socialisme & Democratie* 64, Nr. 11/12, o.O. 2007, S. 12-25.
36. *Verslag van het negende congres van de Partij van de Arbeid, gehouden op 17, 18 en 19 januari 1963, in het gebouw van de Dierentuin, te 's-Gravenhage*, Amsterdam o. J., S. 66.
37. Vgl. J. M. den Uyl, *Om de kwaliteit van het bestaan. Een postume voordracht*, in: *Socialisme & Democratie* 52, Nr. 2, o.O. 1995, S. 51.
38. J. K. Galbraith, *The Affluent Society*, Harmondsworth 1974, S. 21.
39. Vgl. J. M. den Uyl, *Om de kwaliteit van het bestaan*, in: *Socialisme & Democratie* 28, Nr. 4, o.O. 1971, S. 226-227; Den Uyl, *Om de kwaliteit van het bestaan. Een postume voordracht*, S. 58.
40. Den Uyl, *Om de kwaliteit van het bestaan. Een postume voordracht*, S. 58.
41. Vgl. J. M. den Uyl, *Fundamentele democratisering*, in: J. de Kadt/J. M. den Uyl/A. Vondeling (Hrsg.), *Vrijheid en gelijkwaardigheid in de welvaartsstaat. Een toetsing van de naoorlogse ontwikkeling aan socialistische normen*, Wiardi Beckman Stichting, Amsterdam 1957, S. 10.
42. J. M. den Uyl, *De smalle marge van democratische politiek*, in: J. M. den Uyl (Hrsg.), *Inzicht en uitzicht. Opstellen over economie en politiek. Met een inleiding van M. van Rossem*, Amsterdam 1988, S. 168.
43. *Handelingen van de Tweede Kamer (HTK)*, Buitengewone Zitting, 1967 S. 47.
44. Den Uyl während der Algemene Beschouwingen von 1971, *Handelingen van de Tweede Kamer (HTK)*, 1971-1972, S. 318.
45. Noch immer maßgebend über die Entwicklung der Neuen Linken ist: P. van Praag, *Strategie en illusie. Elf jaar intern debat in de PVDA (1966-1977)*, Amsterdam 1990.
46. Zwischen 1963 und 1967 regierten drei Kabinette in verschiedenen Zusammensetzungen, ohne das zwischenzeitlich der Wähler zum Zuge gekommen wäre. Das Kabinett unter Cals und Vondeling, das im Frühling 1965 antrat, fiel bereits im Herbst 1966 auseinander. Das Ende des Kabinetts wurde von einem Votum des KVP-Fraktionsvorsitzenden Norbert Schmelzer

- eingeläutet. Diese „Nacht van Schmelzer“ wurde von vielen Sozialdemokraten als ein Beweis für die Unzuverlässigkeit der KVP betrachtet.
47. Vgl. G. Heyne den Bak, *Democratie in problemen. Participatie en besluitvorming in de Partij van de Arbeid*, Deventer 1982, S. 48. Einen vergleichbaren Trend zeigt Franz Walter für die SPD: F. Walter, *Vowärts oder Abwärts? Zur Transformation der Sozialdemokratie*, Berlin 2010, S. 12-13.
 48. Vgl. J. Th. J. van den Berg, *De toegang tot het Binnenhof. De maatschappelijke herkomst van de Tweede-Kamerleden tussen 1849 en 1970*, Weesp 1983, S. 259.
 49. Siehe hierzu: F. Zijdam, *Tussen wens en werkelijkheid. Het debat over vrede en veiligheid binnen de PVDA in de periode 1958-1977*, Amsterdam 2002.
 50. E. van Thijn, *Is het PVDA-socialisme een wegwerpideologie?*, in: *Socialisme & Democratie* 28, Nr. 11, o.O. 1971, S. 548-549; siehe außerdem: E. van Thijn, *Democratie als hartstocht. Commentaren en pleidooien 1966-1991*, Amsterdam 1991.
 51. Vgl. J. Kool-Smit, *Gelijkheid vertaald naar de helft*, in: *Socialisme & Democratie* 29, Nr. 3, o.O. März 1972, S. 98 f.
 52. Siehe hierzu: Werkgroep 'Partij in actie' der Wiardi Beckman Stichting, *Partij Parlement Activisme*, Deventer 1978.
 53. Siehe hierzu: I. van den Broek, *Heimwee naar de politiek. De herinnering aan het kabinet-Den Uyl*, Amsterdam 2002.
 54. C. van Esterik/J. van Tijn, *Jaap Burger, een leven lang dwars. Een politieke biografie*, Amsterdam 1984, S. 215.
 55. *Handelingen van de Tweede Kamer der Staten Generaal 1972-1973*, S. 1565.
 56. Der Kern der Uneinigkeit über die Grundstückspolitik betraf die Preisbestimmung von Ackerland und die Bewertungsgrundlage bei Enteignung. Diese Probleme hatten einen stark technischen Charakter, bildeten aber Teil einer eher ideologisch geladenen Kontroverse. Sozialdemokraten fanden, dass Boden kein Spekulationsobjekt sein durfte und dass ein Einzelner nicht vom Einfluss des Regierungshandelns auf den Wert von Boden profitieren durfte. Die Grundstückspolitik wurde während des Kabinetts unter den Uyl zu einem wesentlichen politischen und gesellschaftsreformierenden Streitpunkt, war jedoch schon zuvor Grund für heftige Streitereien gewesen. Für eine ausführliche Übersicht siehe: J. de Vries, *Grondpolitiek en kabinetcrises*, 's-Gravenhage 1989, insbesondere S. 171 f.
 57. Zitiert nach: A. de Kwant/E. Matthies, *Twee dingen... Joop den Uyl geportretteerd door tijdgenoten*, Utrecht/Antwerpen 1981, S. 43.
 58. Siehe für eine „zeitgenössische“ Beurteilung der Ergebnisse des Kabinetts unter den Uyl: W. Gortzak (Hrsg.), *De kleine stappen van het Kabinet-Den Uyl. Gesprekken met PVDA-bewindslieden*, Wiardi Beckman Stichting, Deventer 1978; außerdem: P. Bootsma/W. Breedveld, *De verbeelding aan de macht*, Den Haag 1999; A. Bleich, *Joop den Uyl 1919-1987. Dromer en doordouwer*, Amsterdam 2008, S. 266 f.
 59. Siehe hierzu: P. Nieuwenhuijsen, *De PVDA in de steden. Een geschiedenis van het naoorlogse wethouderssocialisme*, in: Becker/Voerman (Hrsg.), *Zeven-*

- tig jaar Partij van de Arbeid*, vor allem S. 228-236; auch H. de Liagre Böhl, *Amsterdam op de helling. De strijd om stadsvernieuwing*, Amsterdam 2010.
60. Bleich, *Joop den Uyl 1919-1987*, S. 464. Siehe für eine Typisierung seiner Führung auch H. te Velde, *Stijlen van leiderschap. Persoon en politiek van Thorbecke tot Den Uyl*, Amsterdam 2002.
 61. P. van Praag, *Van gedelegeerd vertrouwen naar georganiseerd wantrouwen. De betekenis van Nieuw Links voor de PVDA*, in: C. Hietland en G. Voerman (Hrsg.), *10 over rood 50 jaar later*, Amsterdam 2016, S. 71.
 62. E. van Thijn, *Dagboek van een onderhandelaar 25 mei–11 november 1977*, Amsterdam 1978.
 63. Siehe hierzu und dem Folgenden: F. Becker, *De jaren 1970-1994*, in: Brinkman/De Keizer/Van Rossem (Hrsg.), *Honderd jaar sociaal-democratie in Nederland*, S. 272 f.
 64. Kritik aus den eigenen Reihen kam u. a. von W. Meijer, *Naar een herwaardering van de verzorgingsstaat*, in: *Socialisme & Democratie* 39, Nr. 1, o.O. 1982.
 65. Vgl. Van Praag, *Van kiezers en campagnes*, in: Becker/Voerman (Hrsg.), *Zeventig jaar Partij van de Arbeid*, S. 111.
 66. Vgl. *Schuivende Panelen. Continuïteit en vernieuwing in de sociaal-democratie*, Amsterdam 1987; *Bewogen beweging. Sociaal-democratie als program en methode*, Amsterdam 1988. Für eine Orientierung zu den beiden Berichten siehe: J. Th. J. van den Berg, *De langzame ontworteling van de Nederlandse sociaaldemocratie*, in: Becker en Voerman (Hrsg.), *Zeventig jaar Partij van de Arbeid*, S. 58 f.
 67. A. Peper, *Partij-organisatie: doel of middel*, in: *Socialisme en Democratie* 47, Nr. 5, o.O. 1990, S. 274.
 68. Siehe für einen Bericht der Ereignisse das Interview mit Jan Pronk: P. Rehwinkel/J. Nekkers, *Regerenderwijs. De PVDA in het kabinet-Lubbers/Kok*, Amsterdam 1994, S. 116 f.
 69. P. de Rooy/H. te Velde, *Met Kok. Over veranderend Nederland*, Amsterdam 2005, S. 38.
 70. Vgl. W. Kok, *Wij laten niemand los*, in: *In het spoor van Den Uyl. Den Uyl-lezingen 1988-2008*, Amsterdam 2009, S. 192. Zum Hintergrund: T. Niemantsverdriet, *De vechtpartij. De PVDA van Kok tot Samsom*, Amsterdam/Antwerpen 2014, S. 73-79.
 71. P. de Rooy, *Grote veranderingen in een klein land*, in: De Rooy/Te Velde (Hrsg.), *Met Kok*, S. 220.
 72. Vgl. *Niemand aan de kant. Om de toekomst van de verzorgingsstaat*, Amsterdam 1992. Paul de Beer war Sekretär, Dik Wolfson Vorsitzender der *Commissie Verzorgingsstaat* (Kommission Sozialstaat), die den Bericht schrieb.
 73. Siehe: J. van Ingen Schenau/D. Benschop, *De catenaccio-campagne van de PVDA*, in: K. Brandts/P. van Praag jr. (Hrsg.), *Verkoop van de politiek. De verkiezingscampagnes van 1994*, Amsterdam 1995, S. 41-53.
 74. Vgl. R. van der Ploeg/M. van Zuylen, *Paars voor sociaal-democraten*, in: *Socialisme & Democratie* 52, Nr. 3, o.O. 1995, S. 112-117; R. Freeman, *Zonder rood*

- geen paars. *Kanttekeningen van een sociaal-democraat*, Amsterdam 1995, S. 181-182.
75. Wiardi Beckman Stichting, *Memorandum Derde Weg*, März 1999, S. 2.
 76. U.S. Newswire, *Transcript of Democratic Leadership Council April 25 Event*, 26. April 1999, zitiert von M. Schutrups, *De programmatisch-ideologische ontwikkeling van de PVDA en de Derde Weg ('Third Way')*, 1986-2002, Groningen 2011, S. 4.
 77. T. Blair/G. Schröder, *Europe: The third Way/Die Neue Mitte*, Juni 1999, S. 10.
 78. Progressive Policy Institute, Korrespondenz und Tagesordnung bez. der Konferenz, *The Politics of the Third Way in Airley Center*, vom 23. Juli 1998 und Januar 1999; W. Marshall (Hrsg.), *Building the Bridge. 10 Big Ideas to Transform America*, Lanham etc. 1997; R. Cuperus/K. Duffek/J. Kandel (Hrsg.), *Multiple Third Ways. European Social Democracy facing the Twin Revolution of Globalisation and the Knowledge Society*, Amsterdam/Berlijn/Wenen 2001; A. Giddens, *The Third Way, The Renewal of Social Democracy*, Cambridge 1998.
 79. Vgl. R. Koole, *Lessen voor de ledendemocratie uit de lijsttrekkersverkiezing*, in: *Socialisme & Democratie* 73, Nr. 6, o.O. 2015, S. 5-20.
 80. F. Leijnse, *De CDA-isering van de PVDA. Een kritiek op het regeerakkoord*, in: *Socialisme & Democratie* 51, Nr. 10, o.O. 1994, S. 452.
 81. P. Kalma, *De wonderbaarlijke terugkeer van de solidariteit*, Amsterdam 1995; P. Kalma, *Links, rechts en de vooruitgang*, Amsterdam 2004; P. Kalma, *Makke schapen. Over volgzame burgers en vluchtige politiek*, Amsterdam 2012.
 82. H. Anker/P. Depla/J. M. Wiersma, *Sterk en sociaal. De immuniseringscampagne van de PVDA*, in: P. van Praag/K. Brants (Hrsg.), *Tussen beeld en inhoud. Politiek en media in de verkiezingen van 1998*, Amsterdam 2000, S. 38.
 83. Für eine genaue Rekonstruktion siehe: R. Koole, *Mensenwerk. Herinneringen van een partijvoorzitter, 2001-2007*, Amsterdam 2010, S. 168 f.
 84. Ein zeitgenössischer Bericht darüber findet sich in: L. Ornstein/M. van Weezel, *De verloren erfenis. Het slinkend vertrouwen in de sociaal-democratie*, Amsterdam 1992, insbesondere S. 41-66.
 85. G. van Westerloo, *Niet spreken met de bestuurder*, Amsterdam 2003, S. 50 und 11. Siehe für die Reportage über Arnheim aus dem Jahr 1990 S. 69-115.
 86. *"De mensen herkennen hun stad niet meer". Een gesprek met Henk van der Pols*, in: F. Becker u.a. (Hrsg.), *Rotterdam. Het vijfentwintigste jaarboek voor het democratisch socialisme*, Amsterdam 2004, S. 192.
 87. Werkgroep Politiek Inhoudelijke Koers, *De kaasstolp aan diggelen*, Amsterdam 2002.
 88. Reaktion der (Interims)Parteileitung der PVDA auf den Bericht der Vreeman-Kommission *De scherven opgeveegd* vom 1. Juni 2007.
 89. Vgl. P. van Praag/W. Geijtenbeek, *Het onderschatte debat. De rol van het RTL4-debat in de campagne van 2003*, in: K. Brants/P. van Praag (Hrsg.), *Politiek en media in verwarring. De verkiezingscampagnes in het lange jaar*

- 2002, Amsterdam 2005, S. 111 f.; A. Walter/P. van Praag, *Het premiersdebat als game changer*, in: P. van Praag/K. Brants (Hrsg.), *Media, macht en politiek. De verkiezingscampagne van 2012*, Diemen 2014, S. 131f.
90. Vgl. C. Arndt, *The Electoral Consequences of Third Way Welfare State Reforms. Social Democracy's Transformation and its Political Costs*, Amsterdam 2013, S. 204 f. Siehe auch: van Praag, *Van kiezers en campagnes*, in: F. Becker/G. Voerman (Hrsg.), *Zeventig jaar Partij van de Arbeid*, S. 123-126.
 91. Siehe F. Becker/R. Cuperus, *De sociaal-democratische spagaat. Over de electorale en sociologische instabiliteit van de PVDA*, in: F. Becker/R. Cuperus (Hrsg.), *Verloren slag. De PVDA en de verkiezingen van november 2006*, Amsterdam 2007, S. 47-54.
 92. J. M. den Uyl, *Na de tweedeling*, in: J.M. den Uyl, *De toekomst onder ogen. Beschouwingen over socialisme, economie en economische politiek*, Amsterdam 1986, S. 179.
 93. W. Bos, *De Derde Weg Voorbij*, Dr. J.M. den Uyl-Lesung Montag, den 25. Januar 2010, S. 14.
 94. Vgl. C. Arndt/K. van Kersbergen, *Social democracy after the Third Way: restoration or renewal?*, in: *Policy & Politics* 43, Nr. 2, o.O. 2013, S. 203-220.
 95. Während der EU-Präsidentschaft der Niederlande in der zweiten Jahreshälfte 1991 bereitete Staatssekretär Piet Dankert einen Vertragsentwurf für eine Europäische Politische Union mit ausgesprochen gemeinschaftlichen Zügen vor. Sein Vorschlag wurde während einer Versammlung des Europäischen Rates am 30. September 1991 – dem Datum, das als *Black Monday* in die Geschichte einging – von fast allen Mitgliedsstaaten abgelehnt. Siehe für eine Rekonstruktion das Interview mit Dankert in Rehwinkel und Nekkers, *Regerenderwijs*, S. 145f. Die niederländische Regierung musste anschließend das Tempo drosseln. Der Entscheidungsprozess bezüglich der Europäischen Politischen Union mündete schließlich im Vertrag von Maastricht, der im Februar 1992 von allen Mitgliedsstaaten unterzeichnet wurde.
 96. Vgl. Werkgroep Europa, *Europa: Vertrouwen herwinnen. Discussienota*, Amsterdam 2005.
 97. Vgl. Voerman, *Het najagen van een illusie?*, in: Becker/Voerman (Hrsg.), *Zeventig jaar Partij van de Arbeid*, S. 269 f.; F. Escalona/M. Vieira/J.-M. De Waele, *The Unfinished History of the Social Democratic Family*, in: ebd. (Hrsg.), *The Palgrave Handbook of Social Democracy in the European Union*, Basingstoke 2013, S. 24-25.
 98. Zu Beginn der siebziger Jahre wurde das Anwerben von „Gastarbeitern“ von der PVDA in Rotterdam als unerwünschte Strategie von Arbeitgebern betrachtet, um billige und ungeschulte Arbeitskräfte anzuziehen für Unternehmenszweige wie den Schiffsbau, von denen schon damals klar war, dass sie bald stark unter Druck geraten würden. Siehe hierzu: *“De mensen herkennen hun stad niet meer”. Een gesprek met Henk van der Pols*, in: Becker u.a. (Hrsg.), *Rotterdam. Het vijfentwintigste jaarboek voor het democratisch*

- socialisme*, S. 190-191. Der Bericht der Kommission unter Leitung von van Thijn erschien als: *Wisselwerking. Een visie van de PVDA op interculturaliteit*, Amsterdam 1998.
99. W. Gortzak, *De moeizame opmars van het allochtone raadslid*, in: F. Becker u.a. (Hrsg.), *Transnationaal Nederland. Immigratie en integratie. Het drieëntwintigste jaarboek voor het democratisch socialisme*, Amsterdam 2002, S. 154, 152.
 100. Vgl. P. Scheffer, *Het multiculturele drama*, in: *NRC Handelsblad* vom 29 Januar 2000.
 101. *Verdeeld verleden, gedeelde toekomst. Concept-resolutie over integratie, opgesteld door het bestuur van de PVDA*, in: *Socialisme & Democratie* 66, Nr. 1/2, o.O. 2009, p.23.
 102. Siehe hierzu: S. Otjes, *Wat is er over van de rode familie? De bijzondere relatie tussen PVDA en NVV/FNV*, in: Becker/Voerman (Hrsg.), *Zeventig jaar Partij van de Arbeid*, S. 184 f.
 103. *Vertrek van Spekman nog geen begin van oplossing problemen PVDA*, in: *NRC Handelsblad* vom 20. März 2017.
 104. Siehe zum Thema: M. Sie Dhian Ho, *Van waarde. Sociaal-democratie voor de eenentwintigste eeuw*, Amsterdam 2013.
 105. R. Cuperus, *De wereldburger bestaat niet. Waarom de opstand der elites de samenleving ondermijnt*, Amsterdam 2009, S. 13, 64.
 106. In Anlehnung an: R.H. Tawney, *Equality*, London 1983 [1931], S. 108.

6. Die Schwächsten gegen das Recht des Stärkeren verteidigen

1. Vgl. A. Bos/C. Brand, *Wel voor de Poes*, online unter <http://www.ru.nl/cpg/publicaties/blogs-rubrieken/debutanten-binnenhof/partij-dieren/>, aufgerufen am 3. August 2017.
2. Vgl. GroenLinks, *Protest en Perspectief. De visie van GroenLinks, Verkiezingen januari 2003*, 23. November 2002, online unter <http://pubnpp.eldoc.ub.rug.nl/FILES/root/verkiezingsprogramma/TK/gl2003con/gl-con03.pdf>, aufgerufen am 3. August 2017.
3. P. Cliteur/J. Vink, *De gelijkheid en vrijheid van mensen en andere dieren*, in: J. Doomen/A. Ellian (Hrsg.), *De strijd van gelijkheid en vrijheid*, Den Haag 2015, S. 83-105.
4. Vgl. *Trouw*, 2. August 2003.
5. Zitiert nach: *De Telegraaf*, 31. Dezember 2005.
6. Vgl. Nicolaas G. Pierson Foundation, *Documentaire Meat the Truth* (2007), online unter <http://www.meatthetruth.com/en/>, aufgerufen am 3. August 2017.
7. Zitiert nach: *Reformatorisch Dagblad*, 30. November 2006.
8. Vgl. M. Thieme, *Ik geloof. In seculiere politiek*, Partij voor de Dieren (13. Juni 2008), online unter <https://www.partijvoordieren.nl/articles/ik-geloof-in-seculiere-politiek>, aufgerufen am 3. August 2017.

9. NRC Handelsblad, 26. April 2014.
10. Vgl. *Vrij Nederland*, 20. Juni 2014.
11. L. Šebek/P. Kuikman/P. Vriesekoop, *Klimaat en veehouderij. Inzichten vanuit het onderzoek van Wageningen UR, mede naar aanleiding van de film 'Meat the Truth'*, Wageningen 2008.
12. Vgl. *Algemeen Dagblad*, 9. März 2017. Pauw hat sich daraufhin entschuldigt.
13. Zitiert nach: *de Volkskrant*, 2. Juni 2012.
14. Vgl. M. Thieme, *Speech op partijcongres PVDD*, Partij voor de Dieren (1. Juli 2012), online unter https://www.partijvoordedieren.nl/downloads/www/2012/07/1341239597_20120701_congresspeech_Marianne_Thieme.pdf, aufgerufen am 3. August 2017.
15. J.P. Cruiming, *Partij voor de Dieren toch links?*, in: *Joop* (13. Juni 2014), online unter <http://www.joop.nl/opinies/partij-voor-de-dieren-toch-links>, aufgerufen am 3. August 2017.
16. Vgl. Partij voor de Dieren, *Beginselverklaring*, Partij voor de Dieren (11. Juli 2005), online unter <https://www.partijvoordedieren.nl/beginselverklaring>, aufgerufen am 3. August 2017.
17. Vgl. *The Independent*, 16. August 2015.
18. Zitiert nach: M. Thieme, *Help, m'n kieskompas zegt Partij voor de Dieren!*, in: *Joop* (9. September 2012), online unter <https://joop.vara.nl/opinies/help-m-n-kieskompas-zegt-partij-voor-de-dieren>, aufgerufen am 3. August 2017.
19. Vgl. R. Wijnberg, *Waarom de Partij voor de Dieren haar naam moet veranderen*, in: *De Correspondent*, online unter <https://decorrespondent.nl/1207/waarom-de-partij-voor-de-dieren-haar-naam-moet-veranderen/30935410-ab5056a0>, aufgerufen am 3. August 2017.
20. Vgl. R. Wijnberg, *Waarom ik Partij voor de Dieren ga stemmen (en GroenLinks de overwinning gun)*, in: *De Correspondent*, online unter <https://decorrespondent.nl/6329/waarom-ik-partij-voor-de-dieren-ga-stemmen-en-groenlinks-de-overwinning-gun/162212270-46359f01>, aufgerufen am 3. August 2017.
21. Vgl. J. Mommers, *De gestage opmars van de Partij van de Principes*, in: *De Correspondent*, online unter <https://decorrespondent.nl/2579/de-gestage-opmars-van-de-partij-van-de-principes/28422901-cbc3b21>, aufgerufen am 3. August 2017.
22. Vgl. Nicolaas G. Pierson Foundation, *Documentaire 'Haas in de Marathon'* (2013), online unter <https://vimeo.com/62596344>, aufgerufen am 3. August 2017.
23. Vgl. A. Krouwel/S. Otjes, *Two shades of Green? The electorates of GreenLeft and the Party for the Animals*, in: *Environmental Politics* 24 (2015) 6, S. 991-1013.
24. Vgl. S. Otjes, *Partij voor de Dieren geeft haar unieke karakter op*, in: *Joop* (31. Oktober 2012), online unter <http://www.joop.nl/opinies/partij-voor-de-dieren-geeft-haar-unieke-karakter-op>, aufgerufen am 3. August 2017.

7. Die Stimme der Unzufriedenheit: Die Partij voor de Vrijheid

1. Der vorliegende Beitrag basiert in weiten Teilen auf früheren Veröffentlichungen der beiden Autoren, insbesondere auf: A. Krause, *Rechtspopulismus im Spiegel der niederländischen Presse. Pim Fortuyn und Geert Wilders als Herausforderung für Journalisten*, Baden-Baden 2017; M. Wilp, *Die Parteienlandschaft der Niederlande*, in: F. Wielenga/M. Wilp (Hrsg.), *Die Niederlande. Ein Länderbericht*, Bonn 2015, S. 181-217; M. Kortmann/M. Wilp, *Integrationskontroversen in den Niederlanden: Hintergründe, Entwicklungen und aktuelle Themen im Überblick*, in: ebd., S. 285-319; M. Wilp, *Populismus in den Niederlanden – die Freiheitspartei von Geert Wilders*, in: Sir Peter Ustinov Institut (Hrsg.), *Populismus. Herausforderung oder Gefahr für die Demokratie*, Wien 2012, S. 75-90; M. Wilp, *Das politische System der Niederlande. Eine Einführung*, Wiesbaden 2012.
2. Die Geschichte des Populismus in den Niederlanden wird unter anderem betrachtet in: P. Lucardie/G. Voerman, *Populisten in de polder*, Amsterdam 2012, S. 21-36; K. Vossen, *Van marginaal naar mainstream? Populisme in de Nederlandse geschiedenis*, in: *BMGN-Low Countries Historical Review* 127 (2012) 2, S. 28-54.
3. Zu Beginn seines umfassenden Buches über die pvv hält Koen Vossen fest: „Abroad, Wilders had become synonymous with the political trouble brewing in the – formerly so tranquil – Netherlands since the turn of the century.“ K. Vossen, *The power of populism. Geert Wilders and the Party for Freedom in the Netherlands*, New York 2017, S. Xf.
4. Nähere Informationen zur Biographie und zur politischen Karriere von Geert Wilders finden sich unter anderem in: Vossen, *The power of populism*; M. Fennema, *Geert Wilders. Tvenaarsleerling*, 4. Auflage, Amsterdam 2016. Seine eigene Sicht auf zentrale Stationen seines Lebens erläutert Wilders in: G. Wilders, *Kies voor vrijheid. Een eerlijk antwoord*, o.O. 2005, S. 13ff.
5. Hierauf verweisen beispielsweise: R. Leiprecht/H. Lutz, *Verschlungene Wege mit Höhen und Tiefen. Minderheiten- und Antidiskriminierungspolitik in den Niederlanden*, in: D. Vogel (Hrsg.), *Einwanderungsland Niederlande. Politik und Kultur*, Frankfurt 2003, S. 90.
6. Bezeichnend für das enorme politische Engagement von Wilders erscheint eine Einschätzung des VVD-Politikers Frans Weekers, der über Wilders sagte: „Es gibt für ihn kein Leben außerhalb der Politik. Politik ist sein Leben und sein Leben ist Politik.“ Zitiert nach: A. Blok/J. van Melle, *Veel gekker kan het niet worden. Het eerste boek over Geert Wilders*, Hilversum 2008, S. 95. Siehe hierzu auch: Vossen, *The power of populism*, S. 62f. Hingewiesen sei an dieser Stelle darauf, dass Wilders inzwischen einer der erfahrensten Politiker der Niederlande ist: Nach der Wahl 2017 hatten nur zwei andere Politiker länger einen Sitz in der Zweiten Kammer inne.
7. Vgl. A. Hirsi Ali/G. Wilders, *Het is tijd voor een liberale jihad*, in: *NRC Handelsblad* vom 12.04.2013.

8. Bei der Wahl 2002 verlor Wilders in Anbetracht des schlechten Abschneidens der vvd und seines ungünstigen Listenplatzes sein Mandat. Erst als mehrere Abgeordnete Regierungsämter übernahmen, erlangte er über das Nachrückverfahren wieder einen Sitz in der Zweiten Kammer.
9. Lucardie und Voerman weisen darauf hin, dass Wilders der erste Abgeordnete der seit 1948 bestehenden vvd war, der die Fraktionsmitgliedschaft aufkündigte. Vgl. Lucardie/Voerman, *Populisten in de polder*, S. 156.
10. Wilders beschreibt den Bruch mit der vvd und die Errichtung seiner eigenen Gruppierung im Rahmen seines Buches *Kies voor Vrijheid* (S. 33ff.) ausführlich. Am Ende der Veröffentlichung (S. 103-132) ist seine Unabhängigkeitserklärung zu finden.
11. Zum Mord an van Gogh und seinen Folgen siehe: I. Buruma, *Die Grenzen der Toleranz*, München 2007; G. Mak, *Der Mord an Theo van Gogh. Geschichte einer moralischen Politik*, Frankfurt 2005. In seinem Buch *Marked for death. Islam's war against the west and me* (New York 2012) legt Wilders seine Sicht auf den Islam und aktuelle politische Geschehnisse dar. Hier geht er auch auf den Mord an van Gogh und die Konsequenzen ein, die die Sicherheitsvorkehrungen auf sein alltägliches Leben haben.
12. Vgl. Lucardie/Voerman, *Populisten in de polder*, S. 164.
13. Ein Teil der entsprechenden Personen bildete die Partei *Eén NL*, die bei der Wahl im November 2006 sehr knapp am Einzug in die Zweite Kammer scheiterte.
14. Offiziell besteht die pvv aus zwei Mitgliedern: Geert Wilders und der *Stichting Groep Wilders*. Da Wilders das einzige Mitglied der *Stichting* ist, kann man hinsichtlich der pvv zu Recht von einer Ein-Mann-Partei sprechen. Ausführlich eingegangen wird auf die Organisationsstruktur der pvv in: Vossen, *The power of populism*, S. 87-109. Ein Vergleich zwischen der Organisation der pvv und der LPF findet sich in: S. de Lange/D. Art, *Fortuyn versus Wilders: An agency-based approach to radical right party building*, in: *West European Politics* 34 (2011) 6, S. 1235ff.
15. Vgl. hierzu und zur Schulung der Kandidaten: ebd., S. 1242ff.
16. Hierbei handelte es sich um das zweitbeste Ergebnis einer neuen Partei in der politischen Geschichte der Niederlande. Nur die LPF erhielt als neue Partei bei der Wahl im Jahr 2002 einen deutlich höheren Stimmenanteil (17,0 Prozent). Zur Wahl des Jahres 2006 siehe: F. Becker/R. Cuperus, *Die Wahlen am 22. November 2006 und die Unruhe in der niederländischen Wählerschaft*, in: *Jahrbuch des Zentrums für Niederlande-Studien* 17 (2006), S. 83-100.
17. Der Brief, den Wilders am 8. August 2017 an *de Volkskrant* schrieb, ist einzusehen unter: <http://www.volkskrant.nl/binnenland/-genoeg-is-genoeg-verbied-de-koran-a870859/>.
18. Der Film wurde im Internet publiziert, weil sich alle Rundfunkanstalten weigerten, ihn auszustrahlen. Bereits in den ersten Stunden nach der Veröffent-

- lichung wurde er millionenfach aufgerufen. Die Sicht von Wilders auf den Film und seine Reaktionen ist zu finden in: Wilders, *Marked for death*, S. 187ff.
19. Nähere Informationen zu dieser Partei finden sich in: Lucardie/Vossen, *Populisten in de polder*, S. 137-150.
 20. Zur Wahl und zur Regierungsbildung siehe: M. Wilp, *Machtwechsel in Den Haag: Die politischen Geschehnisse des Jahres 2010 im Überblick*, in: *Jahrbuch des Zentrums für Niederlande-Studien* 21 (2010), S. 57-73. Die Beteiligung der PVV an der Regierung wird betrachtet in: Vossen, *The power of populism*, S. 70-76.
 21. Die Duldungsvereinbarung sowie weitere Dokumente zum Kabinett stehen im Internet unter http://www.parlement.com/id/vij7e8jky5lw/kabinet_rutte_i_2010_2012 zur Verfügung.
 22. Bei der Wahl 2010 hatte der CDA massive Verluste hinnehmen müssen. Über eine mögliche Zusammenarbeit mit der PVV wurde innerhalb der Partei anschließend intensiv diskutiert. Im Rahmen der Gespräche warnten viele Christdemokraten ihre Partei vor einer Kooperation mit der Wilders-Partei oder kündigten sogar an, diesen Weg nicht mitgehen zu wollen. Auf dem entscheidenden Parteitag stimmten letztlich 68 Prozent der Abgeordneten für und 32 Prozent der Abgeordneten gegen die Duldung der Minderheitsregierung durch die PVV.
 23. Nachdem im März 2012 ein Parlamentarier (Hero Brinkman) die PVV-Fraktion verließ, verlor das Bündnis seine Mehrheit. Brinkman, der die PVV seit 2006 in der Zweiten Kammer vertreten hatte, trat am 20. März 2012 aus der Fraktion aus, weil seine Bestrebungen für eine Öffnung der Partei erfolglos geblieben waren und er mit inhaltlichen Entscheidungen nicht einverstanden war. Bei seinem Abschied aus der PVV-Fraktion kündigte er an, die Regierung weiter unterstützen zu wollen.
 24. Nach der Wahl entfielen auf die VVD 16, auf den CDA 11 und auf die PVV 10 Mandate.
 25. Bis Ende 2012 wurden nach Angaben der PVV auf der Internetseite 40.000 auswertbare Meldungen eingereicht, was die Partei als klaren Erfolg ihrer Aktion und als Fingerzeig auf die großen Probleme in Bezug auf diese Zuwanderergruppen interpretierte.
 26. Das Programm kann im Internet unter <http://pubnpp.eldoc.ub.rug.nl/FILES/root/verkiezingsprogramma/TK/pvv2012/pvvTK2012.pdf> aufgerufen werden.
 27. Weiterführende Betrachtungen zur Wahl finden sich in: M. Wilp, *Das nächste politische Erdbeben. Betrachtungen zur niederländischen Parlamentswahl am 12. September 2012*, in: *Jahrbuch des Zentrums für Niederlande-Studien* 23 (2012), S. 95-116.
 28. Vgl. M. de Hond, *De stemming van 22 april 2012*, 22.04.2012, online unter <https://no.noties.nl/peil.nl/>, eingesehen am 24.4.2012. In der hier angeführten Umfrage gaben 49 Prozent der Befragten Wilders die Schuld am Zerbrechen der Regierung, die Verhandlungsführer der VVD und des CDA (Rutte und Ver-

- hagen) wurden nur von 14 Prozent der Befragten verantwortlich gesehen, 30 Prozent der Befragten sahen die Schuld bei allen drei beteiligten Akteuren.
29. Nahezu die Hälfte der Wähler, die 2010 PVV und 2012 eine andere Partei wählten, gab in einer Umfrage an, dass sie diesen Wechsel deshalb vollzogen haben, weil die PVV sowieso nicht für eine Koalition in Betracht kommt. In einer anderen Umfrage gaben nahezu zwei Drittel der Befragten der PVV keine Chance, an einer Regierung teilzunehmen. Vgl. M. de Hond, *Reactie op verkiezingsprogramma PVV en uittreden twee fractieleiden*, 30.08.2012, online unter <https://no.noties.nl/peil.nl/>, eingesehen am 2.9.2012.
 30. Vgl. Vossen, *The power of populism*, S. 64.
 31. Im März 2012 verließ – wie oben bereits erwähnt – Hero Brinkman die Fraktion und gründete seine eigene Partei. Anfang Juli 2012 trennten sich mit Marcial Hernandez und Wim Kortenoeven zwei weitere Abgeordnete von der PVV-Fraktion, als Grund führten sie parteiinterne Probleme an. Wilders versuchte diese Kritik zu kontern, indem er sie als Reaktion auf schlechte Platzierungen auf der Kandidatenliste der Partei für die anstehende Wahl abtat. Hernandez veröffentlichte im September 2012 ein Buch mit dem bezeichnenden Titel *Geert Wilders ontmaskerd. Van messias tot politieke klaploper* (Soesterberg 2012).
 32. Zum Thema siehe: Vossen, *The power of populism*, S. 76-83.
 33. Vgl. hierzu u.a.: I. van der Valk, *Islamofobie en discriminatie*, Amsterdam 2012, S. 119.
 34. Das Video des Vorfalls ist unter anderem auf folgender Seite abzurufen: <http://nos.nl/nieuwsuur/video/2009576-wilders-meer-of-minder-marokkanen.html>.
 35. Das Schlussplädoyer von Wilders ist einzusehen unter <http://politiek.tpo.nl/2016/11/23/video-laatste-woord-geert-wilders-rechtbank-sta-hier-na-mens-miljoenen-nederlanders/>. Nähere Informationen zum Prozess (unter anderem die Urteilsbegründung) finden sich hier: <https://www.rechtspraak.nl/Uitspraken-en-nieuws/Bekende-rechtszaken/Strafzaak-Wilders>.
 36. Das Programm ist einzusehen unter <http://pubnpp.eldoc.ub.rug.nl/FILES/root/verkiezingsprogramma/TK/pvv2017con/pvv2017-2021con.pdf>.
 37. Bei diesem Streit ging es um öffentliche Auftritte türkischer Minister vor dem Referendum über die Änderung der türkischen Verfassung, durch die Präsident Erdogan eine starke Machtposition erhalten sollte. Das Flugzeug eines Ministers erhielt in den Niederlanden keine Landeerlaubnis. Anschließend kam die türkische Familienministerin, die sich zufälligerweise in Deutschland aufhielt, mit dem Auto in die Niederlande. Ihr wurde ein Auftritt durch die niederländische Politik verwehrt. Erdogan beschuldigte die Niederlande daraufhin nazistischer Praktiken.
 38. Das FVD erhielt bei der Wahl im März 2017 knapp 190.000 Stimmen und damit einen Stimmenanteil von 1,8 Prozent. Auf dieser Grundlage zog es mit zwei Kandidaten (Thierry Baudet und Theo Hiddema) in das Parlament ein. Die Partei VNL, die mit dem Spitzenkandidaten Jan Roos antrat,

- erlangte nur einen Stimmenanteil von 0,4 Prozent und verpasste damit den Parlamentseinzug.
39. Vgl. A. Zijderveld, *Populisme als politiek drijfzand*, Amsterdam 2009; M. Fennema, *Geert Wilders*; M. van Rossem, *Waarom is de burger boos?*, Amsterdam 2010; R. de Mul, *Paniek in de polder. Polytiiek en populisme in Nederland*, Zoetermeer 2011; D. Pels, *Het volk bestaat niet. Leiderschap en populisme in de mediademocratie*, Amsterdam 2011; D. van Reybrouck, *Pleidooi voor populisme*, Amsterdam 2011; R. te Slaa, *Is Wilders een fascist?*, Amsterdam 2012; Vossen, *The power of populism* und F. Wielenga, *Geschichte der Niederlande*, Stuttgart 2016.
 40. P. Lucardie, *Rechts-extremisme, populisme of democratisch patriottisme? Opmerkingen over de politieke plaatsbepaling van de Partij voor de Vrijheid en Trots op Nederland*, in: *Jaarboek 2007 Documentatiecentrum Nederlandse Politieke Partijen*, Groningen 2009, S. 185.
 41. Vgl. K. Vossen, *Vom konservativen Liberalen zum Nationalpopulisten. Die ideologische Entwicklung des Geert Wilders*, in: F. Wielenga/F. Hartleb (Hrsg.), *Populismus in der modernen Demokratie. Die Niederlande und Deutschland im Vergleich*, Münster 2011, S. 77-103.
 42. Vgl. K. Vossen, *Hoe populistisch zijn Geert Wilders en Rita Verdonk? Verschillen en overeenkomsten in optreden en discours van twee politici*, in: *Res Publica* (4) 2009, S. 457.
 43. Vgl. Vossen, *The power of populism*, S. 29-61.
 44. Lucardie/Voerman, *Populisten in de polder*, S. 184.
 45. Vgl. ebd. Siehe hierzu auch: S. Otjes, *Imitating the newcomer. How, when and why established political parties imitate the policy positions and issue attention of new political parties in the electoral and parliamentary arena: the case of the Netherlands*, Leiden 2012, S. 155-157.
 46. Vgl. hierzu exemplarisch: C. Mudde/C. Rovira Kaltwasser, *Populism*, in: M. Freedman/M. Stears/L.T. Sergeant (Hrsg.), *The Oxford handbook of political ideologies*, Oxford 2013, S. 493-512; B. Stanley, *The thin ideology of populism*, in: *Journal of Political Ideologies* 13 (2008), S. 95-110.
 47. Vgl. Van Rossem, *Waarom is de burger boos?*, S. 28.
 48. Zu Houwen siehe: P. Lucardie, *Populismus: begriffshistorische und theoretische Bemerkungen*, in: Wielenga/Hartleb (Hrsg.), *Populismus in der modernen Demokratie*, S. 20.
 49. Vgl. Partij voor de Vrijheid, *Verkiezingspamflet*, o.O. 2006, S. 3. Der Artikel lautet: „Alle, die sich in den Niederlanden aufhalten, werden in gleichen Fällen gleich behandelt. Niemand darf wegen seiner religiösen, weltanschaulichen oder politischen Ansichten, seiner Rasse, seines Geschlechtes oder aus anderen Gründen diskriminiert werden.“
 50. Während Pim Fortuyn bereits vier Jahre zuvor in einem Interview mit *de Volkskrant*-Journalisten für die Abschaffung des ersten Artikels der niederländischen Verfassung plädiert hat, findet sich bei Geert Wilders eine ähnliche Stellungnahme erstmals in der programmatischen Schrift *Klare*

- wijn, veröffentlicht im März 2006. Vgl. F. Poorthuis/H. Wansink, „*De islam is een achterlijke cultuur*“, in: *de Volkskrant* vom 9. Februar 2002 und Groep Wilders/PVV, *Klare Wijn*, o.O. 2006.
51. Vgl. Partij voor de Vrijheid, *De agenda van hoop en optimisme. Een tijd om te kiezen: PVV 2010-2015*, o.O. 2010, S. 35.
 52. Vgl. PVV, *Verkiezingspamflet*, S. 3.
 53. Vgl. PVV, *De agenda van hoop en optimisme*, S. 15.
 54. Vgl. PVV, *Hún Brussel, óns Nederland*, o.O. 2012, S. 37. Darüber hinaus ist hier auch erstmals von einem Minarettverbot die Rede.
 55. Vgl. PVV, *Nederland weer van ons!*, o.O. 2017.
 56. Vgl. PVV, *Verkiezingspamflet*, S. 4. Geert Wilders hat erstmals am 19. Oktober 2005 in der Zweiten Kammer einen Antrag eingereicht, in dem er sich für ein Burkaverbot ausspricht.
 57. Vgl. PVV, *De agenda van hoop en optimisme*, S. 15 und PVV, *Hún Brussel, óns Nederland*, S. 37.
 58. Im Rahmen der Haushaltsdebatte am 16. September 2009 fordert Geert Wilders die Einführung einer „Kopflumpensteuer“ (*kopvoddentaks*): Jede Muslima, die künftig ein Kopftuch tragen möchte, soll eine Genehmigung anfragen und dafür 1.000 Euro pro Jahr bezahlen. Konkret sagte Wilders im Plenarsaal der Zweiten Kammer unter anderem: „In diesem Land gibt es Steuern auf Benzin und Diesel, Parkgenehmigungen und eine Hundesteuer, es gab eine Flugsteuer und es gibt eine Verpackungssteuer, warum dann nicht eine Kopftuchsteuer? Eine Kopflumpensteuer. Einfach einmal im Jahr eine Genehmigung einholen und dann sofort blechen. 1.000 Euro im Jahr scheinen mir ein schöner Betrag zu sein. So werden wir endlich mal etwas an dem zurückverdienen, was uns schon so viel gekostet hat.“ Zitiert nach: C. Willemsen (Hrsg.), *Dossier Wilders. Uitspraken van de meest besproken Nederlandse politicus van deze eeuw*, Schelluinen 2010, S. 209.
 59. Vgl. G. Wilders, „*Genoeg is genoeg: Verbied de Koran*“, in: *de Volkskrant* vom 8. August 2007. In diesem Brief, den die Redaktion des *NRC Handelsblad* aus inhaltlichen und stilistischen Gründen übrigens abgelehnt hat, heißt es unter anderem: „Ich habe genug vom Islam in den Niederlanden: Kein Moslemimmigrant mehr dazu. Ich habe genug von der Anbetung Allahs und Mohammeds in den Niederlanden: Keine Moschee mehr dazu. Ich habe genug vom Koran in den Niederlanden: Verboten dieses faschistische Buch.“
 60. Vgl. PVV, *De agenda van hoop en optimisme*, S. 15
 61. Vgl. PVV, *Verkiezingspamflet*, S. 3.
 62. Vgl. PVV, *De agenda van hoop en optimisme*, S. 15 und PVV, *Hún Brussel, óns Nederland*, S. 37
 63. Vgl. PVV, *Nederland weer van ons!*
 64. Vgl. PVV, *De agenda van hoop en optimisme*, S. 23 und PVV, *Hún Brussel, óns Nederland*, S. 17.
 65. Vgl. PVV, *Verkiezingspamflet*, S. 3.

66. Vgl. PVV, *De agenda van hoop en optimisme*, S. 15; PVV, *Hún Brussel, óns Nederland*, S. 37 und PVV, *Nederland weer van ons!*
67. In den beiden Wahlprogrammen aus den Jahren 2010 bzw. 2012 ist in diesem Zusammenhang vom Prinzip „Arbeiten oder abhauen“ die Rede.
68. Alle in diesem Absatz genannten Forderungen sind hier nachzulesen: PVV, *De agenda van hoop en optimisme*, S. 15 und PVV, *Hún Brussel, óns Nederland*, S. 37.
69. Vgl. PVV, *Verkiezingspamflet*, S. 1f.
70. Vgl. PVV, *De agenda van hoop en optimisme*, S. 5 und S. 17 sowie PVV, *Hún Brussel, óns Nederland*, S. 26.
71. Vgl. PVV, *De agenda van hoop en optimisme*, S. 6 und S. 13 sowie PVV, *Hún Brussel, óns Nederland*, S. 11f.
72. Vgl. PVV, *Hún Brussel, óns Nederland*, S. 13. Zum Thema siehe auch: PVV, *Verkiezingspamflet*, S. 2 und PVV, *De agenda van hoop en optimisme*, S. 57.
73. Vgl. PVV, *Hún Brussel, óns Nederland*, S. 17.
74. Auch im Wahlkampf 2017 spielte dieses alte Vorhaben der PVV keine Rolle.
75. Die Angaben sind auf der Seite <http://nos.nl/artikel/2163382-jong-of-oud-man-of-vrouw-wie-stemde-op-welke-partij.html> zu finden.
76. Die Veröffentlichung *TK2017 naar persoonlijke kenmerken* vom 18. März 2017 findet sich auf der Seite <https://www.noties.nl/v/get.php?a=peil.nl&s=weekpoll&f=TK2017+naar+persoonlijke+kenmerken.pdf>.
77. Die Ipsos-Studie ist unter der oben angegebenen Adresse nachzulesen. Auch die nachfolgenden Verweise beziehen sich auf diese Seite.
78. Nur bei den protestantischen Parteien CU und SGP (*Staatkundig Gereformeerde Partij*), die in der Ipsos-Studie zusammengerechnet werden, lag der Wert mit 10,9 Prozent noch etwas niedriger. An der Spitze rangierten hier am Wahlabend die PvdA mit 43,7 Prozent und der CDA mit 31 Prozent.
79. Damit lag sie weit hinter dem Spitzenreiter *GroenLinks* (GL) mit dem damals 30-jährigen Spitzenkandidaten Jesse Klaver zurück (34,9 Prozent). Es sei an dieser Stelle auch erwähnt, dass die PVV bei Wahlen von niederländischen Schülern in der Sekundarstufe vor dem landesweiten Urnengang 2017 mit 12,6 Prozent den vierten Platz belegte. An der Spitze lagen GL (19,3 Prozent), D66 (17,4 Prozent) und die VVD (15,1 Prozent). Die Ergebnisse finden sich auf der Seite <https://www.scholierenverkiezingen.nl/Scholierenverkiezingen/Uitslag-Scholierenverkiezingen>.
80. Die nachfolgenden Zahlen sind auf der angegebenen Seite abzurufen. Auch im Folgenden wird Bezug auf diese Seite genommen.
81. In dieser Alterskategorie lagen laut De Hond GL (22 Prozent), die D66 (21 Prozent) und die VVD (17 Prozent) an der Spitze.
82. Hier rangierten laut Maurice de Hond die VVD (22 Prozent), D66 (17 Prozent) und der CDA sowie GL (jeweils 12 Prozent) auf den ersten Plätzen.
83. Zum Vergleich: Bei den sozialliberalen *Democraten 66* lag der Wert bei 57,2 Prozent PROZENT und bei *GroenLinks* bei 53,9 Prozent.
84. An der Spitze lagen hier die VVD (25 Prozent) und D66 (19 Prozent).

85. Auf den Plätzen zwei und drei folgten die SP (15 Prozent) und die VVD (14 Prozent).
86. Diese Zahlen widersprechen deutlich unterschiedlichen Studien und Berichten, die vor den Wahlen zur Zweiten Kammer 2017 in den niederländischen Medien veröffentlicht worden sind. Laut des Forschungsinstitutes *I&O Research* konnte die PVV bei ihrer vierten Teilnahme am landesweiten Urnengang mit einem deutlich größeren Zuspruch von jungen Wählern zwischen 18 und 25 Jahren rechnen. An unterschiedlichen Stellen war überdies nachzulesen bzw. zu hören, dass Geert Wilders im Jahre 2017 auch bei Wählern mit einem höheren Ausbildungsniveau voraussichtlich gut abschneiden würde. Vgl. T. Broer/S. Pleij, *Vernieuw de democratie!*, in: *Vrij Nederland*, Februar 2017 sowie die Berichte unter <https://wnl.tv/2017/02/10/pvv-populairst-hoger-opgeleiden/> und http://binnenland.eenvandaag.nl/tv-items/72113/ook_hoger_opgeleiden_stemmen_pvv.
87. Die nachfolgenden Zahlen finden sich in der Studie *Overgangen tussen partijen TK2017* vom 18. März 2017, nachzulesen auf der Homepage <https://www.noties.nl/v/get.php?a=peil.nl&s=weekpoll&f=Overgangen+tussen+partijen+bij+TK2017.pdf>. Zur Wahl 2012 siehe auch: H. Schmeets (Hrsg.), *Het Nationaal Kiezersonderzoek 2006-2012*, Den Haag/Heerlen 2015.
88. Vgl. Sociaal en Cultureel Planbureau, *Continu onderzoek burgerperspectieven (2016/4)*, Den Haag 2016, S. 25f.
89. Die folgenden Ausführungen basieren auf: ebd., S. 27ff. Zum Thema siehe auch H. Schmeets, *Ontwikkelingen in sociaal en institutioneel vertrouwen*, in: H. Schmeets (Hrsg.), *Sociale samenhang: wat ons bindt en verdeelt*, Den Haag/Heerlen/Bonaire 2015, S. 87-100. Das niederländische Notensystem unterscheidet sich deutlich vom deutschen: Bei der besten zu vergebenden Bewertung handelt es sich um eine „10“ – in Deutschland wäre dies eine „1,0“ (sehr gut). Eine „6“ im niederländischen Notensystem entspricht einer „4,0“ (ausreichend) in Deutschland.
90. Vgl. dazu auch W. Gielen/H. Schmeets, *De scheidslijnen tussen de achterbannen van de politieke partijen*, in: Schmeets (Hrsg.), *Kiezersonderzoek 2006-2012*, S. 124-139.
91. Vgl. SCP, *COB (2016/4)*, S. 32. Hier ist auch auf C. Aalberts, *Achter de PVV. Waarom burgers op Geert Wilders stemmen*, Delft 2012 zu verweisen. In dieser Studie führt der Autor Interviews mit PVV-Sympathisanten, in denen nicht zuletzt deren politische Überzeugungen zur Sprache kommen.
92. Das Ringen der PVV um Medienaufmerksamkeit wird anschaulich beschrieben in: Vossen, *The power of populism*, S. 93f.
93. Zum Ringen der Medien mit Geert Wilders und anderen rechtspopulistischen Akteuren vgl. auch A. Krause/K. Vossen (Hrsg.), *„Stinknormal?“. Die rechtspopulistische Herausforderung in den Niederlanden und in Deutschland*, Münster 2017.

8. Die SGP: eine charakteristische Eiche in einer holländischen Weidelandschaft

1. *NRC Handelsblad* vom 22. April 1988.
2. Vgl. A.H.M. Dölle, *De Staatkundig Gereformeerde Partij*, in: *Jaarboek 1981*, Documentatiecentrum Nederlandse Politieke Partijen, Groningen 1982, S. 158.
3. Zitiert nach: *de Volkskrant* vom 4. März 2011.
4. Die *Gereformeerde Kerken* sind aus der sogenannten *Doleantie* hervorgegangen, eine Absplitterung der *Nederlandse Hervormde Kerk*, die 1886 unter der Leitung von Abraham Kuyper stattgefunden hat.
5. Vgl. W.J. op 't Hof, *Het gereformeerd piëtisme*, Houten 2005.
6. Bedeutende Prediger aus dieser Periode sind: Willem Teellinck (1579-1629), Jodocus van Lodenstein (1620-1677), Wilhelmus à Brakel (1635-1711), Jacobus Fruytier (1659-1731), Bernardus Smytegelt (1665-1739) und Theodorus van der Groe (1705-1784).
7. Vgl. J. Mulder, *Het bestaan en voortbestaan van de SGP*, in: W.Chr. Hovius u.a., *Van Goedertierenheid en Trouw, 75 jaar Staatkundig Gereformeerde Partij*, Den Haag 1993, S. 18.
8. Vgl. C.S.L. Janse, *De strijd om de kiezer*, in: *Van Goedertierenheid en Trouw*, S. 133.
9. Vgl. *De Zeeuw* vom 10. Januar 1917. Siehe auch: A.J. Meeuwssen, *Met slechts drie personen hier te Krabbendijke begonnen*, in: *Een Vaste Koers* 4, Nr 2/2004, S. 27-30 (Ausgabe der SGP-Wählervereinigung Krabbendijke).
10. Sieben in der Provinz Zeeland und eine (Veenendaal) in der Provinz Utrecht.
11. Vgl. Mulder, in: *Van Goedertierenheid en Trouw*, S. 17; er bezieht sich auf den Brief von G.H. Kersten vom 25. April 1918.
12. Siehe I. Lipschits, *De protestants-christelijke stroming tot 1940*, Deventer 1977, S. 66; A.A. van der Schans, *Kuyper en Kersten. IJveraars voor herkerstening van onze samenleving*, Leiden 1993, S. 63; K. Vossen, *Vrij vissen in het Vondelpark. Kleine politieke partijen in Nederland 1918-1940*, Amsterdam 2003, S. 81.
13. Vgl. Van der Schans, *Kuyper en Kersten*, S. 63-64.
14. Es handelte sich zum Beispiel um das *Ongevallenwet* (1901, überarbeitet 1921), das *Invaliditeitswet* (1919), das *Land- en Tuinbouwongevallenwet* (1923) und das *Ziektewet* (1930).
15. Kersten setzte hiermit die Linie des konservativen ARP-Parlamentsmitgliedes mr. Paul Fabius (1851-1931) fort, der sich auch mit zahlreichen Argumenten gegen die Sozialgesetzgebung widersetzte.
16. Das Zitat stammt aus Artikel 8 des Programms der *Staatkundig Gereformeerde Partij* vom 24 April 1918.
17. Bei den ersten Impfungen im 19. Jahrhundert kam es viel häufiger vor, dass Menschen an den Folgen der Impfung starben. Gegenwärtig sind die Impfungen sicherer.

18. Kersten leistete Pionierarbeit, indem er sich für die Gewissensfreiheit traditioneller Christen einsetzte. Siehe hierzu die Studie von A.A. Kluvel, *Gewetensvrijheid in het geding. Het relationele geweten ondervraagd*, Apeldoorn 2017.
19. Das Kabinett Heemskerk hatte 1913 noch solch einen Antrag im Parlament eingereicht. Dieser wurde aber 1917 durch einen Vorschlag für die Einführung des allgemeinen Wahlrechts overruled.
20. Aus diesem Grund und weil sie unerlaubten staatlichen Zwang ablehnte, widersetzte die SGP sich auch gegen die Wahlpflicht.
21. Siehe hierzu die Dissertation von H.A. Post, *In strijd met de roeping der vrouw. De Staatkundig Gereformeerde Partij en het vrouwenkiesrecht*, Heerenveen 2009, S. 170-173.
22. Artikel 1 des Programms *der Staatkundig Gereformeerde Partij* 1918.
23. Siehe die Masterarbeit von H.J. Nijsink, *'Eruit mannen!' Het politieke leiderschap van Gerrit Hendrik Kersten als voorman van de SGP*, Utrecht 2009, S. 56-57.
24. Dabei bezog Kersten sich oft auf die Musterbeispiele aus der vaterländischen Geschichte, wie Willem van Oranje (1533-1584), Graaf Jan van Nassau (1536-1606) und Prins Maurits van Oranje (1567-1625).
25. P. Zandt, *Uiteenzetting van het Beginselprogram der Staatkundig Gereformeerde Partij*, deel I en deel II, Utrecht 1953, überarbeitete Ausgabe von Cor van Dis im Jahr 1965.
26. David Kodde war Landwirt von Beruf und kombinierte dies mit diversen politischen Ämtern. Von 1921-1959 war er Bürgermeister von Zoutelande, von 1923-1966 Mitglied der Provinzialstaaten von Zeeland, von 1925-1968 Vorstandsmitglied der SGP und von 1956-1963 Parlamentsmitglied.
27. Guido de Brès (ca. 1522-1567) ist der Autor des niederländischen Glaubensbekenntnisses (1561). Ursprünglich war er Glasmaler, aber nach seiner Bekehrung arbeitete er als herumreisender Prediger in den südlichen Niederlanden, vor allem in Doornik, aber auch in Antwerpen, Bergen, Valenciennes und Rijssel. Er publizierte diverse Schriften, darunter *Le baston de foy chrestienne* (Antwerpen, 1555). Am 31. Mai 1567 wurde er auf Befehl der Landvogtin Margaretha von Parma exekutiert, weil er trotz des bestehenden Verbots das Heilige Abendmahl gefeiert hatte.
28. Diese Charakterisierung stammt von dr. W. Fieret, basierend auf seiner Untersuchung über die Entstehung und die Anfangsjahre der SGP. Siehe W. Fieret, *De Staatkundig Gereformeerde Partij 1918-1948. Een bibliocratisch ideaal*, Houten 1990, vor allem S. 30.
29. Siehe hierfür die zahlreichen Beiträge im Parteiorgan *De Banier*, das Blatt *Onderling Kontakt* und die Zeitschrift *Zicht*.
30. Vgl. H.F. Massink u.a., *Theocratische politiek. Principes, geschiedenis en praktijk*, Houten 1994; und ders., *Dienstbaar tot gerechtigheid. SGP-visie op de aard en omvang van de overheidstaak*, Houten 1993.

31. Vgl. B.J. van der Vlies/C.G. van der Staaij, *Zelfde boodschap in andere woorden*, in: *Reformatorisch Dagblad* vom 30. Oktober 2008.
32. J.A. Schippers (Hrsg.), *Gerechtigheid verhoogt een volk. Bijbels genormeerde politiek in een democratische rechtsstaat*, Apeldoorn 2016. Siehe auch: C.G. van der Staaij, *Theocratie en democratie*, Den Haag 2005, S. 16-17 und 21-22.
33. Vgl. Schippers (Hrsg.), *Gerechtigheid verhoogt een volk*, S. 73.
34. Vgl. Schippers (Hrsg.), *Gerechtigheid verhoogt een volk*, S. 71.
35. Zitiert nach: *Reformatorisch Dagblad* vom 8. Juni 2004.
36. Grundlage war Artikel 146 des *Wetboek van Strafrecht*.
37. Vgl. E.J. Brouwer, *De islam in huis. Een politieke positiebepaling*, Den Haag 2005.
38. Vgl. Schippers (Hrsg.), *Gerechtigheid verhoogt een volk*, S. 249.
39. *Hoort de roede. Partijredes uitgesproken door ds. P. Zandt op de Algemene (jaar)vergaderingen van de SGP in de periode 1952-1961*, deel 3, Den Haag 1984, S. 147. Das Zitat stammt aus der Parteirede vom 17. Februar 1960.
40. Siehe L. van der Waal u.a., *Boodschap aan Europa. SGP-visie op de Europese Unie*, Den Haag 2003; J.A. Schippers (Hrsg.), *Europa op een kruispunt. Een christelijk perspectief voor de 21^e eeuw*, Apeldoorn 2014.
41. Tweede Kamer, *Handelingen der Tweede Kamer 1938* vom 2. Dezember 1938, S. 724-725. Das Zitat ist besonders kritisch zu beurteilen, wenn man bedenkt, dass diese Aussage nach der sogenannten „Reichskristallnacht“ vom 9. auf den 10. November 1938 getätigt wurde.
42. *De Banier*, 10. März 1939.
43. Der Ort lag ca. 13 Kilometer vom Palast entfernt.
44. Für eine ausführliche Detailstudie siehe die Dissertation von E.G. Bosma, *Oude waarheid en nieuwe orde. Bevindelijk gereformeerden en het nationaal-socialisme 1920-1950*, Apeldoorn 2016.
45. Vor allem ds. G.A. Zijdeveld und ds. R. Boogaard trugen zu einer theologischen Wende hinsichtlich der Sicht der *Gereformeerde Gemeenten* auf Israel bei.
46. Bart Wallet, *Een gevaar voor ons land. Protestants antisemitisme als zwarte bladzijde*, in: *Wapenveld* 65, Nr 3/2015, S. 2–10.
47. Eine Parteirede ist die Rede des Vorsitzenden des SGP-Vorstandes, die auf der jährlichen allgemeinen Mitgliederversammlung der Partei gehalten wird. Bis 1981 war der Vorsitzende der SGP-Fraktion im Parlament gleichzeitig Parteivorsitzender. Danach wurde der Vortrag vom Fraktionsvorsitzenden gehalten.
48. Vgl. J. Mulder u.a., *Tot welzijn van heel het volk. SGP-partijredes van ds. H.G. Abma 1962-1983*, 's-Gravenhage 2002, S. 160.
49. *Tot welzijn van heel het volk*, S. 249
50. Vgl. Artikel 29b des Grundsatzprogramms der SGP.
51. SGP-Senator mr. G. Holdijk (1944-2015) sagte bei der Behandlung des Vorschlags in der Ersten Kammer, dass viele sich offenbar besser mit dem Leben eines Huhns identifizieren können als mit dem eines Gläubigen.

52. Freiwillige Betreuer von Pflegebedürftigen können als Zeichen der Wertschätzung für ihren Einsatz jedes Jahr einen Betrag von 250 Euro von ihrer Gemeinde bekommen.
53. Siehe B.J. van der Vlies u.a., *Gods trouw en goedheid prijzen. SGP-partijredes 1987-2010*, Gouda 2010, S. 12-13.
54. Hier sei vor allem genannt: J.J. Polder u.a., *Tussen beginsel en belang. Normatieve gedachten over economie, markt en samenleving*, Houten 1998.
55. Vgl. G.H. Kersten, *Is er geen oorzaak?* deel IV (SGP-Broschüre von 1925); publiziert in: *Landelijk Verband van Staatkundig Gereformeerde Studieverenigingen. Vooroorlogse SGP geschriften*, Den Haag 1986, S. 135.
56. Die Beschreibung, die hier folgt, ist eine Zusammenfassung von J.A. Schippers, *Onrust in de SGP over politieke participatie van vrouwen*, in: *Zicht* 40, Nr 1/2014, S. 52-59.
57. Siehe hierzu Artikel 10 des Grundsatzprogramms der SGP.
58. Vgl. Vossen, *Vrij vissen in het Vondelpark*, S. 81.
59. Die CNA war eine Abspaltung der ARP unter der Führung des Parlamentsmitgliedes Hugo Visscher. Nach einem misslungenen Versuch der Zusammenarbeit mit der SGP kandidierte Fischer mit einer eigenständigen Kandidatenliste. Er erreichte mit seiner Partei ungefähr die Hälfte der zur Überwindung der Sperrklausel erforderlichen Stimmen und konnte demnach keinen Parlamentssitz erringen.
60. Vgl. die Analyse in E.G. Bosma, *Oude waarheid en nieuwe orde*, S. 290-303.
61. Vgl. J.P. Zwemer, *In conflict met de cultuur. De bevindelijk gereformeerden en de Nederlandse samenleving in het midden van de twintigste eeuw*, Kampen 1992, S. 290-291.
62. Laut Sozialökonom dr. Jan Rouwendal in *Reformatorisch Dagblad*, 31. März 2014. <http://www.digibron.nl/search/detail/ef8669405dcc7809139c5f56958f3cf/soort-zoekt-soort-dat-is-het-in-essentie/o>, eingesehen am 17. Januar 2017.
63. Siehe J.A. Schippers, *Interkerkelijke partij*, in: *De Banier* vom 18. August 2006, S. 7.
64. Vgl. die Zunahme der SGP-Stimmen in ehemaligen GPV-Bollwerken wie Hardenberg, Bunschoten und einigen Gemeinden in Groningen.
65. B.J. van der Vlies/M. de Bruyne, *Moet de SGP oppositie gaan voeren?*, in: *Reformatorisch Dagblad* vom 20. Juli 1999. Online unter <http://www.digibron.nl/search/detail/012ddd5efb64ab61ce1dcafo/moet-de-sgp-oppositie-gaan-voeren/o>, eingesehen am 17. Januar 2017.
66. Vgl. A. de Jong, *Meesturen vanaf de achterbank. De SGP als Stille Gedoog Partner 2010-2012*, Apeldoorn 2012, vor allem S. 39-50.
67. H.G. Abma, *'Opleving'* (SGP-Parteirede 1976), in: *Tot welzijn van heel het volk*, S. 293.
68. Gegenwärtig handeln mit Abstand die meisten SGP-Repräsentanten und Amtsträger gemäß dieser Linie. Die Kritiker dieser Linie organisieren sich in einer Stiftung zur Förderung politisch reformierter Grundsätze. Diese Stiftung wurde 1969 gegründet und gibt die Zeitschrift *In het spoor* heraus.

- Darin wird kritisch über SGP-Politiker geschrieben, die hinsichtlich ihrer Standpunkte von demjenigen abweichen, das die ersten ersten Vertreter Kersten und Zandt formuliert haben.
69. Durch eine Anhäufung fiskaler Kürzungen und Einkommenszuschlägen bezahlen Einverdienerfamilien mit Kindern in den Niederlanden bei gleichem Familieneinkommen bis zu fünfmal so viel Steuern wie Zweiverdienerfamilien mit Kindern.
 70. Vgl. *Gerechtigheid verhoogt een volk*, S. 77.
 71. Das Konzept des Rechtsstaates ist in einer langen christlichen Denktradition entwickelt worden, die über Augustinus (siehe sein *De Civitate Dei*) auf Moses zurückgeht (siehe das sogenannte Königsgesetz im Deuteronomium 17,14-20).
 72. Vgl. die Sorge, die Vizepräsident Piet Hein Donner hierüber ausspricht im *Jaarverslag 2016* vom Raad van State, Den Haag 2017, S. 14-20.
 73. Vgl. den nicht eingegrenzten Begriff „noodsituatie“ im Gesetz *Afbreking Zwangerschap* aus dem Jahr 1981, wodurch Frauen auch aus willkürlichen Gründen eine Abtreibung durchführen lassen können. Eine Untersuchung aus dem Jahr 2005 zeigt, dass bei ungefähr der Hälfte der Abtreibungen Frauen angeben, dies aus finanziellen Gründen zu tun.
 74. Vgl. die Aussage von SGP-Senator Holdijk bei seinem Abschied als Mitglied der Ersten Kammer am 2. Juni 2015: „Mehr aus inhaltlichen Gründen hoffen wir, dass die Kammer den Rechtsstaat hegen wird und nicht vergessen wird, dass einer Blume, die von ihren Wurzeln abgetrennt worden ist, kein langes Leben vergönnt ist.“
 75. Vgl. J.A. Schippers, *Oog voor elkaar. Een basisuitkering met toeslagen*, in: S. Herschberg (Hrsg.), *Mij een zorg! De toekomst van de sociale zekerheid*, Amsterdam 2013, S. 94-108; C.A. Everse (Hrsg.), *Recht omarmen. Christelijke politiek in de strijd tegen onrecht en armoede*, Apeldoorn 2016.
 76. Dies führte zum Krieg von 1870-71 zwischen Deutschland und Frankreich. Das grundlegend gestörte Mächtegleichgewicht in Europa veranlasste in der Folge den Ersten Weltkrieg (1914-1918), der seinerseits wiederum den Keim für den Zweiten Weltkrieg (1939-1945) legte.
 77. Am 31. Dezember 2016 hatten die *SGP-jongeren* 7.346 Mitglieder.
 78. Über diese Thematik: M.J. Kater, *Tolerantie in balans. Tussen drang en dwang van individu en collectief*, Apeldoorn 2017; A.A. Kluvel, *Gewetensvrijheid in het geding. Het relationele geweten ondervraagd*, Apeldoorn 2017.
 79. Der Apostel Paulus spricht in Römer 12:2 über *metanoia*, das ist eine Reform, geistige Bekehrung oder eine transformative Veränderung des Herzens.

9. Der lange Marsch der sp

1. Vgl. das gemeinsame Wahlprogramm 'Keerpunt 1972', *Regeerakkoord van de progressieve drie*, online unter <http://pubnpp.eldoc.ub.rug.nl/FILES/root/verkiezingsprogramma/TK/d661972/keerpunt1972.pdf>, S. 4.

2. Vgl. W. Beekers, *Mao in de polder. Een historisch-sociologische benadering van het Nederlandse maoïsme 1964-1978*, Amsterdam 2005.
3. Zitiert nach: *De Tribune*, November 1972.
4. Siehe: *Het Rode Boekje. Citaten uit het werk van Mao Tse-toeng*, Utrecht 1967, S. 74 ff.
5. Vgl. J. Marijnissen, *Nieuw optimisme*, Soesterberg 2003, S. 18-19.
6. Vgl. G. Voerman, *Van Mao tot marketing: over het populisme van de SP*, in: *Socialisme & Democratie* 66, Nr. 9/2009, S. 26-32.
7. Vgl. T. Kox, *SP in vogelvlucht*, Rotterdam 1999, S. 11.
8. Vgl. G. Voerman, *De Rode Jehova's. Een geschiedenis van de Socialistische Partij*, in: *Jaarboek 1986 Documentatiecentrum Nederlandse Politieke Partijen*, Groningen 1987, S. 124-150.
9. Zu Monjé siehe: *Daan en zijn onderdanen. Een portret van de grondlegger van de SP*, in: *Andere Tijden* (VPRO/NTR) 11. September 2001, online unter anderetijden.nl/aflevering/586/Daan-en-zijn-onderdanen.
10. Vgl. R. Kagié, *De socialisten, achter de schermen van de SP*, Amsterdam 2004, S. 35-42.
11. Vgl. K. Slager, *Het geheim van Oss. Een geschiedenis van de SP*, Amsterdam 2001.
12. Marijnissen, *Nieuw optimisme*, S. 23.
13. SP, *Handvest 2000, een maatschappij voor mensen*, Rotterdam 1991.
14. SP, *Bundel vijfde congres SP*, 1991.
15. Die Angabe wurde der Internetseite des Documentatiecentrum Nederlandse Politieke Partijen (<http://dnpp.ub.rug.nl/dnpp/content/sp-ledental-len-jaar-1992>) entnommen.
16. Vgl. K. Glastra van Loon, *De Poppe-methode. Milieu-activist Remi Poppe ontmaskert de grote vervuilers*, Utrecht 1993.
17. Vgl. J. Marijnissen, *Tegenstemmen. Een rood antwoord op paars*, Amsterdam 1996.
18. Vgl. J. Marijnissen, *Enough! A socialist bites back*, Rotterdam 1997.
19. Zitiert nach: *A Dutch socialist bites back*, Website der SP, online unter <https://international.sp.nl/a-dutch-socialist-bites-back>.
20. Zitiert nach: *Elsevier* vom 10. Dezember 1994.
21. Vgl. R. Visser/ K. Glastra van Loon, *Nederland in tweeën?! Een fotografisch tijdsbeeld*, Rotterdam 1997.
22. SP, *Heel de mens. Kernvisie van de SP, zoals vastgesteld door het 9^e congres op 18 december 1999*, o.O. 1999, S. 7f.
23. Ebenda, S. 8.
24. Ebenda.
25. Vgl. G. Voerman/ P. Lucardie, *De sociaal-democratisering van de SP*, in: F. Becker/R. Cuperus (Hrsg.), *Verloren slag. De PVDA en de verkiezingen van november 2006*, Amsterdam 2007, S. 148.
26. Vgl. J. Marijnissen/ T. Kox, *Nee tegen déze EG. Een kritische analyse van de Europese eenwording*, o.O. 1992.

27. Zu nennen sind hier vor allem die Linke Partei in Schweden, die Sozialistisch-Linke Partei in Norwegen sowie die Sozialistische Volkspartei und die Rot-Grüne Allianz in Dänemark.
28. Marijnissen/Kox, *Nee tegen déze EG*.
29. J. Marijnissen, *Nieuw optimisme*, S. 103.
30. Karel Glastra van Loon (1962-2005) war Autor, Kolumnist und Publizist. Zwischen 1993 und 2005 war er Berater der SP.
31. J. Marijnissen/K. Glastra van Loon, *De laatste oorlog. Gesprekken over de nieuwe wereldorde*, Amsterdam 2000, S. 193.
32. H. van Bommel, *Een heilige oorlog win je niet door er zelf een te beginnen*, 17. September 2001, online unter www.sp.nl/opinie/harry-van-bommel/2001/heilige-oorlog-win-je-niet-door-er-een-zelf-te-beginnen.
33. In den beiden Kammern drängte die SP weiterhin auf eine parlamentarische Untersuchung. Eine solche gab es nicht, wohl aber die Kommission Davids, die 2010 feststellte, dass es tatsächlich kein adäquates völkerrechtliches Mandat für den Einfall in den Irak gegeben hat.
34. Vgl. SP, *Heel de wereld, de SP en de wereld*, Rotterdam 2005.
35. Siehe hierzu die Seite www.stopdeuitverkoop.nl. Hier befindet sich auch das vollständige Manifest, aus dem die nachfolgenden Zitate stammen.
36. A. Brouwer, *Het grote onbehagen. Hedendaags cultuurpessimisme*, in: *De Groene Amsterdammer* 125, Nr. 21/2001.
37. Vgl. P. Fortuyn, *De puinhopen van acht jaar Paars. Een genadeloze analyse van de collectieve sector en aanbevelingen voor een krachtig herstelprogramma*, Uithoorn 2002.
38. Vgl. E. Irrgang u.a., *Leest u zijn boeken maar. De pimpelpaarse antwoorden van Pim Fortuyn*, Rotterdam 2002.
39. Vgl. *De Tribune* vom 26. April 2002.
40. Vgl. *Elsevier* vom 1. September 2000.
41. J. Marijnissen, *Schrale rijkdom. De erfenis van acht jaar paars*, Rotterdam 2002, S. 129.
42. Vgl. G. Scargo/T. Kox, *Stem voor, stem SP. Hoe de SP de verkiezingen van 2002 won*, Rotterdam 2002.
43. Vgl. J. Hippe/P. Lucardie/G. Voerman, *Kroniek 2002. Overzicht van de partijpolitieke gebeurtenissen van het jaar 2002*, in: *Jaarboek 2002 Documentatiecentrum Nederlandse Politieke Partijen*, Groningen 2004, S. 149-157.
44. Vgl. H. Goslinga, *Marijnissen verbeeldt de nieuwe politicus*, in: *Trouw* vom 16. November 2002.
45. Vgl. Kagie, *De socialisten*, S. 167-186.
46. Vgl. SP, *Gastarbeid en kapitaal*, Rotterdam 1983.
47. Vgl. J. Marijnissen, *Parlementaire enquête minderheden nodig*, in: *Trouw* vom 1. November 1997.
48. Während der Untersuchung verlässt Lazrak die Kommission, ohne Rücksprache mit der Fraktion. Das führt schließlich zu seinem Fortgang aus der Fraktion. Er macht weiter als Ein-Mann-Fraktion.

49. SP, *Van apart naar samen. Deltaplan voor een geïntegreerde samenleving*, Rotterdam 2002.
50. Vgl. Tweede Kamer der Staten-Generaal, *Nota over de toestand van 's Rijks financiën*, 28.600, Nr. 24 vom 19. September 2002.
51. Vgl. Tweede Kamer der Staten-Generaal, *Onderzoek integratiebeleid*, 28.689, Nr. 9 vom 19. Januar 2004.
52. Vgl. *Kamer eens met bijna alle aanbevelingen Blok*, in: *NRC Handelsblad* vom 15. April 2004.
53. Vgl. T. Kox, *Bruggen bouwen*, in: *Spanning* vom 1. Februar 2006.
54. Paulus Jansen ist sein Nachfolger als Parteisekretär, zwei Jahre später übernimmt Hans van Heijningen dessen Posten, bis heute. Jansen wird Parlamentsmitglied und später Beigeordneter in Utrecht.
55. *PVDA blokkeert linkse lijstverbinding*, in: *Trouw* vom 24. September 2006.
56. Vgl. *PVDA wil niet zonder SP in kabinet*, in: *de Volkskrant* vom 23. November 2006.
57. Vgl. J. Wanders, *Balkenende en Marijnissen willen eerst verkenningronde*, in: *de Volkskrant* vom 24. November 2006.
58. Vgl. J.Th.J. van den Berg, *SP: oppositie- of antisysteempartij?*, in: *Parlement & Politiek* vom 4. Oktober 2013, online unter http://www.parlement.com/id/vjdjatmyrrzh/sp_oppositie_of_antisysteempartij. Für weitere Informationen siehe: H. Reiding, *Een christelijk-sociaal verstandshuwelijk. De formatie van het kabinet-Balkenende IV (2006/2007)*, in: C. van Baalen/A. van Kessel (Hrsg.), *Kabinetformaties 1977-2012*, Amsterdam 2016, S. 415 ff.
59. Vgl. *WikiLeaks: PVDA wilde al ver voor de verkiezingen niet met de SP*, in: *de Volkskrant* vom 20. Januar 2011.
60. Einer dieser Sitze geht verloren, als Düzgün Yildirim sich von der Fraktion trennt. Er ist mit „Präferenzstimmen“ (Wählerstimmen, die nicht dem Spitzenkandidaten gegeben wird) von einigen SP-Mitgliedern der Provinzparlamente gewählt worden und zeigt sich nicht bereit, den Sitz demjenigen zu überlassen, der zuvor, auch mit seiner Zustimmung, vom Parteirat gewählt worden war.
61. Jan Marijnissen bleibt bis Ende 2012 Parlamentsmitglied.
62. Vgl. nu.nl, *Huisartsen willen Agnes Kant als minister* vom 25. Oktober 2006, online unter <http://www.nu.nl/verkiezingen2006/860335>.
63. Vgl. A. Kant/E. Irrgang, *De lessen uit de kredietcrisis*, o.O. 2008.
64. Vgl. Tweede Kamer der Staten-Generaal, *Parlementaire Enquête Financieel Stelsel*, 31.980, Nr. 61 vom 11. April 2012.
65. Vgl. E. Roemer, *Tot hier – en nu verder*, Soesterberg 2010.
66. Vgl. M. Boyer/K. Fopma, *Een nieuw begin. Zes weken SP-campagne in beeld*, Rotterdam 2010.
67. Vgl. I. Weel, *Roemer: ik kan met bijna iedereen regeren*, in: *Trouw* vom 7. Januar 2012.

68. Vgl. P. Klapwijk/G. Rademaker, *Emile Roemer Politicus van het Jaar 2011*, in: *Een Vandaag* vom 19. Dezember 2011, online unter Opiniepanel.een-vandaag.nl/uitslagen/politicus/39418/emile_roemer_politicus_van_het_jaar/.
69. Vgl. O. Vermeer, *Emile was niet gehaaid genoeg*, in: *NRC Handelsblad* vom 21. September 2012.
70. Vgl. G. Tuenter/C. Driessen, *Insiderspanel: Telegraaf voert "campagne" tegen sp. Heeft dat effect?*, in: *NRC Handelsblad* vom 4. September 2012.
71. Vgl. *De Telegraaf* vom 28. August 2012.
72. Vgl. *Quote* vom 22. August 2012.
73. W. Heck, *"Door uitspraken Roemer ging rente omhoog"*, in: *NRC Handelsblad* vom 23. August 2012.
74. Die Zitate stammen aus: *Buitenlandse media waarschuwen voor anti-Europa-partij van Roemer*, in: *NRC Handelsblad* vom 30. August 2012.
75. Vgl. C. Verbraak, *Emile Roemer. Tussen pieken en peilen*, in: *NPO-documentaire* (VARA) vom 23. Dezember 2012.
76. Bei den vier Städten handelt es sich um Amsterdam, Utrecht, Eindhoven und Tilburg. Nur in Rotterdam und Den Haag bleibt die sp in der Opposition.
77. Vgl. B. van den Braak, *Linkse doorbraak?*, in: *Parlement & Politiek* vom 20. Juni 2014, online unter http://www.parlement.com/id/vjkoaikksqo1/linkse_doorbraak.
78. Das *Huis voor Klokkenluiders* ist eine Organisation, die Menschen aus Wirtschaft und staatlichen Institutionen bei Meldungen von Missständen, die im Zusammenhang mit der Arbeit aufgetreten sind, unterstützt und berät. Siehe auch huisvoorklokkenluiders.nl/.
79. Vgl. E. Roemer, *Het kan wel. Tussen Binnenhof en buitenwereld*, Amsterdam 2015.
80. Gesthuizen äußert sich in ihrem 2017 erschienenen Buch *Schoonheid macht liefde: In het leven en de politiek* sehr kritisch über die parteiinternen Zustände.
81. Vgl. *Verkiezingsdebat: veel behoefte aan samenwerking*, in: *NOS* vom 8. Februar 2017, online unter nos.nl/artikel/2157145-verkiezingsdebat-veel-behoefte-aan-samenwerking.
82. *Het Financieele Dagblad* vom 18. Februar 2017.
83. Vgl. Voerman/Lucardie, *De sociaal-democratisering van de sp*.
84. Vgl. sp, *Heel de mens*.
85. R. van Raak, *Op zoek naar ons. De politiek door andere ogen*, Amsterdam 2015, S. 164.

10. Das „Geheimnis“ der niederländischen Liberalen

1. Für eine Übersicht über protoliberalen Elemente in der niederländischen Geschichte siehe: M. Wessels, *De Nederlandse traditie van vrijheid. Een vruchtbare voedingsbodem voor de hervormingen van 1848*, Assen 1998.

2. Vgl. J. Israel, *Radical Enlightenment. Philosophy and the Making of Modernity*, Oxford 2001.
3. Vgl. J. Rosendaal, *Bataven! Nederlandse vluchtelingen in Frankrijk 1787-1795*, Nimwegen 2003.
4. Der Text der *Staatsregeling* aus dem Jahr 1798 ist nachzulesen auf der Website von *Parlement en Politiek*. Siehe außerdem: J.Th.J. van den Berg/J.J. Vis, *De eerste honderdvijftig jaar. Parlementaire geschiedenis van Nederland 1796-1946*, Amsterdam 2013, S. 58-72.
5. Vgl. F. de Beaufort/P. van Schie, *Het Liberalenboek*, Zwolle 2011, S. 41.
6. Vgl. J. van Zanten, *Schielijk, Winzucht, Zwaarhoofd en Bedaard. Politieke discussie en oppositievorming 1813-1840*, Amsterdam 2004.
7. Vgl. E. Witte e. a., *Nieuwe geschiedenis van België I 1830-1905*, Tielt 2005, S. 118-122 und 269-276.
8. Vgl. J.C. Boogman, *Rondom 1848. De politieke ontwikkeling van Nederland 1840-1858*, Bussum 1978; J. van Zanten, *Koning Willem II 1792-1849*, Amsterdam 2013, S. 562-567; F. de Beaufort, *Dirk Donker Curtius. Radicaal liberaal van het eerste uur*, in: F. de Beaufort/J. van den Berg/P. van Schie (Hrsg.), *Eigenzinnige liberalen. Onafhankelijk denkende politici in Nederland*, Amsterdam 2014, S. 43-65, 59-61.
9. Vgl.: R. de Jong u.a., *Verkiezingen op de kaart 1848-2010. Tweede Kamerverkiezingen vanuit geografisch perspectief*, Utrecht 2011, S. 26-61 und die Tabellen in: G. van Klinken, *Actieve burgers. Nederlanders en hun politieke partijen 1870-1918*, Amsterdam 2003, S. 32-33, 106, 125, 138, 177, 188, 228, 261, 273, 277 und 350.
10. Vgl. P. van Schie, *Vrijheidsstreven in verdrukking. Liberale partijpolitiek in Nederland 1901-1940*, Amsterdam 2005, S. 32-33.
11. Die Angabe basiert auf Zahlen des DNPP über die Mitgliederzahlen der Parteien am 1. Januar 2017 und Zahlen des Kiesraad über die Anzahl Wahlberechtigter am 15. März 2017.
12. Vgl. P. van Schie, *Nuchtere persoonlijkheden schuchter verenigd. Schets van de Bond van Vrije Liberalen (1906-1921)*, in: *Jaarboek 1997 Documentatiecentrum Nederlandse Politieke Partijen*, S. 91-117.
13. Vgl. P. van Schie, *Vrijheidsstreven in verdrukking*, S. 43-48, 52, 82-83 und 125-126; M.H. Klijnsma, *Om de democratie. De geschiedenis van de Vrijzinnig-Democratische Bond 1901-1946*, Amsterdam 2008, insb. S. 350-351 über das „systemlose Modell“ des VDB.
14. Vgl. P. van Schie, *Vrijheidsstreven in verdrukking*, S. 418-433.
15. Vgl. ebd., S. 257 und 260-261.
16. Vgl. H.J.L. Vonhoff, *Bewegend verleden. Een biografische visie op prof. mr. P.J. Oud*, Alphen aan den Rijn 1969, S. 95-112.
17. Vgl. VVD, *Beginselprogramma*, o.O. 1948.
18. Auch im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert waren die liberalen Parteien in den Niederlanden und in Deutschland bei Wahlen ungefähr gleich stark, wenn auch lange Zeit auf höherem Niveau. Vgl. P. van Schie, *The strengths*

- and weaknesses of Dutch liberalism: a historical comparison with German liberalism*, in: P. van Schie/G. Voerman (Hrsg.), *The dividing line between success and failure. A comparison of liberalism in the Netherlands and Germany in the 19th and 20th centuries*, Berlin 2006, S. 35-53.
19. Im November 1980 war Wiegels Frau Pien bei einem tragischen Autounfall ums Leben gekommen. Dies sorgte dafür, dass Wiegel sich mit seiner zweiten Frau Marianne (Piens Schwester) und seinen beiden jungen Kindern mehr aus der Politik zurückziehen wollte.
 20. Vgl. J. Hoedeman, *Hans Wiegel en het spel om de macht*, Utrecht 1993, S. 200.
 21. Erreicht wurde dieses Niveau in den ersten Monaten und im September 1976, laut Umfragen von *De Rooie Haan/Nipo* und von Büro *Lagendijk*, siehe: M. de Hond, *25 mei 1977. Uitslagen en analyse van de Tweede Kamerverkiezingen van 25 mei 1977 en wat er aan vooraf ging*, Beverwijk, 1977, S. 81 und 83.
 22. Ebd., S. 38-48.
 23. Nicht viel später sollte Bolkestein Mitglied der Europäischen Kommission werden.
 24. Auf einen dritten Kandidaten, Jelleke Veenendaal, entfielen drei Prozent der ausgebrachten Stimmen.
 25. Vgl. F. de Beaufort/P. van Schie, *Herstel VVD zal moeten komen van heldere liberale identiteit*, in: *Liberaal Reveil* 47/2006, S. 200-204.
 26. Vgl. Peil.nl, *De stemming van 22 april 2012. De breuk.*, online unter <https://www.noties.nl/v/get.php?a=peil.nl&s=weekpoll&f=2012-04-22.pdf>
 27. Laut TNS NIPO, *Nameting*, war bei 26 Prozent der PVDA-Wähler und bei 24 Prozent der VVD-Wähler eine „kluge strategische Stimme“ ein Wahlmotiv.
 28. Tydeman widersetzte sich mit diesen Worten gegen die Bildung eines Minderheitenkabinetts aus Liberalen und freisinnigen Demokraten mit Duldung seitens der Sozialdemokraten. Ihm zufolge sollten die Sozialdemokraten selbst Mitverantwortung tragen, indem sie Minister stellten. Siehe: P. van Schie, *Vrijheidsstreven in verdrukking*, Fußnote 225 auf S. 165.
 29. VVD, *Beginselverklaring van de VVD* (2008), § 1, 4 und 6. Für die Entwicklung zwischen 1948 und 2008 siehe: F. de Beaufort/P. van Schie, *Vrijheid, en vervolgens...De ideologische ontwikkeling van de VVD*, in: P. van Schie/G. Voerman (Hrsg.), *Zestig jaar VVD*, Amsterdam 2008, S. 137-164.
 30. Vgl. P. Stouthuysen, *Excentrisch en excentriek. De typische trekken van het Nederlandse liberalisme*, in: *Liberaal Reveil* 53, o.O. 2012, S. 40-43.

11. Ein Paradies für Parteien

1. Vgl. K. Vossen, *Vrij vissen in het Vondelpark. Kleine politieke partijen in Nederland*, Amsterdam 2003.
2. Vgl. J. Loots, *Voor het volk, van het volk. Van districtenstelsel naar evenredige vertegenwoordiging in Nederland*, Amsterdam 2004.

3. Vgl. H. Daalder, *Extreme proportional representation. The Dutch experience*, in: S.E. Finer (Hrsg.), *Adversary Politics and Electoral Reform*, London 1975, S. 223-248.
4. Vgl. V.P. van Stipdonk/J.J.M. van Holsteyn, *Wat ouderen verbond: verklaringen voor het succes van een nieuwe partij*, in: *Jaarboek Documentatiecentrum Nederlandse Politieke Partijen* 1995, Groningen 1996, S. 127-148.
5. Vgl. S. Otjes, *Een kat met negen levens. De politieke carrière van Jan Nagel*, in: *De Hofvijver* 35, 28. Oktober 2013.
6. Vgl. 50PLUS, *50 PLUSpunten: Verkiezingsprogramma 2012-2017*.
7. Vgl. z.B. S. Otjes/T. Louwerse, *Het Kieskompas voor Europa. Best redelijk*, 19. Mai 2014, online unter <http://stukroodvlees.nl/het-kieskompas-voor-europa-best-redelijk/>.
8. Vgl. S. Otjes, *Waarom 50PLUS moet blijven bestaan*, *Blog Simon Otjes* vom 7. Oktober 2013, online unter <http://blog.simonotjes.nl/?p=1887>.
9. Vgl. die Angaben des *Documentatiecentrum Nederlandse Politieke Partijen* zu den Mitgliederzahlen der politischen Parteien.
10. Über alle Verwicklungen: *Historische weeffouten 50PLUS*, in: *Gooi en Eemlander* vom 2. November 2013; *Wat moet 50PLUS met driftige heren?*, in: *NRC Handelsblad* vom 28. März 2014; *Jan Nagel laat zijn 50PLUS-droom niet varen*, in: *de Volkskrant* vom 10. Juni 2014; *Nieuw seizoen 50PLUS-soap is begonnen*, in: *Het Parool* vom 18. Oktober 2014.
11. Vgl. *Omdat ouderen het niet meer pikken! Verkiezingsprogramma 2017-2021*.
12. Vgl. Ministerie van Binnenlandse Zaken en Koninkrijksrelaties, *Overzicht giften en schulden Tweede Kamerverkiezingen van 2015 tot 23 februari 2017*, 9. März 2017, online unter <https://www.rijksoverheid.nl/ministeries/ministerie-van-binnenlandse-zaken-en-koninkrijksrelaties/documenten/publicaties/2017/03/08/overzicht-giften-en-schulden-politieke-partijen-tweede-kamerverkiezingen>.
13. Vgl. K. Vossen, *„Wij zijn geen stemvee.“ De opkomst van DENK*, in: *De Groene Amsterdammer* vom 8. Dezember 2016.
14. Vgl. *Politiek Manifest DENK*.
15. Vgl. u.a. N. Rigter, *In de geest van Ankara*, in: *De Telegraaf* vom 23. September 2015.
16. Vgl. S. Otjes, *De verbreding van DENK*, *StukRoodVlees* vom 24. Mai 2016.
17. Am 5. Dezember wird in den Niederlanden das Sinterklaasfest gefeiert, bei dem vor allem die Kinder viele Geschenke bekommen. Die Hauptperson Sinterklaas wird von seinen Knechten, die sogenannten *Zwarte Pieten*, unterstützt. Diese schwarz geschminkten Figuren wecken bei vielen Erinnerungen an die Sklaverei und die Kolonialzeit. Vor diesem Hintergrund ist eine Protestbewegung entstanden, die eine Veränderung der Tradition verlangt.
18. Vgl. *Hoe DENK met „trollen“ politieke tegenstanders monddood probeert te maken*, in: *NRC Handelsblad* vom 10. Februar 2017.
19. Vgl. P. Wierenga, *DENK heeft wel erg goed naar Wilders gekeken*, in: *de Volkskrant* vom 8. Oktober 2016; T. Niemantsverdriet, *De schandpaal van Denk*

- kan best succes hebben*, in: *NRC Handelsblad* vom 18. Juni 2016; T. Niemants-verdriet, *Denk: profileer je als slachtoffer en sla hard terug*, in: *NRC Handelsblad* vom 29. April 2016.
20. Vgl. DENK, *Denkend aan Nederland. Verkiezingsprogramma DENK* 2017.
 21. Vgl. C. Huisman, *Hoe in één wijk de PVV en DENK de grootste werden*, in: *de Volkskrant* vom 18. März 2017; *Waar wonen DENK- en PVV-stemmers naast elkaar?*, online unter <https://nos.nl/artikel/2165934-waar-wonen-denk-en-pvv-stemmers-naast-elkaar.html>.
 22. Vgl. Vossen, *“Wij zijn geen stemvee”*.
 23. Vgl. T. Baudet, *Oikofobie, de angst voor het eigene*, Amsterdam 2013.
 24. Vgl. T. Baudet, *De aanval op de natiestaat*, Amsterdam 2012.
 25. Vgl. *Echte Democratie. Onderzoeksrapport Forum voor Democratie*, September 2016.
 26. Vgl. T. Baudet/P. Cliteur, *Breek het partijkartel! De noodzaak van referenda*, Amsterdam 2016.
 27. Vgl. *Waarom Forum voor Democratie fundamenteel verschilt van VNL en GeenPeil*, 16. Dezember 2016, online unter <https://forumvoordemocratie.nl/actueel/onderscheid-fvd-vnl-geenpeil>.
 28. Vgl. FVD, *Verkiezingsprogramma FVD*, online unter <https://forumvoordemocratie.nl/verkiezingsprogramma>.
 29. Vgl. P. Lucardie, *Nieuw met stip (3). Het Forum voor Democratie*, in: *De Hofvijver* 6 vom 19. Dezember 2016, Nr. 70.
 30. Vgl. C. Rosman, *Thierry Baudet, je houdt van hem of je verafschuwt hem*, in: *Algemeen Dagblad* vom 18. März 2017; *Wie is deze belangrijkste intellectueel van Nederland? Portret Thierry Baudet*, in: *NRC Handelsblad* vom 28. September 2016.
 31. Eigene Analyse der *Uitslagenkaart Tweede Kamerverkiezingen 2017*, online unter <https://www.nrc.nl/nieuws/2017/03/15/tk2017-a1550054>.

**Anlagen: Ergebnisse der Wahlen
zur Zweiten Kammer, zu den
Provinzparlamenten und zum
Europäischen Parlament**

[illegible]

Ergebnisse der Wahlen zur Zweiten Kammer 1918-2017 (in Prozent)*																												
Partei	1918	1922	1925	1929	1933	1937	1946	1948	1952	1956	1959	1963	1967	1971	1972	1977	1981	1982	1986	1989	1994	1998	2002	2003	2006	2010	2012	2017
Weitere vor 1940 im Parlament vertretene Parteien																												
BCS	0,6																											
CDP	0,8																											
CSP	0,6																											
HGSP																												
LP																												
MSL																												
NBTMP																												
NSB																												
PB	0,7	1,6	2,0	1,0																								
RKVP			1,2		1,1																							
RSP					1,3																							
SP	0,7																											
VDW	0,5																											
VNH																												

Quelle: CBS, Kiesraad

* Aufgenommen werden nur Wahlergebnisse, mit denen die Parteien mindestens einen Parlamentssitz errangen

** Die Ergebnisse beziehen sich zum Teil auf die entsprechenden Vorgängerparteien

*** Die Parteien wurden der Kategorie "linke Parteien" zugeordnet, weil sie Vorgängerorganisation der PvdA (CDU, VDB) bzw. GroenLinks (PPR, EVP) sind

Ergebnisse der Wahlen zu den Provinzparlamenten 1946-2015 (in Prozent)*																		
Partei	1946	1950	1954	1958	1962	1966	1970	1974	1978	1982	1987	1991	1995	1999	2003	2007	2011	2015
Christliche Parteien																		
ARP	12,5	12,2	10,7	9,4	8,8	8,3	7,7	4,0										
CHU	9,7	10,5	9,7	9,0	8,5	9,3	7,3	4,7										
KVP	31,4	31,6	31,5	32,9	32,4	30,1	19,8	7,1										
CDA							6,2	15,1	35,1	33,4	33,0	32,6	22,9	24,4	28,0	25,0	14,1	14,7
GPV							1,2	1,7	1,0									
CU**										1,0	1,2	1,6	2,4	2,6	3,4	5,5	3,3	4,0
SGP	2,2	2,3	2,2	2,2	2,1	2,1	2,6	2,2	2,2	2,2	2,1	2,5	2,5	2,7	2,5	2,4	2,2	2,8
Weiler/KNP			1,0															
Linke Parteien																		
PvdA	25,8	25,7	29,4	28,7	29,9	23,4	16,8	28,0	32,1	20,7	33,0	20,4	17,0	19,0	24,1	17,9	17,3	10,1
SP													2,1	3,3	5,6	14,8	10,2	11,7
CPN	11,4	6,8	5,3	4,1	2,9	2,7	4,4	3,5	1,6	2,0								
PSP					3,0	5,0	1,6	1,4	1,3	1,8								
PPR***							1,7	4,9	1,5	1,6	1,2							
GL												5,2	4,3	9,9	6,9	6,2	6,3	5,4
PvdD																2,6	1,9	3,5
PvdA/PPR							1,6		1,9	1,3								
PvdA/PPR/D66								2,1										
PvdA/PPR/PSP							6,0											
PSP/CPN/PPR										1,5	2,0							
GL/De Groenen													1,1					

Ergebnisse der Wahlen zu den Provinzparlamenten 1946-2015 (in Prozent)*																		
Partei	1946	1950	1954	1958	1962	1966	1970	1974	1978	1982	1987	1991	1995	1999	2003	2007	2011	2015
Liberales Parteien																		
PvdV	6,4																	
VVD		8,5	8,8	11,4	10,0	10,0	12,1	19,0	17,0	22,2	15,5	15,7	27,2	23,7	18,5	18,1	19,6	15,9
D66							7,7	1,0	5,2	8,3	6,7	15,6	9,2	5,9	4,6	2,6	8,4	12,5
Sonstige Parteien																		
50plus																	2,4	3,4
AOV													1,0					
AOV/U55+													3,6					
BP						6,7	1,7	3,1										
CD												1,1	1,0					
DS'70								1,5										
LPF															2,9			
PVV																	12,4	11,7

Quelle: Kiesraad
* Aufgenommen wurden nur Ergebnisse von Parteien oder Listenverbindungen, die mehr als ein Prozent der Stimmen erhalten haben
** Die Ergebnisse beziehen sich zum Teil auf die entsprechenden Vorgängerparteien
*** Die PPR wurde hier in die Kategorie "linke Parteien" aufgenommen, weil sie eine Vorgängerpartei von GroenLinks ist

Ergebnisse der Wahlen zum Europäischen Parlament (in Prozent)*								
Partei	1979	1984	1989	1994	1999	2004	2009	2014
Christliche Parteien								
CDA	35,6	30,0	34,6	30,8	26,9	24,4	20,1	15,2
GPV	1,1							
SGP	2,2							
SGP/CU**		5,2	5,9	7,8	8,7	5,9	6,8	7,7
Linke Parteien								
PvdA	30,4	33,7	30,7	22,9	20,1	23,6	12,1	9,4
SP			0,7	1,3	5,0	7,0	7,1	9,6
CPN	1,7							
PSP	1,7							
PPR***	1,6							
CPN/GNP/PPR/PSP		5,6						
GL			7,0	3,7	11,9	7,4	8,9	7,0
De Groenen		1,3		2,4			0,2	0,2
PvdD						3,2	3,5	4,2
Liberales Parteien								
VVD	16,1	18,9	13,6	17,9	19,7	13,2	11,4	12,0
D66	9,0	2,3	6,0	11,7	5,8	4,3	11,3	15,5
Sonstige Parteien								
50plus								3,7
CP'86**		2,6						
CD			0,8	1,1				
Europa Transparant						7,3		
LPF						2,6		
PVV							17,0	13,3

Quelle: Kiesraad

* Aufgenommen wurden nur Parteien und Listenverbindungen, die bei mindestens einer der Wahlen mindestens ein Prozent der Stimmen erhalten haben

** Die Ergebnisse beziehen sich zum Teil auf die entsprechenden Vorgängerparteien

*** Die PPR wurde hier in die Kategorie "linke Parteien" aufgenommen, weil sie eine Vorgängerpartei von GroenLinks ist

Verzeichnis der Parteiabkürzungen und -namen

50PLUS	50PLUS
AOV	Algemeen Ouderenverbond
ARP	Anti-Revolutionaire Partij
BCS	Bond van Christen-Socialisten
BP	Boerenpartij
BVL	Bond van Vrije Liberalen
CD	Centrumdemocraten
CDA	Christen-Democratisch Appèl
CDP	Christen-Democratische Partij
CDU	Christelijk-Democratische Unie
CHU	Christelijk-Historische Unie
CP'86	Centrumpartij'86
CPH	Communistische Partij Holland
CPN	Communistische Partij van Nederland
CSP	Christen-Sociale Partij
CU	ChristenUnie
DENK	DENK
D66	Democraten66
DS'70	Democratisch-Socialisten 1970
EVP	Evangelische Volkspartij
FVD	Forum voor Democratie
GL	GroenLinks
GPV	Gereformeerd Politiek Verbond
HGSP	Hervormd (Gereformeerde) Staatspartij
LN	Leefbaar Nederland
LP	Liberale Partij
LPF	Lijst Pim Fortuyn
LSP	Liberale Staatspartij
KNP	Katholiek Nationale Partij
KVP	Katholieke Volkspartij
MSL	Middenpartij voor Stad en Land
NBTMP	Nederlandse Boeren-, Tuinders- en Middenstandspartij
NMP	Nederlandse Middenstandspartij
NSB	Nationaal-Socialistische Beweging
PB	Plattelandsbond

PPR	Politieke Partij Radikalen
PRDV	Partij voor Rechtvaardigheid, Daadkracht en Vooruitgang
PSP	Pacifistisch-Socialistische Partij
PVDA	Partij van de Arbeid
PVDD	Partij voor de Dieren
PVDV	Partij van de Vrijheid
PVV	Partij voor de Vrijheid
RKPN	Rooms-Katholieke Partij Nederland
RKSP	Rooms-Katholieke Staatspartij
RKVP	Rooms-Katholieke Volkspartij
RPF	Reformatorisch Politieke Federatie
RSP	Revolutionair-Socialistische Partij
SGP	Staatkundig Gereformeerde Partij
SDAP	Sociaal-Democratische Arbeiderspartij
SP	Socialistische Partij
U55+	Unie 55+
VDB	Vrijzinning Democratische Bond
VVD	Volkspartij voor Vrijheid en Democratie
VDW	Verbond tot Democratisering der Weermacht
VNH	Verbond voor Nationaal Herstel

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1.1:	Wahlergebnisse des CDA (bzw. der Vorgängerparteien ARP, CHU und KVP) 1946-2017 (in Prozent)	28
Abbildung 2.1:	Wahlergebnisse der CU 2002-2017 (in Prozent)	43
Abbildung 2.2:	Pyramidenmodell: Der Staat als ein hierarchisch organisiertes Gemeinwesen	46
Abbildung 2.3:	Spinnennetzmodell: voneinander abhängige gesellschaftliche Kreise	51
Abbildung 3.1:	Wahlergebnisse der D66 1967-2017 (in Prozent)	78
Abbildung 4.1:	Wahlergebnisse von <i>GroenLinks</i> 1989-2017 (in Prozent)	100
Abbildung 5.1:	Wahlergebnisse der PVDA 1946-2017 (in Prozent)	114
Abbildung 6.1:	Wahlergebnisse der PVDD 2003-2017 (in Prozent)	141
Abbildung 6.2:	Zustimmung zu Anträgen der PVDD (November 2006-März 2010, in Prozent)	153
Abbildung 6.3:	Position ausgewählter Parteien auf der „Tierdimensionsskala“	154
Abbildung 7.1:	Wahlergebnisse der PVV 2006-2017 (in Prozent)	168
Abbildung 8.1:	Wahlergebnisse der SGP bei den Parlamentswahlen 1918-2017 (Stimmenanzahl und Prozentwerte)	199
Abbildung 8.2:	Wahlergebnisse der SGP 1946-2017 (in Prozent)	200
Abbildung 8.3:	Wahlergebnisse der SGP in den Jahren 1933 und 2012 nach Gemeinden (in Prozent)	201
Abbildung 8.4:	Wahlergebnisse der SGP in sechs ausgewählten Gemeinden	202
Abbildung 9.1:	Wahlergebnisse der SP 1977-2017 (in Prozent)	218
Abbildung 10.1:	Wahlergebnisse der VVD 1948-2017 (in Prozent)	248

Personenregister

Aartsen, Jozias van, 159, 257
Abma, Hette G., 188, 189, 192, 194, 204
Agt, Dries van, 26-28, 35, 68, 69, 77, 79, 122
Ancona, Hedy d', 119
Ankersmit, Frank, 277
Asscher, Lodewijk, 131, 134, 135, 270, 271
Azarkan, Farid, 272, 274

Baay-Timmerman, Martine, 269
Balkenende, Jan Peter, 30-33, 44, 73, 75, 79, 101, 102, 131, 134, 161, 199, 226-228, 258
Banning, Willem, 107, 109, 111
Barents, Jan, 113
Baudet, Thierry, 275-277
Bauman, Zygmunt, 209
Beel, Louis, 21, 111
Beelen, Tessa van, 153, 154
Benn, Tony, 218
Berg, Johannes Th. J. (Joop) van den, 22, 111, 153
Berg, Max van den, 123
Beveridge, William, 112
Biesheuvel, Barend, 211
Biesheuvel, Maarten, 148
Bismarck, Otto von, 207
Blair, Tony, 127
Bodin, Jean, 49
Boer, Margreeth de, 130
Bolkestein, Frits, 71, 158, 159, 219, 249, 253-256, 262
Bommel, Harry van, 219, 222
Bonaparte, Napoleon, 239
Borst, Els, 71, 72
Bos, Wouter, 32, 33, 101, 130-132, 225, 227, 228
Boxtel, Roger van, 72
Brenk, Corrie van, 270
Brinkhorst, Laurens Jan, 69, 72, 74
Burger, Jaap, 115, 116, 120

Caligula, Keizer, 141
Calvin, Johannes, 47, 48
Carson, Rachel, 87
Chaplin, Jonathan, 52
Charles II, 237
Clinton, Bill, 127
Cliteur, Paul, 139, 141, 276, 277
Cohen, Job, 131, 230
Colijn, Hendrikus, 20, 26, 187, 198
Cort van der Linden, Pieter, 19
Cruining, Jan-Peter, 150
Cuperus, René, 136
Curtius, Dirk Donker, 241

Dalrymple, Theodore, 275
Dam, Marcel van, 121
Dankert, Piet, 132

Descartes, René, 39
Dibi, Tofik, 102
Dieren, Wouter van, 223
Dijkstal, Hans, 159, 224, 256, 257
Dijsselbloem, Jeroen, 132
Dis, Cor N. van, 187
Dittrich, Boris, 72-75
Dooyeweerd, Herman, 51, 52
Drees, Willem, 21, 109-115, 125
Duijn, Roel van, 89
Duivesteijn, Adria, 227
Duyvendak, Wijnand, 96

Elzinga, Tuur, 233
Engwirda, Maarten, 69
Ephimenco, Sylvain, 143, 145
Erdoğan, Recep Tayyip, 271, 272, 274
Eurlings, Camiel, 30, 33

Ferrier, Kathleen, 35
Fortuyn, Pim, 7, 31, 32, 43, 44, 72-75, 80, 101, 129, 133, 159, 161, 224, 225, 250, 255-257, 264, 265, 267, 271
Fosko, Bob, 223
Frentrop, Paul, 277
Frissen, Léon, 35

Galbraith, John Kenneth, 117
Geer, Dirk Jan de, 20
Gent, Ineke van, 91, 92, 102
Gesthuizen, Sharon, 233
Ginjaar, Leendert, 253
Giphart, Ronald, 151
Glastra van Loon, Jan, 67, 81
Glastra van Loon, Karel, 222, 223
Goeman Borgesius, Hendrik, 244
Goes van Naters, Marinus van der, 111
Gogh, Theo van, 133, 160
Gortzak, Wouter, 133
Görüs, Milli, 270
Graaf, Thom de, 72, 73
Grashoff, Rik, 97
Groen van Prinsterer, Guillaume, 45, 47, 50
Groenman, Louise, 64, 80
Gruijters, Hans, 62, 65, 66, 121

Habermas, Jürgen, 56
Haersma Buma, Sybrand van, 36
Halsema, Femke, 91, 92, 96-99, 101, 102, 228
Hart, Maarten 't, 144, 146
Heerma, Enneüs, 30
Heijden, Adrianus Franciscus Theodorus van der, 148
Hernandez, Adriane, 269
Hiddema, Theo, 275, 277

- Hirsi Ali, Ayaan, 74, 159
 Hitler, Adolf, 161, 272
 Hofland, Henk, 62
 Hond, Maurice de, 149, 152, 174-176, 267
 Hooft, Hans van, 212, 215
 Hoogerwerf, Andries, 116
 Hoop Scheffer, Jaap de, 30, 31
 Hooven, Marcel ten, 37
 Houwen, Tim, 170

 Jager, Jan Kees de, 231
 Janse, Maartje, 142, 147, 148, 150
 Jong, Piet de, 35
 Jonge, Freek de, 223

 Kadt, Jacques de, 113, 114
 Kalma, Paul, 128
 Kant, Agnes, 219, 226, 229, 230
 Kant, Immanuel, 56
 Kappeyne van de Coppello, Johannes, 14
 Karl der Große, 54
 Keller, Lieke, 138
 Kersten, Gerrit Hendrik, 182-188, 190-194, 196, 198, 204, 210
 Keynes, John Maynard, 112
 Kinneging, Andreas, 141
 Klamer, Arjo, 223
 Klaver, Jesse, 97, 99, 103, 104
 Klein, Nobert, 268, 269
 Klijnsma, Meine Henk, 63
 Klijnsma, Jetta, 233
 Klink, Ab, 30, 31
 Kluvel, Amanda, 142
 Kodde, David, 187
 Koekoek, Henk, 198
 Kohnstamm, Jacob, 69, 70
 Kooye, Ian van der, 273
 Kok, Wim, 29-31, 71, 100, 101, 109, 123-128, 132, 195, 203, 219
 Kooten, Kees van, 148
 Koppejan, Jan, 35
 Kox, Tiny, 10, 218, 226, 227
 Kroeger, Pieter Gerrit, 26
 Krol, Henk, 268-270
 Krouwel, André, 151, 153
 Kuyper, Abraham, 14-18, 21, 24, 26, 41, 42, 45, 47-51, 142, 147, 182, 183, 185, 193, 243, 245
 Kuzu, Tunahun, 270-272, 274

 Laan, Lousewies van der, 74
 Laden, Osama bin, 222
 Langendam, Peter, 101
 Lans, Jos van der, 227
 Lazrak, Ali, 226
 Le Pen, Marine, 166
 Ledebor, Lambertus G. C., 182
 Leers, Gerd, 35
 Leijnse, Frans, 128
 Lek, Bram van der, 89

 Lenin, Wladimir, 216
 Leo XIII, 16
 Liefstinck, Piet, 110, 111
 Lier, Theo van, 112
 Locke, John, 39, 237
 Louwerse, Tom, 152
 Lubbers, Ruud, 27-29, 35, 71, 100, 123, 124, 126, 129, 132, 203
 Lucardie, Paul, 169, 221
 Luther, Martin, 39, 47

 MacIntyre, Alisdair, 56
 Manders, Toine, 268
 Mansholt, Sicco, 114, 119
 Marijnissen, Jan, 215, 217-219, 221-229, 233
 Marfai, Kriztina, 158
 Marx, Karl, 216
 Meester, Eibert, 115
 Meijer, Erik, 219
 Melkert, Ad, 101, 126, 128, 129, 224
 Merkel, Angela, 231
 Meyer, Ron, 233
 Mierlo, Hans van, 61, 62, 65-72, 76, 79, 82
 Molleman, Henk, 22
 Mommers, Jelder, 152
 Monjé, Daan, 212, 215
 Montag, S., 143
 Mutsaers, Charlotte, 148

 Nagel, Jan, 267-269
 Nicolai, Peter, 148
 Nietzsche, Friedrich, 53
 Nijpels, Ed, 28, 249, 252, 253
 Nuis, Aad, 70

 Ojik, Bram van, 92, 96, 102, 103
 Oosterhuis, Huub, 223
 Oplaat, Geert-Jan, 159
 Otjes, Simon, 152, 153
 Ouwehand, Esther, 145
 Öztürk, Selçuk, 270-272, 274

 Pas, Gerrit, 95
 Pechtold, Alexander, 74, 75, 77, 81, 82, 102
 Peetoom, Ruth, 35
 Peper, Bram, 124
 Pessers, Dorien, 223
 Philipp II., 237
 Pierson, Nicolaas Gerard, 139, 244
 Pierson, Niek, 139, 140, 144
 Pius XI, 16
 Platvoet, Leo, 92, 227
 Ploeg, Rick van der, 126
 Poel, Fons de, 139
 Pols, Henk van der, 130
 Poortvliet, Tak van, 17, 18
 Poppe, Remi, 217-219
 Praag, Philip van, 122
 Pronk, Jan, 124

Raak, Ronald van, 227, 233, 236
 Rawls, John, 56
 Reagen, Ronald, 195
 Rhijn, Aart van, 110
 Rietkerk, Theo, 30
 Rij, Marnix van, 31
 Roemer, Emile, 230-234
 Rooijen, Martin van, 270
 Rooy, Piet de, 15, 125
 Rosenmöller, Paul, 98, 100, 101
 Ross, Clémence, 30
 Rossem, Maarten van, 170
 Rossum, Henk van, 188
 Rottenberg, Felix, 128
 Rouvoet, André, 33, 43, 44, 57
 Ruding, Onno, 28
 Ruers, Bob, 219
 Ruijs de Beerenbrouck, Charles, 19
 Rutherford, Samuel, 194
 Rutte, Mark, 35, 36, 54, 75, 76, 102-104, 131,
 133-135, 162-164, 167, 176, 181, 199, 203, 230,
 231, 249, 257-259, 262, 265, 266

Samsom, Diederik, 131, 135, 227, 231, 232
 Sap, Jolande, 102
 Savornin Lohman, Alexander de, 18
 Sazias, Léonie, 270
 Schaefer, Jan, 121
 Schaepman, Herman, 16, 17
 Scheffer, Paul, 133
 Scheltema, Michiel, 77
 Schermerhorn, Willem, 111
 Schinkel, Willem, 149
 Schouw, Dick, 269
 Scruton, Roger, 275
 Segers, Gert-Jan, 57
 Siebelink, Jeroen, 148
 Simons, Sylvana, 272-274
 Sint, Marianne, 123, 125
 Slager, Kees, 215
 Slob, Arie, 57
 Smit, Joke, 119
 Spekman, Hans, 135
 Sorgdrager, Winnie, 71
 Staaïj, Kees van der, 191
 Stam, Jaap, 26
 Steenkamp, Piet, 22, 23, 25
 Stoel, Max van der, 121
 Stouthuysen, Patrick, 262
 Suurhoff, Ko, 111, 112

Tawney, Richard, 136
 Tellegen, Ockje, 271
 Terli, Nilgün, 223
 Terlouw, Jan, 27, 62, 63, 67-69, 78, 81
 Teunissen, Christine, 142-144
 Thatcher, Margaret, 195
 Thieme, Marianne, 138, 140, 143, 145, 147, 148
 Thijn, Ed van, 74, 115, 116, 119, 122, 133

Thijssse, Jacobus Pieter (Jac. P.), 87
 Thorbecke, Johan Rudolph, 241, 242
 Timmermans, Frans, 228
 Trump, Donald, 207
 Tuinstra, Elida, 63
 Tydeman, Meinard, 261

Uyl, Joop den, 27, 66, 68, 88, 109, 116-122, 125,
 211, 214, 251

Vendrik, Kees, 98
 Verbaan, Georgina, 148
 Verburg, Gerda, 30, 146
 Verdonk, Rita, 74, 257, 258
 Verhagen, Maxime, 33-35
 Verhey, Elma, 129
 Vis, Jan, 70
 Vlies, Bas van der, 189, 191, 192, 195, 197, 198
 Voorhoeve, Joris, 29, 253
 Vos, Hein, 111
 Vossen, Koen, 10, 169, 250
 Voerman, Gerrit, 169, 221
 Vondeling, Anne, 115
 Vorrink, Irene, 119
 Vorrink, Koos, 111
 Freeman, Ruud, 126, 128, 130
 Vries, Peter R. De, 267
 Vugt, Driek van, 219

Westerloo, Gerard van, 129, 130
 Wiegel, Hans, 72, 249, 251-254, 262
 Wijers, Hans, 71
 Wijfjes, Huub, 113
 Wijn, Joop, 30
 Wijnberg, Rob, 151, 152
 Wilders, Geert, 34, 35, 44, 54, 75, 157-161,
 163-180, 250, 257, 258, 272
 Wilhelmina, Königin, 193
 Willem I., König, 239, 240
 Willem III., König, 14, 241, 242
 Willem III., Statthalter, 237
 Willem V., Statthalter, 239
 Wilhelm von Oranien, 39, 48
 Wilt, Paulus de, 92
 Winter, Harry de, 223
 Wit, Jan de, 218, 219, 229, 230
 Woldring, Henk, 17, 24
 Wolfson, Dik, 126

Xiaoping, Deng, 213

Zalm, Gerrit, 225, 255
 Zandt, Pieter, 185-187, 190-192, 194, 204
 Zedong, Mao, 212
 Zeevalking, Henk, 63, 69
 Zomerén, Koos van, 212
 Zuylen, Marjet van, 126

Autorenverzeichnis

Prof. Dr. Carla van Baalen (1958) studierte Geschichte an der Universität Leiden, wo sie auch 1986 zum Thema *Paradijs in oorlogstijd? Onderduikers in de Noordoostpolder, 1942-1945* promovierte. Anschließend arbeitete sie beim *Centrum voor Parlementaire Geschiedenis* (CPG) der Radboud Universität Nijmegen (1986-1990) und danach an der Universität für Humanistik in Utrecht (1990-1997). Seit 1998 ist sie Direktorin des CPG sowie seit 2001 Professorin für parlamentarische Geschichte. Sie veröffentlicht zur politischen Geschichte der Niederlande, besonders über die Zeit nach 1945. Eines ihrer Spezialgebiete ist die Regierungsbildung in den Niederlanden.

Frans Becker (1948) studierte Politikwissenschaft an der Universität Amsterdam (UvA). Er war unter anderem als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der UvA und als stellvertretender Direktor der *Wiardi Beckman Stichting*, dem wissenschaftlichen Büro der *Partij van de Arbeid*, tätig. Er publiziert zur Geschichte und zur aktuellen Position der Sozialdemokratie und zu sozialökonomischen und kulturpolitischen Themen. Zu seinen jüngsten Publikationen gehört der gemeinsam mit Paul Kalma verfasste Band *Kunst of koopwaar. Hoe de cultuurpolitiek uit Nederland verdween* (Amsterdam 2016).

Dr. Jasper Blom (1978) studierte Wirtschaftswissenschaft an der Freien Universität Amsterdam (vU) und Politikwissenschaft an der Universität von Amsterdam (UvA). 2011 promovierte er in politischer Wirtschaftslehre an der UvA. Er arbeitete beim Finanzministerium und der Europäischen Zentralbank und war von 2013 bis 2016 Direktor des Büros *de Helling*, dem wissenschaftlichen Büro von *GroenLinks*. Seit 2016 lehrt er an der UvA. Er beschäftigt sich mit Globalisierung, Finanzialisierung und dem Anthropozän. Er war Herausgeber des Bandes *De Kredietcrisis, een politiek-economisch perspectief* (Amsterdam 2011).

Daniël Boomsma (1990) ist wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Mr. Hans van Mierlo-Stiftung, dem wissenschaftlichen Büro der D66. Zugleich ist er Kernmitglied des flämischen Thinktanks *Liberales*. Er studierte Jura und Staatsrecht an der Universität Amsterdam. Im Oktober 2016 erschien der von ihm zusammengestellte und eingeleitete Band *De keuze van D66, toespraken, pamfletten en beschouwingen uit 50 jaar partijgeschiedenis* (Amsterdam 2016).

Rien Fraanje (1973) ist Direktor des *Raad voor het openbaar bestuur* (ROB, Rat für die öffentliche Verwaltung). Zuvor war er Direktor des wissenschaftlichen Büros des CDA und Mitglied des Vorstands des *Wilfried Martens Centre for European Studies*, dem Thinktank der *European Peoples Party*. Fraanje studierte Verwaltungswissenschaft an der Universität Leiden und bereitet derzeit eine Dissertation über Toleranz in Bezug auf Religion vor. Er publiziert über die Christdemokratie, den Konflikt in Nordirland und verschiedene verwaltungswissenschaftliche Themen.

Niko Koffeman (1958) studierte Wirtschafts- und Marketingwissenschaft an der Erasmus-Universität Rotterdam. Nach beruflichen Stationen im Bildungswesen und in der Werbung beriet er viele Tierschutzorganisationen und entwarf bereits 1992 ein Konzept für eine *Partij voor de Dieren* (PVDD). Bevor es zu einer Parteigründung kam, war er externer Wahlkampfstrategie für die SP. Er entwickelte das Tomaten-Logo sowie die „Stimme dagegen-Kampagne“ dieser Partei und begleitete von 1994 bis 2006 die Wahlkampagnen der SP. Seit 2007 vertritt er die PVDD in der Ersten Kammer. Darüber hinaus ist Koffeman seit 2006 Vorsitzender der *Nicolaas G. Pierson Foundation*, dem wissenschaftlichen Büro der PVDD.

Tiny Kox (1953) studierte an der *School voor Hoger Economisch en Administratief Onderwijs* in Eindhoven und bestand daran anschließend sein Zwischenexamen im Fach Jura an der *Katholieke Hogeschool Tilburg*. In Tilburg war er Koordinator des *Tilburgse Rechtswinkel* (1979-1982) und Ratsmitglied für die SP (1982-2003). Von 1994 bis 2003 war er Generalsekretär dieser Partei und Wahlkampfleiter bei mehreren Wahlen. Seit 2003 führt er die Fraktion der SP in der Ersten Kammer und gehört der niederländischen Delegation in der parlamentarischen Vollversammlung des Europarats an. Dort leitet er seit 2007 die Fraktion der Vereinigten europäischen Linken und gehört aus diesem Grund dem Präsidium der Vollversammlung an.

Dr. André Krause (1981) studierte Geschichte und Germanistik an der Heinrich-Heine-Universität in Düsseldorf. Seit dem Jahre 2011 arbeitet er als Dozent in den Bereichen Geschichte, Politik und Medien am Zentrum für Niederlande-Studien der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster. Darüber hinaus hat er für die *Afdeling Duitse Taal en Cultuur* mehrere Seminare an der *Radboud Universiteit Nijmegen* geleitet. Im Januar 2017 erschien seine Dissertation *Rechtspopulismus im Spiegel der niederländischen Presse. Pim Fortuyn und Geert Wilders als Herausforderung für Journalisten* (Baden-Baden 2017).

Dr. Rob Nijhoff (1964) studierte Informatik (Technische Universität Delft) und Theologie (Theologische Universität Kampen). Von 2006 bis 2016 forschte er am wissenschaftlichen Büro der *ChristenUnie* in Amersfoort. Zu seinen Publikationen gehört u.a. *Wat is wijsheid? Toekomst voor christelijke politiek* (Amsterdam 2016). 2014 promovierte er mit einer philosophischen Dissertation an der Freien Universität Amsterdam. Zurzeit kombiniert er eine Gastdozentur im Fach Religionsphilosophie an der Evangelisch-Theologischen Fakultät in Leuven mit Pastoralarbeit.

Dr. Patrick van Schie (1964) studierte Geschichte an der *Rijksuniversiteit Utrecht* und promovierte 2005 an der Universität Leiden mit einer Dissertation über den niederländischen Liberalismus in den ersten vier Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts. Seit 2001 ist er Direktor der *TeldersStichting*, dem mit der VVD verbundenen wissenschaftlichen Büro für den Liberalismus, und seit 2013 ist er zugleich alle zwei Wochen als Kolumnist für *Trouw.nl* tätig. Zu seinen jüngsten Veröffentlichungen (als Ko-Autor) gehört: *Sociaal-Liberalisme* (Amsterdam 2014) und *Neo-liberalisme: een politieke fictie* (Amsterdam 2014). Ende 2017 erscheint ein Buch über das Wahlrecht in den Niederlanden seit 1796, das er als Ko-Autor verfasst hat.

Jan Schippers (1968) studierte Verwaltungswirtschaft an der Erasmus Universität Rotterdam. Seit 2006 ist er Direktor der *Guido de Brès-Stichting*, dem wissenschaftlichen Büro der SGP. Zuvor war er politischer Berater der Fraktion der SGP und der *ChristenUnie* im Europäischen Parlament und Koordinator der *Stichting Vormingsactiviteiten in Oost-Europa* der SGP. An seinem Wohnort Rotterdam war Schippers von 2006 bis 2010 Mitglied des Bezirksrats Prins Alexander. Er publiziert u.a. über christliche Politik, die Europäische Union, Menschenrechte, nachhaltige Energie und Wirtschaftspolitik.

Joost Sneller (1982) war 2016-2017 Direktor der *Mr. Hans van Mierlo Stichting*, dem wissenschaftlichen Büro der D66 für sozialliberales Gedankengut. Seit Oktober 2017 ist er Abgeordneter der Zweiten Kammer. Zuvor arbeitete er u.a. als politischer Sekretär für die D66-Fraktion in der Zweiten Kammer und saß für eben diese Partei im Stadtrat von Den Haag. Sneller erwarb einen BA in Social Sciences am University College in Utrecht und einen MA in International Relations an der *Johns Hopkins University* (Bologna und Washington DC) sowie einen L.L.B. (Bachelor of Laws) am Campus Den Haag der Universität Leiden.

Dr. Koen Vossen (1971) studierte politische Geschichte in Utrecht und Köln. 2003 promovierte er an der Universität Amsterdam mit einer Dissertation über kleine politische Parteien in den Niederlanden (*Vrij vissen in het Vondelpark. Kleine politieke partijen in Nederland 1918-1940*). 2013 erschien von ihm *Rondom Wilders. Portret van de PVV*, das auf Englisch unter dem Titel *The Power of Populism. The rise of Geert Wilders and the Party for Freedom in the Netherlands* veröffentlicht wurde. Zurzeit gehört er der Abteilung für Politikwissenschaft der Radboud Universität Nijmegen an, daneben arbeitet er als freier Journalist.

Prof. Dr. Friso Wielenga (1956) studierte Geschichte in Amsterdam (Freie Universität) und Bonn. In den 1990er Jahren war er – unter anderem als außerordentlicher Hochschullehrer – an der *Rijksuniversiteit Groningen* und an der Universität Utrecht tätig. Seit 1999 ist er Direktor des Zentrums für Niederlande-Studien der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster. Er publiziert über die deutsch-niederländischen Beziehungen und über die Geschichte beider Länder. Seine Monographie *Geschiedenis van Nederland. Van de Opstand tot heden* (Amsterdam 2017, 4. Auflage) erschien auch in deutscher und englischer Sprache.

Dr. Markus Wilp (1977) studierte Politikwissenschaft, neuere und neueste Geschichte und Soziologie an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, wo er im Jahr 2006 auch promovierte. Seit 2005 ist er als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Niederlande-Studien in Münster tätig, seit Oktober 2015 als dessen Geschäftsführer. Er veröffentlichte zahlreiche Beiträge über die niederländische Politik, unter anderem über das politische System und die Parteienlandschaft.